Bundesministerium
für auswärtige Angelegenheiten

Außenpolitischer Bericht 2004

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Minoritenplatz 8
A-1014 Wien

Telefon: während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von 9 bis 17 Uhr:
0 50 11 50-0 / int.: +43 50 11 50-0
für allgemeine Informationen:
0 802 426 22 (gebührenfrei; aus dem Ausland nicht wählbar)

Fax: 0 50 11 59-0 / int.: +43 50 11 59-0

E-Mail: einlaufstelle@bmaa.gv.at

Telegramm: AUSSENAMT WIEN

Internet: http://www.bmaa.gv.at

Bürgerservice:
In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar.

Telefon: 0 50 11 50-4411 / int.: +43 50 11 50-4411
alternativ:
(01) 90 115-4411 / int.: (+43-1) 90 115-4411

Fax: 0 50 11 59-4411 / int.: +43 50 11 59-4411
alternativ:
(01) 904 20 16-4411 / int.: (+43-1) 904 20 16-4411

E-Mail: bereitschaft@bmaa.gv.at

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten www.bmaa.gv.at unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

Außenpolitischer Bericht

2004

Bericht der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
1014 Wien, Minoritenplatz 8

Gesamtredaktion und Koordination:
Ges. MMag. Thomas Schlesinger, MSc.
Mag. Elisabeth Reich

Gesamtherstellung:
Manz Crossmedia GmbH & Co KG, Stolberggase 26, 1051 Wien

VORWORT

Das Jahr 2004 war für Österreich und die Europäische Union zweifellos ein historisches Jahr: Am 1. Mai traten zehn neue Mitgliedstaaten der Union bei. Mit dieser Erweiterungsrunde, der größten in der Geschichte der Europäischen Union, wurde die jahrzehntelange Spaltung Europas endgültig überwunden. Diese Wiedervereinigung Europas war ein bedeutender Schritt für ein neues, modernes und zukunftorientiertes Europa. In Österreich fanden rund um die EU-Erweiterung eine Vielzahl von Festveranstaltungen statt. Es war beeindruckend, wie am 1. Mai Österreicherinnen und Österreicher entlang des einstigen Eisernen Vorhangs feierten und die neuen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union willkommen hießen.

Österreich ist mit der jüngsten Erweiterungsrunde vom Rand der Union ins geographische Zentrum einer veränderten Europäischen Union gerückt. Aus alten Nachbarn sind neue Partner geworden, Partner, mit denen wir das Friedensprojekt Europa weiterentwickeln und eine enge Partnerschaft pflegen. Eine aktive Nachbarschaftspolitik ist einer der Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Nachbarschaft ist keine exakte Wissenschaft, sondern eine Kunst. Im neuen Europa und in einer grundlegend veränderten Welt fordert Nachbarschaft andere Qualitäten und bietet neue Möglichkeiten. Gerade Österreich macht diese praktische Erfahrung wie kaum ein anderes Land in Europa – im Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger, in der Wirtschaft, in der Politik. Mein Ziel ist es, dass österreichische Außenpolitik als echtes Angebot der Partnerschaft verstanden wird. Österreich ist daher stets bestrebt die bereits enge Kooperation mit den Nachbarn weiter zu vertiefen. Die Regionale Partnerschaft mit Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Polen ist dabei ein wertvolles Instrument, das sich in der Praxis bewährt. Gemeinsam werden in der Europäischen Union umzusetzende Anliegen identifiziert und Vorschläge zur besseren Koordination nationaler und europäischer Anstrengungen bei Krisenfällen ausgearbeitet. Künftig soll auch die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ausgebaut werden.

Der Prozess der Wiedervereinigung Europas ist damit noch nicht vollendet. Bulgarien und Rumänien haben am 14. Dezember die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen. Deren Beitritt ist für das Jahr 2007 geplant.

Kroatien hat in den vergangenen Jahren bedeutende politische und wirtschaftliche Fortschritte erzielt und übt dadurch Vorbildwirkung für die Länder in Südosteuropa aus. Österreich tritt daher nachdrücklich für dessen EU-Beitritt ein. Die Stabilisierung von Südosteuropa, insbesondere des Westlichen Balkan, ist ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik, weshalb ich mich für die Heranführung dieser Staaten an die Europäische Union einsetze. Die Zukunft und Hoffnung aller Länder des Westlichen Balkan liegt in der Europäischen Union, sie alle werden eines Tages Mitglieder sein.

Das Friedensprojekt Europa hat hier – nach der Wiedervereinigung Europas im Mai – seine nächste große praktische Bewährungsprobe zu bestehen. Denn es gibt keine vernünftige Alternative zum europäischen Weg von Kroatien, Serbien und Montenegro, dem Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Albanien. Diese Perspektive ist mittlerweile eindeutig zur mächtigsten Triebfeder aller zukunftsgerichteten Kräfte der Gesellschaften in dieser Region geworden.

Die Türkei ist politisch, wirtschaftlich und strategisch ein wichtiger Partner Europas. Wir messen daher einer engen und dynamischen Partnerschaft große Bedeutung bei.

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa war ein weiterer europapolitischer Meilenstein des Jahres 2004. Am 29. Oktober haben Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und ich gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten der Union den Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet. Ich finde es bemerkenswert, dass sich 25 Länder auf einen gemeinsamen Verfassungstext für 456 Millionen Bürgerinnen und Bürger einigen konnten. Dies alleine ist ein großer Erfolg. Die Zielvorgaben waren hoch: Das institutionelle Gleichgewicht zwischen den großen und kleinen Mitgliedstaaten soll gewahrt bleiben. Bürgerinnen und Bürger sollen künftig einklagbare Grundrechte und die nationalen Parlamente mehr Befugnisse erhalten. Der Gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union soll künftig ein europäischer Außenminister vorstehen, der gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission ist. Damit kommt die Europäische Union einer gemeinsamen Außenpolitik wieder einen Schritt näher.

Aus dem Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik möchte ich einen Beschluss besonders hervorheben: die Übernahme der NATO-Operation SFOR in Bosnien und Herzegowina durch die EU-Friedenstruppe EUFOR-ALTHEA. Auch Österreich beteiligt sich mit einem Bundesheerkontingent an dieser

Friedensmission. Die österreichischen Soldatinnen und Soldaten leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina und sind Teil einer konkreten und sichtbaren österreichischen Außenpolitik.

Außenpolitik bedeutet auch die Bewältigung von Krisen im Ausland. Eine gigantische Flutwelle verursachte am 26. Dezember enorme Zerstörungen in Südostasien und Ostafrika und brachte auch für viele Österreicherinnen und Österreicher großes Leid. Ich war berührt von der umfassenden Hilfsbereitschaft unserer Landsleute für die Opfer des Tsunami. Mit Spenden und unermüdlichem Einsatz vor Ort wurde einmal mehr Solidarität weit über unsere Grenzen hinweg geübt. Die österreichische Bundesregierung stellte unmittelbar nach der Seebebenkatastrophe umfangreiche Mittel zur Durchführung von humanitären Notmaßnahmen zur Verfügung und unterstützt darüber hinaus gemeinsam mit den Bundesländern, Städten und Gemeinden ein weit reichendes Wiederaufbau-programm für die Region. Ich möchte den zahlreichen österreichischen Hilfsorganisationen, Vereinen und Privatpersonen, die mit viel Engagement am Wiederaufbau arbeiten, meinen Dank aussprechen. Sie sind Botschafter der Menschlichkeit.

Angesichts des weltweit einzigartigen Ausmaßes der Natur-katastrophe und der großen Zahl betroffener Europäerinnen und Europäer haben wir intensiv daran gearbeitet, wie wir in Krisenfällen sowohl auf nationaler als auch EU-Ebene noch effizienter reagieren und rasch Hilfe leisten können. Die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern im Ausland zählt zu den Kernaufgaben des auswärtigen Diensts, der ich mein besonderes Augenmerk schenke.

Der UNO-Amtssitz Wien ist über die Jahre zum veritablen „Sicherheitszentrum“ in der Arbeit der Vereinten Nationen geworden: Atomsicherheit, Abrüstung, Drogen- und Verbrechens-bekämpfung stehen im Zentrum der Arbeit der Wiener Einheiten der Vereinten Nationen. Genau jene Teilorganisationen sind in Wien angesiedelt, die an aktuellen Fragen arbeiten, welche die tägliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen: das Büro der Vereinten Nationen für die Bekämpfung von Drogen und Kriminalität; das Informationsnetzwerk gegen Geldwäsche; die Internationale Atomenergiebehörde und die Organisation zur Überwachung des Atomtestsperrvertrags.

Die Kandidatur für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat für die Periode 2009–2010 unterstreicht Österreichs Engagement und Wertschätzung für die Vereinten Nationen. Die Organisation stand

2004 ganz im Zeichen der Reform. Sie soll die Vereinten Nationen stärken und in die Lage versetzen, den globalen Sicherheitsbedrohungen des 21. Jahrhunderts wirksam zu begegnen. Im Lichte der sich dynamisch entwickelnden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union unterstützen wir mittelfristig einen EU-Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Beim Reformprozess geht es auch um die Förderung der Menschenrechte, den Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheit. Die Stärkung der Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Frauen und Kindern, der Schutz von Minderheiten, die weltweite Durchsetzung des Folterverbots und die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, sind ein großes Anliegen der österreichischen Außenpolitik.

Österreich hatte beim „Nairobi-Gipfel für eine minenfreie Welt“, der ersten Überprüfungskonferenz zur Antipersonenminen-Verbotskonvention von Ottawa, vom 29. November bis 3. Dezember den Vorsitz inne. Obwohl seit Inkrafttreten der Ottawa-Konvention vor fünf Jahren beachtliche Erfolge erzielt worden sind, werden noch immer jährlich Tausende von Menschen Opfer von Landminen. Im beschlossenen Nairobi-Aktionsplan für die Periode 2004–2009 sehe ich eine Weichenstellung für die Lösung des Minenproblems. Österreich spielt eine aktive Rolle in der Bekämpfung von Personenminen und unterstützt Entminungsprojekte und Minenopferprogramme.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist Bestandteil der österreichischen Außenpolitik sowie der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Das Jahr 2004 war ein Jahr, das für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Restrukturierung mit sich gebracht hat. Mit 1. Jänner nahm die Austrian Development Agency, die für die Umsetzung der Projekte und Programme der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit verantwortlich ist, ihre Tätigkeit auf. Erstmals verfügen wir über eine professionelle Agentur, die für die treffsichere Umsetzung der Projekte und Programme in den Partnerländern zuständig ist.

Die österreichische Außenpolitik bekennt sich zu einer aktiven, gestaltenden und zeitgemäßen Auslandskulturpolitik. Die kulturelle Zusammenarbeit mit unseren ost- und südosteuropäischen Staaten wird weiter verstärkt. In diesem Zusammenhang kommt den zahlreichen Österreich-Instituten und Österreich-Bibliotheken eine große Bedeutung zu.

Ich möchte auch auf das kulturelle Engagement Österreichs außerhalb Europas hinweisen und dabei die Errichtung des

Kulturforums in Peking unterstreichen. Besonders freue ich mich, dass das neu errichtete österreichische Kulturforum in New York zu einem der künftigen Wahrzeichen der Stadt avancierte.

Im Jahr 2004 wurde der Umzug des Außenministeriums in den ehemaligen Sitz der Niederösterreichischen Landesregierung vorbereitet. Durch die Vereinigung der sechs Standorte in einem Gebäude und die Ausstattung mit neuesten Telekommunikations-einrichtungen ist das Außenministerium für die Anforderungen, die an ein modernes Dienstleistungsunternehmen gerichtet werden, bestens gerüstet.

In der modernen Welt ist es auch unsere Aufgabe, Europa- und Außenpolitik für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger stärker sichtbar zu machen. Glaubwürdigkeit wächst, wenn klar wird, dass große Ideen auch im Kleinen konsequent umgesetzt werden und dass große Ideen zu einem greifbaren Mehrwert für jeden einzelnen führen. Nur wenn die Öffentlichkeit im Großen wie im Kleinen nachvollziehen kann, was wir machen, warum wir es machen und wie wir es machen, werden wir für die Außen-, Europa- und Entwicklungspolitik auch die notwendige begleitende Unterstützung haben.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Amtsvorgängerin und jetzigen Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Dr. Benita Ferrero-Waldner, für ihr Engagement und ihren Einsatz für Österreich.

Der Außenpolitische Bericht wäre unvollständig ohne die Erwähnung der herausragenden Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außenministeriums. Ich möchte meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden im Ausland herzlich für ihren beispielhaften, persönlichen Einsatz danken.

Dr. Ursula Plassnik

Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT ..... **III**

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ..... **XVI**

A. Österreich in der Europäischen Union **1**

I. Die Erweiterung der Europäischen Union 1

II. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen 5

1. Schlussphase der Regierungskonferenz und Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags 5
2. Wesentliche Elemente des Vertrags über eine Verfassung für Europa 6

III. Die Politiken der Europäischen Union 9

1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen 9
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern 12
3. Wirtschaft und Finanzen 12
4. Beschäftigung und Sozialpolitik 13
5. Binnenmarkt 14
6. Verkehr 15
7. Umwelt 16
8. Energie 17
9. Bildung und Jugend 18
10. Forschung 18
11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 19
12. Terrorismusbekämpfung 21

IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union 22

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 22
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) 28
3. Südosteuropa / Westlicher Balkan 30
4. Die osteuropäischen Staaten 37
5. Russland 41
6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum 42
7. Nordamerika 51
8. Lateinamerika und Karibik 58
9. Afrika südlich der Sahara 64

Inhaltsverzeichnis

10. Asien 71
11. Australien, Neuseeland, Ozeanien 79

B. Österreich in anderen europäischen Foren 81
I. Europäische Sicherheitspolitik 81
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC) und die Partnerschaft für den Frieden (PfP) 81
2. Die Westeuropäische Union (WEU) 83
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 83
1. Einleitung 83
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten 84
3. Die menschliche Dimension der OSZE 86
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE 87
5. Die wirtschaftliche und ökologische Dimension der OSZE 88
6. Fragen der OSZE-Reform 89
7. Institutionelle Fragen und Amtssitz 89
III. Europarat (ER) 90
1. Politische Entwicklungen 90
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen 91
3. Menschenrechte 92
4. Monitoring 92
5. Hilfsprogramme 93
6. Organe des Europarates 93
7. Der Europarat und Österreich 95
IV. Zentraleuropäische Initiative (CEI) 95
V. Nachbarschaftspolitik 96
1. Regionale Partnerschaft 96
2. Schweiz, Liechtenstein 97
3. Südtirol 98
4. Nukleare Sicherheit 100
5. Alpenkonvention 101
6. Zusammenarbeit im Donauraum 102

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik 104
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen 104
1. Bürgerservice 104

2. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen 105
3. Neue Verträge..... 105
4. Konsularische Zusammenarbeit..... 106
II. Reise- und Grenzverkehr..... 107
1. Sichtvermerksangelegenheiten 107
2. Grenzübergänge 107
3. Grenzverkehr..... 108
4. Grenzverträge..... 108
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik..... 108
IV. Die AuslandsösterreicherInnen 109
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen..... 109
2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland 110
3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union 110

D. Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika 112

E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) 115
I. Einleitung..... 115
1. Internationale Grundlagen 115
2. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit..... 115
3. Nachhaltigkeit von Entwicklung..... 116
4. Gesetzliche Grundlagen..... 116
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit..... 116
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 116
2. Bilaterale Ostzusammenarbeit 120
3. Sonderprogramme 123
4. Themen und Sektoren 124
5. Kofinanzierung 126
6. Evaluierung..... 126
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit..... 127
1. Die Vereinten Nationen..... 127
2. Die Europäische Union..... 130
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe und internationale humanitäre Organisationen..... 132
1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe..... 132

Inhaltsverzeichnis

2. Internationale humanitäre Organisationen 133

F. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen 136
I. Einleitung 136
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN-GV) .. 136
1. Organisatorische Fragen 136
2. Politische Fragen 137
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen 139
4. Menschenrechte 140
5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung 140
6. Sozialpolitik 140
7. Internationale Frauenfragen 140
8. Flüchtlingsfragen 141
9. Friedliche Nutzung des Weltraums 141
10. Budget- und Verwaltungsfragen 141
11. Völkerrechtliche Fragen 142
III. Der Sicherheitsrat (SR) 144
1. Einleitung 144
2. Tätigkeit des Sicherheitsrats 144
3. Friedenserhaltende Operationen 150
IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) 151
1. Allgemeiner Teil 151
2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) 152
V. Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen 153
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 153
2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 155
3. Internationale Fernmeldeunion (ITU) 156
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) 157
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) 157
6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) 158
7. Weltgesundheitsorganisation (WHO) 159
8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 160
9. Welttourismusorganisation (OMT/WTO) 161
10. Weltpostverein (UPU) 162

VI. Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen 163
Universität der Vereinten Nationen (UNU) 163

G. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen 164
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen..... 164
1. Nukleare Waffen 164
2. CTBT 165
3. Genfer Abrüstungskonferenz (CD) 165
4. Chemiewaffenkonvention (CWK) 166
5. BTWK..... 166
6. Ballistische Raketen..... 167
II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen 167
1. Antipersonenminen..... 167
2. Besonders verletzende Waffen..... 168
3. Kleinwaffen und leichte Waffen (KLW) 168
4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen 168
III. Multilaterale Exportkontrollregime 169

H. Der internationale Schutz der Menschenrechte..... 170
I. Einleitung..... 170
II. Menschenrechte in der EU..... 170
1. EU-Menschenrechtspolitik..... 170
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge..... 173
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen..... 175
1. VN-Menschenrechtskommission (MRK) 175
2. Generalversammlung..... 177
3. Frauenstatuskommission (FSK) 178
IV. Menschenrechte in der OSZE 179
V. Menschenrechte im Europarat 179
VI. Netzwerk Menschliche Sicherheit (HSN)..... 180
VII. Schwerpunktthemen 181
1. Frauenrechte 181
2. Kinderrechte 181
3. Kampf gegen Rassismus 182
4. Minderheitenschutz..... 183
5. Binnenvertriebene 183
6. Menschenrechtsbildung 184

VIII. Humanitäres Völkerrecht 185

I. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen... 186
I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen 186
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in und nach Europa 186
2. Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich 186
3. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) 187
II. Internationale Drogenkontrolle 187
III. Internationale Verbrechensverhütung 189
IV. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) 191

J. Multilaterale Wirtschaftspolitik 193
I. Die Welthandelsorganisation (WTO) 193
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 195
1. OECD-Erweiterung und Außenbeziehungen 195
2. Internationale Wirtschaft und Finanzen 195
3. Bildung 196
4. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) . 196
5. Nachhaltigkeit und Biotechnologie 197
6. Ministertagungen 197
7. Die Internationale Energieagentur (IEA) 198

K. Globale Nachhaltigkeitspolitik 199
I. Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD) 199
II. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 200
III. Globale Umweltschutzabkommen 200
1. Biodiversitätsabkommen (CBD) 200
2. Cartagena Protokoll über biologische Sicherheit 200
3. Internationales Walfangübereinkommen (ICRW) 201
4. Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) 201
5. Basler Abkommen 201
6. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) 201
7. Rotterdamer Abkommen (PIC) 201

L. Auslandskulturpolitik 203
1. Schwerpunkte und Projekte 2004 203

2. Musikprojekte 204
3. Literatur- und Theaterprojekte 206
4. Bildende Kunst 208
5. Film 210
6. Internationale Jugendzusammenarbeit 211
7. Internationale Sportbeziehungen 211
8. Kulturelle Förderungen 211
9. Wissenschaftliche Projekte 212
10. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland . 213
11. Österreich-Bibliotheken 213
12. Deutsch als Fremdsprache (DaF) 214
13. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich 215
14. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 215
15. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der EU 217
16. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft 218

M. Medien und Information 220
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 220
II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor 221

N. Der österreichische auswärtige Dienst 223
I. Einleitung 223
II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate 223
III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten 223
IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst 224
V. Personal 225
VI. Budget 227
VII. Informationstechnologie (IT) und Außenpolitische Bibliothek 228
IX. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen 232

Anhang 237
I. Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern 237
II. Österreich und die Staatenwelt 353
III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich 358

Inhaltsverzeichnis

IV. Wien als Sitz Internationaler Organisationen 359
V. Diplomatische Akademie (DA) 362
VI. Österreich in Internationalen Organisationen..... 363
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien..... 376

Sachindex..... 397

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
ABIS	Austria, Benelux, Ireland, Switzerland Österreich, Benelux, Irland, Schweiz [ICAO-Ländergruppe]
ABl	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften [seit 1. Februar 2003: Amtsblatt der Europäischen Union]
Abs	Absatz
a.D.	außer Dienst
ADA	Austrian Development Agency
ADB	Asian Development Bank Asiatische Entwicklungsbank
ADEA	Association for the Development of Education in Africa Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika
AdR	Ausschuss der Regionen
ADS	Approved Destination Status Status des „zugelassenen Reiseziels"
AECER	Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom
AEMM	ASEAN-EU Ministerial Meeting Ministertreffen ASEAN-EU
AfDB	African Development Bank Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund Afrikanischer Entwicklungsfonds
AFDRU	Austrian Forces Disaster Relief Unit Katastrophenhilfseinheit des Österreichischen Bundesheeres
AFTA	ASEAN Free Trade Area ASEAN-Freihandelsabkommen
AG	Australia Group Australien-Gruppe
AHSt	Außenhandelsstelle
a.i.	ad interim
AIT	Asian Institute of Technology
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
AMIS	African Union Mission in Sudan Mission der Afrikanischen Union im Sudan
AMSDE	Annual Meeting of Sustainable Development Experts Jahrestagung der ExpertInnen für Nachhaltige Entwicklung

Abkürzungsverzeichnis

ANC	African National Congress Afrikanischer Nationalkongress
AÖWB	Auslandsösterreicher-Weltbund
Art	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations Verband Südostasiatischer Nationen
ASEA-Uninet	Asean-European University Network Asiatisch-Europäisches Universitätsnetzwerk
ASEF	Asia Europe Foundation Asien-Europa-Stiftung
ASEM	Asia-Europe Meeting Asien-Europa-Treffen
ASO	Austrian Science and Research Liaison Office Österreichisches Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung
ASRC	Annual Security Review Conference Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz
AsylG	Asylgesetz
ATS	Amphetamine-type Stimulants Amphetaminähnliche Stimulanzien
AU	African Union Afrikanische Union
AUA	Austrian Airlines
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens
AUCON	Austrian Contingent Österreichisches Kontingent
AUSBATT	Austrian Battalion Österreichisches Bataillon
BGBl	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMD	Ballistic Missile Defense Ballistische Raketenabwehr
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Abkürzungsverzeichnis

BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BNE	Bruttonationaleinkommen
BOMCA	Border Management in Central Asia Grenzverwaltung in Zentralasien
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie
BTWK	Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CAN	Comunidad Andina Andengemeinschaft
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CARICOM	Caribbean Community Karibische Gemeinschaft
CBD	Convention on Biological Diversity Übereinkommen über die biologische Vielfalt
CCNM	Centre for Co-operation with Non-Members Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedstaaten
CCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
CCWC	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können
CD	Conference on Disarmament Genfer Abrüstungskonferenz
CDM	Clean Development Mechanismus Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CEATS	Central European Air Traffic Services Zentraleuropäische Flugsicherungsdienste

Abkürzungsverzeichnis

CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEDRO	Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas Bildungs- und Informationszentrum zur Vorbeugung des Drogenmissbrauchs
CEEPUS	Central European Exchange Programme of University Studies
CEI	Central European Initiative Zentraleuropäische Initiative
CENCOOP	Central European Nations' Cooperation in Peace Support Zentraleuropäische Kooperation zur Friedenssicherung
CERN	European Organization for Nuclear Research Europäische Organisation für Kernforschung
CFC	Common Fund for Commodities Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
CFS	Committee on World Food Security Ausschuss für Welternährungssicherheit
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung
CICEB	Consociatio Institutorum Culturalium Europaeorum inter Belgas Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien
CICP	Centre for International Crime Prevention Zentrum für internationale Verbrechensverhütung
CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna Washingtoner Artenschutzübereinkommen
CLRTAP	Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
CMCoord	Civil-Military Coordination Zivil-militärische Zusammenarbeit
CMIT	Committee on Capital Movements and Invisible Transactions Ausschuss für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen

Abkürzungsverzeichnis

CND	Commission on Narcotic Drugs Suchtstoffkommission
COHOM	Groupe de travail droits de l'homme Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte"
CORET	Conifer Research and Training Partnership
COST	European Cooperation in the field of Scientific and Technical Research Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und technischen Forschung
CREAF	Centre de réflexion Europe-Afrique pour la prévention des conflits Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung
CROMAC	Croatian Mine Action Center Kroatisches Minenaktionszentrum
CSD	Commission on Sustainable Development Kommission für Nachhaltige Entwicklung
CSR	Corporate Social Responsibility Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
CTBT	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBT PrepCom	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTO	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTC	Counter-Terrorism Committee Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
CWK	Chemiewaffenkonvention
DA	Diplomatische Akademie
DAC	Development Assistance Committee Entwicklungshilfeausschuss
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DC	Development Centre Entwicklungszentrum
DCD	Development Co-operation Directorate Entwicklungsdirektorat
d.h.	das heißt
DS	Demokratische Reformpartei [Serbien]
DSS	Demokratischen Partei Serbiens

Abkürzungsverzeichnis

EAC	East African Community Ostafrikanische Gemeinschaft
EACA	EC-ASEAN Co-operation Agreement EG-ASEAN-Kooperationsvertrag
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	European Commission on Agriculture Europäischen Landwirtschaftskommission
ECAP	European Capability Action Plan Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten
ECHO	European Community Humanitarian Office Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECSEE	Energy Community of South East Europe Energiegemeinschaft Südosteuropa
ECOSOC	Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat
ECOWAS	Economic Community Of West African States Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
EDF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EDG	European Democrat Group Gruppe der Europäischen Demokraten
EEF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EFTA	European Fair Trade Association Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ELAK	Elektronischer Akt
ELN	Ejército de Liberación Nacional Heer zur Nationalen Befreiung
EMBC	European Molecular Biology Conference Europäischen Konferenz für Molekularbiologie

Abkürzungsverzeichnis

EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ENVISAT	Environment Satellite Umweltsatellit
EP	Europäisches Parlament
EPO	European Patent Office Europäisches Patentamt
EPP/CD	Group of the European People's Party/Christian Democrats Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten
EPU	European University Center for Peace Studies Europäisches Universitätszentrum für Friedensstudien
ERPA	Emission Reductions Purchase Agreement Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen
ESA	European Space Agency Europäische Weltraumbehörde
ESPI	European Space Policy Institute Europäisches Institut für Weltraumpolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETC	European Training Centre for Democracy and Human Rights Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie
EU	Europäische Union
EUEOM	European Union Election Observation Mission Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union
EUFOR	Multinational stabilization force Multinationale Stabilisierungstruppe
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EUJUST	EU Rule of Law Mission Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten

Abkürzungsverzeichnis

EUMM	European Union Monitoring Mission Überwachungsmission der Europäischen Union
EUPM	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EURATOM	European Atomic Energy Community Europäische Atomgemeinschaft (EAG)
EUREKA	Initiative für verstärkte technologische Zusammenarbeit in Europa
EUROCONTROL	European Organisation for the Safety of Air Navigation Europäische Organisation für die Sicherung des Luftverkehrs
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUTELSAT	European Telecommunications Satellite Organization Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten
e.V.	eingetragener Verein
EVN	Energie-Versorgung Niederösterreich
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
ex-FAR	ex-Forces armées rwandaises Ehemalige Ruandische Streitkräfte
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche"
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas
FMCT	Treaty banning the production of fissile material for nuclear weapons or other nuclear explosive devices Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper
FNL	Forces Nationales pour la Libération Nationale Befreiungskräfte
FPHC	Frontier Primary Health Care Medizinische Erstversorgung an den Grenzen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs

Abkürzungsverzeichnis

FRELIMO	Frente de Libertacao de Mocambique Befreiungsfront von Mosambik
FSK	Frauenstatuskommission
FTAA	Free Trade Area of the Americas Gesamtamerikanische Freihandelszone
GAM	Gerakan Aceh Merdeka Bewegung Freies Aceh
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GCC	Gulf Cooperation Council Golfkooperationsrat
GEF	Global Environmental Facility Globale Umweltfazilität
GENDERNET	Network on Gender Equality Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tubercolosis and Malaria Globaler Fonds zur Bekämfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GFSE	Global Forum for Sustainable Energy Globales Forum über nachhaltige Energie
GK	Generalkonsulat
GPA	Gewerkschaft für Privatangestellte
GPS	Global Positioning System Globales Positionsbestimmungssystem
G-77	Group of 77 Gruppe der 77
GSTP	Global System of Trade Preferences Globales System der Handelspräferenzen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HCOC	The Hague Code of Conduct against Ballistic Missile Proliferation Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen
HGK	Honorargeneralkonsulat
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries Hochverschuldete arme Länder
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immune Deficiency Syndrome Menschliches Immunschwäche-Virus /Erworbene Immunschwäche-Syndrom
HIFA	Harare International Festivals of the Arts
HK	Honorarkonsulat

Abkürzungsverzeichnis

HSN	Human Security Network Netzwerk Menschliche Sicherheit
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICAO	International Civil Aviation Organization Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights Internationaler Pakte über bürgerliche und politische Rechte
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development Internationales Zentrum für integrierte Gebirgsentwicklung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung
ICOM	International Council of Museums Internationaler Museumsrat
ICOMOS	International Council of Monuments and Sites Internationaler Rat für Denkmalpflege
ICPD	International Conference on Population and Development Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danube River Internationale Kommission zum Schutz der Donau
ICRW	International Convention for the Regulation of Whaling Internationales Walfangübereinkommen
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IDB	Inter-American Development Bank Interamerikanische Entwicklungsbank
IDM	Institut für den Donauraum und Mitteleuropa
IEA	International Energy Agency Internationale Energieagentur
IFAD	International Fund for Agricultural Development Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFC	International Finance Corporation Internationale Finanz-Corporation
IFRI	Institut Français des Relations Internationales Französisches Institut für Internationale Beziehungen

Abkürzungsverzeichnis

IGAD	Intergovernmental Authority on Development Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse
IIC	Inter-American Investment Corporation Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft
IIEP	International Institute for Educational Planning Internationales Istitut für Bildungsplanung
IIP	International Institute for Peace Internationales Institut für den Frieden
IIZ	Institut für Internationale Zusammenarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSD	Internationale Kommission zum Schutz der Donau (ICPDR)
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IMEC	Industrialized Market Economy Countries Industrialisierte Marktwirtschaftsländer
IMO	International Maritime Organization Internationale Seeschifffahrts-Organisation
IOM	International Organization for Migration Internationale Organisation für Migration
IPI	International Press Institute Internationales Presseinstitut
IPTF	United Nations International Police Task Force Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen
i.R.	in Ruhe
IRCAM	Institut de Recherche et Coordination Acoustique Musique Forschungs- und Koordinationsinstitut für Akustik und Musik
ISA	International Seabed Authority Internationale Meeresbodenbehörde
ISAF	International Security Assistance Force Internationale Sicherheitsbeistandstruppe
ISEA	International Symposium on Electronics Art
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea Internationaler Seegerichtshof
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization Internationale Fernmeldesatellitenorganisation

Abkürzungsverzeichnis

ITU	International Telecommunication Union Internationale Fernmeldeunion
IWC	International Whaling Commission Internationale Walfangkommission
IWF	Internationaler Währungsfonds
JEM	Justice and Equality Movement Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit
JIU	Joint Inspection Unit Gemeinsame Inspektionsgruppe
JPO	Junior Professional Officer Nachwuchskraft im Höheren Dienst
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien
JVI	Joint Vienna Institute
K	Kärnten
KANU	Kenya African National Union Afrikanische Nationalunion Kenias
KF	Kulturforum
KFOR	Kosovo Force Kosovo-Truppe
KGRE	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
KKW	Kernkraftwerk/e
KLW	Klein- und Leichtwaffen [im OSZE-Kontext] Kleinwaffen und leichte Waffen [im VN-Kontext]
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LA	Lauda Air
LAC	Latin America and Caribbean Lateinamerika und Karibik
LAVAK	Landesverteidigungsakademie
LDCs	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
LDR	Liberal, Democratic and Reformers' Group Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer
LIPRODHOR	Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme Liga Ruandas zum Schutz und zur Verteidigung der Menschrechte
LSI	Sozialistische Bewegung für Integration [Albanien]

Abkürzungsverzeichnis

LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam Befreiungstiger von Tamil Eelam
M.A.I.S.	Master of Advanced International Studies
MANPADS	Man-Portable Air Defense Systems Schultergestützte Luftabwehrsysteme
MCDU	Military and Civil Defense Unit Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen
MDC	Movement for Democratic Change Bewegung für Demokratischen Wandel
MDG/s	Millennium Development Goal/s Millennium Entwicklungsziel/e
MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MINUCI	Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
MINUGUA	Mission de vérification des Nations Unies au Guatemala Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
Mio.	Millionen
MKMB	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOP	Meeting of the Parties Treffen der Vertragsparteien
MRK	Menschenrechtskommission
MTCR	Missile Technology Control Regime Trägertechnologie-Kontrollregime
MTD	Medizinisch-technische Dienste
MVW	Massenvernichtungswaffen

Abkürzungsverzeichnis

N	Niederösterreich
NAC	New Agenda Coalition Neue Agenda Koalition
NAFTA	North American Free Trade Agreement Nordamerikanische Freihandelszone
NAM	Movement of Non-Aligned Countries Bewegung der nichtgebundenen Länder
NAPincl	National Action Plans on Social Inclusion Nationale Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung
NARC	National Rainbow Coalition Nationale Regenbogenkoalition
NATO	North Atlantic Treaty Organisation Nordatlantikvertrags-Organisation
NCEP	National Civil Education Programme Nationales Ziviles Bildungsprogramm
NEEDS	Network of Europeans for Electoral and Democracy Support Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie
NEPAD	New Partnership for Africa's Development Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NGO/s	Non-Governmental Organization/s Nicht-Regierungsorganisation/en
NORAD	North American Aerospace Defense Command Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen
NSG	Nuclear Suppliers Group Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer
O	Oberösterreich
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst
ÖAI	Österreichisches Archäologisches Institut
OAS	Organization of American States Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity Organisation der afrikanischen Einheit
ÖB	Österreichische Botschaft
ÖBTZ	Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODCCP	Office for Drug Control and Crime Prevention Büro für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung
ODA	Official Development Assistance Öffentliche Entwicklungshilfe

Abkürzungsverzeichnis

ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OFID	OPEC Fund for International Development OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
ÖHI	Österreichisches Historisches Institut
ÖI	Österreich Institut
OIC	Organization of Islamic Conference Organisation der Islamischen Konferenz
ÖIES	Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitk
OIF	Organisation internationale de la Francophonie Internationale Organisation der Frankophonie
ÖIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politk
OMT/WTO	Organisation Mondial du Tourisme/World Tourism Organization Welttourismusorganisation
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi Operation der Vereinten Nationen in Burundi
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries Organisation der erdölausführenden Länder
ÖSD	Österreichisches Sprachdiplom
OSI	Ost- und Südosteuropainstitut
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖW	Österreich-Werbung
OZA	Ostzusammenarbeit
PaN	Partner aller Nationen
PAN	Partido Acción Nacional Partei der Nationalen Aktion
XXX	

Abkürzungsverzeichnis

PASPA	Partenariat stratégique pour la paix Strategische Partnerschaft für den Frieden
PfP	Partnership for Peace Partnerschaft für den Frieden
PIC	Prior-Informed-Consent Vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung
PISA	Programme for International Student Assessment Internationale Schulleistungsstudie
PLO	Palestine Liberation Organization Palästinensische Befreiungsorganisation
PNR	Passenger Name Records Fluggastdatensätze
POPs	Persistent Organic Pollutants Abfälle persistenter organischer Schadstoffe
POVNET	Network on Poverty Reduction Netzwerk für Armutsbekämpfung
PRI	Partido Acción Nacional Partei der Institutionalisierten Revolution
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers Strategiepapiere zur Armutsminderung
PRTs	Provincial Reconstruction Teams Regionale Wiederaufbauteams
PSSH	Sozialistische Partei Albaniens
PTS	Provisional Technical Secretariat Provisorisches Technisches Sekretariat
RACVIAC	South-East European Regional Arms Control Verification And Implementation Assistance Center Regionales Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique Konstitutionelle Demokratische Sammlung
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation Südasiatischer Verband für Regionale Zusammenarbeit
SADC	Southern African Development Community Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses
SAP	Systeme Anwendungen und Produkte in der Datenverarbeitung

Abkürzungsverzeichnis

SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome Schweres akutes Atemnotsyndrom
Sbg	Salzburg
SDP	Sozialdemokratische Partei [Montenegro]
SDSM	Sozialdemokratischer Bund für Mazedonien
SFOR	Stabilization Force Stabilisierungstruppe
SGCI	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne Generalsekretariat des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe Alliiertes Oberkommando Europas
SHIRBRIG	Standby Forces High Readiness Brigade Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft
SIPA	State Intelligence Protection Agency Staatsschutz
SIS	Schengener Informationssystem
SITCEN	EU Situation Centre EU-Lagezentrum
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army Befreiungsbewegung/-armee Sudans
SOC	Groupe Socialiste Sozialistische Gruppe
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SPIS	Special Programme in International Studies
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/-armee
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPO/NS	Serbische Erneuerungsbewegung/Neues Serbien
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung
St	Steiermark
SVP	Südtiroler Volkspartei
SWAC	Sahel and West Africa Club Klub für Sahel und Westafrika
SWAPO	South West Africa People's Organization Südwestafrikanische Volksorganisation
SWISSCOY	Swiss Company Schweizer Kompanie

Abkürzungsverzeichnis

T	Tirol
TABD	Transatlantic Business Dialogue Transatlantischer Wirtschaftsdialog
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue Transatlantischer Verbraucherdialog
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TEMPUS	Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich
TEN	Transeuropäische Netze
TOURCOM	First World Conference on Tourism Communications Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation
TPB	Terrorism Prevention Branch Unterabteilung Terrorismusverhütung
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights Handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum
UCK	Kosovo Befreiungsarmee
UEL	Group of the Unified European Left Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCDF	United Nations Capital Development Fund Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
UNCHS	United Nations Commission on Human Settlements Kommission der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht

Abkürzungsverzeichnis

UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDAC	United Nations Disaster Assessment and Coordination teams Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFF	United Nations Forum on Forests Waldforum der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNFPA	United Nations Population Fund Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

Abkürzungsverzeichnis

UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait
UNISPACE	United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMISET	United Nations Mission of Support in East Timor Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNMISUD	United Nations Mission in Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen
UNO	United Nations Organization Organisation der Vereinten Nationen
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien

Abkürzungsverzeichnis

UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor
UNTOP	United Nations Tajikistan Office for Peacebuilding Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands
UNU	United Nations University Universität der Vereinten Nationen
UNV	United Nations Volunteers Programme Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
USAID	United States Agency for International Development Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten
WFP	World Food Programme Welternährungsprogramm
VAGR	Verteidigungsattaché Griechenland
Vbg	Vorarlberg
VFTC	Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights Freiwilliger Fonds für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte
VIC	Vienna International Centre
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
VN	Vereinte Nationen
VN-GS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VSAT	Very Small Aperture Terminal Sehr kleine Erdefunkstelle

Abkürzungsverzeichnis

W	Wien
WA	Wassenaar Arrangement
WAN	Wide Area Network Großräumiges Netzwerk
WEAG	Western European Armaments Group Westeuropäische Rüstungsgruppe
WEU	Western European Union Westeuropäische Union
WFP	Welternährungsprogramm World Food Programme
WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WSIS	World Summit on the Information Society Weltgipfel über die Informationsgesellschaft
WSSD	World Summit on Sustainable Development Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation
ZC	Zangger Committee Zangger-Komitee
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

A. Österreich in der Europäischen Union

I. Die Erweiterung der Europäischen Union

Das Jahr 2004 war für die Europäische Union (EU) ein Jahr von epochaler Bedeutung. Am 1. Mai traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei. Mit diesem **Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten** mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 75 Millionen EinwohnerInnen erlebte die EU die fünfte und größte Erweiterungsrunde ihrer Geschichte. Es konnten auch die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien erfolgreich abgeschlossen und damit der Weg für deren voraussichtlichen Beitritt im Jänner 2007 bzw. Jänner 2008 geebnet werden. Im Juni wurde die Entscheidung getroffen, 2005 Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufzunehmen. Der Europäische Rat vom Dezember legte dann auch einen Termin (3. Oktober 2005) für den Verhandlungsbeginn mit der Türkei fest.

Der 1. Mai war zwar nicht der endgültige Abschluss, wohl aber der Höhepunkt jenes historischen Prozesses, der mit dem Grundsatzbeschluss des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993 zur Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Integration begonnen hatte und zur Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung in Europa führte.

Für die zehn neuen Mitgliedstaaten bleiben noch zwei wesentliche Integrationsschritte zu bewältigen. Zum einen die Anwendung des Schengen-Besitzstands zur Abschaffung der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen. Der Schengen-Besitzstand ist für die neuen Mitgliedstaaten zwar seit dem Tag des Beitritts bindend, doch bedarf die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen noch eines einstimmigen Beschlusses des Rates. Dieser wird gefasst, wenn die neuen Mitgliedstaaten alle rechtlichen, organisatorischen, operativen, praktischen und technischen Voraussetzungen hinsichtlich des Zugangs zum Schengener Informationssystem und einer wirksamen Kontrolle der gemeinsamen Außengrenzen erfüllen. Mit einer Aufhebung von Personenkontrollen zwischen Österreich und den neuen Mitgliedstaaten ist somit frühestens ab 2007 zu rechnen. Zum anderen die Einführung des Euro: Anders als Großbritannien und Dänemark sind die neuen Mitgliedstaaten zur Übernahme der gemeinsamen Währung vertraglich verpflichtet. Die Aufnahme in die Euro-Zone wird vom Rat beschlossen, wenn die neuen Mitgliedstaaten alle Konvergenzkriterien erfüllen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere jenes Konvergenzkriterium gemäß Art 121 EGV zu nennen, das die Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS II) seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats erfordert. Aufgrund günstiger makroökonomischer Daten sind Estland, Litauen und Slowenien seit dem 28. Juni Mitglieder des EWS II.

Für **Litauen** und die **Slowakei** erwachsen aus der Beitrittsakte Verpflichtungen im Hinblick auf die Schließung von Kernkraftwerken. Diesen entsprechend hat Litauen am 31. Dezember den ersten Reaktor des Kernkraftwerks Ignalina vom Netz genommen. Der zweite Reaktor soll 2009 folgen. Die Schließungsdaten für die Reaktoren Bohunice V-1 in der Slowakei wurden mit 2006 bzw. 2008 festgelegt.

Ebenfalls im Juni bestätigte der Europäische Rat den Zeitplan für den weiteren Beitrittsprozess **Bulgariens** und **Rumäniens:** Abschluss der Beitrittsverhandlungen 2004, Unterzeichnung des Beitrittsvertrags 2005, Beitritt im Jänner 2007, falls Bulgarien und Rumänien die Beitrittsvoraussetzungen erfüllen. In diesem Zusammenhang nahm der Rat im März ein Finanzpaket für die Jahre 2007–2009 an. Dieses sieht ein Gesamtvolumen von 15,396 Milliarden Euro vor. Außerdem werden Bulgarien und Rumänien nach denselben Modalitäten wie die am 1. Mai beigetretenen Mitgliedstaaten in die Landwirtschafts- und Strukturpolitik integriert. Dies bedeutet, dass ab dem Zeitpunkt des Beitritts über zehn Jahre schrittweise Direktzahlungen eingeführt werden.

Am 15. Juni konnte Bulgarien die Beitrittsverhandlungen auf technischer Ebene abschließen. Wesentlich für Österreichs Zustimmung war insbesondere die Schließungsverpflichtung für das Kernkraftwerk Kosloduj. Nachdem die Reaktoren 1 und 2 bereits 2002 vom Netz genommen wurden, enthält die Beitrittsakte nunmehr für Bulgarien die Verpflichtung, die Blöcke 3 und 4 mit 31. Dezember 2006 zu schließen. Dies wird durch Regelungen über die Finanzhilfe der EU für die Dekommissionierung sowie begleitende Maßnahmen ergänzt.

Im Juli begannen die zu Jahresende noch laufenden redaktionellen Arbeiten am Beitrittsvertrag für Bulgarien und Rumänien. Die Europäische Kommission ging in ihren am 6. Oktober präsentierten Fortschrittsberichten davon aus, dass Bulgarien und Rumänien den politischen Kriterien schon jetzt entsprechen, bis Jänner 2007 auch die Kriterien in Hinblick auf die Wirtschaft und den gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstand erfüllen und damit für die Mitgliedschaft bereit sein werden. Bei der letzten Beitrittskonferenz auf Stellvertreterebene mit Rumänien am 8. Dezember wurden die letzten noch ausständigen Kapitel Justiz und Inneres sowie Wettbewerb vorläufig abgeschlossen. Österreich stimmte zu, nachdem insbesondere in den Bereichen Grenzschutz, illegale Migration und Korruptionsbekämpfung weitere Konkretisierungen der Anforderungen in die Gemeinsame Position zu Justiz und Inneres aufgenommen worden waren. Somit konnten die Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern Bulgarien und Rumänien auf Ministerebene am 14. Dezember formell abgeschlossen werden.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16. und 17. Dezember nennen als Beitrittszeitpunkt für Bulgarien und Rumänien erneut Jänner 2007, falls bis dahin alle Verpflichtungen erfüllt sind. Widrigenfalls kann

der Beitritt Bulgariens oder Rumäniens um ein Jahr auf Jänner 2008 verschoben werden. Die Schlussfolgerungen weisen darauf hin, dass die Union die Beitrittsvorbereitungen im Rahmen des Monitoring beobachten wird (ausdrücklich erwähnt werden bei Bulgarien das Kapitel Justiz und Inneres; bei Rumänien Justiz und Inneres, Wettbewerb und Umwelt) und legen den Termin für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit April 2005 fest.

Kroatien hatte wie die übrigen Staaten des Westlichen Balkan seit dem Europäischen Rat vom Juni 2000 den Status eines „potenziellen Bewerbers" („potenzieller Beitrittskandidat"). Im April befürwortete die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme zum Beitrittsgesuch („avis") die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Auf dieser Grundlage sprach sich der Europäische Rat vom Juni ohne weitere Bedingungen dafür aus, diese Verhandlungen Anfang 2005 aufzunehmen. Im Oktober präsentierte die Europäische Kommission Vorschläge für eine Vorbeitrittsstrategie sowie Elemente für einen Verhandlungsrahmen. In der Vorbereitung für den Europäischen Rat vom Dezember äußerten einige EU-Mitgliedstaaten Skepsis hinsichtlich der Festlegung eines konkreten Datums. Grund war die von der Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag geäußerte Kritik an der Zusammenarbeit Kroatiens mit ICTY (Verhaftung und Auslieferung des flüchtigen Generals Ante Gotovina). Österreich setzte sich für eine vollständige Umsetzung des Beschlusses vom Juni ein und verwies zudem auf die Komplexität des Falles Gotovina (sehr widersprüchliche Angaben über dessen möglichen Aufenthalt). Der Europäische Rat vom Dezember setzte schließlich mit dem 17. März 2005 ein konkretes Datum für den Verhandlungsbeginn fest, verband dies aber mit der Forderung nach voller Zusammenarbeit Kroatiens mit ICTY.

Der Europäische Rat hatte auf seiner Tagung in Kopenhagen 2002 beschlossen, bis Ende 2004 auf Grundlage eines Berichts der Europäischen Kommission über die Erfüllung der politischen Kriterien (institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten) durch die **Türkei** zu befinden: Sollte das Urteil lauten, dass die Türkei die politischen Kriterien erfüllt, sollten ohne Verzug Verhandlungen aufgenommen werden. Dies wurde von den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni bekräftigt. Am 6. Oktober legte die Europäische Kommission drei Dokumente zur Türkei vor: einen umfassenden Bericht über Fortschritte und Reformen seit 1999, eine – von Österreich geforderte – Studie über mögliche Auswirkungen eines Beitritts der Türkei sowie eine Empfehlung an den Rat über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei.

Auf dieser Grundlage verabschiedete der Europäische Rat am 16. und 17. Dezember Schlussfolgerungen zur Türkei, die folgende wesentliche Punkte enthalten. Wie schon die Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Oktober bescheinigen auch diese Schlussfolgerungen der Türkei

ausreichende Erfüllung der politischen Kriterien und legen den Termin für den Beginn von Verhandlungen mit 3. Oktober 2005 fest.

Im Abschnitt „Verhandlungsrahmen“ wird festgelegt, dass die Verhandlungen wie mit den am 1. Mai beigetretenen Ländern im Rahmen einer Regierungskonferenz und in Kapitel strukturiert geführt werden. Neu ist die Verwendung von Kriterien („benchmarks“) für den vorläufigen Abschluss und gegebenenfalls für die Eröffnung von Kapiteln, die auf Rechtsangleichung und -umsetzung sowie auf die Erfüllung bestehender Verpflichtungen gegenüber der EU Bezug nehmen können. Der Text erwähnt die Möglichkeit von langen Übergangsfristen, Derogationen, Sonderregelungen und dauerhaften Schutzklauseln, auf deren Basis in Bereichen wie Freiheit des Personenverkehrs, Strukturpolitik und Landwirtschaft jederzeit Schutzmaßnahmen aktiviert werden können; bei Entscheidungen im Bereich des freien Personenverkehrs soll den Mitgliedstaaten zudem eine größtmögliche Rolle zukommen. Ein Verhandlungsabschluss kann erst nach einem Beschluss über die Finanzperiode ab 2014 erfolgen und wird möglicherweise Finanzreformen nach sich ziehen. Das Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt, die Verhandlungen sind jedoch insbesondere auf Initiative Österreichs ein offener Prozess, dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Ist das Bewerberland nicht imstande, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen einzuhalten – wobei allen Kriterien von Kopenhagen Rechnung zu tragen ist –, muss dennoch eine möglichst feste Verankerung des Kandidatenlandes in den europäischen Strukturen erfolgen. Im Falle einer schweren und anhaltenden Verletzung europäischer Werte können die Verhandlungen suspendiert werden. Die Verhandlungen werden von einem politischen und zivilen Dialog begleitet. Die Türkei muss die im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zum Ausdruck gebrachten Defizite beheben und steht unter weiterer intensiver Beobachtung der Union. Darüber hinaus muss sie das Anpassungsprotokoll zum Ankara-Abkommen (d.h. dessen Ausdehnung auf die neuen Mitgliedstaaten) vor dem Beginn der Verhandlungen unterzeichnen. Die Schlussfolgerungen nehmen auch ausdrücklich Bezug auf das so genannte vierte Kopenhagener Kriterium, die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen und dabei die Dynamik der europäischen Integration zu erhalten.

Ein konkretes Beispiel für Österreichs aktive Teilnahme am Erweiterungsprozess war sein Engagement im Rahmen der **Verwaltungspartnerschaften** („Twinning“). Österreich übernahm 15 Projekte mit einer Gesamtsumme von mehr als 6 Millionen Euro. Ein großer Teil der Twinning-Projekte waren von der EU im Jahr 2004 für Bulgarien und Rumänien vorgesehen: Für Bulgarien wurden 37 Projekte ausgeschrieben, für Rumänien 45 Projekte avisiert. In der Türkei betreut Österreich derzeit drei Projekte. Auch fanden die ersten Twinning-Ausschreibungen in MEDA-Ländern – in jenen Mittelmeerländern, die an der Partnerschaft Europa-Mittelmeer beteiligt sind – statt: Libanon und Jordanien. Österreich konnte von 1997 bis 2003 insge-

samt mehr als 120 Partnerschaften bzw. mehr als 9% aller Projekte gewinnen. Damit lag Österreich auf Platz sechs der EU-15. Künftig will Österreich auch gemeinsam mit den neuen Mitgliedstaaten Projekte anbieten.

II. Die Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen

1. Schlussphase der Regierungskonferenz und Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags

Nachdem es beim Europäischen Rat in Brüssel am 12. und 13. Dezember 2003 nicht gelungen war, eine Einigung über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ zu erzielen, blieb die Regierungskonferenz unterbrochen. Nach umfangreichen Konsultationen setzte sich der Europäische Rat am 26. März das Ziel, die Regierungskonferenz im Juni zu Ende zu führen. Nach drei Tagungen auf Außenministerebene (17. und 18. Mai, 24. Mai sowie 14. und 15. Juni) konnte die irische Ratspräsidentschaft ein Kompromisspaket vorlegen, das aus einer umfangreichen „geschlossenen Liste“ von bereits außer Streit gestellten Vorschlägen und einer relativ kurzen „offenen Liste“ bestand, die noch einer Klärung auf höchster Ebene bedurfte. Dazu zählten insbesondere die Einzelheiten der Definition der doppelten Mehrheit von Unionsbevölkerung und Mitgliedstaaten, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission, die Parameter für die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (EP), die Ausdehnung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen sowie gewisse Verfahrensregelungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungspolitik. Am 18. Juni gelang es den Staats- und Regierungschefs, sich auf eine Paketlösung über den gesamten Text des „Vertrags über eine Verfassung für Europa“ zu einigen.

Die Unterzeichnung des Verfassungsvertrags fand in Rom am 29. Oktober statt. Zu seinem Inkrafttreten bedarf der Vertrag der Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Als Zieldatum dafür wurde der 1. November 2006 vorgesehen.

Grundlage für die österreichische Verhandlungsposition war die „Österreichische Grundsatzposition für die Regierungskonferenz“, die am 23. September 2003 vom Ministerrat beschlossen und vom Hauptausschuss des Nationalrates am 30. September 2003 begrüßt worden war. Auf dieser Basis waren der Bundeskanzler und die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten bevollmächtigt worden, die Verhandlungen zu führen. National- und Bundesrat wurden regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen informiert. Die Regierungskonferenz stand dreimal auf der Tagesordnung des EU-Hauptausschusses (17. März, 15. Juni und 11. August). Auch der Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik befasste sich am 19. Mai mit dieser Thematik.

Am 21. Oktober genehmigte die Bundesregierung den Text der vorläufigen deutschen Sprachfassung des Verfassungsvertrags und holte die Vollmacht des Bundespräsidenten für die Vertragsunterzeichnung durch den Bundeskanzler und die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten ein.

Die Ratifikation des Verfassungsvertrags durch Österreich setzt eine vorhergehende parlamentarische Genehmigung voraus. Diese soll wie bei allen bisherigen primärrechtlichen Verträgen der EU auf der Basis einer verfassungsrechtlichen Sonderregelung erfolgen, die vorsieht, dass sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat ihre Beschlüsse jeweils mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten zu fassen haben. Die Befassung des österreichischen Parlaments mit der verfassungsrechtlichen Sonderregelung und der Regierungsvorlage zur Genehmigung der Ratifikation des Verfassungsvertrags ist für Mai 2005 geplant.

2. Wesentliche Elemente des Vertrags über eine Verfassung für Europa

Der EU-Verfassungsvertrag stellt die EU auf eine neue primärrechtliche Grundlage. Obgleich der Verfassungsvertrag formal eine Neugründung der EU bedingt, wird die Kontinuität zum gesamten bisherigen Rechtsbestand der EU sichergestellt. Er bringt eine Vereinfachung und graduelle Weiterentwicklung des Primärrechts der EU mit sich und zielt auf eine Erhöhung von demokratischer Legitimität, Transparenz und Effizienz ab. Die Bestimmungen des EG-Vertrags und des EU-Vertrags werden in einem einzigen Vertragstext zusammengefasst. Die drei Säulen werden in einem einheitlichen Rechtsrahmen zusammengeführt, und die EU erhält eine alle Politikbereiche umspannende einheitliche Rechtspersönlichkeit. Somit kann die EU internationalen Organisationen beitreten und sämtliche Übereinkünfte mit Drittstaaten oder internationalen Organisationen nach einem einheitlichen Verfahren aushandeln und abschließen. Auf diese Weise werden in Verbindung mit der Schaffung eines Außenministers der Union die Voraussetzungen für ein kohärentes Auftreten der EU im globalen Umfeld wesentlich verbessert.

Aus österreichischer Sicht bleibt ein wesentliches Manko des Verfassungsvertrags, dass eine substanzielle Reform des EURATOM-Vertrags trotz nachdrücklicher Bemühungen nicht konsensfähig war. Allerdings gelang es Österreich, die Perspektive einer umfassenden Reform des EURATOM-Vertrags offen zu halten: In einer gemeinsamen Erklärung von Österreich, Deutschland, Irland, Ungarn und Schweden zur Schlussakte des Verfassungsvertrags wird am Ziel einer ehest möglichen Einberufung einer EURATOM-Revisionskonferenz festgehalten.

Zu den wesentlichen Errungenschaften des Verfassungsvertrags, für die sich die österreichischen VertreterInnen im Konvent nachdrücklich eingesetzt haben, zählen die klare Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der

Union und ihren Mitgliedstaaten und die Vereinfachung der Handlungsinstrumente und Entscheidungsmechanismen der Union. Der Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union in den Außenbeziehungen und bei der Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts stehen neue Instrumente zu einer besseren Kontrolle der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gegenüber, die Tendenzen zu einer zentralistischen Überregulierung auf europäischer Ebene wirksam Einhalt gebieten sollen. So wird ein Frühwarnmechanismus geschaffen, in dem die nationalen Parlamente ihre Bedenken hinsichtlich einer möglichen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips durch Gesetzgebungsakte der EU geltend machen können. Darüber hinaus wird ein Klagsrecht wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips eingeführt. Die Mitgliedstaaten können sich dabei darauf festlegen, dass sie solche Klagen auf Aufforderung ihres nationalen Parlaments oder einer dessen Kammern einbringen.

Auf die Erhöhung der demokratischen Legitimität der Entscheidungsprozesse in der EU zielt auch die Ausdehnung der Mitentscheidungs- und Mitwirkungsrechte des EP und die Einführung einer – dem österreichischen Volksbegehren ähnlichen – europäischen „Bürgerinitiative“ ab. Die demokratischen Kontrollmöglichkeiten werden zudem durch ein klares Transparenzgebot für die gesetzgebenden Organe der EU verbessert. Sowohl das EP als auch der Rat haben öffentlich zu tagen, wenn sie über Gesetzgebungsakte beraten und entscheiden. Auch der Rechtsschutz für die BürgerInnen wird gestärkt, vor allem durch die Aufnahme der Charta der Grundrechte in den Verfassungsvertrag, durch die Ausdehnung der Zuständigkeiten des EuGH und die Erleichterung der Bedingungen für die Erhebung von Individualklagen.

Darüber hinaus bringt der Verfassungsvertrag eine Reihe institutioneller Reformen, durch die im Hinblick auf die Erweiterung der EU einerseits die Effizienz der Entscheidungsprozesse verbessert wird, andererseits aber auch das Gleichgewicht zwischen den Organen der EU, das deren doppelte Legitimität als Union der Bürger und der Staaten widerspiegelt, erhalten bleiben soll. Wesentliche institutionelle Reformen sind die Schaffung eines Außenministers der Union und eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rates. Ersteres wurde von Österreich nachdrücklich unterstützt, zweiterem stand Österreich anfänglich skeptisch gegenüber. Durch die Einengung seiner Zuständigkeiten und die Beibehaltung der gleichberechtigten Rotation zwischen den Mitgliedstaaten im Präsidentschaftssystem des Ministerrats konnten diese Bedenken weitestgehend ausgeräumt werden.

Zu den wichtigsten österreichischen Anliegen in der Regierungskonferenz zählten die Wahrung der Grundsätze des institutionellen Gleichgewichts und der Gleichheit der Mitgliedstaaten bei der Institutionen-Reform. Voraussetzung dafür, dass diesen Grundsätzen am Ende in zufrieden stellender Weise entsprochen wurde, war die kontinuierliche Zusammenarbeit der österreichischen Verhandlungsdelegation mit einer Gruppe von zwölf wei-

teren – kleineren und mittleren – „gleich gesinnten“ Staaten (alle neuen Mitgliedstaaten außer Polen sowie Finnland, Portugal und Griechenland) während des gesamten Verhandlungsprozesses.

Hauptelemente der erst in der Schlussphase der Regierungskonferenz erzielten Kompromisse zur Institutionen-Reform sind:

Ab 1. November 2009 soll für qualifizierte Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat das System der „doppelten Mehrheit“ gelten. Laut Verfassungsvertrag gilt die qualifizierte Mehrheit, wenn 55% der Mitgliedstaaten, die mindestens 15 Mitgliedstaaten umfassen und mindestens 65% der Unionsbevölkerung repräsentieren, ihre Zustimmung zu einem Beschluss ausdrücken (Sperrminderheit von mindestens vier Mitgliedstaaten). Durch diese Formel steigt die Wahrscheinlichkeit der Annahme eines Beschlusses an, ohne dass die Wahrscheinlichkeit, dass Österreich eine Entscheidung beeinflussen kann, signifikant absinkt.

Bis 2014, d.h. für zwei Amtsperioden, wird sich die Europäische Kommission (einschließlich ihres Präsidenten und des Außenministers der Union) weiter aus je einem Staatsangehörigen pro Mitgliedstaat zusammensetzen. Danach wird die Zahl der Mitglieder auf zwei Drittel der Anzahl der Mitgliedstaaten verkleinert, sofern der Europäische Rat nicht einstimmig eine Änderung dieser Zahl beschließt. Die Auswahl der Mitglieder erfolgt dann auf der Grundlage der gleichberechtigten Rotation. Diese Bestimmungen stellen aus österreichischer Sicht eine ausgewogene Kompromisslösung dar, die sowohl im Vergleich zum Vertrag von Nizza als auch zum Konventsentwurf substanzielle Verbesserungen vorsieht.

Darüber hinaus konnte Österreich unter anderem folgende Anliegen erfolgreich in der Regierungskonferenz durchsetzen: Klarstellung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Bereitstellung, Beauftragung und Finanzierung von Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) und Anerkennung der Rolle der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften in diesem Zusammenhang; Verankerung einer horizontalen Sozialklausel, die die EU verpflichtet, den Eckpfeilern des europäischen Sozialmodells bei allen ihren Maßnahmen Rechnung zu tragen; Gewährleistung der gerichtlichen Kontrolle von bindenden Rechtsakten des Europäischen Rates durch den EuGH; Verankerung des Minderheitenschutzes unter den Werten der EU; Berücksichtigung des „besonderen Charakters der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten“ im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gemäß einem gemeinsamen Schreiben von Österreich, Finnland, Schweden und Irland; Erhöhung der Entscheidungseffizienz in den Bereichen Koordination der sozialen Sicherheitssysteme und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass vitale Anliegen einzelner Mitgliedstaaten berücksichtigt werden; Sicherstellung, dass eine Europäische Staatsanwaltschaft nur mit ausdrücklicher Zustim-

mung Österreichs eingerichtet werden könnte, und Aufnahme einer horizontalen Tierschutzklausel in den Verfassungsvertrag.

III. Die Politiken der Europäischen Union

1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen

1.1. Österreichische VertreterInnen in EU-Organen

Von 1995 bis 2004 war Franz Fischler Mitglied der Europäischen Kommission, seit 22. November nimmt Benita Ferrero-Waldner diese Aufgabe wahr. Ihr Aufgabengebiet umfasst die Außenbeziehungen der Union sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Hubert Weber wurde am 14. Jänner 2005 für drei Jahre zum Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs gewählt. Österreich stellt mit Peter Jann und Josef Azizi je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) respektive beim Europäischen Gericht erster Instanz (EuGI). Azizi wurde 2004 wieder nominiert. Seit dem Jahr 2000 ist die Österreicherin Christine Stix-Hackl Generalanwältin beim EuGH.

1.2. Europäisches Parlament (EP)

Vom 10.–13. Juni fanden die Wahlen zum EP statt, an der auch die neuen Mitgliedstaaten teilnahmen. Die Zahl der Abgeordneten hat sich mit der Erweiterung von 626 auf 732 Mitglieder erhöht. Die nunmehr 18 österreichischen Abgeordneten verteilten sich 2004 auf folgende Fraktionen: sieben Sozialdemokratische Fraktion, sechs Europäische Volkspartei und europäische Demokraten, zwei Grüne und freie europäische Allianz sowie drei Fraktionslose (zwei Liste Hans-Peter Martin, ein Freiheitlicher). Die gesamteuropäische Wahlbeteiligung betrug 45,7%, in Österreich 42,4%. Am 20. Juli wählte das neue EP den Spanier Josep Borrell (SPE) für zweieinhalb Jahre zu seinem Präsidenten.

Inhaltliche Schwerpunkte der Tätigkeit des neuen Parlaments waren die Bestätigung der neuen Europäischen Kommission (das EP hat im Zuge der Anhörung eine geänderte Zusammensetzung des Kollegiums durchgesetzt) und die Stellungnahmen zu den Fortschritten Rumäniens und Bulgariens (Entschließungen vom 16. Dezember) sowie der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (Entschließung vom 15. Dezember).

1.3. Europäischer Gerichtshof (EuGH) und Gericht erster Instanz (EuGI)

Im Jahr 2004 wurden von österreichischen Gerichten 16 neue **Vorabentscheidungsverfahren** eingeleitet.

Bis Jahresende waren gegen die Republik Österreich 16 Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese **Vertragsverletzungsverfahren** betreffen die Richtlinie über Altölbeseitigung; das

Universitätsstudiengesetz in Bezug auf die Zulassungsvoraussetzungen für EU-Staatsbürger; die Gleichbehandlung von Männern und Frauen betreffend den Zugang zur Beschäftigung im Untertagbergbau; das sektorale Fahrverbot auf der Inntalautobahn; die Bescheinigung der Gleichwertigkeit der Facharztausbildung Zahnarzt für Dentisten; die Richtlinie 92/50 betreffend das öffentliche Auftragswesen in Bezug auf die Abfallentsorgung Mödling; die Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen; die Verringerung des Schwefelgehalts betreffend flüssige Kraft- oder Brennstoffe; die Begrenzung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen gemäß § 18 Ausländerbeschäftigungsgesetz; die Vogelschutzrichtlinie und die Richtlinie über den Erhalt natürlicher Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen in Bezug auf das „Lauteracher Ried“ im Zusammenhang mit dem Bau der Bodensee Schnellstraße S 18; die mangelhafte Umsetzung einer Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft; die Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsartige Atmosphären gefährdet werden können; den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene sowie die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie 89/391 über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer; der Richtlinie 79/409 über die Erhaltung wildlebender Vogelarten sowie der Richtlinie 92/43 über die Erhaltung natürlicher Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

In 15 Verfahren ergingen im Jahr 2004 **Urteile des Gerichthofes,** in dem dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen Gemeinschaftsrecht feststellte: Diese betrafen die Genehmigung der Erweiterung der Golfanlage in der Gemeinde Wörschach/St; das Inverkehrbringen von Nahrungsergänzungsmitteln, Vitaminen als Arzneimittel oder Lebensmittel; die mangelhafte Umsetzung der Rechtsmittelrichtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG (Vergaberecht) durch Salzburg, Steiermark, Niederösterreich und Kärnten; die Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft; die Bedingungen für die freiberufliche Ausübung bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste (MTD-Gesetz); die Anwendung des offenen Netzzugangs beim Sprachtelefondienst und den Universaldienst im Telekommunikationsbereich; den Ausschluss der Arbeitnehmer aus anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie aus Drittstaaten, mit denen die Gemeinschaft Abkommen über die Nichtdiskriminierung dieser Arbeitnehmer hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen geschlossen hat, vom passiven Wahlrecht bei den Arbeiterkammerwahlen; die Mindestvorschriften betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Bildschirmarbeit; den Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe; die Richtlinie über die Arbeitsplatz-Richtgrenzwerte; den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen;

die absichtliche Freisetzung von genetisch veränderten Organismen in die Umwelt; § 50/2 Lebensmittelgesetz betreffend die Bestimmung über den Versandhandel mit Verzehrprodukten; die integrierte Vermeidung von Umweltverschmutzung und die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei manueller Handhabung von Lasten.

Auf Grund der Straffung der Verfahren durch den Gerichtshof führten zwei Verfahren gegen Österreich innerhalb Jahresfrist zu einer Verurteilung. In der Rechtssache C-194/01 betreffend die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie 75/422/EWG über Abfälle wurde die Klage der Europäischen Kommission vom Gerichtshof abgewiesen.

Österreich erhob im März eine Klage gegen den Rat und das Europäische Parlament wegen Nichtigerklärung der Verordnung 2327/2003 zur Einrichtung einer auf Punkten basierenden Übergangsregelung für Schwerlastkraftwagen im Transit durch Österreich für das Jahr 2004. Diesem Verfahren trat die Europäische Kommission auf Seite der Beklagten als Streithelferin bei.

Im September klagte Österreich auf Nichtigerklärung der von der Europäischen Kommission am 22. Juni ausgesprochenen Ablehnung der Aufforderung der Republik Österreich vom 31. März an die Europäische Kommission, eine primärrechtskonforme Ökopunktenachfolgeregelung oder vergleichbare Maßnahmen vorzuschlagen. Diesem Verfahren trat der Rat auf Seite der Beklagten als Streithelfer bei.

Im Juni verwies der EuGH die von Österreich erhobene Nichtigkeitsklage gegen den ablehnenden Beschluss der Europäischen Kommission betreffend das Oberösterreichische Gentechnik-Verbotsgesetz an den EuGI.

1.4. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)

Im WSA ist Österreich mit zwölf Mitgliedern vertreten. 2004 wurde Hans Kletzmayr neu nominiert. Der WSA hat auf seiner Plenartagung am 27. und 28. Oktober das österreichische Mitglied Anne-Marie Sigmund für die nächsten zwei Jahre zu seiner Präsidentin gewählt.

1.5. Ausschuss der Regionen (AdR)

Österreich ist im AdR mit 12 Mitgliedern vertreten. Die nationale Delegation wird von den neun Landeshauptleuten und drei Vertretern des Städte- und Gemeindebunds gebildet. 2004 wurden Bernd Vögerle als Mitglied sowie Gebhard Halder, Markus Linhart, Josef Martinz und Andreas Schieder als stellvertretende Mitglieder neu in den AdR entsandt. Leiter der österreichischen Delegation ist Landeshauptmann Herwig van Staa, der auch Vizepräsident des Ausschusses ist.

2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Parlament und Bundesländern in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt in Form von Informations- und Stellungnahmerechten des National- und Bundesrates. Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesgesetzlich zu regeln wäre oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf davon nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen.

Der Hauptausschuss des Nationalrates hat am 17. März in einer einstimmigen Ausschussfeststellung gefordert, dass für die allgemeine Kostenvergütung sowie die Reisekostenersätze für EP-Abgeordnete eine Regelung auf Basis belegter Kosten anzustreben ist – und zwar unabhängig von einer Einigung über das MEP (Mitglied des EP) -Statut.

Die in Art 23d B-VG festgelegten Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden enthalten jeweils für deren Zuständigkeitsbereiche ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht. Die Länder gaben im Jahr 2004 sieben einheitliche Stellungnahmen gemäß Art 23d Abs 2 B-VG zu den folgenden Themen ab: Richtlinie über den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten; Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der kontinentalen Region, Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der atlantischen Region, Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der atlantischen und kontinentalen Region, Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000; Gemeinschaftsliste der borealen Region.

3. Wirtschaft und Finanzen

3.1. Die Wirtschafts- und Währungsunion

Die Jahreswachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug in der Eurozone 2%. In den Jahren 2005 und 2006 wird erwartet, dass die Wachstumsrate etwa auf diesem Niveau bleibt. Hauptträger der Wirtschaftsdynamik war eine lebhafte Exportnachfrage. Dem gegenüber dürfte der Beitrag der inländischen Nachfrage erst in den nächsten Quartalen ansteigen. Die verbesserte Wirtschaftslage schlug auch auf den Arbeitsmarkt durch: Das Beschäftigungswachstum in der Eurozone stieg auf 0,5% an und wird 2005 und 2006 voraussichtlich jeweils bei knapp 1% liegen. Die Inflation blieb bei 2,1%, wird aber voraussichtlich 2005 und 2006 unter 2% absinken.

Die Erholung der Wirtschaft wurde von einer akkommodierenden Makropolitik, günstigen Finanzierungskosten und steigenden Gewinnmargen, aber auch von Strukturreformen unterstützt. So wurde die Reform der sozialen Sicherungssysteme in einer Reihe von Mitgliedstaaten substanziell weiter vorangetrieben. Auch beim Ausbau des Finanzbinnenmarkts konnten durch die neue Kapitaladäquanzrichtlinie und die dritte Geldwäscherichtlinie weitere wichtige Fortschritte erzielt werden.

In Vorbereitung der Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie hatte eine Expertengruppe unter dem Vorsitz des früheren niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok einen Bericht verfasst, der vom Europäischen Rat am 4. und 5. November begrüßt wurde. Dieser kam zum Ergebnis, dass der entscheidende Punkt eine Verbesserung der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten ist.

Es wurden Beratungen über eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts begonnen. Österreich unterstützte alle Vorschläge, die zu einer effektiveren Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beitragen können und trat dafür ein, die Substanz des Pakts unverändert zu bewahren.

3.2. Die Finanzielle Vorausschau 2007–2013

Am 14. Juli legte die Europäische Kommission ihre detaillierten Vorschläge zur Finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 („Agenda 2007“) vor. Darin stellte sie im Bereich der EU-Eigenmittel einen allgemeinen Mechanismus zum Lastenausgleich unter den Nettozahlern („Allgemeiner Korrekturmechanismus“), erhöhte Umschichtungsmöglichkeiten zwischen einzelnen Ausgabekategorien sowie eine EU-Steuer zur Diskussion. Weiters sind in der Agenda 2007 Vorschläge für neue rechtliche Regelungen hinsichtlich aller Ausgabenbereiche enthalten. Die bisherige Diskussion im Rat konzentrierte sich auf die notwendige Höhe der gesamten Mittelausstattung und ihrer Verteilung auf die Einzelbereiche. Dazu wurden die unterschiedlichen Zielsetzungen in den Einzelbereichen und die jeweils dafür erforderlichen Mittel in so genannten „Bausteinen“ (building blocks) zusammengeführt. Diese werden Grundlage für die weitere Diskussion in der ersten Jahreshälfte 2005 sein. Für Österreich ist dabei die Einhaltung strikter Ausgabendisziplin bzw. die Beibehaltung des derzeitigen Ausgabenniveaus von knapp 1% als Beitrag zur langfristigen Stabilität der europäischen öffentlichen Finanzen ein zentrales Anliegen, das gemeinsam mit einer Reihe anderer Mitgliedstaaten konsequent verfolgt wird.

4. Beschäftigung und Sozialpolitik

Im Beschäftigungsbereich war die Bundesregierung bestrebt, den **Lissabon-Zielen** durch **nationale Maßnahmen** näher zu kommen. Zur Verbesserung von Qualität und Produktivität wurden Unternehmensgründungen, lebenslanges Lernen, Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsplatz, Diskriminie-

rungsbekämpfung, Verbesserung der Arbeitsorganisation und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders gefördert. Um die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitskräfte zu verbessern, beschloss die Bundesregierung für diese ein Rentenreformpaket, unterstützt von Einzelmaßnahmen wie der Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge und einer ausgewogenen Frühpensionierungs-Regelung.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde die **Förderung des sozialen Zusammenhalts** als strategisches Ziel der EU formuliert. Der Sozialschutz soll unter Anwendung der offenen Methode der Koordinierung modernisiert werden: Dies betrifft die Bereiche Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, Sicherung der Qualität und Nachhaltigkeit der Altersversorgungssysteme, Zukunft der Gesundheits- und Pflegesysteme und das Thema „Arbeit soll sich lohnen".

Auf Grundlage des 2003 vorgelegten Nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung **(NAPincl)** der Mitgliedstaaten wurde der zweite gemeinsame Bericht der Europäischen Kommission und des Rates zur sozialen Eingliederung verabschiedet. Österreich legte der Europäischen Kommission einen aktualisierten Kurzbericht über die neuesten Vorhaben und Reformen in der Sozialpolitik vor.

Zur Stärkung der Sozialpolitik übermittelten der Ausschuss für Sozialschutz und der EU-Beschäftigungsausschuss dem Europäischen Rat im März ein gemeinsames Dokument mit Schlüsselbotschaften zu Beschäftigung, Sozialschutz, sozialer Eingliederung und Gleichstellung der Geschlechter.

5. Binnenmarkt

Das zentrale Thema war die Schaffung eines echten Binnenmarkts für Dienstleistungen. Die Europäische Kommission hat am 13. Jänner ihren Vorschlag vorgelegt. Damit soll ein allgemeiner Rechtsrahmen zur Beseitigung von Hindernissen sowohl für die Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungserbringern als auch von Hindernissen für den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten geschaffen werden.

Inhaltliche Streitpunkte sind der Anwendungsbereich der Rahmenrichtlinie in Bezug auf Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die Anwendung des Herkunftslandprinzips und die Funktionsweise von Behördenkooperationen. Eine Spezialregelung zur geplanten Dienstleistungsrichtlinie stellt vor allem der Richtlinienvorschlag für die Anerkennung von Berufsqualifikationen dar. Eine wesentliche Neuerung besteht in der Einführung des Herkunftslandprinzips bei vorübergehender Dienstleistung. Der Wettbewerbsfähigkeitsrat vom 17. und 18. Mai konnte eine politische Einigung über die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken erzielen. Hingegen scheiterte der Vorschlag für eine Verordnung über Verkaufsförderung am 24. September. Bei dem für Österreich wichtigen Thema der Verbesserung

und Vereinfachung der Rechtsetzung wurde auch das Instrument „impact assessment“ (Folgenabschätzung) weiterentwickelt.

Auch 2004 betonte die Europäische Kommission die zentrale Bedeutung der beschleunigten Umsetzung der EU-Binnenmarktrichtlinien in das Recht der Mitgliedstaaten. Österreich hatte mit Stichtag 15. November eine Umsetzungsrate von 98,04% erreicht (31 überfällige Richtlinien). Damit befand sich Österreich an der siebenten Stelle in der Rangordnung der Mitgliedstaaten.

6. Verkehr

Das gegen die Stimme Österreichs geschaffene **vorläufige Punktesystem** sollte mit Jahresbeginn die Ökopunkteregelung ersetzen. Angesichts zu erwartender negativer Konsequenzen für Verkehrspolitik und Umwelt sowie einer Reihe technischer und administrativer Probleme gab Österreich die Nichtanwendung bekannt, erhob am 24. März Nichtigkeitsklage gegen die Verordnung sowie am 1. September gegen die Ablehnung der EK, weitere Schritte zur Erreichung der Zielvorgaben des Transitprotokolls zu ergreifen.

Trotz der Vorgabe des Europäischen Rates vom Dezember 2003 konnte der Rat 2004 keine Einigung über eine **Richtlinie für eine neue Berechnung der Wegekosten** erzielen.

Auch nach der Erweiterung gelang es, eine Sperrminorität gegen eine Harmonisierung von **Wochenend- und Nachtfahrverboten** aufrecht zu halten, sodass die Regelungshoheit bei den Mitgliedstaaten verblieb. Auf Grundlage der Überschreitung von Grenzwerten kam es im November zu einer zeitlichen Ausweitung des im Vorjahr auf einem Abschnitt der Inntalautobahn verordneten Nachtfahrverbots. Hingegen musste ein vom Land Tirol beabsichtigtes sektorales Fahrverbot, wogegen die Europäische Kommission im Vorjahr Klage eingereicht hatte, im Mai bis zur Entscheidung des EuGH ausgesetzt werden.

Im Juli gestand die Europäische Kommission zwar zu, dass die am 1. Jänner in Österreich eingeführte **fahrleistungsabhängige Maut** der geltenden Wegekostenrichtlinie entspreche, wandte sich aber in zwei Mahnschreiben gegen die Mauthöhe betreffend vier der sechs Sondermautstrecken. Österreich steht mit der Europäischen Kommission in engem Dialog, um diese Vorwürfe zu entkräften.

2004 erfolgte eine Revision der **Leitlinien der Transeuropäischen Netze (TEN).** Die Liste der vorrangigen Vorhaben wurde von 14 auf 30 Projekte ausgeweitet, darunter nunmehr sechs Projekte in Österreich: vier Eisenbahnachsen (Salzburg–Wien–Pressburg, Brünn–Wien, Ödenburg–Wien und Prag–Linz) sowie die Autobahn Brünn–Wien und der Donauausbau Pressburg–Wien. Ebenfalls im April wurde der Gemeinschaftsanteil in der **TEN-**

Finanzierungsverordnung für grenzüberschreitende Abschnitte europäischen Interesses von 10% auf 20% verdoppelt. Die Europäische Kommission hat im Juli eine weitere Anhebung auf bis zu 50%, insbesondere für die Bahntunnel in den Alpen und den Pyrenäen, vorgeschlagen.

Ende April konnte das **Zweite Eisenbahnpaket** verabschiedet werden. Es beinhaltet eine Verordnung zur Errichtung einer Europäischen Eisenbahnagentur und zwei Richtlinien zur Eisenbahnsicherheit und zum Zugang zur Eisenbahninfrastruktur sowie zur schrittweisen Ausdehnung der bestehenden Interoperabilitätsrichtlinien auf das gesamte Eisenbahnnetz.

Das Projekt **Einheitlicher Europäischer Luftraum** soll die Überlastung des Luftraums vermindern. Im März wurden eine Rahmenverordnung, eine Luftraumnutzungsverordnung, eine Interoperabilitätsverordnung sowie eine Verordnung über Flugsicherungsdienste verabschiedet. Zudem wurde eine Richtlinie über die Sicherheit von Luftfahrzeugen aus Drittländern beschlossen, die die EU anfliegen.

Ende August trat das Abkommen zur Überwachung des Oberen Luftraumes in Mitteleuropa **(CEATS)** in Kraft, das eine effizientere Luftraumüberwachung in Mitteleuropa im Rahmen von EUROCONTROL bzw. des Einheitlichen Europäischen Luftraumes gewährleisten soll. CEATS gehören neben Österreich noch sieben weitere zentraleuropäische Länder an, die CEATS-Luftraumüberwachungszentrale soll beim Flughafen Wien entstehen.

Der Rat ermächtigte im Dezember die Europäische Kommission, namens der Mitgliedstaaten Verhandlungen zur **Aushandlung neuer Luftverkehrsabkommen** mit den Westbalkanstaaten sowie Marokko aufzunehmen. In den Verhandlungen der Europäischen Kommission mit den Vereinigten Staaten von Amerika über einen Gemeinsamen Luftraum gibt es zwar bereits ein Zwischenergebnis, der Rat stimmte mangels eines umfassenderen Verhandlungserfolgs aber nicht zu.

7. Umwelt

Die EU-Umweltpolitik ist weiterhin mit der Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung beschäftigt, in die nun auch die neuen EU-Mitglieder eingebunden sind. Fragen der **nachhaltigen Produktions- und Konsummuster,** insbesondere die Entkoppelung der Abfallerzeugung vom wirtschaftlichen Wachstum, die Ökoeffizienz und integrierte Produktpolitik sind dabei vorrangig.

Die EU-Mitgliedstaaten haben begonnen, die **Emissionshandelsrichtlinie** umzusetzen, indem sie ihre Allokationspläne der Europäischen Kommission zur Überprüfung vorgelegt haben. Verabschiedet wurde auch die so genannte **„Koppelungsrichtlinie“,** durch die das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten mit den projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls verknüpft werden soll. Nicht zuletzt auf

Grund der Bemühungen der EU hat Russland den Vertrag im November ratifiziert, womit das global verbindliche Emissionsreduktionssystem in Kraft treten kann.

Der Ausstieg aus der **Kernenergie** und die Erhöhung des Schutzniveaus für Menschen und Umwelt als Zwischenschritt bleiben Ziele der österreichischen Nuklearpolitik im Rahmen der EU. Österreich begrüßte daher grundsätzlich das von Kommissarin Loyola de Palacio vorgeschlagene Paket zur nuklearen Sicherheit in der EU, das im Wesentlichen auf gemeinsame Sicherheitsstandards im Nuklearbereich abzielt. Diese Vorschläge sind jedoch vorerst gescheitert. Schlussfolgerungen des Umweltrates vom Juni und ein Aktionsplan eröffnen jedoch die Möglichkeit, an diesem Thema weiterzuarbeiten.

8. Energie

Mit dem zweiten Liberalisierungspaket in den Bereichen Strom und Gas wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Strom- und Gasmarkt bis Mitte des Jahres für alle Nichthaushaltskunden und bis Juli 2007 für alle Kunden zu öffnen. Österreich ist innerhalb der EU Spitzenreiter bei der Energiemarkt-Liberalisierung.

Für Österreich bedeutsam war die Errichtung einer Energiegemeinschaft in Südosteuropa **(ECSEE)** im Rahmen des Stabilitätspakts. Bei der dritten ECSEE-Ministerkonferenz im Dezember wurde Wien als Sitz des Sekretariats festgelegt.

Die projektierte Erdgaspipeline „Nabucco“ von der Türkei über Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich soll zur langfristigen Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung beitragen.

Die Europäische Kommission fungiert als Sekretariat der Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien **(JREC),** die sich darum bemüht, langfristige quantitative Ziele zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien international zu verankern. JREC unterstützte die Internationale Konferenz für erneuerbare Energie mit Errichtung einer Datenbank für Politiken und Maßnahmen für erneuerbare Energien weltweit und dem Vorschlag zur Gründung eines Finanzierungsfonds (Patient Capital Initiative).

Die EU hat sich quantitative Ziele zur Förderung von erneuerbarer Energie gesetzt: Bis 2010 soll der Anteil an erneuerbarer Energie in der Elektrizitätsproduktion 21%, der Anteil an erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch 12% betragen. Dem bei der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energie im Juni in Bonn geforderten Ziel eines 20%-Anteils von erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch bis 2020 ist die EU bisher nicht näher getreten.

Die **Europäische Energiecharta,** die einen rechtlichen Rahmen für die langfristige Zusammenarbeit und Rechtssicherheit bei Investitionen, Transit und

Handel anstrebt, wurde von Russland nicht ratifiziert. Russland macht dies von einem positiven Abschluss des Transitprotokolls abhängig.

9. Bildung und Jugend

Der Rat Bildung, Jugend und Kultur vom Februar verabschiedete einen ersten Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung des „Arbeitsprogramms zur Verwirklichung der Ziele im Bereich Bildung und Ausbildung bis 2010“ und legte drei Prioritäten fest: Fokussierung von Reformen und Investitionen auf Schlüsselbereiche, Realisierung des lebensbegleitenden Lernens durch nationale Strategien sowie Schaffung eines Europas der Bildung und Berufsbildung durch einen gemeinsamen Rahmen für die Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen.

Unter irischem Ratsvorsitz wurden unter anderem die „Entschließung zur lebensbegleitenden Beratung in Europa“, „Schlussfolgerungen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“ sowie „Schlussfolgerungen zu gemeinsamen europäischen Grundsätzen für die Ermittlung und Validierung von nicht formalen und informellen Lernprozessen“ angenommen. Ebenso konnte eine politische Einigung über eine „Entscheidung über ein einheitliches Rahmenkonzept zur Förderung der Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen“ (Europass; Inkrafttreten am 1. Jänner 2005) erzielt werden.

Die Europäische Kommission legte im Juni einen Vorschlag für ein einheitliches Programm im Sinn des lebenslangen Lernens vor, das die derzeitigen Programme „Sokrates“ und „Leonardo da Vinci“ zusammenfasst. Der Budgetrahmen beträgt 13,6 Milliarden Euro für die sieben Programmjahre von 2007 bis 2013.

Bei den Räten Bildung, Jugend und Kultur am 27. und 28. Mai sowie 15. und 16. November wurden die Arbeiten zum Weißbuchprozess „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ fortgeführt. Für die jugendpolitische Zusammenarbeit, in der die offene Methode der Koordinierung angewendet wird, beschloss der Rat für die vier Schwerpunktthemen Partizipation, Information, Freiwilligentätigkeit sowie besseres Verständnis und bessere Kenntnis der Jugend gemeinsame Zielsetzungen. Die JugendministerInnen berieten auch den neuen Vorschlag für das Jugendprogramm „Jugend in Aktion“, das dem 2006 auslaufenden Programm „Jugend“ von 2007 bis 2013 nachfolgen soll.

10. Forschung

Als vorrangig für die Verwirklichung der **Lissabon-Strategie** wurde die Anhebung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 1,95% des BIP im Jahr 2002 auf 3% bis 2010 eingestuft.

Die Umsetzung des **6. Rahmenprogramms für Forschung und Technologieentwicklung** (2002–2006) wurde fortgesetzt. Durch den Beitritt der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten wurde das Budget des Rahmenprogramms auf insgesamt 19.235 Millionen Euro erhöht. Im Jahr 2004 wurden von der Europäischen Kommission rund 2.000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 4.500 Millionen Euro genehmigt. Der Anteil der von österreichischen TeilnehmerInnen lukrierten Mittel erhöhte sich auf rund 2,3% der insgesamt vergebenen Mittel und entspricht somit der österreichischen Beitragsquote.

2004 begannen die Arbeiten zur Vorbereitung des **7. Forschungsrahmenprogramms,** das 2006 unter österreichischer Präsidentschaft beschlossen werden soll. Nach einem Bekenntnis der Staats- und Regierungschefs zu einer Erhöhung der Mittel aus dem EU-Budget für Forschung und Innovation wurde eine massive Erhöhung des Rahmenprogrammbudgets ins Auge gefasst. Intensiv diskutiert wurde auch die Einrichtung eines Europäischen Forschungsrats zur Förderung der Grundlagenforschung. Die Bundesregierung genehmigte am 22. November das österreichische Positionspapier für das 7. Rahmenprogramm, das die wesentlichen Linien für die Verhandlungen aus österreichischer Sicht vorgibt.

Im internationalen Fusionsforschungsprojekt **ITER** wurden die Verhandlungen mit den Partnerländern USA, Japan, Russland, Südkorea und China fortgesetzt, die sich äußerst schwierig gestalteten.

Zum Nutzen der kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs engagiert sich das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten als Teilnehmer der EUREKA-Plattform für marktnahe Forschung. Unter französischem Vorsitz fand im Juni die regelmäßige Ministerkonferenz statt, die vor allem die Zusammenarbeit von **EUREKA** mit der Europäischen Kommission behandelte. Von den zwei präsentierten Industrieprojekten war eines das Ergebnis der Zusammenarbeit österreichischer und französischer Partner zur Ultraschalldiagnostik im drei- und künftig vierdimensionalen Bereich. Die Niederlande nahmen die Anregung Österreichs auf, Wim Kok, den Koordinator eines Berichts über die Lissabon-Strategie, zur Berücksichtigung der EUREKA-Initative zu veranlassen.

11. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Im Zentrum der Arbeiten standen die Bemühungen um die Vertiefung der gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik sowie die Einbindung der Terrorismusbekämpfung in die Angelegenheiten von Justiz und Inneres.

Das **Haager Programm,** nach dem Programm von Tampere (Oktober 1999) das zweite Fünfjahresprogramm (2005–2009), wurde vom Europäischen Rat im November beschlossen. Es verfolgt eine Reihe von politischen Zielen, unter anderem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Straf- und

Zivilsachen, die verstärkte gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik, den Kampf gegen die illegale Einwanderung und den Terrorismus bis hin zur Implementierung der gemeinschaftlichen Drogenstrategie. Die Fortschritte werden jährlich evaluiert.

Die Rechtsgrundlage für die **Außengrenzschutzagentur** der EU konnte im Oktober mit einer Verordnung des Rates verabschiedet werden. Diese Agentur wird insbesondere für die Koordinierung der operationellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die Unterstützung bei der Ausbildung nationaler Grenzschutzbeamter, die Durchführung von Risikoanalysen sowie die Ausarbeitung der neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet Kontrolle und Überwachung zuständig sein und soll ihre Tätigkeit mit 1. Mai 2005 aufnehmen.

Die europäische **Asyl- und Migrationspolitik** wurde durch Annahme der Flüchtlingsqualifikationsrichtlinie und der Richtlinie über ein gemeinsames Asylverfahren vertieft. Diese sollen einen Mindestschutz und Verfahrensgarantien für die Betroffenen gewährleisten und gleichzeitig den Asylmissbrauch verhindern. In den Bereichen Asyl und Migration gilt ab Mai das Mitentscheidungsverfahren. Ausgenommen sind Angelegenheiten der legalen Migration und des Zugangs zum Arbeitsmarkt, wo Einstimmigkeit im Rat erforderlich bleibt.

Wichtige Fortschritte wurden auch im Hinblick auf die für 2007 geplante Inbetriebnahme des Schengener Informationssystems (SIS II) erzielt.

Der Europäische Rat vom November billigte Schlussfolgerungen zur gemeinsamen Rückübernahmepolitik sowie über den Zugang zu dauerhaften Lösungen, die Elemente der freiwilligen Rückkehr, des Schutzes in der Region und der Neuansiedlung Drittstaatsangehöriger beinhalten. Gleichzeitig soll die Zuwanderungsproblematik in die Drittstaatenbeziehungen der Union eingebaut werden. Eine Asylagentur auf europäischer Ebene soll bis 2010 errichtet werden. Der Europäische Rat vom Dezember billigte gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Mitgliedstaaten zur Integration von Einwanderern.

Als Maßnahme gegen den internationalen Terrorismus hat der Rat im Mai ein Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen und deren Übermittlung an das amerikanische Ministerium für Heimatschutz (Department of Homeland Security) abgeschlossen.

Im Bereich Justiz und Inneres wird die Regionale Partnerschaft in der **„Salzburg Gruppe“** erfolgreich durch regelmäßige Treffen der Innenminister Österreichs, Polens, der Slowakei, Sloweniens, der Tschechischen Republik und Ungarns sowie durch laufende Kontakte auf Arbeitsebene umgesetzt.

12. Terrorismusbekämpfung

Die EU ist seit den Anschlägen von New York und Washington vom 11. September 2001 und insbesondere im Gefolge der Bombenanschläge von Madrid vom 11. März 2004 in der Bekämpfung des Terrorismus besonders aktiv. Die EU hat nach dem 11. März die Zusammenarbeit gegen den Terrorismus vorangetrieben, um größtmögliche Sicherheit für Europas Bürger zu gewährleisten.

Der Europäische Rat hat am 25. März eine Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Die Erklärung enthält unter anderem Ausführungen zur Anwendung der Solidaritätsklausel, zur Europäischen Sicherheitsstrategie, zur Opferhilfe, über verstärkte Grenzkontrolle und Dokumentensicherheit, Leitlinien für ein gemeinsames Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus, zu den strategischen Zielen für eine Überarbeitung des EU-Aktionsplans gegen den Terrorismus, über den gemeinsamen Zugriff auf Geheimdienstinformationen, zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, über Maßnahmen zum Schutz des Verkehrs und der Bevölkerung, über Zusammenarbeit mit den USA und anderen Staaten und zur Errichtung der Stelle eines hochrangigen Antiterrorismus-Koordinators.

Mit der Einsetzung des hochrangigen säulenübergreifenden **Antiterrorismus-Koordinators** Gijs de Vries wurde ein wichtiger Schritt gesetzt, um Koordinierungsprobleme zu lösen. Durch die Stärkung des in Brüssel angesiedelten Lagezentrums (SITCEN) wird die Möglichkeit geschaffen, Lageberichte bzw. Analysen zur terroristischen Bedrohung inner- und außerhalb der EU zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen SITCEN und EUROPOL eng zusammenarbeiten.

Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wurde verstärkt, wobei für besonders betroffene Schwerpunktländer die Bereitstellung technischer Hilfe durch die EU in Aussicht gestellt wurde. Auch wurden Antiterrorismusklauseln verstärkt und gezielter in Abkommen mit Drittstaaten aufgenommen sowie Aktionspläne mit Partnerländern vereinbart. Diese müssen nun gezielt umgesetzt werden.

Der im Juni vom Europäischen Rat angenommene revidierte **Aktionsplan gegen den Terrorismus** stellt eine klare Verbesserung dar. Er beinhaltet unter anderem die Schaffung von Frühwarn- und Zivilschutzsystemen, die Erarbeitung neuer Sicherheitsstandards für den Schutz kritischer Infrastrukturen, die Erstellung von Notfallplänen und einem Solidaritätsprogramm sowie die Erarbeitung einer langfristigen Strategie gegen die Rekrutierung von TerroristInnen. Die weitgehende Einbindung des Antiterrorismus-Koordinators stellt eine bemerkenswerte Weiterentwicklung dar. Im September 2005 soll die gegenseitige Begutachtung („peer evaluation“) von einzelstaatlichen Vorkehrungen zur Terrorismusbekämpfung aller 25 Mitgliedstaaten abgeschlossen sein.

Das vom Europäischen Rat im November verabschiedete **Haager Programm,** das für die Jahre 2005 bis 2009 die Ziele der EU in den Bereichen Justiz und Inneres festlegt, räumt der Bekämpfung des Terrorismus einen herausragenden Platz ein. Das Programm betont, dass der Terrorismus unter uneingeschränkter Wahrung der Grundrechte nur wirksam bekämpft werden kann, wenn die Mitgliedstaaten ihre Tätigkeiten nicht auf die eigene Sicherheit beschränken, sondern auf die Sicherheit der Union insgesamt abstellen. Das Programm hebt die Bedeutung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus hervor. Dazu gehören neue Meldepflichten für Finanztransaktionen und ein effizienteres Einfrieren von Vermögensgegenständen.

Vorschläge für eine bessere Sicherung von Sprengstofflagern und -transporten und zur Sicherstellung der Rückverfolgbarkeit von industriellen und chemischen Ausgangsstoffen sollen ausgearbeitet werden. Vorgesehen ist auch der verbesserte Austausch von Informationen aus den Strafregistern sowie der Schutz und die Unterstützung der Opfer des Terrorismus. Über die Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten und die Europäische Beweisanordnung soll noch im Jahre 2005 Einigung erzielt werden.

Für Projekte zum Aufbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung in Drittländern werden mehr Mittel und Fachkompetenz bereitgestellt werden müssen.

IV. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union

1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

1.1. Allgemeines

Die wichtigsten Themen der GASP waren die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am Westlichen Balkan, eine Friedenslösung im Nahen Osten, die Lage im Irak und Iran, in den neuen Nachbarländern der EU sowie den Konfliktzonen Afrikas. Inhaltliche Schwerpunkte lagen in den Bereichen Terrorismus, Abrüstung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Entminung.

In den letzten Jahren zeichnete sich folgende Tendenz ab: Einerseits betreffen die gemeinsam beschlossenen (rechtsverbindlichen) Gemeinsamen Aktionen und Positionen der EU mehr Bereiche und haben größere politische Implikationen. Andererseits sind die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen dieser Rechtsakte bedeutend gestiegen.

Die wichtigsten Gemeinsamen Aktionen und Gemeinsamen Positionen wurden im Rahmen des Teilbereichs Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beschlossen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Beschlüsse zur Übernahme der Militärischen Operation der EU in Bos-

nien und Herzegowina (Operation EUFOR-ALTHEA) und Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur. Die EU-Polizeioperationen in Bosnien und Herzegowina (EUPM) sowie in Mazedonien (EUPOL „Proxima“) wurden fortgeführt, eine EU-Rechtsstaatlichkeitsmission in Georgien (EUJUST THEMIS) begonnen sowie eine Gemeinsame Aktion für die Einleitung einer EU-Polizeioperation in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) angenommen (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.). Weitere bedeutende Maßnahmen waren:

Waffenembargos: Auf Grund der politischen Veränderungen wurde das Waffenembargo gegen Libyen aufgehoben. Weiters hat der Europäische Rat im Dezember erklärt, auf die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China hinzuarbeiten, dabei aber festgehalten, dass es dadurch weder in quantitativer noch qualitativer Hinsicht zu einer Ausweitung der Waffenexporte der EU-Mitgliedstaaten nach China kommen soll.

Einreisesperren in die EU wurden gegen bestimmte Personenkreise aus Belarus, Moldau/Transnistrien und den Westbalkanstaaten neu verhängt.

Sperre von Konten: Im Oktober wurden in der EU Konten von ICTY gesuchter mutmaßlicher Kriegsverbrecher gesperrt. Die Staaten des Westlichen Balkan schlossen sich dieser Gemeinsamen Position an.

Die Umsetzung von Grundlagendokumenten wie der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 angenommenen Europäischen Sicherheitsstrategie sowie der ebenfalls 2003 beschlossenen Strategie gegen Massenvernichtungswaffen war auch 2004 ein wichtiger Orientierungspunkt für das gemeinsame Vorgehen im Rahmen der GASP. Gemeinschaftliche Aktivitäten im Bereich der Terrorismusbekämpfung wurden fortgeführt (unter anderem Annahme eines überarbeiteten EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus; Ernennung eines EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung).

Ein wichtiges Instrument der GASP waren die Sonderbeauftragten der EU. Deren Mandate wurden für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, den Nahost-Friedensprozess, die Großen Seen und den Südkaukasus verlängert.

Weitere zentrale politische Instrumente blieben auch 2004 die Schlussfolgerungen der monatlichen Treffen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, die gemeinsam beschlossenen Demarchen und Erklärungen.

Das GASP-Budget der EU für 2004 und 2005 beträgt je 62 Millionen Euro. Die wichtigsten Budgetposten waren zivile Operationen zur Krisenbewältigung, gefolgt vom Budget für EU-Sonderbeauftragte und Abrüstung.

1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Die im Jahr 1999 im Rahmen der GASP initiierte ESVP zielt auf die Ausstattung der EU mit jenen zivilen und militärischen Fähigkeiten ab, die zur

Bewältigung internationaler Krisen und Übernahme von Verantwortung als globaler Akteur für die globale Sicherheit erforderlich ist. Bei der Weiterentwicklung dieser zivilen und militärischen Fähigkeiten konnte die ESVP entscheidende Fortschritte erzielen. Das Engagement der EU umfasst im militärischen Bereich die Operation EUFOR-ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Im Bereich des Zivilen Krisenmanagements wurden die Polizeimissionen in Bosnien und Herzegowina (EUPM) und in Mazedonien (EUPOL „Proxima“) fortgesetzt. Im Juli wurde in Georgien die erste Rechtstaatlichkeitsmission der EU (EUJUST THEMIS) eingeleitet und im Dezember die Schaffung der Polizeimission EUPOL „Kinshasa“ beschlossen.

1.2.1. Laufende und geplante Operationen zur Krisenbewältigung

Die EU übernahm von der NATO (SFOR) am 2. Dezember mit **EUFOR-ALTHEA** die internationale militärische Präsenz in Bosnien und Herzegowina. Diese Mission ist für die EU und die Weiterentwicklung der ESVP von herausragender Bedeutung. Zusammen mit dem EU-Sonderbeauftragten und EUPM ist EUFOR-ALTHEA Teil eines umfassenden Engagements der EU in Bosnien und Herzegowina. Die Operation EUFOR-ALTHEA wird auf Basis der „Berlin-Plus"-Abkommen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO durchgeführt. Sie ist mit einer Stärke von 7.000 Personen der bisher größte EU-Krisenmanagementeinsatz. Österreich beteiligt sich daran mit bis zu 300 Personen, von denen 150 im Sektor Nord (Tuzla) zur Beobachtung und Verbindung mit den lokalen Stellen und zur Bewachung des Hauptquartiers in Tuzla zum Einsatz kommen. Weitere 150 bilden gemeinsam mit Slowenien eine Einheit im Rahmen der Integrated Police Unit (IPU), einer Einheit zur Aufrechterhaltung der Ordnung, insbesondere im Falle von politischen Spannungen, und Unterstützung der Polizei. Österreich unterstreicht mit diesem Engagement seinen sicherheitspolitischen Schwerpunkt auf dem Balkan.

EUPM führt seit Missionsbeginn am 1. Jänner 2003 den Auftrag aus, die Polizei von Bosnien und Herzegowina zu beobachten, zu beraten und zu überprüfen sowie der örtlichen Polizei in ihren Bemühungen zur Erreichung europäischer Standards für die Polizeiarbeit zur Seite zu stehen. EUPM unterstützt ferner Institutionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie die Errichtung der Staatsschutzbehörde (SIPA). Die Gesamtstärke der Mission umfasst 490 PolizistInnen. Österreich stellt fünf ExekutivbeamtInnen sowie den Leiter der politischen Abteilung im Missionshauptquartier.

Das Mandat der mit 15. Dezember 2003 angelaufenen **EUPOL „Proxima“** besteht darin, den Aufbau eines auf europäischen Standards für die Polizeiarbeit beruhenden effizienten und professionellen Polizeidiensts in Mazedonien zu unterstützen. Die Operation soll bis 15. Dezember 2005 weitergeführt werden und sich auf die drei vorrangigen Bereiche Recht und Ordnung, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Überwachung

der Grenzen konzentrieren. Österreich ist mit drei Exekutivbeamten an der Mission (Personalstärke insgesamt 163 Personen) beteiligt.

Als erste zivile ESVP-Mission im Bereich des Rechtswesens wurde **EUJUST THEMIS** am 16. Juli in Georgien eingerichtet. Zielsetzung der Mission ist die Unterstützung der georgischen Behörden in der landesweiten Koordination von Reformen im Bereich der Justiz und Korruptionsbekämpfung. Ferner soll die Mission die Festlegung von Prioritäten bei der Reform des Strafrechtssystems unterstützen. Die verhältnismäßig kleine Mission umfasst 13 internationale Experten. Österreich hat sich an EUJUST THEMIS bisher nicht beteiligt.

EUPOL „Kinshasa“ wurde mit der Zielsetzung beschlossen, die Einrichtung und erste Einsatzphase der Integrierten Polizeieinheit in Kinshasa zu beobachten, anzuleiten und zu beraten sowie zu gewährleisten, dass die Tätigkeiten der mit EU-Mitteln ausgebildeten Polizeikräfte den Ausbildungsstandards entsprechen. Der Fokus der Mission soll auf den Entscheidungsträgern der Integrierten Polizeieinheit in Kinshasa liegen und deren Managementfähigkeiten verbessern. Für EUPOL „Kinshasa“ ist eine Missionsstärke von 29 Personen und eine einjährige Missionsdauer vorgesehen.

Ferner führte die EU im Oktober eine **Erkundungsmission** im Irak durch, um Möglichkeiten einer Entsendung einer integrierten Polizei-, Rechtstaatlichkeits- und Zivilverwaltungsmission für den Irak zu prüfen. Ende November wurde ein Expertenteam entsandt, um mit der Initialplanung für eine mögliche integrierte Mission zu beginnen, welche nach den Wahlen im Jänner 2005 anlaufen soll. Eine weitere Erkundungsmission wurde im November in die Demokratische Republik Kongo entsandt, um die verschiedenen Optionen für einen Einsatz der EU im Bereich der Reform des Sicherheitssektors, einschließlich der Bereiche Integration bewaffneter Gruppierungen in die nationale Armee und deren Ausbildung, zu prüfen.

1.2.2. Ausbau der Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Wesentlich für die Stärkung der Glaubwürdigkeit der EU-Krisenbewältigung im Rahmen der ESVP ist die Schaffung und der Ausbau der nötigen militärischen und zivilen Kapazitäten. Im Rahmen der Beitragskonferenzen im militärischen und zivilen Bereich im November konnten diesbezüglich wesentliche Fortschritte erzielt werden.

Mit dem vom Europäischen Rat am 17. und 18. Juli angenommenen militärischen **Planungsziel 2010** trat die Schaffung von Kapazitäten zur Krisenbewältigung in eine neue Phase ein. Die rasch verfügbaren Einsatzeinheiten bilden einen wesentlichen Bestandteil des Planungsziels 2010 und zentrales Element der „rapid response“ (Fähigkeit zur raschen Bewältigung von Krisen). Ziel des Konzepts ist es, im Rahmen der EU Gefechtsverbände überwiegend infanteristischer Natur von je 1.500 Personen aufzustellen, die auch kurzfristig (d.h. in einem Zeitraum von fünf bis 15 Tagen), insbeson-

dere über Ersuchen der Vereinten Nationen (VN), für Einsätze des EU-Krisenmanagements, einschließlich solcher am „oberen Ende des Petersberg-Spektrums“ (somit bis hin zu friedensschaffenden Maßnahmen), zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Beitragskonferenz im militärischen Bereich am 22. November gaben die Mitgliedstaaten ihre Beiträge zur Umsetzung des Konzepts der rasch verfügbaren Einsatzeinheiten bekannt. Österreich hat die grundsätzliche Entscheidung getroffen, sich an diesem Konzept zu beteiligen. Der geplante Beitrag wird voraussichtlich etwa 200 Angehörige des Bundesheers in einer rasch verfügbaren Einsatzeinheit unter der Führung von Deutschland und der Teilnahme der Tschechischen Republik umfassen.

Der **Europäische Aktionsplan zu den Fähigkeiten (ECAP)** wurde im Lichte des neuen Planungsziels 2010 und der Einrichtung der Verteidigungsagentur evaluiert und an diese neuen Rahmenbedingungen angepasst.

Die im Verfassungsvertrag vorgesehene **Europäische Verteidigungsagentur** (zwischenstaatliche Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung) wurde bereits vor dessen Inkrafttreten mit Ratsbeschluss vom 12. Juli eingerichtet. Die Agentur soll 2005 voll funktionstüchtig sein. Das Budget und das Arbeitsprogramm für 2005 wurden vom Europäischen Rat am 16. und 17. Dezember gebilligt.

Mit der Einigung über die Einrichtung der **zivil-militärischen Zelle** samt einer kleinen Zelle der EU bei NATO/SHAPE und einem NATO-Verbindungselement bei der EU konnten die Planungskapazitäten der EU wesentlich erweitert werden. Innerhalb des EU-Militärstabs wird die zivil-militärische Zelle eingerichtet, die neben einer Abteilung für strategische Planung einen ständigen Nukleus für ein EU-Operationszentrum umfassen wird. Der ständige Nukleus soll sicherstellen, dass ein EU-Operationszentrum im Krisenfall innerhalb von fünf Tagen eine erste Einsatzfähigkeit besitzt, sofern man sich nicht eines nationalen Operationszentrums oder der im „Berlin-Plus"-Abkommen vorgesehenen Mechanismen bedient. Die zivile-militärische Zelle soll ab 1. Jänner 2005 eingerichtet werden, das EU-Operationszentrum ab 1. Jänner 2006 einsatzfähig sein.

Einen bedeutenden Fortschritt in der Weiterentwicklung der **zivilen Fähigkeiten** der EU stellten im Juni die Annahme des Aktionsplans zu den zivilen Aspekten der ESVP sowie die Ausarbeitung und Annahme eines Zivilen Planziels 2008 dar. Der **Aktionsplan** bekräftigt die Zielsetzungen der EU im Bereich der zivilen Krisenbewältigung und beschreibt Maßnahmen, die in den nächsten Jahren durchzuführen sind, um die zivilen Fähigkeiten zu entwickeln und ihren Einsatz zu ermöglichen. Zu den Maßnahmen zählen die qualitative und quantitative Verbesserung der Fähigkeiten, die Entwicklung integrierter „Pakete zur Krisenbewältigung“ (z.B. Verbindung polizeilicher, rechtstaatlicher und weiterer Elemente) und die Stärkung der Syner-

gien von Krisenreaktionen der EG, ESVP und bilateralen Reaktionen der Mitgliedstaaten. Der Aktionsplan sieht weiters Verbesserungen vor, um Vorbereitungszeiten für Einsätze zu verkürzen und rasche Beschaffungsabläufe einzurichten.

Eine erhebliche Stärkung der zivilen Fähigkeiten wurde anlässlich der Beitragskonferenz im zivilen Bereich am 22. November erzielt. Die zugesagten Beiträge der Mitgliedstaaten für die Bereiche Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Bevölkerungsschutz übertrafen die vom Europäischen Rat vorgegebenen Zielsetzungen. Insgesamt wurden 5.761 Polizeikräfte, 631 RechtsexpertInnen, 562 Fachleute im Bereich Zivilverwaltung und 4.968 ExpertInnen sowie Interventionsteams im Bereich Bevölkerungsschutz eingemeldet. Außerdem konnten die Mitgliedstaaten erstmalig Fähigkeiten in neuen Aufgabenfeldern wie der Schaffung eines Expertenpools zur Unterstützung der EU-Sonderbeauftragen (unter anderem Berater in den Bereichen Zivilverwaltung, Menschenrechte, Gender-Angelegenheiten) sowie im Bereich von Beobachtungstätigkeiten (unter anderem Flüchtlingsrückkehr und Menschenrechte) einmelden. Österreich hat in allen sechs Bereichen Fähigkeiten zugesagt und insgesamt 135 Fachleute und 23 Zivilschutzteams eingemeldet.

Das **Zivile Planziel 2008** beschreibt, welche Ziele die EU in den nächsten Jahren hinsichtlich der zivilen ESVP-Komponente verfolgen wird und legt einen vierstufigen Prozess zur Entwicklung ziviler Fähigkeiten bis 2008 fest. Dieser Prozess umfasst die Ausarbeitung von Szenarien und grundlegenden Planungsannahmen (Schritt 1) und führt über die Ausarbeitung einer Anforderungsliste der zivilen Fähigkeiten (Schritt 2) und Ermittlung von Fähigkeitslücken bis Ende 2005 (Schritt 3) zu einem Prozess der Weiterverfolgung (periodische Überprüfung der Fähigkeiten bis 2008).

Zur qualitativen Verbesserung der zivilen Fähigkeiten wurde das Ausbildungskonzept des von der Europäischen Kommission 2001 lancierten Pilotprojekts **„Training für zivile Aspekte der Krisenbewältigung“** weiterentwickelt und eine Reihe von Ausbildungskursen abgehalten. Dabei spielte im Rahmen des europaweiten Netzwerks von Ausbildungsinstitutionen im Bereich der zivilen Krisenbewältigung das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining **(ÖSFK)** eine führende Rolle und koordinierte von 2002 bis 2004 die einzelnen Trainingseinrichtungen der Mitgliedstaaten der EU in diesem Bereich.

1.2.3. Zusammenarbeit mit Internationalen Organisationen und Drittstaaten

Der Verbleib der NATO in Bosnien und Herzegowina mit einem eigenen Mandat neben der EU sowie der Rückgriff der EU auf Mittel und Fähigkeiten der NATO bei der Durchführung von Operation EUFOR-ALTHEA erforderten in den Vorbereitungen der Übernahme von SFOR durch EUFOR-

ALTHEA eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen. Regelmäßige Treffen auf Grundlage der „Berlin-Plus"-Abkommen ermöglichten schließlich eine reibungslose Ablöse in Bosnien und Herzegowina.

Die Zusammenarbeit von VN-Generalsekretariat und EU-Ratssekretariat führte zu vermehrten direkten Kontakten. Ein gemeinsamer Konsultationsmechanismus wurde auf Arbeitsebene eingerichtet, um Mittel und Wege für eine Verbesserung der beiderseitigen Koordinierung und Kompatibilität in den Bereichen Planung, Ausbildung, Kommunikation und bewährte Praktiken zu prüfen.

Drittstaaten beteiligen sich an EUPM, EUFOR-ALTHEA und EUPOL „Proxima“. Auch in Zukunft sollen Drittstaaten zur Teilnahme an Operationen der EU zur Krisenbewältigung – wie im Falle der geplanten EUPOL „Kinshasa“ – eingeladen werden. Um diese Teilnahme künftig zu erleichtern, werden zurzeit mit mehreren Staaten Rahmenabkommen über die Teilnahme an ESVP-Operationen ausgehandelt.

1.2.4. ESVP und Afrika

Vor dem Hintergrund anhaltender Krisen und der Notwendigkeit eines verstärkten Handelns der EU auf dem afrikanischen Kontinent wurde ein Aktionsplan für ESVP-Unterstützung von Frieden und Stabilität in Afrika angenommen. Kernelement des Aktionsplans ist die Stärkung autonomer Kapazitäten für Friedenserhaltung und Krisenmanagement der Afrikanischen Union (AU) sowie regionaler afrikanischer Organisationen.

1.2.5. ESVP und Terrorismusbekämpfung

Der Konzeptrahmen für die ESVP-Dimension der Terrorismusbekämpfung wurde in der zweiten Jahreshälfte ausgearbeitet und anlässlich des Europäischen Rates im Dezember gebilligt. Die im Dokument dargelegten konkreten Maßnahmen betreffen unter anderem die weitere Verbesserung der militärischen und zivilen Fähigkeiten und ihrer Interoperabilität, den Austausch von militärischen Informationen, Möglichkeiten zum Schutz von BürgerInnen in Drittstaaten, die Unterstützung von Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus sowie die Entwicklung einer schnell einsetzbaren Abwehrfähigkeit.

2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Nachdem vom Europäischen Rat im Juni auch die drei südkaukasischen Staaten in diese Politik einbezogen wurden, erfasst die **ENP im engeren Sinn** nunmehr 16 Nachbarländer der erweiterten Union: Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und Ukraine.

Die EU wollte ursprünglich in Entsprechung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen im Dezember 2002 auch **Russland** in diese Politik voll einbeziehen. Nachdem Russland aber auf die Übermittlung des EU-Entwurfs eines umfassenden Aktionsplans nicht reagierte, wurde die beim Gipfeltreffen EU-Russland in St. Petersburg im Mai 2003 beschlossene spezielle Form der Zusammenarbeit bekräftigt. Die EU und ihr „Schlüsselpartner" Russland würden demnach ihre „strategische Partnerschaft" nicht im Rahmen der ENP, sondern durch Einrichtung von „vier Gemeinsamen Räumen" weiterentwickeln: Gemeinsamer Wirtschaftsraum; Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; Gemeinsamer Raum der Zusammenarbeit bei der äußeren Sicherheit und Gemeinsamer Raum der Forschung und Bildung (siehe Kapitel A.IV.5.).

Ziel der EU-Politik ist, die Staaten in eine gemeinsame Zone des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands einzubeziehen. Zu diesem Zweck werden detaillierte und nach Partnerland differenzierte **Aktionspläne** erstellt. Die Länder sollen das Potenzial der jeweiligen Assoziations- bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen nicht nur ausschöpfen, sondern bei entsprechendem Engagement in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet, wodurch schließlich neue Abkommen erforderlich werden könnten. Die auf drei bis fünf Jahre abgeschlossenen Aktionspläne werden von der Europäischen Kommission ausverhandelt, vom Rat genehmigt und danach von den jeweiligen Assoziations-/Kooperationsräten beschlossen, implementiert und evaluiert.

Die Aktionspläne haben die **Schwerpunktbereiche** Politischer Dialog und Reform; Handels-, Markt- und Regulierungsreformen; Zusammenarbeit auf dem Gebiet Justiz und Inneres; Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt sowie zwischenmenschliche Kontakte und können auf Grund der Evolutivklausel je nach Fortschritt angepasst werden.

Die Aktionspläne mit einer ersten Gruppe von sieben Ländern – Israel, Jordanien, Marokko, Moldau, Palästinensische Autonomiebehörde, Tunesien und Ukraine – wurden vom Europäischen Rat in Brüssel am 16. und 17. Dezember genehmigt.

Wichtige Anstöße für den Aktionsplan für die **Ukraine** kamen vom bereits 2003 verfassten „Ungarisch-Österreichischen Papier über die künftige Politik der Union gegenüber der Ukraine", einem gemeinsamen Beitrag des österreichischen und ungarischen Außenministeriums.

Darüber hinaus soll ein neues, einheitliches **„Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument"** (ENPI) zur Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen der ENP und strategischen Partnerschaft im Zeitraum 2007–2013 geschaffen werden, das die Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) und Programm MEDA (finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen

und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer) ersetzt.

3. Südosteuropa / Westlicher Balkan

3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

3.1.1. Kroatien

Die im Dezember 2003 angelobte neue Regierung Ivo Sanader setzte sich fünf außenpolitische Prioritäten: die Mitgliedschaft in der EU (siehe Kapitel A.I. und A.IV.3.2.); die Mitgliedschaft in der NATO; Beziehungen zu den Nachbarländern; Ausbau der Wirtschaftsdiplomatie und Verbesserung des Images von Kroatien im Ausland.

Die Beziehungen zu Serbien und Montenegro verbesserten sich deutlich. Sichtbares Zeichen dafür war der Besuch des kroatischen Premierministers Ivo Sanader am 15. November in Belgrad. Die kroatische Regierung forderte die aus Kroatien vertriebenen Serben zur Heimkehr auf. Es müssen allerdings noch Anstrengungen unternommen werden, um den Flüchtlingen Unterkünfte zur Verfügung zu stellen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Zudem wurde die Suspendierung der Visumpflicht gegenüber StaatsbürgerInnen von Serbien und Montenegro verlängert. Fragen des Grenzverlaufs sind jedoch sowohl mit Serbien und Montenegro als auch mit Slowenien noch nicht gänzlich geklärt.

3.1.2. Serbien und Montenegro/Kosovo

Die Vertreter der Staatenunion bestehend aus den beiden Republiken Serbien und Montenegro scheiterten auch im abgelaufenen Jahr an der Umsetzung ihrer **außenpolitischen Prioritäten:** Die Hoffnung auf eine Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) hat sich auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Frühsommer mangels angemessener Zusammenarbeit mit ICTY nicht erfüllt. Auf dem Weg in Richtung europäische Strukturen droht die mangelnde Kooperation mit ICTY ebenfalls zu einem Stolperstein zu werden. Bisher wollte insbesondere die serbische Regierung aus innenpolitischen Gründen keine Verhaftungen angeklagter Verdächtiger vornehmen. Dies führte erwartungsgemäß zu sehr kritischen Stellungnahmen der ICTY-Chefanklägerin Carla Del Ponte.

Meinungsverschiedenheiten gab es auch über die Modalitäten für die im Februar 2005 geplanten Wahlen zum Unionsparlament zwischen der serbischen und der montenegrinischen Regierung: erstere ist für Direktwahlen gemäß der Unionsverfassung, letztere lehnt diese dezidiert ab.

In **Serbien** wurden am 28. Dezember 2003 Parlamentswahlen abgehalten, bei denen die rechtsextreme Serbische Radikale Partei (SRS) mit 27% stärkste Partei geworden war. In der Folge einigten sich die Vorsitzenden der nationalkonservativen Demokratischen Partei Serbiens (DSS), Premier-

minister Vojislav Koštunica, der wirtschaftsliberalen G17 Plus, Vize-Premierminister Miroljub Labus, und des Bündnisses Serbische Erneuerungsbewegung/Neues Serbien (SPO/NS), Vuk Drašković/Velimir Ilic, auf ein Koalitionsbündnis. Diese Minderheitsregierung ist von der Unterstützung der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) von Slobodan Miloševic abhängig. Als Oppositionsparteien stehen dem Bündnis die SRS und die Demokratische Reformpartei (DS) von Boris Tadić gegenüber. Eine Regierungsbeteiligung der DS kam aufgrund von Differenzen zwischen DS und DSS nicht zustande.

Am 29. April nahm das serbische Parlament einen von der serbischen Regierung als Reaktion auf die März-Unruhen im Kosovo erarbeiteten Entwurf zur Einrichtung einer weitgehenden Autonomie der serbischen Bevölkerung im Kosovo einstimmig an.

Nach eineinhalb Jahren und drei ungültigen Wahlgängen gelang Ende Juni die Wahl eines serbischen Präsidenten. Die Stichwahl am 27. Juni zwischen dem reform-orientierten Kandidaten Boris Tadić (DS) und dem SRS-Kandidaten Tomislav Nikolić brachte mit 53,24% einen deutlichen Sieg für Tadić. In der Folge entstand kurzzeitig eine enge Kooperation zwischen Tadić und Regierungschef Koštunica. Im Oktober kam es zwischen beiden in der Frage der Teilnahme der Kosovo-Serben an den Parlamentswahlen im Kosovo zu einer Konfrontation. Koštunica hatte eine serbische Teilnahme unter Verweis auf die unbefriedigende Sicherheitslage abgelehnt und empfahl einen Wahlboykott. Tadić hingegen rief zur Wahlteilnahme auf. Für weitere – auch regierungsinterne – Differenzen sorgte die mangelnde Kooperationsbereitschaft Koštunicas mit ICTY. Vor diesem Hintergrund können vorgezogene Neuwahlen im Jahr 2005 nicht ausgeschlossen werden.

In **Montenegro** wurde der im Mai 2003 begonnene Parlamentsboykott der Opposition Ende Oktober von zwei der vier Oppositionsparteien beendet. Zwei kleinere Parteien setzen den Boykott fort. Dieser schadete letztlich nur der Opposition selbst. Sämtliche Versuche, vorzeitige Parlamentswahlen zu erzwingen, scheiterten.

Im August ließ Premierminister Milo Djukanović mit dem Vorschlag aufhorchen, mit Serbien Verhandlungen über die Trennung der beiden Republiken nach dem „tschechoslowakischen Modell“ aufnehmen zu wollen. Erwartungsgemäß wurde dieses Ansinnen von der serbischen Seite abgelehnt. Eine Anpassung der montenegrinischen Verfassung an die Verfassungscharta der Union ist bisher nicht erfolgt. Die aufgrund der Schwäche und Uneinigkeit der Opposition bislang stabile Regierung hat zunehmend mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen. Ein Zeichen für die bestehenden Spannungen innerhalb der Koalition ist auch der im November erfolgte Parlamentsbeschluss der Opposition, gemeinsam mit dem kleinen Koalitionspartner, der Sozialdemokratischen Partei (SDP), die Tara-Schlucht als Naturschutzgebiet zu erhalten, anstatt einen Staudamm zu

bauen. Dieses Gebiet wird seitens der Organisation der VN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) als Weltnatur- und Kulturerbe anerkannt. Im Juli löste die Entscheidung des montenegrinischen Bildungsministers, die Bezeichnung des Unterrichtsgegenstandes „Serbische Sprache“ durch die Bezeichnung „Muttersprache“ zu ersetzen, massive Proteste aus.

Im **Kosovo** ist die Umsetzung der Ende 2003 vorgestellten acht „Standards für den Kosovo“ – darunter Demokratisierung, Menschen- und Minderheitenrechte und Flüchtlingsrückkehr – eine entscheidende Voraussetzung für eine Diskussion über den künftigen Status. Eine Gesamtbewertung der Standard-Umsetzung ist für Mitte 2005 geplant. Eine positive Evaluierung sollte zu einer anschließenden Status-Diskussion führen.

Schwere Zusammenstösse vom 17.–19. März mit 21 Toten, etwa 900 Verletzten, rund 600 zerstörten Häusern, Dutzenden zerstörten Kirchen und Klöstern und über 4.000 vertriebenen Kosovo-Serben stellten einen überraschenden und schweren Rückschlag für die Politik der internationalen Gemeinschaft und für die kosovarischen Institutionen dar. Der politisch unter Druck geratene und gesundheitlich angeschlagene Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der VN (VN-GS), Harri Holkeri, trat im Mai zurück. Nach den Unruhen entsandte der Hohe Vertreter Javier Solana einen persönlichen Vertreter, Fernando Gentilini und den Österreicher Jan Kickert, in den Kosovo. Die EU-Präsenz wurde mittlerweile auch durch ein Büro der Europäischen Kommission ergänzt. Am 15. August übernahm der Däne Sören Jessen-Petersen die Nachfolge Holkeris.

Die März-Unruhen gaben den Anstoß zu Überlegungen über mögliche Ansätze zur Lösung der Kosovo-Problematik. Die Länder der Regionalen Partnerschaft erarbeiteten unter maßgeblicher Beteiligung Österreichs ein Strategiepapier, welches von den EU-Partnern und in der Region positiv aufgenommen wurde. Weiters organisierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vom 14.–16. Juli in Dürnstein/N ein Seminar über Dezentralisierungsmodelle, an dem die serbische und kosovo-albanische Seite sowie internationale ExpertInnen teilnahmen. Anlässlich eines Kontaktgruppen-Treffens in Wien am 27. und 28. September kam es im Bereich Dezentralisierung erstmals zu einer inhaltlichen Annäherung zwischen beiden Seiten.

Am 23. Oktober fanden im Kosovo Parlamentswahlen statt, welche im Schatten eines fast totalen Boykotts der Kosovo-Serben standen. Ibrahim Rugova von der Demokratischen Liga für den Kosovo bildete unerwartet eine Koalition mit dem von einer Anklage des ICTY bedrohten Ex-UCK-Kommandanten Ramush Haradinaj (Allianz für die Zukunft des Kosovo) sowie mit anderen kleineren Parteien (Christdemokraten, Minderheiten). Am 3. Dezember wählte das Parlament die neuen Minister sowie Haradinaj zum Premierminister und Rugova wieder zum Präsidenten.

3.1.3. Bosnien und Herzegowina

Die Annäherung an die EU und an die NATO (PfP-Programm) scheiterte bis jetzt an der mangelnden Zusammenarbeit der Republika Srpska mit ICTY. Die Chefanklägerin Carla del Ponte übte heftige Kritik, vor allem an der Tatsache, dass die Republika Srpska noch keinen einzigen Angeklagten festgenommen und ausgeliefert hat. Als Reaktion darauf ergriff der Hohe Vertreter der Internationalen Gemeinschaft und EU-Sonderbeauftragte Paddy Ashdown im Juni und im Dezember Maßnahmen, darunter die Absetzung von BeamtInnen und PolitikerInnen der Republika Srpska. Das führte im Dezember zum Rücktritt Dragan Mikerevics, des Premierministers der Republika Srpska, und damit auch zu einer Regierungskrise, die sich durch den Rücktritt des Außenministers von Bosnien und Herzegowina auf den Gesamtstaat ausdehnte.

Im Oktober schloss die Srebrenica-Kommission ihre Arbeit mit einem Bericht ab, in dem zum ersten Mal die Republika Srpska ihre Schuld an dem Massaker von Srebrenica eingesteht, und die rund 7.000 bis 8.000 zivilen Opfer anerkannt wurden.

Die Umsetzung der Machbarkeitsstudie für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wurde vorangetrieben. Die Reformen auf gesamtstaatlicher Ebene wurden fortgesetzt. Im März wurde erstmals ein gesamtstaatlicher Verteidigungsminister angelobt. Ein neues Mehrwertsteuergesetz mit einem einheitlichen Steuersatz konnte aber bis jetzt noch nicht angenommen werden. Die Kommunalwahlen im Oktober waren die ersten Wahlen, die von den bosnischen Behörden selbst organisiert wurden. Im Dezember fand der Übergang der unter VN-Mandat stehenden, von der NATO-geführten SFOR auf die EU-geführte EUFOR-ALTHEA statt (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.).

3.1.4. Albanien

Die Regierung unter Fatos Nano von der Sozialistischen Partei Albaniens (PSSH) hat durch die Abspaltung einer Gruppe von Abgeordneten unter der Führung des ehemaligen Premierministers Ilir Meta und durch die anschließende Gründung einer neuen Partei, der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), nur mehr eine knappe Mehrheit im Parlament. Die im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2005 notwendige Wahlrechtsreform geriet trotz der von allen Parteien erkannten Dringlichkeit und der Anstrengungen der OSZE-Präsenz ins Stocken. Ebenso wurden die Wählerlisten nicht aktualisiert. Weil die Reformen nur langsam voranschritten, verzögerten sich auch die Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU (siehe Kapitel A.IV.3.2.).

Eine ausgleichende Rolle spielte das Land nach wie vor bei den Bemühungen um die Stabilität der Region. Dies verdeutlichte sich vor allem durch die ausgeglichene Haltung der Regierung während der März-Unruhen im

Kosovo. Auch gegenüber Mazedonien unterstützte die albanische Regierung weitgehend die Standpunkte der internationalen Gemeinschaft.

3.1.5. Mazedonien

Nach dem tragischen Unfalltod des mazedonischen Präsidenten Boris Trajkovski im Februar bei einem Flugzeugabsturz in Bosnien und Herzegowina wurde die Präsidentenwahl vom Herbst in den April vorverlegt. Nach zwei Wahlgängen wurde Boris Crvenkovski vom Sozialdemokratischen Bund für Mazedonien (SDSM), der bis dahin Premierminister gewesen war, neuer Präsident. Sein Nachfolger als Premierminister wurde der parteilose Hari Kostov, der im November zurücktrat. Am 17. Dezember trat schließlich die neue Regierung unter Vlado Bučkovski ihr Amt an.

Zentrales Thema und Voraussetzung für eine Annäherung Mazedoniens an die EU (siehe Kapitel A.IV.3.2.) blieb weiterhin die Umsetzung des **Ohrid-Rahmenabkommens,** das im August 2001 die bewaffneten Unruhen zwischen den Ethnien beendet hatte. Kern des Abkommens ist die gerechte Vertretung der ethnisch-albanischen Minderheit bei den Staatsbediensteten und eine Dezentralisierung des Staates. Zur Umsetzung des Abkommens im Bereich der Dezentralisierung gehört ein Gesetzespaket, das im August mit knapper Mehrheit angenommen wurde und eine Neuziehung der Gemeindegrenzen beinhaltet. Die Zahl der Gemeinden sinkt durch dieses Gesetz von 123 auf 84 (in weiterer Folge auf 80). Damit übersteigt in rund einem Drittel der Gemeinden der Anteil der ethnischen Minderheiten die 20%-Marke, wodurch eine zweite Amtssprache (meist Albanisch) eingeführt werden muss. Nach der Annahme dieses Gesetzespakets gelang es der ethnisch-mazedonischen Opposition mit Hilfe der Nichtregierungsorganisation (NGO) „World Macedonian Congress“, die notwendigen Unterschriften zu sammeln, um ein Referendum gegen dieses Gesetzespaket zu initiieren. Das Referendum scheiterte aber an einer zu geringen Wahlbeteiligung, was gleichzeitig bedeutet, dass durch ihr Fernbleiben die Mehrheit der ethnischen Mazedonier ihre Akzeptanz gegenüber dem Ohrid-Rahmenabkommen zum Ausdruck brachten. Der ohnedies nur zögerlich vorankommende Implementierungsprozess wurde durch dieses Referendum verlangsamt, kam aber nicht ins Stocken. Die ursprünglich für 2004 geplante Gemeindewahl wurde auf März 2005 verschoben.

Außenpolitische Prioritäten Mazedoniens sind die Annäherung an die EU und die NATO sowie eine Verbesserung der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten, die durch Streitfragen (Staatsname, Grenzziehung) getrübt sind. Die Sicherheitslage ist noch immer labil, wie die Präsenz einer bewaffneten Gruppe ethnischer Albaner über mehrere Monate (Oktober bis Dezember) im Ort Kondovo bei Skopje zeigte.

3.2. EU-Perspektive der Staaten des Westlichen Balkan

Angelpunkt der österreichischen Position bei der Ausgestaltung der Beziehungen der EU zu den Ländern des Westlichen Balkan bleibt das konsequente Bestreben, auf die schrittweise Verwirklichung der EU-Perspektive aller Staaten der Region hinzuarbeiten, die seit 2000 den Status von „potenziellen Beitrittskandidaten" genießen. In der Europäischen Kommission ergab sich eine mehr als symbolische Bekräftigung dieser Perspektive durch die Übertragung der Zuständigkeit für diese Länder in den Verantwortungsbereich des neuen Erweiterungs-Kommissars.

Die beim Westbalkan-Gipfel im Juni 2003 bekräftigte und ausgebaute Strategie der EU, umfassende Unterstützung bei ihrer Heranführung an die Union zu leisten (zur „Thessaloniki-Agenda" siehe Außenpolitischer Bericht 2003, Seite 59), wurde weiter verfolgt und im Rahmen des **Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses** (SAP) umgesetzt. Das Prinzip, dass das Tempo der Annäherung von den individuellen Reform-Fortschritten eines jeweiligen Landes abhängig ist, wurde dabei sehr deutlich:

Kroatien: Das Ratifizierungsverfahren für das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU und ihren Mitgliedstaaten wurde nach längeren Verzögerungen durch einzelne Mitgliedstaaten abgeschlossen. Das SAA soll im Februar 2005 in Kraft treten (zum EU-Beitritt Kroatiens siehe Kapitel A.I.).

Mazedonien stellte im März einen Beitrittsantrag zur EU. Am 1. April trat das SAA in Kraft, womit Mazedonien als erstes Land der Region derartige umfassende vertragliche Beziehungen mit der EU hat.

Mit **Albanien** wurden die Anfang 2003 aufgenommenen SAA-Verhandlungen fortgesetzt.

In **Bosnien und Herzegowina** lag der Schwerpunkt bei der Schaffung solider Voraussetzungen für die Aufnahme erfolgversprechender SAA-Verhandlungen, wozu insbesondere die Bereiche Kooperation mit ICTY, Schaffung eines gemeinsamen Marktes innerhalb von Bosnien und Herzegowina sowie Verwaltungs- und Justizreform zählen.

Im Verhältnis zu **Serbien und Montenegro** unternahm die EU nach Jahren des Stillstands eine Initiative, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Staatenunion nur sehr unzulänglich funktioniert und daher SAA-Verhandlungen ausschließlich auf Ebene der Staatenunion kaum verfolgenswert erschienen: Die EU gab grünes Licht für ein – im Detail noch festzulegendes – Konzept, wonach wesentliche Teile eines SAA (vor allem Handelsfragen) mit Serbien einerseits und Montenegro andererseits getrennt verhandelt werden sollen (so genannter „twin-track approach").

Mit der Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung **(CARDS)** verfügt die EU über ein umfassendes Außenhilfe-Programm für den Westlichen Balkan, welches die Staaten mit verschie-

densten Projekten (beispielsweise Infrastruktur, Bildung, Umwelt und Verwaltungsaufbau) in ihrer Heranführung unterstützen soll. Für die Jahre 2000 bis 2006 stehen insgesamt 4,65 Milliarden Euro zur Verfügung (Für das Jahr 2004 betrug der Wert 547,5 Millionen Euro). Eine wichtige Rolle wird auch hier der regionalen Zusammenarbeit beigemessen, unter anderem ist ein CARDS-Regionalprojekt zur Verbesserung des Justizwesens und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet angelaufen, das unter der Leitung des Österreichischen Justizministeriums steht. Im Rahmen von CARDS-Twinning, den Verwaltungspartnerschaften zwischen EU-Mitgliedstaaten und SAP-Ländern (siehe Kapitel A.I.), arbeitet Österreich in Kroatien an zwei Projekten im Bereich der integrierten Grenzverwaltung; in Albanien wurde 2004 ein mehrjähriges Projekt zur Verbesserung des Gefängniswesens erfolgreich abgeschlossen.

Komplementär zum SAP setzte der **Stabilitätspakt für Südosteuropa** unter Leitung von Sonderkoordinator Vizekanzler a.D. Erhard Busek zahlreiche Initiativen zur Heranführung der Region an die EU und zur Verbesserung der Zusammenarbeit in der Region selbst fort. Eine Zwischenbilanz über die erfolgreiche Tätigkeit des Pakts wurde bei einem Treffen anlässlich des fünfjährigen Gründungsjubiläums in Portorož (Slowenien) am 8. Juni gezogen. Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner betonte dabei die Bedeutung des Stabilitätspakts als beharrlicher Impulsgeber für eine Belebung der Nachbarschaftspolitik in der Region unter geänderten Voraussetzungen.

Österreich engagierte sich weiter bei einer Reihe von Stabilitätspakt-Initiativen und leistete finanzielle Beiträge. Die unter österreichischem Ko-Vorsitz stehende Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Investitionsklimas in der Region („Investment Compact“) organisierte in Wien im Juli eine von Bundesminister Martin Bartenstein geleitete Ministerkonferenz. Österreich stellte den Direktor des in Agram angesiedelten Regionalen Unterstützungszentrums zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa (RACVIAC).

Im Bereich Energie engagierte sich Österreich weiter am Aufbau eines regionalen Energiebinnenmarkts für Gas und elektrische Energie in Südosteuropa, der auf eine Initiative des Stabilitätspakts zurückgeht und nun mit tatkräftiger Unterstützung durch die Europäische Kommission realisiert wird. Beim Jahrestreffen des Ministerrates der ECSEE in Athen am 14. Dezember wurde Wien als Sitz des ECSEE-Sekretariats festgelegt.

Weitere Schwerpunkte im Rahmen des Stabilitätspakts sind die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, Erziehung und Jugend (diese Initiativen haben ebenfalls österreichische Vorsitzende), die Reintegration von Flüchtlingen und Migrationsfragen sowie Bildungswesen und Soziales.

4. Die osteuropäischen Staaten

4.1. Ukraine, Moldau, Belarus

4.1.1. Ukraine

Drei Ereignisse dominierten die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine: die gemeinsame Erstellung des ENP-Aktionsplans (siehe Kapitel A.IV.2.), der Gipfel EU-Ukraine in Den Haag am 8. Juli und die Präsidentschaftswahlen, bei denen Österreich bei allen drei Wahlgängen durch Beobachter vertreten war.

Neben der Grundsatzeinigung über den ENP-Aktionsplan kam es beim Gipfel EU-Ukraine zu einer Einigung über die Teilnahme der Ukraine an der EUPOL „Proxima“ in der Republik Mazedonien und eine intensivierte Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Technologie. Die EU-Seite bekräftigte ihre Unterstützung der Ukraine für einen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), forderte aber Fortschritte hinsichtlich des Marktwirtschaftsstatus. Gleichzeitig wurde die gute Kooperation im Bereich Justiz und Inneres hervorgehoben.

Die EU betonte noch vor den Präsidentschaftswahlen, dass freie und faire Wahlen für die weitere Intensivierung der bilateralen Beziehungen von entscheidender Bedeutung seien. Nachdem die Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowohl beim ersten Wahlgang am 31. Oktober als auch insbesondere bei der Stichwahl am 21. November schwere Mängel festgestellt hatte, weigerte sich die EU, das offiziell bekannt gegebene Wahlresultat als legitim anzuerkennen. Nach der Stichwahl brach in der Ukraine eine schwere innenpolitische Krise aus. Die Opposition weigerte sich, das Ergebnis der Wahl anzuerkennen; es kam zu Straßenprotesten. Die EU appellierte in dieser äußerst kritischen Situation an beide Lager, eine gewaltfreie Lösung durch Dialog und im Rahmen des ukrainischen Rechtssystems zu suchen. Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 3. Dezember, welches das Ergebnis der Stichwahl annullierte, wurde am 8. Dezember im ukrainischen Parlament eine politische Lösung in Form einer kombinierten Verfassungs- und Wahlrechtsreform gefunden. Dadurch wurde der Weg zur Wiederholung der Stichwahl am 26. Dezember frei. Der Oppositionskandidat Viktor Juschtschenko gewann diese Stichwahl mit 52% der gültigen Stimmen. Die EU zeigte in der Ukraine-Krise entschlossenes Engagement und trug entscheidend zur Eröffnung der Perspektive bei, dass sich in der Ukraine eine echte Demokratie etabliert und eine grundlegende Reformpolitik in rechtsstaatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht in die Wege geleitet wird.

4.1.2. Moldau

Die Europäische Kommission arbeitete mit Moldau einen Aktionsplan gemäß den ENP-Vorgaben aus, dessen Implementierung im Februar 2005 beginnen soll (siehe Kapitel A.IV.2.).

Die EU gewann durch eine im Vergleich zu den Vorjahren hohe Besuchsfrequenz und wiederholte kritische Äußerungen gegenüber dem separatistischen Regime im östlichen Landesteil Transnistrien an Visibilität und Profil. Zwischen Behörden der EU und von Moldau wurde der Dialog intensiviert. Aufgrund der stärkeren medialen und politischen Präsenz des EU-Themas ist vor allem bei der städtischen Bevölkerung das Interesse an der EU geweckt worden.

Am 1. Juni hat Präsident Vladimir Voronin den Entwurf eines „Stabilitäts- und Sicherheitspakts“ vorgestellt, in dem die vorgesehenen Unterzeichner Ukraine, Russland, USA, Rumänien und EU langfristige Garantien für Moldau abgeben sollten. EU und USA haben in der Folge einige Elemente daraus für nützlich und weiter verfolgbar erachtet. Am Rande des OSZE-Außenministertreffens in Sofia am 6. und 7. Dezember wurde als Kompromiss die Unterzeichnung einer Erklärung über Sicherheit und Stabilität in Aussicht gestellt, derzufolge das „Fünfer-Format“ (die beiden moldauischen Streitparteien sowie die drei Mediatoren Russland, Ukraine und OSZE) um ein aus der EU, den USA und Rumänien bestehendes erweitertes „Ideengeber-Gremium“ ergänzt hätte werden sollen. Diese Variante scheiterte jedoch an der Ablehnung Russlands.

Bislang kam es noch zu keiner befriedigenden Lösung der Kontrolle des nach wie vor sehr durchlässigen transnistrischen Abschnitts der moldauisch-ukrainischen Grenze, weshalb der Republik Moldau ein Großteil ihrer Zolleinnahmen entgeht. Mitte Oktober fanden trilaterale Gespräche zwischen Moldau, Ukraine und der Europäischen Kommission statt, bei denen die Europäische Kommission finanzielle und technische Unterstützung für die gemeinsame Zollkontrolle anbot. Auch in der Frage der in Transnistrien unter katastrophalen Bedingungen lagernden 40.000 Tonnen Munition gab es keine Fortschritte. Seit Juni 2003 erschwert Transnistrien einen weiteren Abtransport. Auch die OSZE-Ministerkonferenzen im Dezember 2003 in Maastricht und im Dezember in Sofia konnten sich auf keine weitere Frist einigen. Bis Ende Mai wurden knapp 50% des Kriegsmaterials abtransportiert.

4.1.3. Belarus

Die bereits seit 1997 eingeschränkten Beziehungen der EU zu Belarus verschlechterten sich im Laufe des Jahres 2004 aufgrund des autoritären und undemokratischen Führungsstils von Präsident Alexander Lukaschenko. Bei den Parlamentswahlen am 17. Oktober wurden ausschließlich Abgeordnete ins Parlament gewählt, die dem Präsidenten ergeben sind oder

deren politische Parteien zu ihm in „konstruktiver Opposition“ stehen. Zeitgleich mit den Parlamentswahlen fand ein Referendum über eine Verfassungsänderung statt, die dem Präsidenten eine unbeschränkte Anzahl weiterer Amtsperioden und dadurch langfristige Absicherung seiner Macht ermöglicht. Im Referendum befürworteten bei einer Beteiligung von 89,8% der wahlberechtigten BürgerInnen 77,3% die Verfassungsänderung.

Die Wahlbeobachtungsmission von ODIHR stellte fest, dass weder die Parlamentswahlen noch das Referendum den OSZE-Verpflichtungen für die Abhaltung demokratischer Wahlen entsprochen hätten. Die EU teilte diese Kritik und erklärte, weiterhin alle verbliebenen demokratischen Kräfte unterstützen zu wollen. Gleichzeitig bekräftigte sie ihre Überzeugung, dass für ein demokratisches Belarus Platz in der europäischen Staatengemeinschaft wäre. Die EU möchte ihr Verhältnis zu dem Land vertiefen, sobald die belarussischen Behörden ihre Bereitschaft zur Respektierung demokratischer Werte und rechtsstaatlicher Grundsätze eindeutig unter Beweis stellen.

Aufgrund von Repressalien gegen die Zivilgesellschaft und Opposition beschloss die EU am 24. September die Verhängung eines Ein- und Durchreiseverbots für jene Personen, die für das Verschwinden von Oppositionellen verantwortlich sind bzw. die gerichtliche Verfolgung der Verantwortlichen verhindern. Die EU hatte bereits in einer Erklärung vom 14. Mai Maßnahmen für den Fall der Untätigkeit der belarussischen Verantwortlichen in Aussicht gestellt. In diesem Zusammenhang ist die EU-Erklärung vom 6. August zu sehen, wonach die Anwesenheit des Sportministers, der zur Zeit des Verschwindens von Oppositionellen verantwortlicher Innenminister war, bei den Olympischen Spielen in Athen „völlig unpassend“ wäre. Der Minister verzichtete in der Folge auf seine Teilnahme. Mitte Dezember wurden auch Reisebeschränkungen gegen jene Personen beschlossen, welche für die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und dem Referendum sowie das Vorgehen gegen friedliche DemonstrantInnen verantwortlich waren.

4.2. Südkaukasien

Die Entwicklungen in den drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien und deren Beziehungen zur EU waren mit der „georgischen Rosenrevolution“ eng verbunden, bei der der Staatspräsident von **Georgien,** Eduard Schewardnadze, am 23. November 2003 zurückgetreten war und Michail Saakaschwili in darauf folgenden Neuwahlen am 4. Jänner mit 96% der Stimmen zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde. Die neue georgische Führung sieht die Annäherung an die EU neben der allgemeinen Integration in die euro-atlantischen Strukturen als das prioritäre Ziel der Außenpolitik an. Die Schaffung eines Europaministeriums und die Teilnahme des EU-Rats-Vorsitzenden Brian Cowen bei der Inauguration Saakaschwilis am 26. Jänner sind Ausdruck dieser Politik. In den EU-Schlussfolgerungen zu Georgien erklärte sich die EU bereit, den

Reformprozess weiter zu unterstützen und forderte, die für 28. März anberaumten Parlamentswahlen entsprechend den Empfehlungen der internationalen Wahlbeobachtungsmission durchzuführen. Sowohl den Präsidenschafts- als auch Parlamentswahlen, bei denen nur zwei Parteien den Einzug ins Parlament schafften, wurden Fortschritte bei der Wahldurchführung konstatiert. Gleichzeitig wurden auch Verbesserungsaufträge erteilt. Am 16. Juni fand in Brüssel eine Geber-Konferenz der EU für Georgien statt. Auf Wunsch Georgiens wurde EUJUST THEMIS in Tbilisi installiert, die ab Sommer innerhalb eines Jahres das Grundgerüst für eine entsprechende Vernetzung der georgischen Verwaltung im Bereich der Rechtsstaatlichkeit schaffen soll (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.).

Die Adscharien-Krise, die zum Rücktritt des „Präsidenten" von Adscharien, Aslan Abaschidse, führte, konnte im Sinne der georgischen Zentralmacht gelöst werden. Neben den Vermittlungstätigkeiten des Europarates (ER), Russlands und der USA hatte die EU den Sonderbeauftragten für Südkaukasien, Heikki Talvitie, als Vermittler entsandt und zur friedlichen Beilegung der Krise aufgerufen. Die Südossetienkrise hingegen führte im August an den Rand eines bewaffneten Konflikts. Die EU sicherte dabei weitere Unterstützung für den georgischen Reformprozess zu und rief zu einer friedlichen Lösung der Krise sowie dem Rückzug der in das Konfliktgebiet vorgedrungenen georgischen Truppen auf.

Gegenüber **Aserbaidschan** gab die EU am 9. Jänner eine Erklärung zur Frage der politischen Gefangenen ab, in der die Freilassung von 160 Inhaftierten begrüßt, gleichzeitig aber auch die Sorge um das Schicksal der in Folge der Massendemonstrationen vom 16. Oktober 2003 Inhaftierten ausgedrückt wurde. Vom 12.–14. November fand in Baku auf Initiative der Europäischen Kommission eine hochrangige Konferenz zur Förderung der Zusammenarbeit im Energie- und Transportbereich zwischen der EU und den Anrainer- und Nachbarstaaten des Kaspischen Meers statt.

Armenien bat die EU, einen endgültigen EU-Beitritt der Türkei auch von der von Armenien geforderten Anerkennung des Genozids des Osmanischen Reichs an den Armeniern seitens der Türkei abhängig zu machen.

Die gestiegene Bedeutung Südkaukasiens für die EU (zur Aufnahme dieser Staaten in die ENP siehe Kapitel A.IV.2.) manifestierte sich sowohl in einem hohen politischen Engagement der neuen EU-Mitglieder, insbesondere der baltischen Staaten, in der Region als auch in einem vermehrten Besuchsaustausch. Kommissar Janez Potocnik besuchte alle drei Staaten vom 5.–8. Juli, Kommissionspräsident Romano Prodi als erster Kommissionspräsident vom 16.–19. September. Der Hohe Repräsentant Javier Solana empfing am Rande einer Tagung des Euro-Atlantischen Parnerschaftsrates (EAPC) in Brüssel am 9. Dezember die AußenministerInnen Armeniens und Georgiens. Im Rahmen der jährlichen durch die Kooperationskomitees vorbereiteten Kooperationsräte fand eine Troika-Begegnung mit den drei Au-

ßenministerInnen am 13. September in Brüssel statt. Sonderbeauftragter Talvitie besuchte regelmäßig die Region, um nicht nur das vermehrte EU-Interesse an Südkaukasien zum Ausdruck zu bringen, sondern auch um eine mögliche EU-Unterstützung bei Reformprozessen und Lösung von Konflikten auszuloten. Ebenso fanden parlamentarische Zusammenarbeitskomitees mit allen drei Staaten statt.

Das **TACIS-Programm** zur Modernisierung der Zollverwaltung wurde unter Leitung des Österreichers Georg Miller in Georgien fortgeführt. Die österreichische Plattform Zivildienst führte das TACIS-Programm zur Ausarbeitung eines Zivildienstes in Georgien fort. Die Universität für Bodenkultur unterhielt zwei TACIS-TEMPUS-Projekte mit Georgien. An der Vertretung EU-TACIS in Jerewan sind zwei Österreicher tätig.

5. Russland

Bei den **Präsidentschaftswahlen** am 14. März wurde Wladimir Putin mit 71% der abgegebenen gültigen Stimmen für weitere vier Jahre in seiner Funktion als Präsident Russlands bestätigt. Die internationale Wahlbeobachtungsmission von ODIHR und Parlamentarischer Versammlung des ER (auch ÖsterreicherInnen fungierten als BeobachterInnen) sowie EU kritisierten die einseitige Berichterstattung der staatlich kontrollierten elektronischen Medien zugunsten des Amtsinhabers und das Fehlen einer politischen Debatte unter den sechs Kandidaten.

In seiner zweiten Amtszeit stützt sich Präsident Putin vermehrt auf die Sicherheitsdienste. Er kontrolliert weiterhin einen großen Teil der Medien und verstärkt die staatliche Einflussnahme auf strategische Schlüsselbereiche der russischen Wirtschaft. Nach einer Serie von Terroranschlägen im Spätsommer – die höchste Opferzahl verzeichnete die Geiselnahme in Beslan/Nordossetien – wurden auf eine Initiative von Präsident Putin Gesetze „zur Festigung der Einheit des Staates“ beschlossen, die die Durchgriffsrechte des Präsidenten weiter ausbauen.

Die liberalen **Wirtschaftsreformen** verloren nach den Präsidentschaftswahlen im März an Dynamik. Es wurden zwar wirtschaftsfreundliche neue Steuergesetze verabschiedet, doch sind sowohl Bestrebungen zur Zerschlagung der Gas- und Elektrizitätsmonopole zum Erliegen gekommen als auch die staatliche Einflussnahme auf die russische Wirtschaft gestiegen. Die Entwicklungen um das Erdölunternehmen „Jukos“ beeinträchtigten das Vertrauen der Investoren in die russische Wirtschaft.

Die **Tschetschenien**-Politik Moskaus war von Rückschlägen gekennzeichnet. Der im Oktober 2003 mit Unterstützung des Kremls zum neuen tschetschenischen Präsidenten gewählte Achmed Kadyrow kam am 9. Mai bei einem Bombenanschlag ums Leben. Im zweiten Halbjahr weiteten sich die Terroraktivitäten auf andere nordkaukasische Republiken aus (Dagestan, Inguschetien, Nordossetien, Kabardino-Balkarien). Trotz der Gefahr eines

Flächenbrands im Nordkaukasus lehnt der Kreml einen Dialog mit tschetschenischen Oppositionspolitikern nach wie vor ab.

Die russische **Außenpolitik** konzentriert sich auf Eurasien. Die Pflege der Beziehungen zu den GUS-Teilnehmern hat für Moskau oberste außenpolitische Priorität. Die engsten Beziehungen bestanden zwischen Russland, Belarus, der Ukraine und Kasachstan. Die Vierergruppe beschloss im September 2003 die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums. Versuche, diesen Plan zu verwirklichen, blieben aber bislang ergebnislos.

Die **EU** ist Russlands wichtigster Handelspartner. Seit der EU-Erweiterung am 1. Mai gehen über 60% aller russischen Exporte in die EU (drei Viertel davon sind Öl und Gas). Die EU nahm im Jahresverlauf zu verschiedenen Aspekten der russischen Innen- und Außenpolitik, insbesondere auch im Zusammenhang mit den Ereignissen im Kaukasus und ihren Folgen, in Demarchen und Erklärungen Stellung. Die Lage der Menschenrechte in Tschetschenien wurde im Verlauf bilateraler Treffen und in internationalen Gremien von Seiten der EU thematisiert und kritisiert.

Die EU und Russland hatten bei ihrem Gipfeltreffen im Mai 2003 beschlossen, ihre Beziehungen durch die Schaffung von **vier Gemeinsamen Räumen** (siehe Kapitel A.IV.2) weiter zu entwickeln. Beim Gipfeltreffen in Den Haag im November 2004 hätten „Wegskizzen“ (Road Maps) für die Ausgestaltung der vier Räume vereinbart werden sollen. Während über die Wegskizzen für den Wirtschaftsraum sowie den Gemeinsamen Raum der Wissenschaft, Bildung und Kultur rechtzeitig vor dem Gipfel weitgehendes Einvernehmen erzielt werden konnte, bestanden grundlegende Meinungsdifferenzen in den Bereichen Innere und Äußere Sicherheit. Dessen ungeachtet konnten 2004 wichtige Schritte zur weiteren Entwicklung der strategischen Partnerschaft der EU mit Russland gesetzt werden. So gab die EU in einem Protokoll ihre Zustimmung zum geplanten WTO-Beitritt Russlands. Rechtzeitig vor dem Haager Gipfel ratifizierte Russland das Kyoto-Protokoll und das Protokoll zur Ausdehnung des EU-Russland-Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf die neuen EU-Mitglieder.

6. Der Nahe Osten, Nordafrika und der Mittelmeerraum

6.1. Allgemeine Entwicklungen

Der Nahe Osten sowie der nordafrikanische Raum standen während des gesamten Jahres im Eindruck der schweren Krise um den Irak und des andauernden Konflikts zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

Im **Irak** blieb die Sicherheitslage äußerst prekär. Die fast täglichen Terroranschläge und militärischen Gegenschläge haben den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur weitgehend zum Erliegen gebracht. Entführungen und Geiselnahmen ausländischer und irakischer Personen, teils aus erpresserischen Gründen, teils politisch motiviert (Abzug ausländischer

Streitkräfte) bildeten einen neuen Aspekt der Verunsicherung. In schwierigen Verhandlungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppen konnte Einigung auf eine Interimsverfassung erzielt werden. Eine Interimsregierung übernahm am 29. Juni die Souveränität. Ein Schuldennachlass von 80% wurde von den im Pariser Klub zusammengeschlossenen Ländern vereinbart. Am 23. November fand eine internationale Konferenz in Sharm-El-Sheikh statt, die die für 30. Jänner 2005 vorgesehenen Wahlen indossierte und Nichteinmischung in die innerirakischen Verhältnisse bekräftigte.

Die seit Mitte Mai 2003 in **Saudi-Arabien** zu beobachtende Welle von Terroranschlägen islamistischer Kräfte setzte sich auch im Jahr 2004 fort. Die Ende Dezember 2003 begonnene Serie „Nationaler Dialogforen" wurde im Juni mit einem Forum zum Thema „Stellung der Frau" sowie im Dezember zu Jugendthemen fortgesetzt. Weiters wurde im Dezember mit der Wählerregistrierung zu den für Frühjahr 2005 vorgesehenen Gemeinderatswahlen begonnen.

Die Herrscherhäuser in **Kuwait, Bahrain** und **Katar** sind um eine Öffnung des politischen Systems bemüht. In den letzten Jahren wurden innenpolitische Reformmaßnahmen eingeleitet. Während in Kuwait, das im Demokratiebereich in der Golfregion eine Vorreiterrolle gespielt hatte, aufgrund des gespannten Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung eine Stagnation im Reformprozess eingetreten war, fanden in Bahrain und Katar die positiven demokratiepolitischen Entwicklungen ihre Fortsetzung. Sicherheitsgarant für die Souveränität und Integrität der drei Staaten sind die USA, die diese wiederum zu wichtigen Eckpfeilern ihrer Militärstrategie in der Region gemacht hat.

In den **Vereinigten Arabischen Emiraten** war das innenpolitische Geschehen durch das Ableben des Staatspräsidenten und Gründers der Vereinigten Arabischen Emirate, Sheikh Zayed bin Sultan Al Nahyan, dominiert, welcher der Föderation seit 1971 vorstand. Sheikh Zayed war die Integrationsfigur des Landes und hatte – dank der Öl- und Gas-Einnahmen – die Vereinigten Arabischen Emirate innerhalb einer Generation dynamisch ausgebaut. Der bisherige Kronprinz Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan wurde vom Rat aller sieben Herrscher („Supreme Council") zum Nachfolger gewählt. Mit dem drastischen Anstieg des Ölpreises sind für die Vereinigten Arabischen Emirate erhebliche budgetäre Mehreinnahmen verbunden. Die Vereinigten Arabischen Emirate arbeiten erfolgreich an einer Politik der guten Nachbarschaft und pan-arabischen Solidarität. Der Vorsitz im Golfkooperationsrat (GCC) sollte 2005 turnusmäßig von den Vereinigten Arabischen Emiraten übernommen werden, aus technischen Gründen wird er aber Bahrain übertragen.

Der **Oman** war seit jeher um gute Beziehungen zu seinen Nachbarn in der Region (seinen Partnern im GCC, Jemen und Iran) sowie den Staaten des

indischen Subkontinents bemüht. Trotz Kritik an der Situation im Irak hatte Oman den Irakischen Regierungsrat im August 2003 offiziell anerkannt. Die omanisch-iranischen Beziehungen waren durch einen regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen unter anderem auch der religiösen Ebene gekennzeichnet. Im Herbst stattete der iranische Präsident Mohammad Khatami Oman einen Staatsbesuch ab. Oman ist am Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU sowie an Investitionen aus dem EU-Raum interessiert.

Im **Iran** fanden im Februar Parlamentswahlen statt. Durch Disqualifizierung vieler reformorientierter Kandidaten wurden die politischen Machtverhältnisse wesentlich zu Gunsten der konservativen Seite verändert, sodass die Konservativen nunmehr eine Zweidrittelmehrheit im Parlament besitzen. Die reformorientierte Regierung unter Präsident Mohammad Khatami hat dadurch kaum mehr Handlungsspielraum. Die iranische Außenpolitik war 2004 von der Kontroverse um das iranische Nuklearprogramm bestimmt. Die am 15. November im Anschluss an Verhandlungen mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien – unterstützt vom Hohen Vertreter – erzielte Einigung mit Iran über Nuklearfragen und künftige Zusammenarbeit wurde vom Europäischen Rat begrüßt. Die Aufrechterhaltung der vollständigen Aussetzung aller Anreicherungs- und Wiederaufbereitungstätigkeiten ist für die Fortsetzung des Gesamtprozesses von wesentlicher Bedeutung.

Marokko setzte seine Bemühungen um wirtschaftliche und soziale Reformen weiter fort. Im Februar verabschiedete das Parlament die Familienrechtsreform, die die rechtliche Basis für eine weitgehende Gleichstellung von Mann und Frau bildet. Zur Aufarbeitung der Vergangenheit wurde von König Mohammed VI. eine eigene Kommission eingesetzt, die sich mit Entschädigungsansprüchen von Opfern staatlicher Willkür in den Jahren vor 1999 befassen soll. Außenpolitisch setzt Marokko seinen Weg der Annäherung an die EU fort: Im Dezember wurde im Rahmen der ENP ein Aktionsplan vereinbart (siehe Kapitel A.IV.2.). Die Süd-Süd-Zusammenarbeit wurde ausgebaut und ein Freihandelsabkommen mit den USA im Juni unterzeichnet. Marokko bewies weiters seine Position als ein um Vermittlung bemühter moderater islamischer Staat bei der ersten Ministerkonferenz im Rahmen des „Forum for the Future“ (G-8-Mittelmeeranrainer) am 11. Dezember in Rabat. Die Beziehungen zu Spanien verbesserten sich im Laufe des Jahres, das Verhältnis zu Algerien war weiterhin getrübt. Die Landgrenzen zwischen beiden Staaten blieben geschlossen und eine Lösung des Westsahara-Konflikts ist derzeit nicht absehbar.

Seit 1999 führt Präsident Abdelaziz Bouteflika **Algerien,** das infolge des radikal-islamischen Terrorismus unter jahrelanger Ausgrenzung gelitten hatte, zu seiner vollen internationalen Integration zurück. Schwerpunkte der algerischen Außenpolitik waren die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Beziehungen zu den EU-Mitgliedern, darunter besonders den Mittelmeeranrainern, der afrikanische Kontinent sowie die inter-

maghrebinischen Beziehungen. Algerien unterzeichnete 2002 ein Assoziationsabkommen mit der EU. Ein Beitritt zur WTO ist geplant. Präsident Bouteflika wurde am 8. April mit großer Mehrheit für ein zweites fünfjähriges Mandat gewählt. Der mit dem Amnestiegesetz von 1999 (Concorde civile) begonnene Prozess der innenpolitischen Stabilisierung schreitet voran, die allgemeine Sicherheitslage verbesserte sich, wenn auch der 1992 verhängte Ausnahmezustand angesichts immer wieder auftretender terroristischer Aktivitäten bestehen blieb. Trotz Investitionen und Umstrukturierungsmaßnahmen im Staatssektor sowie Förderung der Privatwirtschaft, blieb die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hinter den allgemeinen Erwartungen zurück.

Außenpolitische Priorität **Tunesiens** blieben die Beziehungen zu westlichen Staaten, insbesondere zur EU, und zu arabischen Nachbarstaaten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auch die Entwicklungen im Irak und im Nahen Osten standen im Zentrum des außenpolitischen Interesses. Aus den Wahlen am 24. Oktober gingen Präsident Ben Ali und seine Partei „Konstitutionelle Demokratische Sammlung“ (RCD) neuerlich als eindeutige Sieger hervor. Im Mai war Tunis Schauplatz des 16. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga. Wirtschaftlich setzte sich die günstige Entwicklung insbesondere im Außenhandel mit EU-Staaten fort, die Vorbereitungen für ein Programm gemäß der EU-Politik der „Neuen Nachbarschaft“ schritten voran (siehe Kapitel A.IV.2.).

Nach dem im Dezember 2003 erklärten Verzicht auf Massenvernichtungswaffen ratifizierte **Libyen** am 6. Jänner den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) und unterzeichnete am 10. März das Zusatzprotokoll zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT). Am 5. Februar trat die Chemiewaffenkonvention (CWK) für Libyen in Kraft. Massenvernichtungswaffen und waffenfähige Rüstungsgüter wurden unter internationaler Aufsicht abgerüstet. Im Februar nahmen die USA und Libyen wieder diplomatische Beziehungen auf, die US-Sanktionen wurden weitgehend aufgehoben. Im Oktober beschloss die EU ihrerseits die Aufhebung noch bestehender Sanktionen gegen Libyen. Die politische und wirtschaftliche Öffnung führte zur Erneuerung der Einladung an Libyen, sich unter Übernahme des Acquis (gemeinschaftlicher Rechtsbestand) am Barcelona-Prozess zu beteiligen.

Im Mai wurden ein palästinensischer Arzt und fünf bulgarische Krankenschwestern wegen des Vorwurfs, über 400 libysche Kinder absichtlich mit AIDS infiziert zu haben, zum Tod verurteilt. Die Staatengemeinschaft, speziell auch die EU und ihre Mitgliedstaaten bemühten sich um eine rasche, gerechte und positive Lösung dieses Falls. Im Sommer wurde nach vorangegangenen Vereinbarungen zu Lockerbie (Großbritannien, USA) und UTA (Frankreich) die letzte ausständige Regelung betreffend Entschädigungszahlungen nach Terroranschlägen der Vergangenheit zwischen den Opfern des

Anschlags auf die Berliner Diskothek „La Belle“ und libyschen Stellen getroffen.

Im Zuge der Auseinandersetzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt bemühte sich **Ägypten** um diplomatische Vermittlung durch die Verbindung der strategischen Partnerschaft mit den USA und den Einflussmöglichkeiten innerhalb der arabischen Welt. Dies wurde etwa durch die Bereitschaft zur Abhaltung der Trauerfeierlichkeiten für Palästinenserpräsident Yassir Arafat in Kairo sowie durch die Einberufung der internationalen Irak-Konferenz in Sharm-El-Sheikh dokumentiert. Die im Sommer neu eingesetzte Regierung forciert wirtschaftspolitische Reformen. Im Oktober kam es am Sinai zu tödlichen Terroranschlägen gegen Tourismusziele, die ersten Attentate seit den Anschlägen in Luxor 1997.

In **Israel** war das Jahr 2004 von zwei wesentlichen Entwicklungen geprägt: vom anhaltenden israelisch-arabischen Konflikt und dem von Ministerpräsident Ariel Sharon (Likud) verfolgten Plan, den Gaza-Streifen sowie vier Siedlungen der nördlichen Westbank bis Sommer 2005 zu räumen. Der Rückzugsplan führte zu Regierungskrisen, zum Ausscheiden der rechten Parteien „Nationale Union“ und „Nationalreligiöse Partei“ aus der Koalition und damit zu einer monatelangen Minderheitsregierung, die allerdings von der oppositionellen Arbeitspartei unterstützt wurde. Im Oktober verabschiedete die Knesset trotz Stimmenspaltung innerhalb der Likud, Negativstimmen der rechten Parteien und der Mobilisierung von Siedlern, den Rückzugsplan mit Zustimmung der Linksparteien und der wirtschaftsliberalen säkularen „Shinui“. Zugeständnisse des Ministerpräsidenten an die aschkenasisch-religiöse Partei „Vereinter Thora Judaismus“ brüskierten „Shinui“ und führten zu deren Ausscheiden aus der Regierung. Gegen Jahresende zeichnete sich eine Koalitionsvereinbarung der Likud mit der Arbeitspartei unter Shimon Peres und dem „Vereinten Thora Judaismus“ ab. Finanzminister Benjamin Netanjahu setzte seine Reform- und Privatisierungspolitik fort.

Jordanien stellte seine außenpolitischen Aktivitäten weiterhin in den Dienst einer Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Eine Konferenz des Wirtschaftsforums (Davos Forum) fand am 15. Mai am Toten Meer statt. Die EU hatte einen mit Jordanien abgestimmten Aktionsplan zur Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Reformen beschlossen. Die in Jordanien herrschende Familie der Hashemiten setzte sich für eine Darstellung eines korrekten Bilds vom Islam ein, in der „Amman Declaration“ (Erklärung von Amman) wurden die friedfertigen und fortschrittlichen Grundlagen des Islam herausgearbeitet. Die interne Sicherheitslage in Jordanien blieb im Gegensatz zur regionalen Lage ruhig.

Die innenpolitische Situation im **Libanon** war geprägt von der durch starken syrischen Druck erzwungenen Amtsverlängerung des seit sechs Jahren

amtierenden pro-syrischen Staatspräsidenten Emile Lahoud um weitere drei Jahre, was sowohl die inner-libanesische Opposition zu heftigen Reaktionen veranlasste als auch zur Annahme der Resolution 1559 im Sicherheitsrat der VN (VN-SR) führte. Diese verlangt die strikte Einhaltung der libanesischen Souveränität und politischen Unabhängigkeit sowie den Abzug aller fremden Streitkräfte und Auflösung bewaffneter Milizen. Die Verlängerung der Amtszeit Präsident Lahouds führte zum Rücktritt der Regierung Rafik al-Hariri und zur Installierung der deutlich pro-syrischen und die Resolution 1559 strikt ablehnenden Regierung unter Premierminister Omar Karame. Der im Taif-Abkommen 1989 festgeschriebene Abzug der syrischen Truppen und der internationale Druck auf Syrien führte im September zum mittlerweile fünften Teil-Truppenabzug nach Syrien und in die Bekaa-Ebene nahe der syrischen Grenze, sodass sich Ende 2004 noch rund 14.000 syrische Soldaten und Sicherheitskräfte im Libanon befanden. Der erhoffte Fortschritt auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet blieb aus, Budgetdefizit und Staatsverschuldung stiegen weiter an.

Mit der Paraphierung des EU-Assoziationsabkommens im Oktober wurde eine neue Phase der Beziehungen zwischen der EU und **Syrien** eingeleitet. Nach Unterzeichnung des Abkommens (voraussichtlich erste Hälfte 2005) soll der Handelsteil in Kraft treten, der unter anderem den erleichterten Zugang zum EU-Markt und einen umfassenden Zollabbau beinhaltet. Die Beziehungen zum Irak verbesserten sich im Laufe des Jahres. Die verschlechterte Sicherheitslage im Irak und der Druck der USA führten dazu, dass Syrien die Grenzsicherung verstärkte, um illegale Übertritte zu verhindern. Im März kam es zu Demonstrationen von KurdInnen und gewalttätigen Zusammenstößen im Nordosten von Syrien, wo der Großteil der zwei Millionen syrischen KurdInnen lebt. Syrien befürchtete weitere Unruhen im Falle einer weitergehenden Autonomie der KurdInnen im Irak. Der Druck der USA auf Syrien intensivierte sich, im Mai wurden Wirtschaftssanktionen verhängt. Gegenüber Israel signalisierte Syrien mehrfach Gesprächsbereitschaft. Die Rückgabe des Golan ist für Syrien eine zentrale Vorraussetzung für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten.

6.2. Der Friedensprozess im Nahen Osten

Der Friedensprozess im Nahen Osten war geprägt: von der „Al-Aqsa-Intifada“, von israelischen Militäraktionen, vom Plan von Ministerpräsident Ariel Sharon (Likud) zum Rückzug aus dem Gazastreifen und der nördlichen Westbank mit Zieldatum 2005, vom Bau des so genannten „Sicherheitszaunes“ (Trennwall) in den Besetzten Gebieten, von den innerpalästinensischen Machtkämpfen sowie vom Ableben von Palästinenserpräsident Yassir Arafat im November.

Seit Beginn der „Al-Aqsa-Intifada“ im September 2000 stieg die Zahl der Toten auf über 4.000 (mehr als 3.000 Palästinenser, über 1.000 Israelis).

Enorme wirtschaftliche Schäden trafen die ganze Region. Die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung wurde durch Ausgangssperren und Absperrungen der israelischen Armee stark beeinträchtigt, was eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und humanitären Lage zur Folge hatte. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN-GV) nahm ein Rechtsgutachten vom Juli zur Kenntnis, in dem der Internationale Gerichtshof „den Bau der Mauer als dem Völkerrecht widersprechend“ bezeichnete.

Die EU unterstützte Ariel Sharons Rückzugsplan unter der Auflage, dass er im Kontext der „Road Map“ (Fahrplan) des Internationalen Nahost-Quartetts – EU, USA, Russland und VN – als Schritt in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung durchgeführt wird. Der Rückzugsplan sollte keinen Transfer von Siedlungsaktivitäten in die Westbank nach sich ziehen, und die Übertragung von Verantwortung sollte organisiert erfolgen. Israel sollte mit der Palästinensischen Autonomiebehörde verhandeln und die Rehabilitierung sowie den Wiederaufbau des Gazastreifens erleichtern.

Bis kurz vor seinem Ableben in einem französischen Krankenhaus im November verblieb Arafat in einem von Israel auferlegten de facto „Hausarrest“ in seinem Sitz in Ramallah, wo er auch beigesetzt wurde. Seine Nachfolge als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde trat der langjährige Stellvertreter Arafats und erste palästinensische Ministerpräsident, Mahmoud Abbas (Abu Mazen), an.

6.3. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (Barcelona-Prozess)

Die Politik der EU zum Mittelmeer-Raum wird im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft umgesetzt, die nach der Konferenz vom 27. und 28. November 1995 auch „Barcelona-Prozess“ genannt wird. Sie stellt die EU-Drittstaatenpolitik zum südlichen und östlichen Mittelmeerraum mit der Zielsetzung der Zusammenführung der EU-Partnerländer auf politischer und wirtschaftlicher Ebene dar. Zu den zehn Partnern der EU zählen Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Jordanien, die Palästinensische Autonomiebehörde, der Libanon, Syrien und auch die Türkei. Libyen, Mauritanien sowie die Arabische Liga haben derzeit Beobachter-Status.

Die EU verfolgt in ihrer Mittelmeerpolitik drei Hauptziele: Schaffung eines gemeinsamen Raums des Friedens und der Stabilität, gestützt auf fundamentale Grundsätze, einschließlich der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie; Schaffung eines Raums des gemeinsamen Wohlstands durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010, sowie Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der Völker in der Region und Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft.

Im politischen Bereich standen insbesondere partnerschaftliche Maßnahmen und Fragen der Menschenrechte, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie Migrationsfragen im Mittelpunkt. Durch die anhaltende Intifada im Nahen Osten konnten nur kleine politische Fortschritte verzeichnet werden. Die Bedeutung des Barcelona-Prozesses als einziges Gremium, in dem sowohl europäische, arabische und israelische Staatenvertreter auf höchster Ebene zusammentreffen, bleibt nach wie vor ein wichtiger Faktor.

Das wichtigste Ziel der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit blieb die Errichtung einer Freihandelszone bis 2010. In der Heranführungsstrategie an dieses Ziel wurden mit nunmehr allen Partnern bilaterale Assoziationsabkommen abgeschlossen. Im Oktober wurde das bislang letzte dieser Abkommen mit Syrien paraphiert.

Zusätzlich zur Schaffung einer Freihandelszone im Verhältnis EU-Mittelmeerländer soll gleichzeitig auch der Handel zwischen den Mittelmeerpartnern untereinander liberalisiert werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Freihandelszone (Agadir-Prozess) vorangetrieben, an der derzeit Marokko, Ägypten, Jordanien und Tunesien beteiligt sind.

Zur Implementierung der Euro-Mediterranen Partnerschaft stehen zwei Finanzierungsinstrumente, das MEDA-Programm und die Europäische Investitionsbank (EIB), zur Verfügung. Das MEDA-Programm beinhaltet finanzielle und technische Unterstützungsmaßnahmen zur Begleitung der Wirtschafts- und Sozialreformen in den MEDA-Partnerländern. 2004 wurden von der Union mehr als 700 Millionen Euro für die Mittelmeer-Länder zur Verfügung gestellt. Die EIB hat zur Finanzierung von Infrastruktur- und einzelnen Investitionsprojekten eine eigene Fazilität eingerichtet.

Bei der Zusammenarbeit im sozialen und kulturellen Bereich wurde die Euromed-Stiftung für den Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen, die Anna-Lindh-Stiftung, ins Leben gerufen. Auf der Außenministerkonferenz der Euro-Mediterranen Partnerschaft in Dublin (4. und 5. Mai) wurde die gemeinsame Beherbergung der Euromed-Stiftung in der „Bibliotheka Alexandrina“ und dem Schwedischen Institut in Alexandrien (Ägypten) vorgesehen.

Das Außenministertreffen von Den Haag am 29. und 30. November war durch das Ableben des Palästinenserpräsidenten Yassir Arafat gezeichnet. In Vorbereitung einer möglichen Gipfelveranstaltung durch Spanien im November 2005 wurde das Jahr 2005 als das „Jahr des Mittelmeeres“ ausgerufen. Am 22. und 23. März wurde die erste Jahrestagung der Euro-Mediterranen Parlamentarischen Versammlung in Athen abgehalten.

6.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit

6.4.1. Arabische Liga

Die Gipfeltreffen der Arabischen Liga standen außenpolitisch im Zeichen des Nahostkonflikts und des Irak-Kriegs. Eine interne Debatte über geforderte politische Reformen innerhalb der Mitgliedstaaten – sowie innerhalb der Arabischen Liga selbst – wurde angeregt. Dies zeigte sich auch darin, dass das Vorsitzland Tunesien das geplante Gipfeltreffen im März zunächst kurzfristig absagte. Zwei Monate darauf verabschiedete die Arabische Liga eine Deklaration, in der Ansätze zu Reformen in der Region begrüßt wurden.

6.4.2. Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)

Beim Treffen der Außenminister der OIC in Istanbul im Juni wurde der türkische Universitätsprofessor Ekmeleddin Ihsanoglu zum Nachfolger des mit Jahresende aus dem Amt geschiedenen marokkanischen OIC-Generalsekretärs Abdul Wahid Belqeziz gewählt.

6.4.3. Golfkooperationsrat (GCC)

Der GCC wurde 1981 als Forum einer engeren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Qatar, Bahrain und Oman gegründet. Diese Staaten verfügen über 45% der globalen Ölreserven und produzieren rund ein Fünftel der weltweiten Rohöl-Produktion. Der GCC war mit der Umsetzung eines ambitionierten Aufgaben-Programms konfrontiert. So sollte ein Zollinformationszentrum, eine einheitliche Währung, die Währungsunion sowie der dazugehörige Umsetzungszeitplan, die Annahme von Antidumping-, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen sowie die Gründungscharter für die Normenorganisationen des GCC ins Leben gerufen werden. Der GCC stellte in der Gesamt-Statistik für die EU den fünft-größten Exportmarkt dar, wobei die EU regelmäßig Überschüsse in der bilateralen Handelsbilanz verzeichnete. Rohöl stellte mit zwei Dritteln den wichtigsten Import in die EU aus der Region dar. Beide Partner treffen sich jährlich auf Ministerebene. Der 14. Gemeinsame Rat und Ministertagung zwischen der EU und dem GCC fand in Brüssel am 17. Mai statt. Die wichtigsten Gesprächsthemen waren ein zukünftiges Freihandelsabkommen, die GCC-Zollunion und aktuelle internationale Fragen. Die Verhandlungen der Union zum Abschluss eines Freihandelsabkommens waren von Auffassungsunterschieden im Bereich der Angebote bei Dienstleistungen und des Marktzugangs bestimmter Produkt-Kategorien gekennzeichnet. Österreich setzte sich aktiv für den Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen sowohl aus wirtschaftlichen als auch allgemein politischen Gründen ein.

7. Nordamerika

7.1. Vereinigte Staaten von Amerika

Herausragendes Ereignis waren 2004 die **Präsidentschafts-, Kongress- und Gouverneurswahlen,** aus welchen Präsident George W. Bush und die Republikanische Partei als klare Sieger hervorgingen. Präsident Bush konnte sich nach einem spannenden Wahlkampf, der sich vor allem auf die so genannten „battleground states" (Bundesstaaten mit knappen Mehrheitsverhältnissen) konzentrierte, klar gegen seinen demokratischen Herausforderer John F. Kerry durchsetzen und wurde am 2. November für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Auf Präsident Bush entfielen 286 Wahlmännerbzw. 51% der abgegebenen Stimmen, auf John F. Kerry 252 Wahlmännerbzw. 48% der abgegebenen Stimmen.

Auch bei den Kongresswahlen verbuchte die Republikanische Partei Zugewinne und konnte ihre Mehrheit sowohl im Senat auf 55 Sitze (Demokratische Partei 45 Sitze) als auch im Repräsentantenhaus auf 231 Sitze (Demokratische Partei 206 Sitze) weiter ausbauen. Dadurch ist eine gewisse „Zementierung" der Mehrheitsverhältnisse eingetreten. Bei den Gouverneurswahlen konnte die Republikanische Partei gegenüber den Demokraten ihren Vorsprung von 28 : 22 halten.

Ausschlaggebend für den Sieg von Präsident Bush dürfte die starke Mobilisierung der republikanischen StammwählerInnen sowie die Konzentration auf Themen der so genannten „moralischen Werte" wie Familie, Ehe, Religion und Beständigkeit gewesen sein. Die in elf US-Bundesstaaten gleichzeitig abgehaltenen Referenden über die Einführung einer „Homosexuellen-Ehe" wurden von der Bevölkerung überall klar abgelehnt. Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber 2000 auf 60%, rund 13 Millionen erstmals Wahlberechtigte machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Für seine zweite Amtszeit hat Präsident Bush eine Reihe von wichtigen personellen Änderungen in seinem Regierungsteam vorgenommen: Condoleezza Rice wird nach der Angelobung vom 20. Jänner 2005 von Colin Powell das Außenressort übernehmen, neuer Sicherheitsberater soll Stephen Hadley werden. Alberto Gonzalez wurde zum neuen Justizminister, Margeret Spelling zur Erziehungsministerin und Michael Chertoff zum Heimatschutzminister designiert.

Als **Schwerpunkte** seiner zweiten Amtszeit bezeichnete Präsident Bush grundlegende Reformen im Sozialversicherungssystem und damit verbunden eine Verringerung der Ausgaben im Gesundheitswesen, Reformen im Steuerrecht und im Erziehungssystem sowie die Einführung eines effizienten neuen Geheimdienstgesetzes.

An der Spitze der **außenpolitischen Agenden** der USA steht weiterhin das Ziel, die Welt von der Bedrohung durch den globalen Terrorismus und durch Massenvernichtungswaffen zu befreien. In diesem Zusammenhang

ist die von Präsident Bush am 17. September 2002 verkündete Nationale Sicherheitsstrategie der USA weiterhin gültig. Sie basiert auf folgendem außen- und sicherheitspolitischem Eckpfeiler: Im Kampf gegen den globalen Terrorismus wird der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz von akuten Bedrohungen als letztes Mittel sowie auch als „vorbeugende Selbstverteidigung“ für legitim erachtet, insbesondere um zu verhindern, dass terroristische Organisationen oder den Terrorismus unterstützende Regime Massenvernichtungswaffen erwerben oder erzeugen. Diesem Eckpfeiler werden die globale Verbreitung der Demokratie sowie die Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen zur Seite gestellt.

Angesichts der anhaltenden Anschläge und der teilweise prekären Sicherheitslage gestalteten sich die Befriedung des Irak durch die von den USA geführte Koalition und der Aufbau einer Nachkriegsordnung zur Vorbereitung von allgemeinen Wahlen weiterhin äußerst schwierig. Die Folterskandale in irakischen Gefängnissen führten zu einer deutlichen Abnahme der Zustimmung zum US-Engagement im Irak durch die amerikanische Bevölkerung. Im Falle der Demokratischen Volksrepublik Korea sind die USA an einer „Multilateralisierung“ ihrer Bemühungen interessiert. Die längerfristigen Erfolgschancen der Vermittlungsbemühungen der EU im Iran werden von der Regierung Bush mit deutlicher Skepsis beurteilt. Nach dem Ableben von Palästinenserpräsident Yassir Arafat ist in den Nahost-Friedensprozess wieder etwas Bewegung gekommen. Die USA haben ebenso wie die EU intensive Gespräche mit den Konfliktparteien aufgenommen.

Die sich seit dem vierten Quartal 2003 abzeichnende positive **Wirtschaftsentwicklung** setzte sich weiter fort. Das US-Wirtschaftswachstum betrug im ersten Quartal 4,5%, im zweiten Quartal zwar nur 3,3%, im dritten Quartal jedoch wieder 3,9% und im vierten Quartal 4,2%. Die Steuerung dieses Wirtschaftswachstums erfolgte im Wesentlichen durch die monetäre Politik der Federal Reserve Bank, der amerikanischen Notenbank, die in einem kontrollierten Absinken des US-Dollars zu liegen schien. Nach den nicht zuletzt durch die Wahlen bedingten maßvollen Anhebungen im September, November und Dezember um jeweils einen viertel Prozentpunkt standen die Leitzinsen zuletzt bei 2¼%. Als Folge dieser Politik erreichte der Euro am 3. Dezember mit einem Kurs von 1,3459 den höchsten Gegenwert zum US-Dollar seit seiner Einführung im Jahr 1999. Bestimmender Faktor für diese Vorgangsweise blieb die Inflationsrate, welche sich angesichts eines drastischen Anstiegs des Rohölpreises von September auf Oktober um 0,5 Prozentpunkte erhöhte und zuletzt bei 3,2% lag. Die Kapazitätsauslastung der US-Unternehmen von 77,7% lag noch immer um 3,4% unter dem Durchschnitt von 1972 bis 2003 und wirkte sich negativ auf das Investitionsverhalten der Unternehmen und in weiterer Folge auf die Arbeitsmarktdaten aus. Im dritten Quartal lag die Arbeitslosenrate unverändert bei etwa 5,4%.

Das Handelsbilanzdefizit erreichte im Juni die Rekordhöhe von 55,8 Milliarden US-Dollar, sank jedoch in der Folge leicht auf 53,5 Milliarden US-Dollar im August und 51,6 Milliarden US-Dollar im September. Es wurden Rückgänge bei den Exporten und den Importen verzeichnet. Das Leistungsbilanzdefizit betrug für das dritte Quartal bereits 171 Milliarden US-Dollar. Auch das Budgetdefizit dürfte mit über 500 Milliarden US-Dollar einen Rekord erreichen. Abgefedert wurden diese Außenstände durch Kapitalzuflüsse in der Höhe von etwa 45 Milliarden US-Dollar pro Monat, welche bereits zu etwa 25% von asiatischen Zentralbanken kommen.

7.2. Kanada

Kanada ist einer der bedeutendsten außereuropäischen Handels- und Investitionspartner Österreichs (siehe Anhang I., Kanada). Auch in nichtwirtschaftlichen Fragen ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte. Ebenso wie Österreich ist auch Kanada betont multilateralistisch, der Grad der Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten beider Länder in der VN-GV liegt bei 96%. Im Rahmen des „Ottawa-Prozesses“, insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der Ersten Überprüfungskonferenz der Ottawa-Konvention (siehe Kapitel G.II.1.), beim „Partnership for Peace Trust Fund"-Projekt der NATO zur Zerstörung von Antipersonenminen in Serbien und Montenegro bis hin zu den Aktivitäten im Rahmen des Netzwerks Menschliche Sicherheit (siehe Kapitel H.VI.) besteht zwischen Kanada und Österreich eine intensive Zusammenarbeit.

Die USA sind der bedeutendste außenpolitische und außenhandelspolitische Faktor der kanadischen Außenpolitik. Kanada ist darauf bedacht, zwischen seinem multilateralen Grundverständnis und dem Wunsch, ein verlässlicher Partner der USA zu sein, eine Balance zu finden. In der Irak-Krise nahm Kanada an der Militärkoalition gegen den Irak unter der Führung der USA nicht teil. Die Beteiligung Kanadas am US-Raketenabwehrsystem BMD ist innenpolitisch sehr umstritten, die Sicherung des nordamerikanischen Luftraums wurde durch eine Anpassung des Vertrags über das Nordamerikanische Luftverteidigungskommando (NORAD) sichergestellt.

Neben der traditionellen militärischen Sicherheitspolitik („hard security“) engagiert sich Kanada besonders im Bereich menschliche Sicherheit („human security“) und bei den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. In diesem Sinne gehen vor allem viele Friedenseinsätze der VN auf kanadische Initiativen zurück. In den letzten 40 Jahren entsandte das Land 110.000 SoldatInnen in nahezu sämtliche VN-Operationen. Dem IStGH, dem der Kanadier Philippe Kirsch vorsteht, misst Kanada hohe Bedeutung zu, auch die VN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, kommt aus Kanada. Am Balkan nimmt Kanada seit Dezember auch an der Operation EUFOR-ALTHEA teil (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.).

Österreich in der Europäischen Union

Am 29. und 30. April besuchte eine kanadische Delegation auf Ebene hoher Beamter des kanadischen Außenministeriums sowie weiterer Ministerien und kanadischer Bundeseinrichtungen Österreich und acht weitere Mitgliedstaaten der EU. Kanada verfolgt damit das Ziel einer verstärkten Kooperation mit der EU im Sinne der beim letzten Gipfeltreffen EU-Kanada in Ottawa am 18. März verabschiedeten Partnerschaftsagenda sowie eine Förderung kanadischer Interessen in den Bereichen Handel, Investitionen, Wissenschaft und Technik.

Aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 28. Juni führt Ministerpräsident Paul Martin (Liberal Party) derzeit eine relativ stabile Minderheitsregierung, die in einer beschränkten Anzahl von Themen von den drei Oppositionsparteien (New Democratic Party, Conservative Party, Bloc Québecois) über Parteigrenzen hinweg unterstützt wird. Fragen wie die dringend notwendige Reform des staatlichen Gesundheitswesens, Verfassungsfragen und die Zukunft der staatlichen Einheit (Souveränität Québecs) sowie die Sanierung des Budgets standen innenpolitisch im Vordergrund.

Die **kanadische Wirtschaft** ist nach dem Jahr 2003 mit SARS, BSE, Strom-Ausfall und Naturkatastrophen im Jahr 2004 wieder stärker gewachsen. Das BIP-Wachstum könnte nach den für kanadische Verhältnisse schlechten 2% im Vorjahr im Jahr 2004 wieder 3% betragen und Kanada damit auch 2004 das erfolgreichste G-7-Land bleiben. Die Inflation dürfte nur um eineinhalb bis zwei Prozent zunehmen, das Budget mit einem Überschuss von drei Milliarden kanadische Dollar abschließen, die Handelsbilanz ist hochaktiv. Hauptträger des Wachstums waren Wohnraum-Schaffung und Energie. Die rund 250.000 meist jungen und gut ausgebildeten EinwanderInnen tragen zu ersterem bei. Weiters profitiert Kanada vom gestiegenen Weltmarktpreis für Erdöl. Der mit hohen Kosten verbundene Abbau der eigenen Energie-Reserven vor allem in der Provinz Alberta wird profitabel und daher vorangetrieben. Aber auch der Export-Sektor war nach einem Minus im Vorjahr wieder ein Wachstumsträger, wobei besonders die kanadischen Zulieferer für die Autoindustrie vom BIP-Wachstum in den USA, in die 87% der kanadischen Exporte gehen, profitierten.

Probleme bereitete die Tatsache, dass einige Flaggschiffe der Industrie wie beispielsweise Air Canada, Bombardier, Nortel sowie die Stahl- und Schnittholzindustrie in Schwierigkeiten steckten. Darüber hinaus bestanden ungelöste Handelskonflikte mit den USA über Schnittholz- und Fleischexporte. Bei Kanadas Investitionsbilanz liegen naturgemäß ebenfalls die USA an erster Stelle, wenn auch nicht so markant wie bei den Exporten.

Die Ende 2003 auf insgesamt 360 Milliarden kanadische Dollar (rund 230 Milliarden Euro) geschätzten passiven Investitionen (ausländische Investitionen in kanadische Firmen) stammten hauptsächlich aus folgenden Ländern: USA (64%), Frankreich (9%) und Großbritannien (8%). Auslandsinvestitionen kanadischer Firmen gingen hauptsächlich in folgende Länder:

USA (Rückgang von 46% im Jahr 2002 auf 41%), Großbritannien (10%), Barbados (6%), Irland (4,6%) und Frankreich (3%). 2004 dürfte sich letztere Zahl infolge der Milliarden-Übernahme des Aluminiumkonzerns Pechiney durch die kanadische Alcan mehr als verdoppelt haben.

7.3. Der transatlantische Dialog

Der transatlantische Dialog ist eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit zwischen EU und USA. Er basiert im Wesentlichen auf drei Grundlagen, der „Transatlantischen Deklaration“ von 1990, der „Neuen Transatlantischen Agenda“ und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“ von 1995. Das höchste Gremium ist das – zuletzt in Irland am 26. Juni – einmal jährlich stattfindende Gipfeltreffen. Zudem werden Ministertreffen zwischen EU und USA abgehalten, die von Treffen der „Senior Level Group“ (Hochrangige Gruppe) und „Task Force“ (Arbeitsgruppe) vorbereitet werden. Der transatlantische Dialog zwischen EU und USA ist der intensivste aller institutionalisierten Dialoge der EU mit Drittstaaten.

Das dominierende Thema in den transatlantischen Beziehungen war die Wiederherstellung intakter politischer Beziehungen in Folge der Irak-Krise. Mit dem erfolgreichen Gipfeltreffen in Irland am 26. Juni haben die EU und die USA einen wichtigen Schritt zur Beilegung der Differenzen getan und begonnen, sich wieder auf eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit bei der Bewältigung von globalen Herausforderungen wie der Situation im Irak, dem Nahen Osten, der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu konzentrieren. Die beim Gipfeltreffen verabschiedeten gemeinsamen Erklärungen legten die Basis für ein gemeinsames Vorgehen in einer Reihe von Bereichen wie beispielsweise beim Irak, Sudan, Nahen Osten und Mittelmeer, Terrorismus, Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Stärkung der wirtschaftlichen Partnerschaft sowie HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose fest. Darüber hinaus wurde ein Übereinkommen zur Zusammenarbeit des europäischen Satelliten-Navigationssystems Galileo mit dem amerikanischen Global Positioning System (GPS) unterzeichnet.

Die EU und die USA sind füreinander die jeweils wichtigsten Handels- und Investitionspartner. So erreichten die US-Investitionen allein in den Niederlanden fast das gleiche Niveau wie die US-Investitionen in ganz Asien. Die EU-Investitionen übertrafen wiederum allein in Texas die aggregierten US-Investitionen in China und Japan. Wie ein im Juli im Kongress abgehaltenes Hearing bestätigte, hat selbst das von einer Krise in den diplomatischen Beziehungen geprägte Jahr 2003 zweistellige Zuwachsraten bei den gegenseitigen Investitionen gebracht. Diese Tendenz setzte sich auch 2004 fort.

Die im Rahmen der „people to people links“ eingerichteten transatlantischen Dialoge, vor allem der für den Wirtschaftssektor bedeutende transat-

lantische Wirtschaftsdialog (TABD) und der transatlantische Verbraucherdialog (TACD), hielten nach ihrer Neustrukturierung Treffen ab und richteten Botschaften an den Gipfel EU-USA im Juni. Während der TABD besonders auf eine Vereinheitlichung der Normen drängte, regte der TACD an, auf dem Nahrungsmittel- und dem Chemiesektor im Interesse der Gesundheit das Vorsorgeprinzip gelten zu lassen und bei der Terrorismusbekämpfung den Datenschutz zu beachten. Aufgrund einer Empfehlung des TABD wurden intensive Konsultationen begonnen, um die wachsenden Unterschiede im Normenbereich zu verringern, die als Haupthindernisse im Handels- und Investitionsbereich identifiziert wurden. Eine weitere Initiative für konkrete Ergebnisse bei Gesprächen in Wirtschaftsfragen stellt der so genannte „Stakeholders Dialogue" dar („Stakeholder" sind Personen oder Organisationen, die ein Interesse an EU-Rechtsvorschriften und politischen Beschlüssen haben oder davon betroffen sind). Die Europäische Kommission und die US-Regierung erwarten sich davon neue Anregungen für den Abbau von Handelshemmnissen.

Trotz der nicht selten in der Öffentlichkeit ausgetragenen Handelsstreitigkeiten zwischen der EU und den USA werden 98% des transatlantischen Handels friktionsfrei abgewickelt. Im Fall der nicht WTO-konformen Steuerbegünstigungen für US-Exportfirmen (Foreign Sales Corporations) hat die EU die bewilligten Strafzölle gegen US-Exporte eingeführt und monatlich erhöht. Dadurch wurden die USA zur längst fälligen Umsetzung des Schiedsspruchs durch eine Gesetzesänderung bewogen, sodass der Fall als beigelegt gelten kann. Ein weiterer im Streitwert nur unwesentlich geringerer Streitfall über die Subventionen für Flugzeughersteller (Boeing und Airbus) drohte auszubrechen, als die USA ein Abkommen aus 1992 über die gegenseitige Begrenzung der Subventionen kündigten und Konsultationen im Rahmen der WTO verlangten. Sie haben jedoch auf die formelle Einleitung eines Schiedsverfahrens im letzten Moment verzichtet. Somit sind derzeit keine größeren Streitfälle anhängig.

Es wurden ein Abkommen über das von der EU entwickelte Satelliteninformationssystem Galileo und ein im Zuge der Terrorismusbekämpfung wichtiges Abkommen über die Weitergabe von Fluggastdatensätzen (PNR-Abkommen) abgeschlossen. Allerdings hat das EP das PNR-Abkommen dem EuGH zur Überprüfung auf die Vereinbarkeit mit EU-Datenschutzbestimmungen unterbreitet. Auch die Anpassung der Abkommen der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten mit den USA an das Gemeinschaftsrecht der EU machte gute Fortschritte. Weniger erfolgreich waren die Verhandlungen über ein Weinabkommen und über ein für die gesamte EU verbindliches Luftverkehrs-(Open Skies)-Abkommen. Im Rahmen der laufend fortgeschriebenen „Positive Economic Agenda" wurden bei der Zusammenarbeit in den Sektoren Finanzdienstleistungen und Harmonisierungen bzw. gegenseitige Anerkennung regulativer Systeme sowie bei der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Wasserstoffenergiegewinnung wesentli-

che Fortschritte erzielt. Das gute Arbeitsklima zwischen den für Handelsfragen Hauptverantwortlichen auf beiden Seiten trug auch zur Wiederbelebung der WTO-Verhandlungsrunde nach dem wenig erfolgreichen Gipfel in Cancún (Mexiko) bei.

Mit Kanada werden Wirtschaftsfragen auf Gipfeltreffen sowie im einmal jährlich zusammentretenden Joint Cooperation Committee (Gemischter Kooperationsausschuss) und Trade and Investment-Sub-Committee (Unterausschuss Handel und Investition) besprochen. Auch hier liefert ein von den Unternehmen beider Seiten beschicktes Gremium, der Canada Europe Round Table, wichtige Anregungen. In den Erklärungen beim Gipfel von Ottawa vom März wurden nicht nur bilaterale Wirtschaftsprobleme behandelt, Kanada ist auch sehr an der Zusammenarbeit in internationalen Wirtschaftsorganisationen interessiert. Schließlich wurden von beiden Seiten auch die internen Vorbereitungen für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Handels- und Investitionsförderungsabkommen fortgesetzt. Der Europäische Rat im Dezember erteilte der Europäischen Kommission das formelle Verhandlungsmandat.

7.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

Das Abkommen über die Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Seine Besonderheit liegt in der Verbindung von zwei der reichsten Industriestaaten mit einem Schwellenland des Südens. Im Vergleich zu den USA ist Mexikos BIP zwanzigmal und sein Pro-Kopf-Einkommen sieben Mal geringer. Das kombinierte BIP der Vertragsparteien erreichte 2003 11,4 Billionen US-Dollar und liegt damit deutlich über dem der Gemeinschaft, welches selbst nach erfolgter Erweiterung derzeit mit 8,3 Billionen US-Dollar zu veranschlagen wäre. Gerade die ausgeprägten komparativen Kostenunterschiede stimulierten ein dynamisches Wachstum des intra-regionalen Handels. Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Folge hat sich der Handel zwischen den drei NAFTA-Staaten mehr als verdoppelt und stieg von 306 Milliarden US-Dollar im Jahre 1993 auf 621 Milliarden US-Dollar im Jahre 2002 an. Dies entspricht einem Handelsvolumen von 1,2 Millionen US-Dollar pro Minute. Die mexikanischen Exporte in die USA nahmen mit 136 Milliarden US-Dollar um 234%, nach Kanada mit rund 9 Milliarden US-Dollar um 203% zu. Das Handelsvolumen USA-Mexiko hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht. Die US-Exporte nach Mexiko stiegen um 118%, von 50,8 Milliarden US-Dollar auf 110,8 Milliarden US-Dollar.

Trotz dieser beeindruckenden Daten ist NAFTA vor allem wegen des außerordentlich hohen Handelsbilanzdefizits in den USA nach wie vor Gegenstand heftiger innenpolitischer Kontroversen. NGOs kritisieren die weitere Umsetzung des Abkommens, da sie „Lohn- und Umweltdumping“ befürchten. In Kanada und Mexiko wird das Abkommen jedoch be-

sonders im Hinblick darauf, dass es zu einem hohen Anstieg des bilateralen Handelsvolumens geführt hat, äußerst positiv eingeschätzt. Das Abkommen hat auf dem Gebiet des Investitionsschutzes neue Wege beschritten, die mittlerweile zu einer internationalen Diskussion über die Formulierung bilateraler Abkommen auf diesem Gebiet geführt hat. Trotz Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Bestimmungen des NAFTA-Abkommens schritt der Integrationsprozess insgesamt planmäßig voran.

8. Lateinamerika und Karibik

8.1. Politische Entwicklungen

Obwohl einige Staaten der Andenregion immer wieder politische Krisen zu überwinden hatten und oftmals die demokratischen Institutionen harten Belastungsproben ausgesetzt waren, wurden Lösungen gesucht und Wege beschritten, die zu Optimismus für die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Anlass geben. Besondere Führungsstärke für die Vertretung regionaler Anliegen, auch im internationalen Kontext, konnten Brasilien als nichtständiges Mitglied des VN-SR und Mexiko als Gastgeber wichtiger internationaler Begegnungen wie zum Beispiel des Dritten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik (EU-LAC) zeigen. Die Stärkung der Zusammenarbeit der EU zur Region Lateinamerika und Karibik und die wachsende Bedeutung des Gipfelprozesses EU-LAC ist für die österreichische Außenpolitik nicht nur als wesentliche Ergänzung zu den bestehenden bilateralen Beziehungen, sondern auch im Hinblick auf die Gastgeberrolle Österreichs für das vierte Gipfeltreffen der EU und Lateinamerika/Karibik vom 11.–13. Mai 2006 relevant.

Im innenpolitischen Bereich setzte in **Brasilien** die Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ihre Bemühungen fort, mit einer verantwortungsbewussten Schulden-, Währungs- und Budgetpolitik die Basis für soziale und wirtschaftliche Reformen zu schaffen. Die positive Wirtschaftsentwicklung der letzten Zeit läßt Brasilien optimistisch in die Zukunft blicken. Wichtigstes sozialpolitisches Ziel der Regierung ist das Programm „Fome Zero“ („Null Hunger“) zur Beseitigung des Hungers im gesamten Land und Sicherung elementarer Grundbedürfnisse. Die Gemeinderatswahlen im Oktober brachten für die Regierungskoalition Gewinne in den ländlichen Bereichen, während die Opposition in den mittleren und größeren Städten als Sieger hervorging. In der brasilianischen Außenpolitik wurden als prioritäre Ziele Bemühungen um einen ständigen Sitz im VN-SR im Zuge einer künftigen VN-Reform, die Vertiefung und Erweiterung des MERCOSUR, der Ausbau der Beziehungen zur EU, die Diversifizierung der Handelsbeziehungen sowie die Behandlung des Konzepts von „Fome Zero“ auf internationaler Ebene verfolgt.

In **Argentinien** hielt Präsident Néstor Kirchner an seinem Ziel weiter fest, einen schrittweisen Wandel im Wege einer kulturellen und moralischen

Erneuerung der gesamten Gesellschaft durchzuführen. Leitlinien der Regierungspolitik sind unter anderem die Stärkung der Rolle des Staates und eine betont soziale Akzentsetzung. Nach Überwindung der fünfjährigen Rezession und schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Geschichte Argentiniens hat sich der langsame Erholungsprozess im Laufe des Jahres weiter gefestigt und gibt Anlass zu einer optimistischen Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung. Eine Einigung mit den ausländischen Privatgläubigern konnte 2004 jedoch nicht erreicht werden. Diese wäre als eine der Bedingungen des Stand-By-Abkommens mit dem IWF von September 2003 nötig, um eine möglichst hohe Akzeptanz der argentinischen Umschuldungsofferte zu erreichen.

Mit einem Wachsstum von geschätzten 5% bei lediglich über 1% Inflation hat sich die Wirtschaft **Chiles** als stabilste Volkswirtschaft der Region erwiesen. Im Hinblick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 14. Dezember 2005 entließ Präsident Ricardo Lagos am 30. September sowohl Verteidigungsministerin Michelle Bachelet als auch Außenministerin Soledad Alvear, da die beiden populären Politikerinnen eine Präsidentschaftskandidatur anstreben.

In **Peru** konnten die bemerkenswerten Fortschritte der Regierung auf makroökonomischer Ebene mit durchgehend stabilen Wachstumszahlen die Unzufriedenheit der Bevölkerung im sozialen Bereich nicht wettmachen. Obwohl die Armutsbekämpfung weiterhin oberstes Ziel blieb, wurde die Regierung starken Belastungsproben ausgesetzt.

In **Kolumbien** konnte die allgemeine Sicherheitssituation im Land durch die Politik der „Demokratischen Sicherheit“ weiter verbessert werden. Die Frage der Möglichkeit einer Wiederwahl des mit 80% Zustimmungsrate bei der Bevölkerung überaus populären Präsidenten Álvaro Uribe stellte einen Schwerpunkt der innenpolitischen Debatte dar. Die Friedensbemühungen mit den bewaffneten Gruppen konzentrierten sich in Richtung eines Friedensprozesses mit den Paramilitärs „Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ (AUC). Mitte Mai vereinbarte die kolumbianische Regierung mit einem Großteil der Paramilitärs die Schaffung einer festgelegten Zone („zona de ubicación“) von 368 km² im Nordwesten des Landes, in der sich die Vertreter der Paramilitärs samt ihrem Begleitschutz frei bewegen können. Anfang Juli wurden in dieser Zone die Verhandlungen mit Regierungsvertretern aufgenommen. Die internationale Gemeinschaft hat Vorbehalte gegenüber diesem Prozess, für den kein rechtlicher Rahmen in Kraft gesetzt wurde. Im Friedensprozess mit den Guerilla-Gruppen „Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens“ (FARC) und „Heer zur Nationalen Befreiung“ (ELN) gab es kaum Bewegung. Die EU war weiterhin bemüht, Kolumbien zur Erreichung des Ziels von Frieden und Konsolidierung zu unterstützen und hat entsprechende Optionen für eine mögliche gemeinsame Politik für die Zukunft entworfen.

In **Venezuela** wurde Präsident Hugo Chávez durch ein Referendum am 15. August bis Ende 2006 in seinem Amt bestätigt. Die Opposition vermutete Wahlschwindel, doch wurde seitens der Wahlbeobachter von OAS und Carter-Zentrum das Resultat anerkannt. Die EU hatte eine Wahlbeobachtung zu den Bedingungen der Regierung abgelehnt. Am 31. Oktober fanden Regionalwahlen statt, bei denen die Regierung ihre Position deutlich ausbauen konnte, sodass nunmehr 270 von 335 Stadtverwaltungen von AnhängerInnen von Präsident Chávez geleitet werden.

Die Beziehungen zwischen **Kuba** und der EU sind weiter abgekühlt, nachdem die Regierung sukzessive die persönlichen diplomatischen Kontakte mit jenen EU-Vertretungen in Havanna unterbunden hat, die kubanischen DissidentInnen eine erhöhte Visibilität durch ihre Einbeziehung bei Nationalfeiertagsempfängen ermöglicht haben. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 14 DissidentInnen aus gesundheitlichen Gründen vorerst bedingt aus der Haft entlassen. Der Gemeinsame Standpunkt der EU zu Kuba vom 2. Dezember 1996, dessen Ziel es ist, den Übergang zu Demokratie und Pluralismus, einschließlich der vollen Achtung der Menschenrechte im Rahmen des politischen Dialogs zu fördern, wurde erneuert.

In **Mexiko** waren nach mehr als vier Jahren Amtsperiode der Regierung von Vicente Fox Quesada eine gewisse Enttäuschung über nicht umgesetzte Versprechungen und im Kongress steckengebliebene Reformvorhaben zu beobachten. Im Kongress verfügt die den Präsidenten unterstützende Partei der Nationalen Aktion (PAN) als lediglich zweitstärkste Kraft über keine Mehrheit. Die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) ist nach wie vor die stärkste Partei in beiden Kammern des Parlaments sowie in der Mehrheit der Bundesstaaten. Mexikos Wirtschaft befindet sich in einer Phase zunehmenden Wachstums mit geschätzten 3,5–4%, wozu jedoch kein signifikanter Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen war. Außenpolitisch betrieb die Regierung ein stärkeres multilaterales Engagement und setzte weiterhin auf eine Politik der kommerziellen Öffnung. Die Vorstellung Mexikos, ein aktiver Partner in einer globalisierten Welt zu sein, fand auch in der Rolle als Gastgeber wichtiger internationaler Begegnungen seinen Ausdruck. Der Sondergipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Monterrey und das Dritte Gipfeltreffen EU-LAC in Guadalajara waren Ausdruck des Willens, die Beziehungen zur EU sowohl politisch als auch außenwirtschaftlich zu vertiefen.

In **Guatemala** übernahm Präsident Oscar Berger im Jänner von der Vorgänger-Regierung eine Verwaltung, die durch zahlreiche Probleme gekennzeichnet war. Obwohl Fortschritte in der Umsetzung der Friedensverträge verzeichnet werden konnten, blieb die vollständige Erfüllung weiterhin aus. Die Verifizierungskommission der VN in Guatemala (MINUGUA) beendete 2004 ihre Tätigkeit und soll durch ein Büro des Menschenrechts-Hochkommissariats der VN ersetzt werden.

In **Nicaragua** sah sich Präsident Enrique Bolaños im Oktober mit Bestrebungen von politischen Gegnern und der Opposition für seine Absetzung sowie mit Vorschlägen für Verfassungsreformen konfrontiert, die eine Schwächung der demokratischen Institutionen befürchten lassen könnten. Die EU gab am 1. November eine Erklärung über die politische Situation in Nicaragua ab, in der Unterstützung für das Regierungsprogramm von Präsident Bolaños ausgedrückt wurde.

8.2. Regionale Integrationsforen

Die wichtigsten Ergebnisse der ordentlichen Generalversammlung der **Organisation Amerikanischer Staaten (OAS),** die in Quito (Ecuador) vom 6.–8. Juni stattfand, waren die Verabschiedung der Erklärung von Quito zum Thema Korruptionsbekämpfung, die Einigung auf Ausarbeitung einer Sozial-Charter und die Verabschiedung einer Resolution zur Lage in Haiti. In der „Declaration of Quito On Social Development And Democracy And The Impact of Corruption“ (Erklärung von Quito über Soziale Entwicklung und Demokratie gegenüber den Einflüssen von Korruption) wird zur Bekämpfung der Korruption, einem der Haupthindernisse für soziale Kohäsion, Vertrauen in die Demokratie und Entwicklung in der Hemisphäre aufgerufen. In der Resolution zu Haiti wird die Herstellung der Rahmenbedingungen für die Abhaltung von Wahlen und von Initiativen zur Wiederherstellung der Demokratie im Land als prioritäres Ziel genannt. Die Übergangsregierung soll dafür von der OAS-Mission in Haiti unterstützt werden. Besonders nützlich war ein Zusammentreffen der Ständigen OAS-Beobachterstaaten mit den DelegationsleiterInnen der OAS-Mitgliedstaaten vor der offiziellen Eröffnung der ordentlichen Generalversammlung, bei dem die Beiträge der Beobachterstaaten als eine wichtige Quelle zur Förderung der Entwicklung in Lateinamerika bezeichnet wurden.

Die **Rio-Gruppe** (zwölf lateinamerikanische Staaten, fünf zentralmerikanische Staaten, Karibik, vertreten durch die Präsidentschaft der CARICOM) hielt ihr 18. Gipfeltreffen am 4. und 5. November in Rio de Janeiro unter dem Vorsitz von Brasilien ab. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Themen wie die Frage der Reform der VN, effektiver Multilateralismus, Haiti, die soziale Entwicklung der Region sowie die Vertiefung der Beziehungen in Lateinamerika. Konkrete operative Schlussfolgerungen erschienen aus der Gipfelerklärung allerdings nicht ableitbar.

Das 26. Gipfeltreffen der **MERCOSUR-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) fand unter argentinischem Vorsitz in Puerto Iguazú (Argentinien) am 8. Juli und das 27. Gipfeltreffen unter brasilianischem Vorsitz in Ouro Preto (Brasilien) vom 15. bis 17. Dezember statt. Schwerpunkt der Arbeit im ersten Halbjahr stellten die Vorbereitungen für ein Freihandelsabkommen mit der Andengemeinschaft dar, das in der Folge am 18. Oktober unterzeichnet wurde, Initiativen zur Vertiefung der Außenbe-

ziehungen mit Mexiko, Indien, China und der Republik Korea sowie die Vorbereitung der Inauguration des Ständigen Gerichtshofs zur Beilegung von Streitigkeiten mit Sitz in Asunción am 15. August. Wichtigste Ergebnisse des 27. Treffens waren die Aufnahme Kolumbiens, Ecuadors und Venezuelas als Assoziierte Mitgliedstaaten neben Chile und Bolivien, der Abschluss eines Übereinkommens über die Verrechnung des Außenzolls, die Schaffung eines Strukturfonds, Handelsübereinkommen mit Indien und mit der Südafrikanischen Wirtschaftsunion sowie die Schaffung einer Kommission zur Errichtung eines MERCOSUR-Parlaments.

Die **Andengemeinschaft (CAN),** die Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela umfasst, hielt in Quito (Ecuador) am 12. Juli ihr 15. Gipfeltreffen auf Präsidentenebene ab. Die wichtigsten Ergebnisse waren die Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Friedenszone, die Zusage über eine Beschlussfassung über den gemeinsamen Außenzoll im Jahr 2005, die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die Prävention von Naturkatastrophen, die Vertiefung der Beziehungen mit den übrigen lateinamerikanischen Staaten im Hinblick auf eine verstärkte regionale Integration und das Bekenntnis, als subregionale Einheit Wirtschaftsverhandlungen insbesondere mit der EU führen zu wollen.

Das **XIV. Iberoamerikanische Gipfeltreffen,** das in San José (Costa Rica) am 19. und 20. November stattfand, war dem Generalthema „Bildung für den Fortschritt“ gewidmet. Ziel der Debatte war die Erarbeitung von Lösungsansätzen um Bildung als Mittel zur Armutsbekämpfung und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung einsetzen zu können.

Eine neue Initiative stellte die Gründung der **„Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“** anlässlich eines Gipfeltreffens in Cusco und Ayacucho (Peru) am 8. und 9. Dezember dar, an der neben den MERCOSUR-Staaten und den Mitgliedern der Andengemeinschaft auch Chile, Guyana und Suriname teilnahmen. Durch die Errichtung dieser Gruppe, deren Arbeit auf den Erfahrungen von Andengemeinschaft und MERCOSUR aufbauen soll, werden insbesondere Impulse für die regionale Integration Südamerikas erwartet.

Die Staats- und Regierungschefs der **Karibischen Gemeinschaft (CARICOM)** befassten sich bei ihrer 10. Konferenz in Port of Spain (Trinidad und Tobago) am 8. und 9. November eingehend mit praktischen Maßnahmen zur rascheren Erzielung eines gemeinsamen Markts und eines gemeinsamen karibischen Wirtschaftsraums. Die Ziele des gemeinsamen karibischen Wirtschaftsraums (freier Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen) sollen bis Dezember 2005 verwirklicht werden. Das Treffen stand weiters unter dem Eindruck der verheerenden Folgen der Wirbelstürme dieses Jahres, die vor allem in Grenada und Haiti kaum wieder gutzumachende Schäden hinterlassen haben. Der Karibische Gerichtshof, der als oberste

Berufungsinstanz den Privy Council in London ablösen soll, konnte bisher nicht wie vorgesehen seine Tätigkeit in Port of Spain aufnehmen.

8.3. Beziehungen mit der EU

Die Beziehungen der **EU zu Lateinamerika und der Karibik** werden auf biregionaler Ebene in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit der Rio-Gruppe gestaltet. Weiters werden regelmäßig spezialisierte Treffen mit dem MERCOSUR, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, Mexiko und Chile durchgeführt.

Der **Gipfelprozess der EU mit Lateinamerika und der Karibik (EU-LAC),** der im Juni 1999 in Rio de Janeiro seinen Anfang nahm und durch zwei weitere Gipfeltreffen in Madrid im Mai 2002 und in Guadalajara (Mexiko) im Mai 2004 fortgesetzt wurde, gibt als bedeutendstes Dialogforum die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Beim Dritten Gipfeltreffen EU-LAC in Guadalajara (Mexiko) am 28. Mai wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit der beiden Regionen bekräftigt. Die **Erklärung von Guadalajara** unterstrich den prioritären Wunsch aller 58 Teilnehmerstaaten, die Beziehungen zwischen den Regionen weiter auszubauen und zu stärken und umfasste in 104 Punkten ein sehr breites Spektrum von Themen und gemeinsamen Anliegen. „Multilateralismus“ und „Soziale Kohäsion“ stellten die Schwerpunktthemen der Debatte der Staats- und Regierungschefs dar und wurden daher auch in der Erklärung entsprechend ausführlich behandelt. Die Bedeutung von besserer Abstimmung und Koordination in multilateralen Gremien in wichtigen weltpolitischen Fragen wurde hervorgehoben, die Frage wie dieses Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden soll, wird noch zu beantworten sein. Das Vorhaben von verstärkter Zusammenarbeit im Bereich „Soziale Kohäsion“ wurde durch die Einrichtung des Programms der Europäischen Kommission „EUROsocial“ und durch unterstützende Initiativen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), dem Entwicklungsprogramm der VN (UNDP), der Wirtschaftskommission der VN für Lateinamerika und Karibik (ECLAC), dem IWF, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Weltbank unterstrichen. Im wirtschaftlichen Bereich wurden die Fortschritte in den Verhandlungen EU-MERCOSUR begrüßt, jedoch wurde das Ziel nicht erreicht, die Verhandlungen für das Assoziationsabkommen EU-MERCOSUR bis zum Ende der Amtszeit der Europäischen Kommission unter der Leitung von Romano Prodi abzuschließen. In der von den LAC-Partnern mit großem Nachdruck vertretenen Frage der Aufnahme von Verhandlungen für Assoziationsabkommen der EU mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika wurde als weiterer Schritt eine gemeinsame Evaluierung des jeweiligen Stands der regionalen Integration vorgesehen, die eine Voraussetzung für eine zügige Abwicklung der Verhandlungen darstellt. Auf Einladung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-

Waldner wurde mit Art 103 die Abhaltung des **Vierten Gipfels EU-LAC** in Wien am 12. und 13. Mai 2006 beschlossen.

Die Verhandlungen zwischen **EU** und **MERCOSUR** über ein **Assoziationsabkommen** werden seit 24. November 1999 geführt. Den Kern des in seiner Art einzigartigen inter-regionalen Abkommensentwurfs bildet die Freihandelsregelung. Nachdem die Verhandlungen über die Kapitel „Politischer Dialog“ und „Zusammenarbeit“ in der siebenten Runde abgeschlossen werden konnten, konzentrierten sich die Gespräche seither auf handelsrelevante Bereiche, ohne dass in den acht weiteren Runden ein Durchbruch in wesentlichen Fragen wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, Ursprungsregeln, öffentliches Ausschreibungswesen und Investitionen erzielt werden konnte. Im April kam es zum Austausch verbesserter Angebote im Dienstleistungsbereich, im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, der Investitionen und Güter, einschließlich der Landwirtschaft. Die für September in Brüssel geplante 16. Verhandlungsrunde wurde aber seitens MERCOSUR abgesagt, nachdem diese keinen Sinn in einer weiteren technischen Verhandlungsrunde sah. Bei einem Ministertreffen in Lissabon im Oktober konnte ebenfalls keine Einigung für einen Verhandlungsabschluss erreicht werden, weshalb die Angebote von MERCOSUR und EU vom September am 31. Oktober ungültig wurden. Die Verhandlungen standen auch in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den parallel abgehaltenen Verhandlungen über die Errichtung einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA), die allerdings nicht wie ursprünglich geplant 2005 abgeschlossen werden können. Schließlich ist das Spannungsverhältnis zu den WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) nicht zu übersehen.

Das **Assoziationsabkommen der EU mit Chile** wurde im November 2002 in Brüssel unterzeichnet und per 31. Dezember 2002 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Abl) verlautbart. Für das völkerrechtliche Inkrafttreten fehlte Ende 2004 noch die Ratifikation durch einen EU-Mitgliedstaat. Ein Gutteil des Abkommens wurde jedoch bereits seit 1. Februar 2003 provisorisch angewandt. Das Abkommen ist als das gegenwärtig umfassendste und intensivste Abkommen der Union und ihrer Mitglieder mit einem Drittstaat anzusehen. Kernbestandteil ist die Errichtung einer Freihandelszone EU-Chile innerhalb von zehn Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens. Gleichzeitig umfaßt es die progressive Liberalisierung von Handel und Dienstleistungen, den politischen und kulturellen Dialog sowie praktisch alle Bereiche der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit (so genanntes „Abkommen der vierten Generation“).

9. Afrika südlich der Sahara

9.1. Allgemeine Entwicklungen

Die für Afrika im Jahr 2004 bedeutendste Entwicklung war der Aufbau seiner Institutionen. Erstmals hatte die Afrikanische Union (AU) jene Legiti-

mität, die sie braucht, um die ihr zugedachte kontinent-überspannende Rolle zu spielen und sich damit von ihrer Vorgängerin, der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), abzuheben. Insbesondere im Bereich der Konfliktlösung und der Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse hatte die AU Strukturen aufgebaut, die ihren Führungsanspruch in diesem Bereich nun glaubhaft machen. Auf wirtschaftlichem Gebiet begann die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), die von ihr skizzierten Instrumente, wie etwa die der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nachgebaute „peer review" (gegenseitige Begutachtung), anzuwenden und damit auf Bereiche wie Regierungsführung, Rechtssicherheit und Korruption einzuwirken. Aber auch die Regionalorganisationen wie die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD) und Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) brachten ihre Konsolidierungs- und Integrationsprozesse voran und konnten damit bei der so wichtigen regionalen Umsetzung der AU-Initiativen mitwirken. In allen großen Krisen und noch ungelösten Konflikten des Kontinents wie in Darfur (Sudan), Côte d'Ivoire und weiterhin in der Demokratischen Republik Kongo agierten die AU und Regionalorganisationen und wurden von der EU unterstützt. Die EU strebte schon seit Jahren eine „Afrikanisierung" der Konfliktbewältigung in Afrika an, wobei die neue europäische friedensunterstützende Fazilität für Afrika zum Tragen kam. Erfolge gab es bei den Friedensverhandlungen im Südsudan und mit den somalischen Streitparteien. Auch die Fortdauer friedlicher Entwicklungen in früheren Krisengebieten, wie Angola und Burundi, und die Abhaltung von Wahlen in vielen Ländern können als Hinweis auf eine, wenn auch langsame, politische Fortentwicklung in Afrika gesehen werden.

Für die EU blieb Afrika einer der wichtigsten außenpolitischen Bezugspunkte außerhalb Europas, was in Instrumenten wie dem Euro-Afrikanischen Dialog oder dem Cotonou-Abkommen zum Ausdruck kam. Auch die internationale Gemeinschaft, wie VN, Weltbank, G-8 und neuestens auch China und Südostasien waren in Afrika zunehmend aktiv. Eine vom britischen Premier Tony Blair gegründete „Commission for Africa" sollte neue Finanzierungsvorschläge ausarbeiten. Österreich war besonders über die Entwicklungszusammenarbeit mit sechs Schwerpunktländern und sechs weiteren Kooperationsländern mit Afrika verbunden.

9.2. Regionale Integrationsforen

9.2.1. Afrikanische Union (AU)

Auf ihrem Gipfel in Addis Abeba (Äthiopien) vom 6.–8. Juli nahm die AU ein visionäres Papier der AU-Kommission über die Entwicklung der Organisation bis 2030 an, verwies jedoch die Entscheidung über die prioritäre Reihung der zu verwirklichenden Programme und die Frage der Finanzie-

rung an einen außerordentlichen Exekutivrat der AU-Außenminister im Dezember. Die personelle Besetzung der seit 15. September 2003 im Amt befindlichen Kommission ist noch nicht abgeschlossen. Der Sitz des Afrikanischen Parlaments ist seit Juli in Südafrika. Der „Friedens- und Sicherheitsrat“ für Afrika, ein Hilfsorgan der Kommission für Frieden und Sicherheit, ist seit Februar aktiv. Die Lage in Darfur führte zur Entsendung einer militärischen Beobachtermission der AU (AMIS), die im Herbst durch die weit umfassendere AMIS II ersetzt wurde. Die Vorbilder der AU und ihrer Strukturen sind unverkennbar die EU, aber auch die OSZE und der VN-SR. Das Programm der neuen AU ist ambitioniert und stellt eine eindeutige Abkehr von der bisherigen OAU dar, was insbesondere mit der Neuinterpretation der bis zur Gründung der AU verteidigten nationalen Souveränität zum Ausdruck gebracht wurde. Fragen wie Menschenrechte, gute Regierungsführung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht mehr ausschließliche Angelegenheit eines Mitgliedsstaats.

9.2.2. Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)

Das wichtigste Ereignis des Jahres stellte in der EAC das Inkrafttreten der Zollunion mit der kenianischen Ratifikation des Abkommens am 14. Dezember dar. Tansania und Uganda hatten schon früher ratifiziert.

9.2.3. Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS)

Die ECOWAS verfolgt nachstehende Ziele: wirtschaftliche und politische Integration Westafrikas; Steigerung der Zusammenarbeit mit UNO, EU, USA, Kanada, Russland, Japan, Indien und China; Förderung von Demokratie und Wahlkorrektheit; gute Regierungsführung; Bekämpfung von Armut und Verelendung sowie Erhaltung, Unterstützung und Gewährleistung von Frieden, Sicherheit, Stabilität in der Region durch geeignete Maßnahmen zur Herbeiführung der inneren und äußeren Sicherheit. Die Krisengebiete Côte d’Ivoire, Liberia, Guinea-Bissau und Sierra Leone standen dabei im Mittelpunkt des Interesses. Insbesondere die Grundsatzeinigung betreffend eine 6.500 Soldaten zählende schnelle Eingreiftruppe zur Krisenbekämpfung zeugte vom starken Willen (West-)Afrikas zu Integration, Reform und internationaler Zusammenarbeit.

9.2.4. Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)

In Port Louis (Mauritius) fand vom 16.–17. August ein SADC-Gipfel statt, bei dem Mauritius den SADC-Vorsitz für ein Jahr übernahm. Richtlinien über demokratische und freie Wahlen wurden angenommen, die bei den Wahlen in Botsuana, Namibia und Mosambik Anwendung fanden.

9.2.5. Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD)

Das Jahr 2004 war für die IGAD das bisher erfolgreichste, sie konnte sich im Bereich der Konfliktlösung durch die Bemühungen um eine **Lösung für Somalia und den Sudan** weiter profilieren. Bei der Friedenskonferenz für Somalia in Mbaghati/Nairobi (Kenia) wurde am 10. Oktober die Wahl zum ersten Präsidenten der föderalen Übergangsregierung (Abdullahi Yussuf) abgehalten. Auch für die Konferenz von Machakos (Kenia) für den Süden des Sudans war für Jahresende die Unterzeichnung eines Friedensvertrags vorgesehen.

9.3. Entwicklungen in den Regionen

9.3.1. Das Horn von Afrika

Der seit September 2003 bestehende Stillstand des mit dem Friedensabkommen von Algier (Dezember 2000) eingeleiteten **Friedensprozesses zwischen Äthiopien und Eritrea** dauerte an. Am 26. November verkündete Äthiopien einen Fünf-Punkte-Friedensplan gemäß dem es sich bereit erklärte, die Beitragsrückstände an die Grenzkommission einzuzahlen und den längst ausständigen Verbindungsoffizier zur Demarkierung der Grenze zu ernennen. Die Grenzentscheidung wurde im Prinzip anerkannt, bilaterale Verhandlungen mit Eritrea sollen jedoch zu einer Einigung über den genauen Verlauf der Grenze führen. Lloyd Axworthy, ehemaliger Außenminister von Kanada, wurde im Feburar vom VN-GS zum Sondergesandten für die Aufnahme eines Dialogs zwischen Äthiopien und Eritrea ernannt. Die Einhaltung des Waffenstillstands wurde von der Mission der VN in Äthiopien und Eritrea **(UNMEE)** überwacht.

Die seit 15. Oktober 2002 in Kenia laufende großangelegte nationale Versöhnungskonferenz für **Somalia** kam am 10. Oktober mit der Wahl von Abdullahi Yussuf zum Präsidenten zu einem positiven Abschluss. Zuvor wurde ein Parlament gewählt und der Premierminister ernannt. Bis Jahresende wurde eine föderale Übergangsregierung gebildet, deren Sitz jedoch nach wie vor in Nairobi lag. Die Friedenskonferenz fand unter den Auspizien der IGAD statt und wurde von der EU entscheidend mitfinanziert.

Der Friedensprozess zur Beendigung des jahrzehntelangen Bürgerkriegs im Süden des **Sudan** brachte wesentliche Erfolge: Im Mai kam es in Naivasha (Kenia) zu einem Übereinkommen zwischen Regierung und der Rebellengruppe „Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/-armee“ (SPLM/A) über die politische Machtaufteilung. Anlässlich der Sondersitzung des VN-SR zur Lage im Sudan verpflichteten sich die Konfliktparteien zum Abschluss der Verhandlungen bis zum Ende des Jahres. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage in der westlichen, an den Tschad grenzenden Provinz **Darfur** dramatisch. Die Gewalttätigkeiten zwischen Regierungstruppen, regierungsnahen Milizen und Rebellengruppen „Befreiungsbewegung/-armee Sudans“ (SLM/A) und „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM)

nahmen trotz Waffenruhevereinbarungen sowie massivem internationalen Druck zu und führten zu mehr als zwei Millionen Binnenvertriebenen und Flüchtlingen.

9.3.2. Das südliche Afrika

Bei den Wahlen in **Südafrika** im April gewann der Afrikanische Nationalkongress (ANC). Am 27. April beging Südafrika in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Staats- und Regierungschefs die Zehn-Jahres-Feierlichkeiten des Neuen Südafrika. Präsident Thabo Mbeki wurde zu seiner zweiten Amtsperiode angelobt. Im August 2004 fand die Ministerielle Konferenz der Blockfreien Bewegung (NAM) statt. Präsident Mbeki engagierte sich bei den Friedensbemühungen in der Region der Großen Seen. Südafrika setzte sich für eine Reform der VN ein (Reform des SR, der VN-GV und des ECOSOC) und strebt einen ständigen Sitz im SR an.

In **Botsuana** wurde Festus Mogae als Präsident bestätigt, der seit 1998 an der Macht war. Die in **Mosambik** am 1. und 2. Dezember abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fanden in freier und transparenter Weise statt und stellten einen weiteren Schritt in der Konsolidierung der Demokratie dar. Der Kandidat der Regierungspartei „Befreiungsfront von Mosambik“ (FRELIMO), Armando Guebuza, wurde zum Nachfolger von Staatspräsident Joaquim Chissano gewählt. Der von Präsident Sam Nujoma ausgesuchte Kandidat, Hifikepunye Pohamba, hatte in **Namibia** die am 15. und 16. November abgehaltenen Präsidentschaftswahlen gewonnen. Das Kräfteverhältnis zwischen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und der Opposition blieb unverändert.

Die Hoffnungen auf Aufnahme eines formellen Dialogs zwischen Regierung und der Oppositionspartei „Bewegung für Demokratischen Wandel“ (MDC) zur Lösung der innenpolitischen Krise in **Simbabwe** erfüllten sich nicht. Die radikale Landreform wurde zum Teil unter Nichtrespektierung bestehender bilateraler Investitionsschutzabkommen und unter Einsatz von Gewalt fortgesetzt. Prioritäres Ziel der Regierung war es, die seit März 2002 international beschädigte „Legitimität und Reputation“ Simbabwes durch einen auf „faire und transparente Weise“ errungenen Wahlerfolg bei den für März 2005 geplanten Wahlen zurückzugewinnen. Die von der EU verhängten restriktiven Maßnahmen wie Einreisebeschränkungen und Einfrieren von Vermögen wurden am 18. Februar für ein weiteres Jahr verlängert.

Vom 3.–7. Mai fand in Gaborone (Botsuana) neben dem Rat der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Rat) der **79. Gemeinsame AKP/EU-Rat** statt. Dabei wurde das neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen erörtert, durch das die AKP-Staaten im Einklang mit den Vorschriften der WTO in die Weltwirtschaft integriert werden sollen. Die EU forderte den Beitritt weiterer Staaten zum Römer Statut und schlug

einen Verweis auf den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) sowie ein gemeinsames Bekenntnis hiezu für das Cotonou-Abkommen vor.

9.3.3. Region der Großen Seen

Die Region der Großen Seen war Schauplatz starker Spannungen zwischen den wesentlichen Protagonisten der Kongo-Kriege des letzten Jahrzehnts: Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Uganda, und Burundi. Die Region verzeichnete den ersten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Große-Seen-Konferenz in Dar es Salaam vom 18.–20. November. Die Themen waren Frieden und Sicherheit, Demokratie und gute Regierungsführung, wirtschaftliche Entwicklung und Integration sowie humanitäre und soziale Angelegenheiten. Die Große-Seen-Konferenz orientiert sich an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und besteht aus einem regelmäßigen Gipfeltreffen, einem einjährigen Arbeitsprozess unter Leitung eines regionalen Ministerkomitees und einer Charta der Großen Seen als „Pact on Security, Stability and Development“ (Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung).

Die Innen-, Regional- und Außenpolitik von **Ruanda** war von den anhaltenden Spannungen mit der Demokratischen Republik Kongo geprägt. Diese sind auf die unverminderte Präsenz der Hutu-Rebellion „Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas“ (FDLR) – Interahamwe und ex-FAR (ehemalige Ruandische Streitkräfte) – in den Kivu-Provinzen der östlichen Demokratischen Republik Kongo zurückzuführen. Einem bilateralen Abkommen und Auftrag der VN entsprechend sollten die Hutu-Rebellen von Kinshasa und MONUC entwaffnet und demobilisiert werden. Innenpolitisch bemerkenswert waren die repressiven Maßnahmen gegen als nonkonformistisch verdächtigte politische Kreise und die Verzögerung bei der Gacaca-Genozid-Gerichtsbarkeit. Im Juni verurteilte ein Gericht in Kigali den ehemaligen Staatspräsidenten Pasteur Bizimungu wegen subversiver Akte zu 15 Jahren Gefängnis, im Juli bezichtigte ein parlamentarischer Untersuchungsbericht eine Reihe von NGOs der Verbreitung einer „Genozid-Ideologie“. Betroffen war unter anderem die angesehene Menschenrechtsorganisation Ruandas LIPRODHOR, deren Arbeit von diversen Geberländern, darunter Österreich, unterstützt worden war.

Gemäß Arusha-Abkommen sollte am 30. Oktober die Transitionsperiode in **Burundi** zu Ende gehen, eine neue Verfassung verabschiedet und allgemeine Wahlen abgehalten werden. Da die Verfassungsdebatte ergebnislos war, wurde die Transitionsperiode um ein Jahr bis Ende Oktober 2005 verlängert. Trotz langwieriger Verhandlungen unter Vermittlung des südafrikanischen Vizepräsidenten Jacob Zuma gelang es nicht, sich auf eine Machtteilungsformel zu einigen, der sowohl Hutus als auch Tutsis zustimmen konnten. Schließlich kam es am 6. August zur Unterzeichnung des unverändert ethnisch definierten Machtteilungsübereinkommens, zu dem jedoch nur die 20 Hutu-Parteien, nicht aber die Tutsi-Parteien der G10 erschienen. Am

18. August wurde dieses Abkommen dann vom 22. Gipfel der Regionalmächte in Dar es Salaam indossiert, worauf auch die neue Verfassung am 17. September bei Abwesenheit aller Tutsi-Parteien verabschiedet wurde.

Die **Demokratische Republik Kongo** erlebte auch 2004 mehere Krisen: eine Krise der Übergangsinstitutionen, eine damit in Zusammenhang stehende armeeinterne Krise in den östlichen Provinzen und eine Krise in den Beziehungen mit Ruanda. Die regierungsinternen Spannungen reflektierten sich im militärischen Bereich einerseits in zwei Putschversuchen in Kinshasa und andererseits in wachsenden Spannungen zwischen nationalen Armeeeinheiten/Militärregionen verschiedener politischer Provenienz in den Kivus. Die grenzüberschreitende Rhetorik des benachbarten Ruanda ihrerseits kulminierte schließlich in der unverhüllten Androhung eines Einmarsches in den östlichen Kongo, um die Entwaffnung der FDLR-Interahamwe und ex-FAR selbst in die Hand zu nehmen.

9.3.4. Ostafrika

Die friedliche Machtübernahme in **Kenia** durch die Nationale Regenbogenkoalition (NARC) unter Präsident Mwai Kibaki und die damit einhergehende Ablösung der Afrikanischen Nationalunion Kenias (KANU) und des Langzeitpräsidenten Daniel Arap Moi im Dezember 2002 schien nach Jahren der Korruption und Misswirtschaft eine hoffnungsvollere Ära einzuleiten. Aufgrund der geringen Fortschritte bei der Umsetzung der Reformagenda der neuen Regierung, der noch nicht erfolgten Verbesserung der Lebensumstände trat Desillusionierung ein. Es gelang, weder eine neue Verfassung zu verabschieden noch die Korruption zu bekämpfen.

Im Norden **Ugandas** wurden der „Lord's Resistance Army" (LRA) aufgrund des Friedensabschlusses, der sich Ende des Jahres im Sudan abzeichnete, die Rückzugswege zu Stützpunkten im Südsudan abgeschnitten. Es kam zur Wiederaufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Regierung und den Rebellen.

Eine Reihe von gewalttätigen Ausschreitungen und Bomben-Attentaten haben im März die Inseln von Sansibar erschüttert und die politischen Spannungen zur Zentralregierung von **Tansania** verstärkt.

9.3.5. Westafrika

In drei Ländern Westafrikas befinden sich derzeit Friedenstruppen der VN. Es sind dies die benachbarten Länder Sierra Leone, Liberia und Côte d'Ivoire.

In **Guinea-Bissau** fand der nach dem Militärputsch vom September 2003 begonnene Übergangsprozess zu funktionierenden demokratischen Strukturen durch die Wahlen im März 2004 einen ersten positiven Abschluss. Nach einem Aufstand meuternder Soldaten bleibt die Lage in Guinea-Bissau aber extrem instabil. Trotz dieser Instabilität in Guinea-Bissau mach-

ten die Bemühungen um einen Frieden in der benachbarten südsenegalesischen Provinz Casamance Fortschritte.

Von den Ländern der Mano River Union (Sierra Leone, Liberia und Guinea) konnte der offene Konflikt in **Liberia** beigelegt und somit der Friede vor allem in Sierra Leone bewahrt werden. Mit dem am 18. August 2003 in Accra (Ghana) von den Konfliktparteien unterzeichneten umfassenden Friedensabkommen konnte auch in Liberia der Bürgerkrieg beendet werden, eine VN-Friedenstruppe überwacht die Durchsetzung des Abkommens. Der EU-Sonderbeauftragte, der schwedische Staatsminister Hans Dahlgren, setzte seine Bemühungen zur Beendigung des Konflikts fort.

In Freetown hat der Internationale Sondergerichtshof seine Arbeit mit der Verfolgung der Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bürgerkriegs in **Sierra Leone** weiter geführt. In **Niger** und in **Ghana** fanden im Dezember Präsidentschafts- und allgemeine Wahlen statt. In beiden Fällen wurde der amtierende Präsident wiedergewählt.

Die EU hat die über **Togo** verhängten Sanktionen aufgehoben, da die Konsultationen nach Art 96 Cotonou-Abkommen erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Im Zentrum zahlreicher internationaler Friedensbemühungen stand **Côte d'Ivoire**. Ein über Initiative von VN-GS Kofi Annan in Accra (Ghana) Ende Juli einberufenes Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter der AU legte einen Zeitplan („Accra III“) für die im Abkommen von Linas-Marcoussis 2003 festgelegten Maßnahmen für die Durchführung der Präsidentschafts- und allgemeinen Wahlen im Oktober 2005 fest. Keine der Konflikt-Parteien hat sich an diesen Zeitplan gehalten. Der Bruch des Waffenstillstandsabkommens und die nachfolgenden gewaltsamen Ereignisse vor allem in Abidjan haben den VN-SR veranlasst, gegen Côte d'Ivoire ein mit 13 Monaten befristetes Waffen-Embargo zu verhängen.

In **Burkina Faso** hat im November das 10. Gipfeltreffen der Staatschefs der **Internationalen Organisation der Frankophonie** stattgefunden. Österreich wurde der Status eines Ständigen Beobachters zuerkannt. In **Benin** haben im November/Dezember im Rahmen eines französischen Trainingsprogramms (RECAMP 4) drei österreichische Offiziere als Berater teilgenommen.

10. Asien

10.1. Allgemeine Entwicklung

10.1.1. Nordost-Asien

In der Frage des geheimen nordkoreanischen Urananreicherungsprogramms konnte keine diplomatische Lösung gefunden werden. Die **Demokratische Volksrepublik Korea** hatte 2003 ihre Bereitschaft erklärt, multilaterale Ge-

spräche mit den USA, China, Japan, der Republik Korea und Russland (Sechs-Parteien-Gespräche) zur Konfliktlösung zu führen. In den ersten drei Runden der Sechs-Parteien-Gespräche wurde in der Substanz allerdings keine Annäherung erzielt. Die EU nimmt an den Sechs-Parteien-Gesprächen nicht teil, ist aber an einem Beitrag zur Verhandlungslösung bemüht. Das übergeordnete Ziel der EU, eine weitere Destabilisierung der Region zu verhindern und die koreanische Halbinsel kernwaffenfrei zu halten, wird auch von den USA und den Staaten der Region geteilt. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) forderte die Demokratische Volksrepublik Korea am 24. September in einer einstimmig von allen 137 Mitgliedern verabschiedeten Resolution auf, ihre Inspektoren zur Überprüfung des umstrittenen Atomprogramms wieder ins Land zu lassen. Die Demokratische Volksrepublik Korea solle umgehend „vollständige Garantien“ für eine Zusammenarbeit mit der IAEO geben. Pjöngjang wies diese Forderung zurück.

Die **Volksrepublik China,** die im Rahmen der Nuklearkrise eine wichtige Vermittlerrolle spielt, entwickelt sich immer mehr zu einem bestimmenden regionalen und bedeutenden globalen Faktor. Peking verfolgte ehrgeizige wirtschaftliche und entwicklungspolitische Ziele. Das Wirtschaftswachstum betrug 8,5%. Die rasch wachsende Wirtschaft benötigte zunehmend mehr Rohstoffe, weshalb sich die chinesische Führung verstärkt auf den Aspekt nachhaltiger Entwicklung sowie auf sozialpolitische Fragen konzentrierte, die im Zuge der Wirtschaftsdynamik von besonderer Dringlichkeit erscheinen.

Im März 2003 war in China eine neue Führungsgeneration eingesetzt worden. Diese erste friedliche Machtübergabe in der 50-jährigen Geschichte der Volksrepublik China wurde im September 2004 durch den Rücktritt des früheren chinesischen Staatspräsidenten und Parteichefs Jiang Zemin als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) abgeschlossen. Mit der Übergabe des Oberbefehls über die Streitkräfte an Staatspräsident und Parteichef Hu Jintao hat dieser die drei wichtigsten politischen Ämter Chinas inne.

Ein grundlegender Kurswechsel in der chinesischen Außenpolitik ist nicht zu erwarten. Die intensive Kooperation der EU mit China wurde im Sinne des 2003 formulierten Ziels einer strategischen Partnerschaft weiterentwickelt. Das jährliche Gipfeltreffen EU-China fand am 8. Dezember in Den Haag statt. Insgesamt wurden acht Abkommen unterzeichnet.

Die Beziehungen Pekings zu Taipeh verschlechterten sich im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfs in **Taiwan,** den der Amtsinhaber Chen Shuibian am 20. März knapp für sich entscheiden konnte. Ungeachtet der politischen Querelen haben Taiwan und die Volksrepublik China jedoch immer engere Wirtschaftsbeziehungen.

Diese Entwicklungen haben in **Japan** zu einer Neuausrichtung der Sicherheitspolitik und zu einem schrittweisen Ausbau der Verteidigungs- und Abschreckungskapazitäten beigetragen. Der pazifistische Artikel 9 der Verfassung wird immer extensiver ausgelegt, und es werden zunehmend Stimmen laut, die eine Abänderung des Artikels fordern, um Japan eine flexiblere Verteidigungspolitik zu ermöglichen. Trotz deutlicher Bemühungen Japans um ein eigenes außenpolitisches Profil bleibt die strategische Partnerschaft mit den USA Eckstein der japanischen Außenpolitik. Besonders im Irak hat sich Japan als enger Bündnispartner der USA positioniert (Entsendung von bis zu 1.000 Soldaten). Die Beziehungen EU-Japan wurden auf der Grundlage des Aktionsplans von 2001 weiterentwickelt. Am 22. Juni fand in Tokio der jährliche Gipfel EU-Japan statt, in dessen Zentrum Fragen der internationalen Sicherheit und der Weltwirtschaft standen. Im April und September fanden Außenministertreffen EU-Japan im Troika-Format statt.

10.1.2. Zentralasien

Die Entwicklungen in Zentralasien waren im Wesentlichen geprägt: von der Rückkehr Russlands in die Region als Gegengewicht zu den Stationierungen der unter US-Führung stehenden Antiterror-Koalition in Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan; vom weiterhin regen US-Besuchsaustausch und Abschluss von US-Handelsabkommen mit den fünf Staaten der Region; der verstärkten Zusammenarbeit mit der EU sowie von der am EAPC-Gipfel in Istanbul im Juni beschlossenen Südkaukasus-Zentralasienprioritätensetzung. Die zentralasiatischen Staaten unternahmen Anstrengungen, ihre regionale Zusammenarbeit zu vertiefen und hielten zahlreiche Tagungen regionaler Organisationen ab.

In innenpolitischer Hinsicht fanden im Jahr 2004 in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan Parlamentswahlen statt; die Vorbereitungen für die Parlamentswahlen in Kirgisistan und Tadschikistan sowie Präsidentschaftswahlen in Kirgisistan im Jahre 2005 laufen voll an.

Das stärkere Engagement Russlands manifestierte sich sowohl wirtschaftlich durch verstärkte Aktivitäten in den einzelnen Staaten als auch politisch durch dessen beim Mai-Gipfel in Kasachstan erfolgte vollberechtigte Aufnahme in die Zentralasiatische Zusammenarbeitsorganisation. Die Reduzierung der russischen Truppen zur Bewachung der Grenze mit Afghanistan rief die Besorgnis der EU und USA hervor, die eine gemeinsame Ermittlungs-Mission zur Abklärung der Situation entsandten. Das unter österreichischer Führung stehende Programm „Grenzverwaltung in Zentralasien“ (BOMCA) mit einer lokalen Vertretung in Bischkek förderte durch Abhaltung von Seminaren die lokalen Grenzschutzbehörden in ihren Reformbemühungen.

Die Zentralasienpolitik der EU hat durch die engen Beziehungen der neuen EU-Mitglieder mit der Region an Relevanz gewonnen. Das Interesse der EU gilt dabei vor allem der strategischen Bedeutung der Region im Kampf gegen Terrorismus, Drogen und Kriminalität sowie ihrer Rolle als Energie-Lieferant für Europa. Darüber hinaus war das Jahr 2004 von einer Intensivierung der Handels- und Investitionsbeziehungen sowie verstärkten Zusammenarbeit in Bereichen wie Wasser, Energie und Umwelt gekennzeichnet. Die Intensivierung des politischen Dialogs und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten bildeten einen weiteren thematischen Schwerpunkt europäischer Politik in der Region. Durch hochrangigen Besuchsaustausch, die Ausarbeitung von Zentralasien-Empfehlungen und einen regionalen Dialog in Bischkek am 9. Dezember forcierte die EU ihre insbesondere auf regionale Zusammenarbeit ausgerichtete Politik. Mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan fanden Sitzungen des EU-Kooperationsrats, mit Kasachstan auch eine Sitzung des Unterausschusses für Handel, Investitionen, Energie und Transport, mit Usbekistan auch eine Sitzung des Unterausschusses für Justiz und Inneres statt. Mit Tadschikistan wurde eine Gemischte Kommissionssitzung in Duschanbe im Oktober durchgeführt.

Die Parlamentswahlen in **Kasachstan** im September ergaben einen überwältigenden Sieg der Staatspräsident Nursultan Nasarbajew unterstützenden Otan-Partei. Die ODIHR-Wahlbeobachtung konstatierte zwar Fortschritte gegenüber vorherigen Wahlgängen, doch entsprächen die Wahlen nicht OSZE-Standards. Die EU gab eine Erklärung zu den Wahlen ab, in der die Fortschritte und Mängel aufgezeigt und Kasachstan aufgefordert wurde, Verbesserung – allenfalls mit Unterstützung der EU – bis zu den nächsten Wahlen durchzuführen.

Kirgisistan bat die EU um Unterstützung bei der Durchführung der für 2005 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Staatspräsident Askar Akajew kündigte zwar an, in Entsprechung der Verfassung nicht mehr für eine weitere Amtszeit zu kandidieren, verschärfte aber seine Rhetorik gegenüber dem westlichen Demokratiemodell und von außen unterstützen „Revolutionen“ wie in Georgien oder Ukraine.

Tadschikistan unterzeichnete im Oktober als letzter zentralasiatischer Staat mit der EU das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Im Hinblick auf die für 2005 bzw. 2006 angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ging die Staatsführung härter gegen mögliche Konkurrenten vor und verschärfte ihre Medienpolitik. Die EU unterstrich in einer Erklärung die Bedeutung freier Medien. Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Todesstrafe gab die EU im Juni eine wohlwollende Erklärung ab.

Turkmenistan blieb in demokratiepolitischer Hinsicht das Schlusslicht in Zentralasien. Bei den Parlamentswahlen im Dezember war nur die Staatspräsident Saparmurat Nijasow unterstützende Partei zugelassen. Erstmals

wurde ODIHR nicht zur Beobachtung der Wahlen eingeladen. Wie im Jahr 2003 brachte die EU gemeinsam mit den USA bei den VN einen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtslage in Turkmenistan ein.

In **Usbekistan** kam es zu einem Anstieg von Terroranschlägen, die teils einen islamistischen Hintergrund hatten, teils sich gegen repressive wirtschaftliche Maßnahmen und antidemokratische Praktiken des Regimes richteten. Bei den Parlamentswahlen im Dezember wurden die drei wichtigsten Oppositionsparteien nicht zugelassen. Die EU führte wegen der Situation der Menschenrechte einige Demarchen durch und gab im Rahmen der OSZE diesbezügliche Erklärungen ab. Das usbekische Ministerkabinett gab im März ein Dekret über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Usbekistan und der EU heraus.

An der Vertretung der Europäischen Kommission in Almaty waren zwei ÖsterreicherInnen tätig. Eine österreichische Firma nahm führend an Seminaren im Bereich des Transportkorridors Europa-Kaukasus-Asien (TRACECA) in Kasachstan und Usbekistan teil. In der BOMCA-Vertretung in Bischkek war ein Österreicher tätig.

10.1.3. Afghanistan

In Afghanistan wurde der schwierige Wiederaufbauprozess mit der Annahme einer **neuen Verfassung** am 4. Jänner und der Abhaltung allgemeiner und freier **Präsidentschaftswahlen fortgesetzt.** Zum neuen Präsidenten wurde am 9. Oktober der interimistische Amtsinhaber Hamid Karzai gewählt und am 7. Dezember offiziell angelobt. Am 23. Dezember präsentierte Karzai seine neue Regierung.

Die anhaltenden **Sicherheitsprobleme** in den Provinzen behinderten weiter die Stabilisierung des Landes. Wesentliche Ursachen dafür waren Fraktionskämpfe zwischen regionalen und lokalen Machthabern und Milizenführern, Überfälle und Anschläge der Taliban sowie die zunehmende Drogenwirtschaft.

Die Staatengemeinschaft verpflichtete sich bei der Afghanistan-Konferenz in Berlin am 31. März zur fortgesetzten Unterstützung des Wiederaufbaus in Afghanistan. Für den Zeitraum von 2004–2006 wurden Hilfsleistungen in der Höhe von 8,2 Milliarden US-Dollar zugesagt. Die USA setzten ihre gegen Taliban und Al-Kaida geführte Militäroperation „Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) im Süden und Südosten des Landes fort.

Die EU zählte zu den größten Gebern Afghanistans und stellte einen maßgeblichen Teil der Internationalen Sicherheitsbeistandsgruppe in Afghanistan **(ISAF).** Österreich trug auch bilateral zum Wiederaufbau bei. Die für die Periode 2002–2004 versprochene Hilfe in der Höhe von 12,3 Millionen Euro wurde ausbezahlt, für 2005 sagte Österreich eine neuerliche Unterstützung von 1 Million Euro zu. Österreich konzentrierte seine Hilfe auf die Schwerpunktbereiche Drogenbekämpfung, Stärkung der Frauenrechte und

Entminung. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich auch 2004 wieder mit Stabspersonal an ISAF.

10.1.4. Süd- und Südostasien

In Südasien waren das politische Klima zwischen New Delhi und Islamabad sowie die wachsende Wirtschaftsdynamik in Indien bestimmende Parameter. Die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb der Staaten des Südasiatischen Verbands für Regionale Zusammenarbeit **(SAARC)** war noch sehr schwach.

In Südostasien kam dem weiteren Integrationsprozess im Rahmen des Verbands Südostasiatischer Nationen **(ASEAN)** große Bedeutung zu. Über Tempo und Tiefe der anzustrebenden Integration bestanden in den ASEAN-Staaten weiter unterschiedliche Vorstellungen, was mit Unterschieden in der Wirtschaftskraft, aber auch divergierenden politischen Systemen der einzelnen Mitgliedstaaten zusammenhing. Die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb von ASEAN, aber auch zwischen ASEAN und China, Japan sowie Südkorea wurde immer dichter. Die dynamische Entwicklung der chinesischen Wirtschaft war Motor für das wirtschaftliche Zusammenwachsen Asiens.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

10.1.4.1. Indien und Pakistan

Am 4. Jänner vereinbarten der damalige indische Premierminister Atal Behari Vajpayee und der pakistanische Präsident Pervez Musharraf die Aufnahme eines **umfassenden Dialogs** zur friedlichen Lösung sämtlicher bilateralen Probleme, einschließlich der **Kaschmir-Frage.** Mit der Aufnahme dieses Dialogs begann eine Phase der Entspannung und Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen, die positive Auswirkungen auf die Stabilität der gesamten Region entfaltete. Die neue indische Regierung unter Premierminister K. Natwar Singh setzte den Entspannungskurs fort. Seit Jänner fanden mehrere bilaterale Gesprächsrunden auf unterschiedlicher Ebene statt, die unter anderem zu einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen führten. Die EU begrüßte diese erfreulichen Entwicklungen und ermutigte beide Staaten, den Annäherungsprozess und die Bemühungen zur friedlichen Lösung der Kaschmir-Frage fortzusetzen. Ähnlich wie mit China verbindet die EU auch mit Indien eine gemeinsame strategische Partnerschaft, die beim 5. Gipfeltreffen EU-Indien am 8. November offiziell lanciert wurde und zu deren Umsetzung ein gemeinsamer Aktionsplan ausgearbeitet werden soll.

10.1.4.2. Nepal

Die politische Lage in Nepal blieb instabil. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierung und „maoistischen“ Aufständischen, die seit 1996 rund 10.000 Menschenleben forderten, dauerten an. Die Gesprä-

che zwischen der Regierung und den „Maoisten“ wurden seit Beendigung des Waffenstillstands im August 2003 nicht wieder aufgenommen.

10.1.4.3. Sri Lanka

Das im Februar 2002 abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung von Sri Lanka und den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) wurde weiter eingehalten. Allerdings gelang es nicht, die seit April 2003 unterbrochenen **Friedensgespräche** wieder in Gang zu bringen. Ungelöst blieb vor allem die Frage, welchen Status die von der LTTE kontrollierten Gebiete im Norden und Nordosten des Landes erhalten sollen und nach welchen Gesichtspunkten eine Übergangsverwaltung für diese Gebiete geschaffen werden soll.

Die internationalen Bemühungen, Bewegung in den festgefahrenen Friedensprozess zu bringen, wurden fortgesetzt. Österreich unterstützt den Friedensprozess seit 2002 durch Seminare und Arbeitstagungen im Bereich des Konfliktmanagements. Im August und Oktober fanden dazu im ÖSFK zwei weitere Veranstaltungen dieser Art statt. Sri Lanka wurde von der Seebebenkatastrophe am 26. Dezember besonders hart getroffen (siehe Kapitel D).

10.1.4.4. Indonesien

2004 war für Indonesien ein Wahljahr. Neben Regional- und Parlamentswahlen fanden im Juli und September die ersten direkten **Präsidentschaftswahlen** statt, die mit einem Sieg von Susilo Bambang Yudhoyono über die amtierende Präsidentin Megawati Sukarnoputri endeten. Die EU begrüßte den geordneten und friedlichen Verlauf der Wahlen. Präsident Susilo kündigte nach seinem Wahlerfolg eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Reformschritte an (unter anderem Verbesserung des Investitionsklimas, Stärkung des Rechtsstaats).

Im Konflikt um die **Provinz Aceh,** wo die Flutkatastrophe vom 26. Dezember verheerende Zerstörungen anrichtete, konnte bislang keine politische Lösung zwischen der Regierung und der Separatistenbewegung GAM gefunden werden. Der im Mai 2003 von der Regierung verhängte militärische Ausnahmezustand in Aceh wurde im Mai durch einen zivilen Notstand ersetzt, allerdings wurden die militärischen Operationen fortgesetzt. Präsident Susilo hob nach seinem Wahlsieg die Notwendigkeit hervor, auf eine politische Lösung in Aceh hinzuarbeiten.

10.1.4.5. Myanmar

Trotz internationalem Druck war die Regierung in Myanmar zu keinen Zugeständnissen im Bereich der Menschenrechte und Demokratisierung bereit. Ein glaubhafter nationaler Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess zeichnete sich weiterhin nicht ab. Der Hausarrest von Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin **Aung San Suu Kyi** wurde verlängert, zahl-

reiche andere Oppositionspolitiker befanden sich weiter in Haft. Der von der Regierung im Juli einberufene **Nationalkonvent,** der laut einem Stufenplan der Regierung vor allem eine neue Verfassung ausarbeiten soll, erfüllte nicht die Kriterien eines transparenten, fairen und offenen Diskussionsprozesses. Dringende Appelle der EU, Aung San Suu Kyi freizulassen und einen freien und fairen Verlauf des Nationalkonvents zu gewährleisten, blieben ungehört. Die EU beschloss daher im Oktober, die seit 1996 gegenüber Myanmar bestehenden Sanktionen neuerlich zu verschärfen. Das Einreiseverbot gegen Regierungsvertreter wurde auf einen breiteren Personenkreis ausgedehnt, jegliche finanzielle Unterstützung für bestimmte Staatsbetriebe in Myanmar untersagt. Gleichzeitig beschloss die EU, ihre humanitäre Hilfe, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und die Unterstützung von NGOs auszuweiten.

10.2. Regionale Organisationen

Der zehn Länder umfassende Verband Südostasiatischer Nationen **(ASEAN)** – Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen, Brunei, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha – ist ein wichtiges Forum für regionale Zusammenarbeit. Das Volumen der innerhalb von ASEAN gehandelten Waren und Dienstleistungen verdoppelte sich in den letzten zehn Jahren auf rund 100 Milliarden Euro. Der durchschnittliche Zolltarif innerhalb des Asiatischen Freihandelsabkommens **(AFTA)** ging in den letzten zehn Jahren von fast 13% auf 2,3% zurück. ASEAN zielt langfristig auf die Schaffung einer aus drei Säulen (Asiatische Sicherheitsgemeinschaft, ASEAN Wirtschaftsgemeinschaft, ASEAN Sozio-kulturelle Gemeinschaft) bestehenden **Asiatischen Gemeinschaft** bis 2020 ab. Mit China, Japan und der Republik Korea unterhält ASEAN eine institutionalisierte Zusammenarbeit.

10.3. Partnerschaft EU-Asien

Der seit 1996 bestehende Dialog Europa-Asien im Rahmen des Treffens Asien-Europa **(ASEM)** verfolgt wirtschaftliche, politische und soziale Ziele. An ASEM nahmen bisher die 15 EU-Mitglieder sowie die Europäische Kommission und auf asiatischer Seite die zehn ASEAN-Staaten sowie China, Japan und die Republik Korea teil.

Beim **fünften ASEM-Gipfeltreffen** in Hanoi vom 8.–9. Oktober, an dem für Österreich Bundeskanzler Wolfgang Schüssel teilnahm, wurde ASEM von bisher 26 auf nunmehr 39 Mitglieder erweitert. Als neue Mitglieder wurden auf europäischer Seite die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten und auf asiatischer Seite die drei ASEAN-Mitglieder Laos, Kambodscha und Myanmar aufgenommen. Wegen der Menschenrechtssituation in Myanmar war die Erweiterung lange Zeit blockiert gewesen. Die EU führt ihre Bemühungen, die Menschenrechtssituation in Myanmar zu verbessern, nun auch innerhalb des ASEM-Prozesses weiter. Beim Gipfel in Hanoi verabschiedeten die

Staats- und Regierungschefs Erklärungen über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft und über den Dialog zwischen Kulturen und Zivilisationen.

Zwischen der EU und den ASEAN-Staaten besteht ein regelmäßiger formalisierter Dialog auf Ministerebene **(AEMM),** seit 1978 zweijährlich. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den damaligen ASEAN-Staaten war bereits 1980 durch den Abschluss eines Kooperationsvertrags über Handel, Wirtschaft und Entwicklung **(EACA)** institutionalisiert worden.

11. Australien, Neuseeland, Ozeanien

11.1. Australien

Australien ist für die EU nicht nur ein bedeutender Exportmarkt, sondern auch ein wichtiger Dialogpartner in regionalen Foren in Asien und dem Pazifik. Die EU ist Australiens wichtigster Partner im Außenhandel und auch größter Auslandsinvestor.

Nach dem Wahlsieg der liberal-nationalen Koalition bei den Bundeswahlen am 9. Oktober trat die Regierung von Premierminister John Howard (Liberal Party) ihre vierte Legislaturperiode an. Gleichzeitig erreichte sie die Mehrheit im Senat, wodurch dem Premierminister die Umsetzung der bislang vom Oberhaus blockierten Gesetzesvorhaben wesentlich erleichtert wird. Zu diesen Gesetzesvorhaben zählen insbesondere der weitere Verkauf der teilstaatlichen Telefongesellschaft Telstra, Änderungen im Arbeitsrecht und Sozialrecht sowie Investitionsbestimmungen im Medienbereich. Außenpolitisch stellt der Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine Priorität von Premierminister Howard dar.

11.2. Neuseeland

Die EU ist für Neuseeland als zweitgrößter Handelspartner nach Australien von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Die Wirtschaft Neuseelands setzte auch im Jahr 2004 ihre positive Entwicklung fort und zählte zu den stabilsten und dynamischsten im OECD-Raum.

Seit den Wahlen von 2002 führt Premierministerin Helen Clark (Labour Party) in Koalition mit der Progressive Party (Fortschrittspartei) von Jim Anderton eine Minderheitsregierung und benötigt für eine Mehrheit im Parlament die Unterstützung der United Future Party des ehemaligen Labour-Abgeordneten Peter Dunne. Außenpolitische Schwerpunkte sind insbesondere regionale Sicherheit, Menschenrechte, Umweltschutz und Handelsliberalisierung.

11.3. Ozeanien

Die Beziehungen der EU zum Großteil der Länder der ozeanischen Region basieren auf der AKP-EU-Partnerschaft, deren rechtliche Basis das Partnerschaftsabkommen von Cotonou ist. Die wichtigsten finanziellen und technischen Instrumente dieser Partnerschaft sind der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) und die Mittel der EIB, die in verschiedenen Formen, etwa als nichtrückzahlbare Zuschüsse und Risikokapitaldarlehen, vergeben werden. Im Rahmen des Cotonou-Abkommens begannen Verhandlungen im Hinblick auf neue, mit den WTO-Regeln vereinbare regionale Handelsabkommen zur Handelsliberalisierung und Förderung der Süd-Süd-Integration. Zu den 78 AKP-Staaten, die an Cotonou teilnehmen, gehören im pazifischen Raum Fidschi, Kiribati, Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga Tuvalu und Vanuatu.

Die besondere wirtschaftliche Verwundbarkeit dieser Inselstaaten liegt vor allem in der Abhängigkeit von der Entwicklung einzelner weniger Sektoren. Aus diesem Grund unterstützt die EU die Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung. Zur besseren Bewältigung der steigenden Energiepreise besteht eine Zusammenarbeit mit der EU im Bereich nachhaltiger und erneuerbarer Energie.

B. Österreich in anderen europäischen Foren

I. Europäische Sicherheitspolitik

1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC) und die Partnerschaft für den Frieden (PfP)

1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO

Für das Bündnis stand das Jahr im Zeichen der **Erweiterung** um sieben Partnerländer (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und Slowakei) Ende März. Die Allianz zählt nunmehr 26 Mitgliedstaaten.

Beim **Gipfeltreffen der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) in Istanbul** am 28. und 29. Juni wurden vor allem folgende Beschlüsse gefasst: Errichtung einer Ausbildungsmission innerhalb und außerhalb des Irak; Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Organisation der Präsidentschaftswahlen; Aufbau von Kooperationsbeziehungen zum Nahen und Mittleren Osten im Rahmen der „Istanbul Cooperation Initiative".

Von zentraler Bedeutung war auch die Weiterentwicklung der verschiedenen **Operationen** unter NATO-Kommando: Im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Oktober wurde die NATO-geführte Internationale Sicherheitsbeistandsgruppe in Afghanistan **(ISAF)** auf bis zu 9.500 SoldatInnen ausgeweitet. Die NATO verstärkte zudem ihre Einsatzkräfte in den Regionen Afghanistans durch Übernahme von fünf Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) im Norden des Landes.

Das Kommando über die internationale Militärpräsenz in Bosnien und Herzogowina **(SFOR)** wurde nach neunjähriger Führung durch die NATO am 2. Dezember an die EU (Operation EUFOR-ALTHEA) übergeben (siehe Kapitel A.IV.1.2.1.). Die NATO behält ein Verbindungsbüro in Sarajewo zur Unterstützung der bosnischen Behörden bei der Umsetzung der Streitkräfte-Reform. Am Ende der Mission hatte die Stabilisierungstruppe SFOR eine Gesamtstärke von 8.000 SoldatInnen aus 28 Staaten. Die NATO-geführte PfP-Operation im Kosovo **(KFOR)** wird indes in robuster Stärke aufrechterhalten. Ende 2004 hatte die KFOR eine Gesamtstärke von rund 18.000 SoldatInnen aus insgesamt 34 Ländern.

Im **Irak** unterstützte die NATO den polnisch geführten Sektor mit Logistik und Planungskapazitäten. Zudem wurde im August die am Gipfeltreffen in Istanbul beschlossene Trainingsmission zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte eingeleitet.

1.2. NATO-Partnerbeziehungen

Im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) und der Partnerschaft für den Frieden (PfP) arbeiten die 26 NATO-Mitgliedstaaten mit 20 Partnerländern zusammen.

Österreich in anderen europäischen Foren

Beim **NATO/EAPC-Gipfeltreffen in Istanbul** wurde Bilanz über die seit zehn Jahren bestehende PfP gezogen und zukünftige Entwicklungen besprochen. Das Schwergewicht der PfP verlagert sich zunehmend nach Zentralasien und zum südlichen Kaukasus. Südosteuropa wird seinen Status als Schwerpunktregion beibehalten. Der beigeordnete NATO-Generalsekretär Robert Simmons wurde zum Sonderbeauftragten für den Raum Zentralasien/Kaukasus ernannt.

Die **Umsetzung der Partnerschaftsinitiativen** („Partnerschaftsaktionsplan gegen Terrorismus", „Partnerschaftsaktionsplan zum Aufbau von demokratischen Verteidigungsstrukturen", Instrumente zur Herstellung der militärischen Interoperabilität) wurde fortgesetzt. Eine neue Initiative betraf Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Beim Treffen der **EAPC-AußenministerInnen** am 9. Dezember in Brüssel wurde die Lage im Kaukasus und Zentralasien und in Südosteuropa diskutiert. Eine wichtige Priorität im kommenden Jahr wird insbesondere die Heranführung von Serbien und Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina, mit denen „maßgeschneiderte" Kooperationsprogramme ausgearbeitet werden, an die euro-atlantischen Strukturen EAPC und PfP.

1.3. Österreich und die PfP

Auch in diesem Jahr leistete Österreich einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Balkan im Rahmen der **NATO-geführten Friedensmissionen.** Das österreichische KFOR-Kontingent umfasste Ende des Jahres fast 600 Personen. Bei den Unruhen im März wurde das Kontingent kurzfristig aufgestockt. Der österreichische Beitrag zu SFOR betrug am Ende der Mission zirka 180 Personen. Zudem beteiligte sich Österreich mit bis zu zehn Stabsoffizieren an ISAF.

Österreich hat gemeinsam mit Kanada die Leitungsfunktion bei einem **PfP-Trust-Fund-Projekt** zur Zerstörung von mehr als 1,3 Millionen Antipersonenminen in Serbien und Montenegro übernommen. Österreich war der erste Partnerstaat, der eine solche Rolle übernahm.

Beim **EAPC-Gipfeltreffen** in Istanbul im Juni war Österreich durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Bundesminister Günther Platter vertreten.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer absolvierte am 18. November seinen **Antrittsbesuch** in Österreich. Er traf mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundesminister Günther Platter zusammen und hielt einen Vortrag zum Thema „Transatlantische Sicherheitspolitik in der Bewährung" an der Landesverteidigungsakademie (LAVAK).

Beim Treffen der **EAPC-Außenminister** in Brüssel am 9. Dezember war Österreich durch Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle vertreten.

2. Die Westeuropäische Union (WEU)

Gemäß den Beschlüssen des Europäischen Rates in Helsinki (1999) über die Entwicklung einer ESVP im Rahmen der EU wurde die WEU mit Wirkung vom 1. Juli 2001 auf die Wahrnehmung einiger weniger Residualfunktionen beschränkt. Der Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung (Brüsseler Vertrag) mit seiner militärischen Beistandspflicht bleibt de jure ebenso aufrecht wie der Status der assoziierten Mitglieder, der assoziierten Partner und der Beobachter (darunter Österreich). Zu den verbleibenden Funktionen der WEU zählen neben der militärischen Beistandspflicht der WEU-Mitglieder auch die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der WEU-Versammlung, zu der auch Österreich VertreterInnen entsendet sowie die Rüstungszusammenarbeit in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG), an der Österreich seit dem Jahr 2000 teilnimmt.

II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

1. Einleitung

Der bulgarische OSZE-Vorsitz hatte es sich zum Ziel gesetzt, die im Vorjahr angenommene „Strategie zur Begegnung von Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert“ in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Klein- und Leichtwaffen (KLW), Polizei, Grenzsicherheit und in der menschlichen Dimension umzusetzen. Anlässlich des OSZE-Ministerrats von Sofia am 6. und 7. Dezember wurden insgesamt 24 Beschlüsse verabschiedet, die diesen Kernbereichen der OSZE-Strategie einen wichtigen Impuls verleihen.

Einer immer stärker werdenden Diskussion folgend beschloss der Ministerrat von Sofia einen **Weisenrat** einzusetzen, um die Rolle der OSZE im veränderten europäischen Kontext – nach der Erweiterung der EU und der NATO – neu zu definieren. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführten 20 Wahlbeobachtungs- und Unterstützungsmissionen wie etwa in Georgien, Mazedonien, Serbien und Montenegro, Afghanistan, Kazakhstan, Belarus, der USA und der Ukraine. Der bulgarische OSZE-Vorsitz war um die Konfliktlösung in Georgien/Südossetien, Moldau/Transnistrien und Berg-Karabach bemüht. Österreich hatte im letzten Trimester den Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation inne.

Österreich in anderen europäischen Foren

Im Rahmen des Schwerpunkts **Terrorismusbekämpfung** verabschiedete der OSZE-Ministerrat in Sofia vier Dokumente: Erklärung über die Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismus sowie drei Beschlüsse über die Bekämpfung des Internet-Missbrauchs für terroristische Zwecke, über die Weiterleitung von Informationen über verlorene/gestohlene Reisedokumente an die Datenbank der Interpol und über die Verbesserung der Sicherheit von Fracht-Containern.

2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Die OSZE unterhielt 18 Feldoperationen, alle in Südosteuropa sowie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), für die der Großteil des OSZE-Budgets (75%) und der personellen Ressourcen verwendet wurden. Österreich sekundierte 29 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen; der überwiegende Teil davon ist in Südosteuropa tätig.

Die **größten Feldaktivitäten** (insgesamt sechs) unterhielt die OSZE nach wie vor in **Südosteuropa,** wenngleich die beiden größten Missionen im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina im Einklang mit dem generellen internationalen Trend in der Personal-Stärke und im Budget-Volumen in den letzten Jahren reduziert wurden. Die Missionen waren vor allem beim Wiederaufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie in der Vertrauensbildung nach Konflikten tätig. Sie leisteten Arbeit in Bereichen, die auch für den SAP der EU relevant sind. Enge Zusammenarbeit mit der EU fand besonders in Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien statt, wo die EU zivile Krisenmanagement-Operationen im Polizeibereich übernommen hatte.

2.1. Moldau/Transnistrien

Der bulgarische OSZE-Vorsitz war durch viele Initiativen bemüht, die besonders seit dem Sommer wegen der gewaltsamen Räumung von vier der sechs moldauischen Lateinschrift-Schulen auf transnistrischem Gebiet eingestellten Verfassungs- und Statusverhandlungen zwischen Tiraspol und Chisinau wieder in Gang zu setzen. Das letzte Treffen im „Fünfer-Format“ (siehe Kapitel A.IV.4.1.2.) fand zuletzt im bulgarischen Varna am 9. und 10. November statt. Hinsichtlich des russischen Militärabzugs aus Transnistrien wurden keine Fortschritte erzielt. Der bulgarische Außenminister Salomon Passy ernannte als Amtierender Vorsitzender der OSZE den ehemaligen bulgarischen Präsidenten Petar Stoyanov zu seinem persönlichen Beauftragten für Moldau.

2.2. Belarus

Im Juni besuchte der bulgarische Außenminister Salomon Passy Belarus. Vermehrt kam es zu Beeinträchtigungen der Pressefreiheit. Die im Men-

schenrechtsbereich tätigen NGOs wurden zunehmend in ihrer Arbeit behindert. Das OSZE-Büro in Minsk berichtete über die Entwicklungen in diesen Bereichen und verfolgte die Fälle inhaftierter OppositionspolitikerInnen. Zu den Parlamentswahlen im Oktober entsandte ODIHR eine Beobachtungsmission. Die Beurteilung der Wahlbeobachtergruppen divergierte stark: Während der Befund von ODIHR sehr kritisch ausfiel, wurde der Wahlgang von den Beobachtern der GUS als „demokratisch, frei, fair, legitim und transparent“ bezeichnet.

2.3. Georgien

Die OSZE beobachtete die Anfang Jänner abgehaltenen Präsidentschaftswahlen und die teilweise Wiederholung der Parlamentswahlen Ende März, wobei Österreich zu beiden Urnengängen BeobachterInnen entsandte und zur Finanzierung beitrug. Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Enklaven **Südossetien** und – unter Federführung der VN – in **Abchasien** befasst. Der Schwerpunkt der Arbeit der Mission war angesichts des Wiederaufflammens des Konflikts auf Südossetien gerichtet. Die OSZE übernahm unter Einsatz zusätzlicher Beobachter das Monitoring der dort eingerichteten Gemeinsamen Friedenstruppe bestehend aus den Konfliktparteien und Russland. Die Grenzbeobachtungsoperation am tschetschenisch-georgischen Grenzabschnitt zu Russland, die unter österreichischem Vorsitz eingerichtet und später auf Inguschetien und Dagestan ausgeweitet worden war, verlief erfolgreich, doch zeichnete sich zu Jahresende eine Beendigung dieser Arbeit ab.

2.4. Ukraine

Das **OSZE-Büro des Projektkoordinators** führt in enger Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft in der Ukraine Projekte zur Wirtschaftsförderung, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung und in Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen ein Projekt für die „Unterstützung einer weiteren Verbesserung des Wahlprozesses in der Ukraine“ durch. Die Feststellung von schweren Mängeln bei der Präsidentschaftswahl im November durch das **Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)** in Warschau trug entscheidend zur Annullierung und Wiederholung der zweiten Wahlrunde bei. Die dritte Wahlrunde wurde von über 1.300 internationalen WahlbeobachterInnen unter Leitung von ODIHR begleitet. Dieses urteilte, dass die „Durchführung des Wahlgangs vom 26. Dezember die Ukraine wesentlich näher an die OSZE-Wahlverpflichtungen und an die ER- und andere europäische Standards herangeführt hat“.

2.5. Zentralasien

Wie schon in den Jahren zuvor waren der Vorsitz und der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari als sein persönlicher Beauftragter bestrebt, die Beziehungen zwischen den nach wie vor im Prozess des politischen und wirtschaftlichen Übergangs befindlichen Teilnehmerstaaten in Zentralasien und der OSZE auszubauen. Mit der im Dezember 2002 gegründeten und mittlerweile erfolgreich etablierten **OSZE-Akademie in Bishkek** (Kirgisistan) gelang die Schaffung einer zusehends angesehenen regionalen Bildungsinstitution, die der Ausbildung von Experten für zentralasiatische Sicherheitsfragen im Rahmen eines internationalen akademischen Netzwerks dient. Österreich trägt durch die Entsendung eines Bildungsexperten zum Aufbau dieser Einrichtung bei.

3. Die menschliche Dimension der OSZE

Die **menschliche Dimension** mit dem Ziel der Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist ein Kernstück der OSZE-Tätigkeit und eine ihrer wichtigsten komparativen Stärken.

ODIHR ist die operative Institution der OSZE im Bereich der menschlichen Dimension. Eine seiner Hauptaufgaben liegt in der Unterstützung bei der Durchführung von demokratischen Wahlen durch technische Unterstützung bei der Erlassung und Umsetzung von Wahlrechtsvorschriften einerseits und durch **Wahlbeobachtungsmissionen** andererseits. In elf der 33 OSZE-Teilnehmerstaaten, in denen im Jahr 2004 lokal- oder landesweite Wahlen durchgeführt wurden, erfolgte eine Wahlbeobachtung durch ODIHR. In anderen Fällen war ODIHR unterstützend tätig. Im Bereich **Demokratisierung** wurden in zahlreichen Staaten Projekte betreffend institutioneller Aufbauhilfe und Beratung zu Themenkreisen wie Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, Gleichbehandlung, Menschenhandel, Reisefreiheit und Migration abgewickelt. Die bei ODIHR eingerichtete **Roma-Sinti-Kontaktstelle** konzentrierte ihre Arbeit auf die Bereiche „Roma im öffentlichen Leben“ und Konfliktvermeidung in verschiedenen Alltagsbereichen. Eine wichtige Aufgabe von ODIHR besteht auch im **„Monitoring“** der Einhaltung der Menschenrechte durch die Teilnehmerstaaten. Die Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension wurde beim jährlichen **Implementierungstreffen** zur menschlichen Dimension diskutiert, das in Warschau vom 4.–15. Oktober stattfand.

Wie sich bereits im Vorjahr abzeichnete, bildeten **Toleranzfragen** (Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung) Kernpunkte der OSZE-Arbeit. Neben zwei Großkonferenzen, die Fragen des Antisemitismus (Berlin am 28. und 29. April) sowie der Toleranz, des Rassismus, der Xenophobie und Diskriminierung (Brüssel am 13. und 14. September) zum Gegenstand hatten, beschäftigte sich ein Fachtreffen in Paris am 16. und 17. Juni mit dem Verhältnis von rassistischer, fremden-

feindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet mit Hass-Verbrechen. Der Amtierende Vorsitzende ernannte Ende Dezember **drei Sonderbeauftragte,** die die Umsetzung der OSZE-Arbeit in den Teilbereichen des Toleranzspektrums gewährleisten sollen: Anastasia Crickley (Irland) zuständig für Fragen der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, einschließlich der Intoleranz gegen und Diskriminierung von ChristInnen und Angehörigen anderer Religionen; Gert Weissenkirchen (Deutschland) zuständig für den Kampf gegen Antisemitismus; Omur Orhun (Türkei) zuständig für die Bekämpfung der Intoleranz und der Diskriminierung gegen Moslems.

Im Mai erfolgte die Ernennung von Helga Konrad, ehemalige Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und vormalige Leiterin der Menschenhandels-Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts für Südosteuropa, zur Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den **Kampf gegen den Menschenhandel.**

Rolf Ekeus (Schweden), **Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten,** wurde für eine weitere Amtsperiode verlängert. Die Aufgabe seiner Institution ist es, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden.

Univ.-Prof. Miklos Haraszti (Ungarn) wurde im März mit dem Amt des **OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit** betraut. Diese OSZE-Einrichtung wurde 1997 zur Stärkung der Standards und Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit geschaffen, da deren Einschränkung als erste Anzeichen einer konfliktträchtigen politischen Entwicklung zu werten ist. Wichtige Themen seiner Berichterstattung neben Behinderungen von Journalisten und Zeitungsverlagen waren die Entkriminalisierung von Verleumdung durch Journalisten, Medien im Wahlkampf und Medienkonzentration.

Die **Parlamentarische Versammlung** der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien besteht aus mehr als 300 Parlamentsabgeordneten der 55 Mitgliedstaaten. Die 13. Jahrestagung wurde in Edinburgh (Großbritannien) im Juli abgehalten, in deren Verlauf auch die Vorsitzende Alcee Hastings (USA) für den Zeitraum vom Juli 2004 bis Juli 2005 gewählt wurde. Seit 2002 findet darüber hinaus ein Wintertreffen der Versammlung in Wien statt.

4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE

Das **„Forum für Sicherheitszusammenarbeit“,** das für die politisch-militärischen Fragen zuständig ist, stand im letzten Jahresdrittel unter österreichischem Vorsitz. Österreich war damit für den Abschluss der laufenden Verhandlungen, für die Gestaltung des Sicherheitsdialogs und für die Einbringung neuer Akzente vor dem Ministerrat von Sofia verantwortlich.

Österreich in anderen europäischen Foren

Es gelang, **vier Beschlüsse für den Ministerrat** zu folgenden Themen zu akkordieren: Implementierung des OSZE Dokuments über Lagerbestände konventioneller Waffen. Diese stellen eine massive Bedrohung der Zivilbevölkerung, der Infrastruktur und der Umwelt dar. Bisher haben die Ukraine, Belarus, Russland, Tadschikistan und zuletzt Kasachstan Hilfsersuchen zur Sicherung oder Zerstörung dieser gefährlichen Munitionsbestände an die OSZE gestellt. Exportkontrollen schultergestützter Luftabwehrsysteme (MANPADS); Richtlinien für Vermittlungsgeschäfte bei KLW, und Richtlinien für Endverbrauchsbescheinigungen und Überprüfungsverfahren für KLW.

Im Bereich der **Antipersonenminen** konnte durch den Beschluss über einen neuen Fragebogen ein wichtiger Fortschritt erzielt werden, der an den Präsidenten der Ersten Überprüfungskonferenz der Ottawa-Konvention in Nairobi weitergeleitet wurde (siehe Kapitel G.II.1.).

Bei der Implementierung des Kapitels VII des **OSZE-Dokuments über Klein- und Leichtwaffen** konnten bei der Behandlung der Hilfsersuchen von Belarus und Tadschikistan auf Sicherung oder Zerstörung gefährlicher Bestände zwar Fortschritte erzielt werden, doch zeichnen sich auch hier wegen der Größe der Probleme vorerst nur Lösungen in Teilbereichen ab.

Die zweite **„Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz“** (ASRC) zur Überprüfung der Sicherheitsarbeit der OSZE fand am 23. und 24. Juni statt.

Im Rahmen eines Seminars in Wien am 14. und 15. Oktober über die Verpflichtungen des **Vertrags über den offenen Himmel** wurden erstmals konkrete Möglichkeiten einer Nutzung der militärischen Überflüge für Umwelt-Beobachtungen geprüft.

Die Chancen für ein baldiges Inkrafttreten des adaptierten **Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa** sind weiterhin gering, da dessen Ratifikation von der Erfüllung der von Russland eingegangenen Istanbul-Verpflichtungen (Abzug von militärischem Gerät und Personal aus Moldau und Georgien) abhängig gemacht wird.

Das Regionale Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa **(RACVIAC)** mit Sitz in Kroatien, das wesentlich zur militärischen Vertrauensbildung in Südosteuropa beiträgt, ist über den Stabilitätspakt für Südosteuropa mit der OSZE verbunden. Es stand die letzten zwei Jahre (bis Oktober 2004) unter der Leitung eines österreichischen Brigadiers. Österreich entsendet weiterhin einen Stabsoffizier.

5. Die wirtschaftliche und ökologische Dimension der OSZE

Das Wirtschaftsforum 2004 war dem Thema „Neue Herausforderungen beim Aufbau institutioneller und menschlicher Kapazitäten für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“ gewidmet. Österreich nahm mit

einem Vortrag über die Erfahrungen der Österreichischen Kontrollbank im Ostexportgeschäft an der dem Ausbau der Vernetzungs-Kapazitäten von Unternehmen gewidmeten Arbeitsgruppe teil.

Die wirtschaftliche und umweltpolitische Dimension der OSZE befasste sich überwiegend mit der Umsetzung der Vorgaben der durch den Ministerrat von Maastricht 2003 verabschiedeten **Strategie zur Wirtschafts- und Umweltdimension.** Im Bereich der Frühwarnung und der Umsetzung der Wirtschaftsstrategie wurde beim Ministerrat von Sofia ein Memorandum of Understanding (Vereinbarung) zwischen den Sekretariaten der OSZE und der Wirtschaftskommission der VN für Europa (UNECE) unterzeichnet. Ein in Sofia verabschiedeter Ministerratsbeschluß betrifft die **Korruptionsbekämpfung.** Das Wirtschaftssekretariat der OSZE wurde darin beauftragt, auf Ersuchen der OSZE-Teilnehmerstaaten diese im Rahmen ihres innerstaatlichen Ratifizierungsverfahrens für die VN-Konvention gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 zu unterstützen. Dabei werden die Teilnehmerstaaten auch aufgefordert, sofern sie diese Konvention noch nicht ratifiziert haben, dies bis 9. Dezember 2005 nachzuholen.

6. Fragen der OSZE-Reform

Der zwölfte OSZE-Ministerrat von Sofia beschloß die Einsetzung eines **Weisenrats** und beauftragte ihn, Empfehlungen für eine Neu-Positionierung der OSZE im veränderten europäischen Kontext – nach Erweiterung der EU und NATO – auszuarbeiten. Eine Arbeitsgruppe unter rumänischem Vorsitz befasste sich mit institutionellen Fragen. In Sofia wurde beschlossen, die Kompetenzen des OSZE-Generalsekretärs zu stärken. Die Erarbeitung einer neuen Geschäftsordnung der OSZE wurde wegen unüberbrückbarer Gegensätze auf 2005 verschoben. Eine weitere Arbeitsgruppe unter österreichischem Vorsitz behandelte die Reorganisation der Feldoperationen.

7. Institutionelle Fragen und Amtssitz

Im Hinblick auf das Auslaufen der OSZE-Beitragsschlüssel zu Jahresende wurden die Verhandlungen über deren Revision fortgesetzt, doch konnte keine Einigung erzielt werden. Nachdem die Planungsarbeiten für den zukünftigen ständigen Amtssitz der in Wien angesiedelten OSZE-Institutionen im Herbst abgeschlossen worden waren, erfolgte im Dezember der Spatenstich für die notwendigen Umbauarbeiten. Der permanente Amtssitz im Zentrum Wiens soll im Jahr 2007 bezugsfertig sein.

III. Europarat (ER)

1. Politische Entwicklungen

Das Fürstentum Monaco wurde am 4. Oktober als **46. Mitgliedstaat** aufgenommen. Die wesentlichen Fragen, die einer Aufnahme Monacos im Wege gestanden waren (eingeschränkte Souveränität, Beitritt zu wesentlichen ER-Konventionen, innerstaatliche Gesetzgebung), konnten gelöst werden. Der Sonder-Gaststatus von **Belarus** bleibt wegen der nach ER-Standards weiterhin unbefriedigenden Situation im Land von der Parlamentarischen Versammlung suspendiert.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung der Entwicklung der Lage in **Tschetschenien.** Die ExpertInnen des Generalsekretärs im Büro des Menschenrechtsbeauftragten von Präsident Wladimir Putin in Grosny stellen die Expertise des ER im Menschenrechtsbereich zur Verfügung und haben beratende Funktion.

Vertreter der Parlamentarischen Versammlung bzw. des Kongresses der Gemeinden und Regionen beteiligten sich an der von der OSZE organisierten internationalen Wahlbeobachtung in Georgien, Russland, im Kosovo sowie in der Ukraine. Darüber hinaus unterstützte der ER die georgischen Behörden bei der Vorbereitung und Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Moldau wurde bei der Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Justiz sowie Meinungs- und Informationsfreiheit vom ER und von der EU im Rahmen gemeinsamer Hilfsprogramme intensiv unterstützt (Entsendung von BeraterInnen, technische Ausstattung). In **Armenien** und **Aserbaidschan** war die Umsetzung der Aufnahme-Verpflichtungen nicht abgeschlossen. Beide Länder werden durch die Arbeit einer eigens eingesetzten Monitoring-Gruppe unterstützt. Probleme bestehen nach wie vor auch in der **Ukraine** im Bereich der Medien und der Meinungs- und Informationsfreiheit. Der Fall des mysteriösen Todes des Journalisten Heorhiy Gongadze blieb unaufgeklärt.

Der ER hat sein **Programm zur Terrorismusbekämpfung** weiterverfolgt und die Ausarbeitung eines zu den bestehenden Konventionen komplementären rechtlichen Instruments abgeschlossen. Die österreichische Vorsitzende des dafür eingerichteten Expertenkomitees, Gertraude Kabelka vom Bundesministerium für Justiz, war die treibende Kraft dieser Verhandlungen. Damit konnten bestehende rechtliche Lücken in der internationalen Terrorismusbekämpfung, insbesondere im Bereich der Terrorismusfinanzierung, der Terrorismusprävention sowie beim Zeugen- und Opferschutz geschlossen werden.

Europarat (ER)

2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen

Die enge Zusammenarbeit des ER mit der **EU** wurde weiter verstärkt. Auf Beamtenebene findet ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen dem ER-Sekretariat und der Europäischen Kommission über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der ER unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. VertreterInnen der Europäischen Kommission nehmen an Sitzungen des Ministerkomitees, der Ministerdelegierten und der Berichterstatter-Gruppen teil. Ein besonderer Schwerpunkt sind die gemeinsam erstellten und ko-finanzierten Programme für zentral- und osteuropäische Länder, die eine vertiefte Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Einmal jährlich findet ein so genanntes quadrilaterales Treffen auf politischer Ebene unter Teilnahme des ER-Vorsitzes und EU-Ratsvorsitzes, dem ER-Generalsekretär sowie einer/m hochrangigen VertreterIn der Europäischen Kommission statt. Dieses Treffen auf politischer Ebene befasste sich mit der Entwicklung der europäischen Institutionen – EU-Erweiterung, ENP, Beitritt der EU zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) – sowie dem dritten ER-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, der in Warschau im Mai 2005 stattfinden wird. Daneben wurden die neuen gemeinsamen Programme in Südosteuropa, Russland, Georgien, im Südkaukasus und in Moldau, die zur Demokratisierung und zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit beitragen sollen, und die Zusammenarbeit bei der Konfliktverhütung erörtert. Die zukünftige Zusammenarbeit des ER mit der EU und die Positionierung des ER in der europäischen Institutionen-Landschaft soll auch ein Hauptthema des dritten ER-Gipfels sein.

Die Zusammenarbeit mit der **OSZE** findet im institutionellen Rahmen der sogenannten „2+2/3+3-Treffen“ (aus beiden Organisationen der Vorsitz, Generalsekretär und Präsident der Parlamentarische Versammlung) statt. Diese Treffen werden zweimal jährlich abgehalten. Darüber hinaus finden laufend Arbeitstreffen auf Beamtenebene statt. Im Mittelpunkt eines Treffens zwischen ER und OSZE auf hoher Beamtenebene in Wien im Juli stand die Koordination der Programme der beiden Organisationen am Balkan und im Kaukasus. Generalsekretär Walter Schwimmer nahm an der Tagung des Ständigen Rates der OSZE in Wien am 22. Juli teil, bei der er in seiner Erklärung besonders auf die zukünftige Zusammenarbeit und Arbeitsteilung der beiden europäischen Institutionen einging. Im Bereich der Wahlbeobachtung besteht bereits eine sehr intensive Zusammenarbeit mit ODIHR. In der Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des Menschenhandels sind ebenfalls wichtige Initiativen gesetzt worden. Aufgabe der eigens für die Zusammenarbeit mit der OSZE eingerichteten Arbeitsgruppe ist die Ausarbeitung einer klaren Aufgaben- und Arbeitsteilung, die es beiden Organisationen ermöglichen soll, Synergien zu schaffen und ihre Aufgaben unter Vermeidung von Doppelgleisigkeiten zu erfüllen.

Österreich in anderen europäischen Foren

Mit den **VN** finden gleichfalls regelmäßig Kontakte statt. Am 13. Februar wurde in Wien ein vom ER-Sekretariat und der OSZE vorbereitetes hochrangiges trilaterales Treffen zwischen dem ER, der OSZE und den VN abgehalten. Schwerpunkte der Diskussionen waren die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, mögliche Maßnahmen gegen den Menschenhandel und eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Rassismus und Xenophobie. Künftig soll vor allem im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die Zusammenarbeit mit den VN verstärkt werden. Die vom ER ausgearbeiteten Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte beim Kampf gegen den Terrorismus sind für die VN von besonderem Interesse.

3. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.V.

4. Monitoring

Das Monitoring der Aufnahmeverpflichtungen der Mitgliedstaaten, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit, zählt zu den wichtigsten Instrumenten des ER, um ihre Erfüllung sicherzustellen. Man unterscheidet zwischen dem Monitoring der Parlamentarischen Versammlung, das laufend stattfindet (Besuchsreisen, Berichterstattung, Empfehlungen), und jenem des Ministerkomitees.

Derzeit bestehen drei verschiedene Arten des Monitoring durch das Ministerkomitee:

- das Monitoring der Aufnahmeverpflichtungen der Mitgliedstaaten auf Basis der Deklaration von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen;
- das thematische Monitoring, welches seit 1996 durchgeführt wird, auf alle Mitgliedstaaten Anwendung findet und derzeit zehn Bereiche abdeckt (darunter Meinungs- und Informationsfreiheit, Funktionieren und Schutz der demokratischen Institutionen, Funktionieren des Justizsystems, Nichtdiskriminierung mit Betonung des Kampfes gegen Intoleranz und Rassismus). Dieses thematische Monitoring wurde im Jahr 2004 auf Vorschlag von Generalsekretär Walter Schwimmer reformiert;
- das spezifische Monitoring (Ad-hoc-Monitoring) der Aufnahmeverpflichtungen von Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Dabei handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt und nicht sofort mit einem Ergebnis abgeschlossen wird. Im Falle von Armenien und Aserbaidschan geschieht dies in einer eigens eingerichteten Monitoring-Gruppe, in der auch Österreich Mitglied ist. Diese Monitoring-Gruppe besuchte die beiden Länder und

erörterte die Umsetzung der Aufnahmebedingungen mit führenden VertreterInnen des Staates, mit ParlamentarierInnen sowie VertreterInnen der Medien und NGOs. Die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen durch Georgien wird vom Ministerkomitee überwacht.

5. Hilfsprogramme

Eine weitere Bedeutung des ER liegt in seiner Tätigkeit in den folgenden Bereichen: Förderung des Menschenrechtsgedankens; einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaats; Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt; Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas (wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenhass, Intoleranz, Umweltverschmutzung, menschliches Klonen, HIV/AIDS, Drogen und organisiertes Verbrechen) sowie Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen.

Das politische Engagement des ER bei der Erfüllung dieser Aufgaben manifestiert sich vornehmlich in den Assistenz-Programmen und den Programmen zur Zusammenarbeit am Balkan, im Kaukasus und in Russland. So wurden im Bereich der programmatischen Aktivitäten rund 14 Millionen Euro für Hilfsaktivitäten und Programme zur Zusammenarbeit mit 24 Mitgliedstaaten und anderen Staaten (wie Belarus) bereitgestellt, wobei größtenteils die neuen Mitgliedstaaten zu den Empfängern des Programms zählen. Die Bereiche, in denen der ER Hilfe gewährt, sind weit gestreut und reichen von der Förderung der Menschenrechte, der Hilfe bei Demokratisierungsbestrebungen und Stärkung der Bürgergesellschaft bis zur Reform von Justiz und Verwaltung sowie Förderung des sozialen Zusammenhalts. Die Maßnahmen bestanden vorwiegend in der Bereitstellung von ExpertInnen und der Abhaltung von Trainingsprogrammen. Zudem wurden unter diesem Programm auch die Informationsbüros des ER in mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die ER-Büros in Tirana, Belgrad, Pristina, Podgorica, Sarajevo/Mostar, Skopje, Chisinau, Tbilisi, Baku und Yerewan finanziert.

Im Rahmen der Gemeinsamen Programme mit der EU hat der ER in Russland und im südlichen Kaukasus (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) Hilfsprogramme in den Bereichen Menschenrechte und Demokratisierung durchgeführt.

6. Organe des Europarates

Der ER verfügt über folgende Organe:

- das Ministerkomitee, bestehend aus den AußenministerInnen der 46 Mitgliedstaaten bzw. ihren StellvertreterInnen (Ministerdelegierte).

Es ist das Entscheidungsgremium der Organisation, der Vorsitz wechselt halbjährlich.

- die Parlamentarische Versammlung mit 630 Mitgliedern (315 Mitglieder und 315 StellvertreterInnen) aus den 46 nationalen Parlamenten.
- der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas bestehend aus einer Kammer der Gemeinden und einer Kammer der Regionen.
- das Generalsekretariat mit rund 2.000 Bediensteten.

6.1. Das Ministerkomitee

Seit der Reform 2004 tagt das Ministerkomitee nur mehr einmal jährlich auf Ministerebene. Die **114. Tagung** wurde am 12. und 13. Mai unter dem Vorsitz des Außenministers von Norwegen, Jan Petersen, in Strassburg abgehalten. Österreich war durch Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle vertreten. Hauptthemen waren die Reform der EMRK und Stärkung der Effizienz des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die Vorbereitungen für den dritten ER-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Warschau im Mai 2005 sowie der Beitrag des ER bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Ministerdelegierten treten im Regelfall viermal im Monat zu Sitzungen zusammen.

6.2. Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung tagt viermal jährlich in Plenarsitzung und periodisch in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen. Die Parlamentarische Versammlung und ihr ständiger Ausschuss wenden sich in Entschließungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsendet werden.

Die Parlamentarische Versammlung hat 315 Mitglieder und 315 Ersatzmitglieder, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), Gruppe der Liberalen, Demokraten und Reformer (LDR), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG), Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 26 Mitglieder sind fraktionslos. Darüber hinaus sind sie auch in „nationale Delegationen“ gegliedert. Österreichischer Delegationsleiter ist Abgeordneter zum Nationalrat Michael Spindelegger.

Die Parlamentarische Versammlung nimmt auch wichtige Monitoring-Aufgaben wie etwa die Wahlbeobachtung in ER-Mitglieds- oder -Kandidatenstaaten wahr, so im Oktober die Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine und der Parlamentswahlen im Kosovo, überwacht aber auch die Entwicklung der einzelnen Länder hinsichtlich der Einhaltung der beim Beitritt zum ER übernommenen Verpflichtungen (2004 unter

anderem Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro).

6.3. Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Der KGRE ist 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet worden und hat sich 1994 als Beratendes Organ des ER konstituiert. Die 315 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg in Plenarsitzung. Der Kongress formuliert wichtige Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich der Städte- und Gemeindedemokratie, aber auch des Umweltschutzes, Katastrophenschutzes und der sozialen Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Insbesondere im Bereich des Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie erfüllt er eine quantitativ und qualitativ beachtliche Aufgabe. Das Monitoring des KGRE fließt auch in die Überwachung der Erfüllung der mit dem Beitritt eingegangenen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten ein. Für Südosteuropa bietet der Kongress auch Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts (Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene) sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an.

7. Der Europarat und Österreich

Das Engagement im ER hat für Österreich große Bedeutung. Besonders aktiv ist Österreich in den Bereichen Menschenrechtsdurchsetzung, Kultur/ Erziehung und Soziales sowie im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die fünfjährige Amtszeit von Generalsekretär Walter Schwimmer endete im August. Ihm folgte der Brite Terry Davis. Abgeordneter zum Nationalrat Peter Schieder übte von Jänner 2002 bis Jänner 2005 das Amt des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung aus. Von Juni 2002 bis Juni 2004 war der Landeshauptmann von Tirol, Herwig van Staa, Präsident des KGRE. Er wurde in dieser Funktion vom Italiener Giovanni di Stasi abgelöst.

IV. Zentraleuropäische Initiative (CEI)

Vorrangiges Ziel der CEI ist es, die Beteiligung ihrer mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten am europäischen Integrationsprozess sicherzustellen, regionale Stabilität und Entwicklung zu fördern und neue Trennlinien in Europa zu verhindern. Der CEI gehören 17 europäische Staaten, darunter sieben alte und neue EU-Mitglieder an. Sie stand 2004 unter slowenischem Vorsitz, der 2005 an die Slowakei übergeben wird.

Wichtigstes Ereignis war das Gipfeltreffen der CEI-Regierungschefs, das diesmal in Portorož (Slowenien) am 26. November stattfand. Die unmittel-

bar davor abgehaltenen Wahlen bzw. Referenda in zwei Mitgliedstaaten, nämlich in Weißrussland und in der Ukraine (zweiter, später für ungültig erklärter Durchgang der Präsidentschaftswahlen) bildeten den aktuellen politischen Hintergrund, vor dem die betroffenen Partner an die demokratischen Grundlagen der europäischen Integration erinnert wurden. Der Gipfel stand außerdem im Zeichen des 15-jährigen Bestehens der Organisation, die unter der Führung ihres österreichischen Generaldirektors, Botschafter Harald Kreid, gerade eine organisatorische Straffung und inhaltliche Neuausrichtung erfährt. Kreid wurde bei der diesjährigen Außenministerkonferenz der CEI (ebenfalls in Portorož am 25. Mai) einstimmig für eine weitere dreijährige Funktionsperiode wiederbestellt.

Österreich hat eine Reorganisation der Tätigkeit der CEI im Rahmen der 16 Arbeitsgruppen initiiert. Künftig sollen durch deren Zusammenfassung in Kompetenz-Cluster Synergiemöglichkeiten zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen besser ausgeschöpft werden.

Die CEI hat im Laufe des Jahres 2004 ihre Kapazitäten im Bereich von Wissenschaft und Forschung („Science and Technology Network“) sowie bei der inter-universitären Zusammenarbeit („CEI University Network“) erheblich ausgebaut und auch ein eigenes Jugendorchester ins Leben gerufen.

V. Nachbarschaftspolitik

1. Regionale Partnerschaft

Das Konzept der Regionalen Partnerschaft mit den benachbarten neuen EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen ist eine logische Konsequenz der bestehenden engen Kooperation in Mitteleuropa. Vor der EU-Erweiterung diente die Regionale Partnerschaft dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsverhandlungen, bei der Umstellung auf EU-Vorschriften sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess. Seit der Erweiterung trägt die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit Teil jenes Geflechts von bereits bestehenden Netzwerken geworden, die insgesamt die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU tragfähiger machen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch für die benachbarten Regionen erzielen.

In dieser Hinsicht konnte die Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalen Partnerschaft im Jahre 2004 beträchtlich an Umfang und Tiefe gewinnen. So leisteten die Partnerstaaten durch die Entwicklung von Vorschlägen für die Zukunft des Kosovo sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine gemeinsame Beiträge zur ENP (siehe Kapitel A.IV.2.). Die Tsunami-Katastrophe zu Jahresende und die dabei gezeigte praktische Hilfe-

stellung untereinander veranlasste die Partner schließlich zur Ausarbeitung gemeinsamer Vorschläge zur besseren Vernetzung nationaler und europäischer Anstrengungen in künftigen Krisenfällen. Zudem hat sich die Zusammenarbeit der Fachressorts ausgeweitet, wobei die im Forum Salzburg zusammengefasste Gruppe der Innenminister der Länder der Regionalen Partnerschaft in ihrer Kooperation am weitesten fortgeschritten ist.

Die Außenminister der Partnerstaaten treffen sich seit der Gründung des Forums etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rates Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Am 8. Dezember 2004 fand in Warschau im Rahmen einer Tagung der Visegrad-Kooperation erstmals ein Treffen der Regierungschefs statt. Die Regionale Partnerschaft wird in pragmatischer Verfolgung ihrer Ziele auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrad-Gruppe suchen. Ihre strukturelle Besonderheit bleibt dabei der völlige Verzicht auf institutionelle und bürokratische Strukturen.

2. Schweiz, Liechtenstein

2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** zwischen der Schweiz und Österreich sind durch ein engmaschiges, sich weiter entwickelndes Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchsaustausch auf allen Ebenen gekennzeichnet. Es fanden Besuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers, der Außenministerin und weiterer FachministerInnen sowie auf parlamentarischer Ebene des Nationalratspräsidenten und des Bundesratspräsidenten in der Schweiz statt. Bundesministerin Ursula Plassnik war es dabei besonders wichtig die Tradition zu wahren, wonach die Schweiz das erste Besuchsziel jedes neuen österreichischen Außenministers ist. Im selben Zeitraum empfing Österreich mehrfach Schweizerische Regierungsmitglieder. Mit einem Gesamthandelsvolumen von 6,7 Milliarden Euro ist die Schweiz zudem einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Im Bereich der militärischen Zusammenarbeit herrscht ein reger Ausbildungs- und Informationsaustausch. Auch wurden zwölf F-5E „Tiger“ der Schweizer Luftwaffe an das Österreichische Bundesheer vermietet. Die Kulturbeziehungen sind durch eine Vielzahl von Auftritten österreichischer Künstler und Ensembles in allen Kunstsparten gekennzeichnet.

Die **Schweizer Außenpolitik** zeigte sich allgemein sehr aktiv: In der Nahost-Frage wird weiter die „Genfer Initiative“ unterstützt, neu ergänzt durch ein Mandat der VN-GV im Bereich der Anwendung des humanitären Rechts in den Besetzten Gebieten und eines humanitären Projekts im Rahmen des vorgesehenen israelischen Abzugs aus Gaza. Ein weiterer Schwerpunkt war Südosteuropa. Im Mai wurden in Luzern Balkan-Gespräche organisiert, wobei die Weiterführung des inter-ethnischen Dialogs in Kosovo nach den Zusammenstössen von Mitte März besprochen wurde. Die Fortsetzung der

Teilnahme der Schweizer Kompanie SWISSCOY (216 Personen) im Rahmen des österreichischen Bataillons AUCON im Kosovo wurde bis Ende 2008 beschlossen. Fixiert wurde auch die Teilnahme an der Operation EUFOR-ALTHEA. Im Mai konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Krisensituation im Sudan.

Seit 2002 verhandelte die Schweiz mit der EU die so genannten „Bilateralen II". Sie umfassen folgende Bereiche: Assoziierung zu Schengen/Dublin, Betrugsbekämpfung, Zinsertragsbesteuerung, landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, Statistik, Teilnahme an der Umweltagentur, Teilnahme an Medienprogrammen, Doppelbesteuerung der Pensionen von ehemaligen EU-BeamtInnen mit Wohnsitz in der Schweiz und Bildungsprogramme. Alle Abkommen sowie ein Protokoll über die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Mitgliedstaaten wurden am 26. Oktober unterzeichnet. In einem Briefwechsel wurde der 1. Juli 2005 als Datum für die Anwendung der Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie und der damit zusammenhängenden Drittstaatenabkommen vereinbart. Im Herbst erklärte sich die Schweiz zudem bereit, einen Betrag von 1 Milliarde Schweizer Franken über fünf Jahre für die wirtschaftliche und soziale Kohäsion der neuen EU-Mitgliedstaaten zu leisten.

2.2. Liechtenstein

Am 15. August betraute Fürst Hans-Adam II. Erbprinz Alois als seinen Stellvertreter mit der Ausübung der ihm zustehenden Hoheitsrechte als Staatsoberhaupt des Fürstentums Liechtenstein. Der Erbprinz bekannte sich in seiner ersten Ansprache zu umfangreichen Reformen, einfachen und transparenten Staatsstrukturen und bürgernahen Entscheidungen, um in Zukunft den besonderen Herausforderungen an einen Kleinstaat gerecht werden zu können. In dem für Liechtenstein wichtigen Kernbereich des Schutzes des Finanzplatzes konnte mit der Unterzeichnung des Abkommens zur Zinsertragsbesteuerung mit der EU am 7. Dezember in Brüssel ein wichtiger Schritt gesetzt werden.

Höhepunkt der bilateralen Beziehungen war der Staatsbesuch von Fürst Hans-Adam II. bei Bundespräsident Thomas Klestil am 24. März, in dessen Rahmen auch das Liechtenstein-Museum in Wien neu eröffnet wurde.

3. Südtirol

3.1. Allgemein

Das Jahr 2004 war von einem regen Besuchsaustausch zwischen Südtirol und Österreich, Personaländerungen in der Südtiroler Volkspartei (SVP) und einer intensiven Befassung mit Südtiroler Agenden gekennzeichnet. Einen großen Einschnitt brachte der Rücktritt von Parteiobmann Siegfried Brugger am 12. Jänner nach zehnjähriger Amtszeit.

Nachbarschaftspolitik

Am 14. Jänner fand die erste Sitzung des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates in der gegenwärtigen Legislaturperiode statt, der sich insbesondere mit der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und einem diesbezüglich drohenden EU-Verfahren befasste. Überdies wurde ein offizieller Besuch des Unterausschusses in Südtirol beschlossen.

Am 17. April fand die jährliche Landesversammlung der SVP in Meran statt, bei der der Bozener Vizebürgermeister Elmar Pichler Rolle mit 71,9% der Stimmen zum neuen SVP-Parteiobmann gewählt wurde. An der Spitze der österreichischen TeilnehmerInnen standen Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesminister Günther Platter.

Vom 19.–21. Mai fand der in der Sitzung vom 14. Jänner beschlossene offizielle Südtirolbesuch des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates unter Leitung von Nationalratspräsidenten Andreas Khol statt. Es war dies der erste Besuch in neun Jahren und diente einer Bestandsaufnahme über den aktuellen Stand der Südtirolautonomie. Insbesondere wurden die Themen Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung sowie die italienische Verfassungsreform und deren mögliche Auswirkungen auf Südtirol erörtert.

Bei den Wahlen zum EP am 13. Juni zogen drei Südtiroler KandidatInnen in das neugewählte EP ein: Michl Ebner (SVP), Lilli Gruber (Uniti nell'Ulivo) und Sepp Kusstatscher (Grüne). Die SVP rangiert nach wie vor auf Rang 1, verlor jedoch 9,2% und rutschte mit 46,7% der Stimmen unter die 50%-Marke.

Am 16. September fand in Wien unter der Leitung von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner eine Südtirol-Besprechung statt. Von Südtiroler Seite waren SVP-Parteiobmann Elmar Pichler Rolle, Landeshauptmann Luis Durnwalder, der am 1. September zum SVP-Parteisekretär ernannte Alexander Mittermair sowie zahlreiche Abgeordnete und SVP-Parteifunktionäre anwesend. Der Gedankenaustausch konzentrierte sich auf die beiden aktuellen Themen der italienischen Verfassungsreform und der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung.

Am 3. Dezember statteten Parteiobmann Elmar Pichler Rolle, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Kammerabgeordneter Siegfried Brugger sowie Senatorin Helga Thaler-Außerhofer und MEP Michl Ebner Bundesministerin Ursula Plassnik einen Antrittsbesuch ab und trafen auch mit Nationalratspräsident Andreas Khol zusammen.

3.2. Autonomieentwicklung

Der Bestand der Südtiroler Minderheit kann als gesichert angesehen werden. Im vergangenen Jahr ist es in der Frage der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu einer offiziellen Anfrage der Europäischen Kommission an die italienische Regierung bezüglich der Vereinbarkeit dieser Bestimmung mit den Regeln des Datenschutzes gekommen. Es gab in der Folge Verhandlungen des Südtiroler Landeshauptmanns Luis Durnwalder mit

Europaminister Rocco Buttiglione sowie Regionenminister Enrico La Loggia, bei denen die Eckdaten einer Rahmenlösung vereinbart wurden. Details wurden in der Sechser-Kommission verhandelt, in der im Dezember eine Lösung gefunden werden konnte, welche in der Folge auch die Zustimmung des italienischen Datenschutzbeauftragten fand.

Ein großes Thema waren die Beratungen im italienischen Parlament über die Verfassungsreform Italiens, die einen weitreichenden institutionellen Umbau Italiens zum Ziel hat. Nachdem die ersten Text-Entwürfe in der Kammer teils substanzielle Verschlechterungen der Südtirol-Autonomie zur Folge gehabt hätten, ist es erst nach intensiven Verhandlungen gelungen, für den Mitte Oktober in der Kammer beschlossenen Text doch noch für Südtirol akzeptable Regelungen zu erreichen. Nunmehr stehen zweite Lesungen in Senat und Kammer bevor. Die SVP nimmt zum Inhalt der Verfassungsreform weiterhin eine grundsätzlich kritische Haltung ein.

4. Nukleare Sicherheit

Der Schutz der Bevölkerung und Umwelt und die dafür notwendige Sicherheit insbesondere grenznaher Kernkraftwerke (KKW) sind für die Bundesregierung von höchster Priorität. Daher war auch 2004 die Umsetzung des am 29. November 2001 abgeschlossenen Abkommens mit der Tschechischen Republik „Schlussfolgerungen des Melker Prozesses und Follow-up“ betreffend das **Kernkraftwerk Temelin** entsprechend dem festgelegten Zeitrahmen ein zentrales Anliegen. Beide Seiten hielten sich strikt an die Vereinbarungen und arbeiteten konstruktiv und intensiv an ihrer Implementierung. Dadurch konnte der technische Teil der Brüsseler „road map“ (Fahrplan) mit dem letzten Workshop und dem regulären bilateralen Expertentreffen im November abgeschlossen werden. Die Brüsseler „road map“ ist damit vollinhaltlich erfüllt. Beide Seiten stellten fest, dass der gesamte Prozess ein Musterbeispiel vertrauensbildender Maßnahmen war und wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beigetragen hat. Eine abschließende politische Bewertung wird nach Vorliegen der letzten österreichischen Experten-Endberichte vorzunehmen sein. Die Nullvariante ist für die Tschechische Republik nach wie vor kein Thema, jedoch werden Alternativen zum KKW Temelin im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe über „Nachhaltige Energiepolitik für Europa“ thematisiert.

Im Rahmen des „Bilateralen Nuklearinformationsabkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz“ wurde im März zwischen der tschechischen Nuklearen Aufsichtsbehörde und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eine bilaterale Vereinbarung zum Austausch von jenen Daten und Informationen unterzeichnet, die die Grundlage für die jeweilige nationale Entscheidungsfin-

dung bei der Abschätzung der Auswirkungen von schweren nuklearen Zwischenfällen darstellen. Seit Ende des Jahres wird dieser Informationsaustausch technisch umgesetzt und soll in der Folge durch regelmäßige Übungen ergänzt werden.

Die **Expertentreffen** im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit den Nachbarstaaten, deren Zweck ein rechtzeitiger Austausch von Informationen und Erfahrungen über die Sicherheit der KKW, den Strahlenschutz sowie allfällige grenzüberschreitende Folgen radiologischer Gefahren und deren Auswirkung ist, wurden planmäßig fortgesetzt. Dabei wurden die Bereiche Notfallschutzplanung, Strahlenschutz und Messdaten intensiviert und ausgebaut. Der bilaterale Austausch von Messwerten des österreichischen Strahlenfrühwarnsystems und jenen von ähnlichen Messnetzen in Nachbarländern Österreichs wurde durch den Austausch der Daten mit Ungarn erweitert. Deutschland und die Schweiz haben ebenfalls ihre Bereitschaft zu diesem bilateralen Datenaustausch von Messwerten angekündigt. Mit der Schweiz wurde im Rahmen der bilateralen Expertengespräche die Abhaltung einer gemeinsamen Notfallschutzübung im Jahr 2005 vereinbart. Die End- und Zwischenlagerproblematik wurde dabei auch in diesem Jahr schwerpunktmäßig behandelt.

5. Alpenkonvention

Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention hat im zweiten Jahr seines Bestehens die wichtige Phase des Aufbaus weitgehend hinter sich gebracht. Es verfügt nunmehr über einen im Wesentlichen vollständigen Mitarbeiterstab. Anlässlich der VIII. Alpenkonferenz, die im November unter deutschem Vorsitz in Garmisch-Partenkirchen stattfand, wurden auch die für die Funktionsfähigkeit des Ständigen Sekretariates wichtige und unter österreichischem Vorsitz fertiggestellte Personalordnung sowie die Finanzordnung verabschiedet. Allerdings gelang keine Einigung auf die Person des künftigen Generalsekretärs; der Franzose Noel Lebel war nur für die Zeit bis zur VIII. Alpenkonferenz als Generalsekretär a.i. bestellt worden.

Zu den Schwerpunkten der VIII. Alpenkonferenz zählten insbesondere eine Ministererklärung zum Verkehr in den Alpen, in der unter anderem auf die Situation am Brenner hingewiesen wird, wo in den letzten Jahren eine deutliche Verkehrszunahme zu verzeichnen war, die Beschlussfassung über die Erstellung des Alpenzustandsberichts sowie die Annahme des mehrjährigen Arbeitsplanes. Zum wichtigen Themenbereich Bevölkerung und Kultur wurde das inhaltliche Grundkonzept für eine künftige Ministerdeklaration angenommen. In mehreren Sitzungen des Überprüfungsausschusses wurde auch ein Berichtsformat verabschiedet, welches von den Vertragsparteien für die bis Herbst 2005 zu erstellenden Umsetzungsberichte zu verwenden ist. Dem Überprüfungsausschuss obliegt es dann, anhand dieser Berichte die Umsetzung durch die einzelnen Vertragsparteien zu evaluieren.

Österreich in anderen europäischen Foren

Mit Beschluss der VIII. Alpenkonferenz wurde Österreich der Vorsitz der Alpenkonferenz und damit auch der Vorsitz im Ständigen Ausschuss und Überprüfungsausschuss für die Periode 2005/2006 übertragen.

6. Zusammenarbeit im Donauraum

6.1. Donauraumkooperation

Die Donauraumkooperation **(„Danube Co-operation Process")** wurde am 27. Mai 2002 in Wien auf Ebene der AußenministerInnen durch die 13 Staaten des Donaubeckens, die Europäische Kommission und den Stabilitätspakt für Südosteuropa gegründet. Ziel der Initiative ist es, dem Donauraum ein umfassendes politisches Forum zu geben, um die Zusammenarbeit in der Region zu verstärken, eine Ausrichtung der vielfältigen regionalen Aktivitäten und Organisationen auf regionale Schwerpunkte zu erreichen und einen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser in vielfacher Hinsicht sehr heterogenen Region zu leisten.

Das wichtigste Ereignis war die **zweite Ministertagung** in Bukarest am 14. Juli. Die Tagung war durch mehrere Treffen auf Beamtenebene vorbereitet worden, darunter auch ein Treffen in Wien am 5. März. In Bukarest verabschiedeten die MinisterInnen ein substanzielles Schlussdokument mit dem Titel „The Danube as a European Lifeline" (Die Donau als eine europäische Lebensader), in dem die weiteren gemeinsamen Ziele im Rahmen der sechs Dimensionen Umwelt, Wirtschaft, Transport/Schifffahrt, Tourismus, Kultur und regionale Zusammenarbeit festgeschrieben sind.

Anlässlich der zweiten Ministertagung wurde auch als besonderer österreichischer Beitrag zur Donauraumkooperation die von Österreich finanzierte Website des Prozesses, das Danube Portal www.danubecooperation.org, vorgestellt. Parallel zur Ministertagung wurde in Bukarest – ebenfalls im Rahmen der Donauraumkooperation – ein erfolgreiches Treffen von Wirtschaftstreibenden und zahlreichen weiteren Institutionen veranstaltet.

6.2. Donauschifffahrt

Die Pontonbrücke in Novi Sad behinderte weiter die **freie Schifffahrt.** Mit ihrer Beseitigung ist erst im Juli 2005 nach Fertigstellung der Sloboda-Autobahnbrücke zu rechnen. Auf der sechsten außerordentlichen Tagung der Donaukommission im März konnten nur eine Absenkung der Öffnungsgebühren und eine häufigere Öffnung sichergestellt werden.

Die bei der 61. Jahrestagung der **Donaukommission** im April 2003 zu Tage getretenen Probleme der Organisation dauerten an. Österreich, das von 1990 bis 2002 durch Stellung des Generaldirektors und in der Folge durch die Präsidentschaft die Geschicke der Donaukommission maßgeblich geprägt und in der Zeit des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in der Region die Organisation gestärkt hatte, richtete sein Engagement daher vor

allem auf eine **Revision des Belgrader Übereinkommens.** Angesichts der geänderten wirtschafts- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen sollen die Voraussetzungen für einen konkurrenzfähigen Verkehrsträger in einem gesamteuropäischen Netz von Binnenwasserstraßen unter anderem durch die Erneuerung der Donaukommission im Sinne einer modernen internationalen Organisation geschaffen werden. Die vom Vorbereitungskomitee in Budapest im Oktober 2003 eingesetzten zwei Arbeitsgruppen zu Schifffahrtsfragen unter rumänischem Vorsitz sowie zu institutionellen und Rechtsfragen unter österreichischer Leitung konnten ihre Arbeit Ende September in weniger als einem Jahr erfolgreich in Wien abschließen. Offen blieben wenige, aber für eine effektive Modernisierung der Donaukommission entscheidende Fragen. Die Unterzeichnung eines Änderungsprotokolls soll im Rahmen einer diplomatischen Konferenz in Belgrad stattfinden.

6.3. Donauschutzübereinkommen

Aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums seit der Unterzeichnung des Donauschutzübereinkommens, aufgrund derer seit 1998 die **Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD)** mit Sitz in Wien besteht, fand im Vienna International Centre (VIC) im Dezember die siebente ordentliche Tagung der Kommission auf Ebene der UmweltministerInnen statt. Dabei wurde eine substanzielle Erklärung mit dem Titel **„The Danube Basin – Rivers in the Heart of Europe (Danube Declaration)“** (Das Donaubecken – Flüsse im Herzen Europas; Donau-Erklärung) verabschiedet. Das Dokument stellt fest, dass in den ersten zehn Jahren dieser Kooperation bedeutende Fortschritte erzielt werden konnten, darunter nicht zuletzt die Annahme verbindlicher Ziele und gemeinsamen Monitorings hinsichtlich der Wasserqualität und die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Wasserrichtlinie im gesamten Donaubecken. In weiten Bereichen des Donaubeckens hat sich die Wasserqualität bereits nachweislich gebessert. Die Erklärung enthält zudem eine Auflistung der weiter bestehenden Problemfelder und konkrete Ziele für die zukünftige Aktivität der Kommission.

Der anlässlich der Tagung im Dezember angenommene, sehr umfangreiche analytische „Dachbericht“ über die ökologische Lage des Donausystems wird von den Mitgliedstaaten als besonderer Erfolg gewertet.

Als Antwort auf die schweren Hochwässer im Sommer 2002 hat die Kommission zudem ein **Gemeinsames Aktionsprogramm zum nachhaltigen Hochwasserschutz** im Donaueinzugsgebiet erarbeitet.

Zur Stärkung der Bewusstseinsbildung und des Gemeinschaftsgefühls aller Donauanrainer wurde im Juni erstmals ein **„Tag der Donau“** mit zahlreichen Aktivitäten in verschiedenen Staaten abgehalten, der in Zukunft regelmäßig stattfinden soll.

C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen (ständig im Ausland lebende österreichische StaatsbürgerInnen) sowie alle jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Dies gilt nicht nur für die konsularische Betreuung im Einzelfall, etwa die Betreuung österreichischer Staatsangehöriger, die sich im Ausland in Haft befinden, sondern umfasst auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen.

Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei, wenn erforderlich, die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-Bürger gemäß Art 20 EGV).

1. Bürgerservice

Angesichts weltweiter Terroranschläge und Naturkatastrophen und der damit einhergehenden Verunsicherung vieler Reisender haben sich das Bürgerservice des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und vor allem dessen Reiseinformationen auf der Homepage www.aussenministerium.at als objektives Informationsmedium für Auslandsreisende besonders bewährt. Diese Informationen werden vor allem auch im Hinblick auf Krisensituationen laufend aktualisiert und haben mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Daneben stehen unter der Telefon-Nummer 0 50 11 50-4411 rund um die Uhr MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für konsularische Notlagen im Ausland und für Reiseinformationen bereit. Bis zu 1.000 AnruferInnen pro Tag erkundigten sich über die Einschätzung der Sicherheitslage von Reisezielen bzw. über allgemeine Reiseinformationen und konsularische Auskünfte betreffend Visaerteilung, Staatsbürgerschaftsfragen, Dokumentenbeschaffung, Beglaubigungen und Behördenwege.

Zur verbesserten Krisenreaktionsfähigkeit wurde die Zusammenarbeit der Österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort mit den zuständigen Stellen und anderen EU-Mitgliedstaaten ausgebaut. Mehrere Österreichische Botschaften luden AuslandsösterreicherInnen zu Informationsveranstaltungen

ein oder informierten diese schriftlich über die zu treffenden Vorsorgemaßnahmen und Möglichkeiten der Unterstützung im Krisenfall.

Das Bürgerservice bot in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland konsularische Hilfestellung bei Notfällen im Ausland an: etwa bei der Rückholung von Verunglückten, der Hilfestellung in Todesfällen sowie der Betreuung bzw. Heimsendung von psychisch labilen oder geistig erkrankten ÖsterreicherInnen in insgesamt 2.113 Fällen (in dieser Zahl sind jedoch Unterstützungsfälle im Zusammenhang mit der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika nicht enthalten). Für die Unterstützung dieser Fälle standen Mittel in der Höhe von insgesamt 150.000 Euro zur Verfügung.

Im Herbst haben einige schwere Wirbelstürme, darunter ganz besonders der Hurrikan Ivan, auf mehreren Inseln in der Karibik sowie an der Südküste der USA mehrere Menschenleben gefordert und große Sachschäden verursacht. Durch diese Wirbelstürme kamen auch österreichische StaatsbürgerInnen in der Region in Not, denen vom Bürgerservice unter anderem bei der Heimreise nach Österreich sowie mit finanzieller Unterstützung geholfen werden konnte. Aufgrund gewalttätiger Unruhen in Côte d'Ivoire unterstützte das Bürgerservice im November die Evakuierung österreichischer StaatsbürgerInnen aus Abidjan, der Hauptstadt des westafrikanischen Krisenlandes, im Rahmen einer mit Frankreich, Deutschland und den Niederlanden koordinierten EU-Evakuierungsaktion.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

2. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen

Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten wurde in insgesamt 1.914 Fällen geleistet.

3. Neue Verträge

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Serbien und Montenegro über die Rückführung und Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) mit Durchführungsprotokoll ist am 29. April in Kraft getreten.

Am 12. November wurde in Prag das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Tschechischen Republik über die Übergabe und Übernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) unterzeichnet.

Das in Riga am 20. Jänner unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Lettland betreffend die polizeiliche Zusammenarbeit (Polizeikooperationsabkommen) trat am 1. April in Kraft.

Am 13. Februar wurde in Wien der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Der in Heiligenbrunn am 6. Juni unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (Polizeikooperationsabkommen) wird voraussichtlich 2005 in Kraft treten.

Am 11. November wurde in Wien das Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Montenegro über die polizeiliche Zusammenarbeit sowie das Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Serbien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, des internationalen illegalen Suchtgifthandels und des internationalen Terrorismus (Polizeikooperationsabkommen) unterzeichnet.

Zu einem positiven Abschluss konnten auch die Verhandlungen über den Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen gebracht werden. Die Unterzeichnung des Vertrags erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2005.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Südafrika über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Dezember in Kraft.

Mit den Vereinigten Staaten von Amerika wurden Delegationsverhandlungen über Zusatzverträge zum Auslieferungsvertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und zum Vertrag zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen aufgenommen.

Mit der Republik Italien stehen Delegationsverhandlungen über einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungsangelegenheiten bevor.

4. Konsularische Zusammenarbeit

Im Rahmen der EU-Ratsarbeitsgruppe für konsularische Angelegenheiten stand der Ausbau der Vorsorge für Krisenfälle, insbesondere der Informationsaustausch betreffend Reisehinweise und die verstärkte Zusammenarbeit bei Evakuierungen, im Mittelpunkt der Diskussionen.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

II. Reise- und Grenzverkehr

1. Sichtvermerksangelegenheiten

Die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland erteilten 390.590 Visa. Das bedeutet eine Verminderung des Visaaufkommens (ausgestellte Visa) um 12,28% gegenüber dem Vorjahr bzw. um 54.699 Visa. Weiters wurden von den Vertretungsbehörden im Ausland 54.300 Anträge auf Aufenthaltstitel entgegengenommen und bearbeitet sowie Aufenthaltserlaubnisse bzw. Niederlassungsbewilligungen der zuständigen Inlandsbehörden ausgefolgt.

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 101 Staaten, unter anderem in die EWR-Länder und alle Nachbarstaaten, nach Kanada, Japan, Neuseeland, in die USA, in die meisten Länder Lateinamerikas sowie nach Japan, Brunei, Hongkong und Macao mit gewöhnlichen bzw. maschinenlesbaren Reisepässen visa-frei einreisen.

Im Rahmen der EU wurde der Rechtsbestand weiterentwickelt. Folgende Beschlüsse wurden dabei vom zuständigen Rat für Justiz und Inneres gefasst: Mittels Entscheidung vom 8. Juni wurde die Grundlage für ein gemeinsames Visa-Informationssystem gelegt, eine Ratsempfehlung über Erleichterungen bei der Einreise für ForscherInnen wurden verabschiedet; im Rahmen des Gipfels von Den Haag am 4. und 5. November wurde das „Haager Programm“ beschlossen, das die Grundlagen für eine verstärkte Zusammenarbeit im Visabereich schafft, und schließlich wurde am 13. Dezember die Ratsverordnung über Sicherheitsstandards und Biometrie in Pässen der EU-Mitgliedstaaten verabschiedet, die binnen 18 Monaten die Integration eines Chips in den Pass vorsieht, auf dem die Passdaten sowie das elektronische Lichtbild und weitere 18 Monate später auch die Fingerabdrücke gespeichert werden.

Serbien und Montenegro ermöglicht auf Grund eines einseitigen Aktes seit 31. Mai 2003 InhaberInnen österreichischer Pässe die visa-freie Einreise. 2004 wurde ein Sichtvermerksabkommen für Dienst- und Diplomatenpässe weitgehend ausverhandelt und steht vor dem Abschluß.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Malta über die Vertretung der Republik Malta durch österreichische Vertretungsbehörden hinsichtlich der Erteilung von Visa zur Durchreise und zum kurzfristigen Aufenthalt wurde in Valletta am 7. Mai unterzeichnet und der parlamentarischen Behandlung zugeleitet.

2. Grenzübergänge

Mit Tschechien wurde der Entwurf eines Vertrags zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich über den Grenzübertritt auf touristischen Wegen und über den Grenzübertritt in besonderen Fällen

sowie der Entwurf einer Vereinbarung über Grenzübergänge an der gemeinsamen Staatsgrenze auf Expertenebene in Prag am 8. und 9. November akkordiert. Erreicht werden konnte auch die ganzjährige Öffnung des Grenzübergangs Schöneben ab 1. Dezember und die Erweiterung des Benützerumfanges auf Fußgänger und Radfahrer, Motorräder, PKW, LKW bis 3,5 t und Busse.

3. Grenzverkehr

Mit Ungarn wurde die IV. ordentliche Tagung der Gemischten österreichisch-ungarischen Kommission für den Grenzverkehr in Wien am 24. und 25. Juni abgehalten.

Der Vertrag zwischen der Regierung der Italienischen Republik, der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung von Slowenien über die Zusammenarbeit im polizeilichen Zentrum in Thörl-Maglern ist in Thörl-Maglern am 14. September durch Vertreter der drei Staaten unterzeichnet worden.

Im Laufe des Jahres wurde an nahezu allen Grenzübergangsstellen, an denen noch Grenzkontrollen erfolgen, zur Beschleunigung des Grenzübertritts die gemeinsame Grenzkontrolle eingeführt.

4. Grenzverträge

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik, mit dem der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze vom 21. Dezember 1973 geändert und ergänzt wird sowie der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über Änderungen des Verlaufes der gemeinsamen Staatsgrenze wurden in Wien am 24. Mai ratifiziert und sind am 23. Juli bzw. 1. August in Kraft getreten.

Der Grenzvertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Verlauf der gemeinsamen Staatsgrenze („Salzach/Scheibelberg-Bodensee/Innwinkel“) wurde in Berlin am 17. September ratifiziert und ist seit 1. Dezember in Kraft.

III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik

Das Zusatzabkommen zum Abkommen im Bereich der sozialen Sicherheit mit den Philippinen trat am 1. Juli in Kraft. Mit mehreren osteuropäischen und Überseestaaten wurden Gespräche über bilaterale Abkommen über soziale Sicherheit geführt oder in Aussicht genommen.

IV. Die AuslandsösterreicherInnen

Die Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen sind wichtige Aufgaben der österreichischen Botschaften und (General-) Konsulate im Ausland. Diese stellen – ebenso wie die AuslandsösterreicherInnen-Website des BMaA (www.AuslandsoesterreicherInnen.at) – ein wichtiges Bindeglied zur Heimat oder zur früheren Heimat dar. Sie bieten AuslandsösterreicherInnen eine erste Anlaufstelle, allgemeine Serviceeinrichtung, kundige Informationsquelle, effektive Krisen(vorsorge)koordination sowie Organisation und Vermittlung von Österreich-bezogenen Veranstaltungen.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Auslandsaufenthalt amtlich registrieren zu lassen, sind Angaben über die Zahl der AuslandsösterreicherInnen vielfach Schätzungen und belegbare Angaben drücken nicht die tatsächliche Zahl der im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen aus. Über 350.000 ÖsterreicherInnen sind bei den österreichischen Botschaften und (General-)Konsulaten mit aktuellen Adressen erfasst, die meisten davon in Deutschland (180.000), der Schweiz (25.000), Australien (15.000), Argentinien (10.200), Italien (9.700), den USA (9.500) sowie in Großbritannien, Brasilien und Frankreich (je 6.000–7.000).

Die Zahl der „HerzensösterreicherInnen“ (das sind jene, die sich infolge der früheren österreichischen Staatsbürgerschaft oder infolge ihrer Vorfahren oder anderer Verwandter Österreich besonders verbunden fühlen) kann überhaupt nur geschätzt werden. Sie umfasst einige Hunderttausende.

1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung zu Österreich wird vor allem in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland mit Österreichbezug gepflegt, von denen fast 450 in rund 50 Ländern der Welt bestehen. Diese Vereinigungen sind auf der Website www.AuslandsoesterreicherInnen.at (unter AuslandsösterreicherInnen/Vereinigungen“) abrufbar.

Seit 1. Jänner 2003 besteht der **Auslandsösterreicher-Weltbund (AÖWB)** als Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen, mit Sitz in Wien. Der AÖWB entstand aus der Zusammenführung des seit 1952 bestehenden Weltbunds der Österreicher im Ausland und des 1955 gegründeten Auslandsösterreicherwerks, einschließlich österreichischer „Roundtables Zentraleuropa“ und „Austrian-American Councils“ in Nordamerika, und hat alle Aufgaben beider Institutionen übernommen. Präsident bis Mitte 2004 war Fritz Molden, seitdem wiederum Gustav Chlestil; Generalsekretärin ist Irmgard Helperstorfer. Der AÖWB unterhält eine eigene Website (www.weltbund.at) und gibt das viermal jährlich erscheinende Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Er veranstaltet

alljährlich ein AuslandsösterreicherInnen-Treffen, das im Jahr 2004 in Linz vom 2.–5. September stattfand. Daran nahmen einige Hundert Delegierte von AuslandsösterreicherInnen-Vereinen aus aller Welt teil. 2004 erhielt der AÖWB eine Subvention des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in der Höhe von 177.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland. Ihr Ziel ist die Erhaltung und Vertiefung der Heimatverbundenheit der Burgenländer in aller Welt. Dazu dient auch die periodische Zeitschrift „Die burgenländische Gemeinschaft". Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen sorgt der 1967 gegründete **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland.** Der vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und von den neun Bundesländern subventionierte Fonds leistete 2004 finanzielle Zuwendungen in der Gesamthöhe von rund 630.000 Euro an 920 bedürftige ÖsterreicherInnen in 61 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, Geschäftsführerin Birgit Ruby.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten für bedürftige AuslandsösterreicherInnen wurden 2004 aus Mitteln des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Geld- und Sachspenden an 646 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 61 Ländern in der Höhe von 63.500 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder – körperlich bzw. geistig – schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind für sich selbst zu sorgen, kann vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einem Pflegeheim oder Spital ermöglicht werden, sofern nicht durch Verwandte oder eine lokale Organisation geholfen werden kann, der Zustand der/des Hilfsbedürftigen einen Transport gestattet, und sie/er damit einverstanden ist. Im Jahr 2004 wurden acht ÖsterreichInnen aus Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien, Südafrika, Thailand und der Türkei in die Heimat zurückgebracht und in inländischen Institutionen untergebracht.

3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen – und auch für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen" – das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentschaftswahlen sowie das Teilnahme-

recht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichischen Mitglieder des EP können AuslandsösterreicherInnen – und nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich – teilnehmen. Für eine Wahlteilnahme ist neben der Eintragung in (Europa-) Wählerevidenzen, die maximal zehn Jahre gültig bleibt, bei jeder Wahl die Beantragung einer Wahlkarte nötig. Details dazu samt aller nötiger Formulare befinden sich auf der Wahlwebsite www.wahlinfo-bmaa.at. Im Jahre 2004 waren rund 66.000 AuslandsösterreicherInnen in Wählerevidenzen bzw. 54.000 AuslandsösterreicherInnen in Europa-Wählerevidenzen eingetragen. Bisher konnten AuslandsösterreicherInnen an fünf Nationalratswahlen, drei Bundespräsidentschaftswahlen (vier Wahlgänge), der EU-Volksabstimmung sowie an drei Wahlen der Mitglieder des EP teilnehmen. Im Jahr 2004 beteiligten sich an der Bundespräsidentschaftswahl rund 20.000 AuslandsösterreicherInnen, an der EP-Wahl rund 15.000.

Fragen der eventuellen Erleichterung der Briefwahl aus dem Ausland sowie des E-Voting wurden unter anderem auch vom Österreich-Konvent diskutiert, E-Voting auch im Rahmen je einer Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Inneres und ER, an der Österreich aktiv beteiligt war. Aktuelle Wahl(rechts)fragen, einschließlich der Auslandswahl, EP-Wahlen und des E-Voting, waren Inhalt des bereits zweiten Wahl(rechts)seminars der Regionalen Partnerschaft, das Österreich in Wien am 6. und 7. Dezember veranstaltete.

D. Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika

Am 26. Dezember löste ein Seebeben vor der indonesischen Insel Sumatra eine gigantische Flutwelle (Tsunami) aus, die zu gewaltigen Zerstörungen in der gesamten Region des Indischen Ozeans führte. Dabei kamen mehr als 290.000 Menschen ums Leben, davon rund 230.000 in Indonesien, 36.000 in Sri Lanka, 18.000 in Indien und 8.000 in Thailand. Weiters verloren 1,6 Millionen Menschen in den Küstengebieten ihr Zuhause. Die Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften sind nur schwer abschätzbar, es wird jedoch von Schäden in Milliardenhöhe (Euro) ausgegangen. Unter den Opfern befanden sich StaatsbürgerInnen aus 50 Ländern. Von österreichischer Seite waren bis Ende Juni 2005 75 identifizierte Tote und 15 Vermisste zu beklagen. Die Identifizierung der Opfer unter Beteiligung österreichischer ExpertInnen dauert noch an.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des gewaltigen Ausmaßes der Naturkatastrophe in Südostasien wurde noch am frühen Morgen des 26. Dezember ein Krisenstab unter Vorsitz des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten einberufen. Bereits am Vormittag desselben Tages wurden die Krisenhotline-Nummern des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Bundeskanzleramtes für Anrufe von Betroffenen und Angehörigen in den Medien und auf der Homepage des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht. Der Betrieb der rund um die Uhr erreichbaren Krisenhotlines und die Erfassung aller als vermisst gemeldeten österreichischen StaatsbürgerInnen in einer Datenbank konnte auch durch sofort einberufene MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten sowie durch Angehörige des Bundesheers sichergestellt werden. Allein in den ersten beiden Tagen wurden von den MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten rund 30.000 Anrufe betreut.

Auf Grundlage der über die Krisenhotlines gemeldeten Vermissten, der Personenlisten von Reiseveranstaltern und Fluglinien sowie der Meldungen von Vertretungsbehörden im Ausland, lokalen Behörden und Krankenhäusern wurde eine Personenevidenz jener ÖsterreicherInnen aufgebaut, die sich zum Zeitpunkt der Krise in der Region befanden. Die Daten wurden durch ständigen Kontakt mit den Vertretungsbehörden und Rückrufen bei Angehörigen laufend aktualisiert.

MitarbeiterInnen der Österreichischen Botschaften Bangkok und New Delhi wurden nach Phuket, Colombo und Malé zur Betreuung von Betroffenen und Verletzten sowie zur koordinierenden Unterstützung der Suche nach Vermissten entsandt. Weiters kamen Bedienstete des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Bundeskanzleramtes, Bundesministeriums für Inneres und Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie Mitar-

beiterInnen des Österreichischen Roten Kreuzes in den Katastrophengebieten zum Einsatz. Die MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und die insgesamt vier „Austrian Rescue Teams", die sich aus MitarbeiterInnen der oben genannten Bundesministerien sowie ÄrztInnen, PsychologInnen und GerichtsmedizinerInnen zusammensetzten, unterstützten die Vertretungsbehörden bei der Suche nach verletzten und vermissten ÖsterreicherInnen, Betreuung verletzter und heimkehrwilliger ÖsterreicherInnen, Organisation der Rückbringung, Ausstellung von Reisepässen und Notreisedokumenten, Ausstattung der Betroffenen mit notwendigen Finanzmitteln, Organisation der Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung sowie der medizinischen und psychologischen Betreuung. Insgesamt waren in der Krisenregion bis zu 231 österreichische Kräfte im Einsatz.

Gemeinsam mit der AUA/Lauda Air wurden neben der Nutzung freier Kapazitäten bestehender Linienflüge auch drei Sonderflüge im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zur Rückholung betroffener ÖsterreicherInnen durchgeführt. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wurde einer dieser Sonderflüge eigens für den Rücktransport verletzter ÖsterreicherInnen adaptiert. Auf insgesamt 31 Flügen der AUA/Lauda Air konnten rund 1.700 Personen, darunter zahlreiche Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten, aus den Krisengebieten rückgeführt werden. Im Einvernehmen mit den Hinterbliebenen organisierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Rückführung der sterblichen Überreste der vor Ort identifizierten ÖsterreicherInnen.

Den Angehörigen verstorbener oder nach wie vor vermisster ÖsterreicherInnen wurde im Rahmen eines Gedenkflugs nach Thailand im April 2005 die Möglichkeit gegeben, symbolisch von den Opfern des Tsunami Abschied zu nehmen.

Das weltweit einzigartige Ausmaß dieser Naturkatastrophe und die große Zahl betroffener europäischer TouristInnen in der Krisenregion haben das Krisenmanagement des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und anderer österreichischer und europäischer Institutionen mit einer bislang unbekannten Herausforderung konfrontiert. Aus diesem Grund wird die Koordination und Kooperation für Katastrophen im Ausland mit ähnlichem Ausmaß sowohl mit den zuständigen Stellen im Inland als auch mit den EU-Partnern laufend verstärkt und ausgebaut. So wurde ein für alle beteiligten Institutionen einheitliches Datenerfassungssystem aufgebaut. In einem eigens eingerichteten Call Center können speziell geschulte MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten Informationen über vermisst gemeldete Personen entgegen nehmen. Zudem kann ein Einsatzteam von freiwilligen MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Krisenfall jederzeit in die Krisenregion entsandt werden. Diesem Team wird zur Unterstützung der betroffenen

Vertretungsbehörden im Ausland auch eine verbesserte technische Ausstattung zur Verfügung stehen. Auf EU-Ebene schlug Österreich darüber hinaus die Schaffung von gemeinsamen Kriseneinsatzteams vor. Zur besseren Vorbereitung auf mögliche Krisenszenarien und damit zu einer verbesserten Unterstützungsmöglichkeit von ÖsterreicherInnen im Ausland werden laufend Evaluierungen von möglichen Krisenregionen vorgenommen.

Österreich hat im Zuge der Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika umfassende Hilfe geleistet. Die Bundesregierung stellte unmittelbar nach dem Seebeben 1 Million Euro an österreichische Hilfsorganisationen zur Durchführung humanitärer Notmaßnahmen im Katastrophengebiet zur Verfügung. In der Folge beschloss sie mit den Gebietskörperschaften ein umfassendes Wiederaufbauprogramm in der Höhe von 49 Millionen Euro für den Zeitraum von drei Jahren. Daran beteiligen sich der Bund mit 33 Millionen Euro, die Bundesländer mit 10 Millionen Euro sowie die Städte und Gemeinden mit 6 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Aktion „Nachbar in Not“ und anderer Initiativen private Spenden von mehr als 37 Millionen Euro für Projekte in der Region aufgebracht.

Unter der Federführung von Bundesministerien, Bundesländern, Gemeinden und Städten werden in zwölf Schwerpunktbereichen konkrete Wiederaufbauprojekte umgesetzt: Schulkooperation, nationale Versöhnung, Schutz von Kindern und Frauen, Wiederaufbau von Dörfern, Umweltschutz, Minenräumung, Wasseraufbereitung, Infrastrukturaufbau, Wirtschaftsbelebung, Ausbildung und Tourismus. Zur Sicherstellung der Kohärenz, Transparenz und Effizienz der österreichischen Hilfsmaßnahmen wurde eine zentrale Koordinationsstelle unter Leitung von Bundesminister a.D. Ernst Strasser eingerichtet.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beteiligt sich an der vom Bund zugesagten Gesamthilfe für Südostasien und Ostafrika mit Kofinanzierungsmitteln der OEZA von 2,1 Millionen Euro.

Im Gefolge des Tsunami wurde von der Bundesregierung die Einrichtung eines Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland beschlossen. Der Fonds hat das Ziel, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Der Fonds wird über Zuwendungen des Bundes, anderer Körperschaften und sonstiger öffentlicher und privater Geber gespeist. Über die Verwendung der Mittel entscheidet in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung.

E. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA)

I. Einleitung

Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und **Umweltschutz** bilden den Kern des Konzepts der OEZA. Die partnerschaftliche Einbeziehung der betroffenen Menschen, der Einsatz angepasster Technologien, die Berücksichtigung der kulturellen Dimension von Entwicklung sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen sind Grundprinzipien, die in Programmen und Projekten umzusetzen sind. Im Mittelpunkt der österreichischen Anstrengungen stehen vor allem benachteiligte Bevölkerungsgruppen, besonders in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

1. Internationale Grundlagen

Im September 2000 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der VN acht grundlegende **Millenniums-Entwicklungsziele** (MDGs), um die weltweite Armut und ihre Folgen stärker und koordinierter als bisher zu bekämpfen, menschliche Würde und Gleichberechtigung zu fördern und Frieden, Demokratie sowie ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Um diese Ziele bis 2015 umzusetzen, sind gemeinsame Anstrengungen aller Nationen notwendig. Die Industrieländer sind vor allem in vier Bereichen gefordert: Entschuldung der ärmsten Länder, besserer Zugang zu neuen Technologien und Innovationen für Entwicklungsländer, Abbau von unfairen Handelshemmnissen und Zöllen und eine Steigerung der wirtschaftlichen Unterstützung sowie der Ausgaben für Entwicklungshilfe.

2. Mehr Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahr 2002 wurde über die Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und über Möglichkeiten zur Ankurbelung der Wirtschaft in Entwicklungsländern diskutiert. Bereits vor der Konferenz hatte die EU ihr Vorhaben bekannt gegeben, den Durchschnitt ihrer Entwicklungshilfe-Ausgaben bis 2006 auf 0,39% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Dem entspricht die Zusage aller EU-Länder, das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe-Leistungen bis 2006 auf zumindest 0,33% des BNE zu erhöhen.

Im Jahr 2002 investierte Österreich 0,26% seines BNE in die Entwicklungszusammenarbeit. Im Jahr 2003 sank der Betrag aufgrund eines von Österreich nicht beeinflussbaren Ausfalls von erwarteten Schulden-Streichungen und der vorzeitigen Tilgung von Entwicklungshilfekrediten auf 0,20% des

BNE. Im Jahr 2004 ist erstmals seit vielen Jahren eine substanzielle Erhöhung der im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten budgetierten bilateralen Entwicklungszusammenarbeit erfolgt. Gemäß Vorausmeldung an die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) betragen die österreichischen Entwicklungshilfeleistungen 2004 0,24% des BNE.

3. Nachhaltigkeit von Entwicklung

Um Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit längerfristig abzusichern, müssen institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer gestärkt werden. Österreich unterstützt seine Partnerländer bei der Erarbeitung und Umsetzung angepasster Politiken und Strategien (beispielsweise in den Sektoren Wasser und Abwasser, gute Regierungsführung, Justizreform und Grundsicherung). Dabei ist die OEZA traditionell auch im dezentralen Bereich tätig, da die Stärkung dezentraler und lokaler Entwicklungsprogramme demokratische Prozesse fördert, bessere Dienstleistungen sicherstellt und eine nachhaltige Ressourcen-Nutzung forciert – wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von armutsmindernden Programmen der OEZA.

4. Gesetzliche Grundlagen

Das **Entwicklungszusammenarbeitsgesetz,** das im Februar 2002 vom Nationalrat verabschiedet wurde, bildet die Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik und enthält einen konkreten Ziel-Katalog, der für die gesamte Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorschreibt. Die Koordinationsfunktion wird vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wahrgenommen.

In einer **Novelle** zum EZA-Gesetz im Jahr 2003 wurde die Übergabe der operativen Tätigkeiten an eine eigene Gesellschaft, die **Austrian Development Agency** GmbH (ADA), geregelt. Die Gesellschaft nahm mit 1. Jänner ihre Tätigkeit auf. Die strategischen Vorgaben für die Tätigkeiten der ADA werden von der Sektion für Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten formuliert.

II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

1.1. Schlüsselregion Zentralamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador)

Die soziale Situation der Bevölkerung Zentralamerikas ist nach wie vor durch die sehr ungleiche Einkommensverteilung, hohe Arbeitslosigkeit,

steigende Kriminalität und die Auswirkungen der anhaltenden Kaffee-Krise geprägt.

Nicaragua erreichte im Rahmen der Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) Anfang des Jahres eine Reduktion der Auslandsschulden um rund 65%, die Inlandsschulden stiegen aber an. Geringes Wirtschafts- und hohes Bevölkerungswachstum führten in den vergangenen Jahren zu realen Einkommensverlusten. Die OEZA war daher – neben der Förderung der ländlichen Entwicklung und der Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe – weiterhin vorrangig im sozialen Sektor tätig, unter anderem durch den Aufbau einer dezentralen, sich selbst tragenden Gesundheitsversorgung. Weiters wurden Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau sowie Maßnahmen zur HIV/AIDS-Prävention unterstützt. Seit 2004 ist Nicaragua Pilotland der Initiative für Harmonisierung und „Alignment“ (Ausrichtung der Geber-Programme auf die Bedürfnisse und Prioritäten der Empfängerländer) des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD.

In **Guatemala** stellen Rechtsunsicherheit und die sozialen Folgen der ungleichen Landverteilung ein großes Problem dar. Die OEZA konzentrierte sich deshalb auf Maßnahmen im Sozialwesen wie etwa die rechtliche Unterstützung für die indigene Bevölkerung, und widmete sich weiterhin der ländlichen Entwicklung sowie dem bereits erfolgreich gestarteten Aufbau der Wasserversorgung.

El Salvador zählt zu den politisch stabilsten Ländern der Region. Durch Kleinkreditprogramme hat die OEZA die Integration von KleinproduzentInnen in die Wirtschaftsentwicklung verstärkt. Verbesserter Marktzugang für alternative Landwirtschaftsprodukte sowie diverse, vor allem frauenspezifische Bildungsprogramme sollen die ländliche Entwicklung vorantreiben.

1.2. Schlüsselregion Westafrika (Burkina Faso, Kap Verde, Senegal)

Das politische und wirtschaftliche Klima in der Region Westafrika war durch die instabile politische Situation in Sierra Leone, Liberia, Guinea und Guinea-Bissau sowie die schwere Krise in Côte d’Ivoire gekennzeichnet. Angesichts dieser Krisenherde leistete die OEZA über die Projekte des CREAF (Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung) und PASPA (Strategische Partnerschaft für den Frieden) einen Beitrag zur Konflikt-Prävention.

In **Burkina Faso** erhielt die Dezentralisierungspolitik durch einen Entscheid des Verfassungsgerichtshofs neuen Schwung. 2005 sollen erstmals landesweite Gemeindewahlen abgehalten werden. Die OEZA setzte ihre Schwerpunkte in den Bereichen ländliche Entwicklung, Bildung und Berufsausbildung sowie Aufbau von Kleinunternehmen fort. Seit 2004 wird

stärker auf die Harmonisierung der OEZA-Aktivitäten mit den nationalen Prioritäten zur Armutsbekämpfung geachtet.

In **Kap Verde** haben eine Heuschreckenplage und die extrem schlechte Regenzeit die ohnehin niedrigen Ernten weiter verringert. Die Modernisierung und Diversifizierung der Landwirtschaft war daher ein Hauptanliegen der Regierung, zu dem ein neues Strategie-Programm für 2005–2008 vorgelegt wurde. Die OEZA unterstützt dieses Programm in den Bereichen Bildung, Dezentralisierung und Wasserversorgung. Zusätzlich werden im Zeitraum 2003–2005 jährlich 800.000 Euro zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bereitgestellt.

Senegal wurde als eines der 16 potenziellen Empfängerländer für Mittel aus dem so genannten „Millennium Challenge Account" (Konto für die Herausforderungen des Jahrtausends) der US-Regierung ausgewählt. Im Rahmen des bereits vorgelegten Landessektor-Programms setzte die OEZA auf nachhaltige ländliche Entwicklung. Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz greifen dabei ineinander. Zusätzlich wurde durch den weiteren Aufbau von Berufsorganisationen, die Zusammenarbeit mit NGOs und lokalen Gebietskörperschaften die senegalesische Zivilgesellschaft gestärkt und damit auch ein Beitrag zur Demokratisierung und zur Sicherung des Friedens geleistet.

1.3. Schlüsselregion Ostafrika (Äthiopien, Uganda, Ruanda, Burundi, Kenia, Tansania)

Im März wurde die erste Ostafrikanische Zollunion zwischen Kenia, Uganda und Tansania geschaffen. Bis 2013 soll die Ostafrikanische Gemeinschaft in eine politische Föderation umgewandelt werden. Allerdings bestanden noch regionale Konflikte zwischen Ruanda, Burundi und der Demokratischen Republik Kongo.

Das Partnerland **Äthiopien** erreichte im Mai den so genannten „completion point" (Erfüllung der Bedingungen für die Entschuldung) im Rahmen der HIPC-Entschuldungsinitiative. Dies führte zu einer massiven Entschuldung von beinahe zwei Milliarden Dollar. Neben den Sektoren Nahrungssicherheit, Gesundheit, Energieversorgung, Gender und Demokratie setzte die OEZA erstmals Maßnahmen im Bereich „Wirtschaft und Entwicklung".

Uganda wird wegen seiner großen Erfolge in der Armutsbekämpfung, der Dezentralisierung und der weitgehend transparenten Budgetgestaltung als ein führendes Reform-Land in Afrika angesehen. Die OEZA konzentrierte sich auf die Bereiche Wasserversorgung, gute Regierungsführung und Privatsektoren-Entwicklung. Aufgrund der dramatischen Situation durch den gewaltsamen Konflikt in Norduganda entwickelte die OEZA eine Norduganda-Strategie und startete erste Projekte zum Wiederaufbau der Sozialstruktur und zur Unterstützung von Flüchtlingen und KindersoldatInnen.

In **Ruanda** wurde des Genozids vor zehn Jahren in ruhiger, wenn auch angespannter Atmosphäre gedacht. Die Freiheit der Zivilgesellschaft war zugunsten des Ziels der nationalen Einheit und Sicherheit weiterhin sehr stark eingeschränkt. Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie Dezentralisierung und Demokratieförderung waren die Schwerpunkte der OEZA. Besonders der Justizbereich wurde bei der juristischen Aufarbeitung des Genozids unterstützt.

In **Burundi** stand das Jahr 2004 im Zeichen der Umsetzung des Friedensabkommens von Arusha. Die Regierung arbeitete an Strategiepapieren zur Armutsminderung (PRSP) und plant, 2005 den „decision point" der HIPC-Entschuldungsinitiative (Erfüllung der Bedingungen für den Eintritt in die HIPC-Initiative) zu erreichen. Die Aktivitäten der OEZA konzentrierten sich auch 2004 auf die Bereiche Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie Demokratie und Menschenrechte. Die sukzessive Erhöhung der österreichischen Budgetmittel wurde im Falle einer erfolgreichen demokratischen Entwicklung Burundis zugesichert.

In **Kenia** arbeitete die OEZA nach wie vor in den Sektoren Wasserversorgung und gute Regierungsführung. Neben der Fortführung des Nationalen Zivilen Bildungsprogramms (NCEP) ist der Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Gute Regierungsführung, Justiz und Sicherheit geplant. In **Tansania** bildeten Dezentralisierung und Wirtschaftsentwicklung, vor allem in der Nahrungsmittelverarbeitung, die Schwerpunkte der OEZA.

1.4. Schlüsselregion Südliches Afrika (Mosambik, Simbabwe, Namibia, Südafrika)

Die EU und sieben Länder der SADC begannen Anfang Juli mit den Verhandlungen über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, mit dem der Handel, die Liberalisierung des Handels und die regionale Integration gefördert werden sollen. Der Faktor, der jedoch zum Rückgang der Indikatoren menschlicher Entwicklung in der Region beitrug, ist HIV/AIDS, das die durchschnittliche Lebenserwartung in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara auf 40 Jahre oder weniger verringerte.

Mosambik ist derzeit eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder in Subsahara-Afrika, die mosambikanische Volkswirtschaft ist aber trotzdem nicht selbsttragend. Schwerpunkte der OEZA waren Dezentralisierung und ländliche Entwicklung in der Provinz Sofala.

In **Simbabwe** war die Bevölkerung weiterhin von einer Hungersnot bedroht. Die regierende Partei ließ keine humanitäre Hilfe ins Land. Die Wirtschaft schrumpfte in den letzten fünf Jahren um 40%. Angesichts der EU-Sanktionen erfolgte keinerlei bilaterale Zusammenarbeit. Projekte der Zivilgesellschaft zur Förderung der Demokratisierung wurden aber weiterhin unterstützt, vor allem in den Grenzgebieten zu Mosambik und Südafrika.

Demokratie- und Friedenssicherung waren auch in **Namibia** oberste Ziele der OEZA. Seit der Unabhängigkeit hat in Namibia in diesen Bereichen eine enorme Verbesserung stattgefunden. Zur weiteren Konsolidierung sind Verbesserungen im Rechtsbereich dringend notwendig. Die OEZA unterstützte diese Reformen durch den Aufbau lokaler Strukturen und die Entwicklung sozial angepasster Justiz- und Strafvollzugsmodelle.

Südafrika benötigte weiterhin internationale Hilfe bei der Beseitigung der Folgen der Apartheid sowie Unterstützung bei der Modernisierung des Staates und der Integration in den Weltmarkt. Die OEZA engagierte sich für Demokratie-Förderung durch den Aufbau von lokalen Strukturen, die Dezentralisierung der Staatsverwaltung, den Zugang zum Rechtssystem und die Durchsetzung der Rechte der Bevölkerung.

1.5. Schlüsselregion Himalaya-Hindukush (Bhutan, Nepal, Pakistan)

Die Region war wegen inner- und zwischenstaatlicher Konflikte politisch instabil, was auch die Arbeit der OEZA prägte. Nach wie vor wurden aber länderübergreifende Projekte zur ländlichen Entwicklung gefördert.

Das Partnerland **Bhutan** verzeichnete in den letzten Jahren Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und des Bildungssystems. Die OEZA trug mit ihren Projekten in den Sektoren Energie, ländliche Entwicklung sowie Tourismus und Kultur maßgeblich zu den Entwicklungserfolgen bei. Das Wasserkraftwerk Basochhu, eines der größten Projekte der OEZA, kann bereits im März 2005 in Vollbetrieb genommen werden.

Das Partnerland **Nepal** leidet noch immer unter dem bewaffneten Konflikt mit den „maoistischen“ Rebellen. Das Wirtschaftswachstum lag zwar bei rund 3,6%, hätte aber ein größeres Potenzial. Vor allem der Tourismusbereich ist durch den Konflikt stark betroffen. Deshalb konzentrierte die OEZA ihre Kooperation mit lokalen und österreichischen Organisationen auf ländliche Entwicklung, Ausbau des sanften Tourismus sowie die Erhaltung des bhutanischen Kulturerbes.

In **Pakistan** setzte die OEZA ihre Zusammenarbeit mit der NGO Frontier Primary Health Care (FPHC) im Nordwesten des Landes fort und unterstützte afghanische Flüchtlinge mit einer Basisgesundheitsversorgung. Ein Pilotprojekt zur Stärkung der Rolle und Rechte von Frauen und Mädchen wurde begonnen.

2. Bilaterale Ostzusammenarbeit

2.1. Schlüsselregion Südosteuropa

Die unterschiedliche wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung in Südosteuropa und die damit verbundene Gefahr weiterer politischer Instabilität blieben die zentralen Herausforderungen der Österreichi-

schen Ostzusammenarbeit. Zur Stärkung der gesamten Region förderte die OEZA wirtschaftliche Entwicklung, Demokratisierung sowie länderübergreifende, regionale Kooperationen. Besonderes Augenmerk legte die Österreichische Ostzusammenarbeit auf berufsbildende Maßnahmen. Dadurch sollen Arbeitsplätze geschaffen, Einkommen generiert und soziale Spannungen entschärft werden.

Nach den Kriegsjahren am Westlichen Balkan spielen der Stabilitätspakt und die Assoziierungsabkommen mit der EU eine herausragende Rolle für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Perspektive eines EU-Beitritts bleibt für die Länder des Westlichen Balkan ein wesentliches Instrument für Stabilisierung und rechtsstaatliche Entwicklung (siehe Kapitel A.I. und A.IV.3.2.).

Die Reformen kamen in **Albanien** nur langsam voran. Das mittelfristige Wirtschaftswachstum und die Armutsbekämpfung wurden durch die politische Unsicherheit gefährdet. Die Rahmenbedingungen für Unternehmen waren ungünstig und boten daher wenig Anreize für Investitionen. Die 2004 begonnene Evaluierung der Ostzusammenarbeit mit Albanien soll die Grundlage für ein neues Programm zur bilateralen Zusammenarbeit liefern. 2004 setzte die OEZA Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Beschäftigung, Umweltschutz sowie Wasser- und Energieversorgung. Das besonders erfolgreiche Programm „Wasserversorgung Shkodra“ wurde im Dezember durch einen Zusatzvertrag um 1,2 Millionen Euro aufgestockt.

In **Bosnien und Herzegowina** war das Kernanliegen der OEZA nach wie vor die Stabilisierung und der Wiederaufbau der multiethnischen Gesellschaft. Schwerpunkte waren neben der Flüchtlingsrückkehr die Bereiche Wasserversorgung, höhere Bildung sowie die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen. Ziel war, die schwache Wirtschaft zu stärken und so den Lebensstandard zu verbessern.

In **Kroatien** konzentrierte sich die OEZA auf den Sektor Wirtschaft und Beschäftigung. Mit einem Tourismusprojekt wurden erste Impulse für die Ankurbelung der Wirtschaft in Ostslawonien gesetzt. Im Bildungsbereich wird das Berufsschulwesen im Rahmen eines regionalübergreifenden Projekts modernisiert. Dabei wurden in kroatischen Wirtschaftsschulen so genannte „Übungsfirmen“ eingerichtet.

Politisches Kernthema in **Mazedonien** war und ist die Dezentralisierung. Die anhaltenden ethnischen Spannungen verzögerten den gesellschaftlichen Transformationsprozess. Voraussetzung für politische und soziale Stabilität ist die Schaffung eines funktionierenden rechtsstaatlichen Systems. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation setzte die OEZA zwei Projekte um: eines zur wirtschaftspolitischen Analyse und Strategieentwicklung, das andere zielte auf den Aufbau einer Investitionsförderungsagentur ab.

Die Ostzusammenarbeit mit **Serbien und Montenegro** (einschließlich **Kosovo)** erlebte ein Jahr der Reorganisation: Das Koordinationsbüro Belgrad wurde personell völlig neu besetzt und ist nun nicht mehr für Bulgarien, Moldau und Rumänien zuständig. Programmatisch konzentrierte sich die OEZA im letzten Jahr auf die Bereiche Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Umweltschutz sowie Wirtschaft und Beschäftigung. So soll zur Verbesserung der dramatischen Arbeitsmarktlage beigetragen und damit die politische und soziale Stabilität gesichert werden.

Moldau, das ärmste Land Europas, ist seit 2004 neues Schwerpunktland der Ostzusammenarbeit. Vorrangig für die Zusammenarbeit ist der Sozialsektor, wo ein umfangreiches Kinder- und Jugendschutzprogramm gestartet wurde.

Bulgarien erzielte mit 4% Wachstum einen wirtschaftlichen Aufschwung. Im Sektor Umwelt lief die dritte Phase der Unterstützung für bulgarische Umweltinstitutionen erfolgreich an. ExpertInnen des österreichischen Umweltbundesamtes berieten beim Aufbau von Umweltnetzwerken und elektronischer Datenauswertung. Ab 2005 wird die Bulgarische Umweltagentur dadurch in der Lage sein, den öffentlichen Zugang zu Umweltdaten über das Internet wesentlich benutzerfreundlicher anzubieten. Zur Wirtschaftsentwicklung wurden BetriebsgründerInnen mit diversen Beratungsangeboten, Vernetzung und Förderungen unterstützt.

Die OEZA wurde mit **Rumänien** aufgrund der Fortschritte des Landes im EU-Integrationsprozess schrittweise reduziert. Die OEZA konzentrierte sich auf das Umweltsanierungsprojekt in Baia Borsa. Dank der österreichischen Finanzhilfe konnten im November die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen der Bergbaudeponie Baia Borsa-Novat beendet und damit das hohe Unfallrisiko gestoppt werden. Mit der Stadtgemeinde Temesvar wurde eine Ökoprofit-Kooperation für die Region Temesvar geplant, die ab 2005 umgesetzt wird.

2.2. Osteuropa und Zentralasien

In der Region Osteuropa und Zentralasien war aufgrund der notwendigen Konzentration der Mittel wie in den vergangenen Jahren nur ein punktuelles Engagement in den Bereichen Bildung und Rechtsstaatlichkeit möglich. Es wurde ein neues Instrument für die Kofinanzierung von Vorhaben in den OEZA-Partnerländern in Südosteuropa und Zentralasien geschaffen. Damit konnten zusätzliche Projekte unter anderem mit den Schwerpunkten Konfliktprävention, Menschenrechtserziehung, Stärkung von Sozialeinrichtungen, insbesondere im Behindertenbereich, sowie Bekämpfung von HIV/AIDS durchgeführt werden. Die Österreichische Ostzusammenarbeit unterstützte weiterhin über das beim Österreichischen Städtebund angesiedelte Know-How-Transfer-Centre zahlreiche Verwaltungskooperationen

zwischen Österreich und der Region sowie Stipendienprogramme, die an der Diplomatischen Akademie Wien durchgeführt wurden.

3. Sonderprogramme

3.1. Sonderprogrammland Palästina

Der andauernde gewaltsame Konflikt überschattete weiterhin die gesamte Region. Nach einer kurzfristigen Erholung verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten. In der Kooperation mit Palästina verfolgte die OEZA eine Mischung aus direkten Hilfsmaßnahmen und regulären Entwicklungsprojekten, wie beispielsweise das Zentrum für chronische Krankheiten. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung, Konfliktprävention und Friedenssicherung gesetzt.

3.2. Afghanistan

Nach den Wahlen im Oktober in Afghanistan war Unterstützung für Entwicklung und Demokratisierung des Landes durch die internationale Gemeinschaft besonders wichtig. Österreich beteiligte sich an den internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau durch Maßnahmen in den Bereichen Entminung, Drogenbekämpfung und Frauenförderung, so etwa durch Förderung von Minensuchteams in Kooperation mit dem VN-Dienst für Antiminenprogramme im südlichen Afghanistan oder in Zusammenarbeit mit dem Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) beim Aufbau von Grenzkontrollen und eines funktionierenden Justizsystems zur Eindämmung des Drogenhandels.

Im Rahmen der bilateralen Projekte standen Wiederaufbau und Frauenförderung im Vordergrund. Kindergärten in Kabul und Jalalabad sowie Schulen und ein Krankenhaus in der Provinz Nangahar wurden mit österreichischer Hilfe aufgebaut. Im Norden des Landes wurde ein umfassendes Frauenförderungsprogramm gestartet.

3.3. Irak

Unmittelbar nach Kriegsende im Irak sagte Österreich bei der Madrid-Konferenz 1,7 Millionen Euro an humanitärer Hilfe zu. Diese Mittel sollten vor allem vom Krieg besonders betroffenen Kindern zugute kommen. Zusätzlich zur medizinischen Versorgung von Kindern sanierte die OEZA ein Spital in Shatra und sicherte damit die Basisgesundheitsversorgung im Süden des Landes. Gemeinsam mit Slowenien wurde ein Projekt zur psychosozialen Betreuung für traumatisierte Kinder und ihre Eltern durchgeführt.

4. Themen und Sektoren

Die **Bekämpfung der weltweiten Armut** in all ihren ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen ist das vorrangige Ziel der OEZA. Dieser grundsätzliche Anspruch wurde in den internationalen Geberforen des DAC-Netzwerks für Armutsbekämpfung (DAC-POVNET), der Europäischen Kommission und der Weltbank weiterverfolgt. Ein in diesem Zusammenhang erforderliches Dokumentations- und Indikatoren-system wurde am Beispiel konkreter Landesprogramme von Senegal, Burkina Faso und Tansania weiterentwickelt.

Im Bereich **Ländliche Entwicklung** verfügt Österreich über anerkanntes Know-how und trug damit wesentlich zur Armutsbekämpfung in Partnerländern bei. Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, wo die Infrastruktur schlecht ist und kaum Zugang zu grundlegender Versorgung besteht. Durch angepasste Technologien, Wissensvermittlung und Infrastrukturaufbau wurden die Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessert. Neben Aktivitäten vor allem in afrikanischen Ländern wurde auch ein integratives Regionalprojekt für Nordalbanien begonnen. Gleichzeitig unterstützte die OEZA die Bevölkerung in den Partnerländern, sich zu organisieren und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die OEZA-Strategie zur Unterstützung der Dezentralisierungsprozesse in Ost- und Südafrika wurde aktualisiert.

Im Rahmen der Förderung von **Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten** und **guter Regierungsführung** unterstützte die OEZA eine internationale Konferenz zu den Großen Seen in Ostafrika, den Friedensprozess in Sri Lanka und ein System zur Früherkennung von Konflikten. In West- und Ostafrika wurden Ausbildungsseminare zur **Friedenssicherung und Konfliktprävention** durchgeführt und die Netzwerkbildung gestärkt. In Südosteuropa informierten regionale Workshops über den Einsatz des Handbuchs für Menschenrechte, das im Rahmen des Netzwerks Menschliche Sicherheit entwickelt wurde. Besonderes Augenmerk galt dem Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten im Irak, in Südosteuropa und in Norduganda. Dieser besonders sensible Bereich wird ein wichtiger Schwerpunkt bleiben, ebenso wie die Bereiche Frauen, Minderheiten oder Menschen mit Behinderung weiterhin speziell berücksichtigt werden.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** ist ein wesentliches Prinzip der OEZA. Es wurden alle bilateralen und ein Großteil der multilateralen Projekte einer Überprüfung hinsichtlich Gender-Kriterien unterzogen. International beteiligte sich die OEZA am DAC-Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter (GENDERNET).

Die Förderung von **Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben** (MKMB) soll die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und zu mehr Volkseinkommen führen. Große Bedeutung hatte dabei weiterhin die Entwicklung lokaler Wirtschaftskreisläufe von der Produktion bis zur Vermarktung. Zusätzlich wurden

Instrumente der Wirtschaftsförderung in Entwicklungsländern und in Südosteuropa weiterentwickelt, um die Dienstleistungsqualität von Finanzinstitutionen und Regierungsstellen zugunsten vernachlässigter Zielgruppen zu verbessern.

Der Arbeitsbereich **Wirtschaft und Entwicklung** wurde auf- und ausgebaut. Er brachte einerseits Expertise zur Privatsektorentwicklung in die Regional- und Länderprogramme ein und sollte andererseits Kooperationsprogramme mit der heimischen Wirtschaft im Rahmen der OEZA vorantreiben. Ziel war die direkte Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und die Nutzung des privatwirtschaftlichen Potenzials für Entwicklung. Zur Kooperation mit der heimischen Wirtschaft wurde ein Instrumentarium weiterentwickelt, das sich in „Unternehmenspartnerschaften“, so genannten „Business-to-Business-Projekte“, und in „Entwicklungspartnerschaften“ zwischen öffentlichen und privaten Partnern gliedert.

Nachhaltige Entwicklung ist ohne **Bildung und Ausbildung** nicht erreichbar. Im Bildungsbreich förderte die OEZA insbesondere Programme der beruflichen Aus- und Fortbildung wie auch Maßnahmen auf Grundbildungsebene. Ebenso wurde der Aufbau der institutionellen und personellen Kapazitäten in den Partnerländern weiterhin unterstützt. Nach einer Programmentwicklungsphase wurde das Nord-Süd-Dialog-Stipendienprogramm 2004 stärker auf Partnerländer der OEZA sowie entwicklungsrelevante Themen fokussiert.

Im Sektor **Energie** förderte die OEZA vor allem den Aufbau der Stromversorgung in ländlichen Gebieten, besonders in Bhutan und Äthiopien. Neben der entsprechenden Infrastruktur standen auch die Ausbildung lokaler MitarbeiterInnen und der Aufbau lokaler Unternehmen für den erfolgreichen eigenständigen Betrieb der Energieversorgung im Zentrum. Die Ausweitung des österreichischen Engagements im Bereich Solarthermik in Albanien, Bhutan und Mazedonien wurde vorbereitet. Außerdem begann die OEZA ein Projekt für verbesserte Biomasse-Öfen in Bhutan. Im Rahmen der EU beteiligte sich die OEZA führend an der Initiative „Energie zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung“. Mit einem neuen Finanzierungsinstrument unterstützt Österreich gemeinsam mit anderen EU-Staaten die Partnerländer bei der Erstellung von nachhaltigen Energieausbaukonzepten. Als erstes gemeinschaftliches Projekt wurde eine Studie zum wirtschaftlichen Ausbau netzgebundener Windkraftwerke für Äthiopien durchgeführt.

Im **Wassersektor** lag der Schwerpunkt in der Überprüfung der Aktivitäten durch die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) der VN im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Das „South Western Towns Water and Sanitation"-Programm der OEZA in Uganda wurde dabei als Beispiel für beste Verfahrensweisen für regionale Siedlungswasserwirtschaft international anerkannt. Österreich verstärkte sein

Engagement in der EU-Wasserinitiative und entwickelte ein Kommunikations- und Informationssystem. Die bilateralen Programme der OEZA in den Schwerpunktregionen in Uganda, Mosambik, Ruanda, Palästina und Kap Verde wurden weiterentwickelt und in die nationalen Wassersektoraktivitäten der Partnerländer integriert. Künftig sollen die dezentralen Versorgungssysteme in diesen Ländern in Dachverbänden zusammengefasst werden.

Im Bereich des globalen **Umweltschutzes** zeigten die Bemühungen der OEZA um nationale und internationale Vernetzung Erfolg. Strategische Länder-Umweltanalysen wurden vorbereitet, ein Verfahren zu Umweltwirkungsanalysen ist in Entwicklung. Die OEZA wertete die internationalen Erfahrungen aus der Umsetzung der Biodiversitätskonvention aus und verfolgte unter anderem die Entwicklungen rund um den Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM). Ein erstes CDM-Pilotprojekt mit OEZA-Beteiligung bahnt sich in Folge mit Bhutan an. Rund die Hälfte der Mittel trug im weitesten Sinne zum Umweltschutz bei, etwa 15% zielten konkret auf die Verbesserung der regionalen oder globalen Umweltsituation.

5. Kofinanzierung

Ein bedeutender Anteil der österreichischen Programm- und Projekthilfe wurde über österreichische NGOs abgewickelt. Dazu zählten Projektvorhaben, die auf Eigeninitiative der NGOs basieren und durch Eigenmittel wie auch Mittel der OEZA finanziert werden. Neun österreichische NGOs erhielten Rahmenvereinbarungen und führten über 80 Projekte im Bereich Bildung und Ausbildung, ländliche Entwicklung und Gesundheit durch. Das Instrument „Rahmenvereinbarung“ wurde durch externe KonsulentInnen evaluiert. Im Rahmen der Kofinanzierung für NGO-Projekte in Entwicklungsländern wurden 23 Projekte im Ausmaß von 675.658 Euro unterstützt.

Erstmals gab es auch die Möglichkeit der Kofinanzierung für NGO-Projekte in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien. 15 Vorhaben in der Höhe von 733.234 Euro wurden bewilligt. Eine ergänzende Finanzierung sagte die OEZA für elf EU-kofinanzierte Vorhaben österreichischer Entwicklungsorganisationen in der Höhe von 2.523.480 Euro zu.

6. Evaluierung

Im Jahr 2004 wurden das Landesprogramm Mosambik und die Zusammenarbeit der OEZA mit NGOs im Gesundheitsbereich und in der ländlichen Entwicklung in Nicaragua evaluiert. Weiters wurde die Evaluierung der nunmehr zehnjährigen Kooperation mit Albanien vorbereitet und eine Vorstudie für die 2005 geplante Evaluierung des österreichischen Engagements zur Bewahrung des Kulturerbes in Bhutan erstellt. Mit einer Arbeitstagung in Tirana wurde das Know-how der OEZA hinsichtlich Evaluierung an

albanische Partnerorganisationen weiter gegeben. Ein neues Evaluierungskonzept, das 2004 erarbeitet wurde, bildet die Basis für künftige Evaluierungen in der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit.

III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Seit Beschluss der Millenniumserklärung und der darin verankerten Ziele wurden und werden die Entwicklungsstrategien gerade auch der multilateralen EZA-Organisationen progressiv auf die Zielerreichung ausgerichtet. Außerdem hat die Globalisierung einen Wandel in der internationalen Entwicklungspolitik bewirkt. Verstärkt wird auf die Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft durch die Stärkung von Produktionskapazitäten und den Abbau von Zugangsbeschränkungen zu internationalen Märkten gesetzt. Die weitere Ausbreitung von HIV/AIDS kann ebenfalls nur durch verstärkte internationale Bemühungen wirksam eingedämmt werden. All diese Entwicklungen sind dafür maßgeblich, dass die Koordination der Entwicklungspolitik im Rahmen von internationalen Organisationen und Institutionen einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit spielt im Rahmen des Gesamtkonzepts der österreichischen Entwicklungspolitik eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2004 umfasste sie 261,67 Millionen Euro, wovon 21,08 Millionen Euro an die VN, 160,86 Millionen Euro an die EU und 79,73 Millionen Euro an internationale Finanzinstitutionen und sonstige Organisationen gingen.

1. Die Vereinten Nationen

Das **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP),** das leitende Programm der VN für Koordination und Finanzierung technischer Entwicklungs- und Hilfsaktionen, gewinnt innerhalb des VN-Systems zunehmend an Bedeutung. Es spielte etwa beim internationalen Wiederaufbau für Afghanistan eine wichtige Rolle sowie für die Bedarfsanalysen nach Ende des Irak-Kriegs. Seit dem 2003 beschlossenen „Mehrjährigen Finanzierungsrahmen 2004–2007“ ist UNDP noch stärker als bisher auf folgende fünf strategische Ziele ausgerichtet: Demokratieförderung; Armutsminderung; Energie und Umweltschutz für nachhaltige Entwicklung; Krisenprävention und Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS. Der mehrjährige Reformprozess von UNDP ist im Wesentlichen abgeschlossen und führte zu einer Verlagerung der operativen Arbeit in die Vertretungsbüros.

Österreich leistete nicht nur Beiträge zum UNDP-Kernbudget, sondern auch zu dessen thematischen Fonds „Energie“, „Demokratieförderung“ und „HIV/AIDS“, und entsendet regelmäßig Nachwuchskräfte im Höheren Dienst (JPOs) in die Organisation. Außerdem förderte Österreich UNDP-Programme in Südosteuropa.

Der **Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)** ist ein relativ kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demographischen Entwicklung unterstützt. Seit der VN-Weltbevölkerungskonferenz (Kairo 1994) konzentriert sich UNFPA verstärkt auf den Bereich der Reproduktionsgesundheit. Dabei wurde die Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen, vor allem im Bereich der Familienplanung, medizinischen Betreuung und allgemeinen Grundschulausbildung, in den Mittelpunkt gestellt. Gerade in diesem Zusammenhang bekommt die Bekämpfung von HIV/AIDS eine ständig wachsende Bedeutung auch für UNFPA. Österreich trug diesem Umstand Rechnung und stockte seinen Beitrag zum UNFPA-Kernbudget in ausdrücklicher Anerkennung der Leistungen von UNFPA um 200.000 Euro auf 550.000 Euro auf. Österreich unterstützte UNFPA sowohl mit Beiträgen als auch durch Projektfinanzierung in Afghanistan, Nepal und Äthiopien. Die Aktivitäten von UNFPA insbesondere im Bereich der HIV/AIDS-Bekämpfung standen auch im Mittelpunkt von Gesprächen der UNFPA-Exekutivdirektorin Thoraya Obaid in Wien im Jänner.

Für das **Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)** wurde die Bekämpfung von HIV/AIDS insbesondere in Afrika zunehmend ein Schwerpunkt. Dabei geht es vor allem um die Verhinderung der Mutter-zu-Kind-Übertragung, um Betreuung der Waisen und um den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Infektionen. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit von UNICEF liegen in den Bereichen Immunisierung, Gesundheit und Hygiene. UNICEF ist auch Vorreiter im Bereich der „Child Protection“ (Schutz des Kindes) und dem „Child Rights Approach“ (grundlegender Ansatz, dass Kinder Träger von Rechten sind), der den Schutz der Kinder in den allgemeinen Rahmen der Menschenrechte stellt. Neben seinen Beiträgen zum ordentlichen Haushalt der Organisation finanzierte Österreich unter anderem UNICEF-Projekte in Afghanistan, „Accelerated Learning Program for Girls“ (Beschleunigtes Lernprogramm für Mädchen) und ein Projekt zur Bekämpfung von HIV/AIDS unter Kindern und Jugendlichen in Äthiopien.

Das **JPO-Programm der Vereinten Nationen** ermöglicht jungen AkademikerInnen, einen zweijährigen Einsatz als Bedienstete einer internationalen Organisation zu absolvieren. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten trägt dafür die gesamten Einsatzkosten. Mit dem JPO-Programm werden die jeweiligen VN-Organisationen unterstützt und gleichzeitig wird österreichisches Know-how aufgebaut. Es wurden jeweils ein JPO-Einsatz in Kenia, Afghanistan, Südafrika, Burundi, Kap Verde, Malaysia, Simbabwe, Liberia, den palästinensischen Gebieten sowie in Brüssel und den Zentralstellen in New York und Genf finanziert.

Die **Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)** hat sich auf die Hilfe beim Aufbau von nachhaltigen Klein- und Mittelbetrieben in der Industrie spezialisiert. Fragen des Umweltschutzes und der Umweltverträglichkeit von Industrieproduktion werden dabei besonders berücksichtigt. UNIDO bemühte sich verstärkt, die Integration von

Entwicklungsländern in den Welthandel durch die Sicherung von Qualitätsstandards und durch den Aufbau von Produktionskapazitäten zu stärken. Am 23. September wurde ein Kooperationsabkommen zwischen UNIDO und UNDP über die zukünftige Zusammenarbeit auf Länderebene unterzeichnet, die eine verbesserte Vertretung von UNIDO in den Empfänger-Ländern erreichen soll. UNIDO strebt eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission an. Österreich ist Mitglied und derzeit Vizevorsitzender im Rat für industrielle Entwicklung und im Programm- und Haushaltsausschuss von UNIDO. Mit hohen freiwilligen Beiträgen ist Österreich derzeit die siebentgrößte Gebernation. Die österreichischen Mittel flossen vor allem in die Stärkung der Produktionskapazitäten von Klein- und Mittelbetrieben in Entwicklungsländern und in die Förderung von umweltverträglicher Industrieproduktion, so genannte „Cleaner Production Centres“. Ziel der Cleaner Production Centres ist es, in den jeweiligen Ländern eine nationale Kapazität zur kontinuierlichen Umsetzung von Cleaner Production zu schaffen. Österreich finanziert bzw. kofinanziert zehn der 31 von UNIDO errichteten Zentren und hat seit 1994 rund 8,2 Millionen Euro in das „Cleaner Production"-Programm von UNIDO investiert. An der Schnittstelle „Umwelt-Industrie“ ist UNIDO auch für die Globale Umweltfazilität (GEF) als Ausführungsorganisation tätig. UNIDO arbeitet hier unter anderem im Bereich der Abfälle persistenter organischer Schadstoffe (POPs).

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD): Hauptereignis war die zum elften Mal anberaumte UNCTAD-Ministerkonferenz in São Paulo (Brasilien) vom 13.–18. Juni. Dabei wurden ein Konferenzdokument über die Ziele und Aufgaben der UNCTAD für die nächsten vier Jahre sowie eine Ministererklärung verabschiedet. Hervorzuheben ist, dass UNCTAD XI die Bedeutung des Süd-Süd-Handels als Mittel der Integration der LDCs anerkannte. Gleichzeitig wurde in São Paulo die dritte Verhandlungsrunde des Globalen Systems der Handelspräferenzen (GSTP) zur Stärkung des Süd-Süd-Handels durch Zollabbau zwischen den Entwicklungsländern eingeleitet. Mit österreichischer Unterstützung wurde bei UNCTAD XI ein gemeinsam von UNCTAD und UNIDO organisiertes Forum für Technologie-Trends („Technology Fair of the Future“) präsentiert, an dem sich insgesamt 140 innovative Unternehmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, darunter auch sechs österreichische Firmen sowie Wissenschaftsinstitute aus 26 Ländern beteiligten.

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat): Nach der Aufwertung der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen (UNCHS) zu einem Programm im Jahr 2002 konnte UN-Habitat unter der Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka neues Profil gewinnen. Die Verbesserung der Lebensumstände von SlumbewohnerInnen stellt als eines der Ziele der Millenniums-Erklärung der VN ein zentrales Thema von UN-Habitat dar. Der sektorenübergreifende Themenkomplex „Wasser, Sied-

lungshygiene und Siedlungswesen“ ist ein wichtiger Fokus für die Tätigkeit von UN-Habitat. Neben normativer Arbeit führte UN-Habitat auch konkrete Siedlungsprojekte – unter anderem im Irak, in Afghanistan und am Balkan – durch. UN-Habitat organisierte in Barcelona vom 13.–17. September das zweite Welt-Städteforum mit mehr als 4.000 VertreterInnen von Regierungen, Städten, NGOs und ExpertInnen und konnte das Welt-Städteforum damit als globales Forum für SiedlungsexpertInnen etablieren.

2. Die Europäische Union

Die Aktionsschwerpunkte umfassten einerseits EU-interne Politikbereiche wie Kohärenz der Entwicklungspolitik mit anderen Politiken wie Handel und Sicherheit, Ausbau der Effizienz der gemeinschaftlichen Hilfe etwa durch verstärkte Harmonisierung der Prozeduren und Programme sowie eine erste Prüfung der von der Europäischen Kommission vorgelegten Verordnungsentwürfe zu den Außeninstrumenten der EU im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007–2013. Angesichts ihrer Rolle als weltweit größter Geber konzentrierten sich die Anstrengungen der EU des Weiteren auf eine Intensivierung der Arbeiten an der Erreichung der MDGs in gezielt ausgewählten Bereichen. Vor diesem Hintergrund konnte nach substanziellen Debatten und zusätzlich zum bereits vereinbarten Monitoring der Europäischen Kommission über die Erfüllung der Ziele von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung Einigung über ein **einheitliches Berichtsystem** von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten über die Fortschritte zur Erreichung der MDGs vereinbart und die Europäische Kommission mit der Erstellung eines EU-Syntheseberichts beauftragt werden.

Des Weiteren beschloss der Rat, die Möglichkeit einer Festlegung auf ein **neues EU-Zwischenziel für Entwicklungsmittel** über die derzeit vereinbarten 0,33% BNE sowie Möglichkeiten innovativer Entwicklungsfinanzierung zu Beginn des kommenden Jahres zu prüfen. Dies soll auch als ein starker Impuls der EU für dritte Geber im Vorfeld der nächstjährigen MDG-Überprüfungskonferenz der VN wirken.

Sektoriell konzentrierte sich die EU im Einklang mit den Interessen Österreichs insbesondere auf Fortschritte bei der Erfüllung der so genannten Johannesburg Agenda für nachhaltige Entwicklung (WSSD) und Kairo Agenda zu Bevölkerung und Entwicklung (ICPD). So wurde eine erste Zuteilung von 250 Millionen Euro für die Errichtung einer **EU-Wasserfazilität** für AKP-Staaten beschlossen und eine Intensivierung der Anstrengungen im Bereich nachhaltige Energiebewirtschaftung in Entwicklungsländern gefordert. In diesem Kontext legte die Kommission dem Rat bereits einen Vorschlag zur Schaffung einer **EU-Energiefazilität** nach dem Vorbild der Wasserfazilität vor.

Dem negativen Befund bei der globalen Bekämpfung von **HIV/AIDS** und den armutsbedingten Krankheiten Malaria und Tuberkulose begegnete die

EU mit einem Beschluss zur Erstellung eines umfassenden EU-Aktionsplans und der Zuteilung erforderlicher Mittel. Ebenso soll der in der Kairo-Agenda herausgearbeiteten Relevanz von **Sexueller und Reproduktiver Gesundheit bzw. Rechten** als „stilles" MDG verstärkt Rechnung getragen werden.

Die EU begann zudem Verhandlungen mit den AKP-Staaten zur Revision des als Rahmen für die Partnerschaft EU-AKP eingerichteten **Abkommens von Cotonou.** Über die Mehrheit der politischen, strukturellen und technischen Anpassungen konnte bereits Einvernehmen gefunden und die erste Etappe der Verhandlungen im Dezember abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit den AKP-Staaten beschlossen, Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für die Errichtung einer **Afrikanischen Friedensfazilität** zur Verfügung zu stellen. Mittel daraus werden bereits für friedensunterstützende Maßnahmen der AU im Sudan und in Somalia eingesetzt.

Besonders hervorzuheben sind auch die erzielten Fortschritte bei den von OECD und Partnerländern schon seit langem eingeforderten Bemühungen um **Koordinierung, Harmonisierung und Angleichung der EU-Außenhilfeaktionen.** Im Hinblick auf die Vorbereitung des 2005 in Paris stattfindenden Hochrangigen Forums II der OECD wurden Möglichkeiten hierfür geprüft und Empfehlungen abgegeben, deren Umsetzung vom Rat im November beschlossen wurde.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und dem VN-System im Feld wurden ebenfalls fortgesetzt. Zwischen Europäischer Kommission und UNDP kam es im April zum Abschluss eines Memorandums of Understanding, mit dessen Umsetzung bereits begonnen wurde. Die Europäische Kommission verhandelt weitere strategische Partnerschaften mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (FAO), UNCTAD, dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (UNHCR), Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), Welternährungsprogramm (WFP), UNICEF sowie UNIDO.

Im Kontext mit den WTO-Agrarverhandlungen und der Doha-Entwicklungsagenda beschloss die Union einen **Aktionsplan im Bereich Agrarrohstoffproduktionsketten.** Die EU sieht hier eine Serie von Unterstützungsmaßnahmen vor, insbesondere um die Auswirkungen der Reform des allgemeinen Präferenzsystems auf die am meisten vom Rohstoffhandel abhängigen Entwicklungsländer abzufedern und Entwicklungsländer besser in den Welthandel zu integrieren.

IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe und internationale humanitäre Organisationen

Österreich stellt sich der zunehmenden Bedeutung der humanitären Dimension in den internationalen Beziehungen und der solidarischen Mitverantwortung. Um einen effektiven Beitrag in Kohärenz mit den Hilfsbemühungen der internationalen Gemeinschaft zu leisten, orientiert sich Österreich an den Leitlinien der EU, Internationalen Konventionen und den Grundsätzen der Good Humanitarian Donorship (Gute Humanitäre Hilfe) und stimmt die landesspezifischen humanitären Hilfsinterventionen mit der internationalen Gemeinschaft ab.

1. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Für Maßnahmen der Humanitären Hilfe sind in der Regel außerordentliche Mittel unter dem Titel „Sondermaßnahmen der Bundesregierung im Ausland“ über einen Ministerratsvortrag anzusprechen. Dies erfolgte mit einer weiteren Zuweisung von 1 Million Euro für die Opfer der Kämpfe in **Darfur**, die über die ADA an das IKRK und im Wege von „Nachbar in Not“ an dort tätige österreichische NGOs ausbezahlt wurden. Zuvor waren schon 200.000 Euro an regulären EZA-Mitteln für eine erste Hilfe für Flüchtlinge aus Darfur über WFP und UNHCR aufgewendet worden.

Für Schwerpunkts- und Kooperationsländer der OEZA kann dringende humanitäre Unterstützung von der neugegründeten ADA im Rahmen ihrer Länderprogramme geleistet werden. So wurde im Herbst die Heuschrecken-Bekämpfungsaktion der FAO im **Senegal** zur Vorbeugung schwerster Ernteausfälle mit 400.000 Euro unterstützt.

Weitere humanitäre Hilfsleistungen erfolgten durch die Bundesministerien für Inneres und Landesverteidigung zugunsten der Opfer des Terrorangriffs auf eine Schule im nordossetischen **Beslan.** Auf Ersuchen Russlands wurde am 8. September ein Flugzeug mit medizinischem Nachschub gesandt. Zur Ausbildung von SpezialistInnen für posttraumatische Therapie in Nordossetien wurde von der Bundesregierung ein Betrag von 290.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die vorjährige medizinische **Evakuierungsaktion für irakische Kinder** wurde bis auf zwei Patienten abgeschlossen. Sie bedürfen nach schweren Eingriffen entsprechender Nachbehandlung in Graz.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ist für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 in Österreich zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt aufgrund einer Empfehlung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. 1,49 Millionen Euro wurden auf **Kap Verde** (800.000 Euro) sowie für humanitäre Hilfe in **Norduganda**

(390.000 Euro) und in der **Demokratischen Volksrepublik Korea** (300.000 Euro) aufgeteilt.

Die Bundesregierung leistet auch über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission **(ECHO)** weltweit humanitäre Hilfe. Das Budget von ECHO betrug 2004 rund 500 Millionen Euro, wobei Österreich rund 2,6% beitrug.

In **Marokko** gab es nach dem Erdbeben Ende Februar einen größeren Einsatz österreichischer Katastrophenhilfskräfte unter Beteiligung des Bundesheers und erfahrener MitarbeiterInnen von österreichischen Einsatzorganisationen.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

1.1. Antipersonenminenaktionen Österreichs

Das Minenaktionsprogramm des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ist neben seinen wichtigen humanitären, sicherheits- und abrüstungspolitischen Komponenten ein wesentlicher Bestandteil der OEZA und wird in Kohärenz mit den Länderprogrammen gestaltet. Es umfaßt Entminungsprojekte, Bewußtseinsbildung, Minenopferhilfe und Landminenzerstörung. Österreich hat zusammen mit anderen Staaten das Konzept einer minenfreien Region Südosteuropa bis 2009 entworfen. Dort liegt auch neben dem Südöstlichen Afrika der geographische Schwerpunkt dieser Projekte mit einem Gesamtaufwand von 1 Million Euro.

2. Internationale humanitäre Organisationen

2.1. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA)

OCHA hat seit seiner Gründung im Jahr 1998 seine Funktion als **Partner und Koordinator der humanitären Akteure** (Staaten, Internationale Organisationen, andere Teile des VN-Systems, NGOs und Einzelpersonen) weiter ausgeübt. Da OCHA nur rund 11% seines Finanzbedarfs aus dem ordentlichen VN-Haushalt erhält, wird der Rest durch freiwillige Beiträge von Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, aufgebracht.

Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe der Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen **(MCDU).** Im Rahmen des UN Civil Military Coordination (UN-CMCoord) Trainings-Programms wurden unter der Leitung eines früheren österreichischen Offiziers neun Kurse abgehalten, an denen jeweils zur Hälfte zivile und militärische ExpertInnen teilnahmen. Vom 13.–17. Dezember fand ein solcher Kurs auf Einladung des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien statt, an dem auch je ein Vertreter des Bundesministeriums für Inneres und Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten teilnahmen.

Zur Stärkung der Koordinationsfunktionen von OCHA stellte Österreich 40.000 Euro bereit. Österreich finanzierte darüber hinaus einen Rechtsexperten der seit 1. Juli bestehenden Interinstitutionellen Abteilung für Binnenvertriebene und bekräftigt dadurch sein Engagement zum Schutz von Binnenvertriebenen. Schätzungen zufolge gibt es weltweit 25 Millionen Binnenvertriebene aufgrund bewaffneter Konflikte, somit mehr als doppelt so viele Binnenvertriebene als Flüchtlinge. Unter Einschluß der von Naturkatastrophen oder Infrastrukturprojekten Vertriebenen beträgt die Gesamtzahl etwa 50 Millionen.

Am 18. Mai stattete Untergeneralsekretär **Jan Egeland,** Leiter des New Yorker OCHA-Büros, Wien einen Besuch ab und traf VertreterInnen des Parlaments, der Regierung sowie der Medien.

2.2. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)

Rund 17 Millionen hilfsbedürftige Menschen waren zum Jahresende vom Mandat des UNHCR erfasst. Mit 6.100 MitarbeiterInnen in 121 Ländern ist UNHCR – neben WFP und UNICEF – eine der größten Hilfsorganisationen, die in allen Erdteilen operativ ist. Bei einem Jahresbudget von rund 1 Milliarde US-Dollar rückte Österreich mit seinem Beitrag von 1.295.189 US-Dollar auf Platz 29 der Geberliste vor. Davon waren 291.000 Euro freiwillige Beiträge, der Rest floss in die Projektfinanzierung.

Die von Flüchtlingshochkommissar Ruud Lubbers 2002 begonnene Initiative „**Konvention Plus“** wurde fortgesetzt, die die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 mit ihrem Zusatzprotokoll von 1977 zur Bewältigung der heutigen Flüchtlingsprobleme ergänzen soll. Ziel sind daher mögliche bi-, tri- oder multilaterale Rahmenabkommen mit unterschiedlichen Aspekten der Flüchtlingsproblematik. Die von Kanada betriebene Initiative über Neuansiedlung von Flüchtlingen in Drittstaaten konnte durch Vorlage eines Multilateralen Vereinbarungsrahmens zur Ansiedlung in Drittländern abgeschlossen werden. Die Arbeiten über „Flüchtlingswesen und Entwicklung“ sowie über „Irreguläre Zweitbewegungen“ wurde fortgesetzt.

Die vom 4.–8. Oktober in Genf abgehaltene 55. Tagung des **UNHCR-Exekutivkomitees** war geprägt von der Rückkehr von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen in ihre Heimat – insbesondere nach Afghanistan – und einer Abnahme der Asylanträge in den meisten (EU-)Staaten. Gleichzeitig waren im letzten Jahr aber auch neue Flüchtlingsbewegungen zu verzeichnen, von denen jene von Darfur in den benachbarten Tschad sicher die größte Aufmerksamkeit auf sich zog.

2.3. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Österreich unterstützte im abgelaufenen Jahr die operative Arbeit des IKRK im Sudan durch eine Beitragsleistung in Höhe von 400.000 Euro, womit in

der Krisenregion Darfur sauberes Wasser und adäquate Sanitär-Einrichtungen für bis zu 500.000 Menschen bereitgestellt wurden. Weitere Projekte zwischen dem IKRK und der ADA wurden in Äthiopien (Landminenprogramm) und im Irak (Nothilfeprogramm) abgewickelt. Verpflichtungen über 699.500 Euro betreffend Norduganda, Irak und ein Minenprogramm in Albanien wurden übernommen. Zum Hauptsitzbudget des IKRK steuerte Österreich 470.000 Euro bei.

F. Die globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen

I. Einleitung

Die Debatte um die Rolle der VN in den internationalen Beziehungen setzte sich nach der im Vorjahr durch den Irak-Krieg ausgelösten Krise fort. Durch die hohe Anzahl der friedenserhaltenden Operationen konnten die VN ihre steigende Bedeutung für die Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt unter Beweis stellen. Schwerpunkt-Themen der inhaltlichen VN-Arbeit bildeten die Konflikte in Afrika, insbesondere die politische und humanitäre Krise in der Region Darfur im Sudan, die Lage im Nachkriegs-Irak, im Nahen Osten, die Hunger- und Armutsbekämpfung sowie der Kampf gegen den Terrorismus. VN-GS Kofi Annan trieb die Arbeiten für eine **grundlegende Reform der Organisation** weiter. Der von ihm eingesetzte Ausschuss eminenter Persönlichkeiten, der im Frühsommer eine substantielle Sitzung in Baden abhielt, stellte den Bericht über die Reform der VN fertig. Der VN-GS legte den Bericht am 2. Dezember der VN-GV vor. Der Expertenbericht geht von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus und macht Vorschläge zur Bewältigung globaler Bedrohungen des 21. Jahrhunderts (Armut, Infektionskrankheiten, Umweltzerstörung, Terrorismus, organisierte Kriminalität, nukleare, chemische und biologische Waffen sowie inner- und zwischenstaatliche Konflikte). Ebenso nennt er konkrete Maßnahmen für institutionelle Reformen.

II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN-GV)

1. Organisatorische Fragen

Die 59. VN-GV wurde am 14. September eröffnet. Zu ihrem Präsidenten wurde der Außenminister von Gabun, Jean Ping, gewählt. Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner leitete die österreichische Delegation und hielt sich vom 22.–24. September in New York auf. Die Schwerpunkte ihrer im Rahmen der Generaldebatte gehaltenen Rede waren der Kampf gegen den Terrorismus, die Reform der VN, internationale Sicherheit, Menschenrechte und die Situation im Nahen Osten, Kosovo und in Darfur. Die Außenministerin erinnerte an die Kandidatur Österreichs für einen nichtständigen Sitz im VN-SR in der Periode 2009–2010 und verwies in diesem Zusammenhang auf die aktiven und engagierten Beiträge Österreichs in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der VN, insbesondere im Bereich der friedenserhaltenden Operationen. Sie hob die Bedeutung des Konzepts „Menschliche Sicherheit“ hervor und verwies auf den Vorsitz Österreichs bei der ersten Überprüfungskonferenz des Antipersonenminenübereinkommens in

Nairobi. Außerdem teilte sie mit, dass Österreich im Jahr 2004 sein Budget für Entwicklungszusammenarbeit um 35% erhöhte. Während der alljährlich stattfindenden Ministerwoche nahm die Bundesministerin am EU-Außenministertreffen teil und führte bilaterale Gespräche mit dem VN-GS, den Außenministern von Ägypten, Jordanien, Südkorea, Tunesien und der Ukraine, mit dem Außenminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, Nabil Sha'ath, sowie mit VertreterInnen verschiedener jüdischer Organisationen. Bundesministerin Ferrero-Waldner nahm im Rahmen ihres Aufenthalts an einem von Kanada organisierten Mittagessen für die Mitglieder des Netzwerks Menschliche Sicherheit teil.

2. Politische Fragen

2.1. Naher Osten

Die VN-GV nahm am 6. Mai eine Resolution zum Status der besetzten Palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems mit 140 gegen sechs Stimmen bei elf Enthaltungen an. Österreich stimmte gemeinsam mit der EU für die Resolution, mit der das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, Israels Verpflichtungen als Besatzungsmacht gemäß 4. Genfer und IV. Haager Konvention sowie die Zwei-Staatenlösung auf Basis der Grenzen vor 1967 bestätigt wurden. Am 20. Juli nahm die 10. Notstandssondertagung eine Resolution über das von ihr im Vorjahr in Auftrag gegebene Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs zu den rechtlichen Konsequenzen des Baus einer Absperrung innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete („Sicherheitsmauer") durch Israel mit 150 gegen sechs Stimmen bei zehn Enthaltungen an. Die EU stimmte geschlossen für diese Resolution. Auch bei den 19 jährlichen Nahostresolutionen fand die erweiterte EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes" und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat" zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für diese Resolutionen, da sie Mitglieder im Ausschuss sind.

2.2. Abrüstung und Internationale Sicherheit

Das Erste Komitee führte seine Beratungen heuer bereits in modifizierter Form zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Komitees durch. Weitere Maßnahmen zur Reform bleiben Gegenstand von Verhandlungen. Im Jahr vor der NPT-Überprüfungskonferenz 2005 stand die Diskussion über nukleare Angelegenheiten wieder im Gegensatz zwischen den Nuklearwaffenstaaten, welche die Nonproliferationsbestimmungen des NPT betonten, und der Bewegung der nichtgebundenen Länder (NAM) und den Staaten der so genannten „New Agenda Coalition" (NAC), welche die Abrüstungsver-

pflichtungen des NPT und das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie hervorhoben. Die NAC (Ägypten, Brasilien, Irland, Mexiko, Neuseeland, Schweden und Südafrika) brachte die Resolution „Beschleunigte Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung“ ein. Zahlreiche der von Österreich im letzten Jahr gemachten Vorschläge sind in diesen Text aufgenommen worden. Österreich hat wie in den vergangenen Jahren diese Resolution miteingebracht. Bei der gegenüber dem Vorjahr unveränderten CTBT-Resolution verlangten die USA abermals eine Abstimmung und erklärten, dass sie den CTBT nicht unterstützten und auch keine Absicht hätten, Vertragspartei zu werden. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Eines der zentralen Themen der diesjährigen Sitzung war die Frage der Verifikation von Abrüstungs- und Nonproliferationsverpflichtungen. Durch die Annahme einer kanadischen, von Österreich miteingebrachten Resolution zum Thema „Verifikation unter allen ihren Aspekten, einschließlich der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verifikation“, kommt es zur Einrichtung eines Expertenpanels im Jahr 2006. Bereits bestehende Regime sollen analysiert, Lücken im System identifiziert und Vorschläge entwickelt werden. Explizit wurde die Erfahrung der Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der VN (UNMOVIC) als relevant für zukünftige Verifikationen auf den Gebieten der biologischen Waffen und der Trägersysteme genannt. Die Resolution wurde mit Konsens angenommen.

Zum ersten Mal wurde ein Resolutionsentwurf zum „Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (HCOC)“ eingebracht. Durch Lobbying einer Gruppe interessierter Staaten (einschließlich Österreich), angeführt vom HCOC-Vorsitz Chile, konnte dieses wichtige Instrument im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Trägersystemen erstmals im VN-Rahmen verankert werden. Die hohe Zahl an Miteinbringern (119) und die hohe Zustimmung für die Resolution (137 Pro-Stimmen) sind besonders erfreulich. Eine neue Resolution über **MANPADS** konnte im Konsens angenommen werden. Damit wird ein für die Zivilluftfahrt zunehmend wichtiges Thema angesprochen: der Schutz vor schultergestützten Raketenangriffen. Die Resolution zur Implementierung der Internationalen Landminenkonvention hat eine Rekordzahl von Miteinbringern (158) gefunden. Österreich gab als Vorsitz der ersten Überprüfungskonferenz der Konvention in Nairobi eine Erklärung ab, in der die Vorbereitungen und die Bedeutung der Konferenz angesprochen wurden. Insgesamt wurden 52 Resolutionen und drei Entscheidungen angenommen, 33 davon im Konsens. Es gelang allerdings nicht, Fortschritte beim gemeinsamen EU-Abstimmungsverhalten zu erzielen. Insbesondere im Nuklearbereich blieben die divergierenden Auffassungen bestehen.

2.3. Kleinwaffen und leichte Waffen (KLW)

Das Thema KLW nahm einen bedeutenden Teil der Diskussionen zu konventionellen Waffen ein. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen zu einem Übereinkommen, das die Markierung und Verfolgbarkeit von KLW sowie den rechtlichen Rahmen von Maklergeschäften regeln soll. Die EU konnte als Hauptakteur in diesem Bereich den Text der mit großer Mehrheit angenommenen Resolution „Der unerlaubte Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten“ durch einige Vorschläge verbessern.

3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Die Verhandlungen des Zweiten Komitees waren von Fragen der innovativen Entwicklungsfinanzierung zur Hunger- und Armutsbekämpfung, dem Bericht zur Bedeutung des Privatsektors für Entwicklungsfragen sowie dem Bericht der Kommission für die soziale Dimension der Globalisierung geprägt.

Im wirtschaftlichen Bereich wurden die Entwicklungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO allgemein begrüßt, Auswirkungen von Beihilfen im landwirtschaftlichen Bereich für Entwicklungsländer sowie des Marktzugangs standen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Der Rolle eines funktionierenden Privatsektors in den Entwicklungsländern für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung wurde besondere Bedeutung zugemessen. Die dreijährliche Überprüfung der Entwicklungsaktivitäten der VN, in der die strategische Ausrichtung der Fonds, Programme und Spezialorganisationen behandelt wird, fokussierte auf Fragen der verbesserten Zusammenarbeit vor Ort, die Rolle der Entwicklungsländer bei der Festlegung der Entwicklungsprioritäten sowie den Übergang von Krisenbewältigung zu Entwicklungspolitik nach Konflikten oder Katastrophen. Die Ausrufung des „Internationalen Jahres des Mikrokredits“ für 2005 sollte das Verständnis für die Bedeutung von Kleinstkrediten und den Zugang zu Finanzdienstleistungen für Bevölkerungsschichten in extremer Armut fördern und zur weiteren Verbreitung dieses Entwicklungsinstruments beitragen. Kap Verde und die Malediven konnten dank ihrer Fortschritte aus der Liste der LDCs aufrücken.

Die Verhandlungen im Umweltbereich waren unter anderem geprägt von der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland, der bevorstehenden Konferenz über die Kleinen Inselentwicklungsstaaten in Mauritius im Jänner 2005 und der ebenfalls im Jänner 2005 stattfindenden Konferenz zur Verminderung von Naturkatastrophen in Kobe (Japan). Die im letzten Jahr erstmals verabschiedete Resolution zur Verringerung der Anfälligkeit für Naturkatastrophen und extreme Wettererscheinungen konnte weitergeführt und inhaltlich ergänzt werden. Neben den traditionell verabschiedeten Konventionsresolutionen zu Klimawandel, Wüstenbildung und Biodiversität wurde die ebenfalls jährliche Resolution zum Umweltprogramm der VN

(UNEP) und zu UN-Habitat sowie unter anderem eine Resolution in Weiterführung der 2004 eingerichteten „Wasserdekade 2005–2015“ angenommen.

4. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.III.

5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung

Siehe Kapitel I.II. und I.III.

6. Sozialpolitik

Alle Resolutionen zu Sozialthemen im Dritten Komitee und im Plenum der VN-GV wurden im Konsens angenommen. Die Ausarbeitung einer VN-Konvention für Menschen mit Behinderungen soll 2005 vorangetrieben werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Hochkommissars für Menschenrechte und dem VN-Sekretariat in der Unterstützung der Ausarbeitung der Konvention wurde betont.

Im Plenum der VN-GV fand am 6. Dezember eine Feier zum zehnten Jahrestag des internationalen Jahres der Familie statt. Der VN-GS wies auf die weltweite Veränderung vom Leben in der Großfamilie zur Kernfamilie hin. UNFPA-Direktorin Thoraya Obaid rief zur Stärkung von Familien durch Entscheidungsfreiheit für Frauen und Paare über Anzahl und Zeitpunkt von Kindern auf. In der Resolution zur Umsetzung der „Erklärung von Kopenhagen“ konnte die EU eine Berücksichtigung von Menschenrechts-, Gleichbehandlungs-, Beschäftigungs- und Umweltaspekten sowie von Rechtsstaatlichkeit durchsetzen. Anlässlich des zehnten Jahrestags des Weltgipfels für Soziale Entwicklung im Februar 2005 soll eine Erklärung zur Evaluierung der „Erklärung von Kopenhagen“ verabschiedet werden. Die Teilnahme von Jugend-NGOs an VN-Veranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Weltaktionsprogramms für Jugend im Herbst 2005 wird durch eine von Portugal eingebrachte Resolution ermöglicht. In die alle zwei Jahre eingebrachte Resolution zur VN-Dekade zur Alphabetisierung wurde dieses Jahr ein Hinweis auf den von der Österreicherin Doris Bertrand als Inspektorin der Gemeinsamen Inspektionsgruppe (JIU) der VN erstellten Bericht zur Umsetzung des universellen Grundbildungsziels der VN-Millenniumserklärung aufgenommen. Die Verhandlungen über ein Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Personen mit **Behinderungen** wurden in zwei Tagungen, im Mai/Juni und im August/September fortgesetzt.

7. Internationale Frauenfragen

Siehe Kapitel H.III.2 und H.III.3.

8. Flüchtlingsfragen

VN-Hochkommissar für Flüchtlinge Ruud Lubbers hob in seiner Rede vor dem Dritten Komitee am 9. November die Intensivierung der Zusammenarbeit von UNHCR mit den für politische und humanitäre Angelegenheiten und für friedenserhaltende Operationen zuständigen Abteilungen im VN-Sekretariat, aber auch mit NGOs hervor. Die finanzielle Situation von UNHCR konnte durch erhöhte Unterstützungsleistungen von Geberländern und durch gezieltes Management verbessert werden. Für die Stärkung des Asylrechts schlug Lubbers die Schaffung des Postens eines Stellvertretenden Hochkommissars für den Schutz von Flüchtlingen vor.

9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Die Tagungen des Wissenschaftlichen und Technischen Unterausschusses sowie des VN-Weltraumausschusses selbst hatten vor allem die Vorbereitung der Beratungen in New York über die in Wien abgehaltene Konferenz zur Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen fünf Jahre nach Abhaltung der Dritten Konferenz der VN über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE-III+5) zum Thema. Der von Österreich eingeführte Tagesordnungspunkt „Weltraum und Wasser“ wurde nicht nur im Weltraumausschuss eingehend behandelt, sondern fand auch im traditionellen Grazer Weltraumsymposium und bei Weltraumkonferenzen in Santiago de Chile „Weltraum und Wasser: Auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung und menschlicher Sicherheit“ und in Pretoria „Weltraumtechnologien für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen in Afrika” konkrete Fortsetzung. Insbesondere die von der Europäischen Weltraumagentur organisierte Arbeitstagung in Pretoria überraschte mit den 95 unterbreiteten Pilotprojekten für die Anwendung von Weltraumtechnologie für das Management von Wassergütern und unterstrich das enorme Potenzial, das seitens der Weltraumtechnologie für die Entwicklung und Nutzung der immer knapper werdenden Wassergüter besteht.

Die VN gaben der Anwendung von Weltraumtechnologie durch Beratungen im Plenum der VN-GV sowie einem unter österreichischem Vorsitz geführten Panel mit dem Präsidenten der VN-GV, des ECOSOC und Weltraumexperten der VN, Frankreichs und Malaysias besondere Sichtbarkeit. Schwerpunkt der Beratungen in New York war die Betonung der Bedeutung der Weltraumtechnologie für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung. Die österreichische Erklärung im Plenum behandelte die institutionelle Dimension der verbesserten Einbindung von Weltraumtechnologie in die Umsetzung der Globalen Agenda.

10. Budget- und Verwaltungsfragen

Die Verhandlungen im Fünften Komitee wurden von der Beschlussfassung zur **Verstärkung von Schutz und Sicherheit der VN** dominiert. Eine Ver-

stärkung der baulichen Schutzmaßnahmen sowie eine wesentliche Aufstockung des Sicherheitspersonals in den Amtssitzen und im Feld schien, insbesondere angesichts des Anschlags auf die Einrichtungen der VN im Irak, mehr als notwendig. Im VN-Sekretariat wurde eine neue Hauptabteilung für Schutz und Sicherheit geschaffen, die für die Sicherheitsdienste aller Amtssitze sowie für die Sicherheitskoordinierung im Feld zwischen den VN und den Fonds und Programmen zuständig ist. Der Haushalt für das Biennium 2004–2005 ist in Folge der erhöhten Sicherheitsmaßnahmen, des Anstiegs der politischen Sondermissionen, insbesondere im Irak, in Afghanistan und im Sudan, sowie der Wechselkursentwicklung auf eine Höhe von 3,6 Milliarden US-Dollar angewachsen. Auch der Jahreshaushalt für friedenserhaltende Operationen von Juli 2004 bis Juni 2005 ist bereits Ende des Jahres 2004 auf eine Rekordhöhe von 3,8 Milliarden US-Dollar angestiegen und könnte durch die Ausweitung der friedenserhaltenden Operation in der Demokratischen Republik Kongo, die Einrichtung einer Operation im Sudan oder andere aktuelle Ereignisse noch auf über 4 Milliarden US-Dollar steigen. Hinsichtlich des Sanierungsgesamtplans des VN-Amtssitzes in New York gibt es nach wie vor Uneinigkeit über die Finanzierungsmodalitäten sowie administrative Hindernisse bei der Errichtung eines geeigneten Ausweichquartiers. Eine Entscheidung muss 2005 getroffen werden, um kostspielige Verzögerungen zu vermeiden.

11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte des Sechsten Komitees (Völkerrechtskomitee) waren die Frage des Verbots des menschlichen Klonens und die Erörterung des Berichts der Völkerrechtskommission während der „Völkerrechtswoche“. Nach jahrzehntelangen Verhandlungen wurde die VN-Konvention über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit unter österreichischer Verhandlungsführung angenommen. Darüber hinaus beschäftigte sich das Komitee unter anderem mit Fragen der Ausweitung des Schutzes für VN-Personal und assoziiertes Personal, der Ausarbeitung einer Global- und einer Nuklearterrorismuskonvention, der Arbeit der Kommission der VN für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) und dem Verhältnis der VN zum Sitzstaat USA.

11.1. Verbot des menschlichen Klonens

Dem Sechsten Komitee lagen wie im Vorjahr zwei alternative Resolutionsentwürfe für ein Mandat zur Ausarbeitung einer Konvention gegen das menschliche Klonen vor. Der Entwurf Costa Ricas für eine absolute Klonverbotskonvention wurde von 59 Staaten eingebracht. Eine Gruppe von 22 Staaten um Belgien schlug eine Konvention zum Verbot des reproduktiven Klonens vor, welche das therapeutische Klonen unter strikter staatlicher Kontrolle zulassen würde. Da im Verlauf der Debatte keine Aussicht auf

Annäherung in der Frage der Ausarbeitung einer Konvention bestand, konzentrierten sich die Verhandlungen auf eine mögliche Kompromisslösung in Form einer Deklaration der VN-GV. Belgien erstellte einen informellen Entwurf, in welchem die Staaten aufgefordert werden, jegliche Versuche zu verbieten, „menschliche Lebewesen" durch Klon-Verfahren zu schaffen. Da trotz Verlängerung des Komitees um eine Woche keine Einigung auf einen gemeinsamen Erklärungstext erzielt werden konnte, brachte Italien, das zur Gruppe um Costa Rica zählt, am Ende des Komitees einen Resolutionsentwurf für eine Erklärung der VN-GV ein, der wortgleich dem Text der belgischen Deklaration entsprach, wobei jedoch die Worte „menschliche Lebewesen" durch „menschliches Leben" ersetzt wurden. Dieser Vorschlag war allerdings für die Gruppe um Belgien nicht annehmbar, da in dieser Formulierung ein absolutes Klonverbot gesehen wurde. Als Kompromiss wurde eine Arbeitsgruppe zur Finalisierung des Texts einer Erklärung der VN-GV auf Grundlage des italienischen Entwurfs eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wird im Februar 2005 tagen.

11.2. Völkerrechtswoche

Die aufgrund eines österreichischen Vorschlags benannte „Völkerrechtswoche", während der alle RechtsberaterInnen aus den Hauptstädten zur Erörterung völkerrechtlicher Themen im Sechsten Komitee zusammentreffen, fand vom 1.–5. November statt. Wie jedes Jahr stand die Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission, die sich mit zahlreichen aktuellen Fragen des Völkerrechts beschäftigt (beispielsweise Diplomatischer Schutz, Haftung für völkerrechtlich nicht verbotene Handlungen, Verantwortlichkeit Internationaler Organisationen, Vertragsvorbehalte, geteilte natürliche Ressourcen, einseitige Akte und Fragmentierung des Völkerrechts), im Mittelpunkt der Tagung. Nach dem Erfolg des Vorjahrs setzten Österreich und Schweden ihre Initiative zur Revitalisierung der Debatte im Sechsten Komitee fort. Im Rahmen der Initiative fand eine Diskussion mit SpezialberichterstatterInnen der Völkerrechtskommission statt. Zur Anregung der Debatte über aktuelle Themen zwischen Experten aus Theorie und Praxis veranstaltete Österreich am 4. November in Zusammenarbeit mit der New York University eine Diskussion zum Thema „Der Sicherheitsrat als Welt-Gesetzgeber?". Die Veranstaltung war mit mehr als 170 Personen, darunter über 60 BotschafterInnen, eine der bestbesuchten Nebenveranstaltungen während der 59. VN-GV. Sie bildete den Auftakt einer für die nächsten drei Jahre geplanten österreichischen Veranstaltungsreihe zur Rolle und Funktion des SR bei der Stärkung eines auf Regeln basierenden internationalen Systems.

11.3. VN-Konvention über die Immunität der Staaten

Die VN-GV nahm am 2. Dezember die im Sechsten Komitee ausgearbeitete VN-Konvention über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von

der Gerichtsbarkeit im Konsens an und forderte alle Staaten auf, Vertragsparteien zu werden (Resolution 59/38). Damit konnte eine Arbeit erfolgreich abgeschlossen werden, welche die VN seit über 30 Jahren beschäftigt hatte. Unter österreichischem Vorsitz wurde der 1991 von der Völkerrechtskommission ausgearbeitete Entwurf überarbeitet und als Konvention finalisiert. Österreichs führende Rolle bei der Ausarbeitung wurde international gewürdigt. Die VN-Konvention stellt eine Kodifikation des bestehenden völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts hinsichtlich der Staatenimmunität im Bereich des Zivilrechts dar und ist der erste universelle multilaterale Vertrag in diesem Gebiet. Die Konvention wird zwei Jahre lang in New York zur Unterzeichnung aufliegen und nach Hinterlegung der 30. Ratifikationsurkunde in Kraft treten.

III. Der Sicherheitsrat (SR)

1. Einleitung

Neben den fünf ständigen Mitgliedern (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA) gehörten dem SR im Jahr 2004 Angola, Algerien, Benin, Brasilien, Chile, Deutschland, Pakistan, die Philippinen, Rumänien und Spanien an. Für die Ende 2004 ausgeschiedenen Mitglieder Angola, Chile, Deutschland, Pakistan und Spanien wählte die 59. VN-GV für die Periode 2005–2006 Argentinien, Dänemark, Griechenland, Japan und Tansania in den SR. Der Trend zu verstärkter Transparenz in der Arbeitsweise des SR setzte sich fort. Der jährliche Bericht über die Tätigkeit des SR beinhaltet nunmehr auch einen kurzen analytischen Teil. Die Vielzahl offener Debatten ermöglichte es der EU-Präsidentschaft, die Sichtbarkeit der EU im SR aufrechtzuerhalten. Österreich beteiligte sich aktiv an offenen Debatten. In einer Erklärung zum Thema „Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit: Die Rolle der Vereinten Nationen“ betonte Österreich die Bedeutung des Rechts in den internationalen Beziehungen sowie die Nützlichkeit der Zusammenarbeit des SR mit dem IStGH. Ebenso gab Österreich eine Erklärung zur „Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ ab, in der die Annahme einer Resolution zu diesem Thema unterstützt und auf den Zusammenhang zwischen Nichtweiterverbreitung und Abrüstung von Massenvernichtungswaffen verwiesen wurde. Um seiner aktiven Rolle als VN-Mitglied gerecht zu werden, bewirbt sich Österreich für einen nichtständigen Sitz im SR für die Periode 2009–2010.

2. Tätigkeit des Sicherheitsrats

2.1. Irak

Der VN-GS übermittelte dem SR am 23. Februar den Bericht der von Untergeneralsekretär Lakhdar Brahimi angeführten Ermittlungsmission im Irak. Darin wurde festgestellt, dass es technisch unmöglich sei, freie und faire

Wahlen wie ursprünglich geplant vor dem 30. Juni abzuhalten, dies sei frühestens Ende 2004/Anfang 2005 möglich. Das im Abkommen zwischen der Besatzungsbehörde und dem irakischen Regierungsrat vom 15. November vorgesehene Kaukus-System zur Bildung einer Übergangsregierung Ende Juni 2004 sei nicht praktikabel. Die VN erklärten sich bereit, bei der Suche nach einem geeigneten Übergangsmechanismus zu helfen. In seinem Begleitschreiben unterstrich der VN-GS erneut, dass ein erfolgreiches Engagement der VN im Irak die volle Unterstützung eines vereinten SR sowie die Herstellung eines sicheren Umfelds voraussetzten. Am 24. März begrüßte der SR die neuerliche Entsendung von Untergeneralsekretär Lakhdar Brahimi in den Irak, um bei der Bildung einer Übergangsregierung zu helfen und die Wahlvorbereitungen zu unterstützen. Am 1. Juni kam es zur Bildung der irakischen Übergangsregierung. Nachdem der neue irakische Premierminister Iyad Allawi in einem Briefwechsel mit US-Außenminister Colin Powell feststellte, dass die Präsenz der Multinationalen Streitkräfte weiter benötigt werde, nahm der SR am 8. Juni Resolution 1564 im Konsens an. Darin wurde die Übergangsregierung indossiert und begrüßt, dass sie mit der Wiederherstellung der vollen Souveränität des Irak mit dem Ende der Besatzung am 30. Juni die volle Verantwortung übernimmt. Der weitere Zeitplan für den politischen Übergangsprozess sieht die Abhaltung von Wahlen bis spätestens 31. Jänner 2005 vor. Die so gewählte nationale Übergangsversammlung soll eine Verfassung erarbeiten, gemäß der bis 31. Dezember 2005 eine neue Regierung gewählt werden soll. Die Hilfsmission der VN für Irak (UNAMI) wird, soweit die Umstände dies erlauben, mit der Unterstützung bei der Bildung eines der Übergangsregierung beigestellten Konsultativrats, Hilfe bei der Vorbereitung der Wahlen und Unterstützung bei der Erarbeitung des Verfassungsentwurfs beauftragt. Die Multinationalen Streitkräfte werden ermächtigt, in Partnerschaft mit den irakischen Behörden alle notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu ergreifen. Das Mandat der Multinationalen Streitkräfte endet spätestens mit 31. Dezember 2005, sollte die irakische Regierung dies nicht schon früher beantragen. UNAMI soll durch eine separate Schutztruppe der Multinationalen Streitkräfte geschützt werden. Das Mandat von UNAMI wurde am 11. August mit SR-Resolution 1557 einstimmig um zwölf Monate verlängert. Der VN-GS sowie sein am 13. Juli ernannter Sonderbeauftragter für den Irak, Ashraf Qazi, unterstrichen in vierteljährlichen Berichten an den SR, dass die anhaltend schlechte Sicherheitslage nicht durch rein militärische Mittel verbessert werden könne, sondern einer Verbreiterung des politischen Dialogs bedürfe, der auch die Oppositionsgruppen umfassen müsse. Am 30. November ermächtigte der SR den VN-GS zur Errichtung eines Treuhandfonds für die VN-Schutztruppe und rief die Mitgliedstaaten zur Unterstützung von UNAMI und der Schutztruppe auf.

Im April berief der VN-GS den ehemaligen US-Zentralbankchef Paul Volcker zum Leiter einer unabhängigen Untersuchungskommission, die die

Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Programm „Öl für Lebensmittel“ aufklären soll. Der SR forderte die Besatzungsbehörde, den Irak und alle VN-Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf.

2.2. Naher Osten

Der SR wurde monatlich durch das VN-Sekretariat oder den VN-Nahostbeauftragten Terje Roed-Larsen über die Lage im Nahen Osten informiert. Anlässlich der Tötung der Hamas-Anführer Scheich Ahmed Jassin und Abdel Aziz Rantisi durch Israel fanden am 23. März und am 29. April öffentliche Aussprachen statt, in denen die überwiegende Mehrheit der RednerInnen die Vorgangsweise Israels verurteilten. Am 25. März legten die USA ihr Veto gegen einen Resolutionsentwurf ein, der die Tötung Scheich Jassins verurteilt hätte. Deutschland, Großbritannien und Rumänien enthielten sich der Stimme. Mit Resolution 1544 betonte der SR in Reaktion auf das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen mit 14 Stimmen bei Enthaltung der USA Israels Verpflichtung, nicht unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht Wohnhäuser zu zerstören. Ein weiterer Resolutionsentwurf gegen israelische Militäraktionen im Gaza-Streifen scheiterte am 5. Oktober am Veto der USA. Deutschland, Großbritannien und Rumänien enthielten sich der Stimme.

2.3. Afghanistan

Mit Resolution 1536 verlängerte der SR das Mandat der Hilfsmission der VN in Afghanistan (UNAMA) um weitere zwölf Monate und indossierte den Vorschlag des VN-GS, in der Mission eine Wahlvorbereitungsabteilung einzurichten. Das Mandat der ISAF wurde mit Resolution 1563 am 17. September um zwölf Monate verlängert. Inhaltlich blieb das Mandat von ISAF unverändert; der SR anerkennt jedoch die Notwendigkeit, ISAF zu stärken und ruft die Mitgliedstaaten auf, Truppen und Ausrüstung für ISAF zu stellen. Im Anschluss an die afghanischen Präsidentschaftswahlen begrüßte der SR in einer Presserklärung die Bestätigung des Wahlsiegs von Hamid Karzai durch die Wahlbehörde und erklärte seine weiter bestehende Bereitschaft, die afghanische Regierung im Kampf gegen Drogen und bei der Verbesserung der Sicherheitssituation im Land zu unterstützen.

2.4. Zypern

Um eine Lösung der Zypern-Frage noch vor dem EU-Beitritt Zyperns am 1. Mai zu ermöglichen, startete VN-GS Kofi Annan im Februar eine neuerliche Initiative. Er überzeugte beide Seiten, einem detaillierten Zeitplan zuzustimmen, der bei Erfolgslosigkeit der Verhandlungen Ende April eine Vervollständigung des Friedensplans durch den VN-GS selbst und die Abhaltung von gleichzeitigen Referenden in beiden Landesteilen vorsah. Am 24. April scheiterte der Annan-Plan jedoch am negativen Referendum im

griechischen Teil Zyperns. Am 11. Juni verlängerte der SR das Mandat der Friedenstruppe der VN in Zypern (UNFICYP) um weitere sechs Monate und begrüßte die Absicht des VN-GS zur Evaluierung der Mission „unter anderem im Lichte der Referenda vom 24. April". Mit SR-Resolution 1568 (2004) wurde UNFICYP von 1224 auf 860 Personen Truppenstärke reduziert und um weitere sechs Monate bis 15. Juni 2005 verlängert.

2.5. Bosnien und Herzegowina

Nach der Übernahme der Polizeimission in Bosnien und Herzegowina durch die EU im Vorjahr (EUPM) stimmte der SR mit Resolution 1575 (2004) vom 22. November auch einer Übergabe der friedenssichernden Aufgaben im militärischen Bereich von SFOR an eine EU-Mission (Operation EUFOR-ALTHEA) zu (siehe Kapitel A.IV.1.2.1). Neben der EU-Operation, die ein Mandat für eine erste Periode von zwölf Monaten erhielt, wird die NATO eine Präsenz für Terrorismusbekämpfung, Verfolgung von ICTY-Angeklagten und Unterstützung der Verteidigungsreform aufrechterhalten. Wiederkehrendes Thema der Debatten im SR war die seinerzeit durch die VN-Polizeimission durchgeführte Zertifizierung der lokalen Polizei. Aufgrund ihrer Ergebnisse waren zahlreiche bosnische Beamte entlassen worden, die inzwischen Einsprüche wegen mangelhafter Durchführung des Zertifizierungsprozesses erhoben. Das VN-Sekretariat erklärte sich für die bosnische Polizei nicht mehr zuständig und verweigerte eine Überprüfung des Prozesses.

2.6. Serbien und Montenegro/Kosovo

Nach den Gewaltausbrüchen im März wurden Interessensgegensätze der internationalen Gemeinschaft in der Frage des weiteren Vorgehens im Kosovo immer deutlicher. Während die USA, Deutschland und Großbritannien von einer Evaluierung der Umsetzung der Standards Mitte 2005 ausgingen und für den Fall eines positiven Ergebnisses den Beginn eines Prozesses zur Klärung der Statusfrage vorsehen, betonte Russland die Notwendigkeit einer formellen Entscheidung des SR vor einem solchen Beginn. Der Sondergesandte des VN-GS, Harri Holkeri, äußerte sich bei seinem letzten Auftritt im SR am 11. Mai sehr pessimistisch: Für den Fall der Stagnation des Prozesses müsse man mit neuerlichen gewaltsamen Ausschreitungen rechnen. Am 19. November übermittelte der VN-GS dem SR Empfehlungen zum weiteren Vorgehen. Darin schlug er die Übertragung weiterer Kompetenzen an die kosovarische Übergangsregierung bei gleichzeitiger Schaffung von effektiveren Kontroll- und Sanktionsmechanismen der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (UNMIK) vor. Der neue Sondergesandte des VN-GS, Søren Jessen-Petersen, rief die EU dazu auf, eine stärkere Rolle beim Aufbau der Wirtschaft im Kosovo zu übernehmen.

2.7. Osttimor

Die Unterstützungsmission der VN in Osttimor (UNMISET) unterstützte Osttimor weiter bei der Entwicklung von neuen Institutionen und bei der Schaffung von Infrastruktur. Das Mandat von UNMISET wurde zum letzten Mal bis 20. Mai 2005 verlängert. Trotz eines positiven Trends und Forschritten im Staatswerdungsprozess war aber klar, dass in zahlreichen Bereichen auch nach dem Ende von UNMISET Unterstützung nötig sein würde. UNMISET wurde daher beauftragt, sich in dieser letzten Phase auf die Übertragung operationeller Funktionen auf die osttimorischen Behörden bzw. auf andere internationale Organisationen zu konzentrieren.

2.8. Afrika

Zwei Trends der vergangenen Jahre setzten sich fort: Einerseits nahmen die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent einen immer größeren Teil der Arbeit des SR ein. Rund die Hälfte aller Resolutionen und Erklärungen beschäftigten sich mit Afrika, **mehr als 80 Prozent aller SoldatInnen und PolizistInnen in friedenserhaltenden Missionen** versehen ihren Dienst **in Afrika.** Beide Reisen des SR führten nach Afrika. Andererseits verstand der SR seine Rolle in Afrika zunehmend als komplementär zu jener von Regionalorganisationen (etwa AU, ECOWAS und IGAD) und unterstützt Konfliktlösungen auf Basis regionaler Vermittler. Die mandatierte Mission der AU im Sudan (Darfur) stellt den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. Im November tagte der SR auf US-Initiative in Nairobi, um dem Friedensprozess im Sudan einen Anstoß zu geben und die enge institutionelle Zusammenarbeit mit der AU und anderen Regionalorganisationen zu betonen.

Das zentrale Thema des Jahres war der Konflikt in der **Darfur-Region** des Sudan. Kämpfe zwischen Regierungstruppen bzw. mit ihnen verbündeten Milizen und zwei Rebellengruppen an der Grenze zum Tschad eskalierten im Frühjahr. Unter Vermittlung der AU wurde in N'Djamena im April ein Waffenstillstand unterzeichnet, den eine Kommission überwachen sollte. Unter dem Eindruck der Nichteinhaltung dieses Waffenstillstands, immer größerer Flüchtlingsströme und fortgesetzter Berichte über massive, systematische Menschenrechtsverletzungen verabschiedete der SR am 30. Juli Resolution 1556. Er forderte darin die Einhaltung des Waffenstillstands, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Entwaffnung der Milizen und die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und verhängte ein Waffenembargo gegen alle nichtstaatlichen Akteure. Für den Fall der Nichteinhaltung der Verpflichtungen drohte er Sanktionen an. In der Folge hob die Regierung Zugangsbeschränkungen für humanitäre Organisationen auf und stimmte einer stark ausgedehnten **Beobachtungsmission der AU** zu. Am 18. September billigte der SR die Verstärkung der AU-Mission und richtete eine Untersuchungskommission zur Klärung der Frage ein, ob es in Darfur zu Völkermord gekommen war. Von der AU initiierte Gespräche zwischen

den Konfliktparteien in Abuja führten am 9. November zur Unterzeichnung zweier Protokolle über humanitäre und Sicherheitsfragen. Mit Resolution 1547 stimmte der SR am 11. Juni der Einrichtung einer Planungsmission für eine friedenserhaltende Operation, der Operation der VN in Sudan (UNMISUD), nach Abschluss eines umfassenden **Friedensabkommens für den Südsudan** zu. Mit Resolution 1574 vom 19. November bekräftigte der SR die Absicht eine friedenserhaltende Operation einzurichten und forderte die Parteien auf, bis Jahresende ein umfassendes Friedensabkommen abzuschließen.

In der **Demokratischen Republik Kongo** wurden die Fortschritte im Übergangsprozess durch die instabile Lage im Osten des Landes gefährdet. Unruhen im Juni in den **Kivu-Regionen** lösten eine Flüchtlingswelle ins benachbarte Burundi aus. Aufgrund der weiterhin prekären Lage beschloss der SR mit Resolution 1565 im Oktober die Verlängerung der Mission der Organisation der VN in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) um sechs Monate und ihre Aufstockung um 5.900 Personen. Während die Vorbereitungen für die Wahlen 2005 weiterliefen, verbesserte sich die Sicherheitslage kaum. Ruanda drohte im Dezember in die Demokratische Republik Kongo einzumarschieren, wenn paramilitärische Verbände im Osten des Landes nicht entwaffnet würden.

Im **burundischen Friedensprozess** konnten Fortschritte auf dem Weg zu den Wahlen 2005 erzielt werden. Mit Resolution 1545 richtete der SR im Mai die Operation der VN in Burundi (ONUB) ein, deren Mandat im Dezember um sechs Monate verlängert wurde. Die FNL (Rwasa) standen wieterhin außerhalb des Friedensprozesses und zeichneten für zahlreiche Gewalttaten gegen ZivilistInnen verantwortlich. Beim schlimmsten derartigen Angriff, zu dem sich die FNL (Rwasa) bekannte, kamen am 13. August mehr als 150 kongolesische Banyamulenge-Flüchtlinge (ethnische Tutsi) bei einem Massaker im Flüchtlingslager von **Gatumba** ums Leben.

Der erste Gipfel der **Konferenz der Großen-Seen-Region,** der mit Unterstützung der VN und der EU in Dar-es Salaam im November stattfand, stellte einen Versuch zur Behandlung der Probleme dieser Region auf größerer Ebene dar. Er führte zur Unterzeichnung einer Grundsatzerklärung über gut-nachbarschaftliche Beziehungen und regionale Kooperation, die 2005 ergänzt und umgesetzt werden soll.

Die Konflikte in **Westafrika** beeinflussten einander weiterhin. Zur Unterstützung des Friedensprozesses in **Côte d'Ivoire** wandelte der SR im Februar mit Resolution 1528 die politische Mission, „Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire“ (MINUCI), in eine friedenserhaltende Mission, „Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire“ (UNOCI), um. Allerdings kam es Anfang November durch Luftangriffe der Regierung auf Rebellenstellungen zu neuen Eskalationen, bei denen neun Soldaten der französischen „Licorne"-Truppen zur Unterstützung von UNOCI getötet wurden.

Mit Resolution 1572 verhängte der SR daraufhin am 15. November ein Waffenembargo und gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen und Gruppierungen, die den Friedensprozess unterminieren.

In **Liberia** blieb die Lage instabil. Zwar konnten mehr als 70.000 frühere KämpferInnen entwaffnet werden, allerdings fehlte es der Übergangsregierung an Ressourcen. Im September verlängerte der SR das Mandat der Mission der VN in Liberia (UNMIL) bis 17. September 2005. Die Krise in Côte d'Ivoire und daraus folgende Flüchtlingsbewegungen trugen zu neuer Instabilität in den Grenzregionen bei.

Die Lage in **Sierra Leone** verbesserte sich hingegen weiter. Die Mission der VN in Sierra Leone (UNAMSIL) konnte schrittweise reduziert werden und wurde ein letztes Mal bis 30. Juni 2005 verlängert. Bis dahin soll eine geordnete Übergabe der Funktionen an die Behörden von Sierra Leone bzw. an das Landesteam der VN stattfinden.

In Ostafrika blieben die Fortschritte im Friedensprozess zwischen **Äthiopien** und **Eritrea** weiterhin aus. Der SR verlängerte zwar mit Resolution 1560 das Mandat von UNMEE bis 15. März 2005, beschloss aber eine teilweise Reduzierung der Mission.

Im Konflikt um die **Westsahara** gab es ebenfalls keine Fortschritte, da der Friedensplan von James Baker weiterhin nicht die Zustimmung aller Konfliktparteien fand. Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in Westsahara (MINURSO) wurde verlängert.

3. Friedenserhaltende Operationen

Anfang des Jahres bestanden 17 friedenserhaltende Operationen der VN, zu denen 94 Staaten Personal stellten. Im Laufe des Jahres schuf der SR friedenserhaltende Operationen in Burundi (ONUB) und Haiti (MINUSTAH). Die vom SR im Jahr 2003 autorisierte MINUCI wurde 2004 unter einem neuen Mandat, UNOCI, erheblich ausgeweitet. Die **Gesamtstärke** des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 2004 **64.720 Personen** (31. Dezember 2003: 45.815). Die größten Operationen waren UNMIL (15.788 Personen), MONUC (12.646 Personen), UNOCI (6.215 Personen) und UNAMSIL (4.274 Personen). Der Trend der vergangenen Jahre, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen, setzte sich fort. Vor allem in den friedenserhaltenden Operationen in Afrika ist weiterhin ein hoher Bedarf an bewaffneten Truppen mit entsprechender Schutzausrüstung gegeben. Für das Jahr 2005 zeichnet sich erneut ein zusätzlicher Bedarf an friedenserhaltenden Operationen in Afrika (Sudan) ab.

Der Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Erhöhung der VN-Kapazitäten für friedenserhaltende Operationen, der Stärkung der afrikanischen Kapazitäten für frie-

denserhaltende Operationen sowie der Sicherheit des VN-Personals. Dieser Bereich stand nicht zuletzt aufgrund des Anschlags auf das VN-Hauptquartier in Bagdad am 29. August 2003 im Mittelpunkt intensiver Verhandlungen. Am Widerstand der NAM-Staaten scheiterte die geforderte Anerkennung der Notwendigkeit von Kapazitäten zur Analyse von Aufklärungsergebnissen sowohl im VN-Sekretariat als auch in den Missionen bzw. die Einführung des Rechts des Sekretariats, bei Mitgliedstaaten Informationen anzufordern. Österreich setzte sich weiterhin für die Angleichung der rechtlichen Stellung von Polizeipersonal mit exekutiven Aufgaben an diejenige von bewaffnetem Militärpersonal in friedenserhaltenden Operationen ein.

Insgesamt nahmen 1.985 ÖsterreicherInnen an Friedensoperationen teil, die vom VN-SR autorisiert worden waren. Zu Jahresende standen 418 ÖsterreicherInnen (377 SoldatInnen, zwölf MilitärbeobachterInnen und 29 ExekutivbeamtInnen) in acht friedenserhaltenden Operationen der VN im Einsatz, 528 SoldatInnen in der vom VN-SR autorisierten KFOR im Kosovo. An der vom SR autorisierten ISAF in Afghanistan nahmen drei, an der EU-geführten Operation EUFOR-ALTHEA in Bosnien und Herzegowina 279 ÖsterreicherInnen teil. In den VN-geführten Missionen und Friedensoperationen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Polen, Frankreich, Großbritannien und Irland den fünftgrößten Personalbeitrag, insgesamt Platz 29 unter den 103 Truppenstellern der VN. Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des von Österreich mitbegründeten SHIRBRIG-Projekts mit dem Ziel der raschen Bereitstellung von Truppen für VN-geführte friedenserhaltende Operationen wurde unter österreichischer Vorsitzführung fortgesetzt. Zum bereits dritten Mal seit 2000 erfuhr diese Kooperation eine Bestätigung durch den Einsatz von Teilen des SHIRBRIG-Brigadekommandos bei der VN-Vorbereitungsmission im Sudan. Österreich ist seit 1997 Vollmitglied von SHIRBRIG. Weitere Teilnehmer sind Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Kanada, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Slowenien, Spanien und seit 2004 Ungarn.

IV. Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

1. Allgemeiner Teil

Die **meritorische Tagung** des ECOSOC fand vom 28. Juni bis 23. Juli in New York statt. Schwerpunkt des hochrangigen Segments der ECOSOC-Tagung war die Mobilisierung von Ressourcen zur Armutsbekämpfung im Kontext des Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder 2001–2010. Die verschiedenen Aspekte der Ressourcen-Frage wie lokale Entwicklung des Privat-Sektors, Rolle von Mikrokrediten, direkte Auslandsinvestitionen, Handelspräferenzen und Kapazitätsbildung wurden besprochen.

ILO präsentierte in diesem Rahmen den Bericht der Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung. Im **Koordinationssegment** wurde der koordinierte und integrierte Ansatz des VN-Systems zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Entwicklungsländern mit besonderer Berücksichtigung der LDCs zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung besprochen sowie die Überprüfung der system-weiten Umsetzung der ECOSOC-Schlussfolgerungen über Gender Mainstreaming (Integration einer Geschlechterperspektive in alle Bereiche der Politik). Das **operationelle Segment** des ECOSOC stand im Zeichen der Dreijahres-Überprüfung der Aktivitäten des VN-Systems. Das **humanitäre Segment** beschäftigte sich mit der Stärkung des Koordinationssystems der VN im humanitären Bereich und der Frage des Übergangs von humanitärer Hilfe zu Entwicklung. Wesentliche Punkte waren die Frage des Zugangs von humanitärem Hilfspersonal zur Bevölkerung in Krisensituationen und die Sicherheit des humanitären Personals. Ebenfalls angesprochen wurde die Reaktion auf Naturkatastrophen, die durch verstärkte Bildung von Kapazitäten und Notfallsplanung verbessert werden müsse. Im **generellen Segment** des ECOSOC wurden die Mandate der Ad-hoc-Gruppen zu Burundi und Guinea-Bissau bis 2005 verlängert und die Ad-hoc-Gruppe zu Haiti reaktiviert. Ebenso wurde das Mandat der Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Informatik, Verbesserung der IKT-Infrastruktur des Sekretariats und Informationszugang um ein Jahr verlängert. Der Bericht der VN-Expertengruppe Geographische Bezeichnungen sowie die darin enthaltene Empfehlung, die Tagung der Gruppe 2006 in Wien abzuhalten, wurde indossiert.

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE)

Als eine der fünf Regionalkommissionen der VN widmet sich die 55 Mitglieder umfassende UNECE mit Sitz in Genf primär der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder, insbesondere der Transitionsländer sowie zentralasiatischen Länder an das übrige Europa, vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Siedlungswesen, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung. Die UNECE leistet dabei wertvolle Analyse-Arbeit betreffend die Wirtschaftsentwicklung in der UNECE-Region. Ferner dient die UNECE als Forum für die Ausarbeitung von internationalen Normen und Standards sowie den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen ExpertInnen. Nachdem sich die UNECE nach dem Ende des Kalten Kriegs erfolgreich an die neuen politischen und wirtschaftlichen Realitäten angepasst hatte, wurde die Organisation jüngst insbesondere durch die Erweiterung der EU vor neue Herausforderungen gestellt.

Bei der Jahrestagung im Februar übernahm Österreich erneut den Vorsitz, zuletzt hatte Österreich diesen von 2000 bis 2002 inne. Als Vorsitzland war Österreich vor allem bemüht, eine externe Evaluierungsstudie über die

Rolle und Aufgaben der UNECE zu initiieren, die voraussichtlich Anfang 2005 – auch mit österreichischer finanzieller Unterstützung – in Gang gesetzt wird und in der Folge die Basis für eine Diskussion über die Zukunft der UNECE liefern soll. Eine vermittelnde Rolle spielte Österreich ferner bei der Formalisierung der Zusammenarbeit zwischen UNECE und OSZE. Die UNECE leistet auch bei der Umsetzung und der Überprüfung der Ergebnisse internationaler Konferenzen auf globaler Ebene einen wichtigen Beitrag, indem sie dazu ihre spezifisch regionale Dimension einbringt. So fand im Jänner zur Umsetzung der Ergebnisse der ICPD in Kairo im Rahmen der UNECE das European Population Forum (Europäisches Bevölkerungsforum) zu aktuellen Fragen der Bevölkerungsentwicklung statt. Im Rahmen der UNECE-Regionalstrategie zur Umsetzung des bei der Zweiten VN-Weltversammlung zu Fragen des Alterns in Madrid im April 2002 beschlossenen **Internationalen Aktionsplans zu Altersfragen** wurde auf Initiative und mit finanzieller Unterstützung von Österreich ein Kooperationsprojekt zwischen der UNECE und dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien gestartet. Als Ergebnis des **Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung** in Johannesburg 2002 war die UNECE aufgefordert, das Thema nachhaltige Entwicklung stärker in ihr Arbeitsprogramm zu integrieren. In der Folge hat die UNECE im Jänner ein Regionales Implementierungsforum für nachhaltige Entwicklung in Genf abgehalten. Österreich war aufgrund des besonderen Engagements der **Stadt Wien** in diesem Bereich im Panel „Siedlungswesen“ aktiv vertreten. Im November wurde sodann in Wien ein von der UNECE gemeinsam mit der Stadt Wien veranstaltetes Symposium zu Fragen des sozialen Wohnbaus abgehalten. Als Folgemaßnahme zur Vierten Weltfrauenkonferenz (Peking 1995) fand in Vorbereitung der in New York Anfang 2005 anberaumten Überprüfung der Umsetzung des Pekinger Aktionsplans im Dezember in Genf ein **Regionales Vorbereitungsforum zu „Peking+10“** statt.

V. Sonder- und angeschlossene Organisationen der Vereinten Nationen

1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Österreich ist seit 1947 Mitglied der FAO. Die österreichische Interessenswahrnehmung in der FAO obliegt grundsätzlich dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, sofern nicht außenpolitische oder völkerrechtliche Fragen eine Vertretung durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erforderlich machen.

Bei der 18. Tagung des FAO-Landwirtschafskomitees in Rom am 9. und 10. Februar wurden Folgemaßnahmen zum Bericht der gemeinsamen FAO/WHO-Expertenberatung über Diät, Ernährung und Vorbeugung chro-

nischer Krankheiten und die weltweit steigende Belastung von ernährungsbedingten Krankheiten erörtert. Die technisch von der 33. Tagung der Europäischen Landwirtschaftskommission (ECA) der FAO in Rom am 1. und 2. März vorbereitete 24. Sitzung der FAO-Regionalkonferenz für Europa in Montpellier vom 4.–8. Mai diskutierte Folgemaßnahmen zum „FAO-Welternährungsgipfel: Fünf Jahre Danach". Für den Bereich der europäischen Lebensmittelsicherheit und -qualität wurden Information und Partizipation von KonsumentInnen, Qualitätsparameter mit regional-geographischen Hinweisen sowie die Prinzipien der Rückverfolgbarkeit und Verantwortlichkeit für sichere Lebensmittelproduktion hervorgehoben. Österreich lud zur 26. FAO-Regionalkonferenz in Innsbruck im Mai 2008. Während die gemeinsam vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie FAO organisierte 17. Expertentagung der ECA-Arbeitsgruppe für Frauenfragen in Salzburg vom 14.–18. Juni mit grenzüberschreitender, partizipatorischer Netzwerkbildung die Rolle der Frauen im ländlichen Raum diskutierte, beschäftigte sich die 12. Sitzung der Arbeitsgruppe für Frauen und die Familie in der ländlichen Entwicklung in Nitra (Slowakei) vom 18.–21. Oktober mit dem Aufbau institutioneller Kapazitäten für die Ermächtigung der Frauen in ländlichen Gebieten.

Die 10. ordentliche Sitzung der Kommission für genetische Ressourcen in Rom vom 8.–12. November widmete sich pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft, tier-genetischen Ressourcen, der Kooperation mit der Konvention über biologische Vielfalt, dem Entwurf für einen Verhaltenskodex für Biotechnologie sowie der zukünftigen Kommissionsarbeit. Afrikanische Länder zeigten sich besorgt über die Einfuhr von gentechnisch veränderten Organismen bei Nahrungsmittelhilfe, den unbeabsichtigten Genströmen und die damit verbundenen ungeklärten Haftungsfragen. Der FAO-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) musste bei seiner 30. Tagung in Rom vom 20.–23. September über die steigende Zahl unterernährter Menschen berichten, konnte aber mit der Annahme der bei der 127. Sitzung des FAO-Rates in Rom vom 22.–27. November beschlossenen freiwilligen Richtlinien zum Recht auf Nahrung einen großen Erfolg erzielen. Die Richtlinien begründen keine Neuverpflichtungen, sollen aber das Menschenrecht auf angemessene Ernährung nachhaltig realisieren. Österreich beteiligte sich unter Einbindung der NGOs maßgeblich am gesamten Prozess der Ausarbeitung. Die Mitgliedstaaten sollen die Richtlinien umsetzen, der FAO-Generaldirektor ihre Verbreitung bei allen relevanten VN-Einrichtungen sicherstellen. Entschieden wurde die Abhaltung eines Sonderforums 2006 zur Überprüfung der Fortschritte bei der Erreichung der Welternährungsgipfelziele. Dazu soll 2005 im Rahmen des CFS ein „Multi-Stakeholder Dialogue" (ein Forum für die Diskussion zwischen VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen sowie von Regierungen und Internationalen Organisationen) stattfinden. Be-

schlossen wurde weiters eine unabhängige, externe Überprüfung der FAO. Die Rahmenbedingungen dafür sollen spätestens beim FAO-Rat im November 2005 vorliegen.

Anlässlich des FAO-Welternährungstags diskutierten österreichische und internationale ExpertInnenen auf Einladung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der OEZA und des Ökosozialen Forums Österreich über Möglichkeiten zur Reduktion des weltweiten Hungers. Hochrangige VertreterInnen von FAO und WFP hoben die Bedeutung der Biodiversität und die aktive Partizipation der Frauen innerhalb der Ernährungssicherung hervor, wobei Frauen in ländlichen Gebieten bei Ernährungssicherung und Entwicklung der ländlichen Regionen nicht nur in Entwicklungsländern eine zentrale Rolle spielen.

2. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Im Februar hat die im November 2003 von der ILO eingesetzte **Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung** ihren Bericht vorgelegt, der von insgesamt 26 hochrangigen Persönlichkeiten ausgearbeitet wurde. Die der Weltkommission gestellte Aufgabe war darauf gerichtet, eine sachliche Analyse der Globalisierung in Hinblick auf deren wirtschaftliche, soziale und ökologische Implikationen unter Einbeziehung öffentlicher und privater Akteure auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene zu erstellen. Der Bericht enthält zahlreiche Empfehlungen, um die aus der Globalisierung zu ziehenden Vorteile gerechter zu verteilen. Im Rahmen der 92. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni wurden die Empfehlung (Nr. 195) betreffend die Entwicklung der Humanressourcen, ein Aktionsplan über die WanderarbeitnehmerInnen sowie eine Entschließung über die Geschlechter-Gleichbehandlung angenommen. Im Hinblick auf die Ausarbeitung neuer internationaler Urkunden bei der nächsten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz bildeten die Arbeitsbedingungen in der Fischerei den Schwerpunkt. Die 2002 im Rahmen der **Internationalen Arbeitskonferenz** verabschiedeten Instrumente – das Protokoll zum Übereinkommen über den Arbeitsschutz, die Empfehlung (Nr. 194) betreffend die Liste der Berufskrankheiten sowie die Aufzeichnung und Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie die Empfehlung (Nr. 193) betreffend die Förderung der Genossenschaften – wurden im April vom Nationalrat zur Kenntnis genommen. Die Ratifikation des Übereinkommens (Nr. 183) über den Mutterschutz wurde am 30. April beim Internationalen Arbeitsamt eingetragen. Das Übereinkommen wird ein Jahr danach für Österreich in Kraft treten. Während des Verwaltungsrats im November wurde die Gruppe der Industrialisierten Marktwirtschaftsländer (IMEC) um die neuen EU-Mitgliedstaaten erweitert, wodurch die EU innerhalb dieser einflussreichen Gruppe Gleichgesinnter unter den ILO-Mitgliedstaaten gestärkt wurde.

3. Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Die ITU mit Sitz in Genf ist eine Sonderorganisation der VN, in deren Rahmen sowohl RegierungsvertreterInnen als auch VertreterInnen der Industrie zusammenkommen, um gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten zu koordinieren. Zuständig für die Standardisierung, Koordinierung und Entwicklung der internationalen Telekommunikation und für die Harmonisierung nationaler Politiken, legt die ITU Normen fest, welche die terrestrische sowie die Weltraumnutzung des Funkfrequenz-Spektrums und des Satelliten-Orbits regeln. Die Aktivitäten der ITU gliedern sich in drei Sektoren, in denen Normen für das weltweite Zusammenwirken von Telekommunikationssystemen entwickelt werden.

Die ITU ist zusammen mit anderen VN-Organisationen Initiator des unter der Schirmherrschaft des VN-GS stehenden Weltgipfels über die Informationsgesellschaft **(WSIS),** dessen erste Phase in Genf im Dezember 2003 stattfand und dessen zweite Phase für November 2005 in Tunis anberaumt ist. Ziel der ersten Gipfelphase war es, die neuen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich infolge der Entwicklung der Informationsgesellschaft ergeben, in all ihren Aspekten für das menschliche und gesellschaftliche Leben anzusprechen und dabei insbesondere unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zu einem gemeinsamen Verständnis über die Auswirkungen der IKT auf die Gesellschaft zu gelangen. In diesem Sinne wurden in Genf eine politische Grundsatzerklärung sowie ein strategischer Aktionsplan beschlossen. Als besondere Problempunkte erwiesen sich die Bereiche Regulierung des Internets, Netzsicherheit, Rolle der Medien, Menschenrechte, geistiges Eigentum und nicht zuletzt die Frage der Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen. In der zweiten Phase von WSIS sollen insbesondere die bei der ersten Gipfelphase offen gebliebenen Fragen betreffend die zukünftige Verwaltung des Internets sowie die im Hinblick auf die Teilnahme der Entwicklungsländer an den modernen Möglichkeiten der Informationstechnologie zum Einsatz kommenden Finanzierungsmechanismen behandelt werden. Ferner sollen die seit Ende 2003 erreichten Fortschritte bewertet werden. Österreich hat in Hammamet (Tunesien) im Juni aktiv am ersten Vorbereitungstreffen für die zweite Phase teilgenommen. Am Rande der Beratungen der Vorbereitungskommission standen für die österreichische Delegation die Bemühungen, die in Wien im Juni 2005 geplante internationale Konferenz zu „WSIS Contributory Conference on ICT & Creativity“ (Wiener Konferenz zum Thema „IKT und Kreativität“) im Vorbereitungsprozess des Weltgipfels zu verankern. Mit den tunesischen Gastgebern wurden Gespräche über die Berücksichtigung an prominenter Stelle der Präsentation des vom Salzburger International Centre for New Media vorbereiteten World Summit Award im Rahmen von WSIS geführt. Österreich nahm beim internationalen „Global ICT Summit Symposium“ in Hong Kong mit einem Vortrag über „ICT

and the Evolution of Pluri-Identiy Societies“ (IKT und die Entstehung von Gesellschaften mit einer Vielfalt an unterschiedlichen IdentitätsträgerInnen, einschließlich Personen mit Vielfach-Identitäten) teil.

4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft bei IFAD leistet Österreich einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensumstände der ärmsten ländlichen Bevölkerungsgruppen und zur Erreichung der MDGs. IFAD fördert die ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Als eher kleine Finanzierungsorganisation fördert IFAD die Schaffung eines „Enabling Microenvironment for the Poor“ (eines förderlichen Mikro-Umfelds für Arme). Wesentliche Elemente dieser Strategie sind Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, Technologien, fairen Märkten, Mindestinfrastruktur (Landstraßen), Gesundheitspflege und Grundschulbildung für die ländlichen Armen. Seit seiner Gründung im Jahre 1978 bis Ende 2003 hat IFAD Förderdarlehen im Gesamtausmaß von 7,93 Milliarden US-Dollar vergeben. Der größte Teil der Fördermittel entfiel auf Afrika.

5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO)

Die **35. Tagung der ICAO-Generalversammlung** fand am ICAO-Hauptsitz in Montreal vom 28. September bis 8. Oktober statt. Die Bereiche Sicherheit vor äußerer Gefährdung, Betriebssicherheit und Umwelt (Lärm-Standards und Emissionen) bildeten den Schwerpunkt der Arbeiten der 35. Vollversammlung. Im Kernbereich Sicherheit wurden Resolutionen mit dem Ziel der Stärkung und Erhöhung der Transparenz der weltweiten Sicherheitsprogramme verabschiedet und mehrere langfristige Aktionspläne bestätigt. Die Wichtigkeit des Programms zur Auditierung der Aufsicht über die Betriebssicherheit wurde unterstrichen. Seit 1999 wurden derartige Audits in 181 Vertragsstaaten der ICAO durchgeführt. In Hinkunft werden auch Flughäfen, die Luftraumüberwachung und andere Schlüsselbereiche von dieser umfassenden Überprüfung erfasst. Im Bereich Sicherheit vor äußerer Gefährdung nahm die Frage der Eindämmung der von MANPADS ausgehenden Gefahren für die Zivilluftfahrt einen wichtigen Stellenwert ein. Zur Frage der Reduzierung von Emissionen von Luftfahrzeugen konnte man sich auf die Erstellung von Richtlinien für mögliche Maßnahmen bis zur nächsten Vollversammlung 2007 einigen.

Österreich bewarb sich als Kandidat der so genannten „ABIS-Gruppe“ (Österreich, Benelux, Irland, Schweiz) erstmals für einen **Sitz im ICAO-Rat** und wurde mit überwältigender Mehrheit für die Funktionsperiode 2004–2007 gewählt. Der Rat als ständiges Exekutivorgan der ICAO besteht seit

seiner Erweiterung im Jahre 2003 aus nunmehr 36 Mitgliedern. Zu seinen Aufgaben zählt die Prüfung und Billigung aller technischen und wirtschaftlichen Richtlinien und Empfehlungen. Die Ergebnisse seiner Arbeit legt der Rat in den so genannten Standards und empfohlenen Praktiken nieder.

6. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Die Umsetzung der ambitionierten Vorgaben der 32. Generalkonferenz im Bereich der internationalen Standards wurde mit intensiver Arbeit an Entwürfen für eine Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, für eine Konvention gegen Doping im Sport und für eine Bioethik-Deklaration in Angriff genommen.

Der Ausarbeitung der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt kam international besondere Beachtung zu. Die Expertengruppe, die UNESCO-Generaldirektor Koichiro Matsuura bereits Ende 2003 einberufen hatte, arbeitete bis zur Jahresmitte einen Textentwurf aus. Auf dieser Grundlage wurden im Juni die vorgesehenen Konsultationen der UNESCO mit der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltorganisation zum Schutz geistigen Eigentums (WIPO) und mit UNCTAD aufgenommen. Eine erste Konferenz von Regierungsexperten vom 20.–24. September in Paris debattierte diesen Entwurf unter Einbindung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Aufgrund zahlreicher Berührungspunkte mit Kompetenzen der EU im Handels- und Wirtschaftsbereich ermächtigte der Kulturministerrat im November die Europäische Kommission, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Die EU-Mitgliedstaaten gaben Mitte November eine gemeinsam ausgearbeitete schriftliche Stellungnahme an die UNESCO ab.

Im Rahmen der Arbeiten an einem Entwurf für eine Doping-Konvention wurden in Paris im Jänner und Mai zwischenstaatliche Tagungen von RegierungsexpertInnen abgehalten. Ebenso wurden die Vorbereitungen für eine Bioethik-Deklaration vorangetrieben, die auf der Internationalen Deklaration zum Schutz menschlicher genetischer Daten von 2003 aufbauen soll. Vom 28. Juni bis 7. Juli fand die 28. Tagung des Welterbekomitees in Suzhou (China) statt. Mit der Aufnahme von 29 neuen Kultur- und fünf Naturerbe-Stätten erreicht die Zahl der Eintragungen mit 788 einen neuen Höchststand. Darunter sind auch acht österreichische Stätten enthalten: die Altstadt von Salzburg, Schloss und Park Schönbrunn (beide 1997), die Kulturlandschaft Hallstatt-Dachstein/Salzkammergut (1998), die Semmeringbahn und umgebende Landschaft (1999), die Altstadt von Graz (2000), die Kulturlandschaft Wachau (2001), das historische Zentrum von Wien (2002) und die gemeinsame österreichische und ungarische Kulturlandschaft Neusiedlersee (2002).

Im Kommunikationsbereich hat die UNESCO Maßnahmen zur Umsetzung des WSIS-Aktionsplans von 2003 gesetzt (Lehrerausbildung im Bereich der

IKT und Einsatz dieser Technologie in der Bildungspolitik) und war in die Vorbereitungen des zweiten Gipfels eingebunden (siehe Kapitel F.V.3.). Die Bemühungen der UNESCO um den Wiederaufbau Afghanistans wurden fortgesetzt. Österreich finanzierte in diesem Zusammenhang eine Untersuchungsmission von Universitätsprofessorin Deborah Klimburg-Salter für die Wiederherstellung des Museums von Kabul. Seit April koordiniert die UNESCO ihre Arbeit im Irak vom neu eingerichteten Büro in Amman aus in Kooperation mit ihren Büros in Beirut und Kairo. Die UNESCO unterstützt den Irak im Hochschulbereich und durch Aufbauhilfe für einen „National Water Resources Master Plan" (Plan zur Optimierung nationaler Wasserressourcen). Universitätsprofessorin Helga Trenkwalder nahm im Mai an der ersten Plenartagung des Internationalen Koordinationsrats zur Wahrung des kulturellen Erbes des Irak teil. Dieser soll in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden Programme zum Schutz des irakischen Kulturerbes ausarbeiten.

Österreichs Anteil am Gesamtbudget sank durch den Wiederbeitritt der USA auf nunmehr 0,864%. Hinzu kam noch der Beitrag zum Welterbefonds in Höhe von 26.426 US-Dollar. Darüber hinaus leistete Österreich wieder verschiedene freiwillige Beiträge, so zum Dokumentationszentrum des Internationalen Rates für Denkmalpflege (ICOMOS), zum Fonds zur Entwicklung der Kenntnisse der Menschenrechte, zum Internationalen Institut für Bildungsplanung (IIEP) für die Ausbildung von BildungsplanerInnen aus Entwicklungsländern sowie zur Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika (ADEA).

7. Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die 57. Weltgesundheitsversammlung in Genf vom 16.–22. Mai stand ganz im Zeichen der **Bekämpfung von HIV/AIDS.** Zu diesem Thema fanden vier Runde Tische statt, an denen auch Bundesministerin Maria Rauch-Kallat teilnahm. Die Frage der Gewährung eines Beobachter-Status an Taiwan war wiederum ein prominentes Thema. 133 Staaten, darunter alle 25 EU-Mitgliedstaaten, stimmten für die Beibehaltung der „Ein-China-Politik". Auch die ebenfalls traditionelle, von mehreren arabischen Staaten eingebrachte Resolution zur Gesundheitssituation der PalästinenserInnen wurde angenommen. Trotz eines verhältnismäßig moderaten Entwurfs scheiterte eine einheitliche EU-Position jedoch vor allem am Widerstand Deutschlands, sodass letztlich zwölf EU-Staaten (darunter Österreich) für die Resolution stimmten, 13 enthielten sich der Stimme. Auch die Resolution über Reproduktive Gesundheit wurde trotz Widerstands der USA, die letztlich aber den Konsens nicht verhinderten, angenommen. Das heikle Thema der „Policy relation with non-governmental organizations" (Politik betreffend die Beziehung mit NGOs) wurde zur Beschlussfassung vertagt.

Auch der Weltgesundheitsbericht 2004 mit dem Titel „Changing History" (Die Geschichte verändern) richtete sein Augenmerk auf die gegenwär-

tig größte Herausforderung des öffentlichen Gesundheitssektors, die Bekämpfung von HIV/AIDS. Die WHO stellte damit das ehrgeizigste jemals in Angriff genommene Projekt vor: die **„3-by-5"-Strategie,** mit der bis Ende 2005 drei Millionen Menschen mit antiretroviraler Therapie versorgt werden sollen. Weiters wurde die Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften mit dem Bestreben verhandelt, deren Anwendungsbereich nicht nur auf Cholera, Gelbfieber und Pest zu beschränken, sondern auf Gesundheitskrisen jedweder Art auszudehnen. Die Vierte WHO-Ministerkonferenz „Umwelt und Gesundheit" in Budapest vom 23.–25. Juni stand unter dem Motto „Die Zukunft unseren Kindern". Gesundheits- und UmweltministerInnen aus den 52 Staaten der WHO-Europaregion vereinbarten einen unter österreichischem Vorsitz ausverhandelten europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung umweltbedingter Erkrankungen von Kindern. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Bundesminister Josef Pröll. Im Rahmen der in Kopenhagen vom 6.–9. September abgehaltenen 54. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa wurden Folgemaßnahmen zur Budapest-Konferenz erörtert sowie die Erarbeitung einer Europäischen Strategie zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten beschlossen.

Der von einem dreiundzwanzigköpfigen Rat geleitete Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria **(GFATM)** soll als unabhängiger Finanzierungsmechanismus die Geldmittel zur nachhaltigen Bekämpfung dieser drei Krankheiten bereitstellen. Seit 2003 uneingeschränkt operationell, ist es dem Fonds gelungen, von Jänner 2002 bis Dezember 2004 die Mittel von 1,7 auf über 5,6 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Dennoch müssen neue Ressourcen mobilisiert werden, um die ehrgeizigen Programme der ersten drei Jahre aufrechterhalten und den wachsenden Anforderungen gerecht werden zu können.

8. Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die 1957 gegründete IAEO hat ihren Sitz in Wien und beschäftigt derzeit rund 2.200 Personen. Neben den Sekretariatseinheiten im Vienna International Centre (VIC) umfasst ihr Amtssitz auch die Laboratorien in Seibersdorf (N). Hauptaufgabe der IAEO ist die weltweite Förderung von Forschung und Entwicklung der friedlichen Nutzung von Kernenergie und ihrer vielfältigen praktischen Anwendungen sowie die Verifikation der Einhaltung der NPT-Verpflichtungen. Österreichs Mitarbeit in der IAEO konzentriert sich insbesondere auf die Bereiche nukleare Sicherheit und Strahlenschutz sowie auf das Sicherheitskontrollsystem der IAEO zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Besondere Bedeutung misst Österreich der Konvention über nukleare Sicherheit und dem Gemeinsamen Übereinkommen über die Sicherheit abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle bei. Bei beiden Konventionen finden in jeweils dreijährigem Rhythmus Überprüfungstreffen statt, bei denen die Einhaltung der Ver-

tragsbestimmungen genau kontrolliert wird. Das nächste Treffen der Konvention über nukleare Sicherheit wird in Wien im April 2005 stattfinden. Im Bereich Sicherheitskontrollen unterstützte Österreich weiter massiv den Aufbau des neuen Sicherheitskontrollsystems der IAEO. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Zusatzprotokoll zu den bestehenden Sicherheitskontrollabkommen, das den Staaten umfangreichere Informationspflichten auferlegt und den IAEO-Inspektoren raschen und ungehinderten Zugang zu sensiblen Nuklearanlagen ermöglicht. Dies wird der IAEO in Zukunft einen umfassenderen Einblick als bisher in sämtliche nukleare Aktivitäten der Mitgliedsländer erlauben. Bisher haben 96 Staaten und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) Zusatzprotokolle mit der IAEO unterzeichnet. Nachdem alle EU-Mitgliedstaaten ihre Ratifikationsverfahren abgeschlossen hatten, sind die Zusatzprotokolle für diese am 1. Mai in Kraft getreten.

Die IAEO wurde von den USA am 17. März 2003 dazu aufgefordert, ihre Inspektoren aus dem Irak abzuziehen. Seither konnte die IAEO trotz aufrechten VN-Mandats ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. Auch in der Demokratischen Volksrepublik Korea waren keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Regierung in Pjöngjang ließ seit dem erzwungenen Abzug aller IAEO-Inspektoren im Dezember 2002 keine Kontrollen ihrer Nuklearanlagen mehr zu. Sehr intensiv beschäftigten sich die IAEO und der IAEO-Gouverneursrat mit dem umfangreichen Nuklearprogramm des Iran. Der IAEO ist es zwar gelungen, einen tiefen Einblick in dieses zu bekommen, einige essentielle Fragen konnten aber bislang nicht geklärt werden. Einige Staaten hegen daher nach wie vor ernsthafte Zweifel an der ausschließlich friedlichen Natur des iranischen Nuklearprogramms.

Aufgrund der Zweifel an der Einhaltung des NPT-Vertrags durch einige NPT-Mitgliedstaaten hat sich die 48. Tagung der IAEO-Generalkonferenz vom 20.–24. September intensiv mit der Frage der Stärkung des Verifikationssystems der IAEO und den Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes gegen nuklearen Terrorismus befasst. Vor diesem Hintergrund legte Österreich seinen Schwerpunkt neuerlich auf den Bereich Sicherheitskontrolle und arbeitete hierzu wie in den Vorjahren im Namen der EU eine Resolution aus, die nach äußerst schwierigen Konsultationen im Konsens angenommen werden konnte. Das zweite Schwergewicht Österreichs lag erneut im Bereich nukleare Sicherheit, wo Österreich die bisherigen Fortschritte im Rahmen der IAEO begrüßte, gleichzeitig aber weitere internationale Anstrengungen zu deren Stärkung einforderte. Das Budget der IAEO betrug rund 268,5 Millionen US-Dollar. Das Beitragsziel für den Fonds für technische Zusammenarbeit wurde mit 75,75 Millionen US-Dollar festgelegt.

9. Welttourismusorganisation (OMT/WTO)

Die OMT/WTO ist die führende internationale Organisation auf dem Gebiet Reisen und Tourismus und dient als globales Forum für Tourismus-Politik

sowie Plattform für Tourismus-Know-how und Statistiken. Die OMT/WTO ist ein zwischenstaatliches Gremium mit Sitz in Madrid. In der XV. Generalversammlung im Oktober 2003 wurde die Umwandlung in eine **Spezialagentur der VN** beschlossen. Dem wurde bei der Generalversammlung der VN im November 2003 zugestimmt. Der OMT/WTO gehören 144 Vollmitglieder, sieben assoziierte Mitglieder (Regionen) und über 300 affiliierte Mitglieder an. Letztere repräsentieren den privaten Sektor, Ausbildungseinrichtungen, Tourismusverbände und lokale Tourismusbehörden. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und ist seit 1995 Mitglied im Programmkomitee. Seit September 1999 hat Österreich dessen Vorsitz inne.

Im März fand das zweite Forum zum Thema „Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung“ **(ST-EP)** statt. Das Projekt ST-EP wurde 2002 von der OMT/WTO gemeinsam mit UNCTAD am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufen und soll dabei helfen, den nachhaltigen Tourismus zu einer treibenden Kraft in der Beseitigung der Armut zu entwickeln. Im Jänner fand die Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation **(TOURCOM)** in Madrid statt. Diskussionspunkte waren dabei die TOURCOM-Konferenzen und -Arbeitstagungen (Angebot von Grundausbildung für Public Relations, e-Kommunikation, Krisenkommunikation, Werbung und andere), die „Tourism Enriches"-Kampagne (Start einer weltweiten Kampagne zur Darstellung der positiven Auswirkungen des Tourismus) sowie das TOURCOM-Netzwerk von Kommunikations-ExpertInnen (Gründung eines Netzwerkes von Tourismuskommunikations-ExpertInnen als informelle konsultative Gruppe).

10. Weltpostverein (UPU)

Der 23. Weltpostkongress fand in Bukarest vom 15. September bis 5. Oktober statt. Eine der wichtigsten Entscheidungen war die Verabschiedung der **„Weltpoststrategie von Bukarest“,** die die Weiterentwicklung der Postdienste in den nächsten vier Jahren definiert. Mittels Resolution wurden die weltweiten Mindest-Qualitätsstandards für internationale Briefsendungen festgesetzt. So sollen Priority-Briefsendungen (vorrangige Behandlung und schnellster Transport) zwischen Mitgliedstaaten zu einem Anteil von mindestens 50% spätestens am fünften der Aufgabe folgenden Werktag zugestellt werden. Dieser Mindest-Standard soll ab 2008 auf 65% angehoben werden. Weiters wurde die **Schaffung eines Verrechnungssystems** zur Abgeltung der Kosten für die nationale Zustellung internationaler Briefsendungen vereinbart. Ab 2014 soll ein auf nachgewiesenen Kosten und Dienstqualität basierendes System weltweit angewendet werden. Edouard Dayan aus Frankreich wurde zum neuen Generaldirektor bestellt.

VI. Andere Einrichtungen der Vereinten Nationen

Universität der Vereinten Nationen (UNU)

Die UNU mit Sitz in Tokio wurde 1972 gegründet. Sie soll durch Forschung und Aufbau von Kapazitäten zur Lösung globaler Probleme beitragen und bietet ihren StudentInnen und WissenschafterInnen ein weltweites Netzwerk in den Bereichen Friedenspolitik und Staatsführung, Entwicklung, Wissenschaft, Technologie, soziale Fragen sowie Ökologie. Neben dem Hauptsitz hat die UNU zwei Außenstellen in Paris und New York und 15 ausgelagerte Zentren und Programme. Das neu eröffnete **Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit** in Bonn beschäftigt sich mit der Erforschung von Naturkatastrophen und ihren Auswirkungen. Darüber hinaus soll es Schutzmaßnahmen für Betroffene und Strategien zur Vermeidung von Schäden entwickeln.

G. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und deren Trägersystemen ist ein erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Dabei ist Österreich bestrebt, in den verschiedenen multilateralen Foren zur Bildung von gemeinsamen EU-Positionen beizutragen. Österreich hat zur Durchführung der EU-Strategie und des Aktionsplans vom Dezember 2003 zur Nichtverbreitung von MVW konkrete Beiträge, vor allem zur Universalisierung internationaler Verträge und Übereinkommen, geleistet. Die vom VN-SR im April des Jahres angenommene Resolution 1540 (2004) zur Nichtverbreitung von MVW insbesondere an terroristische Gruppen wurde von Österreich unterstützt. Vor diesem Hintergrund werden die Bemühungen fortgesetzt, Wien als Zentrum der internationalen Rüstungskontrolle und Verifikation zu stärken. Österreichs Engagement gilt auch der Verhinderung der unkontrollierten Verbreitung von konventionellen Waffen. Dies kam vor allem in der aktiven Mitgestaltung des Ottawa-Prozesses und dem Vorsitz der Nairobi-Überprüfungskonferenz 2004 zum Ausdruck.

I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen

1. Nukleare Waffen

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT) stellt seit vielen Jahren den Eckpfeiler der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung dar. Mit 189 Vertragsstaaten hat der NPT fast universelle Geltung erreicht. Nur Israel, Indien und Pakistan lehnen weiterhin einen Beitritt zum NPT ab.

Vom 26. April bis 7. Mai fand in New York die dritte Sitzung des Vorbereitungskomitees für die NPT-Überprüfungskonferenz im Mai 2005 statt. Die Debatten brachten im Vergleich zu jenen 2002 und 2003 kaum Neues. Wiederum lag das Schwergewicht der Diskussionen auf Fragen der Non-Proliferation, vor allem wie die Verbreitung von Nuklearwaffen wirksamer als bisher verhindert werden kann. Zahlreiche Delegationen, darunter Österreich, sorgten aber auch dafür, dass den in Art VI NPT normierten Abrüstungsverpflichtungen der fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten ausreichend Bedeutung beigemessen wurde. Die Bemühungen der IAEO in Wien beim Aufbau eines verbesserten Verifikationssystems, das in Zukunft auch die Aufdeckung nicht deklarierter nuklearer Aktivitäten erlauben soll, wurden

positiv gewürdigt. Gefordert wurde ferner eine Stärkung der Exportkontrollen und – angesichts der Bedrohung durch Nuklearterrorismus – die Bekämpfung des illegalen Handels mit Nuklearmaterial.

2. CTBT

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) sieht ein Verbot aller mit einer nuklearen Kettenreaktion verbundenen Atomtests sowie aller sonstigen nuklearen Explosionen vor. Bisher haben 174 Staaten den CTBT unterzeichnet und 120 ihn ratifiziert, darunter 33 der 44 Schlüsselstaaten, deren Ratifikation für das Inkrafttreten des Vertrags erforderlich ist. Zwar nimmt die Zahl der Ratifikationen stetig zu (2004 ratifizierten zwölf Staaten den CTBT), doch kommt die Ratifikation durch die Schlüsselstaaten nur sehr zögerlich voran (2004 kam lediglich die Ratifikation durch die Demokratische Republik Kongo hinzu). Österreich hat den CTBT bereits am 13. März 1998 ratifiziert. Bei der 59. VN-GV in New York erklärten die USA abermals, dass sie den CTBT nicht ratifizieren würden.

Das Provisorische Technische Sekretariat (PTS) der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen **(CTBT PrepCom)** ist seit März 1997 in Wien tätig und beschäftigt rund 270 MitarbeiterInnen. Seine Hauptaufgabe ist der Aufbau des im Vertrag vorgesehenen Verifikationssystems mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem Internationalem Datenzentrum in Wien. Mit der Fertigstellung des Gesamtsystems wird 2007 gerechnet.

Im Rahmen des CTBT PrepCom setzt sich Österreich für einen raschen Aufbau des Verifikationssystems ein. Die einzige in Österreich vorgesehene Einrichtung dieses Systems ist das Radionuklid-Labor in Seibersdorf, das „verdächtige“ Radionuklidproben untersucht. Es wurde als erstes der weltweit 16 Labors vom PTS zertifiziert und hat seinen Betrieb im Dezember 2001 offiziell aufgenommen.

3. Genfer Abrüstungskonferenz (CD)

Die aus 66 Mitgliedstaaten (Österreich seit 1996) bestehende CD befindet sich in einer tiefen Krise. So wie in den Vorjahren gelang es nicht, einen Konsens für ein Arbeitsprogramm zu erzielen und somit die seit langem überfälligen Verhandlungen für einen „Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper“ (FMCT) aufzunehmen. Die CD stand im Zeichen einer interamerikanischen Evaluierung der CD und speziell des FMCT, deren Resultat im Sommer präsentiert wurde. Die USA erklärten, dass Verifikation im Bereich der Produktion von spaltbarem Material nicht in einem zufriedenstellenden

Maße möglich sei und daher nicht in die Verhandlungen über einen FMCT inkludiert werden könne. Diese Position stellt eine Abkehr vom seit 1995 bestehenden Konsensbeschluss (Shannon-Mandat) dar, der explizit auf die Notwendigkeit einer effektiven Verifikation abstellt. Die neue US-Position stößt daher auf großen Widerstand der Mehrzahl der CD-Mitglieder, auch innerhalb der EU. Es ist weiter unwahrscheinlich, dass 2005 eine Einigung auf ein Arbeitsprogramm möglich sein wird.

4. Chemiewaffenkonvention (CWK)

Die 1997 in Kraft getretene CWK führte ein strafrechtlich zu verfolgendes Verbot sämtlicher Chemiewaffen ein und schreibt die phasenweise Vernichtung bestehender Chemiewaffen bis 2007, respektive 2012 vor, zumal die Möglichkeit einer Erstreckung der Vernichtungsfrist bis April 2012 in der CWK grundsätzlich vorgesehen ist und von Russland bereits in Anspruch genommen wurde. Zur Verhinderung jedweder Neuproduktion von Chemiewaffen werden überdies kommerzielle Unternehmen routinemäßigen Kontrollen unterworfen.

2004 erhielt die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) verstärkt Auftrieb durch die Annahme einer Gemeinsamen Aktion der EU zur Unterstützung der OPCW, welche erstmals die Tätigkeit der OPCW auch finanziell unterstützte, und durch die Annahme der Resolution 1540 vom VN-SR. Dadurch erhielt die CWK mit nunmehr 167 Mitgliedstaaten Weltgeltung. Trotz alledem stehen noch einige wichtige Staaten des Nahen Ostens (Ägypten, Syrien, Israel, Libanon) sowie die Demokratische Volksrepublik Korea der Konvention fern. Libyen ist Neumitglied der OPCW, womit sich die Zahl der Chemiewaffen-Besitzerstaaten auf insgesamt sechs (Vereinigte Staaten, Russische Föderation, Libyen, Albanien, Republik Korea und Indien) erhöht.

Österreich war ein besonders aktives Mitglied der OPWC. Das „International Vienna Seminar on Challenge Inspections“ (Internationales Wiener Seminar über Ad-hoc-Inspektionen bei spezifischen Problemen) im Juni sowie ein Sondertreffen internationaler Sachverständiger des so genannten „Protection Network“ im April, jeweils in Wien zum Thema der „Rolle von Experten bei der Untersuchung eines (vermuteten) Chemiewaffeneinsatzes“ haben internationale Anerkennung gefunden.

Die OPCW kontrollierte 2004 drei österreichische Chemieunternehmen. Die Inspektionen verliefen ohne besondere Vorkommnisse und brachten keine Verstöße gegen die Konvention zu Tage.

5. BTWK

Dieses Übereinkommen aus dem Jahre 1972 umfasst das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer Waffen)

und von Toxinwaffen sowie ihre Vernichtung. Bemühungen, die BTWK zu stärken, gingen im August 2001 ohne Ergebnis zu Ende. Die Tätigkeiten im Rahmen des Übereinkommens sind durch die kritische Haltung, insbesondere der USA zu einem Verifikationsprotokoll, auf einen weitgehend technischen Informationsaustausch beschränkt. Das Vertragsstaatentreffen im Dezember befasste sich vorwiegend mit der Stärkung und Erweiterung existierender Mechanismen zur Überwachung und Bekämpfung etwaiger Gefahren wie Seuchen und Epidemien sowie die Erweiterung internationaler Möglichkeiten und Strategien, um zukünftigen Gefahren entgegen wirken zu können. Im Dezember ratifizierte Tadschikistan die Konvention.

6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation von ballistischen Raketen **(HCOC)** zählte Ende Dezember bereits 119 Mitgliedstaaten. Österreich (Abrüstungsabteilung im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) ist Sitz des Exekutivsekretariats des Haager Kodex. Der Kodex konnte erstmals im VN-System durch die Annahme der ersten HCOC-Resolution (161:2:15 Stimmen) während der 59. VN-GV in New York verankert werden.

II. Beschränkung und Kontrolle konventioneller Waffen

1. Antipersonenminen

Vom 29. November bis 3. Dezember fand unter österreichischem Vorsitz, Botschafter Wolfgang Petritsch, in Nairobi die Erste Überprüfungskonferenz des zum Jahresende von 152 Staaten unterzeichneten und von 144 ratifizierten Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung **(Ottawa-Konvention),** dem Nairobi-Gipfel für eine minenfreie Welt, statt. Es war dies das wichtigste internationale Ereignis zum Landminenthema seit der Unterzeichnung der Ottawa-Konvention 1997. An der Konferenz nahmen über 1.300 Delegierte aus 135 Staaten, des VN-Systems, regionalen Organisationen sowie zahlreiche VertreterInnen von NGOs teil. Der Gipfel zog eine weitgehend positive Bilanz über die Umsetzung des Total-Verbots von Antipersonenminen in den vergangenen fünf Jahren. Das Hauptaugenmerk lag auf dem Nairobi-Aktionsplan für die Periode 2005–2009, der von der Konferenz beschlossen wurde.

Zum Schutz der von Antipersonenminen am meisten betroffenen Zivilbevölkerung förderte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Rahmen seines **Minenaktionsprogramms** im Ausmaß von 1,7 Millionen Euro Minenräumungs- und Vernichtungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildungs- und Opferhilfsprogramme sowie Maßnahmen zur Stärkung der Ottawa-Konvention. Als Ausfluss der Evaluierung des Minenaktionsprogramms soll dieses auf wenige Schwerpunkte konzentriert werden, um den

Mitteleinsatz effizienter zu gestalten und die Visibilität Österreichs zu erhöhen. Demgemäß konzentriert sich das Minenaktionsprogramm auf zwei Schwerpunktregionen: Südosteuropa (Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Albanien, Serbien und Montenegro) und das südöstliche Afrika (Mosambik).

2. Besonders verletzende Waffen

Österreich setzt sich für die Umsetzung der Verpflichtungen und Weiterentwicklung des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können von 1980 **(CCWC)** ein. Die Überprüfungskonferenz 2001 einigte sich darauf, den Wirkungsbereich der Konvention und ihrer Protokolle auch auf nicht internationale Konflikte zu erweitern und als weitere Priorität die Schwerpunkte „explosive Kampfmittelrückstände“ und „Minen, die keine Antipersonenminen sind“ weiterzuentwickeln, damit das humanitäre Problem verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt wird. 2003 konnten die Verhandlungen über ein Protokoll zu „explosiven Kampfmittelrückständen“ erfolgreich abgeschlossen werden. Das Protokoll tritt in Kraft, sobald es von 20 Vertragsstaaten ratifiziert worden ist.

3. Kleinwaffen und leichte Waffen (KLW)

Gegenwärtig wird im Rahmen der VN von der im Dezember 2003 eingesetzten offenen Arbeitsgruppe ein internationales Instrument zur Identifikation und Verfolgbarkeit von unerlaubten KLW (Markierung und Verfolgbarkeit) in New York verhandelt. Sofern in zwei weiteren Sitzungsrunden Einigung erzielt werden kann, steht die Annahme des Instruments beim nächsten Biennaltreffen zur Implementierung des VN-Aktionsprogramms gegen den unerlaubten Handel von KLW im Juli 2005 an. Für Österreich liegt der geographische Schwerpunkt für eine Unterstützung von KLW-Projekten in Südosteuropa.

4. Ausfuhrkontrolle konventioneller Waffen

Die Rechtsgrundlage für Waffenexporte stellen in Österreich das Bundesgesetz über die Durchführung des Warenverkehrs der Ein- und Ausfuhr **(Außenhandelsgesetz)** BGBl 172/1995 in der geltenden Fassung bzw. für Kriegsmaterial das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial BGBl 540/1977 **(Kriegsmaterialgesetz),** zuletzt geändert durch BGBl I 125/2001, dar. Novellen zu diesen Gesetzen wurden 2004 begutachtet.

Durch den Beitritt von zehn neuen EU-Mitgliedstaaten wurde der **Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren** gestärkt, der politisch verbindliche

gemeinsame Kriterien für die Genehmigung von konventionellen Waffenausfuhren festlegt.

III. Multilaterale Exportkontrollregime

Vorrangiges Ziel der bestehenden **fünf Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensitive Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten. Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nichtmitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes.

Im Nuklear-Bereich bestehen das unter österreichischem Vorsitz stehende **Zangger-Komitee (ZC)** und die **Nuclear Suppliers Group (NSG).** Auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Waffen nimmt die **Australia Group (AG)** eine ähnliche Funktion ein. Das **Trägertechnologie-Kontrollregime (MTCR)** wiederum dient dem Zweck, der Verbreitung von ballistischen Raketen vorzubeugen.

Im Bereich der konventionellen Waffen und der doppelverwendungsfähigen Güter und Technologien für die Herstellung solcher Waffen kommt dem **Wassenaar Arrangement (WA),** dessen Sekretariat seinen Sitz in Wien hat und Österreich 2005 den Vorsitz übernehmen wird, eine zentrale Bedeutung zu. Mit der Aufnahme von Slowenien wurde das WA im Dezember erstmals erweitert. Im kommenden Jahr sollen Gespräche mit jenen Ländern, deren Beitritt zum WA von den derzeitigen Teilnehmerstaaten gewünscht wird, China, Brasilien und Südafrika, fortgesetzt sowie mit Israel initiiert werden.

Die Bestrebungen, alle neuen EU-Mitgliedstaaten in sämtliche Exportkontrollregime aufnehmen zu lassen, waren bislang in zwei Regimen (NSG und AG) erfolgreich.

H. Der internationale Schutz der Menschenrechte

I. Einleitung

Die Förderung der weltweiten Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards war auch 2004 ein zentrales Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen waren vor allem die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, die Rechte von Frauen und Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, die Situation von Binnenvertriebenen, die Unterbindung von Menschenhandel, die wirksame Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Menschenrechtsbildung und die Förderung von Demokratisierung und guter Regierungsführung. Österreich setzte wichtige Akzente in den mit Menschenrechten befassten EU-Gremien, im Rahmen internationaler Organisationen wie VN, ER und OSZE sowie in bilateralen politischen Dialogen mit Regierungen in aller Welt. Weiters setzte sich Österreich intensiv für die Stärkung der Bürgergesellschaft sowie NGOs ein, die im Menschenrechtsbereich aktiv sind.

II. Menschenrechte in der EU

1. EU-Menschenrechtspolitik

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine Zielsetzung der GASP der Union. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Formation einer Ratsarbeitsgruppe (COHOM) und in Zusammenarbeit mit geographischen Ratsarbeitsgruppen sowie dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung diskutiert. Österreich wirkte insbesondere in den Bereichen der Umsetzung von EU-Leitlinien zu Kindern in bewaffneten Konflikten, der Erstellung von Leitlinien zum Schutz und der Förderung von Menschenrechtsverteidigern sowie der Vorbereitung der Errichtung einer Europäischen Menschenrechtsagentur mit. Darüber hinaus war Österreich aktiv an der EU-internen Diskussion zu den in der MRK und VN-GV behandelten Themen und EU-Länderinitiativen beteiligt.

Zur Umsetzung der im Dezember 2003 über österreichische Initiative erstellten **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** wurde im Dezember ein Aktionsplan beschlossen, um die EU-Bemühungen in diesem Bereich in umfassender Weise zu stärken. Die Umsetzung der **Leitlinien zu den Menschenrechtsverteidigern** stellte einen Schwerpunkt im Arbeitsprogramm 2004 der EU für den Menschenrechtsbereich dar. Ziel der EU-Leitlinien ist eine Verbesserung der praktischen Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zum Schutz und der Förderung von Menschenrechtsverteidigern.

Menschenrechte in der EU

Im Dezember wurde in Den Haag das **sechste EU-Menschenrechtsforum** abgehalten, das dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und VertreterInnen der Zivilgesellschaft dient. Das Forum widmete sich dem Thema der konkreten Umsetzung der EU-Richtlinien zu Menschenrechtsverteidigern mit dem Ziel, ein Handbuch für EU-Auslandsvertretungen zu erarbeiten, das detaillierte Empfehlungen zum praktischen Schutz und der Förderung von Menschenrechtsverteidigern enthält.

Die **weltweite Abschaffung der Todesstrafe** gehört für Österreich und seine Partner in der EU weiterhin zu einer der Prioritäten ihrer Menschenrechtspolitik. Dieses Ziel wird anhand der durch generelle und auf Einzelfälle bezogene Demarchen auf Basis der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe** sowie durch die verstärkte Thematisierung dieser Frage in regionalen und internationalen Gremien verfolgt. Im Rahmen der 60. Tagung der Menschenrechtskommission der VN wurde die – traditionell von der EU eingebrachte – Resolution über die Todesstrafe mit der höchsten Anzahl von Miteinbringern angenommen. Die Resolution bringt unter anderem die Besorgnis über die jüngsten Aufhebungen von Moratorien betreffend die Todesstrafe durch einige Staaten zum Ausdruck. Vom 5.–9. Oktober fand in Montreal der zweite, von renommierten NGOs veranstaltete Kongress gegen die Todesstrafe statt. Österreich beteiligte sich daran in Form einer Grußbotschaft von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner. Österreich ratifizierte am 12. Jänner das Protokoll Nr. 13 zur EMRK über die Abschaffung der Todesstrafe unter allen Umständen. Das Protokoll trat für Österreich am 1. Mai in Kraft.

Auch die **Bekämpfung der Folter** zählt zu den Prioritäten der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten, für deren Umsetzung im April 2001 eigene **Leitlinien** verabschiedet wurden. In Entsprechung dieser Leitlinien führt die EU Demarchen gegenüber Drittstaaten, auch in individuellen Fällen gefolterter oder misshandelter Personen durch. Dem Menschenrechtsprogramm der Europäischen Kommission „Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ **(EIDHR)** standen 2004 19 Millionen Euro für Projekte zur Hilfe für Folteropfer und zur Bekämpfung von Folterpraktiken zur Verfügung. Am 23. November wurde der österreichische Menschenrechtsexperte Univ.-Prof. Manfred Nowak vom Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der VN zum VN-Sonderberichterstatter zu Folter (Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment) ernannt. Der Sonderberichterstatter bereist Staaten zwecks Erhebung der Situation an Ort und Stelle, übermittelt Appelle bezüglich Einzelpersonen, die von Folter bedroht sind und berichtet jährlich der Menschenrechtskommission (MRK) und der VN-GV. Das im Rahmen der ER-Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe eingerichtete Komitee zur Ver-

hütung von Folter (CPT) führte vom 14.–23. April seinen vierten Besuch in Österreich durch.

Erstmals wurden im Herbst die – auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden – **Menschenrechtsländerblätter** durch EU-Missionschefs vor Ort erstellt, die jährlich aktualisiert werden sollen.

Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt durch das Instrument von **EIDHR,** das rund 100 Millionen Euro umfasst und von der Europäischen Kommission in Beratung mit den Mitgliedstaaten verwaltet wird. EIDHR-Projekte werden zum überwiegenden Teil öffentlich ausgeschrieben und von NGOs durchgeführt. Die Hauptthemen-Bereiche sind Abschaffung der Todesstrafe, Demokratisierung/gute Regierungsführung/Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Kampf gegen Folter/Straflosigkeit sowie Unterstützung von Internationalen Tribunalen und vom IStGH.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der sechste **EU-Jahresbericht zur Menschenrechtslage,** der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasst wird, verabschiedet. Der Bericht umfasst den Zeitraum 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004 und ist unter http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/ENHR2004.pdf abrufbar.

Ein wichtiger Bereich in der Umsetzung der EU-Menschenrechtspolitik sind die **EU-Wahlbeobachtungsmissionen,** die unter der Leitung der Europäischen Kommission organisiert werden. Seit dem Jahr 2000 hat die EU 30 Wahlbeobachtungsmissionen entsandt. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (NEEDS) werden Trainingsseminare für WahlbeobachterInnen angeboten. NEEDS-Seminare werden unter anderem auch im ÖSFK abgehalten. Im Jahr 2004 hat Österreich an den Wahlbeobachtungsmissionen der EU in Afghanistan, Sri Lanka, Indonesien, Malawi, Mosambik und Westbank/Gaza (Wahltermin 9. Jänner 2005) teilgenommen. Im Jahr 2004 kamen bei Wahlbeobachtungsmissionen der EU insgesamt zwischen 30 und 40 ÖsterreicherInnen zum Einsatz.

Nach dem Beschluss des Europäischen Rates in Brüssel vom Dezember 2003, das Mandat der in Wien ansässigen Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) zu erweitern und in eine **Europäische Menschenrechtsagentur** umzuwandeln, wurden im zweiten Halbjahr dazu die ersten konkreten Umsetzungsschritte gesetzt. Die Europäische Kommission veröffentlichte im Oktober in einer Mitteilung ihre vorläufigen Vorstellungen zur Ausgestaltung einer solchen Agentur und initiierte bis Anfang 2005 einen öffentlichen Konsultationsprozess, in dem alle interessierten Akteure wie Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, Internationale Organisationen und Zivilgesellschaft ihre Vorstellungen zur Agentur darlegen konnten. Daran anschließend wird die Kommission im

Mai 2005 einen Vorschlag zur Anpassung der Gründungsverordnung des EUMC (VO 1035/97) vorlegen.

Da die Errichtung einer Menschenrechtsagentur ein langjähriger österreichischer Wunsch war, hat sich Österreich von Beginn an aktiv am Vorbereitungsprozess beteiligt und dazu eine Arbeitsgruppe bestehend aus VertreterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Verfassungsdiensts im Bundeskanzleramt gegründet. Die von ihr erstellte offizielle österreichische Stellungnahme geht vor allem auf die von der Europäischen Kommission aufgeworfenen Fragen ein und zeigt konkrete Beispiele für mögliche Tätigkeitsfelder der Agentur auf. Die künftige EU-Menschenrechtsagentur soll nach österreichischer Auffassung primär eine Service- und Beratungsfunktion ausüben, die den Institutionen der EU fachliche Expertise für deren politische und rechtliche Aufgaben und Entscheidungen in Menschenrechtsfragen zur Verfügung stellt und sie auf diese Weise unterstützt. Eine gezielte und umfassende Datensammlung und -verwertung und die damit verbundene objektive Analysefähigkeit kann wesentlich zu einer präventiv orientierten, strategischen und somit kohärenten Menschenrechtspolitik der EU beitragen. Dabei sollte das Mandat der Agentur für diese inhaltliche Beratungstätigkeit für Rat, Europäische Kommission, EP und andere auch die Vorbereitung und Durchführung von Rechtsakten und Politiken mit Drittstaatenbezug erfassen. Eine strikte Trennung in der Kompetenz für Tätigkeiten mit reiner Innen-Dimension (beschränkt auf EU-Mitgliedstaaten) und solchen, die auch außenpolitische Aspekte beinhalten, scheint nach Ansicht Österreichs aufgrund der immer stärker werdenden Verflechtung der einzelnen Themen nicht wirklich möglich und würde die tägliche Arbeit der Agentur unnötig erschweren.

2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte,** in denen Kriterien für die Aufnahme, Durchführung und Evaluierung von Dialogen mit Drittstaaten im Menschenrechtsbereich erstellt wurden, wobei unterschiedliche Dialogformen identifiziert wurden: strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge aufgrund von Abkommen (Cotonou und andere), Konsultationen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen. In Ergänzung dieser Leitlinien hat COHOM im Dezember ein halbjährlich zu erörterndes Dokument verabschiedet, das einen Überblick über die verschiedenen Arten von Menschenrechtsdialogen und -konsultationen gibt, das Verfahren und Kriterien für die Aufnahme solcher Dialoge beschreibt sowie in einer Standard-Liste die Kernanliegen für die EU-Menschenrechtsdialoge festlegt.

2.1. China

Der seit 1997 stattfindende strukturierte Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China wurde im Februar und September durch Treffen der EU-

Troika mit VertreterInnen der chinesischen Regierung fortgesetzt. Die Dialog-Runden werden durch ein Menschenrechts-Netzwerk EU-China ergänzt, welches Seminare für ExpertInnen aus dem akademischen Bereich, NGOs und andere VertreterInnen der EU und Chinas zu speziellen Menschenrechtsthemen abhält, die mit den beiden VN-Menschenrechtspakten zusammenhängen. 2004 fanden Seminare zur Ratifikation des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), zum Recht auf Gesundheit sowie zum Recht auf eine angemessene Verteidigung und zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CSR) statt.

Im Rahmen des Menschenrechtsdialogs EU-China werden auch sensible Fragen wie Folterverbot, Todesstrafe, Tibet, die ungewöhnlich harte Verfolgung der AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, von religiösen Gruppen sowie der Falun-Gong-Bewegung einschließlich spezifischer Einzelfälle, angesprochen.

Da innerhalb der EU zunehmend die fehlenden konkreten Fortschritte in der allgemeinen Menschenrechtslage abseits der Dialoggespräche in China kritisiert wurden, unternahm der Rat im Oktober eine Evaluierung des Dialogs. Der Rat kritisierte in seiner Evaluierung fehlende Fortschritte, insbesondere in den Bereichen Todesstrafe und Meinungsfreiheit, sah den Menschenrechtsdialog in seiner Gesamtheit aber dennoch als ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit zwischen der EU und China. Es wurden eine Reihe von Empfehlungen für die Weiterverfolgung der Dialoggespräche, einschließlich der Durchführung konkreter Projekte vor Ort, verabschiedet, damit der Dialog zur langfristigen Verbesserung der Menschenrechtslage in China beiträgt. Aus diesem Grund befürwortet Österreich dessen Fortsetzung.

2.2. Iran

Seit dem Wahlsieg der Konservativen bei den Parlamentswahlen im Februar war die bereits davor Besorgnis erregende Menschenrechtslage im Iran durch Stillstand sowie in zahlreichen Bereichen durch zusätzliche Verschlechterungen gekennzeichnet. Dies wurde auch im Rahmen des seit Ende 2002 laufenden Menschenrechtsdialogs deutlich. Die 4. Runde fand im Juni in äußerst gespannter und von wenig Kooperationsbereitschaft geprägter Atmosphäre statt. Angesichts des geringen Fortschritts im Dialogprozess und der enttäuschenden Entwicklung fiel auch die umfassende erste Evaluierung des bisherigen Prozesses durch die niederländische EU-Präsidentschaft sehr kritisch aus. Die EU fühlt sich zwar weiterhin dem Dialogprozess verpflichtet, dessen Effizienz – gemessen an konkreten Fortschritten – nunmehr jährlich evaluiert werden soll. Gleichzeitig sollen die Modalitäten des Dialogs insbesondere hinsichtlich einer verbesserten und längerfristigen Termin- und Themenplanung (bzw. -vorbereitung) geprüft werden, wofür sich Österreich schon seit längerer Zeit einsetzt. Österreich

misst dem Menschenrechtsdialog mit dem Iran grundsätzlich große Bedeutung zu und tritt auf der Basis eines klaren politischen Bekenntnisses der iranischen Behörden zur Verbesserung der Menschenrechtslage und Förderung von Rechtsstaatlichkeit weiterhin für dessen Fortsetzung ein.

III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Österreich unterstützt dabei insbesondere Strategien zur Stärkung der menschlichen Sicherheit. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung sowie Friedenskonsolidierung, dienen dabei Aufbau und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen, aber auch breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Auch der Anfang Dezember veröffentlichte Bericht der vom VN-GS einberufenen **Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel** anerkennt den Schutz der Menschenrechte als eine der zentralen Aufgaben der VN. Allerdings sei die effektive Aufgabenerfüllung durch die MRK aufgrund sinkender Glaubwürdigkeit und Professionalität, Doppelmoral und mangelnder Qualifizierung und Bereitschaft der Mitgliedstaaten, Menschenrechte zu schützen bzw. zu fördern, extrem gefährdet. In einem eigenen Kapitel wurden strukturelle Reformmaßnahmen vorgeschlagen, die auch aufgrund ihrer potenziellen Tragweite für das gesamte VN-System bis Frühjahr 2005 Gegenstand eines intensiven Evaluierungsprozesses sein werden.

Im Frühjahr wurde die ehemalige Chefanklägerin der VN-Tribunale für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda, die kanadische Höchstrichterin **Louise Arbour,** von VN-GS Kofi Annan zur neuen Hochkommissarin für Menschenrechte ernannt. Die von ihr angekündigte Schwerpunktsetzung auf Aktivitäten im Bereich der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit wird von Österreich besonders begrüßt und daher auch durch besondere finanzielle Unterstützung gefördert.

1. VN-Menschenrechtskommission (MRK)

Die MRK ist die treibende und koordinierende Kraft in der universellen Menschenrechtsarbeit mit nicht zu unterschätzender politischer Signalwirkung. Die Arbeit der MRK bildet die Grundlage der Arbeit der VN-GV im Bereich der Menschenrechte.

Die **60. Tagung der MRK** fand in Genf vom 15. März bis 23. April statt. Unter der im Vergleich zu vergangenen Jahren scheinbar ruhigeren Oberfläche festigte sich jedoch weiterhin die Kohäsion jener Staaten mit einem restriktiven

Menschenrechtsverständnis, deren Absichten unter anderem darauf abzielen, die MRK auf eine Behandlung rein thematischer Fragen – und hier wiederum insbesondere auf die Gebiete Rassismus und Recht auf Entwicklung – zu reduzieren. Der Auftritt von VN-GS Kofi Annan stand ganz im Zeichen des **10. Jahrestags des Ruandagenozids.** Im Rahmen einer diesbezüglichen Gedenkveranstaltung präsentierte der VN-GS seinen **Aktionsplan zur Vorbeugung von Völkermord,** der unter anderem auch die Bestellung eines **Sonderbeauftragten** zu dieser Frage beinhaltete. Im Juli wurde Juan Mendez, anerkannter Menschenrechtsanwalt und Aktivist aus Argentinien, Präsident des „International Center for Transitional Justice", vom VN-GS für diese Funktion ernannt. Im Verlauf der Verhandlungen wurde noch mehrfach auf die mahnenden Worte des VN-GS im Zusammenhang mit den tragischen Ereignissen in Darfur (Sudan) Bezug genommen.

Inhaltlich verlor der Westen – erwartungsgemäß – die Resolutionsentwürfe zu den **Länder-Situationen** in **Tschetschenien, Simbabwe** (beides EU-Initiativen) und **China** (US-Initiative), wobei letztere zwei Resolutionen aufgrund der Durchsetzung von Nichtbehandlungsanträgen erst gar nicht zur Abstimmung kamen. Aufgrund der zunehmend grundsätzlichen Ablehnung von Länderresolutionen durch die afrikanische und asiatische Gruppe mit dem Argument, dass es sich dabei um „politisch motivierte Aktionen des Westens" handle, konnten nahezu nur solche Resolutionen zu Ländersituationen verabschiedet werden, die Staaten erfassten, deren Menschenrechtslage unwidersprochen besonders besorgniserregend ist (wie etwa **Demokratische Volksrepublik Korea)** oder die nicht genügend Widerstand bzw. Interesse gegen die Initiativen mobilisieren konnten (wie etwa **Myanmar, Turkmenistan, Belarus** und selbst **Kuba).** Darüber hinaus konnten unter dem Aspekt der technischen Kooperation Texte zu Ländersituationen (beispielsweise **Sudan, Kolumbien, Kambodscha, Liberia, Tschad, Demokratische Republik Kongo** und **Sierra Leone)** verabschiedet werden, die entweder mit den betroffenen Ländern verhandelt oder durch die afrikanische Gruppe selbst eingebracht und somit in der Folge auch ohne Abstimmung angenommen wurden.

Abgesehen von vorhersehbaren Problembereichen und bekannten Positionsunterschieden, konnten die zentralen **thematischen Resolutionen** im Bereich der bürgerlich-politischen Rechte sowie in den Bereichen der **Kinderrechte,** der **Frauenrechte,** der Rechte **spezieller Gruppen und Individuen,** von **Indigenen** und selbst zum **Rassismus** ohne größere Schwierigkeiten verhandelt und verabschiedetet werden. Erfreulich war, dass die EU-Resolutionsinitiative zur **Abschaffung der Todesstrafe,** eines der Kernanliegen der EU, mit einer weiter gestiegenen Zahl an Miteinbringern und dem für die EU erfolgreichsten Ergebnis seit dem Jahr 2000 angenommen werden konnte. Mit der konsensual angenommenen mexikanischen Resolution zu **„Wahrung der Menschenrechte bei Antiterrorismusmaßnahmen"** wurde nach schwierigen Verhandlungen das Mandat für einen **unab-**

hängigen Experten beschlossen und in der Folge der bekannte amerikanische Universitätsprofessor und Experte für Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, Robert Goldman, ernannt.

Unter den zwölf zum Tagesordnungspunkt über **wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** zur Abstimmung gebrachten Resolutionen konnten nur die Resolutionen zu „Angemessene Unterbringung", „Extreme Armut", „Recht auf Bildung" und „Zugang zu medizinischer Versorgung" im Konsensweg angenommen werden, was durchaus auch als Ausdruck einer verstärkten und zunehmend kontrovers geführten Diskussion über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der MRK zu werten ist.

Die **EU** trug wiederum die Hauptlast der wichtigsten Resolutionsinitiativen, insbesondere im Länderbereich. Sie konnte weitgehend die gesetzten Ziele erfolgreicher verwirklichen als in den Vorjahren und Kohärenz und Solidarität in den meisten Fällen wahren. Eine Glaubwürdigkeitskrise entstand allerdings im Zusammenhang mit dem US-kritischen kubanischen Entwurf zu den Vorfällen in Guantanamo, der allerdings von Kuba zurückgezogen wurde sowie durch den auch vom amtierenden Hochkommissar und NGOs kritisierten Umstand, dass erstmalig kein Text zum Irak eingebracht wurde.

Aus **Sicht Österreichs,** das an der Kommission neuerlich als Mitglied teilnahm, verlief die Kommission durchaus erfolgreich, da alle drei traditionellen österreichischen Initiativen ohne Abstimmung angenommen werden konnten, die österreichische Resolution zu **„Menschenrechten in der Justizverwaltung, insbesondere der Jugendgerichtsbarkeit"** allerdings erst nach einer Paragraphenabstimmung auf US-Antrag bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe für jugendliche Straftäter. Auch bei den Texten der beiden anderen österreichischen Resolutionen, **Minderheiten** (Frage der möglichen Einrichtung eines Sondermechanismus) und **Binnenvertriebene** (Schaffung eines neuen Mandats für einen Sonderbeauftragten für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen), konnte der Konsens erst nach äußerst schwierigen Verhandlungen und inhaltlichen Zugeständnissen an Kritiker gesichert werden.

2. Generalversammlung

Die Menschenrechtsdebatte der 59. VN-GV verlief hinsichtlich der thematischen Resolutionen in einer vergleichsweise ruhigen Atmosphäre. Österreich konnte seine nationalen Anliegen erfolgreich über die EU durchsetzen, vor allem im Bereich Kinderrechte, Rassismus, Menschenrechtsbildung und Gleichberechtigung. Kontrovers gestaltete sich allerdings die Annahme von Texten zu spezifischen Menschenrechtssituationen, die ausschließlich von westlichen Staaten eingebracht wurden (EU, USA, Kanada). So wurde – ein Novum in der VN-GV – die Annahme von Resolutionen zur Menschenrechtslage zum **Sudan,** zu **Zimbabwe** und **Belarus** durch erfolgreiche

Vertagungsanträge, die im Ergebnis den Nichtbehandlungsanträgen der MRK entsprechen, verhindert. Die EU brachte zusätzlich zu Sudan und Simbabwe Resolutionen zur Menschenrechtslage in **Turkmenistan,** der **Demokratischen Republik Kongo** und **Myanmar** ein, die alle sowohl vom Dritten Komitee als auch in der Folge vom Plenum der VN-GV angenommen wurden. Kanada brachte wie im vergangenen Jahr eine Resolution zur Menschenrechtslage im **Iran** ein, die im Gegensatz zum Vorjahr von allen EU-Partnern miteingebracht und mit einer soliden Stimmenmehrheit angenommen werden konnte. Österreich sprach sich im Lichte der unverändert kritischen Menschenrechtslage im Land von Anbeginn für die Unterstützung der kanadischen Resolutionsinitiative aus.

An thematischen Initiativen wurde von der EU gemeinsam mit einer Gruppe lateinamerikanischer Staaten die Resolution zu **Rechten des Kindes** und zum ersten Mal die ursprünglich irische Resolution über die **Beseitigung jeglicher Form von religiöser Intoleranz** eingebracht, die analog zu den diesbezüglichen Entwicklungen im Rahmen der MRK und in Abkehr vom ursprünglich generellen Charakter des Texts spezifische Problembereiche wie Antisemitismus, Islamophobie und Christianophobie auflistet.

Am 10. Dezember wurde im Plenum der VN-GV der **Internationale Menschenrechtstag** begangen, der 2004 unter anderem auch auf österreichischen Wunsch aufgrund ihres bevorstehenden Ablaufs der VN-Dekade für Menschenrechtsbildung (1995–2004) gewidmet war. Die VN-GV rief als weiteren Schritt das **Weltprogramm für Menschenrechtsbildung** aus, dessen erste Phase mit 1. Jänner 2005 beginnt.

Zentraler Schwerpunkt bei **internationalen Frauenfragen** war die Vorbereitung der 49. Tagung der Frauenstatuskommission im Frühjahr 2005 (zehnjähriges Jubiläum der Weltfrauenkonferenz von Peking).

3. Frauenstatuskommission (FSK)

Nachdem die letztjährige Tagung der FSK wegen mangelnder Einigung zum Thema Gewalt gegen Frauen als Misserfolg gesehen worden war, herrschte bei der diesjährigen FSK der starke Wille aller Seiten vor, zu einem Ergebnis zu gelangen. Dies führte zu bemerkenswerter Kreativität in der letzten Phase der Verhandlungen über die Schlussfolgerungen zur gleichberechtigten Teilnahme von Frauen an Konfliktprävention, -management und -lösung und Friedensaufbau nach Konflikten sowie zur Rolle von Männern und Buben auf dem Weg zur Gleichstellung.

Die EU erzielte mit der neuerlichen konsensuellen Verabschiedung einer Resolution zur **Lage der Frauen und Mädchen in Afghanistan** einen Erfolg. Die traditionell von Großbritannien eingebrachte Resolution zum Thema **Gender Mainstreaming** wurde erstmals von Bangladesch als zweitem Haupteinbringer mitgetragen. Einer Resolution der afrikanischen Gruppe zu **Frauen, Mädchen und HIV/AIDS** kam angesichts der Thematisierung des

Problems beim Weltfrauentag durch hochrangige Sprecher wie VN-GS Kofi Annan und Königin Noor von Jordanien besonderes Augenmerk zu.

IV. Menschenrechte in der OSZE

Siehe Kapitel B.II.3. sowie H.VII.3. und H.VII.4.

V. Menschenrechte im Europarat

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des ER stützt sich im Wesentlichen auf die EMRK und die Tätigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des ER von 23 im Jahr 1989 auf 46 im Jahr 2004 brachte im Zusammenhang mit dem Direktzugang von individuellen Beschwerdeführern zum Gerichtshof sowie der durch die zugenommene Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems verstärkten Sensibilisierung eine rasante Zunahme der Beschwerden. Wurden 1989 rund 4.000 Individualbeschwerden eingebracht, so waren es 2004 bereits etwa 40.000. Von den beim Gerichtshof registrierten und von diesem inhaltlich zu behandelnden Beschwerden sind derzeit etwa 400 gegen Österreich anhängig. Um nun die Funktionsfähigkeit dieser für den Schutz der Menschenrechte in Europa zentralen Instanz aufrecht zu erhalten, wurden eine Reihe von Reformschritten notwendig. Das Ministerkomitee des ER nahm daher anlässlich der 114. Ministertagung am 12. Mai den Text eines Protokolls Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten an. Österreich nahm am 10. November die Unterzeichnung vor.

Der Europäische Kommissar für Menschenrechte, Alvaro Gil Robles, setzte seine Besuche in den Mitgliedstaaten des ER fort und besuchte unter anderem Dänemark, Schweden und Luxemburg. Seine Aufgabe ist die Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten des ER sowie die Sensibilisierung der Mitgliedstaaten und des Ministerkomitees für grundlegende oder systemimmanente Mängel und Probleme. Nach Inkrafttreten des Protokolls Nr. 14 wird der Menschenrechtskommissar auch Stellungnahmen vor den Kammern und der Großen Kammer des EGMR abgeben können. Weiters fanden wieder zahlreiche Veranstaltungen statt, unter anderem zur Bekämpfung des Kinderhandels in Europa, zum „Thema Religion, Bildung und die Förderung der Toleranz“ sowie ein Runder Tisch der nationalen Menschenrechtsinstitutionen. Besondere Bedeutung hatte die im September in Grozny abgehaltene Konferenz zur Menschenrechtssituation in Tschetschenien, die auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte für die BürgerInnen von Tschetschenien hinwies.

VI. Netzwerk Menschliche Sicherheit (HSN)

Das HSN ist eine überregionale, themenübergreifende Interessensgemeinschaft von dreizehn Staaten. Im HSN arbeiten die Außenminister von Chile, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien, Thailand und Südafrika (letzteres als Beobachter) mit VertreterInnen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammen. Österreich hatte vom Juli 2002 bis Mai 2003 den Vorsitz inne. Im Mai übernahm Kanada von Mali den Vorsitz im HSN.

Das Politikkonzept „Menschliche Sicherheit" stellt die Sicherheitsbedürfnisse des/der Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Österreich hatte während seines HSN-Vorsitzes Menschenrechtsbildung und Kinder in bewaffneten Konflikten zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen in der Folge Grundsatzdokumente wie die „Grazer Erklärung über Prinzipien der Menschenrechtsbildung und der Menschlichen Sicherheit", das HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen" sowie ein Strategiepapier zur Stärkung der Kinderrechte („Support Strategy") und ein Trainingscurriculum verabschiedet wurden. Weiters angenommen wurde ein mittelfristiger Arbeitsplan für die Jahre 2003–2005.

Beim Ministertreffen in Bamako (Mali) vom 27.–29. Mai, das den malischen Vorsitz abschloss, wurden die Übersetzungen ins Französische, Spanische und Deutsche des auf österreichische Initiative entwickelten und (auf Englisch) publizierten Menschenrechtshandbuchs präsentiert. Bis Jahresende wurden Übersetzungen ins Arabische und Albanische fertiggestellt. Die chinesisch- und die russischsprachige Ausgabe sollen Anfang 2005 präsentiert werden.

Das Ministertreffen verabschiedete eine Botschaft an die vom VN-GS eingesetzte Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel und erklärte im Bereich „Kinder in bewaffneten Konflikten", die VN bei der Umsetzung der SR-Resolution 1539 (2004) zu unterstützen. Diese Resolution sieht unter anderem die Einrichtung von Koordinierungsstellen in betroffenen Krisenregionen vor, die die Konfliktparteien zum Einstellen der Rekrutierung und Verwendung von Kindersoldaten veranlassen sollen. Österreich führt zusammen mit den HSN-Partnerstaaten Slowenien und Jordanien in Amman ein Ausbildungsprojekt für die LehrerInnen und BetreuerInnen kriegstraumatisierter irakischer Kinder durch.

Beim ersten Zusammentreffen der VertreterInnen der HSN-Staaten auf Ministerebene am Rande der 59. VN-GV in New York am 23. September wurde eine Erklärung des HSN zum Gipfeltreffen in Nairobi über eine minenfreie Welt approbiert. In der Erklärung verpflichten sich die HSN-Staaten, ihr Engagement im Kampf gegen Antipersonenminen zu verstärken. Im

Netzwerk Menschliche Sicherheit (HSN)

Rahmen der VN-GV trat das HSN am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember, mit einer Erklärung zum Thema Menschenrechtsbildung auf.

VII. Schwerpunktthemen

1. Frauenrechte

Im Herbst wurde der **sechste österreichische Staatenbericht** zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) an das VN-Sekretariat übermittelt. Dieser Bericht wurde vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen aus Beiträgen aller Ressorts und zuständigen Stellen der Bundesländer zusammengestellt. Die Staatenprüfung soll 2007 erfolgen.

Auf Initiative der Schweizer Außenministerin fand zu Beginn der 60. Tagung der MRK ein Treffen der Außenministerinnen zum Thema **„Gewalt gegen Frauen“** statt, an dem Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner teilnahm. Die österreichische Erklärung stand auch im Zeichen dieses Themas, wobei der Schwerpunkt auf dem österreichischen Gewaltschutzgesetz lag, das international als Vorbild gilt.

2. Kinderrechte

Das **VN-Fakultativprotokoll betreffend den Verkauf von Kindern, die Kin-derprostitution und die Kinderpornographie** wurde vom Nationalrat mit Erfüllungsvorbehalt genehmigt und trat völkerrechtlich am 7. Juni für Österreich in Kraft. Innerstaatlich sind die Bestimmungen des Zusatzprotokolls vollinhaltlich umgesetzt. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erstellte unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Landesverteidigung den **ersten Staatenbericht** zur Umsetzung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, das im Jahr 2002 für Österreich in Kraft trat. Der Bericht wird im Rahmen der Behandlung des zweiten Berichts zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch das Kinderrechtskomitee in Genf im Jänner 2005 erörtert werden. An den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die Behandlung und Erörterung des zweiten Berichts Österreichs zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch das Kinderrechtskomitee in Genf im Jänner 2005 war das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten aktiv beteiligt.

Das Thema **Kinder in bewaffneten Konflikten** wurde weiterhin als ein Schwerpunktthema der österreichischen Menschenrechtspolitik verfolgt. So arbeitet Österreich an der Weiterentwicklung des Trainingscurriculums für die Ausbildung für zivile und militärische Auslandseinsätze. Das Trainingscurriculum soll auch in EZA-Schwerpunktländern zum Einsatz kom-

men. Im Rahmen der EU arbeitet Österreich aktiv an der Umsetzung der Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten mit.

Österreich unterstützt die Bemühungen auf VN-Ebene zur Schaffung von systematischen und koordinierten Berichts- und Überwachungsmechanismen für Kinder, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, wie sie in der SR-Resolution 1539 vom 22. April gefordert werden. Im Rahmen der OEZA wurden auch weiterhin kinderrechtsrelevante Projekte durchgeführt. Projekte sind vor allem im Bereich der **Reintegration und Rehabilitierung von kriegstraumatisierten Kindern** im Irak, am Balkan und in Afghanistan finanziert worden. Ein Projekt für die Rehabilitierung von ehemaligen Kindersoldaten in Norduganda und Kinder, die durch den Bürgerkrieg in Norduganda zu Waisen geworden oder in anderer Form traumatisiert worden sind, wird durch Ko-Finanzierungen durch die OEZA ermöglicht.

Entsprechend der Verpflichtung des Weltkindergipfels 2002 im Rahmen der Sonder-VN-GV der VN zum Thema Kinder, wurde unter Beteiligung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ein **Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen** erarbeitet und beschlossen.

3. Kampf gegen Rassismus

Die OSZE unterstrich die Bedeutung dieses Themenkreises mit der Sonderkonferenz über Antisemitismus in Berlin am 28. und 29. April, der Sonderkonferenz über das Verhältnis zwischen rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet und Hassverbrechen in Paris am 16. und 17. Juni sowie der Sonderkonferenz über Toleranz und die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Brüssel am 13. und 14. September. Die Präsentation von Bundesminister Ernst Strasser am 12. Oktober beim OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension über das Schulungsprogramm für Sicherheitsorgane, das das Bundesministerium für Inneres in Zusammenarbeit mit der österreichischen Zweigstelle der Anti-Defamation League durchführt, wurde mit Interesse aufgenommen. Diese Seminare unter dem Titel „A World of Difference Training“ (Wie man Vorurteile verlernt) sind Teil der Grundausbildung für PolizeischülerInnen sowie Bestandteil der berufsbegleitenden Fortbildung.

Österreich ist auf zwischenstaatlicher Ebene in ein engmaschiges Netz von Überwachungsmechanismen zu diesem Themenkreis eingebunden. 2004 hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des ER Österreich einen Besuch abgestattet. Der Bericht mit Empfehlungen wird im Februar 2005 veröffentlicht.

Für EUMC war ein umfangreicher Fragebogen zu fünf Schwerpunktthemen zu beantworten: Arbeitsmarkt und Beschäftigung; Bildung; gesetzliche

Maßnahmen zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung; Wohnungsmarkt und Wohnverhältnisse sowie rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und islamophobe Gewalt bzw. Straftaten.

4. Minderheitenschutz

Ethnische Spannungen zählen weiterhin zu den **Hauptursachen für Konflikte** in aller Welt. **Minderheitenschutz** ist daher ein zentrales österreichisches außenpolitisches und menschenrechtliches Anliegen. Österreich trat wieder als Initiator einer von der MRK angenommenen Resolution zu Schutz und Förderung von nationalen, ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten auf. Es konnte zwar wieder eine konsensuale Annahme der Resolutionen erreicht werden, die Verhandlungen hiezu werden jedoch immer schwieriger, da Minderheitenfragen zumeist auch Gegenstand sensibler nationaler oder bilateraler Spannungsverhältnisse sind und somit von Regierungsseite oft keine substanziellen Verbesserungen oder Erweiterungen internationaler Beobachtungs- oder Schutzmechanismen gewünscht werden. Vom Projekt der Einrichtung eines Mandats für einen Sonderberichterstatter mußte daher vorerst Abstand genommen werden.

Für das OSZE-Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension erstellte Österreich gemeinsam mit Finnland den Beitrag der EU zum Thema „Nationale Minderheiten“.

Das Ministerkomitee des ER nahm am 4. Februar die Abschlussresolution zum ersten österreichischen Staatenbericht unter der Europäischen Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten an. Das Expertenkomitee der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erstellte seine Prüfung des ersten österreichischen Staatenberichts zu dieser Charta.

Die CEI beging im Oktober feierlich das zehnjährige Bestehen des „Instruments zum Schutz von Minderheitenrechten“, das auch von Österreich unterzeichnet wurde. Es wurde unter anderem eine Publikation über „Minderheiten und die Zentraleuropäische Initiative“ herausgegeben.

5. Binnenvertriebene

Der Schutz von Binnenvertriebenen zählt seit mehr als zehn Jahren zu einer der Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Österreich unterstützt dabei insbesondere durch Resolutionseinbringung in der MRK und VN-GV das Mandat des Beauftragten des VN-GS für Binnenvertriebene sowie durch substanzielle Beiträge die Weiterentwicklung der Schutzstandards für weltweit mehr als 25 Millionen Binnenvertriebene. Die von Österreich ebenfalls unterstützte Internal Displacement Unit (Gruppe für Binnenvertreibungen) in OCHA ist im Jänner zu einer Inter-Agency Internal Displacement Division (Interinstitutionelle Abteilung für Binnenvertriebe-

ne) aufgewertet worden, um die Koordinierung der mit Angelegenheiten Binnenvertriebener befassten VN-Agenturen zu verbessern.

Im September wurde **Professor Walter Kälin,** Schweizer Völkerrechts- und Menschenrechtsexperte, zum **Beauftragten des VN-GS für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen** ernannt. Kälin folgte damit Professor Francis Deng nach, dessen zwölfjährige Arbeit die Grundlagen für die internationale Antwort auf die drängenden humanitären und rechtlichen Probleme Binnenvertriebener geschaffen hat. Die Aktualität und Brisanz der Thematik zeigte sich nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen in Darfur, sondern auch nach der Flutkatastrophe in Südostasien. Nach den VN-Leitgrundsätzen betreffend Binnenvertreibungen sind auch Personen vom Bereich internationaler Schutznormen erfasst, die aufgrund von Naturkatastrophen Opfer von Vertreibungen geworden sind.

6. Menschenrechtsbildung

Mit Jahresende lief die am 23. Dezember 1994 von der VN-GV proklamierte Dekade für Menschenrechtsbildung ab, in deren Rahmen weltweit eine Fülle von Initiativen im Bereich aller Schulstufen, der Erwachsenenbildung, der Zivilgesellschaft und der Medien entstanden war. Für Österreich ist insbesondere die Errichtung der Servicestelle Menschenrechtsbildung durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte im Jahr 1997 zu nennen.

Am 1. Dezember proklamierte die VN-GV in Weiterführung der Dekade das **Weltprogramm für Menschenrechtsbildung.** Eine erste Phase wurde für die Jahre 2005–2007 festgelegt und soll die Menschenrechtsbildung in Primär- und Sekundärschulen zum Schwerpunkt haben.

Österreich hat mit dem Handbuch zur Menschenrechtsbildung, „Menschenrechte verstehen“, ein „Werkzeug“ geschaffen, das global verwendbar ist und zur Weiterentwicklung durch AnwenderInnen aus allen Kulturkreisen anregt. Das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC) führte mehrere „Train the Trainers“ (Ausbildung der BeraterInnen)-Veranstaltungen im In- und Ausland zur Anwendung und Verbreitung des Handbuchs durch, so eine Arbeitstagung in Budva (Serbien und Montenegro) für serbischsprachige TeilnehmerInnen. Finanziert wird dies durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Für Februar 2005 ist eine „Train the Trainers"-Arbeitstagung des ETC in Mali, ebenfalls mit Finanzierung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, angesetzt. Ein weiteres, im Dezember 2003 begonnenes Projekt des ETC beinhaltet die Entwicklung eines universitären Curriculums für Menschenrechtsbildung und „Democratic Citizenship“ (demokratische Staatsbürgerschaft) in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum an der Universität Zagreb.

Netzwerk Menschliche Sicherheit (HSN)

VIII. Humanitäres Völkerrecht

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorfälle von Folter und Misshandlung in US-Militärgefängnissen im Irak und in Afghanistan am 5. Mai verurteilte Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner diese scharf und forderte die Einhaltung der Normen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch die USA und ihre Verbündeten. Der EU-Außenministerrat brachte in seiner Sitzung am 17. Mai seine Abscheu angesichts der Beweise für Misshandlungen von Häftlingen in irakischen Gefängnissen zum Ausdruck. Der Rat begrüßte die Zusage der US-Regierung, Personen, die für Akte der Misshandlung verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen und Maßnahmen gegen die Nichteinhaltung des humanitären Völkerrechts zu ergreifen.

I. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen

I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen

1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in und nach Europa

Im Jahr 2004 betreute UNHCR 17,1 Millionen Menschen (3,6 Millionen weniger als 2003), die vor Krieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen über internationale Grenzen geflohen sind. Darüber hinaus gibt es eine kontinuierlich zunehmende Zahl von Menschen, die innerhalb ihrer Heimatländer aufgrund innerstaatlicher bewaffneter Konflikte auf der Flucht sind. UNHCR betreute weltweit 4,3 Millionen dieser Binnenvertriebenen.

Die Zahl der Asylanträge war weltweit deutlich rückläufig. Im Jahre 2004 stellten in den Industrieländern rund 360.000 Personen einen Asylantrag, 23% weniger als im Vorjahr. Auch in der EU sank die Zahl der Asylanträge stark: Insgesamt wurden rund 270.000 Anträge gestellt (ein Minus von 19%). Dieser Trend geht offensichtlich zulasten der illegalen Migration. Österreich lag mit einem Rückgang von 23% auf rund 25.100 etwas über dem Durchschnitt. Die meisten AsylwerberInnen in den Industrieländern kamen aus Russland, meistens TschetschenInnen, mit insgesamt rund 29.000 (ein Minus von 16%), gefolgt von Serbien und Montenegro (21.900, minus 15%), der Türkei (15.500, minus 35%), China (11.300, minus 27%) und Nigeria (9.400, minus 24%).

2. Flüchtlings- und Migrationspolitik in Österreich

Österreich legt in seiner Flüchtlings- und Migrationspolitik Wert auf eine umfassende Herangehensweise, bei der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte entsprechende Berücksichtigung finden. Entsprechend den Empfehlungen des UNHCR finden unter anderem keine Abschiebungen in den Irak und nach Afghanistan statt.

2004 stellten in Österreich rund 25.000 Personen einen Asylantrag. Das sind 23% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der abgeschlossenen Asylverfahren betrug insgesamt rund 21.000, davon wurden 4.530 positiv und rund 4.000 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt, zurückgezogen oder wurden gegenstandslos. Unter Berücksichtigung der rechtskräftigen Refoulement-Entscheidungen entspricht dies einer Anerkennungsquote von 48,5%.

Bei den Herkunftsländern steht Russland an der Spitze, gefolgt von Serbien und Montenegro, Indien und Nigeria. Am 1. Mai trat eine vom Nationalrat am 23. Oktober 2003 beschlossene Novelle des Asylgesetzes (AsylG-Novelle 2003) in Kraft. Diese wurde in einigen Punkten durch die Stellungnahme

des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten beeinflusst, wobei es insbesondere um Fragen der Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention, menschenrechtlicher Bestimmungen und des Europarechts sowie der Rolle der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland im Asylverfahren ging. Bedeutend für die Tätigkeit der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland war die Neufassung des § 16 AsylG, wodurch diese ab dem 1. Mai nicht mehr für die Entgegennahme und Weiterleitung von Asyl- und Asylerstreckungsanträgen, sondern nur mehr für Anträge von Familienangehörigen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten im Familienverfahren gemäß § 10 AsylG zuständig sein werden. Unverändert blieb die Tätigkeit der Vertretungsbehörden im Amtshilfeverfahren für inländische Asylbehörden im Asylverfahren.

3. Die Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die 1951 von europäischen Staaten gegründete IOM ist heute die global bedeutendste internationale Organisation für Wanderungsfragen. Zu den traditionellen Aufgaben der Registrierung und des Transports von Flüchtlingen ist in den vergangenen Jahren eine Reihe von neuen Aufgaben im Zusammenhang mit Not- und Postkonflikt-Situationen hinzugekommen. Darüber hinaus gewinnt IOM zunehmend an Bedeutung als Plattform für einen politischen Informationsaustausch zur Entwicklung eines nachhaltigen Migrationsmanagements, das über rein fremdenrechtliche Maßnahmen hinausgeht und auch die ökonomischen und humanitären Aspekte von Migration berücksichtigt. Dabei sollen die bestehenden Initiativen genutzt und besser koordiniert werden. Generaldirektor Brunson McKinley (USA) wurde am 13. Juni 2003 während einer außerordentlichen Ratstagung für eine weitere Vier-Jahresperiode gewählt. IOM unterhält seit 1952 ein Büro in Wien, das seit 1998 mit regionalen Funktionen für Mitteleuropa beauftragt ist. Im Jahre 2004 traten Afghanistan, die Bahamas, Brasilien, Estland, Libyen, Niger und die Türkei bei, womit IOM nunmehr 109 Mitglieder zählt.

II. Internationale Drogenkontrolle

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Bedrohung, der das Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in allen Aspekten (Anbau, Produktion, Handel, Konsum) und kriminellen Begleiterscheinungen durch ausgewogene Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion begegnet.

Bei der 47. Tagung der **VN-Suchtstoffkommission (CND)** vom 15.–19. März stand der Bereich **Nachfragereduktion** mit einem Schwerpunkt auf **HIV/AIDS-Prävention** im Drogenkontext im Mittelpunkt. Über die Bedeutung dieses Themenkomplexes herrschte Einigkeit, während die Meinungen zur Frage der „harm reduction“ (nicht auf Abstinenz ausgerichtete

schadensminimierende Maßnahmen) divergierten. Obwohl Spritzentausch- und Substitutionsprogramme allgemein als im Einklang mit den VN-Drogenkonventionen stehend betrachtet werden, hinterfragen manche Staaten deren Auswirkungen. Zur Bekämpfung des Drogenanbaus sollte die Förderung von Projekten zu nachhaltiger alternativer Entwicklung generell in bi- und multilaterale Entwicklungsprogramme übernommen werden. Die thematische Debatte war heuer den Themen **synthetische Drogen (ATS)** und **Vorläuferstoffe** gewidmet. Erstere sind von wachsender Bedeutung, da ihr Missbrauch, insbesondere unter Jugendlichen, weiter zunimmt. Die Kontrolle der Verbreitung chemischer Vorläuferstoffe ist für die Eindämmung der Produktion mehrerer hochwirksamer Drogen (beispielsweise Kokain, Heroin und Ecstasy) entscheidend.

Mit dem Ziel der **Angebotsreduzierung** lieferte UNODC durch seine Publikationen bedeutende Hintergrundinformationen zum Verständnis der Weltdrogenproblematik und zur Analyse von Trends und Entwicklungen. Aus den Studien zum **Drogenanbau** wurde ersichtlich, dass sich dieser im Wesentlichen **auf wenige Länder konzentrierte:** Afghanistan für Schlafmohn und einzelne Andenstaaten für Koka. Während bei Koka signifikante Reduktionen in den Hauptanbaugebieten Kolumbien, Peru und Bolivien erzielt werden konnten und Ähnliches für den Opiumanbau in Laos und Myanmar galt, entwickelte sich **Afghanistan** zum größten Problem am Weltdrogenmarkt. Was die Größe der Anbaufläche für Schlafmohn betrifft, hatte Afghanistan im Berichtsjahr sowohl in der Geschichte des Landes als auch im weltweiten Vergleich einen Rekord gesetzt. Die mit den Präsidentschaftswahlen einhergehende politische Stabilisierung wurde durch die Opiumerzeugung gefährdet, deren Anteil an der afghanischen Gesamtwirtschaft nach Schätzungen bereits die Hälfte ausmacht.

Hinsichtlich des **Drogenmissbrauchs** waren **Cannabis-Produkte** (Haschisch, Marihuana) weltweit nach wie vor mit großem Abstand am weitesten verbreitet. **Synthetische Drogen (ATS),** zu denen auch die Modedroge Ecstasy zählt, hatten sich vor allem durch das Konsumverhalten junger Menschen weltweit an die zweite Stelle geschoben. Der Missbrauch von ATS war weiter im Steigen begriffen, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren. Je nach Art der Substanz wurden ATS vor allem in Südostasien und Nordamerika bzw. in Europa hergestellt. Ebenfalls stark nachgefragt wurden **Kokain** und **Opiate** (Heroin, Morphine, Opium). Regional kam es zu deutlichen Abweichungen vom weltweiten Trend. So dominierte Kokainmissbrauch in Nord- und Südamerika und Cannabiskonsum in Afrika. Was die **gesundheitlichen Auswirkungen** des Drogenmissbrauchs betraf, so ergab sich weiterhin aus dem Missbrauch von **Opiaten** der weltweit größte Bedarf an Therapien, in Europa stieg allerdings auch die Anzahl von PatientInnen, die sich wegen Cannabiskonsums einer Therapie unterziehen.

Exekutiv-Direktor Antonio Maria Costa wurde in einer Resolution der CND hinsichtlich der strukturellen Tätigkeit von UNODC aufgefordert, eine mit-

tel- bis langfristige Strategie für UNODC zu entwerfen, um den Arbeiten des Büros eine stärkere strategische Ausrichtung zu geben. Dafür wäre aber mittelfristig eine im Verhältnis zu den zweckgebundenen Beiträgen der Mitgliedstaaten stärkere Ausstattung von frei verfügbaren Mitteln für die Organisation notwendig.

Anfang Juli übernahm UNODC für ein Jahr den Vorsitz im Ausschuss der Trägerorganisationen des Gemeinsamen Programms der VN für HIV/AIDS (UNAIDS). Intravenöser Drogenmissbrauch (durch gemeinsames Verwenden nicht steriler Nadeln) stellte in manchen Regionen der Welt (Osteuropa, Russland, Südostasien) die Hauptverbreitungsart der Krankheit dar und bildete oftmals den Ausgangspunkt für ein rasantes Ansteigen von HIV/AIDS Ansteckungen. In allen Ländern erforderten die Besorgnis erregenden Ansteckungsraten in Haftanstalten dringenden Handlungsbedarf.

Nach einer durch eine Umstrukturierung bedingten Pause wurde der **UN Vienna Civil Society Award,** der 1999 von UNODC, dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und der Stadt Wien für herausragende Leistungen von VertreterInnen der zivilen Gesellschaft eingerichtet wurde, im November wieder an **drei Preisträger** verliehen. Einer der Preisträger war die albanische Bewegung „Miaft!“ (in der Umgangssprache soviel wie „genug“), die sich für eine verantwortungsbewusste und demokratische politische Führung und die Bekämpfung der Korruption in Albanien einsetzt. Mit ihr erhielten zwei weitere NGOs in Peru und Russland für ihr Engagement in der Drogenbekämpfung die mit je 20.000 Euro dotierte Auszeichnung. Erstmals wurde bei dieser Preisverleihung auch die Privatwirtschaft einbezogen. Carrefour Kolumbien, Tochter einer französischen Supermarktkette, erhielt eine Sonderauszeichnung für ihr Programm zur kostenlosen Vermarktung von Alternativprodukten ehemaliger Kokabauern. Stargast bei der Zeremonie war der zweifache österreichische Olympiasilbermedaillengewinner im Rückenschwimmen, Markus Rogan, der für die Jugend ein Vorbild für ein drogenfreies und gesundes Leben darstellt.

III. Internationale Verbrechensverhütung

Geringere staatliche Kontrollen, abgebaute Grenzen und freier Verkehr von Waren und Personen bedeuten nicht nur für Wirtschaftstreibende mehr Bewegungsfreiheit, sondern bieten auch organisierten kriminellen Gruppen und terroristischen Vereinigungen mehr Aktionsspielraum. Als Gegengewicht zu diesen unerwünschten Nebeneffekten der Globalisierung ist verstärkte internationale Kooperation gegen die grenzüberschreitende Kriminalität erforderlich.

Die 13. Tagung der Kommission der VN für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege **(CCPCJ)** fand in Wien vom 11.–20. Mai statt. Sie widmete sich schwerpunktmäßig den Themen **Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung,**

Terrorismusbekämpfung sowie **Standards und Normen der VN.** Darüber hinaus wurden auch Management- und Programmfragen ausführlich diskutiert. Als für die Periode 2003–2006 gewähltes Mitglied der Kommission wurde Österreich zu einem der Vizevorsitzenden der Tagung gewählt. Die thematische Debatte über die Zusammenhänge zwischen Rechtsstaatlichkeit und nachhaltiger Entwicklung unter österreichischem Vorsitz wurde zu einem zentralen Thema und zeigte, dass die CCPCJ eine inhaltliche Führungsrolle auf dem Gebiet der internationalen Strafrechtspflege wahrnehmen kann. Rechtsstaatlichkeit wurde als Vorbedingung für nachhaltige Entwicklung identifiziert. Für den Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen müssen aber auf bi- und multilateraler Ebene ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. In der Plenardebatte zu den Standards und Normen der VN in der Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege wurde die Rolle der Richterschaft und die Wichtigkeit der Unabhängigkeit der Justiz für das Funktionieren des Rechtsstaats hervorgehoben. Dabei wurde die „Vienna Declaration on the Role of Judges in the Promotion and Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms“ (Wiener Erklärung über die Rolle der RichterInnen bei der Förderung und dem Schutz der Menschrechte und Grundfreiheiten), die während eines von Österreich, UNHCR und UNODC im November 2003 veranstalteten Symposiums verabschiedet wurde, als Katalog konkreter Empfehlungen für Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unterbreitet.

Das 2004 erstmalig abgehaltene hochrangige Terrorismussegment bestätigte die große Wertschätzung für die Arbeit der **Unterabteilung Terrorismusverhütung** (TPB) des UNODC. Die von Österreich eingebrachte Resolution zur Terrorismusbekämpfung dehnte das Mandat der TPB weiter aus, wodurch nunmehr auch **technische Hilfe** zum Aufbau von Kapazitäten für den Vollzug der Antiterrorismuskonventionen angeboten werden kann. Damit wurde die Rolle der Wiener TPB als komplementäre Einrichtung zum **Ausschuss des VN-SR zur Bekämpfung des Terrorismus** (CTC) maßgeblich gestärkt. Eine weitere von Österreich betriebene Resolution zur Problematik von HIV/AIDS in Gefängnissen fand Konsens. Damit erhält UNODC ein beschränktes Mandat zur Sicherung von Standards und Normen in diesem heiklen Bereich des Strafvollzugs. Eine Initiative zur Zusammenlegung der CCPCJ und der CND, in denen einige Länder Synergien sahen, wurde von der Mehrheit der TeilnehmerInnen abgelehnt, um die beiden Themenkomplexe weiterhin ausführlich unter Beteiligung aller nötigen ExpertInnen behandeln zu können.

Nachdem die **VN-Konvention gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität** im September 2003 in Kraft getreten war, fand Ende Juni/Anfang Juli in Wien die **erste Vertragsstaatenkonferenz** der Konvention statt. Die Hauptaufgabe der Konferenz ist es, die Bestimmungen der Konvention über internationale Zusammenarbeit, technische Hilfe und einen Überprüfungsmechanismus der Konvention zu finden. Die erste Vertrags-

staatenkonferenz fasste daher vor allem Beschlüsse, die ihre Tätigkeit in den nächsten Jahren strukturieren sollen. So wird sich die Konferenz bei ihrer nächsten Sitzung 2005 vor allem der Umsetzung der Kriminalisierungsbestimmungen der Konvention und ihrer beiden bisher in Kraft getretenen Zusatzprotokolle gegen Menschenhandel und Schlepperei widmen. UNODC wurde außerdem beauftragt, ein Grundsatzpapier zur Frage technischer Hilfsleistungen zu erarbeiten, das weiterführende Diskussionen anregen soll. Österreich hatte die Konvention im Juni ratifiziert.

Die in Wien verhandelte **VN-Konvention gegen Korruption** wurde im Dezember 2003 im Rahmen einer Ministerkonferenz in Mérida (Mexiko) zur Unterzeichnung aufgelegt. Dieser Konvention, die erstmals die Rückführung von durch Korruption erworbenen und ins Ausland verbrachten Vermögenswerten vorsieht, wird große Bedeutung, vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika beigemessen. Im Dezember hatten bereits 113 Staaten das Rechtsinstrument unterzeichnet und zwölf Staaten ratifiziert. Für ein Inkrafttreten der Konvention sind 30 Ratifikationen erforderlich. Zur Förderung des Inkrafttretens und der Umsetzung der Konvention hatte sich eine informelle „Gruppe der Freunde der VN-Konvention gegen Korruption“ gebildet, in der Österreich im zweiten Halbjahr gemeinsam mit Ägypten den Vorsitz führte. Anlässlich des ersten Jahrestags der Unterzeichnungskonferenz in Mexiko wurde im Berichtsjahr erstmals der „Internationale Antikorruptionstag“ am 9. Dezember begangen. Die Umsetzung der VN-Konvention gegen Korruption stand auch im Zentrum einer internationalen Antikorruptionskonferenz, die das Büro für interne Angelegenheiten des Bundesministeriums für Inneres in der Wiener Hofburg im November veranstaltete.

Die 2002 begonnene Restrukturierung des vormaligen Büros für Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung (ODCCP), die Umwandlung in das UNODC und die erfolgreiche Zusammenführung des Programms der VN für internationale Drogenkontrolle (UNDCP) und des Zentrums für internationale Verbrechensverhütung (CICP) wurden 2004 abgeschlossen. Im Zuge der Reorganisation wurde das auch von Österreich unterstützte Konzept einer Neuaufteilung der operationellen Agenden in regionale und länderspezifische Einheiten einerseits und themenbezogene Einheiten andererseits umgesetzt. Mit dieser Restrukturierung und begleitenden Maßnahmen in anderen Bereichen war es Exekutiv-Direktor Antonio Maria Costa gelungen, die Vertrauensbasis mit den Geberländern zu verbessern.

IV. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH)

Das Jahr 2004 stand im Zeichen der Fortsetzung des Aufbaus des Gerichtshofs, wobei insbesondere eine Geschäftsordnung des IStGH verabschiedet und zwei Untersuchungskammern eingerichtet wurden. Im Juli ist das Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten des IStGH in Kraft ge-

treten. Die Anklagebehörde entschied, Ermittlungen zu Vorfällen in der Demokratischen Republik Kongo und im Norden von Uganda einzuleiten. Es wird damit gerechnet, dass es 2005 zu ersten offiziellen Anklagen kommt.

Im September fand die Versammlung der Vertragsstaaten zum ersten Mal nicht mehr in New York, sondern am Sitz des IStGH in Den Haag statt. Auf dieser dritten Versammlung der Vertragsstaaten, bei der Österreich wieder im Leitungsbüro vertreten war, wurden unter anderem das Budget für das Jahr 2005 und ein Abkommen zwischen dem IStGH und den VN über die Zusammenarbeit der beiden internationalen Organisationen angenommen. Das Abkommen wurde im Oktober vom Präsidenten des IStGH, Phillippe Kirsch, und VN-GS Kofi Annan unterzeichnet. Bis zur nächsten Versammlung der Vertragsstaaten, die im November 2005 wieder in Den Haag stattfinden wird, soll unter anderem ein Verhaltenskodex für Verteidiger ausgearbeitet werden.

Im April hat Österreich dem IStGH seine Bereitschaft erklärt, vom IStGH verhängte Freiheitsstrafen auch in Österreich zu vollziehen. Wie im Fall von ICTY werden in einem bilateralen Abkommen die genaueren Modalitäten festgelegt werden.

J. Multilaterale Wirtschaftspolitik

I. Die Welthandelsorganisation (WTO)

Am 1. August beschloss der Allgemeine Rat der WTO die ursprünglich schon von der fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko) im Jahr 2003 erhofften **Weichenstellungen für die Doha-Runde.** Dieses Rahmenabkommen, das sogenannte „Julipaket", wird die weiteren Verhandlungen bis zur sechsten Ministerkonferenz im Dezember 2005 bestimmen.

Landwirtschaft: Die USA, die EG, Australien, Brasilien und Indien einigten sich auf die Ziele einer deutlichen Kürzung der handelsverzerrenden Binnenbeihilfen, die Beseitigung aller Ausfuhrstützungen von verzerrender Wirkung sowie eine spürbare Marktöffnung mit entsprechender Behutsamkeit bei heiklen Erzeugnissen. Auch nicht handelsbezogene Anliegen, wie Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz, sollen berücksichtigt werden. Zur Behandlung der „Baumwollinitiative", der Forderung von vier afrikanischen Ländern nach völligem Abbau aller Zuschüsse, die beim Handel mit diesem Rohstoff zu Verzerrungen führen, wurde ein Unterausschuss eingerichtet.

Industrieerzeugnisse: Das „Julipaket" sieht den Abbau von Spitzen- und Hochzöllen sowie Tarifsprüngen nach einer nichtlinearen Formel vor, die den besonderen Anliegen der Entwicklungsländer entgegenkommen soll. Zusätzlich wird die Verbesserung des Marktzugangs in bestimmten Sektoren unter Einbeziehung der nicht zollbezogenenen Handelshemmnisse angestrebt.

Dienstleistungen: Die durch den Fehlschlag von Cancún ins Stocken geratenen Verhandlungen erhielten durch das „Julipaket" wieder Schwung. Als neue Frist für die Vorlage von Angeboten wurde Mai 2005 festgelegt. Nach allgemeiner Einschätzung hinken die Dienstleistungsverhandlungen jenen bei der Landwirtschaft und dem Marktzugang hinterher. Zu den 38 Verpflichtungsentwürfen, die neben dem gemeinschaftlichen EG-Angebot im Jahre 2003 vorgelegt worden waren, sind 2004 elf weitere hinzugekommen, sodass nach Abzug der von der Pflicht zur Legung von Angeboten befreiten LDCs noch 45 Staaten säumig sind. Der Gehalt der meisten Angebote wird als unbefriedigend eingestuft.

Die EG, die im Juli 2002 ihre Forderungen an insgesamt 109 WTO-Mitglieder gerichtet und der WTO im April 2003 ein gemeinsames EG-Dienstleistungsangebot übermittelt hatten, haben selbst bisher 39 Forderungen von anderen Mitgliedern erhalten und zuletzt eine Überarbeitung ihrer bisherigen Forderungen und Verpflichtungslisten begonnen, die aus jenen aller EG-Mitglieder gebildet werden.

Entwicklungsfragen: Für Empfehlungen des Allgemeinen Rates zur differenzierten Sonderbehandlung der Entwicklungsländer setzte das „Julipa-

ket“ eine Frist bis Juli 2005. Dies gilt auch für die noch offenen Umsetzungsfragen. Die technische Hilfe für Entwicklungsländer soll weiter verbessert, deren besondere Anliegen sollen auch bei den Verhandlungen über Landwirtschaft und Industriewaren berücksichtigt werden, in denen die LDCs zudem von zusätzlichen Abbauverpflichtungen ausgenommen sind.

Umwelt: Die Verhandlungen über den Abbau von Zollschranken und nicht zollbezogenen Handelshemmnissen für Umweltgüter und Umweltdienstleistungen wurden beschleunigt. Weiterhin bemühte man sich um die Klärung des Verhältnisses multilateraler Umweltabkommen zu WTO-Vorschriften und um einen besseren Informationsaustausch zwischen multilateralen Umweltabkommen und der WTO. Besondere Anliegen der EG sind die Umweltkennzeichnung von Waren sowie eine stärkere Verankerung der nachhaltigen Entwicklung im WTO-Regelwerk.

Handelserleichterung: Von den vier „Singapur-Themen“ Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterung, deren Behandlung in der Doha-Runde sich die EG erhofft hatte, waren schon in Cancún wegen allzu großer Ablehnung die beiden ersten weggefallen. Mit dem „Julipaket“ besteht für die EG auch für das dritte, zumindest vorerst, keine Aussicht auf Behandlung. Hingegen fand die Einleitung von Verhandlungen zum Thema Handelserleichterung bei den WTO-Mitgliedern einhellige Zustimmung, denn der Abbau verwaltungstechnischer Handelshemmnisse beim Zollübergang von Waren könnte für Unternehmen eine Kostensenkung von 5–10% des Warenwerts nach sich ziehen.

Geistige Eigentumsrechte (TRIPs): Um die rechtliche Umsetzung des leichteren Zugangs von Entwicklungsländern zu Arzneimitteln wird immer noch gerungen. Bei der Schaffung eines multilateralen Verzeichnisses von Ursprungsangaben für Weine und Schnäpse ist wegen der festgefahrenen Positionen der Mitglieder mit einem Verhandlungsfortschritt erst in der zweiten Jahreshälfte 2005 zu rechnen. Die von der EG angestrebte Ausweitung des Schutzes von Herkunftsbezeichnungen auf weitere Waren soll bis Juli 2005 unter den Umsetzungsfragen behandelt werden.

Streitbeilegung: Das „Julipaket“ verfügt die Fortsetzung der Überprüfung und Verbesserung der Streitbeilegungsordnung. Laufende Verfahren gegen die EG betreffen unter anderem Zucker, Herkunftsangaben und Airbus, die Vereinigten Staaten sind Beklagte bei Auslandsunternehmen und Boeing.

Beitritte: Mit der Ratifizierung der Beitrittsverträge durch Nepal und Kambodscha stieg die Mitgliederzahl auf 148. Der Irak und Afghanistan stellten Beitrittsanträge. Aufnahmeverfahren laufen mit 27 Ländern, darunter Russland und Saudiarabien. In der Beitritts-Arbeitsgruppe für Bhutan führt Österreich den Vorsitz.

Generaldirektorsposten: Um die Nachfolge des Ende August 2005 scheidenden WTO-Generaldirektors Supachai Panitchpakdi bewarben sich bis

Ende Dezember vier Anwärter, darunter seitens der EG der frühere EU-Handelskommissar Pascal Lamy.

In der Mehrzahl der Außenhandelsfragen besteht eine ausschließliche **Gemeinschaftskompetenz** der EG. Die europäische Haltung zu WTO-Fragen wird in Brüssel und Genf in dem zur Unterstützung der Europäischen Kommission eingerichteten Ratsausschuss nach Art 133 EG-Vertrag abgestimmt.

II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die innere Erneuerung der Organisation wurde fortgesetzt. Die Ministertagung im Mai beschloss geänderte Beitragssätze ab 2005, den Wegfall der Einstimmigkeit bei Verfahrensfragen, Richtlinien für Neuaufnahmen, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Mittelbeschaffung für eine allfällige OECD-Erweiterung und neue Verfahren zur Bewertung der einzelnen OECD-Programme bzw. der Ausschüsse. Wegen der Um- und Ausbauarbeiten des Amtssitzes Paris wurde ein Großteil der über 2.000 MitarbeiterInnen in Ersatzräumlichkeiten in anderen Stadtteilen umgesiedelt. Vom OECD-Haushalt von rund 320 Millionen Euro trug Österreich einen Anteil von knapp 1 Prozent. An freiwilligen Beiträgen standen 50 Millionen Euro zur Verfügung.

1. OECD-Erweiterung und Außenbeziehungen

Die Ministertagung billigte die Aufnahmerichtlinien und beschloss trotz wachsender Zurückhaltung der USA gegenüber Neuzulassungen die Ausarbeitung einer Erweiterungsstrategie. Da der Abschluss der inneren Erneuerung derzeit Neuaufnahmen vorgeht, begnügt man sich vorerst mit dem Ausbau der Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten und der Vertiefung bestehender Beziehungen. Österreich verwendete sich für die Mitarbeit der noch nicht der OECD angehörenden neuen EU-Mitgliedstaaten (baltische Staaten, Malta, Slowenien und Zypern) als Beobachter.

2. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die weltweit günstigen Wirtschaftsaussichten der ersten Jahreshälfte wurden durch den starken Ölpreisanstieg, in Europa zusätzlich durch die Abschwächung des Dollarkurses, vorübergehend gedämpft. Als wichtigste Herausforderungen wurden für den gesamten OECD-Raum die Nachhaltigkeit der Ausgeglichenheit der Staatshaushalte, für die USA auch jene der Leistungsbilanz eingemahnt.

Die neu eingeführte „strukturpolitische Bestandsaufnahme“, eine jährliche ländervergleichende Überprüfung der Wirtschaftspolitik hinsichtlich Pro-

duktivität und Arbeitskräfteeinsatz, fordert für Österreich zusätzliche Arbeitsanreize für Ältere, eine erfolgsgerichtete Hochschulfinanzierung, den Abbau von Hindernissen für Betriebsgründungen, die Zweckbindung eines Teils des Kindergelds für Betreuungseinrichtungen und eine Stärkung der Wettbewerbsbehörde.

Die Neufassung der „Grundsätze der Unternehmensführung“ zielt nach einer Welle Aufsehen erregender Missbrauchsfälle auf die Stärkung des Vertrauens in Wirtschaft und Börse ab, ähnlich wie die neuen Kerngrundsätze zur Pensionsfondsregulierung. Der Fortschrittsbericht des Projekts zu schädlichen Steuerpraktiken 2004 entlastet Österreich von einst erhobenen Vorwürfen unlauteren Steuerwettbewerbs. Die Umweltauflagen bei der Exportkreditvergabe wurden verschärft.

Die Zusammenlegung der Ausschüsse für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen (CIME) sowie für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen (CMIT) zum Investitionsausschuss, der unter dem Vorsitz Österreichs im September die Arbeit aufnahm, schuf ein einzigartiges Forum für internationale Zusammenarbeit, Politikanalysen und Beratung mit dem Ziel einer Förderung internationaler Investitionen als Beitrag zu Wachstum und nachhaltiger Entwicklung.

3. Bildung

In diesem Bereich erregten zwei OECD-Untersuchungen Aufsehen: PISA 2003 (veröffentlicht im Dezember) und „Education at a Glance 2004“ (Bildung auf einen Blick 2004). Die PISA-Studie sieht in allen 30 Mitgliedsländern dreijährliche standardisierte Leistungsmessungen bei 15-/16-Jährigen vor, diesmal mit Schwerpunkt auf Mathematik, daneben Lesefähigkeit und Naturwissenschaften und – neu gegenüber PISA 2000 – Problemlösungsfähigkeit. „Education at a Glance“ bietet eine umfangreiche Zusammenstellung von Messwerten der Leistung von Bildungseinrichtungen. Die vergleichenden Aussagen beider Veröffentlichungen über die einzelnen Bildungssysteme sorgten in Österreich und anderen Ländern für Diskussionen.

4. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Die Zusammenfassung der vier Entwicklungseinheiten der OECD, Entwicklungsdirektorat (DCD), Entwicklungszentrum (DC), Klub für Sahel und Westafrika (SWAC) und Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nichtmitgliedstaaten (CCNM) unter einem Dach wurde vollzogen. Kurz davor wurden die Leitungsämter von DC und SWAC nachbesetzt und ein neuer Vorsitzender des DAC gewählt. Im Mittelpunkt der Erörterungen des DAC standen Fragen wirksamer Hilfe und die Vereinheitlichung des Geberver-

haltens, Sicherheit und Entwicklung sowie eine Neubestimmung der Anrechenbarkeit öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA).

Die Länderprüfung Österreichs durch DAC am 27. Oktober, die erste seit Gründung der ADA, ergab neben viel Lob für die österreichischen Anstrengungen der letzten Jahre (Verabschiedung eines neuen EZA-Gesetzes, Schaffung der ADA, Nutzung des komparativen Vorteils in der Osthilfe, Schwerpunkt Armutsbekämpfung) einige Empfehlungen für die nächste Zukunft, wie eine klare Rollenaufteilung zwischen Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und ADA, eine vermehrte Befassung des Parlaments mit Entwicklungsfragen sowie die Nutzung des kommenden österreichischen EU-Vorsitzes (Gipfeltreffen EU-LAC).

Das DC verabschiedete ein neues, in die OECD-Entwicklungsstrategie eingebettetes Arbeitsprogramm. Die Austritte von Kanada und Dänemark wurden durch die Beitritte von Rumänien und Mosambik, die angekündigte Rückkehr Brasiliens sowie beträchtliche freiwillige Zahlungen des Nichtmitglieds Großbritannien wettgemacht. Der SWAC vereinbarte mit ECOWAS gemeinsame Anstrengungen zur Entwicklung der Region, zu Landwirtschaftspolitik sowie Frieden und Sicherheit.

5. Nachhaltigkeit und Biotechnologie

Das seit Ende September amtierende Nachfolgegremium der „Ad Hoc Group on Sustainable Development“ (Ad-hoc-Gruppe für Nachhaltige Entwicklung), das „Annual Meeting of Sustainable Development Experts“ (AMSDE), soll in den nächsten zwei Jahren einen Bericht über sämtliche OECD-Arbeiten zur Nachhaltigkeit erstellen. Besonders untersuchen will man die vernünftigere Verwendung von Rohstoffen (Messgrößen, Materialströme), wirtschaftliche Umweltinstrumente und die Frage umweltschädlicher Beihilfen.

Die unter österreichischem Vorsitz stehende Arbeitsgruppe „Harmonization of Regulatory Oversight in Biotechnology“ (Harmonisierung der regulatorischen Aufsicht über die Biotechnologie) erzielte bedeutende Fortschritte. Bei ihrer Juni-Sitzung wurden die bei einer Arbeitstagung in den USA 2003 unterbreiteten Vorschläge für künftige Arbeiten und Schwerpunkte erörtert und bereits weitgehend umgesetzt.

6. Ministertagungen

Im Brennpunkt der Wissenschaftsministertagung am 29. und 30. Jänner standen die Förderung eines verbesserten Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Innovationsbereich, die langfristige Sicherung menschlicher Ressourcen in Wissenschaft und Technologie sowie verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Die OECD-Umweltministertagung am 20. und 21. April nahm Empfehlungen zu Artenvielfalt, Transport und Materialströmen an und regte OECD-Arbeiten zu Opportunitätskosten des Nichthandelns (beispielsweise Klima), zu Auswirkungen von Beihilfen, zur Besteuerung von Flugbenzin (Kerosin) und zur Ausarbeitung von Maßstäben für den Erfolg bzw. Nichterfolg internationaler Partnerschaften an.

Die GesundheitsministerInnen der OECD-Länder erörterten bei ihrer ersten OECD-Tagung bei der OECD am 13. und 14. Mai die Ergebnisse des über drei Jahre laufenden OECD-Gesundheitsvorhabens, in dem Mittel und Wege zur Leistungsverbesserung der Gesundheitseinrichtungen in den Mitgliedsländern untersucht wurden.

Im Mittelpunkt der ordentlichen Tagung der Wirtschafts- und FinanzministerInnen, die sich mit der Tagung der GesundheitsministerInnen überschnitt, standen die (außer für den Euro-Raum) günstigen Wirtschaftsaussichten, die Stärkung des Wachstums unter den Bedingungen alternder Bevölkerungen sowie die Geldaufbringung für das Gesundheitswesen. Neben einem Bekenntnis zur multilateralen WTO-Handelsrunde wurden eine Empfehlung zur Weiterbeschäftigung mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung sowie die überarbeiteten „Grundsätze der Unternehmensführung“ verabschiedet. Das Mandat der Geldwäsche-Ermittlungsgruppe (FATF) wurde um weitere acht Jahre verlängert.

7. Die Internationale Energieagentur (IEA)

Die Jubiläumssitzung des Verwaltungsrates am 1. April in Istanbul (Türkei) zur Feier des 30-jährigen Bestehens dieser Organisation, die rund 160 MitarbeiterInnen beschäftigt, diente dem Rückblick auf die drei Jahrzehnte seit der Ölkrise 1973 und der Erörterung der Herausforderungen im Energiebereich, insbesondere der angespannten Lage des Ölmarkts und des stark gestiegenen Ölpreises. Die Bedeutung der verstärkten Abstimmung der Mitgliedsländer untereinander und der Pflege der Beziehungen mit der OPEC und den anderen Ölförderländern wurde hervorgehoben.

K. Globale Nachhaltigkeitspolitik

Die Vergabe des Friedensnobelpreises an die kenianische Begründerin der Bewegung „Grüner Gürtel“, Wangari Maathai, für ihren „Einsatz für nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Frieden“ unterstreicht die globale Akzeptanz des Konzepts und die Bedeutung einer ökologisch verantwortlichen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung. Die vom Nobelpreis-Komitee hervorgehobene starke Verbindung zwischen nachhaltiger Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten wird sich künftig auch im internationalen Diskurs deutlicher widerspiegeln. Während mit der Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch Russland und der damit verbundenen internationalen Rechtsverbindlichkeit von Verpflichtungen im Klimaschutzbereich zwar ein wichtiger Schritt im internationalen Umweltrecht gesetzt wurde, sind in allen multilateralen Verhandlungsprozessen Bruchstellen in der Prioritätensetzung zwischen Wirtschaftswachstum, der Anwendung des Vorsorgeprinzips und der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an negative Umweltauswirkungen spürbar. Die Aktivitäten von internationalen Partnerschaften zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda gewinnen infolge der Verlangsamung des globalen Normsetzungsprozesses an Profil.

I. Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD)

Die Kommission für nachhaltige Entwicklung **(CSD 12)** nutzte das „Überprüfungsjahr“ zur Evaluierung der Umsetzung der Agenda 21, von Rio+5 und des Implementierungsplans von Johannesburg in den Schwerpunktbereichen Wasser, Abwasser und Siedlungswesen und identifizierte Hindernisse im Umsetzungsprozess. Österreich brachte seine umfassenden Erfahrungen mit integriertem Wasserressourcen-Management sowohl in Österreich als auch in der Entwicklungszusammenarbeit ein und präsentierte gemeinsam mit den ugandischen Partnern das in Ostafrika umgesetzte Konzept als Beispiel für beste Verfahrensweisen.

Das von Österreich initiierte Globale Forum über nachhaltige Energie **(GFSE)** hielt sein viertes Treffen in Wien zur Vorbereitung der Internationalen Konferenz über erneuerbare Energie im Juni in Bonn ab. Schwerpunktthema waren Anreizmodelle zur Umsetzung von nachhaltigen Energielösungen. Das GFSE etablierte sich auch als Informationsschnittstelle der rund 40 aus dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung entstandenen Energiepartnerschaften.

Die Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz **(REEEP)** hielt die erste Jahreshauptversammlung am Rande der „Renewables2004"-Konferenz ab. Österreich gehört mit seinem besonderen Engagement in der

Organisationsentwicklung der Partnerschaft und umfassenden Expertise im Bereich erneuerbarer Energien zu den aktiven Partnern von REEEP.

Ende Mai tagte die vierte Sitzung des Waldforums der VN **(UNFF)** mit den Schwerpunkten wissenschaftliche Grundlangen im Forstbereich, soziale und kulturelle Aspekte des Waldes, waldbezogene Zustandserhebung und Berichterstattung sowie Kriterien und Indikatoren für nachhaltige Waldbewirtschaftung. Österreich ist dabei die Stärkung des Rechtsrahmens ein besonderes Anliegen.

II. Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Die fünfte Tagung des Globalen Ministerforums Umwelt **(GMEF)** im März in Jeju (Republik Korea) verabschiedete die **„Jeju-Initiative“,** die die Querverbindung zwischen Wasser- und Abwasserversorgung, Gesundheit, Armutsbekämpfung und dem Ökosystem unterstreicht. Die G-77 initiierten einen hochrangigen Verhandlungsprozess über einen Strategischen Plan für Technologieunterstützung und Kapazitätsaufbau, der unter anderem die Einrichtung eines Fonds für Kapazitätsaufbau vorsieht.

UNEP errichtete im September ein Büro in Wien, das als Sekretariat der Karpaten-Konvention fungiert und UNEP-Agenden in Südosteuropa wahrnimmt.

III. Globale Umweltschutzabkommen

1. Biodiversitätsabkommen (CBD)

Im Februar tagte die siebente Vertragsstaatenkonferenz zum Abkommen über die biologische Vielfalt in Kuala Lumpur, bei der es erfreulicherweise zu Entscheidungen im Bereich Bergökosysteme und Schutzgebiete, zu Fortschritten in dem auch für Entwicklungsländer wichtigen Bereich der Aufteilung des Zugangs und der Nutzung sowie beim Strategieplan zur Umsetzung der Ergebnisse des Johannesburg-Gipfels kam.

2. Cartagena Protokoll über biologische Sicherheit

Vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des Protokolls fand das erste Treffen der Vertragsparteien **(MOP-1)** des Cartagena Protokolls über biologische Sicherheit in konstruktiver Atmosphäre statt. Entscheidungen im Bereich des Art 18 betreffend die Kennzeichnung von Massenwaren sowie über das Verhandlungsmandat für eine mögliche Haftungsregelung und das Einhaltungsregime legten die Grundlage für Funktionieren, Umsetzung und Weiterentwicklung des Protokolls.

3. Internationales Walfangübereinkommen (ICRW)

Im Juli fand in Sorrent (Italien) die 56. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) statt. Sechs weitere Staaten traten dem ICRW bei und unterstrichen damit die wachsende politische Bedeutung des Abkommens, das um die Aufrechterhaltung des unter Druck geratenen Walfangmoratoriums ringt. Österreich unterstützt angesichts der beträchtlichen Gefährdung einiger Walarten in der IWC die Gruppe der Gleichgesinnten zum Schutz der Wale.

4. Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES)

Im Oktober fand in Bangkok die 13. Vertragsstaatenkonferenz zu CITES statt. Das Übereinkommen enthält drei Anhänge mit unterschiedlich starkem Schutz für gefährdete Arten. Die in Anhang I angeführten Arten unterliegen einem strikten Handelsverbot, während Arten in Anhang III der schwächste Schutz zugesprochen ist. Besserer Schutz wurde unter anderem Delfinen und Weißem Hai zugesprochen, Elfenbein bleibt geschützt, nicht aber andere Elefantenprodukte.

5. Basler Abkommen

Die siebente Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung tagte im Oktober in Genf und machte gute Fortschritte in der Frage des Abwrackens von Schiffen. Die Richtlinien zu POPs wurden fertig gestellt und Grenzwerte festgelegt.

6. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)

Die im November erfolgte Ratifikation Russlands ermöglicht das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls, das ein rechtsverbindliches globales Regime zur Verringerung von Emissionen schafft. Bei der zehnten Vertragsparteienkonferenz im Dezember in Buenos Aires wurde daher auf eine stärkere internationale Bereitschaft zur Einhaltung und Weiterentwicklung der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll gehofft. Die EU stieß mit ihrer Forderung, über die Zukunft des Klimaschutzes nach Ende der Kyoto-Periode 2012 nachzudenken, auf heftigen Widerstand sowohl der USA als auch großer Entwicklungsländer und der OPEC-Staaten. Es gelang jedoch, ein Seminar zu diesem Thema am Rande der nächsten Verhandlungsrunde zu etablieren.

7. Rotterdamer Abkommen (PIC)

Das Abkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide

im internationalen Handel trat im Februar in Kraft und hielt im September seine 1. Vertragsstaatenkonferenz in Genf ab. Dabei wurden Verfahrens- und Finanzregelungen des Abkommens sowie dessen Sekretariatssitz in Genf festgelegt.

L. Auslandskulturpolitik

1. Schwerpunkte und Projekte 2004

Österreich wird international als eine wichtige Kulturnation angesehen. Dies erfordert eine engagierte Auslandskulturpolitik, die diesem Stellenwert gerecht wird. Es gilt dieses Image bestmöglich zu nutzen, um die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen unseres Landes in den Dienst der Förderung von Sicherheit, Stabilität und Toleranz zu stellen und darüber hinaus die innovative Kraft zeitgenössischen Schaffens einem möglichst breiten Publikum im Ausland zu zeigen.

Kulturpolitisch stellte die Erweiterung der EU um seine ost- und südosteuropäischen Nachbarländer eine neue Herausforderung dar, die vor allem durch zahlreiche Projekte der Plattform Kultur-Mitteleuropa, der kulturellen Rahmenorganisation innerhalb der Regionalen Partnerschaft, schon seit einigen Jahren sehr erfolgreich vorbereitet wurde. So fand aus Anlass der irischen EU-Ratspräsidentschaft ein mitteleuropäisches Lyrikfestival unter dem Titel „City of Poets“ in Dublin statt, das unter Leitung von Polen SchriftstellerInnen aus den sechs Plattform-Ländern (Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) zusammenführte. Anlässlich der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft stand das Museum Meermanno-Westreenianum in Den Haag im Zeichen eines Plattformprojekts, wo unter der Federführung der Slowakei eine Ausstellung zum Thema „Typographie“ veranstaltet wurde.

Nachdem am 1. Mai die erste wichtige Phase der Regionalen Partnerschaft durch die EU-Erweiterung erfolgreich abgeschlossen wurde, geht es nun vor allem um die Vertretung gemeinsamer Initiativen innerhalb der EU, wobei auch hier der Plattform Kultur-Mitteleuropa eine zentrale Rolle zukommt. Die kulturellen Leistungen der sechs Plattformländer können in vielen Fällen gemeinsam in die EU eingebracht werden. Damit werden die Chancen der Kulturschaffenden erhöht und gleichzeitig wird auf kultureller Ebene ein wichtiger Beitrag zur Identität der EU-Partner geleistet. In diesem Sinne wurde erstmals auch mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission eine 80 Veranstaltungen umfassende Präsentation der neuen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Programms „Discovering Europe“ in den bisherigen 15 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Den Abschluss bildete im Herbst eine zweitägige Konferenz in Wien mit dem Titel „Discovering Europe: Enlargement – Culture – Citizens” (Europa entdecken: Erweiterung – Kultur – BürgerInnen).

Zusätzlich zu diesem mitteleuropäischen Schwerpunkt konnte in Anbetracht der wachsenden Bedeutung Chinas die Errichtung eines Österreichischen Kulturforums in Peking verwirklicht werden. Das neue Kulturforum soll den gestiegenen Erwartungen im Bereich des Kultur- und Wissenschaftsaustausches beider Länder, aber auch mit der Mongolei mit einer

adäquaten Struktur begegnen. Damit vergrößert sich das internationale Netz der Österreichischen Kulturforen auf insgesamt 29.

Die weiteren geografischen Schwerpunkte der Auslandskulturpolitik wurden 2004 vorwiegend von den Österreichischen Kulturforen New York, Moskau, London, Paris, Warschau, Krakau, Prag, Pressburg, Budapest, Laibach, Agram, Belgrad, Rom, Mailand und Berlin betreut, wobei auch die kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten der insgesamt 50 vorwiegend im ost- und südosteuropäischen Raum gelegenen Österreich-Bibliotheken dazugerechnet werden müssen. Im Sinne der langjährigen Bemühungen zur Stärkung des Dialogs der Kulturen und Zivilisationen kommt auch den Tätigkeiten der Österreichischen Kulturforen in Kairo, Istanbul und Teheran nach wie vor große Bedeutung zu. Ferner trug das Österreichische Kulturforum in Tel Aviv sehr engagiert zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Österreich und Israel bei.

Inhaltlich konzentrierte sich die Auslandskulturpolitik neben der Darstellung zeitgenössischer Kunst, auf den Dialog der Kulturen und Zivilisationen, die Stärkung der kulturellen Dimension der erweiterten EU und auch auf Projekte zu historischen Jubiläen, wie vor allem den 100. Todestag von Theodor Herzl. Ein besonderes Ereignis stellte die Verleihung des Literaturnobelpreises an Elfriede Jelinek dar. Bereits im Vorfeld dieser Auszeichnung, d.h. in den laufenden Programmen zahlreicher österreichischer Kulturforen sowie auch vieler Österreich-Bibliotheken wurde die Literatur von Elfriede Jelinek regelmäßig behandelt, und Projekte zum Werk österreichischer Schriftstellerinnen wurden vorbereitet.

Wie sehr sich die österreichische Auslandskulturpolitik mit Fragen ihrer Wettbewerbssituation im globalen kulturellen Umfeld beschäftigt, wurde im Rahmen der jährlich stattfindenden Auslandskulturtagung unter dem Titel „Auslandskultur – Zwischen Identität und Globalisierung“ thematisiert. Die Bedeutung des Kulturaustausches für die Außenpolitik, um zwischen Staaten, Kontinenten und Kulturen auch symbolisch Sympathie und Vertrauen zu steigern oder wieder herzustellen, wurde unterstrichen. Die globale Dimension der österreichischen Auslandskulturpolitik deutet somit auf zweierlei hin: Kulturschaffenden aus Österreich soll weltweit die Chance gegeben werden, an neuen künstlerischen und wissenschaftlichen Entwicklungen teilzunehmen und den konkreten Nachweis zu führen, dass Kulturschaffen in allen Lebensbereichen – von der Friedenssicherung bis zur Lebensqualität – zusätzliche Perspektiven eröffnen kann.

2. Musikprojekte

Anlässlich **„10 Jahre Wiener Ausgabe“** der Werke Ludwig Wittgensteins stellte das Kulturforum London das Programm „Wittgenstein – Words and Music“ zusammen. Ein interessantes Projekt stellte auch die Aufführung der **„Zauberflöte“ in russischer Sprache** dar. Das Schikaneder-Libretto

wurde in russische folkloristische Reime übersetzt und die Handlung in die winterliche russische Provinz verlegt. Mit außerordentlichem Erfolg fand die Aufführung der Oper von **Gottfried von Einem „Der Besuch der alten Dame“** unter der Regie der Österreicherin **Nadja Kayali** in der Oper von Skopje in Mazedonien statt. Die Oper wurde zusammen mit mazedonischen Künstlern zur Aufführung gebracht. Das beachtliche Ergebnis dieser Opernaufführung ist inzwischen auch als DVD erhältlich. Am Tag der **EU-Erweiterung** wurde in Washington DC der gemeinsame mitteleuropäische Kulturraum mit einem Konzert des polnischen Cellisten Rafael Jezierski, des jungen slowenischen Fegus-Quartetts und des Wiener Pianisten Matthias Soucek gefeiert. Zudem wurde in Stuttgart in Kooperation mit dem Ungarischen Kulturinstitut das „Klassik Meeting Österreich-Ungarn“ veranstaltet, in dessen Rahmen das Wiener „Leopold-Trio“ Werke von Haydn, Beethoven, Schubert sowie Jenő Takács interpretierte. In Marokko gab der Pianist Robert Lehrbaumer Ende Juni ein Konzert. Im Anschluss spielten im Rahmen des **sechsten Internationalen Klavierwettbewerbs „Son Altesse Royale la Princesse Lalla Meryem“** 340 KandidatInnen aus Marokko und anderen Staaten. Eine Jury vergab insgesamt drei Stipendien (eines davon für die Sommerakademie Salzburg) sowie einen Spezialpreis für die beste Interpretation zeitgenössischer österreichischer Musik. Zum Abschlusskonzert kamen 1.500 BesucherInnen. Ein ehrgeiziges interkulturelles Musikprojekt gab es Anfang April in Indien. MusikerInnen aus Österreich spielten gemeinsam mit lokalen InterpretInnen (unter anderem Ramana Murthy der Gruppe Nilgiri Express) klassische indische Musik.

Klassik: Das **„Streichquartett Sebastian“** reiste gemeinsam mit dem österreichisch-kroatischen Fagottisten Milan Turkovic mit Stücken von Robert Schumann, Carl Maria von Webern und Wynton Marsalis nach Zagreb, das **Concilium Musicum Wien** gastierte mit zwei Konzerten im bulgarischen Rousse und Veliko Trnovo.

Musik des 20. Jahrhunderts: Die Klanginstallationen „Habana“ und „Schlachthof I“ der Österreicherin **Gabriele Proy** beim „Festival Zepellin“ in Barcelona im Mai erzielten großes Interesse und euphorische Reaktionen bei Publikum und Veranstaltern. Unter der humorvollen Moderation von Otto Brusatti bot das **Duo „Alt Wien“** in Buenos Aires zwei Abende lang Wienerlieder. Agnes Palmisano (Akkordeon) und Roland Sulzer (Kontragitarre) brachten dem argentinischen Publikum das Genre „Wienerlied“ näher. Weiters begeisterte der gemeinsame Auftritt des österreichischen Literaten Franzobel und des Posaunisten Bertl Mütter mit dem kabarettistischen Programm „Oide Hoda'n oder auch Best of Highlights“ sowie ein Konzert der „Wiener Tschuschenkapelle“ das tschechische Musikpublikum. Timna Brauer gab im Februar drei Konzerte in Reykjavik.

Jazz: Renald Deppe gastierte mit seiner **Capella con Durezza** in Rom. Dazu las der Salzburger Schriftsteller Bodo Hell aus seinen Kaskadentexten. Zudem begeisterte das **Jazztrio BRPBR** das Publikum mit ungewöhnlichen,

humorvollen Jazzimprovisationen. Der Musiker und Komponist Heinz Fallmann und seine Gruppe Timelights überraschten mit „musikalischen, kaleidoskopischen Bildvisionen".

Musikfestivals: 2004 war ein Jahr starker Beteiligung österreichischer KünstlerInnen an europäischen und außereuropäischen Festivals. Großen Zuspruch fand das **Soundings-Festival** für zeitgenössische Musik, das im Mai junge österreichische und britische KomponistInnen und InterpretInnen zu Konzerten, Workshops und Symposien in London zusammenbrachte. Bereits zum 22. Mal fand vom 27. September bis 2. Oktober das **Festival zeitgenössischer Musik – MUSICA** in Straßburg statt. Kompositionen der Österreicherin Olga Neuwirth waren ein Schwerpunkt des diesjährigen Festivals. Das Klangforum Wien spielte drei Konzerte unter anderem mit Stücken von Johannes Maria Staud, Robert Platz, Friedrich Cerha und Olga Neuwirth. Weltmusik aus Tirol gab es in der fernen Republik Korea. Das Tiroler Ensemble Comin' and Goin' nahm im Oktober am **12. World Samulnori Competition & Festival** in der Nähe von Seoul teil. Die Gruppe begeisterte mit der Darbietung ihrer typischen Crossover-World-Music. 13 Musikgruppen aus Österreich nahmen im Mai am **Europäischen Jugendmusikfestival** im schwedischen Øresund teil. Fünf Tage lang machten mehr als 7.000 Jugendliche gemeinsam Musik und begeisterten in etwa 1.000 Konzerten aller Genres. Im Sinne einer Förderung des europäischen Musikaustausches von Jugendlichen verschiedener Länder wurde das Jazzensemble der „Vocal Jazz Night" der Musikschule Weiz sowie ein gemischtes Bläser- und Saxophonensemble der Musikschule Baden finanziell unterstützt. Mit Unterstützung des Kulturforums Bratislava fanden vom 12.–18. September die **Bruno Walter Musiktage** statt. Das alljährlich in Bratislava stattfindende Musikfestival bot ein Programm mit Musik von Mozart und Mahler sowie Kompositionen von Bruno Walter. Mit einem „Konzert für den Frieden" des Bruno Walter Festival Orchestra unter der Leitung von Jack Martin Händler fanden die Musiktage ihren Abschluss. Alexandra Soumm aus Wien konnte beim Abschlusskonzert als Violinsolistin überzeugen.

Musikpreise: Das **Tonga.Online-Projekt**, das von der ARGE Zimbabwe Freundschaft Linz initiiert und von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und dem Land Oberösterreich mitfinanziert wird, wurde beim renommierten **Prix Ars Electronica für Medienkunst** mit dem Award of Distinction ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde mit Konzerten von Windhundrecords und Thomas Mapfumo & The Blacks Unlimited im Porgy and Bess in Wien sowie einem Festival der Tonga-Tonkunst in Zimbabwe gefeiert.

3. Literatur- und Theaterprojekte

Es besteht ein großes internationales Interesse am **zeitgenössischen österreichischen Theaterschaffen des 20. Jahrhunderts.** Besonderen Anklang

finden nach wie vor die Stücke von Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek, Felix Mitterer und Werner Schwab. Darüber hinaus waren auch Werke von Wolfgang Bauer, Peter Handke, Ödön von Horvath, Johann Nestroy und Peter Turrini weltweit erfolgreich.

Im Theaterbereich kann auf die Erfolge von Ensembles aus der österreichischen **Freien Theaterszene** verwiesen werden, allen voran das international bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnete Karin Schäfer Figurentheater, das literarisch-musikalisch kreative Kabinetttheater, die Salzburger Laroque Dance Company und Editta Braun Company, das Gehörlosentheater ARBOS sowie diverse Kinder-, Jugend- und Straßentheatergruppen, die Österreich bei Festivals rund um den Globus vertreten haben. Besonders hervorgehoben sind das **Internationale Experimentaltheaterfestival in Kairo** und das **Creativforum für unabhängige Theatergruppen in Alexandria.** Das zuletzt genannte Festival bietet alljährlich eine gute Gelegenheit, sich mit weltweiten Theatertrends auseinander zu setzen. Österreich war mit zwei Produktionen vertreten: Die Salzburger Gruppe Timbuktu/Editta Braun zeigte die Performance „Sto Neró"; das Theater Courage begeisterte mit „the way out", womit auch ein wertvoller Beitrag zur Vertiefung des interkulturellen Verständnisses geleistet wurde.

International äußerst gefragt sind die VertreterInnen der jüngeren österreichischen **Tanz- und ChoreographInnen-Szene**, die sowohl von renommierten Festivals als auch von lokalen Tanzveranstaltern zu Gastspielen ins Ausland eingeladen wurden, allen voran die Compagnie Willi Dorner sowie die Ensembles rund um die Choreographinnen Milli Bitterli und Saskia Hölbling. Mit Unterstützung auch des Bundeskanzleramts konnte mit der Tanzgruppe Dans.Kias ein beeindruckender Österreichschwerpunkt in mehreren Staaten gesetzt werden: Ihre Tanzperformance „exposition corps" wurde in Metz (Frankreich), in Sibiu (Rumänien), anlässlich des XX. Festival de Juvenes Coreografos in Caracas (Venezuela) und der XII. Quinzena de Danca de Almada (Portugal) sowie an der Dance Biennale Tokyo 2004 (Japan) erfolgreich präsentiert.

AutorInnenlesungen und **Präsentationen literarischer Neuerscheinungen** wurden nicht nur in den Schwerpunktregionen der Auslandskulturpolitik, sondern praktisch in allen Ländern durchgeführt, in denen Österreich diplomatisch vertreten ist. Die Liste der dabei präsentierten AutorInnen umfasst Namen wie Ilse Aichinger, Barbara Frischmuth, Norbert Gstrein, Ernst Hackl, Peter Handke, Josef Haslinger, Alfred Kolleritsch, Elfriede Mayröcker, Robert Menasse, Gerhard Roth, Marlene Streeruwitz, Raoul Schrott, Julian Schutting und Franzobel als auch AutorInnen wie Martin Amanshauser, Zdenka Becker, Lilian Faschinger, Brigitta Falkner, Walter Grond, Ulrike Längle, Karl Lubomirski, Lydia Mischkulnig, Doron Rabinovici, Elisabeth Reichart, Werner Riess, Kathrin Röggla, Sabine Scholl, Margit Schreiner, Vladimir Vertlib und Renate Welsh.

Das Ziel, **Verlage außerhalb des deutschen Sprachraums** für Werke österreichischer AutorInnen zu interessieren, wurde auch 2004 nachhaltig verfolgt. Als eine diesbezüglich wichtige Aktion gilt die Zeitschrift „New Books in German", die Verleger im englischsprachigen Raum über deutschsprachige Neuerscheinungen informiert und an deren Finanzierung das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Bundeskanzleramt beteiligt sind. Darüber hinaus ermöglicht das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten durch punktuelle Ankäufe von Druckwerken, die gezielt an Bibliotheken, Schulen und andere Bildungseinrichtungen im Ausland verteilt werden, das Erscheinen von Austriaca im Ausland. Das Bundeskanzleramt fördert Übersetzungen von Werken lebender österreichischer AutorInnen.

Internationale Erfolge im Bereich der Kinder- und Jugendbuchliteratur werden regelmäßig durch österreichische SchriftstellerInnen wie Christine Nöstlinger, Preisträgerin des Hans-Christian-Andersen-Preises und des Astrid-Lindgren-Gedächtnispreises sowie Thomas Brezina erzielt, der immer wieder beachtliche Verkaufsrekorde erreicht.

4. Bildende Kunst

Auf der diesjährigen **DAK'ART 04,** der einzigen Biennale zeitgenössischer Kunst in Afrika, war Österreich mit Fotografien von Lisl Ponger, durch die bildenden Künstlerinnen Edith Lettner, Heide Breuer und Ragnhild Roed sowie mit Videoprojektionen von Ewa Esterhazy und Tommy Schneider vertreten. Die herausragende Architektur des Gebäudes des **Kulturforums New York** wurde durch eine hochkarätige Jury auf die **„Watchlist of Future Landmarks"** (Auswahl von dreißig Gebäuden als Teil der New Yorker Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts) gesetzt. Aus Anlass der Wiedereröffnung der Mailänder Scala am 7. Dezember wurde im Palazzo Reale in Mailand die Ausstellung **„Salieri auf den Spuren Mozarts"** eröffnet. Zaha Hadid und Patrik Schumacher zeichneten für die Ausstellungsarchitektur verantwortlich. Anfang des Jahres wurde im Internationalen Kulturzentrum in Krakau die **erste Max-Weiler-Ausstellung in Polen** gezeigt.

In Erinnerung an den **100. Todestag von Theodor Herzl** fanden in Österreich wie im Ausland zahlreiche Veranstaltungen statt, darunter auch etliche Ausstellungen: in Paris „Theodor Herzl – visionnaire et réaliste", in New York „Theodor Herzl 1860–1904: Father of Modern Zionism. A Commemoration of his Life", in London „Mediating Memory", in Santiago de Chile „Un sueño hecho realidad – un siglo después" und in Dublin „Herzl: Close Up and Personal".

Zur Erweiterung der EU fand Anfang Mai das vom Bundeskanzleramt initiierte Projekt **„EU & YOU – Kunst der guten Nachbarschaft"** statt. Es brachte insgesamt 13 KünstlerInnen aus Österreich und den Beitrittsländern zusammen, die an sieben Bahnhöfen ihre eigens für dieses Projekt angefertig-

ten Werke ausstellten. Das Kulturforum London zeigte in diesem Zusammenhang die multimediale Ausstellung **„Dreamland“** über Erfahrungen mit sozialen Verschiebungen und individuellen Lebensrouten bei globalen Veränderungen (Idee: Gudrun Bielz und Kim Merrington), das Kulturforum New York präsentierte in der Ausstellung **„Parallel Actions: Conceptual Tendencies in Central European Art from 1965 to 1980“** unter anderem Werke von Valie Export, Stano Filko (Slowakei), Sanja Ivekovic (Kroatien), Jiri Kovanda (Tschechische Republik), OHO (Slowenien), Rasa Todosijevic (Serbien und Montenegro).

Die Künstlergruppe **Gelatin** gastierte mit einer Performance und der Ausstellung **„Gelatin's nasser Müll“** in der ATA Galerie in Sofia. Die österreichische Medienkünstlerin **Dorit Magreiter** setzte sich im Rahmen der Ausstellung **„Déplacements“** im Musée d'Art Moderne de la Ville de Paris mit dem Einfluss der Medien und der Industrie auf unseren Alltag auseinander. Beim **„Festival della Fotografia di Roma“** war dem Künstler **Erwin Wurm** eine Werkschau gewidmet. **Heimo Zobernig** und **Franz West** waren bei der 5. Biennale d'Art Contemporain **„Rien ne va plus“** vertreten. Im März wurde die erste umfangreiche **Retrospektive** von **Valie Export** in Spanien gezeigt. Unter dem Titel **„Otto Zitko – Raum Prag“** eröffnete das Kulturforum Prag eine für die dortige Galerie konzipierte Ausstellung des Künstlers. Begleitend wurden Künstlergespräche organisiert und Experimental-Filme von Josef Dabernig mit Otto Zitko gezeigt. Als Teil eines Studienprojekts haben sich zehn österreichische StudentInnen der Meisterklasse von Wolf Prix (Coop Himmelb(l)au) ein halbes Jahr in Mexiko-Stadt aufgehalten und in mühevoller Kleinarbeit ein Gemeindezentrum vom Entwurf bis zur Konstruktion im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca verwirklicht. Die Entwürfe und Modelle wurden in einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert. Das Kulturforum Tokio veranstaltete in den eigenen Räumlichkeiten die multimediale Installation **„being mogura tataki“** des Tiroler Künstlers **Toni Kleinlercher** und seiner japanischen Frau **Chikako Urata.** Die interaktive Rauminstallation, die der Frage nach der Natur der Identität des Einzelnen nachging, wurde von Besuchern und Medien begeistert angenommen. Stephan Schmidt Wulffen, Rektor der Akademie der bildenden Künste Wien, und Lorenzo Benedetti kuratierten die Ausstellung **„Anrufung des großen Bären“.** Unter dem Motto des Bachmann-Gedichts präsentierten neun StudentInnen und AbsolventInnen der Akademie der bildenden Künste und italienische KünstlerInnen auf dem Gelände des Kulturforums Rom ihre Arbeiten. Dem Kulturforum Bratislava gelang es gemeinsam mit dem Jüdischen Museum Wien, dem Kulturamt der Stadt Salzburg und dem Slowakischen Nationalmuseum ein groß angelegtes **Ausstellungsprojekt** umzusetzen: **„Kladovo – Eine Flucht nach Palästina“** ist eine Foto-Installation von Bildern eines Überlebenden des Kladovotransports, die Alisa Douer durch einen Film ergänzte. Gleichzeitig wurde die Ausstellung **„Stefan Zweig – Ein Österreicher aus Europa“** gezeigt. **„Donau-Exodus“** schließlich, ein

Film des Ungarn Péter Forgács, war das Bindeglied zwischen den beiden Ausstellungen, die erstmals unter der Konzeption von Peter Karlhuber zu einer thematischen Einheit verschmolzen wurden.

Weiters organisierte das Kulturforum New York in der New Yorker Mike Weiss Gallery die Ausstellung **„Hermann Nitsch – New Paintings“,** das Kulturforum Budapest zeigte ungarische und österreichische Videokunst in der Ausstellung **„Softmanipulation“** und das Kulturforum Mexiko bot einen Überblick über österreichische Künstler mit der Ausstellung **„Pintores austriacos en México“.** Staatssekretär Franz Morak eröffnete Ende Juni in der Galerie des Kulturforums New York die Ausstellung **„Austria West: New Alpine Architecture“** mit Werken von Arno Bereiter, Hugo Dworzak, Roland Gnaiger und anderen. Unter dem Titel **„Glas in Bewegung“** zeigte das Kulturforum Prag Designergläser und Zierglas nach Künstlerentwürfen aus der Glashütte Steinschönau. Die Schau **„Linz Kreativ. Foto & Grafie“** zeigte am Kulturforum Warschau unter der Leitung von Prof. Marek Freudenreich Arbeiten von Studenten der Abteilung Mediengestaltung der Kunstuni Linz. Eine äußerst erfolgreiche Veranstaltung zu neuen Medien organisierte das Kulturforum New York: **„Who’s Afraid of Blue, Red and Green?“,** einem online-Wettbewerb und öffentlichen Kunstprojekt, welches mit elementaren visuellen Baueinheiten digitaler Bildschirme spielte. Die drei Siegerprojekte wurden auf dem Astrovision Screen des New Yorker Times Square gezeigt. Der österreichische Fotograf **Tom Platzer** konnte von der Botschaft Rabat für die Ausstellung **„Far from Heaven“** mit Bildern Wiener Obdachloser gewonnen werden. Arbeiten von **Herbert Seiler,** der 28 Jahre in Äthiopien gelebt und gelehrt hat, präsentierte anlässlich des 40-jährigen Bestehens die Botschaft Addis Abeba in der dortigen School of Fine Arts and Design.

An zahlreichen Orten wurden die derzeit 14 **Wanderausstellungen** der Kulturpolitischen Sektion zum Einsatz gebracht. Die Ausstellung „Vier Österreichische Architekten“ mit Architekturfotografien von Gerald Zugmann wurde vor allem in Süd- und Nordamerika gezeigt, „Der dritte Mann. Auf den Spuren eines Filmklassikers“ tourte durch den skandinavischen Raum und Großbritannien. Neu hinzu kam die von Jarmila Weißenböck vom Österreichischen Theatermuseum Wien konzipierte Wanderausstellung „Wiener Ausdruckstanz“, die in London und Washington zu sehen war. Von der Ingeborg Bachmann Wanderausstellung konnten – auch in Hinblick auf ihren 80. Geburtstag im Jahr 2006 – eine türkische und eine spanische Version hergestellt werden.

5. Film

Das Jahr 2004 war für zahlreiche österreichische Filmproduktionen international erfolgreich, wie zum Beispiel die Spielfilmproduktionen „Antares“, „Hurensohn“, „Darwins’s Nightmare“, „Silentium“ und „Die fetten Jahre

sind vorbei“. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichte österreichischen FilmemacherInnen die Teilnahme an internationalen Filmfestivals durch die Übernahme von Reisekosten. Einige Höhepunkte waren unter anderem Österreichische Filmwochen in Caracas, Mailand, Madrid, Prag, Paris, Rom, Hongkong, Istanbul, Warschau. Österreichisches Filmschaffen konnte bei insgesamt 30 „Österreich-Filmtagen“ verstärkt im Ausland präsentiert werden. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an etwa 45 von der EU veranstalteten „Europäischen Filmtagen“.

6. Internationale Jugendzusammenarbeit

Auch 2004 wurde an der Betreuung des äußerst erfolgreichen Einladungsprojekts israelischer Jugendlicher zu einem mehrwöchigen Sprachkursaufenthalt in Österreich mitgewirkt, das in Kooperation mit der Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem durchgeführt wird. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen die Zuständigkeit für alle Jugendprojekte wahrgenommen, die im Rahmen der EU, des ER und anderer internationaler Organisationen stattfinden.

7. Internationale Sportbeziehungen

Mitgewirkt wurde an den Vorbereitungsaktivitäten für die Olympischen Sommerspiele 2004 in Athen. Österreich hat 1991 die Antidoping Konvention des ER ratifiziert. Angesichts der später gegründeten Internationalen Antidoping-Agentur und zur Verbesserung der Durchsetzung von Dopingkontrollmaßnahmen hat das Ministerkomitee des ER am 3. Juli 2002 ein Zusatzprotokoll angenommen. Das Zusatzprotokoll wurde von Österreich am 3. Februar ratifiziert und ist für Österreich am 1. Juni in Kraft getreten.

8. Kulturelle Förderungen

Zur Unterstützung und Verankerung auslandskulturpolitischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit wurden im Inland sowie im beschränkten Umfang auch im Ausland Finanzmittel in Form von Förderungen für kulturelle Projekte zur Verfügung gestellt. Es wurden Mittel in der Höhe von 402.743 Euro für 100 Einzelprojekte aus den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft eingesetzt.

Im Ausstellungsbereich wurden im abgelaufenen Jahr beispielsweise Projekte der Kulturstelle der Erzdiözese Wien (IMAGO 2004 in Monaco), von permanent breakfast (Raumordnungen), des Regionalmuseums Steiermark/Stajerska (Musentempel der ehemaligen Untersteiermark einst und jetzt), des Dommuseums Salzburg (Johann Michael Rottmayr) und des Forums Weltoffen unterstützt. Im Tagungs- und Konferenzbereich wurden für

Veranstaltungen des Hans Kelsen-Instituts (Hans Kelsen und das Völkerrecht), des Europazentrums Europahaus Graz (Frauen und die EU-Erweiterung), des Historischen Vereins für die Steiermark (Grenzen, Mythen. Feindbilder der Geschichte), des Vereins Junges Europa (Enlarged Economies in an enlarged Society), der Universität Innsbruck (Die neue Verfassung für die EU), des Peres Center for Peace in Israel (Shaping Palestinian-Israeli Leadership in a Transitional Era) sowie des Instituts für den Donauraum (IDM) Mittel zur Verfügung gestellt. Das Klangforum Wien, das Vienna Art Orchester, das Gustav Mahler Jugend Orchester, das Pierrot Lunaire Ensemble, Timna Brauer und Voices for Peace erhielten für ihre Auslandstourneen finanzielle Beiträge. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Unterstützungen für Voice Mania (A capella Festival 2004) und das Internationale Mauthausen Komitee (Aufführung Oratorium The Song of Terezin in Prag) hingewiesen. Der Österreichische Tanzrat (5. ÖTR-Contest 2004), Im Puls Tanz04 (Auftritt der chinesischen Tanzcompagnie Wen Hui – The Living Dance Studio) und Ballett Tanz Burgenland (Hommage an Fanny Elßler) wurden ebenso unterstützt. Förderungen gingen auch an das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung (Jiddische Theaterwoche 2004) und die Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammer (Architekturtage 2004). Weiters erhielten der Kulturverein Österreichischer Roma, die Romani Union, der Kulturverein Pozuzo, der Gottscheer Altsiedler Verein/ Slowenien, der Kultur Verein deutschsprachiger Frauen „Brücken"/ Slowenien, die Gemeinschaft der Österreicher in Kroatien, die Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien, der Circolo di Cultura Italo-Austriaco/Triest, die Italienisch-Österreichische Kulturvereinigung in Bologna sowie das Österreichisch-Tschechische Dialogforum Förderungsmittel. Wie in den Vorjahren wurden auch die AuslandsösterreicherInnen-Siedlungen in Südamerika und das St. Georgs-Kolleg in Istanbul finanziell unterstützt.

9. Wissenschaftliche Projekte

Weltweit wurde eine **Vielzahl von österreichbezogenen wissenschaftlichen Veranstaltungen** (Symposien, Workshops, Vorträge und andere) unterstützt, die von Literatur, Musik, Geschichte, Stadtplanung, Architektur und Kulturphilosophie bis hin zu Spezialgebieten wie Sozialmedizin, Ökosoziale Marktwirtschaft, Cyberarts oder Archäologie ein reichhaltiges Themenspektrum abdeckten. Themenschwerpunkte im Wissenschaftsbereich waren **Theodor Herzl, Ingeborg Bachmann,** dem **Dialog der Kulturen und Zivilisationen** sowie der **EU-Erweiterung** gewidmet.

Anlässlich des **30. Todestags von Ingeborg Bachmann** wurden neben Lesungen und Filmvorführungen auch etliche wissenschaftliche Symposien sowie eine Reihe von Schwerpunktprogrammen (wie etwa mehrstündige Radiodokumentationen) organisiert. Auch wurde die in Zusammenarbeit mit den Bachmann-Erben konzipierte Ausstellung „Ingeborg Bachmann

(1926–1973). Schreiben gegen den Krieg“ in Tschechien, Italien und Deutschland präsentiert. Die Bemühungen um den interreligiösen Dialog bekamen in Folge der Ereignisse des 11. September 2001 eine neue Bedeutung. Der **Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen** wurde zu einem Schwerpunktthema der Außenpolitik. 2004 fanden Projekte zu den Themen „Medien“ und „Religionsdialog“ statt. Im Rahmen des Europaschwerpunkts wurde in Warschau im Juni eine Internationale Konferenz zu den Möglichkeiten einer „europäischen Geschichtsschreibung“ durchgeführt.

10. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland

Österreichische Studienzentren und Lehrstühle, die an einer Reihe ausländischer Universitäten bestehen, haben die Aufgabe, im akademischen Leben des jeweiligen Gastlandes die Beschäftigung mit österreichspezifischen Themen aus Kultur, Wirtschaft und Politik zu initiieren und zu betreuen. In zunehmendem Ausmaß werden auch europäische Themen und deren Verknüpfung mit dem intellektuellen Potenzial Österreichs in die Programmplanung mit einbezogen und die Publikation wissenschaftlicher Arbeiten aus diesen Bereichen angeregt. Darüber hinaus verstärken sie durch Vernetzung mit österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in die internationale wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit.

Anzuführen sind der „Lehrstuhl für mitteleuropäische Studien mit Schwerpunkt Österreich“ in Leiden, das „Canadian Center for Austrian and Central European Studies“ an der Universität Edmonton/Alberta, die „Arbeitsstelle für österreichische Literatur und Kultur-Robert Musil“ an der Universität Saarbrücken, das „Center for Austrian Studies“ an der Universität Minnesota, das „Zentrum für Österreichstudien“ und der „Kardinal König-Lehrstuhl“ an der Hebräischen Universität Jerusalem, das Österreich-Zentrum an der Monash University Melbourne, die „Visiting Austrian Professorship“ in Stanford und der „Schumpeter Lehrstuhl“ in Harvard.

11. Österreich-Bibliotheken

Derzeit bestehen 50 Österreich-Bibliotheken in 23 Ländern, vorwiegend in mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten. Sie werden jährlich von rund 100.000 Personen besucht, wobei 95.474 Entlehnungen registriert wurden. Die Bibliotheksbestände umfassen insgesamt 274.338 Medieneinheiten. Die im Vorjahr geschaffenen Strukturen in Form der Einrichtung eines Administrationsbereichs auf dem Web-Portal www.oesterreich-bibliotheken.at haben sich bewährt. Die meisten Bibliotheken haben sich als zukunftsweisende Einrichtungen erwiesen und stellen ein besonders flexibles und effektives Instrument der Auslandskulturpolitik dar. Als kleinere Kulturzentren leisteten sie einen beachtlichen Beitrag für die kulturelle Präsenz Österreichs im Ausland. Sie organisierten Ausstellungen, Konzerte, Theaterauf-

führungen, Autorenlesungen, Filmvorführungen, wissenschaftliche Veranstaltungen und nahmen Prüfungen für das Österreichische Sprachdiplom (ÖSD) ab. Diese Veranstaltungen wurden von rund 60.000 Menschen besucht. Zusätzliche Anknüpfungspunkte für eine aktive Kultur- und Informationspolitik ergaben sich durch die Einführung der Aufnahme von fremdsprachigen Auslands-Austriaca im Web-Portal. Zahlreiche Bibliotheken führen eine eigene Publikationstätigkeit und geben Informationen zur gezielten Kontaktnahme zu ÜbersetzerInnen, DramaturgInnen, VerlegerInnen auch zu Verlagsprogrammen bezüglich beabsichtigter Publikationen. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Ausbau des Web-Portals. Im allgemein zugänglichen Teil ergänzen nun die Rubriken „Fachbibliotheken im Ausland“ und „Österreich-Zentren“ das Netzwerk der Österreich-Bibliotheken. Die Möglichkeit, sich auf dem Web-Portal zu präsentieren, nutzen zusätzlich noch zwei Fachbibliotheken, fünf Info-Zentren und neun Studienzentren bzw. Österreich-Lehrstühle. Bei zahlreichen Österreich-Bibliotheken konnte ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der technischen Ausstattung geleistet werden, die zur elektronischen Erschließung der Bibliotheksbestände geführt hat. In diesem Zusammenhang ermöglichte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten den BibliothekarInnen der Österreich-Bibliotheken Fortbildungsaufenthalte in Wien zum Besuch von fachspezifischen Workshops und Seminaren.

Neben den Österreich-Bibliotheken im Ausland wurden Buchspenden an Germanistische Institute an Universitäten in aller Welt gewährt. Insbesondere wurden universitäre Fachbibliotheken (Robert Musil-Forschungszentrum Saarbrücken), Studienzentren (Belgien, Großbritannien, Israel, Kanada, Niederlande, Portugal und USA) sowie Österreich-Informationszentren (Armenien, Aserbeidschan, Marokko, Türkei) mit einschlägiger Literatur beteilt.

12. Deutsch als Fremdsprache (DaF)

Das **Österreich Institut,** eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen einschlägigen Organisationen, wurde 1997 gegründet. Die Zentrale befindet sich in Wien. Alleingesellschafter ist das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. **Neue Sprachschulen wurden in Laibach und Rom** eröffnet. Damit bestehen Österreich-Institute in Warschau, Krakau, Budapest, Preßburg, Brünn, Laibach und Rom mit rund 10.000 HörerInnen. Sie sind Zentren der Förderung des Studiums von Deutsch in seiner österreichischen Varietät, die gegenüber anderen örtlichen Sprachschulen durch die Qualität ihres Angebots hervorstechen. Durch Kooperation mit den Österreich-Bibliotheken wird das Kursangebot weiter ausgebaut.

LektorInnen, SprachassistentInnen und DaF-PraktikantInnen werden von der „Österreich-Kooperation“ ausgewählt und vermittelt. Es handelt sich dabei in der Regel um GermanistInnen und andere PhilologInnen mit Unterrichtspraxis, die im sekundären und tertiären Bildungsbereich an über 50 Standorten im Ausland tätig sind. Das **Österreichische Sprachdiplom Deutsch** (ÖSD) bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen. Die ÖSD-Prüfungen werden weltweit an über 160 Prüfungszentren abgenommen.

13. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich

Seit der Ausgliederung der Universitäten aus der staatlichen Verwaltung erfolgte die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration von Mobilitätsprogrammen durch eigene Büros, die zur direkten Kooperation mit StipendienbewerberInnen etabliert wurden. Als Partnerinstitution des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten fungiert hierbei der Österreichische Austauschdienst (ÖAD). Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information, die Beantwortung individueller Anfragen und die Wahrnehmung einschlägiger Veranstaltungen. Insbesondere die Umsetzung der neuen Grundlagen für die Studienbeiträge ausländischer Studierender an österreichischen Universitäten war Gegenstand intensiver Beratungs- und Betreuungstätigkeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten.

14. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

In einer Reihe internationaler Organisationen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wird Österreich vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie vertreten, und zwar im Ausschuss Hoher Beamter der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung **(COST)** in Brüssel, im Rat und Finanzausschuss der Europäischen Organisation für Kernforschung **(CERN)** in Genf sowie im Rat und Ausschuss für internationale Zusammenarbeit der Europäischen Weltraumbehörde **(ESA)** mit Sitz in Paris. Eine aktive Beteiligung Österreichs an den Programmen dieser Organisationen ist für die von Österreich angestrebte volle Mitwirkung an der europäischen Wissensgesellschaft und für die Erreichung der Ziele der europäischen Wissenschafts- und Wettbewerbspolitiken unverzichtbar. Besonders hervorzuheben ist die starke Beteiligung Österreichs am Entwicklungs- und Bauprogramm von ESA für Galileo.

In **COST,** einer Organisation, die nunmehr 34 europäische Mitgliedstaaten mit einem national aufgebrachten Forschungsvolumen von 2 Milliarden

Euro jährlich umfasst, kooperieren etwa 30.000 WissenschafterInnen. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten war erfolgreich bemüht, dass in COST auch außenpolitischen Zielsetzungen Rechnung getragen wird. So konnte für verstärkte Beteiligung von WissenschafterInnen des Balkanraums und der Mittelmeerstaaten eine finanzielle Unterstützung aus dem COST-Fonds beschlossen werden. COST hat seine Rolle als Bahnbrecher bei der Schaffung eines europäischen Forschungsraums durch Flexibilität, leichtes Management, einfache rechtliche Rahmenbedingungen, Qualitätskontrolle, Multidisziplinarität, Initiativen in Biologie und Nanowissenschaft, sowie durch Entwicklung von Wissenschaftsinfrastruktur neuerlich unter Beweis gestellt. Österreich tritt für eine Fortführung der Finanzierung des Sekretariats im 7. Rahmenprogramm und für eine der Erhöhung der Mitgliederzahl entsprechende Anhebung der Ansätze ein.

Ähnlich günstig wie bei COST wirkt sich für Österreich auch bei der **ESA** die durch die Konvention gesicherte Möglichkeit selektiver Beteiligung an Wahlprogrammen aus. In der ESA-Industriepolitik (Vergabepolitik) tritt Österreich für die Erhaltung dieses im Interesse der kleineren Teilnehmerstaaten gelegenen Prinzips der Beteiligungen ein. Eine volle Beteiligung Österreichs in diesen Bereichen ist für die Entwicklung und für die Beteiligung an GALILEO wesentlich. Österreich unterstützt die technologisch-wissenschaftlichen Zielsetzungen eines Europäischen Raumfahrtsprogramms im Kontext des ESA/EU-Rahmenabkommens.

ENVISAT, der größte je für Umwelt und Erdbeobachtung sowie wissenschaftliche Erkundung entwickelte ESA-Satellit steht seit nunmehr zwei Jahren erfolgreich im Dienst. Die weltweite Nutzung der zehn verschiedenen Beobachtungssysteme des ENVISAT war Gegenstand einer in Salzburg von 6.–10. September abgehaltenen Konferenz. Die Salzburger Konferenz zeigte den Umfang, in dem ENVISAT weltweit Verwendung findet, etwa auch seitens Regierungsdiensten der USA, Chinas und Russlands. Der Erfolg für die europäische satellitengestützte Erdbeobachtung trägt zur Sicherung des selbständigen Zugangs Europas zu weltraumwissenschaftlichen und weltraumtechnischen Erkenntnissen und Diensten bei.

Europäisches Institut für Weltraumpolitik **(ESPI):** Nach intensiven Vorarbeiten der ESA und Österreichs hat die ESPI als Gemeinnützige GmbH mit Sitz in Wien am 1. September die Tätigkeit aufgenommen. Zum Direktor wurde der Franzose Serge Plattard bestellt. Im Hinblick auf die dynamischen Entwicklungen in der Weltraumpolitik soll die ESPI möglichst bald die ihr gesetzten Aufgaben übernehmen können, nämlich wissenschaftliche Expertisen als Entscheidungshilfen für Gremien der europäischen Weltraumtechnik auszuarbeiten. Darüber hinaus nimmt das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten politische Belange in der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten **(EUMETSAT),** in der

Europäischen Konferenz für Molekularbiologie **(EMBC)** und im Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse **(IIASA)** in Laxenburg wahr.

15. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der EU

Die kulturelle Zusammenarbeit der EU, die in Art 151 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) verankert ist, verfolgt das Ziel, einen Beitrag zur „Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ zu leisten. Dies erfolgt durch die Ergänzung und Unterstützung nationaler Maßnahmen sowie durch Förderung und Koordination, da die Gemeinschaft in diesem Bereich, der grundsätzlich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegt, keine Legislativbefugnisse hat.

Einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV ist das Rahmenprogramm Kultur 2000. Ursprünglich für eine Laufzeit von fünf Jahren (2000–2004) konzipiert und mit einem Gesamtbudget von 167 Millionen Euro ausgestattet, wurde es unverändert für die Jahre 2005 und 2006 verlängert und zusätzlich mit 69,5 Millionen Euro dotiert. Dies soll vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung einen Beitrag zur Kontinuität des Programms leisten und sicherstellen, dass ausreichend Zeit für die Ausarbeitung des Nachfolgeprogramms zur Verfügung steht. Österreich reichte 2004 insgesamt 22 einjährige Projekte ein, von denen 14 gefördert wurden. An 20 weiteren Projekten sind österreichische Institutionen als Mitorganisatoren oder Partner beteiligt. Im Bereich der mehrjährigen Kooperationsprojekte wurde eines von insgesamt neun eingereichten Projekten gefördert, an fünf weiteren sind österreichische Mitorganisatoren beteiligt. 2004 floss eine Gesamtsumme von knapp 2,16 Millionen Euro an österreichische Projektträger.

Im ersten Halbjahr wurden unter **irischem Vorsitz** die Kulturhauptstädte Europas des Jahres 2007 (Luxemburg und Sibiu) und des Jahres 2008 (Liverpool und Stavanger) benannt. Beim EU-Kulturministerrat am 27. und 28. Mai, dem ersten mit 25 Mitgliedern, erfolgte die politische Einigung darüber, dass ab 2009 jeweils eine Kulturhauptstadt aus einem der bisherigen und aus einem der neuen Mitgliedstaaten benannt wird, um eine rasche Integration der neuen Mitgliedstaaten in diese Aktion zu erreichen. Dies bedeutet, dass Europa bis 2018 jedes Jahr zwei Kulturhauptstädte haben wird. Der österreichische Bewerber für 2009 ist Linz.

Unter **niederländischer Ratspräsidentschaft** beschloss der EU-Kulturministerrat am 16. November einen neuen Arbeitsplan im Bereich der Kultur für die Jahre 2005 und 2006. Darüber hinaus wurde das Nachfolgeprogramm für die Jahre 2007–2013 diskutiert. Österreich setzt sich dabei für eine inhaltliche Erweiterung des Programms sowie für die Möglichkeiten zur Bewerbung von kleinen Projektträgern ein. Der Rat ermächtigte die

Europäische Kommission, im Namen der Gemeinschaft an den Verhandlungen über eine **UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt** teilzunehmen.

Im Bildungsbereich sehen die Programme **Sokrates II** (Allgemeine Bildung) und **Leonardo II** (Berufsbildung) für den Zeitraum 2000–2006 insgesamt 3 Milliarden Euro an Fördergeldern vor, die neben den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) Rumänien und Bulgarien, den EFTA/EWR-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen sowie seit 1. Jänner rückwirkend auch der Türkei zugute kommen. Mehr als 25% dieser Mittel sind für den Bereich der Schulbildung vorgesehen, in dem jährlich etwa 400 Schulen im Rahmen transnationaler Comenius-Schulprojekte kooperieren. Neben „Sokrates/Comenius“ (Schulbildung) sind noch die Programme „Sokrates/Erasmus“ für den Hochschulbereich und „Sokrates/Grundtvig“ für den Bereich der Erwachsenenbildung zu nennen. Zahlreiche Studierende aus Österreich haben jedes Jahr die Möglichkeit, ein Auslandssemester in einem der 30 teilnahmeberechtigten Staaten zu verbringen; im Studienjahr 2003/04 waren es mehr als 4.000. Noch bis 2006 läuft das Aktionsprogramm **Tempus** (Hochschulen), das mit den Programmen CARDS (nichtassoziierte Staaten in Südeuropa), TACIS (die Neuen und Unabhängigen Demokratien der ehemaligen Sowjetunion – GUS) und MEDA kooperiert. Ziel ist es, zur Reform und Weiterentwicklung der Hochschulsysteme in den Partnerländern beizutragen. Im Rahmen von **Erasmus-Mundus** (Laufzeit 2004–2008, Gesamtbudget 230 Millionen Euro) sollen hoch qualifizierte junge ForscherInnen aus Drittstaaten gefördert werden. Gleichzeitig soll die Kooperation zwischen Hochschuleinrichtungen in der EU und in Drittstaaten intensiviert und die Mobilität der Studienprogramme der EU-Mitgliedstaaten ausgebaut werden.

16. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft

2004 wurden Arbeitsprogramme zur kulturellen Zusammenarbeit mit Italien, der Slowakei und Ungarn verhandelt und beschlossen. Unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten traten die österreichisch-italienische Unterkommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die österreichisch-chinesische Gemischte Kommission für Wissenschaft und Technik und die österreichisch-ungarische Gemischte Kommission für Wissenschaft und Technik zu Arbeitstagungen zusammen. Am 1. Juni fand an der Universität Wien aus Anlass von 20 Jahren österreichisch-chinesische wissenschaftlich-technologische Kooperation eine Festveranstaltung statt.

Am 28. und 29. September fanden in Wien Verhandlungen mit Kroatien über ein neues Kulturabkommen statt. Das österreichisch-ukrainische Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und

Technik trat am 1. Jänner in Kraft. Das in Wien am 18. Februar unterzeichnete österreichisch-slowakische Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist am 1. Dezember in Kraft getreten. Das Protokoll über eine Fortführung der „Aktion Österreich-Slowakei, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ bis Ende 2007 ist am 1. April in Kraft getreten. Am 17. Dezember wurde eine Verlängerung der „Aktion Österreich-Tschechien, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ bis Ende 2009 beschlossen. Die Bemühungen um den Abschluss eines Kulturabkommens mit Albanien wurden fortgeführt. Im Dezember wurde von der albanischen Seite ein überarbeiteter Entwurf vorgelegt, sodass die Unterzeichnung des neuen Abkommens im Jahr 2005 erfolgen könnte.

Am 18. Juni haben der Leiter der Kulturpolitischen Sektion des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und der Generaldirektor für kulturelle Angelegenheiten im türkischen Außenministerium in Ankara ein Memorandum of Understanding über die kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet.

M. Medien und Information

I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten

Die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsländer stellte auch für die Öffentlichkeitsarbeit im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten einen inhaltlichen Schwerpunkt dar. Auf gemeinsame Einladung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Bundespressedienst nahmen im Mai insgesamt 17 JournalistInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten an einem umfangreichen Informationsprogramm in Wien teil. Schwerpunkte des Besuchsprogramms lagen in den Bereichen Kultur, Wirtschafts- und Europapolitik. Höhepunkte waren ein ausführliches Pressegespräch mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner sowie der Besuch des „Konzerts für Europa“ der Wiener Philharmoniker am 25. Mai im Schlosspark Schönbrunn, dem etwa 90.000 Menschen beiwohnten.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der diesjährigen Tagung der PresserätInnen in Wien am 9. September war die Auseinandersetzung mit der sich ständig weiterentwickelnden Arbeits- und Funktionsweise moderner Massen-Medien. Die an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland tätigen PresserätInnen hatten die Gelegenheit, im Rahmen eines Besuchs im NEWS-Mediatower in persönlichen Gesprächen mit der Chefredaktion und außenpolitischen RedakteurInnen Einblicke in die Aufbereitung außenpolitischer Ereignisse in einer großen Print-Redaktion zu gewinnen. Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft 2006 war zweiter Schwerpunkt der Tagung. Dabei wurden die wesentlichen Aufgaben und Ziele des zweiten österreichischen EU-Ratsvorsitzes und die daraus resultierenden Anforderungen an die Pressearbeit an den Vertretungsbehörden im Ausland erörtert.

Am 26. Oktober veranstalteten das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Bundeskanzleramt wieder einen Tag der Offenen Tür, in dessen Rahmen die für diesen Anlass konzipierte Ausstellung „Europa – Das Friedensprojekt“ präsentiert wurde. Tausende von BesucherInnen konnten sich über Geschichte und Gegenwart der EU informieren und wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten, die Einigung der Staats- und Regierungschefs über eine Europäische Verfassung sowie deren Unterzeichnung am 29. Oktober in Rom das Jahr 2004 zu einem besonderen Jahr für Europa gemacht haben.

Der diesjährige von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und ihrem polnischen Amtskollegen Wladyslaw Bartoszewski im Jahr 2001 initiierte und von der Bank-Austria-Creditanstalt-Gruppe gesponserte österreichisch-polnische Journalistenpreis wurde von der Jury an die polnische Journalistin Malgorzata Schwarzgruber-Barwicka für ihre umfassende Berichterstat-

tung in der polnischen Tageszeitung „Trybuna“ und in der in Wien in deutscher und polnischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Polonika“ verliehen. Dieser Preis dient der Intensivierung der polnisch-österreichischen Beziehungen und soll das gegenseitige Verständnis abseits von Klischees und Vorurteilen ermöglichen und fördern.

Internet: Im Herbst 2003 war der Internetauftritt des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten grundlegend überarbeitet worden, womit der Servicecharakter des Online-Informationsangebots noch stärker betont wurde. Die erfolgreiche Umsetzung und die ausgezeichnete Akzeptanz durch die interessierte Öffentlichkeit wurden bestätigt. So stieg die Zahl der vom Webserver des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten registrierten Besuche im Verlauf des Jahres kontinuierlich von etwa 50.000 auf über 150.000 pro Monat an. Die sukzessive Ausstattung der österreichischen Vertretungsbehörden mit Webseiten in einheitlichem Design wurde fortgesetzt. Ende des Jahres befanden sich neunzehn solcher Homepages online.

Publikationen: Eine aktualisierte Ausgabe der handlichen Broschüre „Tipps für Auslandsreisende“ wurde in einer Auflage von 140.000 Exemplaren gedruckt und gelangte auf einer Ferienmesse, in Reisebüros und als Beilage zu Reisemagazinen zur Verteilung. Anlässlich des 100. Todestages von Theodor Herzl publizierte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten eine englischsprachige Broschüre im Gedenken an den Gründer des modernen Zionismus, die insbesondere durch die Vertretungsbehörden im Ausland an ausgewählte Adressaten verteilt wurde. Aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit wurden ferner die Publikation des Bild- und Textbands „Österreich 2005 – Das Lesebuch zum Jubiläumsjahr (mit Programmübersicht)“ und Veranstaltungen wie die Wachauer Journalistentage, das Europa-Forum Wachau, ein „Verhandlungstraining“ der so genannten „Israeli Palestinian Negotiating Partners“ (IPNP) in Burg Schlaining sowie eine überparteiliche JungwählerInnen-Kampagne anlässlich der Wahlen zum EP unter dem Titel „Vote 4 Future“ unterstützt.

II. Internationale Kooperation auf dem Mediensektor

Unter der irischen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte wurde die Initiative „Communicating Europe“ (Europa vermitteln) ins Leben gerufen, mit der angesichts niedriger Beteiligung an den Wahlen zum EP, schlechter Umfragewerte und bevorstehender Referenden zum EU-Verfassungsvertrag Wege gesucht werden, Europa seinen BürgerInnen besser zu vermitteln. Im Rahmen dieser Initiative kam es bisher zu mehreren Treffen der EuropaministerInnen, bei denen konkrete Informationsstrategien und -projekte der einzelnen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission vorgestellt und diskutiert wurden. Im Rahmen der Ratsarbeitsgruppe „Information“ wurde darüber hinaus ein Erfahrungs- und Informationsaustausch zu

EU-Informationskampagnen initiiert, wobei insbesondere Strategien zur Kommunikation der Europäischen Verfassung thematisiert wurden. In diesem Diskussionsprozess wurde deutlich, dass Voraussetzungen und Bedürfnisse hinsichtlich der Kommunikation von EU-Themenbereichen unter den einzelnen Mitgliedstaaten stark variieren. Der Erfahrungs- und Gedankenaustausch im Rahmen der Initiative „Communicating Europe“ wird auch unter den nachfolgenden Präsidentschaften fortgesetzt werden.

N. Der österreichische auswärtige Dienst

I. Einleitung

Wie schon in den vorangegangenen Jahren war das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in die Bemühungen der Bundesregierung zur **Konsolidierung des Bundeshaushalts** eingebunden. Angesichts der gestiegenen Anforderungen an die Leistungen des auswärtigen Diensts (Ansteigen der Konsularfälle durch vermehrte Reisetätigkeit der ÖsterreicherInnen, Naturkatastrophen, Erfordernis der diplomatischen Präsenz in neu entstandenen Staaten sowie der Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien, verstärkte Inanspruchnahme der Vertretungsbehörden durch Fachressorts, die vermehrt Spezialattachés an ausländische Dienstorte entsenden sowie durch Bundesländer und Gemeinden, die vielfach Ersuchen an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten richten) ist das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten nur mit überdurchschnittlichem Einsatz seiner MitarbeiterInnen in der Lage, ein weltweites Netz aufrecht zu erhalten, mit dem ein Schutz österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland und eine Vertretung österreichischer Interessen gewährleistet werden kann.

II. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

Österreich unterhält im Ausland 80 Botschaften (davon zwei in Form eines Büros des Handelsrats), sechs Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen, eine Außenstelle der Botschaft Berlin in Bonn, eine Außenstelle der Botschaft Belgrad in Pristina und 15 Generalkonsulate (davon eines in Form eines Büros des Handelsrats). Dies ist im Verhältnis zu vergleichbaren EU-Staaten ein kleines Netz von Berufsvertretungsbehörden. Daneben bestehen 29 Kulturforen (siehe Kapitel L.1.). Österreich hat derzeit 276 honorarkonsularische Vertretungen im Ausland, welche die Arbeit der österreichischen Berufsvertretungen in wertvoller Weise unterstützen und ergänzen. HonorarkonsulInnen sind prominente, in der Regel in der Wirtschaft oder freiberuflich tätige Personen, welche die Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung stellen und ehrenamtlich für Österreich arbeiten.

III. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten

Im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist eine eigene Organisationseinheit mit dem Erwerb, der Anmietung sowie der baulichen Adaptierung und Ausstattung der – in erster Linie im Ausland – benötigten Immobilien beschäftigt. Ziel des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ist dabei, im Rahmen eines internationalen Immobilienmana-

gements durch laufende Objektevaluierungen eine möglichst zweckmäßige und kostengünstige Bereitstellung von Amts- und Wohnraum zu gewährleisten. Durch die Einführung der Software SAP im Jänner konnten die Möglichkeiten des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten weiter verbessert werden, sein Immobiliencontrolling mit dem bestehenden Facility Management-System effizient einzusetzen.

Die Neuunterbringung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten am ehemaligen Sitz der Niederösterreichischen Landesregierung in der Herrengasse ermöglicht ab dem Jahr 2005 erstmalig eine Zusammenführung aller Organisationseinheiten an einem Standort. Vor der Übersiedlung werden die Gebäude generalsaniert.

IV. Aufnahme in den auswärtigen Dienst

Die Aufnahme in den höheren, gehobenen und mittleren Dienst des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten erfolgt nach erfolgreicher Ablegung des entsprechenden Auswahlverfahrens (Examen Préalable) vor einer unabhängigen Auswahlkommission. Die rechtlichen Grundlagen bilden das Bundesgesetz über Aufgaben und Organisation des auswärtigen Dienstes – Statut (BGBl I 129/1999 vom 23. Juli 1999) sowie die Verordnung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten BGBl 120/1989 vom 16. Februar 1989. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ist an möglichst qualifizierten Bewerbungen für diese Auswahlverfahren interessiert und informiert im Rahmen von Vorträgen und berufsberatenden Veranstaltungen über die Voraussetzungen sowie die Laufbahnmöglichkeiten im auswärtigen Dienst.

Im Jahr 2004 fand ein Auswahlverfahren für den gehobenen auswärtigen Dienst statt. Es konnten zehn KandidatInnen aufgenommen werden. Für den mittleren Dienst fanden ebenfalls Auswahlverfahren statt, bei denen sich insgesamt zwölf KandidatInnen qualifizieren konnten.

Für alle Verwendungsgruppen gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene Grundausbildung, die in der Grundausbildungsverordnung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, BGBl II 113/2004 vom 5. März 2004, neu geregelt wurde. Das Ausbildungsprogramm für den höheren auswärtigen Dienst umfasst nach einer allgemeinen Einführungswoche, in der die Sektionen und die Aufgaben des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten vorgestellt werden, mehrtägige fachspezifische und persönlichkeitsorientierte Seminare an der Diplomatischen Akademie sowie am Zentrum für Verwaltungsmanagement des Bundeskanzleramtes, diverse Vorträge und eine gezielte Förderung des Fremdsprachenstudiums, wobei vor allem auf das Erlernen bzw. die Vervollkommnung der Sprachen der Nachbarstaaten Österreichs besonderes Gewicht gelegt wird. Ebenso erfolgt während der Ausbildung eine sechsmonatige Stage an einer

österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland, wo der/die BedienstetInnen in die praktische Arbeitsweise einer Vertretungsbehörde eingeschult wird.

Das Ausbildungsprogramm für den gehobenen auswärtigen Dienst umfasst ebenfalls eine Stage an einer Vertretungsbehörde im Ausland, wo der/die Bedienstete vor allem in die administrativen und konsularischen Aufgaben eingeschult wird. Zusätzlich sind die Absolvierung von Seminaren am Zentrum für Verwaltungsmanagement sowie Schulungen im Hause verpflichtend vorgeschrieben. Das Ausbildungsprogramm für den mittleren Dienst macht vor allem vom Seminarangebot des Zentrums für Verwaltungsmanagement Gebrauch und bietet überdies eine gezielte Fremdsprachenausbildung an. Ein auf die Bedürfnisse der Bediensteten des gehobenen und mittleren Dienstes abgestimmter Französischkurs wird in den Räumen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten abgehalten.

Neu aufgenommene Bedienstete sind verpflichtet, die für ihre Verwendungsgruppe in der am 5. März erlassenen Grundausbildungsverordnung festgelegte Grundausbildung zu absolvieren, zu der auch eine eingehende Vorbereitung auf konsularische und administrative Aufgaben gehört.

V. Personal

Im Dezember hatte das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten 1.332 MitarbeiterInnen: 570 waren im Inland, 762 in Auslandsverwendung. Davon waren fünf von anderen Bundesdienststellen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zugeteilt, 20 durch Sonderverträge beschäftigt sowie drei MitarbeiterInnen dienstfreigestellt. Aus dem Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten waren 22 MitarbeiterInnen anderen Bundesdienststellen dienstzugeteilt, 90 karenziert (45 Mutterschutz/Elternkarenz, 21 für Tätigkeiten bei internationalen Organisationen, 15 für sonstige Tätigkeiten wie etwa Diplomatische Akademie und EZA-Büros, neun aus privaten Gründen wie Begleitung eines Ehegatten auf Auslandsposten oder Pflege eines kranken Angehörigen) und zwei außer Dienst gestellt. Insgesamt gingen 36 Bedienstete aus dem Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten im Jahr 2004 in Pension.

Im **Stellenplan** für das Jahr 2004 wurden für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zwar 1.457 Planstellen (bzw. 1.502 unter Einrechnung der Planstellen nach Teil VI des Stellenplans) vorgesehen, doch steuert die Bundesregierung im Zuge ihrer Budgetkonsolidierungspolitik die Personalverwaltung des Bundes derzeit im Wesentlichen über ausgabenwirksame **Vollbeschäftigungsäquivalente** (auf Vollbeschäftigung umgerechnete Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse, für die Leistungsentgelt be-

zahlt wird). Mit Beschluss des Ministerrates vom 19. September 2000 wurden die dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Jahre 2004 zustehenden Vollbeschäftigungsäquivalente mit 1.343,56 festgelegt.

Im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten waren 2004 auch 15 VerwaltungspraktikantInnen tätig, welche im Rahmen von Hearings ausgewählt wurden.

Im Jahr 2004 betrug der **Frauenanteil** im Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 45,9%, davon im mittleren Dienst 62%, im Fachdienst 69,1%, im gehobenen Dienst 38,6% und im höheren Dienst 26,5%.

Personalstand des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 2004 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung		Männer	Frauen	ins-gesamt	Frauen in %
A1/v1, A/a	– höherer Dienst	324	117	441	26,5%
A2/v2, B/b	– gehobener Dienst	156	98	254	38,6%
A3/v3, C/c	– Fachdienst	134	300	434	69,1%
A4/A5/v4, D/d, P2/P3/p2/ p3, h2/h3	– qualifizierter mittlerer bzw. mittlerer Dienst	52	85	137	62,0%
A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5	– Hilfsdienst	41	5	46	10,9%
	– Sonderverträge	14	6	20	30,0%
Insgesamt		**721**	**611**	**1332**	**45,9%**

Pensionsantrittsalter: Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter der BeamtInnen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten betrug im Jahre 2004 61,44 Jahre. Wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich, lag das durchschnittliche Pensionsalter in den letzten zehn Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr-Grenze:

1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
61,88	60,48	63,69	62,11	59,93	62,52	61,59	61,48	61,54	60,48	61,44

VI. Budget

Der **Bundesvoranschlag 2004** sah für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Budget von insgesamt **340,928 Millionen Euro** vor. Nach Abzug der Budgetposten für die ADA (89,742 Millionen Euro), Beiträge Österreichs an internationale Organisationen (49,978 Millionen Euro), sonstige gesetzliche Verpflichtungen (2,672 Millionen Euro) und Aufwendungen für internationale Konferenzen (2,500 Millionen Euro) verblieb dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ein **operatives Budget** (einschließlich Personalausgaben) von **196,036 Millionen Euro.** Der operative Anteil am Gesamtbudget des Bundes betrug 0,31%.

Budget 2004 in 1.000 Euro

Jahr	Budget des BMaA	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme	Operatives Budget des BMaA	Anteil des operativen BMaA-Budgets am Bundesbudget in%
1994	219,648	53,132	166,516	0,26
1995	288,960	106,395	182,565	0,26
1996	292,889	113,380	179,509	0,26
1997	292,837	113,747	179,090	0,26
1998	314,673	133,327	181,346	0,25
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,31
2003	307,000	112,298	194,702	0,32
2004	340,928	144,892	196,036	0,31

Insgesamt kam es gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung des Bundesvoranschlags 2004. Wichtige Budgetposten waren die ADA und Beiträge zu internationalen Organisationen, die eine Steigerung erfuhren. Von der Gesamterhöhung konnte jedoch nur ein geringer Anteil dem operativen Budget zugeschrieben werden. Für die Pflichtbeiträge an die VN wurden für den ordentlichen Haushalt 10,5 Millionen Euro, für friedenserhaltende Operationen 13,072 Millionen Euro und für die beiden Tribunale (ICTR, ICTY) 1,549 Millionen Euro veranschlagt.

Anzumerken ist, dass der Anteil des operativen Budgets des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Prozenten des Bundeshaushalts von 1994–1998 ursprünglich auf Basis des Gesamtbudgets (Allgemeiner Haushalt plus Ausgleichshaushalt) angegeben wurde. Ab 1999 wurde nur mehr der Allgemeine Haushalt (das ist die Summe der effektiven

Ausgaben-Voranschlagsbeträge aller Ressorts) ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts (das ist die Summe der Ausgaben für die Tilgung von Schulden und kurzfristigen Verpflichtungen bzw. von Kapital aus Währungstauschverträgen sowie Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen und Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen) herangezogen. Die Prozentanteile 1994–1998 wurden daher dementsprechend adjustiert.

VII. Informationstechnologie (IT) und Außenpolitische Bibliothek

Alle österreichischen Berufsvertretungsbehörden sind nach Abschluss des „Medusa-Projekts“ nunmehr entweder über chiffrierte terrestrische WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit (VSAT) mit der Zentrale in Wien verbunden. Über diese Leitungen erfolgt die Kommunikation mit allen österreichischen Behörden und wird der Informationsfluss über E-Mail – dem wichtigsten Kommunikationsmedium im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten – und E-Fax abgewickelt, über VSAT wird darüber hinaus auch Telefonie übertragen.

An allen Vertretungsbehörden ist neben Büroautomation auch Software im Einsatz, die den administrativen sowie den konsularischen Arbeitsbereich abdeckt. Diese wurde von der IKT-Abteilung selbst entwickelt. Die Dienstrechnungssoftware ist eine Vorfeldapplikation zur bundesweit eingeführten Haushaltsverrechnung mit SAP Software (HV-SAP). Die Konsularsoftware ermöglicht den Vertretungsbehörden das Ausstellen von Visa, Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungsbewilligungen. Die Vertretungsbehörden haben Zugriff auf das Schengener Informationssystem (SIS) und sind an das Konsultationsnetzwerk (VISION) der Schengener Staaten angeschlossen.

Elektronisch verfügbare Informationen können direkt von den Vertretungsbehörden wie auch von der Zentrale abgerufen werden: Jede einzelne Arbeitsstation ist an das Internet angeschlossen, ebenso sind Nachrichtenagenturen wie APA und Reuters sowie diverse Datenbanken, beispielsweise das Rechtsinformationssystem (RIS), für FachreferentInnen anwählbar. Im permanent erweiterten Intranet werden interne Informationen sowie wichtige Links angeboten. Die **offene Kommunikationsstrategie** des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten verbindet die Zentrale, Vertretungsbehörden im Ausland und weltweite Netze miteinander.

In der Zentrale des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten wird der Elektronische Akt **(ELAK)** bereits seit Jahren ministeriumsweit verwendet. Die Geschwindigkeit der Arbeitsabläufe sowie die Effizienz allgemein konnten mit diesem Instrument stark gesteigert werden. Dazu trug wesentlich auch das elektronische Dokumentenmanagement bei, das eine schnelle und zielgerichtete Suche von Akten und informellen Erledi-

gungen ermöglicht. Darüber hinaus bewirkte der ELAK eine Reorganisation der Arbeitsabläufe im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten: Auf Papier basierende Geschäftsprozesse werden schon seit Jahren durch elektronische Workflows ersetzt. **Diese sehr erfolgreiche Umsetzung wird nun auf alle anderen Ministerien ausgeweitet** (Projekt ELAK im Bund), im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurden während des Jahres sämtliche Vorbereitungen und die Schulung für die Umstellung auf den Bundes-ELAK durchgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der Zentrale des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten waren die Vorbereitungen für den Umzug in die neuen Büroräumlichkeiten, in denen die komplette zentrale Struktur sowie Peripherie neu gestaltet wurden. Konkret wurden Server angeschafft, die dann bereits vor dem Umzug im neuen Gebäude operativ geschaltet waren. Darüber hinaus fiel im Rahmen einer Ausschreibung betreffend den Netzwerkbereich die Entscheidung, zukünftig **Telefonie über das Datennetz** („Voice-over-IP“) zu betreiben. Einer der Vorteile liegt in der damit verbundenen wesentlichen Kostensenkung. In den neu bezogenen Büros der Zentrale wurde Telefonie über das Datennetz bereits umgesetzt. Für Telefongespräche mit den Vertretungsbehörden im Ausland, die sukzessive umgestellt werden, fallen künftig nur Fixkosten an.

Die Bestände der **Außenpolitischen Bibliothek** konnten systematisch erweitert und die Rückwärtserfassung des Buchbestands der Bibliothek fortgesetzt werden. Durch ein Update der Software des elektronischen Verbundkatalogs ALEPH und der Entlehnverbuchung wurden Verbesserungen bei Effizienz und Schnelligkeit im Bereich Katalogisierung erzielt. Durch die Möglichkeit der Abfrage der Bibliotheksbestände über das Internet konnte auch eine Steigerung der Zahl der BenutzerInnen der Außenpolitischen Bibliothek festgestellt werden.

Im Jahr 2004 wurde die Übersiedlung der Aktenbestände des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in das neue Gebäude Minoritenplatz 8 vorbereitet. Dafür wurden im Kellergeschoß fahrbare Regalanlagen eingebaut, die eine verbesserte Ausnutzung des gegebenen Raums gewährleistet. Somit können die Akten geordnet und fachgerecht gelagert und nach Sichtung dem Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wird durch diese neuen Regalanlagen den MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten ein rascherer Zugang zu den Akten ermöglicht.

VIII. Organisationsplan des Bundesministeriums für ausgärtige Angelegenheiten

BUNDESMINISTERIN
Dr. Ursula PLASSNIK
Kabinett:
Dr. Nikolaus MARSCHIK
Stabsstelle:
Mag. Astrid HARZ

I. Zentrale Angelegenheiten Dr. Johannes KYRLE	II. Politische Sektion Dr. Thomas MAYR-HARTING Stellvertreter: Dr. Ralph SCHEIDE	III. Wirtschafts- u. integrations-politische Sektion Dr. Martin SAJDIK Stellvertreter: Dr. E. TICHY-FISSLBERGER	IV. Rechts- u- Konsularsektion Dr.Christian BERLAKOVITS Stellvertreter: Dr. Wolfgang PAUL
I.1 Protokoll Dr. Ferdinand MAULTASCHL I.1a Gudrun HARDIMAN-POLLROSS I.1b Mag. Lucia KRONSTEINER I:1c Werner AMMINGER	II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen, Dr. Thomas HAJNOCZI II.1a Dr. Andreas RIECKEN II.1b Mag. Karl PRUMMER II.1c……..	III.1 EU-Grundsatzfragen Dr. Elisabeth TICHY-FISSLBERGER III.1a …….. III.1b Mag. Gerhard MAYER	IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe Dr. Wolfgang PAUL IV.1a……
Gruppe I.A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4, I.7) Dr. Hans WINKLER	II.2 Südtirol und Südeuropa Mag. Dr. Clemens KOJA	III.2 Europäischer Rat u. Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II, Koordination der Vorbereitung der österr. EU-Ratspräsidentschaft 06 Mag. Helene STEINHÄUSL III.2a Mag. Albert ENGELICH	IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- u. Wanderungswesen Dr. Peter WILFLING IV.2a Robert THUM IV.2b Mag. Gabriel KRAMARICS Passdruckstelle Peter GRIEHSMAIER
I.2 Allgemeines Völkerrecht Dr. Helmut TICHY I.2a Martin KLEIN I.2b Dr. Michael POSTL I.2c Dr. Thomas LOIDL	II.3 Ost- u. Südosteuropa, Zentralasien, Zentraleuropäische Initiative (CEI); Dr. Hanns PORIAS (interimist.) II.3a Dr. Josef LITSCHAUER II.3b Mag. Thomas SCHNÖLL	III.3 Bi- u. multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; Exportförderung; Investitionsschutz; int. Finanzinstitutionen. Handelspolitik …….. III.3a Dr. Hans KOGLER III.3b MMag. Gerhard MAYNHARDT	IV.3 Auslandsösterreicher, Schutzmachtangelegenheiten, Vermögensangelegenheiten, Sozial- u. gesundheitspolitische Angelegenheiten Dr. Thomas BUCHSBAUM
I.3 Presse und Information Mag. Astrid HARZ I.3a MMag. Thomas SCHLESINGER I.3b Franz HUTEGGER	II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika, OAU Dr. Ralph SCHEIDE II.4a Dr. Caroline GUDENUS		
I.4 Europarecht Dr. Alfred LÄNGLE I.4a Dr. Andreas KUMIN	II.5 Internationale Organisationen Dr. Walther LICHEM		IV.5 Bürgerservice Mag. Peter LAUNSKY IV.5a Mag. Christian HASENBICHLER Legalisierungsbüro Alois CSENCSITS
I.5 Internationale Konferenzen Dr. Johannes SKRIWAN	II.6 Mittel, West- u. Nordeuropa; regionale Zusammenarbeit; Dr. Herbert KRAUSS II.6a Mag. Martin PAMMER	III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen Zentral-, Ost- und Südosteuropa, Stabilitätspakt für SO-Europa Mag. Arno RIEDEL III.4a Dr. Johannes EIGNER III.4b Dr. Elisabeth KORNFEIND	
I.7 Menschenrechte Mag. Engelbert THEUERMANN I.7a Dr. Ingrid PECH I.7b Mag. Elisabeth KÖGLER	II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat Dr. Margit WÄSTFELT II.7a Mag. Christophe CESKA II.7b Dr. Helmuth EHRLICH II.7c Dr. Harald KOTSCHY	III.5 ASTV I, Binnenmarkt, Landwirtschaft, Beschäftigungs- und Sozialfragen, Regionalpolitik, Telekommunikation Dr. Helmut WESSELY III.5a Mag. Wolfgang STROHMAYER III.5b ..... III.5c Dr. Karl MÜLLER	IV.7 Integrationspolitische und Internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz Dr. Johann FRÖHLICH IV.7a Mag.Wolfgang SPADINGER IV.7b Dr. Walter ROCHEL
I.9 Sicherheitsangelegenheiten Dr. Daniel KRUMHOLZ	II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, multilaterale Atomenergiefragen, IAEO, Überflüge Dr. Wernfried KÖFFLER II.8a Mag. Alexander KMENTT II.8b Mag. Dorothea AUER II.8c ……..	III.6 Verkehrs- und Energieangelegenheiten, Umweltschutz, EURATOM Dr. Christian KREPELA III.6a Mag. Aloisia WÖRGETTER III.6b Dr. Alois KRAUT III.6c Mag. Gisela POLTE	
	II.9 Amerika, Karibik, OAS Dr. Dr. Rudolf LENNKH II.9a Dr. Andreas MELAN	III.7 EU-Haushalts-, Finanz- und Währungsfragen …….. III.7a……..	
	II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM Dr. Nikolaus SCHERK II.10a Mag. Michael KAINZ II.10b Mag. Peter STORER		

Generalsekretär
Dr. Johannes KYRLE
Stellvertreter:
Dr. Hans WINKLER
Büro des Generalsekretärs
Mag. Michael RENDI
Exekutivsekretariat für die Vorbereitung auf die österr. EU-Präsidentschaft 2006
Dr. Wolfgang ANGERHOLZER

Generalinspektorat:
Dr. Felix MIKL

V. Kulturpolitische Sektion
Dr. Emil BRIX
Stellvertreter:
Dr. Ewald JÄGER

V.1 Koordination, Planung und Finanzierung der Auslandskultur; kulturelle Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Ewald JÄGER
V.1a Andreas PAWLITSCHEK
V.1b Franz BISCHL

V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland
Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH
V.2a Dr. Barbara LEE-STÖRCK
V.2b Mag. Margarete HALMA
V.2c Dr. Waltraud DENNHARDT-HERZOG
V.2d Christine DOLLINGER

V.3 Wissenschaftlich-technische sowie unversitäre Zusammenarbeit
Dr. Florian HAUG
V.3a Dr. Florian LORENZ
V.3b Dr. Christa SAUER

V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur
Dr. Frieda LUGGAUER-GOLLNER
V.4a Mag. Ilona HOYOS

VI. Administrative Sektion
Dr. Wolfgang LOIBL
Stellvertreter:
Dr. Michael ZIMMERMANN

VI.1 Personalangelegenheiten
Dr. Markus WUKETICH
Standesevidenz
Gustav SCHÜTTE
VI.1a Gerda JOHAM
VI.1b Gerhard ROSNER
VI.1c Mag. Christian BRUNMAYR
VI.1d Mag. Christine MOOSBRUGGER
VI.1e Mag. Andrea WICKE

VI.2 Auslandszulagen und Auslandskostenersätze Sozialversicherungsangelegenheiten
Dr. Klaus FABJAN
VI.2a Helga KUBICEK
VI.2b .....
VI.2c Franz RAZ

VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling
Mag. Bruno WALDERT
VI.3a Erich HAUSMANN
VI.3b Robert ZEICHMANN
VI.3c Angelina MIGSICH
VI.3d Ing. Reinhold PÖLSLER

Gruppe VI.A – Immobilienmanagement Unterbringung u. Ausstattung (Abt. VI.4 u. VI.5)
Dr. Michael ZIMMERMANN

VI.4 An-Verkauf, Anmietung sowie Verwaltung von Liegenschaften; Bundesbedienstetenschutzgesetz; Kurierdienst
DDr. Artur APELTAUER
VI.4a DI Klaus PRIBAHSNIK
VI.4c Alfred RIEGELMAIER

VI.5 Projektsmanagement; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen
Kurt MELICHAR
VI.5a.....
VI.5d Leopold KÖLLNER

VI.7 Informationstechnologie (IT)
Mag. Gerhard MILLETICH
VI.7a Ing. Edgar SATTLER

VI.8 Dokumentation, Informationsvermittlung; Außenpolitische Bibliothek,
Dr. Gottfried LOIBL

VII. Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Irene FREUDENSCHUSS-REICHL
Stellvertreter:
Mag. Anton MAIR

VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Thomas NADER
VII.1a Mag. Klaus KÖGELER

VII. 2 Evaluierung, Entwicklungspolitik u. Strategie
Mag. Anton MAIR
VII.2a Mag. Klaus STEINER

VII.3 Humanitäre Hilfe, NRO-Kofinanzierung, wirtschaftsnahe Entwicklung
Mag. Franz HÖRLBERGER

VII.4 Allgemeine Angelegenheiten an Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit, Koordination und Information
Dr. Josef MÜLLNER
VII.4a Mag. Ursula HEINRICH

VII.5 Planungs u. Programmangelegenheiten der Entwicklungs- u. Ostzusammenarbeit
Dr. Hermann SPIRIK
VII.5a Dr. Manfred SCHNITZER
VII.5b. Mag. Lydia SAADAT
VII.5c. Mag. Ingrid SAGER

Stand 10. Juni 2005

IX. Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

ÄGYPTEN Sudan	ÖB Kairo*	Dr. Kurt SPALLINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Klaus DERKOWITSCH
ALGERIEN	ÖB Algier	Dr. Thomas BAIER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Gudrun GRAF
ÄTHIOPIEN Eritrea, Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	Mag. Brigitte ÖPPINGER-WALCHSHOFER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Western Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Johann DEMEL
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Franz CEDE
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Dr. Werner ALMHOFER
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Dr. Werner
	GK Rio de Janeiro	BRANDSTETTER
	GK Sao Paulo (Büro des Handelsrates)	Mag. Reinhold STEINBERGER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Karl DIEM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Walter HOWADT
CHINA	ÖB Peking	Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT
DVR Korea, Mongolei	GK Hongkong	Dr. Brigitta BLAHA-SILVA
	GK Shanghai	Walter KALTEIS
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erich BUTTENHAUSER
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin*	Dr. Christian PROSL
	Außenstelle Bonn	Dr. Rudolf AGSTNER
	GK Hamburg	Adolf KLEMENT
	GK München	Dr. Senta WESSELY-STEINER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Jakub FORST-BATTAGLIA
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Lorenz GRAF
FRANKREICH	ÖB Paris*	Dr. Anton PROHASKA
Monaco	GK Strassburg	Mag. Andrea IKIC-BÖHM
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Herbert KRÖLL
GROSSBRITANNIEN und	ÖB London	Dr. Ernst SUCHARIPA
NORDIRLAND	KF London	Dr. Johannes WIMMER
GUATEMALA Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua	ÖB Guatemala	Dr. Monika GRUBER-LANG

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Helmut TÜRK
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
INDONESIEN Singapur	ÖB Jakarta	Dr. Bernhard ZIMBURG
IRAK	ÖB Bagdad (Büro des Handelsrates)	derzeit vakant
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael STIGELBAUER
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Horst-Dieter RENNAU
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Kurt HENGL
ITALIEN	ÖB Rom	Dr. Alfons KLOSS
	KF Rom	Dr. Andreas SCHMIDINGER
	GK Mailand	Dr. Eva-Maria ZIEGLER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Peter MOSER
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr. Heinrich QUERNER
KANADA	ÖB Ottawa*	Dr. Otto DITZ
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Roland HAUSER
KOLUMBIEN Ekuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Hans-Peter GLANZER
KOREA	ÖB Seoul	Mag. Wilhelm DONKO
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Hans KNITEL
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Helga KONRAD
KUWAIT Bahrein, Katar	ÖB Kuwait	Dr. Georg STILLFRIED
LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Wolfgang JILLY
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Georg MAUTNER-MARKHOF
LIBYEN	ÖB Tripolis	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER
LIECHTENSTEIN		Dr. Herbert KRAUSS (Sitz in Wien)
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Michael SCHWARZINGER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Walter HAGG
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Donatus KÖCK
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Elisabeth KEHRER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Gerhard DEISS

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Philipp HOYOS
MEXIKO	ÖB Mexiko*	Dr. Werner DRUML
Belize		
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
NIGERIA	ÖB Lagos	Dr. Christian FELLNER
Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Kongo, São Tomé und Príncipe, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik		
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Anton KOZUSNIK
OMAN	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN	ÖB Islamabad	Dr. Günther GALLOWITSCH
Afghanistan		
PERU	ÖB Lima	Dr. Gerhard DOUJAK
Bolivien		
PHILIPPINEN	ÖB Manila	vakant
POLEN	ÖB Warschau	Dr. Georg WEISS
	KF Warschau	Mag. Dr. Walter-Maria STOJAN
	GK Krakau*	Mag. Hermine POPPELLER
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF
RUMÄNIEN	ÖB Bukarest*	Dr. Christian ZEILEISSEN
Moldau		
RUSSLAND	ÖB Moskau*	Dr. Martin VUKOVICH
Belarus		
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Friedrich STIFT
Jemen		
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Stephan TOTH
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Dr. Aurel SAUPE
	GK Zürich	Dr. Bettina KIRNBAUER
SENEGAL	ÖB Dakar	Mag. Gerhard WEINBERGER
Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Kap Verde, Sierra Leone		
SERBIEN UND MONTENEGRO	ÖB Belgrad*	Dr. Gerhard JANDL
SIMBABWE	ÖB Harare	Mag. Michael BRUNNER
Angola, Malawi, Mosambik, Sambia		
SINGAPUR	ÖB Singapur (Büro des Handelsrates)	Dr. Bernhard ZIMBURG (Sitz in Jakarta)
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Martin BOLLDORF
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Valentin INZKO
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Helmut FREUDENSCHUSS Christine KIVINEN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Karl SCHRAMEK
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Dr. Herbert TRAXL
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Gabriele MATZNER-HOLZER
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Marius CALLIGARIS Mag. Franz WECHNER Dr. Ulrike OUTSCHAR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Michael MIESS
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHOFER-GRÜNBÜHEL Dr. Elke ATZLER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Marianne DA COSTA DE MORAES
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY DDr. Robert ZISCHG Mag. Martin WEISS Dr. Michael BREISKY DDr. Christoph THUN-HOHENSTEIN
VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
ZENTRALASIEN UND SÜDKAUKASUS Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan		Dr. Heidemarie GÜRER-ZANKL (Sitz in Wien) /Amtsbezirk konsularisch betreut von ÖB Moskau
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Eva HAGER

Anmerkung: * Vertretungsbehörde mit Kulturforum

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Dr. Gerhard PFANZELTER
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH

Österreichische Berufsvertretungen – DienststellenleiterInnen

Ständige Vertretung bei den VN IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien	Dr. Thomas STELZER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	Dr. Margit WÄSTFELT
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Dr. Anton PROHASKA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom (untersteht dem BMLFUW)	Mag. Natalie FEISTRITZER
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi	Mag. Roland HAUSER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris (untersteht dem BKA)	Dkfm. Ulrich STACHER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Dr. Wendelin ETTMAYER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Dr. Gregor WOSCHNAGG
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachterstatus) in Brüssel	Dr. Franz Josef KUGLITSCH
Ständige Vertretung bei der WTO (untersteht dem BMWA) in Genf	Dr. Wolfgang PETRITSCH
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei der Donaukommission	Dr. Ferdinand MAYRHOFER-GRÜNBÜHEL
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Dr. Erwin KUBESCH
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Dr. Franz CEDE

Stand: 10. Juni 2005

Anhang

I. Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt der Übergangsperiode	Regierungschef der Übergangsverwaltung	Außenminister der Übergangsverwaltung
Hamid Karzai	Hamid Karzai	Abdullah Abdullah

ÖB: siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Besuche in Österreich: Erster Vizepräsident der afghanischen Nationalbank Abdul Qadeer Fitrat, Teilnahme am Workshop zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche (Jänner).

Präsident Hamid Karzai, der Chef der bisherigen Übergangsregierung, gewann die Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober und wurde damit als erster demokratisch gewählter Präsident im Amt bestätigt. Er wurde am 8. Dezember in Anwesenheit zahlreicher Vertreter ausländischer Staaten vereidigt. Österreich war bei der Inauguration durch Sonderbotschafter Nikolaus Scherk vertreten.

Österreich beteiligte sich auch 2004 mit Stabspersonal an der internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) in Afghanistan. Auch der Militärberater der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) wird von Österreich gestellt.

Im Rahmen der internationalen Wiederaufbauhilfe für Afghanistan hat Österreich vor allem in den Schwerpunktbereichen Drogenbekämpfung, Stärkung der Frauenrechte und Entminung eine Reihe von bilateralen und multilateralen Projekten durchgeführt bzw. unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 21,23 Millionen Euro (+542,1%), die Importe 181.000 Euro (–48,6%).

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mohamed Hosni Mubarak	Ahmed Nazif	Ahmad Ali Abul Gheit

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, AUA, ÖAI;** Alexandria – **HGK**

Im Zuge des Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrer wurde ein Memorandum of Understanding betreffend die Förderung von berufsbildenden Maßnahmen unterzeichnet (2.–4. Oktober).

Schwerpunkte des Kulturforums (KF) bildeten die Betreuung einer digitalen Kommunikationsplattform in arabischer, englischer und deutscher Sprache sowie der Aufbau einer Bibliothek zur Förderung des interkulturellen Dialogs. Darüber hinaus fanden zahlreiche Workshops und Vorträge zur österreichischen und deutschsprachigen Literatur statt, prominent verstärkt durch den Besuch von Autorin Barbara Frischmuth.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützte Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften, AkademikerInnen und ForscherInnen in Österreich. 24 KanditatInnnen wurden – vorwiegend im Rahmen des bilateralen Kulturabkommens – gefördert.

Anhang

Ägypten war einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs im Nahen Osten. Die österreichischen Exporte betrugen 104,95 Millionen Euro (+1,7%), die Importe 20,88 Millionen Euro (+7,5%).

Albanien
(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alfred Moisiu	Fatos Nano	Kastriot Islami

Tirana – **ÖB, AHSt** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der ADA, AUA**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Karin Miklautsch, offizieller Besuch (23.–24. September); Abgeordneteter zum Nationalrat Bürgermeister Wolfgang Grossruck (23.–25. September).

Besuche in Österreich: Premierminister Fatos Nano, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (26. Juli), Ministerpräsidenten-Treffen für Südosteuropa in Salzburg (27.–28. Juli); Justizminister Fatmir Xhafaj, Arbeitsbesuch (5.–6. Juli); Finanzminister Arben Malaj und Wirtschaftsminister Anastas Angjeli, Teilnahme an der Konferenz „Albania – status quo and perspectives“ (12. November).

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und Albanien über ein SAA wurden ebenso wie die begleitenden Gespräche auf technischer Ebene fortgesetzt. Österreichische ExpertInnen sind im Auftrag der EU und internationaler Organisationen beim Aufbau moderner Strukturen im Sicherheits- und Justizbereich tätig. Ein österreichischer Experte wirkte an der Reform der Zollverwaltung mit.

Albanien ist Schwerpunktland der Ostzusammenarbeit (OZA) der Austrian Development Agency (ADA). Die wesentlichen Programme betreffen Wasserversorgung und Energiegewinnung im Norden des Landes. Am Projekt der Rehabilitierung der Drin-Kraftwerke wird mit österreichischer Beteiligung weiter gearbeitet. Die Mittel wurden aufgestockt. Weitere Projekte betreffen den Bildungssektor mit berufsbildender Ausbildung und die sozioökonomische Entwicklung. Die Vorarlberger Landesregierung und private Organisationen aus Österreich sind auf dem Schul- und Gesundheitssektor in entlegenen Gebieten im Norden des Landes tätig. Besondere Anliegen bleiben die Förderung der Zivilgesellschaft und Frauenpolitik.

Die Konzertreihe „Allegretto Albania“ wurde als Zusammenarbeitsprojekt Italiens, Deutschlands, der Schweiz, Griechenlands, der USA, Albaniens und Österreichs in mehreren Städten veranstaltet. Beim zeitgenössischen Musikfestival „Tiraner Herbst“ gehörten die österreichischen Konzerte dieser Reihe in der Hauptstadt, in Korça und Shkoder zu den publikumswirksamsten Vorführungen. In Albanien wurde erstmals zum Österreichischen Nationalfeiertag Schrammel-Musik an der Nationaloper von Tirana präsentiert. Beim traditionellen Operngesangswettbewerb „Maria Kraja“ war Österreich durch einen Juror und die österreichische Sängerin Marilene Novak vertreten.

Der Vertrag der Bildungsbeauftragten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde für das Unterrichtsjahr 2004/2005 verlängert. Sie nimmt auch die Agenden von KulturKontakt Austria wahr. Weiters arbeiteten drei PädagogInnen aus Österreich im Deutschunterricht an Mittel- und Fachschulen in Albanien. Österreich gewährte acht AlbanerInnen Stipendien für Studienaufenthalte an österreichischen Lehranstalten.

Zwei Vertreter des albanischen Bildungsministeriums besuchten das Experten-Seminar: „Towards the Creation of Strategies for Lifelong Learning in Europe“ (Wien, 7.–8. Mai).

Am Germanistik-Institut in Shkodër unterrichten durchgehend österreichische LektorInnen der Universität Graz. Darüber hinaus wird eine Österreich-Bibliothek betrieben. Zwischen der Universität Wien und der Universität von Tirana besteht ein Rahmenabkommen.

Im Norden des Landes werden fortlaufend albanische Familien altösterreichischer Abstammung betreut, die im diktatorischen Regime besonders benachteiligt wurden. Bedürftige aus diesem Kreis erhielten wiederum im Rahmen einer Weihnachtsfeier an der Botschaft Geldzuwendungen aus Mitteln des Auslandsösterreicherwerks und der Österreichischen Landsmannschaft.

Mit dem Erwerb der bis dahin staatlichen Savings Bank – der bedeutendsten Kommerzbank des Landes – durch Raiffeisen International mit einem Investitionsvolumen von über 100 Millionen Euro ist Österreich zu den bedeutendsten Investoren in Albanien geworden. Die Präsenz der RZB in Albanien erhöht das Interesse österreichischer Unternehmenen und Investoren für den albanischen Markt. Die Öffnung der Österreichischen Kontrollbank zur Absicherung laufender Geschäfte und die Bereitstellung von soft loans lässt eine Zunahme des österreichischen Albaniengeschäfts erwarten. Die Österreichische Mineralölverwaltung (OMV) ist der bedeutendste Investor auf dem Erdöl- und Erdgassektor Albaniens.

Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern liegt wesentlich über den Werten der Vorjahre. Die österreichischen Exporte betrugen 24,40 Millionen Euro (+38,7%), die Importe 4,59 Millionen Euro (+30,7%).

Algerien
(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdelaziz Bouteflika	Ahmed Ouyahia	Abdelaziz Belkhadem

Algier – **ÖB, AHSt**

Das am 17. Juni 2003 unterzeichnete Investitionsschutzabkommen wurde von Österreich ratifiziert. Ein Katastrophenhilfeabkommen befindet sich in Vorbereitung.

Die Jazzgruppe „Triodrom“ konzertierte in Oran und Constantine (April). Zum Auftakt des Europäischen Kulturfestivals (Mai) wurden gemeinsam mit den neuen EU-Mitgliedstaaten Tschechien, Ungarn und Slowakei in Algier und Oran Operettenabende veranstaltet. Die Pianistin Emma Schmidt brachte in Algier mit dem dortigen philharmonischen Orchester das Klavierkonzert KV 488 von W. A. Mozart zur Aufführung, gab einen Soloabend und hielt einen Workshop ab. In Oran fanden Österreichtage mit Vorträgen und Arbeitsgruppen zu Themen der österreichischen Landeskunde und germanistischer Didaktik statt (4.–7. Oktober). Die Historikerin und Schriftstellerin Lisa Fischer hielt in Oran Vorträge über Wiener Architektur- und Kulturgeschichte (5. Oktober) sowie in Algier über Kaiserin Elisabeth von Österreich (13. Oktober). Die Politologin und Publizistin Karin Kneissl referierte in Algier (21. Dezember) und in Blida (23. Dezember) über die Geschichte des Islam in Österreich. Erstmals unterrichtete eine österreichische Sprachassistentin im Wintersemester an der Universität Oran österreichische Landeskunde.

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) organisierte eine Wirtschaftsmission mit 25 teilnehmenden österreichischen Firmen, die rund 250 Termine mit algerischen FirmenvertreterInnen wahrnahmen (4.–6. Dezember). Zahlreiche österreichische Aussteller nahmen an der internationalen Messe in Algier teil (Juni). Zwei österreichische Unternehmen waren bei der internationalen Messe für öffentliche Bauprojekte in Algier vertreten (4.–8. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 105,23 Millionen Euro (+38%), die Importe 67,01 Millionen Euro (–3,9%).

Anhang

Andorra
(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kofürsten:	Marc Forné Molné	Juli Minoves Triquell
Jacques Chirac (französischer Staatspräsident) Joan Martí Alanis (Bischof von Seu d'Urgell)		

ÖB, AHSt, HGK: siehe Spanien

Die österreichischen Exporte betrugen 6,62 Millionen Euro (+177,2%), die Importe 718.000 Euro (+294,3%).

Angola
(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Fernando da Piedade Dias Dos Santos	Joao Bernardo de Mirando

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 4,17 Millionen Euro (–37,5%), die Importe 19.000 Euro (+406,3%).

Antigua und Barbuda
(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	The Hon. Baldwin Spencer
vertreten durch: Generalgouverneur Sir James Beethoven Carlisle	

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 172.000 Euro (+22,3%), die Importe 8.000 Euro (–91,8%).

Äquatorialguinea
(Republik Äquatorial Guinea), Malabo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodore Obiang Nguema Mbasogo	Cándido Muatetema Rivas	Pastor Micha Ondo Bilé

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 70.000 Euro (+321%), die Importe 14.000 Euro (+100%).

Länderinformationen

Argentinien
(Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Néstor Carlos Kirchner	Rafael Antonio Bielsa

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas, San Carlos de Bariloche – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der 10. Vertragsstaaten-Konferenz der VN-Konvention über den Klimawandel (13.–17. Dezember).

Österreich wurde mit einer Reihe von kulturellen Veranstaltungen präsentiert. Ein Höhepunkt waren zwei Konzerte des Duos „Alt Wien“ (Agnes Palmisano und Rainer Sulzer) in Buenos Aires, die sich einer lebendigen Präsentation des Wienerlieds widmeten (Ende Oktober). Die Wanderausstellung „Vier österreichische Architekten“ wurde an der Universität Belgrano mit großem Erfolg auch als Unterrichtsmittel eingesetzt. Prof. Klaus Ager (Salzburg) veranstaltete einen Workshop über Moderne und Zeitgenössische Musik (August).

Die österreichischen Ausfuhren konnten sich nach dem schweren Einbruch nach der Krise 2001 weiter erholen. Die österreichischen Exporte betrugen 66 Millionen Euro (+54,2%), die Importe 78,32 Millionen Euro (–4%).

Armenien
(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Robert Kotscharjan	Andranik Markarjan	Wartan Oskanjan

Wien – **ÖB;** Jerewan – **AUA, Informationszentrum; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Josef Pühringer, Präsident der WKÖ Christoph Leitl (28. Juli bis 4. August); Delegation der österreichisch-armenischen Freundschaftsgesellschaft mit Abgeordneter zum Nationalrat Christine Muttonen und Parlamentsvizedirektor Sigurd Bauer (16.–24. Mai).

Anlässlich des Ministerrats der OSZE in Sofia (6.–7. Dezember) traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Wartan Oskanijan zusammen.

An der OSZE-Mission und der EU- sowie EU-TACIS-Vertretung in Jerewan sind ÖsterreicherInnen tätig. Der Leiter des UNHCR Büros in Jerewan ist Österreicher.

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen trat in Kraft (1. März).

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen begann eine Zusammenarbeit mit einer Klinik in Jerewan. Das österreichische Engagement gegenüber dem österreichischen Kinderspital und dem Österreichdorf in der 1988 von einem Erdbeben schwer zerstörten Stadt Gjumri wurde fortgesetzt.

Den Höhepunkt der kulturellen Zusammenarbeit stellten die österreichischen Kulturtage in Jerewan dar (26.–30. April). Sie umfassten eine Ausstellung über Klimt, Kokoschka und Kubin, Filmvorführungen, Vorträge auf dem Germanistik-, Politik- und Musiksektor, ein Literatursymposium mit Lesungen von Petra Nagenkögel und Christine Haidegger und der der jüngeren Generation österreichischer SchriftstellerInnen gewidmeten Ausstellung „Die dritte Generation“. Ferner fanden ein Konzert des Violinisten Konstantin Weitz, die Aufführung des Theaterstücks „610 Bedford Drive“ von Michaela Ronzoni sowie die Vorstellung eines Buchs über Armenien von Barbara Denscher statt.

Anhang

Die Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor wurde durch die Entsendung einer Deutschpraktikantin fortgesetzt. Im Rahmen des Projekts „Das Verbindende der Kulturen“ besuchte Herbert Arlt Armenien. Ein armenischer Übersetzer erhielt einen Preis für seine Übersetzungen österreichischer Literatur ins Armenische.

Die österreichisch-armenische Kulturgesellschaft erhielt den Sonderpreis der Partner aller Nationen (PaN) in memoriam Peter Mahringer (6. Dezember). Der Präsident der österreichisch-armenischen Freundschaftsgesellschaft, Razmik Harutunjan, erhielt das österreichische Ehrenkreuz (1. Oktober).

Ein Platz im vierten Wiener Gemeindebezirk wurde in Erinnerung an den armenischen Kaffeesieder, der als erster Kaffee nach Österreich gebracht haben soll, in Johann Teodato Platz umbenannt (15. September).

Im Kreisky Forum in Wien fand eine Begegnung armenischer und türkischer Frauenorganisationen statt (10.–11. September).

Der erste Kurs für InhaberInnen von Klein- und Mittelbetrieben, durchgeführt an der Europäischen Akademie in Jerewan vom Wirtschaftsförderungsinstitut, wurde mit der Verleihung von Diplomen in Wien am 22. Oktober beendet.

Die österreichischen Exporte betrugen 6,97 Millionen Euro (+79,2%), die Importe 748.000 Euro (+20,6%).

Aserbaidschan (Republik Aserbaidschan), Baku

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassi-Sade	Elmar Mammadyarov

Wien – **ÖB;** Baku – **AUA; Informationszentrum; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Generalprokurator Walter Presslauer (20.–22. September); Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum (23.–26. September).

Besuche in Österreich: Minister für wirtschaftliche Entwicklung Farhad Aliyev (29.–30. April); Bildungsminister Misir Mardanov (26.–27. Oktober).

Anlässlich des Ministerrats der OSZE in Sofia (6.–7. Dezember) traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Elmar Mammadyarov zusammen.

Ein Zusammenarbeitsprogramm zwischen den beiden Generalprokuratoren (21. September), ein Protokoll über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Grenzkontrolle (24. September) und ein Protokoll über die Ausbildung von Polizeioffizieren wurden unterzeichnet sowie ein Abkommen über Polizeikooperation paraphiert. Eine Absichtserklärung über die Empfehlungen zur gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich wurde unterzeichnet (27. Oktober).

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor durch die Entsendung einer Deutschpraktikantin fortgesetzt. Die Autorin Petra Nagenkögel las in Baku aus ihren Werken. Ein Wienball fand in Baku statt (26. September).

An der Universität für Fremdsprachen in Baku wurde in Zusammenarbeit mit der Außenhandelsstelle Moskau ein österreichisches Informationszentrum eröffnet (März). Die zweite Tagung der Österreichisch-Aserbaidschanischen Gemischten Kommission für die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit fand in Wien statt (29.–30. April). Eine Wirtschaftsmission der WKÖ unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau wurde durchgeführt (9.–11. Dezember).

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betrugen 24,03 Millionen Euro (+161,7%), die Importe 35,13 Millionen Euro (+7%).

Äthiopien
(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Woldegiorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Ägypten

Besuche aus Österreich: Leiter der Abteilung für strategischen Außenhandel im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Botschafter Franz Ceska, mit einer Wirtschafts- und Investitionsmission (Addis Abeba, Ende April).

Besuche in Österreich: Premierminister Meles Zenawi begleitet von Außenminister Seyoum Mesfin, Capacity Building Minister Tefera Walwa und dem stellvertretenden Minister für Bildung Wondwossen Kiflu, offizieller Besuch (11.–12. November).

Im Rahmen von UNMEE stellte Österreich bis September drei, seither zwei Militärbeobachter.

Äthiopien ist Schwerpunktland der OEZA und Fokusstaat im Rahmen des Konzepts „Afrika 2000+". Das am 28. November 2003 unterzeichnete bindende Landesprogramm der OEZA für den Zyklus 2004–2006 setzt die Schwerpunkte in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheitsvorsorge, Energie sowie Gender, Menschenrechte und Demokratie.

Österreich war mit den Komödien „Brüder" und „Drei Herren" beim Europäischen Filmfestival vertreten. Die Österreichische Botschaft (ÖB) unterstützte die Modenschau des in Addis Abeba lebenden österreichischen Designers Arnold Haas in der City Hall (4. Juni). Anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens veranstaltete die Botschaft eine Ausstellung über den Bildhauer und Maler Herbert Seiler (29. November). Der Künstler lebte zwischen 1956 und 1985 in Addis Abeba und wirkte 16 Jahre davon an der School of Fine Arts and Design als Leiter der Meisterklassen für Bildhauerei und Malerei. Dem Werk Herbert Seilers wurde auch ein Katalog gewidmet.

Die zwei österreichische Unternehmen BEFA und Rügen Austria gründeten Partnerschaften mit äthiopischen Unternehmen. Erstmals bereiste eine österreichische Mission von Reisunternehmen Äthiopien, die das touristische Potenzial des Landes für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft erschließen half (16.–27. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 5,37 Millionen Euro (–2,3%), die österreichischen Importe 1,25 Millionen Euro (–63 %).

Australien
(Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	John Howard	Alexander Downer

vertreten durch:
Generalgouverneur
Major General Michael Jeffery

Canberra – **ÖB;** Sydney – **HGK, AHSt, ÖW, LA;** Melbourne – **HGK, LA;** Brisbane – **HGK;** Adelaide, Cairns, Perth, Hobart – **HK**

Die vielfältige Zusammenarbeit zwischen österreichischen und australischen Universitäten wurde fortgeführt. Aufgrund des großen Erfolgs des National Europe Centre an der Australian

Anhang

National University in Canberra wurde in Melbourne das Jean Monnet Centre of Excellence am Contemporary Europe Research Centre der University of Melbourne eröffnet (Dezember). Mit dieser zusätzlichen Plattform wird sich die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Australien und der EU weiter intensivieren.

Unter den Aktivitäten im Bereich Kunst und Kultur ist insbesondere die Teilnahme von Heimo Zobernig an der Biennale in Sydney zu erwähnen. Die intensive Zusammenarbeit mit Musica Viva wurde mit einer Tournee von Triology fortgesetzt.

Die Exporte der österreichischen Wirtschaft entwickelten sich erfreulich. Die österreichischen Exporte betrugen 506,96 Millionen Euro (+14,6%), die Importe 57,22 Millionen Euro (+22%).

Bahamas
(Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Hon. Perry G. Christie	Hon. Frederick Mitchell
vertreten durch: Generalgouverneurin Dame Ivy Dumont		

ÖB, AHSt (New York): siehe Vereinigte Staaten; Nassau – **HK**

Die Bahamas generieren 53% ihres Staatshaushaltes durch Zolleinnahmen. Der Beitrittsantrag zur WTO aus dem Jahr 2001 wird hier mittelfristig zu tief greifenden Veränderungen führen. Die Bahamas haben bis dato jedoch kein Memorandum hinsichtlich Ihres Freihandelsregimes übermittelt. Ebenso wenig ist die Arbeitsgruppe bis jetzt zusammengetreten.

Die zweite Haupteinnahmequelle sind ausländische Kapitalströme, die aus steuerlichen Gründen den Finanzplatz Bahamas erreichen. Die Finanzmarktaufsichtsregelungen der Bahamas stehen inzwischen im Einklang mit den FATF-Bestimmungen.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,57 Millionen Euro (+124,5%), die Importe 116.000 Euro (–92,2%).

Bahrain
(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Mohammad Bin Mubarak Al-Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Die österreichischen Exporte betrugen 35,60 Millionen Euro (+81,5%), die Importe 2,29 Millionen Euro (–5,9%).

Bangladesch
(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Iajuddin Ahmed	Begum Khaleda Zia	M. Morshed Khan

ÖB, AHSt: siehe Indien; Dhaka – **HK**

Länderinformationen

Im Rahmen von UNDAC entsandte Österreich einen Katastrophenhilfe-Experten des Bundesheers zur Hilfe und Unterstützung bei den Überschwemmungen.

Bangladesch ist zwar kein Schwerpunkt- bzw. Kooperationsland der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA), doch führen mehrere NGOs und Privatpersonen in Zusammenarbeit mit bangladeschischen NGOs Klein- und Mikroprojekte durch. Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Bangladesch in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten. Ein Kandidat erhielt ein Nord-Süd-Stipendium.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Rund zehn österreichische Firmen sind in Bangladesch vertreten.

Die österreichischen Exporte betrugen 16,22 Millionen Euro (+19,3%), die Importe 121,04 Millionen Euro (+22,1%).

Barbados
(Barbados), St. James

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	Owen Seymour Arthur	Billie Antoinette Miller

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Clifford Straughn Husbands

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Bridgetown – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 833.000 Euro (+58%), die Importe 51.000 Euro (–10,9%).

Belarus
(Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorsky	Sergej Martynow

ÖB, AHSt: siehe Russland; Minsk – **AUA**

Die kulturelle Zusammenarbeit wurde vor allem auf dem musikalischen Gebiet fortgesetzt, so auch jene der Musikuniversität Graz mit dem Minsker Staatlichen Konservatorium. Ein Workshop für Orgel- und Chormusik unter der Leitung von Prof. Johann Trummer fand am Minsker Konservatorium statt (6.–13. Februar). Mit Unterstützung der Österreichischen Bischofskonferenz wird in der katholischen Kathedrale in Minsk eine Orgel gebaut.

Österreich gewährt BewohnerInnen von Belarus, die aufgrund des AKW-Unglücks von Tschernobyl gesundheitliche Schäden erlitten haben bzw. in atomar verseuchten Gebieten leben, humanitäre Hilfe. Jedes Jahr werden Kindergruppen aus Belarus auf Urlaub nach Österreich eingeladen. Das Hilfswerk Austria hat in Zusammenarbeit mit belarussischen Stellen in der Nähe von Minsk die größte pädiatrisch-onkologische Klinik Europas errichtet. Die Caritas Oberösterreich ist mit 45 Einzelprojekten im Jahr 2004 einer der wichtigsten ausländischen Partner der Caritas von Belarus.

Die Summe aller bisher von österreichischen Firmen getätigten Direktinvestitionen in Belarus beträgt rund 45 Millionen Euro. Das Gros dieser Summe entfällt auf den Erwerb eines neunzigprozentigen Anteils an der belarussischen Priorbank durch die RZB. Zu den wichtigsten österreichischen Projekten der letzten Jahre zählen der Bau der Raffinerie Maysir, der Bau eines

kardiologischen Zentrums in Minsk durch VAMED und der Bau einer Bühne im Minsker Palast der Nationen durch Waagner Biro.

Die österreichischen Exporte betrugen 52,72 Millionen Euro (+7,2%), die Importe 18,23 Millionen Euro (–1,5%).

Belgien (Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Guy Verhofstadt	Karel De Gucht

Brüssel – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Antwerpen, Namur, Gent, Eupen, Lüttich, Ostende – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, offizieller Besuch (1. April); Bundesminister Ernst Strasser, Schengen III (8. Mai); Präsidentin des Bundesrats Elisabeth Haselbach, Teilnahme am Terrorismusseminar im Senat (26. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll, Besuch in Eupen (13. September), Gespräch mit Ministerpräsident Yves Leterme (18. November); Landeshauptmann Herwig van Staa (26. Oktober).

Besuche in Österreich: Generalsekretär im belgischen Außenministerium Jan Grauls (19. Februar).

Im Rahmen der Aktivitäten des KF sind insbesondere folgende Veranstaltungen zu nennen: Das österreichische Künstlerpaar Krätschmer und Schwarzenberger (K.u.SCH) zeigte eine Installation bei der Ausstellung „Familia Sacra?“. Die Galerie Fortlaan 17 in Gent organisierte eine Ausstellung mit Eva Schlegel, die speziell für diese Ausstellung ein Projekt entwickelte. Im Rahmen eines Thomas Bernhard Schwerpunkts anlässlich seines 15. Todestags fanden Ausstellungen an den Universitäten Namur und Antwerpen statt (Frühjahr). Das Konzert mit dem Klangforum Wien war das Eröffnungskonzert von „Ars Musica 2004“, dem maßgeblichen Festival zeitgenössischer Musik in Belgien. Das Konzert des Ensembles „ProBrass“ stellte den Höhepunkt der Veranstaltungen zum 125-jährigen Jubiläum der Königlichen Philharmonie Raeren dar (Mai). Beim Jazzfestival „Jazz Brugge 2004“ gastierten das „Vienna Art Orchestra“ und „Gansch and Roses“. Die Wiener Künstler Bernhard Loibner (elektronische Musik) und Michaela Grill (Video) gaben ein Konzert im Concertgebouw Brügge (Oktober). Peter Votava trat beim Argos Festival auf. Die 5. internationale Haydn Biennale in Flandern fand unter Mitwirkung der Pianistin Barbara Moser, der Violinistin Regina Brandstätter und des Swietly Klaviertrios statt (Herbst). Das Tanztheater „Superamas“ trat in der ersten Jahreshälfte in Brüssel, Löwen und Kortrijk auf und wurde nochmals im Herbst nach Löwen und Kortrijk eingeladen.

Im Rahmen der Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien (CICEB) fand ein Internationales Kolloquium über Jugendliteratur und Übersetzung, an dem der Schriftsteller Stefan Slupetzky teilnahm, an der Vlekho Hoogeschool in Brüssel statt. In Antwerpen wurde ein literaturwissenschaftliches Symposium „UnterOrdnungen. Herrschaft, Macht und Anarchie bei Thomas Bernhard“ organisiert. Im Rahmen der Veranstaltungen zum 100. Todestag von Theodor Herzl fand ein Symposium „Theodor Herzl between Europe and Zion“ in Antwerpen statt, das unter dem Ehrenschutz von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner stand. Die neue Wiener Gruppe und die Schule für Dichtung wurde an der Universität Gent und im Vooruit, Gents internationalem Kulturzentrum, präsentiert (März).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,28 Milliarden Euro (+1,9%), die Importe 1,54 Milliarden Euro (+9,2%).

Länderinformationen

Belize
(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Said W. Musa	Godfrey Smith
vertreten durch: Generalgouverneur Sir Colville Young		

ÖB, KF, AHSt: siehe Mexiko; Belize – **HGK**

Österreich nahm mit dem Film „Am anderen Ende der Brücke“ von Hu Mei am 2. Internationalen Filmfestival von Belize teil. Der österreichische Beitrag wurde vom Publikum zum Sieger des Festivals gekürt.

Eine belizische Studentin erhielt ein Vollstipendium für die Salzburger Tourismusschule Klessheim.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,29 Millionen Euro (+92,1%), die Importe 208.000 Euro (–28,4%).

Benin
(Republik Benin), Porto-Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mathieu Kérékou	Rogatien Biaou

ÖB: siehe Côte d’Ivoire; **AHSt:** siehe Nigeria

An der von Frankreich organisierten militärischen Fortbildung RECAMP IV in Cotonou nahmen als Berater drei österreichische Offiziere teil (November bis Dezember).

Österreich unterstützte das in Cotonou angesiedelte Internationale Institut für biologische Landwirtschaft, dem es dadurch ermöglicht wurde, Forschungszyklen weiterzuführen bzw. zu beenden. Aus den Krediten „Kleine Botschaftsprojekte“ wurde die Errichtung einer Maniokverarbeitungsanlage bei Cotonou, die vor allem regelmäßige Einkünfte für Frauen aus den ländlichen Gebieten verschaffen soll, mit 2.580 Euro unterstützt. Zwei ProfessorInnen für Germanistik der Universität in Cotonou nahmen an den didaktischen „Österreichtagen“ in Lomé/Togo teil (Anfang Dezember).

Die Errichtung eines österreichischen Honorarkonsulats in Cotonou wird vorbereitet.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,49 Millionen Euro (+8,7%), die Importe 6.000 Euro (–72,7%).

Bhutan
(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Jigme Singye Wangchuck	Lyonpo Yeshey Zimba	Lyonpo Khandu Wangchuk

ÖB, AHSt: siehe Indien; Thimphu – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Königin Ashi Sangay Choden, offizieller Besuch im Parlament (18.–21. Juni); Prinzessin Ashi Chimi, Treffen mit Bundespräsident Thomas Klestil (17. Juni).

Anhang

Bhutan ist Schwerpunktland der OEZA. Österreich ist das fünftgrößte Geberland für Bhutan (Indien führend). Die Kooperation konzentriert sich auf die Bereiche Energie mit Schwerpunkt Wasserkraft, Hochgebirgsökologie, Tourismus und Erhaltung des kulturellen Erbes. Die Zusammenarbeit begann in den 70-er Jahren (Haflinger-Pferde), am 26. April 1989 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Seit 1994 besteht in Thimphu ein Koordinationsbüro der OEZA. Vertreter von Bhutan und Österreich traten zur gemeinsamen Jahresplanung für das Jahr 2004 (Annual Consultations) in Thimphu zusammen (17. März).

Das Wasserkraftwerk Basochhu ist das größte österreichische Projekt in Bhutan. Nach Abschluss der Bauarbeiten an der Oberstufe im Jahr 2002 wurde 2004 auch die zweite Ausbaustufe des Kraftwerks fertig gestellt und am 8. September ans Netz angeschlossen. Die Finanzierung der zweiten Ausbaustufe erfolgte im Rahmen der österreichischen Exportförderung. Österreich stellt weiterhin technische Assistenz bei der Betriebsführung des Kraftwerks zur Verfügung. Des Weiteren wird mit österreichischer Unterstützung das Projekt „Rural Electricification", bei dem knapp 900 Haushalte im Osten des Landes an das öffentliche Elektrizitätsnetz angeschlossen werden, durchgeführt.

Die mit finanzieller und technischer Hilfe Österreichs durchgeführten Renovierungs-und Restaurierungsarbeiten an der Klosterburg Trongsa Dzong, eines der bedeutendsten historischen Bauwerke Bhutans, wurden fertig gestellt. Die Sanierungsarbeiten konzentrierten sich auf die besonders gefährdeten und kunsthistorisch wertvollsten Teile des Dzong. Weder moderne Baustoffe noch moderne Maschinen wurden verwendet. Der Dzong, der Sitz des designierten bhutanischen Thronfolgers ist, wurde am 28. Oktober im Beisein einer österreichischen Delegation offiziell eingeweiht. Der Einweihungszeremonie folgte die Einsetzung des Kronprinzen als Penlop (Vorstand des Dzong).

Die Weltbank hat, was die Implementierung von Entwicklungsprojekten betrifft, Bhutan unter die besten Empfängerländer gereiht.

Die älteste Tochter des Monarchen, Ashi Chimi, besuchte im September Österreich und nahm in Eisenstadt an einer Tagung der europäischen Bhutan-Gesellschaften teil. Die „Gesellschaft Österreich-Bhutan" unter ihrem Präsidenten Claus Walter finanziert ein Schulprojekt im Osten des Landes.

Zwei österreichische Ärzte arbeiteten am Zentralen Spital in Thimphu. Eine kirchliche Organisation unterstützt die schulische Integration blinder und sehbehinderter Kinder.

Das in Zusammenarbeit mit dem Institut für Waldökologie der Universität für Bodenkultur in Wien seit den 90-er Jahren durchgeführte Nadelwald-Forschungs- und Ausbildungsprogramm („Waldprojekt") wurde fortgeführt (CORET II).

Bhutan ist an einer engeren Zusammenarbeit mit Österreich auf dem Gebiet des Tourismus interessiert. Ziel ist die Entwicklung eines sozial verantwortlichen sowie ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Tourismus. In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam ein Nationaler Tourismusplan für eine nachhaltige Entwicklung des Fremdenverkehrs ausgearbeitet. Das größte Projekt für die kommenden Jahre wird die Errichtung einer Ausbildungsstätte für Tourismus mit angeschlossenem Internat und Schulungshotel in Thimphu sein. Der österreichische Anteil wird rund 3 Millionen Euro betragen, von Seite Bhutans wird das Gebäude errichtet.

Das Koordinationsbüro veranstaltete im Berichtszeitraum einen Internationalen Workshop „Access to Energy for Sustainable Development and Policies for Rural Areas" in Paro.

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten (zurzeit zwölf StipendiatInnen am Asian Institute of Technology (AIT) Bangkok). In Österreich wurden insgesamt acht Stipendien an KandidatInnen aus Bhutan vergeben.

Die österreichischen Exporte betrugen 8,28 Millionen Euro (149,2%), die Importe 311.000 Euro (+599,8%). Die enorme Exportsteigerung ist auf das Kraftwerksprojekt Basochhu zurückzuführen.

Länderinformationen

Bolivien
(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Carlos Mesa	Juan Ignacio Siles del Valle

ÖB: siehe Peru; **AHSt:** siehe Chile; La Paz – **HGK;** Santa Cruz (vorübergehend geschlossen) – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 1,59 Millionen Euro (+8,7%), die Importe 2,17 Millionen Euro (–11,7%).

Bosnien und Herzegowina
(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
dreiköpfiges Staatspräsidium mit rotierendem Vorsitz		
Borislav Paravac (Vorsitz) Sulejman Tihić Dragan Čović	Adnan Terzić	Mladen Ivanić

Sarajewo – **ÖB, ÖBTZ, AHSt, AUA**

Besuche aus Österreich: Präsident der Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA) Hans Sallmutter (Sarajewo, 31. Jänner–1. Februar); Bundesrat Stefan Schennach (Sarajewo, 18.–20. Jänner); Abgeordneter zum Nationalrat Alfred Schöls (Sarajewo, 17.–20. März); Burgenländischer Landesrat Karl Kaplan (Sarajewo, 19.–20. März); Militärbischof Christian Werner (Sarajewo, 17.–20. April); Europarats-Generalsekretär Walter Schwimmer (Sarajewo, Banja Luka, 20.–23. April); Salzburger Landesrätin Doraja Eberle (Sarajewo, Srebrenica, 14.–17. Juni und 24.–26. Oktober); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Sarajewo, 23. Juni); Staatssekretär Reinhart Waneck (Sarajewo, 30. Juni); Nationalratspräsident Andreas Khol (Mostar, 23. Juli); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck (Sarajewo, Mostar, 6.–8. August); Abgeordnete zum Nationalrat Karl Freund, Anton Gaal, Marianne Hagenhofer und Jochen Pack (Sarajewo, 5.–6. Oktober); Abgeordneter zum EU-Parlament Hannes Swoboda (Sarajewo, 2.–4. November); Bundesminister Karl-Heinz Grasser (Sarajewo, 2. Dezember); Wiener Stadtrat Rudolf Schicker (Sarajewo, 8. Dezember); Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Günther Platter (Sarajewo, 20.–21. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident der Republika Srpska Dragan Čavić (16.–17. Jänner); Premierminister Adnan Terzić (2.–4. März); Staatspräsidiumsmitglied Dragan Čović (Wien, Mariazell, 21.–23. Mai); Reis-ul-ulema Mustafa Cerić (18.–19. Mai); Außenminister Mladen Ivanić (29. Mai); Präsident und Vizepräsidenten des Völkerhauses, Goran Milojević, Velimir Jukić und Mustafa Pamuk (Wien, Graz, 15.–17. Juni); Staatspräsidiumsmitglied Dragan Čović (10. Juli); Flüchtlingsminister Mirsad Kebo (19. November); Premierminister des Kantons Sarajewo Denis Zvizdić (25.–26. November); Premierminister der Republika Srpska Dragan Mikerević (15. Dezember).

Bilaterale Verhandlungen bzw. Vorverhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen und über ein Abkommen zum „Clean Development Mechanism“ wurden fortgesetzt.

Österreich beteiligte sich mit einem rund 280 Personen starken Kontingent an der internationalen Friedenstruppe SFOR bzw. EUFOR-ALTHEA, mit drei Offizieren bzw. Unteroffizieren an EUMM sowie mit fünf Gendarmen und drei Zivilexperten an der Polizeimission der EU (EUPM).

Anhang

Die Botschaft führte in Sarajewo und anderen Städten rund 40 Kulturveranstaltungen durch. Die beiden Österreich-Bibliotheken in Sarajewo und Tuzla wurden weiter ausgebaut. Neben einem Bildungsbeauftragten des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur waren zwei Österreich-Lektoren an den Universitäten Sarajewo, Tuzla und Bihać tätig.

Österreichische Unternehmen sind mit einem Investitionsvolumen von über 500 Millionen Euro die größten Investoren in Bosnien und Herzogowina und spielen eine bedeutende Rolle im Rehabilitierungsprozess der bosnisch-herzegowinischen Infrastruktur und Wirtschaft.

Die österreichischen Exporte betrugen 227,32 Millionen Euro (+7,8%), die Importe 81,56 Millionen Euro (+57,9%).

Botsuana
(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Festus Gontebanye Mogae	General Mompati S. Merafhe

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Neben dem AKP-Rat hat in Gaborone der 79. Gemeinsame AKP-EU-Rat stattgefunden (3.–7. Mai).

Da der bilaterale Handel größtenteils über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betrugen 986.000 Euro (–12%), die Importe 69.000 Euro (–33,8%).

Brasilien
(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Luiz Inácio Lula da Silva	Celso Amorim

Brasília – **ÖB,** Rio de Janeiro – **GK,** São Paulo – **HGK, AHSt;** Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues (10.–13. Dezember); Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags Angela Orthner, Eröffnung der Biennale in São Paulo, aus diesem Anlass kurze Begegnung mit Präsident Lula, Gespräche im Abgeordnetenhaus von São Paulo und im Kulturministerium des Bundesstaats (22.–26. September).

Besuche in Österreich: Staatssekretär im Arbeitsministerium Prof. Paul Israel Singer, Teilnahme am Staatsbegräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil als persönlicher Emissär von Präsident Lula.

Kulturelle Schwerpunkte wurden im Bereich der Moderne durch Auftritte der Tanzgruppen von Regina Ramsl und die Willi Dorner Cie. sowie des Jazzmusikers Heinz van Herman gesetzt. Zwei Konzerte des Wiener Kammerorchesters wurden in São Paulo realisiert.

Anlässlich des Theodor Herzl Gedenkjahrs organisierten das GK Rio de Janeiro und das jüdische Museum Rio de Janeiros, in Zusammenarbeit mit der israelitischen Föderation des Bundesstaates und der österreichischen sowie israelischen Botschaft, eine Konferenz zu Theodor Herzl.

Die österreichischen Exporte betrugen 227,23 Millionen Euro (+17,8%), die Importe 290,07 Millionen Euro (+59,6%).

Länderinformationen

Brunei
(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Sultan Haji Hassanal Bolkiah Mu'izzaddin Waddaulah	Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AHSt: siehe Malaysia; Bandar Seri Begawan – **HGK** (seit 17. November 2002 geschlossen)

Die österreichischen Exporte betrugen 1,82 Millionen Euro (+616,3%), die Importe 48.000 Euro (–62,5%).

Bulgarien
(Republik Bulgarien), Sofia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Georgi Parvanov	Simeon Sakskoburggotski	Solomon Passy

Sofia – **ÖB, AHSt, AUA, Austrian Science and Research Liaison Office, Bildungsbeauftragte (KulturKontakt)**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhart Waneck (17. März); Bundesminister Josef Pröll (25.–26. März); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (23. Juni); Bundesminister Ernst Strasser (25. Juni); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (7. Juli); Bundesminister Günther Platter (15.–16.September); Bundesministerin Ursula Plassnik (6. Dezember).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsministerin Lydia Schuleva (13. April); Premierminister Simeon Sakskoburggotski (27.–28. Juli); Energieminister Milko Kovatschev (9. November).

Die Mittel der OZA für Bulgarien betrugen 2004 300.000 Euro. Unterstützt wurden Projekte in den Bereichen medizinische Versorgung, Trinkwasseraufbereitung, BetriebsgründerInnen-Beratung, Regionalentwicklung, institutionelle Unterstützung, Bildung und Beschäftigung.

Die Botschaft organisierte 74 kulturelle Veranstaltungen. In Sofia und Veliko Trnovo befinden sich zwei Österreich-Bibliotheken. Österreich LektorInnen sind in Sofia, Veliko Trnovo und Plovdiv tätig, eine österreichische Sprachassistentin unterrichtete in Schumen. Ein reger Austausch von WissenschafterInnen erfolgt durch das Austrian Science and Research Liaison Office (ASO) in Sofia.

Österreichische Unternehmen sind mit einem Investitionsvolumen von 850 Millionen Euro wichtige Investoren in Bulgarien (2. Stelle aller ausländischen Direktinvestitionen).

Die österreichischen Exporte betrugen 388,98 Millionen Euro (+31,6%), die Importe 208,61 Millionen Euro (+32,2%).

Burkina Faso
(Republik Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Paramanga Ernest Yonli	Youssouf Ouédraogo

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Kooperationsbüro der OEZA**

Burkina Faso ist ein Schwerpunktland der OEZA. Das Indikative Kooperationsprogramm (PIC) für den Zeitraum 2002–2004 wurde zu rund 90% erfüllt. Für das PIC 2005–2007 wurden neben

Anhang

den Bereichen Ländliche Entwicklung/nachhaltige Landwirtschaft, technischer Unterricht und Berufsbildung die Bereiche Handwerk, Kleingewerbe und Kleinkredit (bisher dem Schwerpunkt ländliche Entwicklung zugeordnet) zu eigenen, zusätzlichen Programmschwerpunkten erklärt.

Lukas Ligeti, der schon länger mit burkinischen und ivoirischen Musikern auftritt, hielt in Ouagadougou einen Konzertzyklus ab.

Das regionale Friedensprojekt PASPA (Burkina Faso, Mali, Niger, Côte d'Ivoire) wurde ins Leben gerufen.

Die österreichischen Exporte betrugen 571.000 Euro (+31,3%), die Importe 343.000 Euro (+3,9%).

Burundi
(Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt	Vizepräsident	Außenminister
Domitien Ndayizeye	Alphonse Kadege	Thérence Sinunguruza

ÖB: siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Burundi ist Kooperationsland der OEZA. Ein Vertreter der OEZA war im Rahmen der EU-Delegation in Bujumbura stationiert. Ein weiterer Österreicher arbeitete im Rahmen des „associate expert" Programms bei UNDP in Bujumbura. Bei einem Erfolg des – von Österreich personell und finanziell unterstützten – Friedensprozesses wird der Schwerpunkt der OEZA von Wiederaufbau auf langfristige Entwicklungszusammenarbeit verlegt. Weitere Schwerpunktbereiche sind Demokratie und Menschenrechte. Auch mehrere kleine Projekte im Wassersektor wurden von der OEZA gefördert.

Zwei KursteilnehmerInnen wurden unter einem neuen Programm in französischer Sprache am International Law Institute (ILI)-Uganda gefördert.

Die österreichischen Exporte betrugen 130.000 Euro (–82%), die Importe 155.000 Euro (–44,1%).

Chile
(Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ricardo Lagos	Ignacio Walker

Santiago de Chile – **ÖB, AHSt;** Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Besuch in Österreich: Präsident der neu gewählten chilenischen Abgeordnetenkammer Pablo Lorenzin, Gespräche mit Nationalrats- und Bundesratspräsidenten und Abgeordneten (23.–25. Mai).

Das 2003 provisorisch in Kraft getretene Assoziierungsabkommen zwischen Chile und der EU wurde von Österreich ratifiziert.

Im Bereich der Kulturpolitik gab die Sopranistin Agnes Palmisano, begleitet von Roland Sulzer (Akkordeon) und moderiert von Otto Brusatti, Lieder- und Chansonabende in Santiago und Valdivia. Fotoausstellungen von Gerhard Trummler sowie über moderne österreichische Architektur von Gerald Zugmann wurden in Santiago und Valparaíso gezeigt. In Santiago und Viña del Mar fanden Ausstellungen unter dem Motto „Österreichischer Phantastischer Realismus – Realismo Mágico Latinoamericano" – in Anwesenheit der Maler Michael Fuchs und Cristina Medeiros statt.

Die universitäre Kooperation wurde durch ein zweimonatiges sicherheitspolitisches Seminar von Oberst Univ.-Doz. Franz Kernic und Vorlesungen zur Vorreiterrolle Österreichs in der

Kodifizierungsgeschichte durch Nationalratspräsident a.D. Univ.-Prof. Wilhelm Brauneder an den beiden größten chilenischen Universitäten, Universidad de Chile und Católica, weiter gefestigt.

Österreichische Firmen nahmen an der größten südamerikanischen Luft- und Raumfahrtmesse FIDAE sowie an der bedeutenden Bergbaufachmesse EXPOMIN teil. Eine Wirtschaftsmission mit VertreterInnen von Berg- und Tunnelbaufirmen und der Universität Graz besuchte Chile (November). Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ist an den weiterhin ansteigenden Umsätzen deutlich sichtbar.

Die österreichischen Exporte betrugen 50,51 Millionen Euro (+28%), die Importe 75,05 Millionen Euro (+74,3%).

China
(Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hu Jintao	Wen Jiabao	Li Zhaoxing

Sonderverwaltungsregion Hongkong	Sonderverwaltungsregion Macao
Regierungschef (Chief Executive)	Regierungschef (Chief Executive)
Tung Chee-Hwa	Ho Edmund

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Shanghai – **GK, AHSt, AUA;** Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro;** Chongqing, Guangzhou, Shenyang – **Marketing-Kleinbüro**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Dieter Böhmdorfer (2.–6. Februar); Staatssekretär Reinhart Waneck (20.–25. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein (Hongkong, Guangzhou 22.–23. März); Bundesminister Karl-Heinz Grasser (12.–14. Mai); Zweite Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (15.–25. Juli); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Staatssekretär Franz Morak (12.–23. August); Bundesministerin Elisabeth Gehrer (16.–18. Oktober), Präsidenten des Verfassungs-, des Verwaltungs- und des Obersten Gerichtshofs, Univ.-Prof. Karl Korinek, Univ.-Prof. Clemens Jabloner und Johann Rzeszut (17.–24. Oktober); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach (auch Hongkong, 3.–8. November); Staatssekretärin Ursula Haubner (Hainan, 5.–9. Dezember); Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa und Mitglieder der Landesregierungen von Oberösterreich, Salzburg und Steiermark.

Besuche in Österreich: Personalminister Zhang Bailin (28. Juni–2. Juli); Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses Wang Zhaoguo (15.–18. Juli); Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes Jia Qinglin (30. August bis 2. September) sowie eine Vielzahl von Delegationen auf Vizeministerebene.

Der äußerst rege hochrangige Besuchsaustausch unterstreicht den großen Stellenwert, den Österreich den bilateralen Beziehungen zu China beimisst.

Bundesminister Josef Pröll unterzeichnete mit dem Vizevorsitzenden der chinesischen Entwicklungs- und Reformkommission Liu Jiang ein Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten nach dem im Kyoto-Protokoll vorgesehenen Clean Development-Mechanismus (April). Ein Memorandum über die Vorbereitung eines österreichisch-chinesischen Technologieparks wurde von Vizekanzler Hubert Gorbach unterzeichnet (Juni). Eine gemeinsame Machbarkeitsstudie ist in Vorbereitung. Beim Besuch von Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Eisenbahnen unterzeichnet (November). Auf Beamtenebene fanden weitere Runden des im November 2003 zwischen Österreich und China vereinbarten außenpolitischen Konsultationsmechanismus statt (Juli und Oktober).

Anhang

Bundesministerin Elisabeth Gehrer und der chinesische Bildungsminister Zhou Ji unterzeichneten ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich, welches den Studierenden in beiden Staaten die Aufnahme oder Fortführung des Studiums im jeweils anderen Staat erleichtert (17. Oktober). Das Abkommen stellt weiters eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der anlässlich des Peking-Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrer vereinbarten Einrichtung eines beiderseitigen Stipendienprogramms für DissertantInnen und Post-DoktorantInnen dar. In einem nächsten Schritt werden einschlägige Richtlinien für die Universitäten betreffend die Stipendienvergabe erstellt.

Das KF an der ÖB Peking wurde von Bundesministerin Elisabeth Gehrer offiziell eröffnet (18. Oktober). Das bedeutendste kulturelle Ereignis war die China-Tournee der Wiener Philharmoniker (Peking, Shanghai, 24.–26. Februar). Weitere Höhepunkte waren die Ausstellung von Ona B. (Shanghai, Jänner), die Österreichische Tanzwoche und die Tage des Österreichischen Films (April), die Fotoausstellung von Robert F. Hammerstiel und die Österreichische Musikwoche (Shanghai, Oktober) sowie Konzerte mehrerer österreichischer Ensembles, darunter die Wiener Streichersolisten, das Wiener Mozart Trio und das Mozarteum Orchester (Shanghai).

Auch in Hongkong gab es eine Reihe von kulturellen Aktivitäten, darunter Auftritte von Julian Rachlin, Milan Turkovic, Beefolk und den Pearls of Vienna (im Rahmen der „Wiener Wochen“). Weiters waren österreichische Beiträge am Hong Kong International Film Festival, am deutschsprachigen MAX!-Filmfestival und am Microwave International Media Arts Festival vertreten. Ausstellungen fanden unter anderem von Rainer Ganahl und Margit Füreder statt.

Die 7. Tagung der Österreichisch-Chinesischen Gemischten Kommission für Wissenschaft und Technik fand in Wien statt (3. Juni), bei welcher die Kooperationsprojekte für die Jahre 2004–2006 beschlossen wurden. Der Tagung der Kommission war eine Festveranstaltung in der Wiener Universität aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der österreichisch-chinesischen Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik vorausgegangen (1. Juni).

Das Universitätsnetzwerk „Eurasia-Pacific Uninet“ veranstaltete in Österreich und in China weitere „Summer Schools“ für StudentInnen. Daneben fanden im Rahmen des Netzwerks unter anderem ein Workshop zum Thema „Urbanisierung“ in Shanghai und eine Koordinatorenkonferenz in Peking statt.

Das Land setzte seinen wirtschaftlichen Aufstieg unvermindert fort. China ist für Österreich nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner in Übersee. Rund 240 österreichische Unternehmen sind mit Repräsentanzen, Vertriebsniederlassungen oder Joint Ventures in China vertreten, wovon rund ein Viertel bereits in China produzieren und 30 zu 100 Prozent in österreichischem Eigentum stehen. Die österreichischen Unternehmen in China beschäftigen rund 1.200 Mitarbeiter. Auch der Tourismus hat sich in beide Richtungen positiv entwickelt. Seit September wird die Vereinbarung über den so genannten „Approved Destination Status“ (ADS) Österreichs angewandt, wodurch eine weitere Zunahme chinesischer Touristen zu erwarten ist. In Peking fand die 19. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission statt (20.–22. Dezember).

Die Exporte nach Hongkong betrugen 393,37 Millionen Euro (–9%), die Importe 164,32 Millionen Euro (+17,4%). Die Exporte nach Macao betrugen 3,81 Millionen Euro (+32%), die Importe 17,19 Millionen Euro (+5,3%). Im Sinne einer gesamthaften Betrachtungsweise erscheint es zweckmäßig, die Exporte nach Hongkong und Macao einzubeziehen, da ein Teil des China-Handels über Hongkong abgewickelt wird und Hongkong inzwischen zunehmend in Südchina integriert ist. Die österreichischen Exporte nach China betrugen 1,11 Milliarden Euro (+26%), die Importe 2,29 Milliarden Euro (+28,4%).

Taiwan (China)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. Taiwan wird von Österreich nicht als selbständiger Staat anerkannt. In Taipeh besteht ein Österreichisches Tourismusbüro.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte nach Taiwan betrugen 222,10 Millionen Euro (+0,4%), die Importe 515,32 Millionen Euro (+20%).

Costa Rica
(Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Abel Pacheco	Roberto Tovar Faja

ÖB: siehe Guatemala; San José – **HGK; AHSt:** siehe Mexiko

Costa Rica zählt aufgrund seiner positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit einem durchschnittlichen Wachstum des BIP von 5,6% nicht mehr zu den Kooperationsländern der OEZA. Das Land hat sich in den letzten Jahren von einem Agrarstaat in einen Dienstleistungs- und Industriestaat gewandelt.

Die Exporte aber auch die ausländischen Investitionen, insbesondere in der Landwirtschaft und im Energiesektor, entwickelten sich hervorragend (Ausbildungsstätte für ökologischen Landbau in La Gamba).

Die österreichischen Exporte betrugen 37,42 Millionen Euro (+397,4%), die Importe 34,16 Millionen Euro (+8%).

Côte d'Ivoire
(Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Laurent Gbagbo	Seydou Diarra	Mamadou Bamba

Abidjan – **ÖB; AHSt:** siehe Marokko

Die Botschaft Abidjan wurde aus Sicherheitsgründen Mitte November vorübergehend nach Accra (Ghana) verlegt.

Im Rahmen der „Kleinen Botschaftsprojekte" wurde die Ausbildung von Krankenpflegepersonal für den ländlichen Raum mit 1.900 Euro unterstützt. Weiters wurde durch Ankauf von Schulmaterial in der Höhe von 1.870 Euro der Schulunterricht in der Oberstufe in Bouna im Norden von Côte d'Ivoire ermöglicht.

Im Hinblick auf das Schillerjahr 2005 fanden Lesungen von Texten von und über Friedrich Schiller und Franz Grillparzer statt (Februar). Es wurden ebenfalls szenische Darstellungen aus ihren Werken durch das Institut Neue Impulse durch Kunst und Pädagogik in Perchtoldsdorf (Niederösterreich) geboten. Ferner wurde eine „Österreichische Filmnacht" veranstaltet, wobei der Direktor des Internationalen Filmfestivals Innsbruck, Herbert Groschup, die Filme einführte (April). Es wurde unter anderem der Film „Die Klavierspielerin" von Elfriede Jelinek, Nobelpreisträgerin für Literatur 2004, gezeigt.

Die österreichischen Exporte betrugen 5,65 Millionen Euro (+33,6%), die Importe 34,03 Millionen Euro (–19,5%).

Dänemark
(Königreich Dänemark), Kopenhagen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Anders Fogh Rasmussen	Per Stig Møller

Anhang

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW, AUA;** Apenrade, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Steirischer Soziallandesrat Kurt Flecker und Delegation, Gespräche mit der für Sozial- und Gesundheitsfragen zuständigen Bürgermeisterin von Kopenhagen Inger Marie Bruun-Vierø und Minister a.D. Erling Olsen (11.–13. Februar); Delegation von Wohnbauexperten unter Leitung von Nationalratsabgeordnetem Dietmar Hoscher, (29.–30. April); Generaldirektor für die Öffentliche Gesundheit Hubert Hrabcik, Teilnahme an der WHO-Jahrestagung (6.–9. September); Delegation von GesundheitsexpertInnen des steirischen Landtags unter Leitung von Landtagsabgeordneter Ursula Lackner, Treffen mit Bürgermeisterin Inger Marie Bruun-Vierø (20.–22. Oktober); General Günther Greindl, mehrmals im Zuge der österreichischen Präsidentschaft des in Kopenhagen ansässigen multinationalen SHIRBRIG-Kommandos.

Besuche in Österreich: Premierminister Anders Fogh Rasmussen, Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (22. Oktober); Integrationsminister Bertel Haarder, Teilnahme an einer Veranstaltung der Universität Wien (3. August).

Im Mittelpunkt des weltweiten Medieninteresses stand Dänemark durch die „Traumhochzeit“ von Kronprinz Frederik mit der Australierin Mary Donaldson (Mai).

Kulturell war Österreich im Bereich Musik durch Konzerte des Linzer Harfen- und Klarinettenduos Fresacher und Karlinger (Bruckner-Orchester) und des Grazer Cellisten Friedrich Kleinhapl präsent. Ein Auftritt der Wiener Philharmoniker in Kopenhagen stieß auf großes Publikumsinteresse. Ausstellungen der Künstler Elke Krystufek, Günther Auer und Lois Weinberger wurden in Kopenhagen und in Odense gezeigt.

Die österreichischen Exporte betrugen 601,21 Millionen Euro (+12,4%), die Importe 510,30 Millionen Euro (+7,7%).

Deutschland (Bundesrepublik Deutschland), Berlin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Horst Köhler (seit 1. Juli)	Gerhard Schröder	Joseph Fischer

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW;** Bonn – **ÖB/Außenstelle;** Hamburg – **GK;** München – **GK, AHSt, AUA;** Dortmund – **HK,** Dresden – **HK, Außenstelle AHSt** Berlin; Frankfurt a.M. – **HK, AHSt, AUA;** Bremen – **HK;** Hannover – **HK;** Kiel – **HK;** Lübeck – **HK;** Rostock – **HK;** Stuttgart – **HK**

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol, Gespräche mit dem ehemaligen CDU Politker Anton Peifer und Ministerpräsident Erwin Teufel (12. Jänner); Bundesminister Josef Pröll anlässlich „Grüne Woche“, unter anderem Termine mit dem Russischen Landwirtschaftsminister (15.–18. Jänner); Bundesminister Günther Platter in Begleitung von Abgeordneten in Bayern, Zusammentreffen mit dem Staatssekretär des Verteidigungsministeriums Peter Eickenboom und Gespräche mit der Firma EADS zum Eurofighter (19. Jänner); Präsident der WKÖ Christoph Leitl anlässlich des Neujahrsempfangs der Industrie- und Handelskammer Frankfurt und Gespräch mit hessischem Ministerpräsident Roland Koch (Frankfurt, 20. Jänner); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Staatssekretär Klaus Scharioth, Auswärtiges Amt (20. Jänner); Abgeordneter zum Europäischen Parlament Hannes Swoboda, anlässlich einer Podiumsdiskussion (Berlin, 22. Jänner); Landeshauptmann Franz Schausberger, Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Edmund Stoiber und Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung“ sowie Überreichung des „Ehrenzeichens des Landes Salzburg“ (München, 29. Jänner); Staatssekretär Karl Schweitzer anlässlich einer Festveranstaltung am Vorabend der Sportartikelmesse „ISPO“, für die Österreich als Partnerland gewonnen werden konnte. Im Rahmen einer Benefizveranstaltung Überreichung des „ISPO-Cup“ an die ehemalige Skirennläuferin Annemarie Moser-Pröll (München, 31. Jänner); Steirischer Landtagsprä-

sident Reinhold Purr anlässlich des 140. Oeversee-Gedenkens (Schleswig-Holstein), Kranzniederlegung des Bundeslandes Steiermark bei der Gedenkfeier des Stammkomitees von 1864 e.V., Flensburg, am Österreicher-Denkmal bei Oeversee (Oeversee, 6. Februar); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner anlässlich des Balls der Österreich-Bayerischen Gesellschaft, Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (München, 6.–7. Februar); Zweiter Nationalratspräsident Heinz Fischer, Buchpräsentation „Wende Zeiten – Ein Österreichischer Zwischenbefund" (13. Februar); Gespräche mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Außenminister Joschka Fischer; Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Einladung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust (Hamburg, 27. Februar); Landeshauptmann Erwin Pröll (Frankfurt, 8. März); Bundespräsident Thomas Klestil und Frau Margot Klestil-Löffler, offizieller Staatsbesuch bei Bundespräsident Johannes Rau, in Begleitung von Vizekanzler Hubert Gorbach, Präsident des Bundesrats Jürgen Weiss, Landeshauptmann Josef Pühringer, Landeshauptmann Hans Niessl, (8.–9. März); Landeshauptmann Josef Pühringer, offizieller Besuch im Freistaat Sachsen, Treffen mit Ministerpräsident Georg Milbradt (Dresden, 10. März); Bundesminister Martin Bartenstein, Besuch der Internationalen Tourismusmesse (ITB), Zusammentreffen mit Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement (12. März); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Einladung von Unterrichtsministerin Monika Hohlmeier, Teilnahme an einer Informationsveranstaltung über die von der Staatsregierung geplante Gymnasialreform (München, 24. März); Abgeordneter zum Nationalrat Fritz Grillitsch, Präsident des Österreichischen Bauernbundes sowie eine Landwirtschaftsdelegation, Informationsreise und Gespräche mit dem Ernährungsausschuss des Deutschen Bundestages (30. März); Präsidium der parlamentarischen Bundesheer-Beschwerdekommission, Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Paul Kiss und Abgeordneter zum Nationalrat Anton Gaal sowie Delegation, Arbeits- und Informationsbesuch beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Willfried Penner, Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung Walter Kolbow sowie Robert Robbe, Mitglied des Bundestages, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages (31. März bis 2. April); Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl und Delegation auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit aus Anlass der Konferenz „Die Zukunft Europas" im Berliner Rathaus (16. April); Abgeordneter zum Landtag und Bürgermeister von Neusiedl am See (Burgenland) Kurt Lentsch und Delegation, anlässlich eines Berlin-Besuchs von UnternehmerInnen aus dem Burgenland, organisiert von der Wirtschaftskammer Burgenland (15.–18. April); Landeshauptmann Josef Pühringer und Delegation, Gespräche mit dem Präsidenten des Senats und Ersten Bürgermeisters Ole von Beust (Hamburg, 19.–21. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an einer Fernsehdiskussion zum Thema EU-Erweiterung (22. April); Landeshauptmann Jörg Haider, Besuch der Hannover Messe Industrie, Treffen mit der Messeleitung und Besuch des Gemeinschaftsstandes der WKÖ und der Entwicklungsagentur Kärnten (Hannover, 23.–24. April); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Vortrag und Gespräche mit Regierungsvertretern (4. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der VN-Konferenz erneuerbarer Energien (Bonn, 3. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Vortrag in der Konrad-Adenauer-Stiftung (8. Juni); Landesrat für Wirtschaft und Europa des Bundeslands Steiermark Univ.-Prof. Gerald Schöpfer, (8. Juni); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Buchpräsentation des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz „Türkei und EU – Die Suche nach einer ehrlichen Partnerschaft" in der Landesvertretung Baden-Württemberg (Berlin, 8. Juni); Landesrat Rudolf Anschober (Oberösterreich) in Begleitung von Atomanlagen-Beauftragtem Radko Pavlovec und NGO-VertreterInnen, Informationsbesuch der AKW-Anlage „Isar" (Landshut, 14. Juni); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der Eröffnung des Festivals „Europäische Wochen" (Passau, 18. Juni); Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds Fritz Verzetnitsch, Teilnahme an einer Podiumsdiskussion im Rahmen des „Munich Economic Summit" (München, 18. Juni); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Abhaltung eines Vortrags zum Thema „5 Jahre Stabilitätspakt: Modell für europäische Integration und Konfliktprävention" an der ÖB (29. Juni); Landeshauptmann Josef Pühringer, offizieller Besuch beim Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch in Hessen (Frankfurt am Main/Wiesbaden, 30. August); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel,

Anhang

Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (Berlin, 1. September); Amtsführende Stadträtin Renate Brauner und Delegation des Wiener Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales (12.–15. September); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Teilnahme und Vortrag an der Bodensee-Hochschulkonferenz (Bayern, 13. September); Bundesminister Josef Pröll, Treffen der vier deutschsprachigen Umweltminister (1. September); Staatssekretär Helmut Kukacka, Teilnahme an der Donaukonferenz (Deggendorf, 17. September); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, Eröffnung einer Szokoll-Ausstellung (Hannover, 18.–19. September); Bundesminister Martin Bartenstein, Eröffnungsrede anlässlich des 8. Tourismusgipfels der deutschen Tourismuswirtschaft (20. September); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme an einem steuerpolitischen Kongress auf Einladung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (28. September); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Treffen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (8. Oktober); Landtagspräsident Reinhold Purr und Delegation des Steierischen Landtags, Informationsgespräch über parlamentarische Zusammenarbeit im Bodenseeraum (Baden-Württemberg, 13.–16. Oktober); Landeshauptmann Josef Pühringer, Gast in der botschaftseigenen Veranstaltungsreihe „Zu Gast im Politischen Salon – Oberösterreich ein Modell für Europa“, Treffen mit Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA), Gespräche mit dem Guggenheim-Museum in Berlin und Ordensverleihungen für AuslandsoberösterreicherInnen (3. November); Botschafter Franz Ceska, Sonderbeauftragter für strategische Außenwirtschaftspolitik des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Gespräche im Kanzleramt und Wirtschaftsministerium (28.–30. November); Staatsekretärin Ursula Haubner, Teilnahme an der Europäischen Ministerkonferenz „Zukunft Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2. Dezember); Bundesminister Ernst Strasser, Teilnahme an einem Konzert anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in der Deutschen Oper (2. Dezember); Wiener Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Rudolf Schicker, Eröffnung der Ausstellung „3 x Peichl & Partner – neue Spitzen aus Wien“ des österreichischen Architekten Gustav Peichl (10. Dezember).

Besuche in Österreich: Bayerischer Landwirtschaftsminister Josef Miller, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll, Treffen Österreich – Bayern in Form von „Strategietagungen“ (19. Jänner); Ausschuss für Landwirtschaft und Forste des Bayerischen Landtags, Informationstausch mit dem Vorstand der Österreichischen Bundesforste in Purkersdorf (Wien, Salzburg, 22.–25. März); Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Ute Vogt, anlässlich des Sicherheitsgipfels (16. April); Präsident des Deutschen Bundesrats Dieter Althaus, Ministerpräsident des Landes Thüringen, Besuch beim Präsidenten des Bundesrats Jürgen Weiss, (18.–21. April); Bundesminister des Innern Otto Schily, anlässlich des Innenministertreffens der Gruppe der Fünf (G-5) sowie der „Salzburg-Gruppe“ (19. April); Fraktionsvorsitzende Angela Merkel, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Regierungsmitgliedern (19. Mai); Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement, zum Dreiertreffen der Wirtschaftsminister Österreich, Deutschland und Schweiz (Graz, 21.–22. Mai); Bayrischer Europaminister Eberhard Sinner bei Euregio-Tagung (Mattsee, 26. Mai); Bundespräsident Horst Köhler und Ministerpräsident des Freistaates Bayern Edmund Stoiber und Ehefrau sowie Protokollschef Axel Bartelt, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten zum Ableben von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Bayerischer Landtagspräsident Alois Glück (CSU), Arbeitsbesuch sowie Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundesrat-Vizepräsidentin Anna Elisabeth Haselbach und Klubobmann Wilhelm Molterer (15. Juli); Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast, Mitglied des Bundestages (Grüne), Treffen mit Bundesminister Josef Pröll (20. Juli); Berliner Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Senator Harald Wolf in Begleitung von Präsident der Industrie und Handelskammer Eric Schweitzer und Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH Roland Engels, Gespräche mit dem Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl (9. November); Ministerpräsident des Freistaates Bayern Edmund Stoiber, Teilnahme an einem „Europaforum“ in der Hofburg (18. November); Bayrischer Europaminister Eberhard Sinner beim Westdeutschen Rundfunk (WDR)-Europaforum (18. November); Bundesminister des Innern Otto Schily, Gespräche gemeinsam mit den Innenministern von Belgien, Niederlande und Luxemburg bei Bundesmi-

nister Ernst Strasser (22. November); Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Georg Milbradt, im Rahmen der Veranstaltungen der Generalversammlung der Deutschen Handelskammer in Österreich und Präsentation des Freistaates Sachsen (24.–25. November); Bayerischer Europaminister Eberhard Sinner beim Österreichischen Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES)-Europaforum (26. November).

Die Kulturarbeit der Botschaft orientierte sich schwerpunktmäßig an der Betonung der Eigenständigkeit der österreichischen Kultur und Weiterentwicklung eines entsprechenden Bewusstseins in der deutschen Öffentlichkeit, der Präsentation eines modernen Österreich-Bilds durch Akzentuierung eines gegenwartsbezogenen Profils sowie der Betonung der europäischen Dimension österreichischer Kultur. Das KF organisierte ein reichhaltiges Programm von rund 75 Ausstellungen, Lesungen und Konzerten namhafter österreichischer KünstlerInnen. Davon fanden rund 20 im Gebäude der „Hans Hollein-Botschaft" in Berlin statt. Zu erwähnen ist weiters die vom KF herausgegebene Programmzeitschrift „Kosmos Österreich".

Die österreichischen Exporte betrugen 28,95 Milliarden Euro (+15,4%), die Importe 39,13 Milliarden Euro (+17,9%).

Dominica
(Commonwealth Dominica), Roseau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicholas Joseph Orville Liverpool, Dah	Hon. Roosevelt Skerrit	Hon. Osborne Riviere

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 12.000 Euro (–97,9%), die Importe 263.000 Euro (+3,6%).

Dominikanische Republik
(Dominikanische Republik), Santo Domingo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Leonel Antonio Fernandez Reyna	Carlos Morales Troncoso

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Santo Domingo – **HGK;** Puerto Plata – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 5,15 Millionen Euro (+36,8%), die Importe 4,83 Millionen Euro (–12,6%).

Dschibuti
(Republik Dschibuti), Dschibuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ismael Omar Guelleh	Dilaita Mohamed Dilaita	Ali Abdi Farah

ÖB: siehe Äthiopien; Dschibuti – **HK; AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betrugen 750.000 Euro (–29%), die Importe 82.000 Euro (+256,8%).

Ecuador
(Republik Ecuador), Quito

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Lucio Gutiérrez Borbúa	Patricio Zuquilanda Duque

Anhang

ÖB: siehe Kolumbien; Quito – **HGK;** Guayaquil – **HK; AHSt** – siehe Chile

Horizont 3000 und eine Reihe anderer NGOs realisierten Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Zwölf Österreicher leisteten ihren Auslandszivildienst im Sozial- und Entwicklungsbereich ab, unter anderem im Rahmen von Straßenkinderprojekten der Aktion „Jugend eine Welt“ der Salesianer/Don Bosco.

Beim Filmfestival Eurocine in Quito und Guayaquil wurde als österreichischer Beitrag der Film „Donau, Dunaj…“ gezeigt (November).

Eine Kandidatin erhielt ein Stipendium für die Tourismusausbildung im Schloss Klessheim.

Die österreichischen Exporte betrugen 6,20 Millionen Euro (–13%), die Importe 36,39 Millionen Euro (–13,1%).

El Salvador
(Republik El Salvador), San Salvador

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Elías Antonio Saca Gonzalez	Francisco Esteban Laínez Rivas

ÖB: siehe Guatemala; **AHSt:** siehe Mexiko; San Salvador – **HGK**

El Salvador hat ihm Rahmen der OEZA den Status eines Kooperationslandes. Schwerpunkte bilden die ländliche Entwicklung, die Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMB) sowie der soziale Sektor. In den Bereichen Ländliche Entwicklung und Förderung von MKMB strebt die OEZA die Integration der KleinproduzentInnen in die Wirtschaftsentwicklung an. Im sozialen Sektor fördert die OEZA vor allem Bildungsmaßnahmen für Frauen und bietet ihnen Zugang zu Kleinkrediten für den Aufbau von eigenen Produktionsstätten.

Die österreichischen Exporte betrugen 4,16 Millionen Euro (–4,6%), die Importe 2,75 Millionen Euro (+0,2%).

Eritrea
(Staat Eritrea), Asmara

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Issaias Afeworki	Ali Said Abdella

ÖB: siehe Äthiopien; Asmara – **HK; AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betrugen 433.000 Euro (–52,1%), die Importe 105.000 Euro (–31,7%).

Estland
(Republik Estland), Tallinn

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Arnold Rüütel	Juhan Parts	Kristiina Ojuland

Tallinn – **ÖB, HK; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (19.–20. Jänner).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsidentin Ene Ergma (2.–5. Dezember).

Eine szenische Lesung von Gedichten Ernst Jandls im Haus des estnischen Schriftstellerverbandes fand in Tallinn statt (24. März). Barbara Kraus trat beim Theaterfestival in Rakvere auf (17.–18. Juni). Markus Linder gab einen Kabarettabend „best of" in Tallinn (6. November). Prof. Mati Palm und GesangstudentInnen gaben ein Konzert im Wintergarten der Estnischen Nationaloper in Tallinn (30. November) und in Pärnu (13. Dezember). Maritin Pichlmair war mit „Siebenmeilenstiefel" beim Medienkunstfestival „International Symposium on Electronics Art" (ISEA) in Tallinn vertreten (6. September). Ausstellungen von Hans Sisa fanden in Tallinn (4. Juni), Narva (5. Juli), Pärnu (11. August), Kärdla (13. September), Kuressaare (13. Oktober) und Rakvere (22. November) statt. Die Architektur Projekt-Ausstellung „BIWAK" der Technischen Universität Wien wurde in Pärnu (21. Juni) und Tallinn (22. September) gezeigt.

Dozent Mari Tarvas hielt einen Fachvortrag über „Kaffeehausliteratur" in Viljandi (2. April) und Prof. Renate Goebel über „Exhibition and Cultural Communication Management" in Tallinn (7.–9. Mai). Friederike Forst-Battaglia hielt folgende Fachvorträge: „Überlegungen zur Kunstrezeption in Österreich" in Türi (31. März), „Die bedeutendsten Museen und Kunstsammlungen Wiens in historischer Bedeutung" in Viljandi (2. April), „Albrecht Dürer im Kunsthistorischen Museum zu Wien" (5. Mai) und „Sturmwolken und weiter Horizont" im Kunstmuseum Kadriorg Tallinn (24. November).

Meisterklassen fanden von Wolfgang Brunner in der Musikakademie Tallinn und im College Tartu statt (1.–2. April), Meisterklassen Horn mit Prof. Wilhelm Schwaiger in Tallinn und Tartu (12.–13. November).

Österreichische Unternehmen gehörten auch 2004 zu den zehn größten ausländischen Direktinvestoren in Estland.

Die österreichischen Exporte betrugen 86,17 Millionen Euro (+17,8%), die Importe 38,74 Millionen Euro (+3,7%).

Fidschi
(Republik Fidschi-Inseln), Suva

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ratu Josefa Iloilovatu Uluivuda	Laisenia Qarase	Kaliopate Tavola

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 21.000 Euro (–77,2%), die Importe 49.000 Euro (–20,7%).

Finnland
(Republik Finnland), Helsinki

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tarja Halonen	Matti Vanhanen	Erkki Tuomioja

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt, AUA;** Turku, Tampere, Oulu, Vaasa, Mikkeli, Kajaani – **HK**

In Kajaani wurde ein Österreichisches Honorarkonsulat eröffnet (16. August).

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Matti Vanhanen (1. September); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat Arbeitsgespräch mit Gesundheitsministerin Liisa Hyssälä (Helsinki, Kuopio; 24.–25. September).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Matti Vanhanen, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (10. Mai); Staatspräsidentin Tarja Halonen, Teilnahme am Staatsbegräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Staatssekretäre Arto Mansala und Antti Pelto-

Anhang

mäki, Arbeitsgespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (13.–14. Oktober).

Höhepunkt des kulturellen Austauschs war das Festival Musica Nova in Helsinki, das sich diesmal moderner E-Musik aus Wien widmete. Bei Veranstaltungen in den Bereichen elektronische Kunst bzw. Medienkunst war eine rege Teilnahme österreichischer KünstlerInnen zu verzeichnen.

Die österreichischen Exporte betrugen 452,48 Millionen Euro (+1,6%), die Importe 705,36 Millionen Euro (–5,6%).

Frankreich (Französische Republik), Paris

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jacques Chirac	Jean-Pierre Raffarin	Michel Barnier

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Straßburg – **GK, AHSt, ÖW;** Marseille – **HGK;** Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil, Arbeitsbesuch bei Staatspräsident Jacques Chirac (11. Februar); Bundesminister Günther Platter, offizieller Besuch bei Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie (26.–27. Februar); Botschafter Hans-Peter Manz vom Bundeskanzleramt, Arbeitsbesuch beim Conseiller diplomatique des französischen Staatspräsidenten Maurice Gourdault-Montagne (1.–2. April) und bei der Vorsitzenden des Generalsekretariats des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (SGCI) Pascale Andréani (Koordination der französischen EU-Politik); Präsident des Nationalrats Andreas Khol, Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Jean-Louis Debré, weitere Gespräche mit Abgeordnetem Armand Jung, Präsident der französisch-österreichischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung, Abgeordnetem Pierre Lequiller, Vorsitzender der EU-Delegation der Nationalversammlung, Senatspräsident Christian Poncelet, Senator Denis Badré, Präsident der französisch-österreichischen Freundschaftsgruppe im Senat, Anhörung im außenpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung sowie Zusammentreffen mit Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, Ordensüberreichung an den früheren Präsidenten der Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung, Abgeordneten a.D. Arthur Paecht sowie an den Präsidenten der Freundschaftsgruppe im Senat Senator Denis Badré durch Präsident des Nationalrats Andreas Khol (27.–28. April); Staatssekretärin Ursula Haubner und Delegation, Treffen mit hohen französischen Beamten, der stellvertretenden Generalsekretärin der OECD sowie dem Direktor der Konrad Adenauer Stiftung (27.–28. April); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Gründungskongress von „United Cities and Local Governments“ (4.–6. Mai); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum, Besuch bei der Generaldirektion (GD) der Gendarmerie Mutz (11.–13. Mai); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Treffen mit der Organisation internationale de la Francophonie (OIF) sowie mit dem Generalsekretär der VN a.D. Boutros Boutros-Ghali und dem Vizepräsidenten des außenpolitischen Ausschusses des Senats Del Picchia (21. Mai); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl und Delegation (29.–30. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten a.D. Albert Rohan als Berichterstatter der Unabhängigen Türkei-Kommission, Gespräch mit Außenminister Michel Barnier, Vortrag am Institut Français des Relations Internationales (IFRI) (1. Oktober); Abgeordnete zum Nationalrat Maximilian Hofmann, Karl Öllinger und Alfred Schöls, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (28.–29. November); Botschafter Hans-Peter Manz vom Bundeskanzleramt, Arbeitsbesuch (1. Dezember); Generalsekretär Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Tagung des österreichisch-französischen Zentrums, im Rahmen der Tagung bilaterales Expertenseminar im IFRI, österreichische Teilnehmer waren Univ.-Prof. Thomas Angerer, Universität Wien, Abgeordnete Maria Berger, Mitglied des Europäischen Parlaments, Univ.-Prof. Thomas Eilmansberger, Universität Salzburg, Dozent Paul Luif, Österreichisches Institut für Friedensforschung (ÖIIP), Botschafter a.D. Manfred Scheich, Gerfried

Sperl, Der Standard, und Christine Stix-Hackl, Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof (3. Dezember); Vizekanzler a.D. Erhard Busek (20.–21. Dezember).

Besuche aus Frankreich: Hervé Lejeune, Agrarberater von Präsident Chirac, Teilnahme als Referent bei der „Wintertagung 2004", Gespräch mit dem Generalsekretär des Bundesministeriums für Land-und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Werner Wutscher (9. Februar); Generalstabschef General Henri Bentegeat, Arbeitsbesuch bei Generalstabschef General Roland Ertl (15. März); Innenminister Dominique de Villepin, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser, Teilnahme am Treffen der G-5 und der „Salzburg Gruppe" (15.–16. April); Delegation von Abgeordneten des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung unter Leitung von Pierre Lequiller, Gespräche mit dem Präsidenten des Nationalrats Andreas Khol, der Zweiten Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer sowie den Abgeordneten des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in EU-Angelegenheiten unter Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Gespräch mit dem stellvertretenden Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Hans Winkler (9. Dezember).

Schwerpunkt des KF war insbesondere die Durchführung der ersten „Österreichischen Filmwoche" in Paris unter der Schirmherrschaft von Michael Haneke im Cinéma des Cinéastes (9.–15. Juni). In Anwesenheit von Ruth Mader, Barbara Albert und Nina Kusturica wurden unter anderem Struggle, Nordrand, Böse Zellen und Auswege gezeigt Am Rande der Filmwoche wurde ein französisch-österreichisches Produzententreffen organisiert, an dem 30 Vertreter aus Produktion, Vertrieb und Förderinstitutionen beider Länder teilnahmen. Auch in Lille fand eine zweitägige Präsentation des österreichischen Experimentalfilms statt (April).

Im Bereich der zeitgenössischen Musik wurde die Oper „Die Blinden Götter" des Komponisten Wolfgang Seierl aufgeführt (Paris, Jänner). Die Harfenistin Monika Stadler nahm am Harfenfestival in Avesnois teil (Februar). Im Rahmen des Festivals „Montmartre en Europe" veranstaltete das KF unter anderem in Kooperation mit der „Kulturplattform Mitteleuropa" ein Konzert der Formation „Central European Jazz Connection" (Paris, Juni). Österreich war am Jazzfestival „Jazz à Junas" unter dem Motto „Quand le Languedoc Roussillon rencontre l'Autriche" mit Wolfgang Puschnig/Chants, dem Max Nagl Quintett, Otto Lechner, Windhund und dem Vienna Art Orchester vertreten (21.–24. Juli). In Bourges spielte Robert Lehrbaumer im Rahmen des an der Kathedrale veranstalteten Orgelfestivals österreichische Werke von Barock zur Moderne (17. August). Der Schwerpunkt „entartete Musik" wurde mit zwei Konzerten im Armeemuseum (Invalidendom) in Paris mit Werken von Zemlinsky, Schönberg und Rathaus fortgesetzt (29. November, 13. Dezember). Gemeinsam mit der Plattform Kultur-Mitteleuropa wurden im Rahmen der „Woche der ausländischen Kulturinstitute in Paris" ein Konzert von Dobrek Bistro veranstaltet (30 September), in Kooperation mit dem russischen Kulturinstitut ein Liederabend (Nika Milliard und Johannes Jokel, 28 September). 15 Kulturinstitute organisierten das Festival „Jazzycolors", bei dem Österreich durch den Trompeter Paul Schwingenschlögl vertreten war (19. November). Der Leiter des KF wurde im Rathaus von Paris mit einer Medaille für seine Tätigkeit geehrt (17. Dezember).

Im Bereich Theater wurde „Alpenglühen" von Peter Turrini in einer Inszenierung des Augenspieltheaters mit Bruno Thost und Birgit Doll in Straßburg (Ehrenschutz Generalsekretär des ER Walter Schwimmer), Metz und Paris gezeigt (Jänner). Beim Tanzfestival „Rencontres Chorégraphiques Internationales de Seine-Saint-Denis" war Österreich sowohl mit Saskia Hölbling als auch mit Milli Bitterli vertreten.

Lesungen fanden von Gabriel Loidolt, Karl Markus Gauß, Evelyn Schlag, Friederike Mayröcker, Alfred Kolleritsch und Erich-Wolfgang Skwara statt (Februar, März). In Zusammenarbeit mit dem französischen PEN-Klub wurde an der Botschaft ein literarischer Abend anlässlich des Erscheinens einer Biographie von Manès Sperber (März) veranstaltet.

Im Bereich der Kunst fand die vom GK Straßburg und der Stadt Wien organisierte und von zahlreichen Vorträgen begleitete Ausstellung „Wien – Stand der Dinge IV" in Nancy und Straßburg statt (Februar-März). Für die fünfte Kunstbiennale von Enghien-les-Bains schufen Franz West und Heimo Zobernig eine schwimmende Installation (Juli). Beim erstmals gemeinsam mit

Anhang

Wien und Berlin durchgeführten „Paris – Mois de la photo“ wurden Werke von Erich Lessing, Arno Gisinger, August Stauda, Mathias Hermann und die Ausstellung „Wiener“ gezeigt (November). Arnulf Rainer war im Musée Marc Chagall in Nizza erstmals seit 1984 wieder mit einer Einzelausstellung in Frankreich präsent (Juli bis Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 3,78 Milliarden Euro (+7,9%), die Importe 3,64 Milliarden Euro (+15,8%).

Gabun
(Gabunische Republik), Libreville

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Omar Bongo Ondinga	Jean-François Ntoutoume Emane	Jean Ping

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 14,39 Millionen Euro (+4,9%), die Importe 575.000 Euro (–14%).

Gambia
(Republik Gambia), Banjul

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Colonel (rtd.) Yahya A.J.J. Jammeh	Sidi Morro Sanneh

ÖB: siehe Senegal; Banjul – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 847.000 Euro (+14,3%), die Importe 60.000 Euro (+27%).

Georgien
(Georgien), Tbilisi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Michail Saakaschwili	Zurab Schwania	Salome Zurabischwili

Wien – **ÖB;** Tbilisi – **HK**, **AUA, Österreich-Bibliothek; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse (19.–20. Februar; 22. Oktober); Innenminister Giorgi Baramidze (5. Februar); Finanzminister Zurab Nogaideli (25. Februar).

Anlässlich des Ministerrats der OSZE (6.–7. Dezember) in Sofia traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenministerin Salome Zurabischwili zusammen.

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und Georgien über die Förderung und den Schutz von Investitionen trat in Kraft (1. März).

Österreich beteiligt sich weiterhin an der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) und entsendet MitarbeiterInnen an die OSZE-Mission in Tbilisi, insbesondere für die Grenzüberwachung zwischen Georgien und Russland.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor, vor allem mit der Ilia Tschawtschawadze Staatlichen Universität für westeuropäische Sprachen und Kulturen sowie der dort untergebrachten Österreich-Bibliothek, fortge-

setzt. Die wesentlichsten Veranstaltungen waren dabei Lesungen der Autorin Petra Nagenkögel und Vorträge von Barbara Denscher, Richard Steurer sowie Alfred Missong. Vermehrt fanden auch Veranstaltungen außerhalb von Tbilisi, insbesondere in Kutaissi und Alchaltsike, statt.

Die Rauriser Literaturtage setzten durch die Einladung von drei georgischen Schriftstellern einen Georgienschwerpunkt. Sechs GermanistInnen erhielten für ihre Übersetzungen österreichischer Literatur ins Georgische Übersetzerpreise, zwei auch Stipendien der österreichischen Gesellschaft für Literatur.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau wurde durchgeführt (10.–11. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 18,68 Millionen Euro (+44%), die Importe 2,87 Millionen Euro (–2,9%).

Ghana
Republik Ghana, Accra

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
John Agyekum Kufuor	Joseph Henry Mensah	Hackman Owusu-Agyemang

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Accra – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Unter der Leitung von Norbert Habelt vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde für DeutschprofessorInnen vom Ghana Institute of Languages ein Seminar mit Schwerpunkt österreichischer Landeskunde in Accra organisiert (Anfang Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 42,61 Millionen Euro (+477,2%), die Importe 7,82 Millionen Euro (–0,2%).

Grenada
(Grenada), Saint George's

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Keith Claudius Mitchell	Elvin Nimrod
vertreten durch: Generalgouverneur Sir Daniel C. Williams		

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 63.000 Euro (+83%), die Importe 289.000 Euro (+44,7%).

Griechenland
(Hellenische Republik), Athen

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Konstantinos Stefanopoulos	Kostas Karamanlis	Petros Molyviatis

Athen – **ÖB, HGK** (dzt. nur Vizekonsul), **AHSt, VAGR, AUA, ÖAI,** (ÖW wurde Ende 2001 geschlossen, Betreuung durch ÖW in Mailand); Thessaloniki – **HGK, AUA;** Heraklion, Rhodos (vorübergehend geschlossen), Korfu, Patras, Syros – **HK**

Besuche aus Österreich: im Rahmen der Olympischen Sommerspiele: Bundesminister Günther Platter (19.–22. August), Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (17.–18. September), Staatssekre-

Anhang

tär Karl Schweitzer (12.–15. August, 25.–30. August, 21. September); Bundesminister Martin Bartenstein, 3. Südosteuropa-Energieministertreffen in Athen (13. Dezember); Abgeordneter zum Nationalrat Werner Fasslabend, Teilnahme am Euro-Atlantischen Dialogkongress, (12.–13. Dezember); Wiener Umweltstadträtin Isabella Kossina, Wiener Ball, in Vertretung von Bürgermeister Michael Häupl (13.–15. Februar).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Kostas Stephanopoulos, Privatbesuch in Begleitung des Patriarchen von Konstantinopel anlässlich der 200 Jahrfeiern der griechisch-orthodoxen Gemeinde in Österreich (19.–20. Juni), Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten zum Ableben von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Ministerpräsident Kostas Karamanlis, Teilnahme am Europaforum Wachau (5.–6. Juni); Außenminister Petros Molyviatis, Gespräche in Vorbereitung auf den Europäischen Rat in Brüssel am 17. Dezember (3. Dezember).

Die regelmäßigen bilateralen Konsultationen auf hoher Beamtenebene der beiden Außenministerien wurden fortgeführt.

Die 28. Olympischen und Paralympischen Sommerspiele fanden vom 13. August bis 29. September in Athen statt. Über 60 Staats- und Regierungschefs und zahlreiche Mitglieder aus verschiedenen Königshäusern besuchten die Olympischen und Paralympischen Spiele in Athen.

Kulturell war Österreich in allen Sparten der Kunst vertreten: die Wiener Staatsoper mit einer konzertanten Aufführung der „Salome“ im Herodes Atticus (September), Konzert der Wiener Philharmoniker im Herodes Atticus (September); Internationales Tanzfestival im Rahmen der Kulturolympiade in Athen, österreichische Teilnahme: Gervasi Tanzcompany; Warlamis-Ausstellung: „Mütter und Olympische Spiele“ im Zappeion in Athen; Europäisches Jazzfestival in Athen, österreichische Teilnahme: Karl Heinz Miklin Trio; Internationale Skulpturen-Ausstellung in Athen, österreichische Teilnahme Franz West.

Die österreichischen Exporte betrugen 463,46 Millionen Euro (–11,6%), die Importe 142,85 Millionen Euro (+3,9%).

Großbritannien (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	The Rt.Hon Tony Blair	The Rt.Hon Jack Straw

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Edinburgh, Birmingham – **HK**

Besuche aus Österreich: Stellvertretende Sektionsleiterin für Koordination im Bundeskanzleramt Christa Peutl, Arbeitsgespräche im Amt des Premierministers (13.–14. Februar); Landesrat Wolfgang Sobotka (Niederösterreich) mit einer Delegation des niederösterreichischen Landtags (2.–5. September); Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach, Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Eröffnung des schottischen Parlaments (Edinburgh, 8.–10. Oktober); Steirischer Landtagsabgeordneter Univ.-Prof. Wolf Rauch, Steiermark-Präsentation (15. September); Sektionsleiter für Koordination im Bundeskanzleramt Hubert Heiss und Delegation des Bundeskanzleramts, Arbeitsgespräche im Amt des Premierministers und im Außenministerium (22. September); Sektionsleiter für Wirtschaftspolitik Michael Losch und Delegation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Arbeitsgespräche im Ministerium für Handel und Industrie (15. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, informeller Arbeitsbesuch bei Premierminister Tony Blair (9. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Europaangelegenheiten im Außenministerium Denis MacShane, Arbeitsbesuch, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Bundesminister Martin Bartenstein (10. Februar); Chef des Verteidigungsstabs Sir Michael Walker, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Landesverteidigung (27.–29. April); Abgeordnete Meg Munn (Mitglied der britisch-österreichischen parlamentarischen

Freundschaftsgruppe), Arbeitsgespräche im Parlament, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (30.–31. März); Generaldirektor für Europaangelegenheiten im Außenministerium Kim Darroch, Arbeitsgespräche im Bundeskanzleramt und Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (3. Juni); Staatssekretär für Europaangelegenheiten im Außenministerium Denis MacShane, informelles Arbeitstreffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (26. Oktober); Direktor für Handelspolitik im Ministerium für Handel und Industrie Edmund Hosker, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (16. November); Ministerin für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft Margaret Beckett, Arbeitsgespräche mit Bundesminister Josef Pröll (24. November), österreich-britische Stabsgespräche im Bundesministerium für Landesverteidigung (1.–2. Dezember).

Zwischen Österreich und Großbritannien besteht das Aktionsprogramm „Action 21“, dessen Umsetzung auf allen Ressortebenen stattfindet und die Intensivierung der bilateralen Beziehungen zum Ziel hat. Im Rahmen dieses Prgramms wurde der Beamtenaustausch fortgesetzt.

Anlässlich der EU-Erweiterung und der Annahme des Europäischen Verfassungsvertrags hat die ÖB eine Reihe von Symposien und Konferenzen veranstaltet: in Kooperation mit dem Royal Institute for International Affairs–Chatham House sowie den Botschaften Schwedens und Finnlands das Symposium „10 Jahre EU-Mitgliedschaft; Lehren für die nächste Erweiterungsrunde“ (London, 15. März), gemeinsam mit dem London Jewish Cultural Centre ein Symposium zur Frage der Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Minderheiten (London, 27. Juni) sowie mit dem Federal Trust die Konferenz „Vom Konvent zur Regierungskonferenz und darüber hinaus“ im Rahmen des „EU Constitution Project“ des Federal Trust (London, 1.–2. Juli).

In den bilateralen Kulturbeziehungen nimmt das KF London, das vor allem im Bereich der modernen und zeitgenössischen Kunst pro Jahr mehr als 100 Projekte abwickelt, eine besondere Position ein. Österreichische Kammermusik-Ensembles treten vier bis funf Mal pro Jahr vor einem ausgewählten Publikum in der Residenz des Botschafters auf. Aus Österreich stammende große Denker und WissenschafterInnen des 20. Jahrhunderts wie Ernst Gombrich, Friedrich Hayek, Max Perutz, Karl Popper und Ludwig Wittgenstein, stellten in Großbritannien für das intellektuelle und geistige Erbe Österreichs einen wichtigen Bezugspunkt dar, dessen Bedeutung auch im Programm des KF entsprechend gewürdigt wird. Im Bereich der Literaturwissenschaft hat sich das vom KF mitinitiierte und unterstützte Ingeborg Bachmann Centre for Austrian Literature in London als akademische Plattform der Vermittlung zeitgenössischer österreichischer Literatur etabliert.

Das KF war an einer großen Zahl von kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen in ganz Großbritannien beteiligt. Im wissenschaftlich-universitären Bereich bilden Kooperationsvorhaben mit akademischen Institutionen in Oxford und Cambridge besondere Schwerpunkte der Arbeit des KF.

Nach Rang sechs im Jahr 2003 liegt Großbritannien 2004 wieder auf Rang fünf der wichtigsten Exportmärkte Österreichs. Das sich ergebende Handelsbilanzaktivum war 2004 nach den USA das zweithöchste weltweit. Die österreichischen Exporte betrugen 3,76 Milliarden Euro (+8%), die Importe 1,75 Milliarden Euro (–5,2%).

Guatemala
(Republik Guatemala), Guatemala-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Oscar Berger Perdómo (seit 14. Jänner)	Jorge Briz Abularach

Guatemala-Stadt – **ÖB; AHSt:** siehe Mexiko

Ein Investitionsschutzabkommen wurde paraphiert und liegt zur Unterzeichnung vor.

Anhang

Guatemala hat im Rahmen der OEZA den Status eines Kooperationslandes. Schwerpunktregion ist dabei weiterhin das westliche Hochland. Die OEZA fördert insbesondere Projekte in den Bereichen Ländliche Entwicklung, Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben sowie Sozialwesen und Menschenrechte. Im Bereich Ländliche Entwicklung wurde in Kooperation mit sieben lokalen Partnerorganisationen ein Programm zur Förderung der Diversifizierung und Erschließung alternativer Einkommensquellen begonnen. Das Modell zur Verbesserung der Wasserversorgung von Quetzaltenango wurde auf zwei Nachbargemeinden übertragen. Im Rahmen der Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben fördert die OEZA Initiativen für die Verarbeitung und Vermarktung, um den Marktwert der kleinbäuerlichen Produktion zu erhöhen. Zu den Schwerpunkten im sozialen Bereich zählen die Förderung der Maya-Institutionen und des traditionellen Rechtssystems sowie die zweisprachige, interkulturelle Erziehung.

Das Duo „La Flautarra“ spielte eine Konzertreihe, hielt Workshops im Konservatorium und in der österreichischen Schule, und spielte gemeinsam mit dem guatemaltekischen Symphonieorchester im Nationaltheater (September). Das österreichisch-brasilianische Jazzduo Rudy Berger und Marcilio Figueiro gab vier Konzerte (Dezember).

An der österreichischen Schule wurden im Laufe des Schuljahrs 992 SchülerInnen am Instituto Austriaco Guatemalteco und 899 am Colegio Viena von 25 österreichischen und 52 guatemaltekischen LehrerInnen unterrichtet. Der Grundstein für den Neubau des Colegio Viena wurde gelegt (November). Für den Schulbesuch werden Stipendien vergeben. Die Schule betreut darüber hinaus acht Schulen in ländlichen Regionen.

Die österreichischen Exporte betrugen 6,44 Millionen Euro (–26,4%), die Importe 3,50 Millionen Euro (–15,5%).

Guinea
(Republik Guinea), Conakry

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lansana Conté	Lonceiny Fall	Mamadi Condé

ÖB: siehe Senegal; Conakry – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 13,43 Millionen Euro (–31,5%), die Importe 1 Million Euro (+32,8%).

Guinea-Bissau
(Republik Guinea-Bissau), Bissau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Henrique Pereira Rosa	Carlos Gomes Junior	Soares Sambu

ÖB: siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 171.000 Euro (+100%), die Importe 2.000 Euro (–89,6%).

Guyana
(Kooperative Republik Guyana), Georgetown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bharrat Jagdeo	Samuel Archibald A. Hinds	Samuel Rudolph Insanally

Länderinformationen

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 111.000 Euro (+44,2%), die Importe 67.000 Euro (+355,4%).

Haiti
(Republik Haiti), Port-au-Prince

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Boniface Alexandre	Gérard Latortue	Ivon Simeón

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Die österreichischen Exporte betrugen 718.000 Euro (–54,4%), die Importe 97.000 Euro (–13,1%).

Heiliger Stuhl
(Staat der Vatikanstadt), Vatikan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Johannes Paul II.	Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano	Erzbischof Giovanni Lajolo

ÖB: siehe Rom

Besuche aus Österreich: Delegation der Klubobleute aller im Parlament vertretenen Parteien unter Leitung von Nationalratspräsident Andreas Khol, Privataudienz bei Papst Johannes Paul II., Gespräche mit Außenminister Giovanni Lajolo (22. April); Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Landeshauptmann Herwig van Staa, Vertretung Österreichs bei der Seligsprechung von Kaiser Karl I. (3. Oktober).

Besuche in Österreich: Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano, offizieller Besuch bei Bundespräsident Thomas Klestil und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme als Apostolischer Legat von Papst Johannes Paul II. an der Abschlussveranstaltung des Mitteleuropäischen Katholikentages, der „Wallfahrt der Völker“, in Mariazell (21.–22. Mai).

Die Wiener Philharmoniker gaben ein Konzert in der päpstlichen Basilika San Paolo fuori le Mura (21. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 891.000 Euro (+43,6%), die Importe 9.000 Euro (–91,8%).

Honduras
(Republik Honduras), Tegucigalpa

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Ricardo Maduro Joest	Leônidas Rosa Bautista

ÖB: siehe Guatemala; **AHSt:** siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 3,51 Millionen Euro (+10,2%), die Importe 5,15 Millionen Euro (+8,2%).

Anhang

Indien
(Republik Indien), New Delhi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
A.P.J. Abdul Kalam	Manmohan Singh	K. Natwar Singh

New Delhi – **ÖB, AHSt, AUA, ÖW;** Mumbai – **HGK;** Kalkutta, Chennai, Goa – **HK**

Besuche in Österreich: Chef des Generalstabes General N.C. Vij (Wien und Salzburg, 22.–24. August); Minister für Bewässerung des Bundesstaates Andhra Pradesh Lakshmaiah (August); Parlamentspräsident des Bundesstaates Andhra Pradesh Ketireddy Suresh Reddy (16.–19. September).

Politische Konsultationen der beiden Außenministerien auf Ebene der Politischen Direktoren fanden in Wien statt (29. November).

Indien ist zwar kein Schwerpunkt- oder Kooperationsland der OEZA, doch mehrere NGOs, kirchliche Organisationen und Privatpersonen führen in Zusammenarbeit mit indischen NGOs Klein- und Mikroprojekte durch. Ein Pilotprojekt mit 36 Wetterstationen, das zur Steigerung der Ernteerträge beitragen soll, wurde in fünf ausgewählten Bundesstaaten unterstützt. Mehrere Zivildiener sind im Rahmen von Sozial- und Entwicklungsprojekten im Einsatz. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die Aus- und Fortbildung von indischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich. Es wurden sechs KandidatInnen an österreichischen Hochschulen, Lehrgängen und Seminaren gefördert, darunter fünf StipendiatenInnen im Rahmen des Nord-Süd Dialog Programms.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Kulturelle Höhepunkte waren die Auftritte der Wiener Sängerknaben in New Delhi, Mumbai und Calcutta (April). Sehr gut aufgenommen wurden auch die Auftritte des Schriftstellers und Märchenerzählers Folke Tegetthoff und der österreichisch-indischen Musikgruppe „Duo Nilgiri“ in Hyderabad und Vishakhapatnam.

Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die zusammen mit der WKÖ umgesetzt wird, wurde Indien als Schwerpunktland für Aktionen auf den Sektoren Informationstechnologie und Telekom ausgewählt.

Österreichische Firmen arbeiten derzeit in rund 50 Joint Ventures mit indischen Partnern zusammen, rund 100 weitere österreichische Unternehmen schlossen technische Kooperationsabkommen mit indischen Firmen ab. Darüber hinaus sind mehr als 500 österreichische Firmen im bilateralen Handel mit Indien involviert. Mit den Bundesstaaten Andhra Pradesh, Uttaranchal und Chhattisgarh wurde eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Wasserkraft, Solarenergie, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Infrastruktur, Umwelt, Wassermanagement und Forstwirtschaft vereinbart.

Das Handelsvolumen hat einen neuen Rekord erreicht. Die österreichischen Exporte betrugen 276,74 Millionen Euro (+42,5%), die Importe 243,39 Millionen Euro (+33%). Der Anteil von Hochtechnologieprodukten an den österreichischen Exporten beträgt knapp 80%.

Indonesien
(Republik Indonesien), Jakarta

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Susilo Bambang Yudhoyono	Hassan Wirayuda

Jakarta – **ÖB, AHSt**

2004 war für Indonesien ein bedeutendes Wahljahr. Die beinahe das ganze Jahr anwesende Wahlbeobachtungsmission der EU (EUEOM) wurde vom Österreicher Oskar Lehner geleitet.

Länderinformationen

Österreich fördert in Indonesien insbesondere wissenschaftlich-technische Nord-Süd Partnerschaften und wissenschaftliche Süd-Süd- wie auch Nord-Süd-Netzwerke, wie das ASEAN-European University Network (ASEA-Uninet). Österreich unterstützte die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen durch Stipendien an indonesischen Universitäten sowie durch Forschungsaufenthalte an österreichischen Universitäten. Es wurden insgesamt neun KandidatInnen gefördert. Im Rahmen des zum fünften Mal abgehaltenen „Austrian Student Program – Indonesia" (Juli bis August) hielten sich 32 TeilnehmerInnen aus Österreich an indonesischen Universitäten zu Kurzstudien auf.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betrugen 108,01 Millionen Euro (+20,9%), die Importe 151,57 Millionen Euro (–3,4%).

Irak
(Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ghaz Ajul Al-Yavar	Ayad Hashim Allawi	Hoshyar Zebari

Bagdad – **ÖB** (eingeschränkter Konsularbetrieb), **AHSt**

Der österreichische Geschäftsträger amtiert weiter von Jordanien aus. Der Handelsdelegierte hielt sich zu mehreren kurzen Besuchen in Bagdad auf.

Besuche in Österreich: elfköpfige Delegation, unter anderem die Minister des Governing Council für Planung, Handel, Industrie, Direktor des Entwicklungsfonds, Gespräche mit Bundespräsident Thomas Klestil, Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Bundesminister Martin Bartenstein und österreichischen FirmenvertreterInnen (13.–14. April); 19-köpfige Delegation der Bagdad Chamber of Commerce (Dezember); regelmäßige Teilnahme des Erdölministers Thamir Ghadban und hoher Beamter an Konferenzen der Organisation der erdölausführenden Länder (OPEC) in Wien und Teilnahme von Beamten an Konferenzen der Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO).

Das humanitäre Projekt zur Rehabilitation traumatisierter Kinder wurde mit Seminaren in Amman fortgeführt.

Die österreichischen Exporte betrugen betrugen 40,87 Millionen Euro (+106,8%), die Importe 37,21 Millionen Euro (+4,5%).

Iran
(Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und Geistlicher Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Hojjatoleslam Seyyed Mohammad Khatami	Seyyed Kamal Kharrazi

Teheran – **ÖB, KF, AHSt, AUA**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil und Gattin, Staatsbesuch, begleitet von Bundesminister Herbert Haupt, Staatssekretär Reinhart Waneck, Landeshauptmann Hans Niessl, vom Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl sowie dem Präsidenten der Österreichisch-Iranischen Gesellschaft Leopold Maderthaner, Gespräche mit Präsident Mohammad Khatami, Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei, dem Vorsitzenden des Pragmatischen Rates Akbar Hashemi Rafsanjani, Parlamentsvorsitzenden Mehdi Karroubi, Außenminister Kamal Kharrazi, Industrieminister Eshagh Jahangiri, Sozialminister Safdar Hosseini, Energieminister Habibollah

Anhang

Bitaraf, Erdölminister Bijan Zanghane, Gesundheitsminister Masoud Pezeshkian, Innenminister Abdolvahed Mousavi-Lari, Telekommunikationsminister Ahmad Motamedi, Verkehrsminister Ahmad Khorram, Vizepräsidentin Massoumeh Ebtekar, Wirtschaftskammerpräsident Alinaghi Khamoushi, dem Gouverneur der Provinz Teheran Ali Akbar Rahmani, dem Bürgermeister von Teheran Mahmoud Ahmadi-Nejad und der Beraterin des Präsidenten für Frauenfragen Zahra Shojai. (24.–27. Jänner); hochrangige Delegation des österreichischen Bundesministeriums für Justiz unter Leitung von Sektionschef Wolfgang Fellner, Besuch im Rahmen der österreichisch-iranischen Justizkooperation (16.–19. Februar); Landeshauptmann Hans Niessl mit einer Wirtschaftsdelegation, Besuch der Provinz Chorasan, Unterzeichnung eines Kooperationsübeinkommens zwischen Burgenland und Chorasan (16.–19. April); Vizekanzler Hubert Gorbach, offizieller Besuch, begleitet von Landeshauptmann Jörg Haider, Staatssekretär Reinhart Waneck, FPÖ-Klubobmann Herbert Scheibner, Abgeordneter zum Nationalrat Johannes Zweytick, Vizepräsident der WKÖ Matthias Krenn sowie einer Wirtschaftsdelegation, Gespäche mit Verkehrsminister Ahmad Khorram, Industrieminister Eshagh Jahangiri, Energieminister Habibollah Bitaraf, Gesundheitsminister Masoud Pezeshkian, Verteidigungsminister Ali Shamkhani, Vizepräsidentin Massoumeh Ebtekar sowie mit dem Chef der Technologiekooperationsbehörde im Präsidentenamt Reza Sajjadi (10.–15. Mai); Generaldirektor des Naturhistorischen Museums Bernd Lötsch, Besuch beim Direktor des Iranischen Nationalmuseums für Naturgeschichte Azghar Mohammadi-Fazel, Abschluß eines Kooperationsübereinkommens zwischen den beiden Museen (Oktober).

Besuche in Österreich: Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, auf Einladung von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und mehreren österreichischen NGOs, insbesondere des Waldzell-Instituts und der Plattform „Weltstadt Wien“, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, Landeshauptmann Erwin Pröll, hochrangige Vertreter der Bundesländer Wien und Niederösterreich sowie mit dem Rektor der Universität Wien, Teilnahme an der Eröffnung des Waldzell-Instituts im Stift Melk (10.–15. September).

Im Rahmen des Staatsbesuchs von Bundespräsident Thomas Klestil wurden drei Kooperationsübereinkommen im Bereich soziale Angelegenheiten, Sozialversicherungswesen und Gesundheitswesen zwischen der österreichischen und der iranischen Seite unterzeichnet. Im Zuge des Besuchs von Bundesminister Hubert Gorbach wurde ein Memorandum of Understanding zwischen den Verkehrsministerien Österreichs und Irans abgeschlossen. Ebenso konnten zwei Staatsverträge zwischen Österreich und Iran – ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und ein Abkommen zum Schutz von Investitionen – in Kraft gesetzt werden.

Das Österreichische KF in Teheran ist das einzige voll funktionierende westliche Kulturinstitut im Iran und wird von iranischer Seite hoch geschätzt. Neben der Sprachausbildung regelmäßigen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen (rund 70 pro Jahr) wird dem Dialog der Zivilisationen besonderes Augenmerk gewidmet. Österreich brachte höchste musikalische Qualität in den Iran, veranstaltete ein Wittgenstein-Symposium sowie wissenschaftliche Vorträge. Mit der Unterstützung des KF organisierte der österreichische Verein „X-CHANGE Culture-Science“ die größte Europäische Kulturveranstaltung, die jemals im Iran stattgefunden hat. Am Europäischen Kinderliteraturfestival „Geschichten für Kulturerben“ nahmen über 50 europäische ExpertInnen, AutorInnen und IllustratorInnen von Kinderbüchern sowie über 3.000 iranische Kinder teil.

Im Rahmen des Staatsbesuchs von Bundespräsident Thomas Klestil fand im Internationalen Konferenzzentrum von Teheran ein österreichisch-iranisches Wirtschaftsforum statt, das von den beiden Präsidenten eröffnet wurde.

Der österreichische Außenhandel entwickelte sich zufrieden stellend. Die österreichischen Exporte betrugen 347,06 Millionen Euro (+11,3%), die Importe 62,37 Millionen Euro (+311,3%).

Länderinformationen

Irland
(Irland), Dublin

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mary McAleese	Bertie Ahern	Dermot Ahern

Dublin – **ÖB, AHSt, AUA**

Besuche aus Österreich: anlässlich der irländischen EU-Präsidentschaft (erstes Halbjahr) besuchten zahlreiche Regierungsmitglieder Irland im Rahmen von informellen Ministertreffen; Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am „Day of Welcomes“ in Dublin, an dem das Inkrafttreten der Beitrittsverträge mit zehn neuen Mitgliedstaaten der EU feierlich begangen wurde (1. Mai).

Besuche in Österreich: Verkehrsminister Seamus Brennan (2.–3. März); Präsidentin Mary McAleese, Teilnahme an den Traufeierlichkeiten für Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Staatssekretär für Europafragen Dick Roche (Alpbach, 1. September).

Die kulturellen Aktivitäten umfassten Tanztheater, Lesungen sowie Tourneen österreichischer Musiker, darunter auch mehrere Konzerte des Altenberg Trios im Rahmen des Westcork Kammermusik Festivals in Bantry.

Im Literaturbereich hervorzuheben wären die Ausstellung über Ingeborg Bachmann an den Universitäten in Dublin, Limerick und Cork, das Symposium zu Ingeborg Bachmann und ein Vortrag über Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek am Trinity College in Dublin.

Markante Ereignisse im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit waren die von der Österreichischen Nationalbank geförderten Schrödinger-Vorträge, die Austrian History Lecture Series (Vorlesungsreihe über Österreichische Geschichte) an den Universitäten in Dublin, Cork, Limerick und Galway sowie Ludwig Wittgenstein-Vorträge an der Universität Maynooth und im Botanischen Garten von Dublin, wo aus diesem Anlass eine Gedenktafel für Ludwig Wittgenstein enthüllt wurde.

Im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen besteht weiterhin großes österreichisches Interesse an den zahlreichen irischen Infrastrukturprojekten. Strabag erhielt gemeinsam mit einer türkischen Partnerfirma den Zuschlag für einen Auftrag im Straßenbau.

Die österreichischen Exporte betrugen 632,24 Millionen Euro (+191,8%), die Importe 1,07 Milliarden Euro (+46,3%).

Island
(Republik Island), Reykjavik

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ólafur Ragnar Grímsson	Halldór Ásgrímsson	Davíd Oddsson

ÖB: siehe Dänemark; **AHSt:** siehe Norwegen; Reykjavik – **HGK**

Besuche in Österreich: Außenamtsgeneralsekretär Gunnar Snorri Gunnarsson, Gespräch mit dem stellvertretenden Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Hans Winkler (31. März).

Kulturell war Österreich durch ein Konzert von Timna Brauer mit dem Elias Meiri Ensemble sowie einer Ausstellung der österreichischen Künstlerin Ulli Knall in Reykjavik präsent.

Die österreichischen Exporte betrugen 18,90 Millionen Euro (+24,6%), die Importe 3,54 Millionen Euro (–74,9%).

Anhang

Israel
(Staat Israel), Jerusalem (West)

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Moshe Katsav	Ariel Sharon	Silvan Shalom

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW, AUA;** Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Delegation, Arbeitsgespräch mit Vize-Ministerpräsident und Minister für Handel, Industrie, Arbeit und Kommunikation Ehud Olmert, stellvertretenden Ministerpräsident Finanzminister Benjamin Netanjahu und Infrastrukturminister Joseph Paritzky (24.–26. Jänner); Klubobmann der FPÖ Herbert Scheibner auf Einladung des israelischen Verteidigungsministeriums (7.–8. Juni); Bundesminister Ernst Strasser, Besuch bei Innenminister Avraham Poraz, Eröffnung des Internationalen Symposiums „Herzl damals und jetzt", Höflichkeitsbesuch bei Präsident Moshe Katsav, Arbeitsgespräche mit Innenminister Avraham Poraz, Polizeiminister Tzachi Hanegbi, Treffen mit dem Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai (19.–21. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der Ministerpräsidenten-Konferenz für Export und Internationale Zusammenarbeit 2004; Kranzniederlegung in Yad Vashem, Keynote-Rede bei der Prime Minister's Conference, Arbeitsgespräche mit Minister Ehud Olmert, Finanzminister Benjamin Netanjahu, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Shimon Simhon in der Knesset, dem Präsidenten der Föderation israelischer Handelskammern Uriel Lynn, dem Chief Scientist des israelischen Ministeriums für Industrie, Handel, Arbeit und Kommunikation Eli Opper, dem Vorsitzenden des israelischen Instituts für Export und internationale Zusammenarbeit Shraga Brosh, Eröffnung des neuen Büros der Außenhandelsstelle in Tel Aviv (9.–11. November); Landeshauptmann Josef Pühringer anlässlich der ORF-Aktion „Friedenslicht", Höflichkeitsbesuch bei Präsident Moshe Katsav, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit im kulturellen Bereich zwischen Oberösterreich und Israel (22.–24. November); Nationalratspräsident Andreas Khol, Arbeitsgespräch mit dem Knesset-Vorsitzenden Reuven Rivlin sowie Israel-Austria Parliamentary Friendship League (der israelisch-österreichischen Freundschaftsgruppe im Parlament) unter Vorsitz von Knesset-Abgeordnetem Ronny Brison (27. Dezembe bis 6. Jänner).

Besuche in Österreich: Minister für Tourismus Gideon Ezra (6. Juli), Teilnahme am Staatsbegräbnis für Bundespräsident Thomas Klestil; Vorsitzender der Knesset Reuven Rivlin (6.–8. und 11.–12. September) bei Nationalratspräsident Andreas Khol, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner; Staatsbesuch von Präsident Moshe Katsav bei Bundespräsident Heinz Fischer, Gespräche mit Parlamentspräsident Andreas Khol, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Ursula Plassnik, der ehemaligen Bundesministerin und designierten Europäischen Kommissarin Benita Ferrero-Waldner sowie Gedenkfeier im KZ Mauthausen (19.–22. Oktober).

Durch den ersten Besuch eines israelischen Staatsoberhauptes in Österreich im November wurden die traditionell engen Beziehungen beider Länder demonstriert.

Kultureller Höhepunkt war die Teilnahme des Sängers Wolfgang Holzmair, des Alban Berg Quartetts und des Tanz-Ensembles „Dans.Kias" am Israel Festival. Das Mozarteum Quartett, Sigi Finkel und die Gruppen „Joinville" und „Alpha Melisso" nahmen am ersten „JazzEuropa" Festival in Tel Aviv teil, welches gemeinsam mit den Regionalpartnern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn organisiert wurde. Das Duo Erich Hütter (Cello) und Armin Egger (Gitarre) sowie der Organist Konstantin Reymaier traten in Jerusalem und Tel Aviv und in den palästinensischen Autonomiegebieten, Ramallah bzw. Bethlehem, auf.

Von großer Nachhaltigkeit ist die Aufführung des Theaterstücks „Eye Witness" von Yehoshua Sobol über den österreichischen Wehrdienstverweigerer Franz Jägerstätter am Cameri Theater Tel Aviv in der Inszenierung von Paulus Manker. Piotr Szalsza führte am Jiddischen Theater Tel Aviv für „Die Parry-Schwestern" von Michaela Ronzoni Regie. Johannes Pump und Barbara Simoner zeigten eine Bühnenbearbeitung der Novellen „Brief einer Unbekannten" und „Schachnovelle" von Stefan Zweig.

Höhepunkt im Bereich der bildenden Kunst war die Einzelausstellung von Werken Franz Ringels im städtischen Givatayim Theater. Michael Pfeifenberger war „Filmmaker in Residence“ an der Universität in Beer Sheva. Seine Filme „011 Beograd“ und „Thanksgivin'“ wurden in den Cinematheken in Tel Aviv, Jerusalem, Ramallah und Nazareth gezeigt.

Israel und Österreich feierten gemeinsam das Theodor Herzl-Jahr, unter anderem mit einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Herzl einst und jetzt“ in Jerusalem, organisiert vom Zentrum für Österreichische Studien und eröffnet von Staatspräsident a.D. Izhak Navon und Bundesminister Ernst Strasser. In Wien, Budapest und Jerusalem wurden gleiche Gedenkbriefmarken dieses großen Österreichers präsentiert.

Jugendaustauschprogramme wie das seit 1994 jährlich stattfindende „Spurensuchprojekt“ wurden fortgesetzt: Eine Gruppe israelischer Jugendlicher befand sich „auf den Spuren der Vorfahren“ in Österreich; der Gegenbesuch österreichischer Jugendlicher konnte wegen der regionalen Sicherheitslage noch nicht stattfinden.

Die österreichischen Exporte betrugen 142,70 Millionen Euro (+22,5%), die Importe 88,09 Millionen Euro (+5,7%).

Italien
(Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Carlo Azeglio Ciampi	Silvio Berlusconi	Gianfranco Fini (seit 20. November)

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, ÖW**; Mailand – **GK, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Turin, Venedig, Verona – **HK;** Padua – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Arbeitsbesuch (Rom, 6.–7. Oktober); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Ursula Plassnik, Unterzeichnung des europäischen Verfassungsvertrags (29. Oktober); Nationalratspräsident Andreas Khol, Südtirolbesuch anläßlich des 90. Geburtstags von Landeshauptmann a.D. Silvius Magnano (5. Februar) sowie – gemeinsam mit Bundesminister Günther Platter und Abgeordneter zum Nationalrat Ernst Niederwieser – Teilnahme an der SVP-Landesversammlung (Meran, 17. April); Nationalratspräsident Andreas Khol sowie die Klubchefs der im Parlament vertretenen Parteien führten am Rande eines Vatikan-Besuchs auch Gespräche mit dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer, Pierferdinando Casini, und Regionenminister Enrico La Loggia (Rom, 22. April); Nationalratspräsident Andreas Khol sowie Mitglieder des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrats und Mitglieder des Bundesrats, Südtirolbesuch (19.–21. Mai); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Eröffnung der Ausstellung Richard Agreiter (Sankt Martin in Thurn, 16. Juli); Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräche mit dem SVP-Wirtschaftsausschuss (Kaltern, 5. Juni); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Gespräche mit Landesrat Richard Theiner (Bozen, 14. Juni); Staatssekretär Eduard Mainoni, Wirtschaftsgespräche (Turin, 24. November); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme an der gemeinsamen Sitzung der drei Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino (Bozen, 16. Juli); Landeshauptmann Josef Pühringer, Gespräche mit Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 21. Juli); Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme an der Überreichung des Alcide De Gasperi-Preises an Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl (Trient, 19. August); Landeshauptmann Herwig van Staa, Ausstellungseröffnung am Südtiroler Kulturinstitut (Bozen, 30. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Konsultationen mit Generalsekretär Umberto Vattani im Außenministerium (Rom, 7. Oktober);

Besuche in Österreich: Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Präsident der Abgeordnetenkammer Pierferdinando Casini, offizieller Besuch (5.–6. Oktober); Innenminister Giuseppe Pisanu, Teilnahme am Treffen der Innenminister der G-5 mit jenen des „Forum Salzburg“ aus Österreich,

Anhang

Italien, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien (15.–16. April); Verkehrsminister Pietro Lunardi; Unterzeichnung des Abkommens über die Verwirklichung des Brenner Basistunnels mit Bundesminister Hubert Gorbach (30. April); Unterstaatssekretär im Innenministerium Antonio D'Alí, Unterzeichnung des Vertrags über das Trilaterale polizeiliche Kontaktzentrum mit Bundesminister Ernst Strasser und dem slowenischen Innenminister Rado Bohinc (Thörl-Maglern, 14. September); SVP-Parteiobmann Elmar Pichler Rolle und Kammerabgeordneter Siegfried Brugger bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (2. Juli); Landeshauptmann Luis Durnwalder und Landesrat Thomas Widmann bei Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche über den Brennerbasistunnel, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (7.–8. Juli); Südtiroler Landtagspräsidentin Veronika Stirner-Brantsch, Besuch auf Einladung von Nationalratspräsident Andreas Khol (8.–9. Juli); SVP-Parteiobmann Elmar Pichler Rolle, Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Bundespräsident Thomas Klestil (Wien, 10. Juli); SVP-Parteiobmann Elmar Pichler Rolle, SVP-Landessekretär Alexander Mittermair, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Kammerabgeordneter Siegfried Brugger und eine Abordnung von SVP-Landtagsabgeordneten, Teilnahme an Südtirol-Gesprächen (16. September); Landeshauptmann Luis Durnwalder bei Landeshauptmann Jörg Haider (Klagenfurt, 18.–19. November); Landtagspräsidentin Veronika Stirner-Brantsch bei Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsident Andreas Khol (29. November) sowie bei Bundesministerin Ursula Plassnik (1. Dezember); Präsident der Region Friaul-Julisch-Venetien Riccardo Illy, eingeladen vom 3. Präsidenten des Nationalrats Thomas Prinzhorn, Besuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (Wien, 30. November); SVP-Parteiobmann Elmar Pichler Rolle, Landeshauptmann Luis Durnwalder, Kammerabgeordneter Siegfried Brugger sowie Senatorin Helga Thaler-Außerhofer und Mitglied des Europäischen Parlaments Michl Ebner, Antrittsbesuch bei Bundesministerin für auswärtige Angelegeneheiten Ursula Plassnik (3. Dezember).

Im Hinblick auf laufende Universitätsreformen in Österreich und Italien wurde bereits der Text eines weiteren Notenwechsels über gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel paraphiert, Änderungen sowie Ergänzungen unterzogen. Dieser Notenwechsel soll baldmöglichst von beiden Ländern unterzeichnet werden.

Das österreichisch-italienische Abkommen über die Verwirklichung des Brenner-Basistunnels, das zu seinem Inkrafttreten noch der Ratifizierung durch Italien bedarf, wurde in Wien unterzeichnet (30. April).

Anlässlich der XV. Tagung der österreichisch-italienischen Gemischten Kulturkommission (Wien, 4.–6. Februar) wurde ein neues Arbeitsprogramm über die kulturelle Zusammenarbeit für die Jahre 2004 bis 2008 unterzeichnet. Die gleichzeitig tagende Gemischte Unterkommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit verständigte sich auf die Durchführung von 25 Kooperationsprojekten in den Jahren 2004/2005.

Die jeweilige kulturelle Präsenz sowie der kulturelle Austausch zwischen den Nachbarländern Österreich und Italien nehmen einen unvermindert wichtigen Stellenwert ein. Auf dem Filmsektor fanden das Filmfestival „Nuovo Cinema Austria" sowie die „Woche des Österreichischen Films" statt. Beim Festival zeitgenössischer Musik im Rahmen der Biennale Venedig war das Klangforum Wien präsent. Anlässlich des zweitägigen Musikschwerpunkts des KF in Rom gastierten unter anderem die „Capella con Durezza" unter Leitung von Renald Deppe und Mitwirkung des Schriftstellers Bodo Hell. Unterstützt vom Generalkonsulat bzw. KF Mailand organisierte das Da Ponte-Institut Wien die Ausstellung „Salieri auf den Spuren Mozarts", welche anlässlich der Wiedereröffnung der Mailänder Scala präsentiert wurde (7. Dezember). Dem Leben und Werk Gustav Mahlers waren in Zusammenarbeit mit den „Freunden der Accademia di Santa Cecilia" drei Abende am KF in Rom gewidmet. An zeitgenössischen österreichischen SchriftstellerInnen war unter anderem Gert Jonke zu Gast. Ein Robert Musil-Symposium in Rom stieß auf großes Interesse.

Die Beteiligung des KF Rom an dem Großprojekt „Costruire Identità" der Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom (AECER) ermöglichte unter anderem einen Vortrag Hans Holleins über das von ihm entworfene österreichische Botschaftsgebäude in Berlin. Im Rahmen der

von Österreich begründeten „Regionalen Partnerschaft/Plattform Kultur-Mitteleuropa“ fand aus Anlass der EU-Erweiterung an der Staatlichen Universität Mailand die Konferenz „Die Rolle der Städte Mitteleuropas“ statt (6.–7.Mai).

Italien ist traditionell mit einem Anteil von 8–9% an den Gesamtexporten der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Regional betrachtet liegt der Schwerpunkt des österreichischen Handels mit Italien eindeutig im Norden: Rund 80–90% der österreichischen Lieferungen sind für diesen Landesteil bestimmt und auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet sich in diesem Raum.

Die österreichischen Exporte betrugen 7,70 Milliarden Euro (+8,9%), die Importe 6,23 Milliarden Euro (+9,6%).

Jamaika
(Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Percival J. Patterson	Keith D. Knight

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Howard F. H. Cooke

ÖB: siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Gespräche mit Generalgouverneur Sir Howard Cooke, Außenminister Keith Knight, Erziehungsministerin Maxine Henry-Wilson und Wissenschaftsminister Phillip Paulwell (1.–8. Februar).

Eine Zusammenarbeit im Bereich Tourismus-Ausbildung und Hotelmanagement wurde vereinbart.

In Fortführung der langjährigen Forschungskontakte seitens der Universität Wien besuchte Bundesministerin Elisabeth Gehrer das Maroon-Museum in Accompong und überreichte dort eine TV-Anlage samt Videorekorder. Der Besuch von Bundesministerin Gehrer war der erste Besuch eines österreichischen Regierungsmitglieds in Jamaika.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,80 Millionen Euro (+157,1%), die Importe 1,35 Millionen Euro (+30,1%).

Japan
(Japan), Tokio

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kaiser Akihito	Junichiro Koizumi	Nobutaka Machimura

Tokio – **ÖB, AHSt, ÖW, AUA, Wien-Büro;** Osaka – **HGK, AUA;** Fukuoka, Hiroshima, Sapporo, Nagoya – **HK** (letzteres soll aufgrund des Ablebens des Titulars neubesetzt werden)

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräche mit dem Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie Shoichi Nakagawa, Minister für Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik Heizo Takenaka, Landwirtschaftsminister Yoshiyuki Kamei, Vizeaußenminister Ichiro Aisawa sowie mit hohen Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, darunter der Präsident des Industrieverbands, Keidanren Hiroshi Okuda (März).

Den Höhepunkt der diesjährigen musikalischen Präsenz Österreichs in Japan bildete ein Gastspiel der Wiener Staatsoper unter der musikalischen Leitung von Seiji Ozawa sowie der Wiener

Anhang

Philharmoniker. Mit Thomas Novohradsky als Leiter des neuen Tokioter Opernhauses und Christian Arming als Chefdirigent des New Japan Philharmonic Orchestra haben nunmehr zwei Österreicher leitende Positionen im japanischen Musikbetrieb inne.

Rund 500 Auftritte österreichischer MusikerInnen und Ensembles fanden statt, die den Ruf Österreichs als Kulturnation im japanischen Bewusstsein weiter gefestigt haben. Es traten vermehrt junge österreichische MusikerInnen, der „Neuen Musik/Improvisationsmusik/ Avantgarde/Computermusik“ in Clubs in den Großräumen Tokio, Osaka und Nagoya auf.

In Zusammenarbeit mit großen japanischen Museen wurden prestigereiche Ausstellungen österreichischer Museen im Bereich der traditionellen bildenden Kunst in Japan gezeigt, darunter eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums Wien über flämische Malerei und Meisterwerke aus der Ägyptisch-Orientalischen Sammlung. Das KF veranstaltete Ausstellungen zeitgenössischer KünstlerInnen wie z.B. des in Japan lebenden Anton Manabe, Silvia Grossmann und Kurt Straznicky.

Aktuelle Literaturentwicklungen wurden im Rahmen des Seminars zur österreichischen Gegenwartsliteratur diskutiert, das sich mit den Werken des Schriftstellers Josef Winkler auseinandersetzte.

Rund 35 österreichische Vortragende an Universitäten – vorwiegend in den Fachgebieten Germanistik und Deutsch als Fremdsprache – leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung österreichischer Kultur. Auf technisch-naturwissenschaftlichem Gebiet findet ein kontinuierlicher Austausch von Gastprofessoren und WissenschafterInnen statt.

Japan ist für Österreich einer der wichtigsten überseeischen Handelspartner. Trotz der stärkeren Bewertung des Euros gegenüber dem Yen konnte sich Österreichs Wirtschaft gut behaupten. Die österreichischen Exporte betrugen 1,05 Milliarden Euro (+22,9%), die Importe 1,99 Milliarden Euro (+10,2%).

Jemen
(Republik Jemen), Sana’a

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ali Abdullah Saleh	Abdul Kader Bajammal	Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi

ÖB: siehe Oman; Sana’a – **HK; AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Bundesrats Anna Elisabeth Haselbach, auf Einladung des Präsidenten des Shoora Council Abdul Aziz Al Ghani, offizieller Besuch in Begleitung der vier Fraktionsführer bzw. deren Stellvertreter, halbstündige Audienz der Präsidentin des Bundesrats Anna Elisabeth Haselbach bei Staatschef Ali Abdullah Saleh, Unterzeichnung eines Protokolls zwischen dem Bundesrat und dem Shoora Council der Republik Jemen. (3.–8. Dezember).

Besuche in Österreich: Erstmals stattete ein stellvertretender jemenitischer Außenminister Österreich einen Arbeitsbesuch ab (29. Juli).

Die Stadt Wien veranstaltete als Weiterverfolgung zum offiziellen Besuch des Bürgermeisters von Sana’a Kohlani ein Abfall- und Wasserentsorgungsseminar, wobei die Wiener Delegation Gast der Stadt Sana’a war. Das Seminar wurde mit den LeiterInnen der jeweiligen Magistratsabteilungen unter Beiziehung eines Simultandolmetschers erfolgreich abgehalten (26. April).

Die Stadt Wien hat ein Mikroprojekt betreffend das Leprosorium in der Stadt Taiz abgeschlossen. Mit rund 12.000 US-Dollar wurden alle Betten, die Nachttischchen sowie Matratzen für die Kranken erneuert. Österreich erlangte durch diese humanitäre Initiative der Stadt Wien großes Ansehen (April).

Länderinformationen

Die Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen veranstaltete eine Ausstellung im Kulturhaus der Stadt Sana'a unter Teilnahme der österreichischen KünsterInnen Linde Waber, Martha Jungwirth und Valentin Oman (4. Dezember).

In der Arabischen Kulturhauptstadt 2004 Sana'a fand die Veranstaltung „MOCHA MOKKA" statt. Barbara Putz-Plecko von der Universität für Angewandte Kunst und Sini Coreth organisierten diesen interkulturellen Dialog sowie die diesbezüglichen Ausstellungen, an welcher auch zwei jemenitische KünstlerInnen teilnahmen (18.–19. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 12,21 Millionen Euro (+68,9%), die Importe 64.000 Euro (+288,7%).

Jordanien
(Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. bin Al-Hussein	Faisal Fayez	Hani Mulki

Amman – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser, Gespräche mit König Abdullah und Innenminister Samir Habashneh (13.–14. März); Zweite Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer; Europaabgeordneter Hannes Swoboda, Minister a.D. Ferdinand Lacina und Peter Jankowitsch zur Teilnahme am Seminar „Europe and the Arab Region: A New Relationship?" (2.–3. Oktober).

Besuche in Österreich: Prinz Hassan bin Talal, Teilnahme am Trilog Salzburg (5.–7. August) und Ordensverleihung durch Bundespräsident Heinz Fischer (15. Oktober); Bürgermeister von Amman mit hohen Beamten auf Einladung des Bundesministeriums für Inneres.

Vier österreichische Polizisten sind seit Ende November 2003 als Ausbildner irakischer Polizisten im Rahmen einer internationalen Kooperation in Jordanien im Einsatz.

Das Hilfswerk Austria präsentierte und begann mit der Implementierung eines teils aus EU, teils aus ADA-Mitteln finanzierten Projekts „Nachhaltiges Wasser-Management auf Farm-Ebene mit partizipatorischem Ansatz in Jordanien und Palästina" (21. Juni).

Im Rahmen des EU-Filmfestivals in Amman fand die Vorführung von „Meine Schwester das Biest" statt (11. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 29,39 Millionen Euro (+25,2%), die Importe 462.000 Euro (–56,3%).

Kambodscha
(Königreich Kambodscha), Phnom Penh

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni (seit 29. Oktober)	Hun Sen	Hor Namhong

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Ein Investitionsschutzabkommen mit Kambodscha wurde unterzeichnet (17. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 450.000 Euro (–63,1%), die Importe 22,39 Millionen Euro (+35%).

Anhang

Kamerun
(Republik Kamerun), Jaunde

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Peter Mafany Musonge	Francois-Xavier Ngoubeyou

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 1,84 Millionen Euro (–40,2%), die Importe 5,99 Millionen Euro (+13,4%).

Kanada
(Kanada), Ottawa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Paul Martin	Pierre Pettigrew
vertreten durch: Generalgouverneurin Adrienne Clarkson		

Ottawa – **ÖB;** Toronto – **HGK, AHSt, ÖW;** Montréal – **HGK, AHSt;** Vancouver – **HGK;** Calgary, Halifax, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Gespräche von General i.R. Günther Greindl im Zuge des SHIRBRIG-Vorsitzes Österreichs (10.–11. Februar); Vizekanzler a.D. und EU-Stabilitätspaktkoordinator Erhard Busek (Ottawa und Edmonton, 23.–24. März); Vorsitzende des österreichischen Biomasseverbands Heinz Kopetz, Gespräche mit VertreterInnen der Provinz Manitoba (Winnipeg, 28.–31. August); Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme an der Generalversammlung der ICAO in Montréal; bilaterale Gespräche (Ottawa und Québec, 27. September bis 4. Oktober); Generalstabschef Roland Ertl, Gespräche mit kanadischem Generalstabschef Raymond Henault (17.–19. Oktober); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der 2. Konferenz der Regierungschefs der Partnerregionen (Québec, 8.–10. Dezember).

Besuche in Österreich: Wirtschafts- und Handelsminister der Provinz Ontario Joe Cordiano, Gespräche in der Europazentrale von Magna (Graz, 25. Jänner); Interministerielle Delegation kanadischer SpitzenbeamtInnen (29.–30. April); Vize-Premier und Ministerin für internationale Beziehungen der Provinz Québec Monique Gagnon-Tremblay, Gespräche mit VertreterInnen des Landes Oberösterreich (Linz. 22.–24. Juli); Generalgouverneurin Adrienne Clarkson bei den Salzburger Festspielen (5.–7. August); Premiers von Nunavut Paul Okalik, Besuch in Wien und Innsbruck (3.–6. Oktober).

Das Wirth Institut für Österreichische und Mitteleuropäische Studien an der Universität Alberta organisierte zwei Veranstaltungen: das Grillparzer-Seminar und das EU-Erweiterungs-Symposium. An dem EU-Symposium nahm Vizekanzler a.D. Erhard Busek teil. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Fotoausstellung von Cathrine Stukhard über das Konzentrationslager Mauthausen dar, welche im Holocaust-Zentrum von Toronto gezeigt wurde. Sie fand innerhalb der jüdischen Gemeinde ein großes Echo. Neben diesen Großprojekten fanden zahlreiche Veranstaltungen im Bereich Musik, Literatur und bildende Kunst statt.

Die Leiterin des Zentrums für Kanada-Studien an der Universität Innsbruck, Universitätsprofessorin Ursula Mathis-Moser, wurde für ihre Arbeiten mit dem Jean-Éthier Blais Preis ausgezeichnet.

Kanada wies mit einem Wirtschaftswachstum von 3% und einem substanziellen Budget-Überschuss solide volkswirtschaftliche Eckdaten auf und nimmt im direkten Vergleich mit den anderen G-7-Ländern eine Spitzenposition ein.

Länderinformationen

Rund 80 österreichische Tochtergesellschaften bzw. Konzernbetriebe haben sich in Kanada angesiedelt, davon 28 Produktionsniederlassungen. Über diese Unternehmen wird der Großteil des Handelsaustauschs abgewickelt (rund 60% der österreichischen Exporte). Andererseits nutzen kanadische Großkonzerne wie Magna und Bombardier, im IT-Bereich Nortel, Cognos und Arithmetics, den Standort Österreich als Standbein ihrer Europaaktivitäten.

Die österreichischen Exporte betrugen 759,55 Millionen Euro (+27,8%), die Importe 290,12 Millionen Euro (–11,1%).

Kap Verde
(Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pedro Pires	José Maria Pereira das Neves	Victor Manuel Barbosa Ramos

ÖB: siehe Senegal; Praia – **Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Geschäftsführer der ADA Michael Linhart, zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch (Oktober).

Kap Verde ist Kooperationsland der OEZA. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf die Bereiche Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben, Bildung und Ausbildung sowie Stärkung der ländlichen Gemeinden der Hauptinsel Santiago im Management der knappen Wasserressourcen und im Dezentralisierungsprozess.

Die österreichischen Exporte betrugen 237.000 Euro (–76,9%), die Importe 7.000 Euro (+255,9%).

Kasachstan
(Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Daniel Achmetow	Kasymschomart Tokajew

Wien – **ÖB;** Almaty – **HK, Österreichbibliothek; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Staatssekretär Franz Morak (8.–9. August); Sonderbeauftragter des Ministers für Wirtschaft und Arbeit Franz Ceska, Besuch im Zusammenhang mit der geplanten Wiederaufnahme des AUA-Linienverkehrs (9.–14. Februar).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Nursultan Nasarbajew in Begleitung von Außenminister Kasymschomart Tokajew, Minister für Industrie und Handel Adilbek Dschaksybekow und Minister für Energiewirtschaft und mineralische Ressourcen Wladimir Schkolnik (9.–11. September).

Anlässlich des Ministerrats der OSZE (6.–7. Dezember) in Sofia traf Bundesministerin Ursula Plassnik mit Außenminister Kasymschomart Tokajew zusammen.

Zwei ÖsterreicherInnen waren bei der EU-Delegation tätig. Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung in Reichenau ein Seminar „Facing the Terrorist Challenge – Central Asia's Role in Regional and International Cooperation" unter Berücksichtigung kasachischer Aspekte durchgeführt (5.–8. November).

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kasachstan über die wirtschaftliche, landwirtschaftliche, ökologische, industrielle, techni-

sche und technologische Zusammenarbeit sowie das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wurde unterzeichnet (10. September), das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Kasachstan über die Förderung und den Schutz von Investitionen paraphiert (9. September).

Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Österreich stellte den stellvertretenden Leiter der BOMCA-Vertretung in Bischkek.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich waren der Besuch von Bundesministerin Elisabeth Gehrer und Staatssekretär Franz Morak die Höhepunkte. Dabei wurde die Aufnahme von drei kasachischen Universitäten in das Österreichisch-Asiatisch-Pazifische Universitätsnetzwerk beschlossen. Im Bereich der schwerpunktmäßigen Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor mit der Österreich-Bibliothek in Almaty sind insbesondere die Lesung von Petra Nagenkögel und die Entsendung einer Deutschpraktikantin hervorzuheben. In Wallsee fand die erste österreichisch-zentralasiatische Sommerakademie für Druckgrafik unter kasachischer Beteiligung statt (Mai). Bundesministerin Elisabeth Gehrer und Botschafterin Heidemaria Gürer wurde die Ehrenprofessur an der Universität für Internationale Beziehungen und Fremdsprachen in Almaty verliehen. Der Rektorin dieser Universität, Salima Kunanbajewa, und der Leiterin der Österreichbibliothek, Bachyt Spikbajewa, wurde das Österreichische Ehrenkreuz erster Klasse für Wissenschaft und Kunst verliehen.

Mit Hilfe von OZA Mitteln besuchte eine österreichische NGO- und Jugenddelegation Kasachstan (7.–10. Mai). Eine österreichische NGO erhielt im Rahmen der neuen OZA/NGO-Linie den Zuschlag zur Durchführung eines Frauenprojekts. Das zweite gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kasachischer Beteiligung fand in Wien statt (28. Juni bis 9. Juli).

Die Regionalleitung für die SOS-Kinderdörfer in Zentralasien in Almaty obliegt einem Österreicher.

Die österreichischen Exporte betrugen 95,21 Millionen Euro (+10%), die Importe 456,40 Millionen Euro (+111,3%).

Katar
(Staat Katar), Doha

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Abdullah Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani

ÖB: siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission mit 25 österreichischen FirmenvertreterInnen besuchte Doha (2.–4. März).

Die österreichischen Exporte betrugen 24,81 Millionen Euro (+89,2%), die Importe 192.000 Euro (+179,7%).

Kenia
(Republik Kenia), Nairobi

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Chirau Ali Mwakwere (seit 30. Juni)

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Länderinformationen

Kenia ist Kooperationsland der OEZA mit den Schwerpunkten Wasserversorgung (mit der lokalen NGO – Kenya Water for Health Oragnisation – KWAHO) und Demokratieförderung. Die langjährige institutionelle Kooperation zwischen Universitäten in Kenia (Moi University Eldoret – www.mu.ac.ke, Egerton University – www.egerton.ac.ke und University of Nairobi – www.uonbi.ac.ke) und Österreich (vor allem Universität für Bodenkultur Wien – www.boku.ac.at) wurden fortgeführt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von 18 Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die Marionettengruppe „Karin Schäfer Figurentheater" nahm am 2. Internationalen Marionettenfestival teil (Februar). Drei klassische Klavierkonzerte des Wiener Professors Paul Stejskal fanden statt (April). Im Rahmen des Bergfilmfestivals der Alpenländer nahm der Innsbrucker Geographieprofessor Andreas Erhard mit einem Vortrag zum nachhaltigen Bergtourismus teil und leitete weiters einen Workshop zu diesem Thema (September). Die auf die 70-er Jahre zurückgehende Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kenia im Bereich der Bergrettung konnte durch einen Trainingskurs eines Tiroler Bergführers am Mount Kenya wieder aufgefrischt werden.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,59 Millionen Euro (–32,4%), die Importe 3,81 Millionen Euro (–40,7%).

Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Askar Akajew	Nikolaj Tanajew	Askar Aijtmatow

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Staatssekretär Franz Morak (9.–12. August).

Besuche in Österreich: Grenzschutzminister Kalmurat Sadijew (21.–26. März); Bildungsminister Mustafa Kidibajew (1. Dezember).

An der OSZE-Mission in Bischkek war ein Österreicher tätig. Der stellvertretende Leiter der OSZE Akademie in Bischkek ist ebenfalls Österreicher.

Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Österreich stellte den stellvertretenden Leiter der BOMCA-Vertretung in Bischkek. Zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen und dem kirgisischen Gesundheitsministerium wurde ein Expertenaustausch beschlossen.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich waren der Besuch von Bundesministerin Elisabeth Gehrer und Staatssekretär Franz Morak sowie der Gegenbesuch von Bildungsminister Mustafa Kidibajew die Höhepunkte. Dabei wurde die Aufnahme von vier kirgisischen Universitäten in das Österreichisch-Asiatisch-Pazifische Universitätsnetzwerk, die österreichische Mithilfe bei der Restrukturierung von ländlichen Schulen, die Gründung eines bilateralen geografischen Informationszentrums an der Universität für Bau, Transport und Architektur in Bischkek sowie die gegenseitige Durchführung von Kulturwochen beschlossen. Staatssekretär Franz Morak eröffnete eine Ausstellung über die erste österreichisch-zentralasiatische Sommerakademie für Druckgrafik, die im Mai in Wallsee unter kirgisischer Beteiligung stattgefunden hatte. Im Bereich der schwerpunktmäßigen Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor sind insbesondere die Lesung von Petra Nagenkögel und die Entsendung eines Deutschpraktikanten hervorzuheben.

Das zweite gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter kirgisischer Beteiligung fand in Wien statt (28. Juni–9. Juli). Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung in

Anhang

Reichenau ein Seminar „Facing the Terrorist Challenge – Central Asia's Role in Regional and International Cooperation" unter Berücksichtigung kirgisischer Aspekte durchgeführt (5.–8. November).

Mit Hilfe von OZA-Mitteln besuchte eine österreichische NGO- und Jugendorganisation Kirgisistan (11.–15. Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,86 Millionen Euro (–41,1%), die Importe 218.000 Euro (+135,2%).

Kiribati
(Republik Kiribati), Tarawa

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister

Anote Tong

ÖB, AHSt: siehe Australien

Kolumbien
(Republik Kolumbien), Bogotá

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Alvaro Uribe Vélez	Carolina Barco Isakson

Bogotá – **ÖB;** Baranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK; AHSt:** siehe Venezuela

Die Verhandlungen eines Abkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit konnten beendet werden. Verhandlungen fanden auch zu einem Memorandum of Understanding zur Förderung von Projekten im Rahmen des Clean Development Mechanism statt.

Zahlreiche österreichische NGOs sind im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Zwei der wichtigsten Projekte widmen sich der Stärkung der Verwaltungs- bzw. Erziehungsstrukturen indigener und afrokolumbianischer Bevölkerungsgruppen.

Der Supermarktkette Carrefour Colombia wurde in Wien der unter anderem von der Stadt Wien und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gestiftete „UN Vienna Civil Society Award" (Anerkennungspreis) für das Engagement beim Vertrieb von Produkten, die wirtschaftliche Alternativen zum Kokaanbau darstellen, verliehen (November).

Die Ausstellung „Innovative Austrian Architecture" wurde in Ibagué gezeigt (Jänner-Februar). Österreich nahm an dem in Bogota und anderen größeren Städten Kolumbiens laufenden EU-Filmfestival mit dem Spielfilm „Suzie Washington" teil (April bis Mai). Eine Konzerttournee der Neuen Wiener Concertschrammeln (Bogotá, Cúcuta, Medellín) stieß auf große Resonanz (September).

Renate Winter, Richterin am VN-Tribunal für Sierra Leone und VN-Expertin für Fragen der Jugendkriminalität, nahm an Veranstaltungen zu Fragen der Reintegration demobilisierter Angehöriger der illegalen Gruppen teil (Februar). Im Rahmen eines von Österreich mitfinanzierten Projekts von UNODC besuchte ein österreichischer Experte für EDV-unterstützte Kartografie der Universität für Bodenkultur Kolumbien. Univ. Prof. Gerhard Drekonja nahm an einem Seminar zu den europäisch-kolumbianischen Beziehungen teil (Oktober).

Zwei KandidatInnen erhielten Stipendien des Österreichischen Austauschdiensts (ÖAD) bzw. für den European University Center for Peace Studies (EPU) in Stadtschlaining.

Österreich war mit einem Gruppenstand (sechs Firmen) bei der Internationalen Industriemesse in Bogota vertreten.

Die österreichischen Exporte betrugen 34,35 Millionen Euro (+27,8%), die Importe 14,06 Millionen Euro (–12,5%).

Demokratische Republik Kongo (Demokratische Republik Kongo), Kinshasa

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Joseph Kabila	Ramazani Baya (seit 23. Juli)

ÖB: siehe Kenia; Kinshasa – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 661.000 Euro (–29,2%), die Importe 315.000 Euro (+1,5%).

Kongo (Republik Kongo), Brazzaville

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Denis Sassou-Nguesso	Rodolphe Adada

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 2,82 Millionen Euro (+87,4%), die Importe 1,42 Millionen Euro (+144,6%).

DVR Korea (Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang

Staatsoberhaupt (informell)	Regierungschef	Außenminister
Kim Jong Il (in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission)	Pak Pong Ju	Paek Nam Sun

ÖB, KF, AHSt: siehe China

Drei österreichische Musiker nahmen am 22. Freundschaftskunstfestival in Pjöngjang teil (April). Dem Deutschen Lesesaal in Pjöngjang wurde eine Bücherspende zur Verfügung gestellt (September). Anlässlich des Internationalen Filmfestivals in Pjöngjang wurde der österreichische Filmbeitrag „Jenseits des Krieges“ von Ruth Beckermann gezeigt (12.–20. September).

Die österreichischen Exporte betrugen 4,32 Millionen Euro (+164,1%), die Importe 1,03 Millionen Euro (–20,4%).

Korea (Republik Korea), Seoul

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Roh Moo-hyun	Lee Hae-chan	Ban Ki-moon

Seoul – **ÖB, AHSt**

Anhang

Besuche aus Österreich: Bundesminister Karl-Heinz Grasser, 37. Jahrestagung des Gouverneurrats der asiatischen Entwicklungsbank (Jeju, 14.–17. Mai); Delegation des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, 8. Sondertagung des Gouverneurrats des Globalen Ministerforums Umwelt der UNEP (Jeju, 29.–31. März); Parlamentsrat Wolfgang Engeljehringer, Teilnahme am 26. Internationalen Kongress für Verwaltungswissenschaften (Juli); Wiener Stadtrat für Kultur und Wissenschaft Andreas Mailath-Pokorny, Teilnahme an der Konferenz des Internationalen Muesuemsrats (ICOM) (7.–8. Oktober); Rektor der TU Graz Univ.-Prof. Hans Sünkel, an der Daejeon/Chungnam National University (November).

Besuche in Österreich: Premierminister Lee Hae-chan, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Höflichkeitsbesuche bei Bundespräsident Heinz Fischer sowie Nationalratspräsident Andreas Khol, Wirtschaftspräsentation mit dem Präsidenten der WKÖ Christoph Leitl (16.–18. Oktober); Vize-Premierminister und Minister für Wissenschaft und Technologie Oh Myung, Gespräch mit Vizekanzler Hubert Gorbach (19. November); Vize-Minister für Information und Kommunikation Kim Chang-kon, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Helmut Kukacka (8.–10. Mai); Beamtendelegation aus dem Büro des Premierministers sowie aus diversen Ministerien, Gespräche im Bundesministerium für Inneres (5. August); Parlamentarierdelegation/Bau- und Transportausschuss Treffen mit Staatssekretär Helmut Kukacka (8.–10. August); Vorsitzender des „Board of Audit and Inspection“, Jeon Yun-churl, INTOSAI- Seminar bzw. Präsidiumssitzung (April bzw. Juni); President der Korea National Police University Lee Sang-eop, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für Inneres (September); Commissioner of Korea Customs Service Kim Yong-tuk, Gespräch im Bundesministerium für Finanzen (Oktober).

Das Kooperations- bzw. akademische Austauschabkommen zwischen den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universität Graz und der Chungnam National University in Daejeon bzw. der TU Graz und des Architekturinstituts der Chungnam National University wurde unterzeichnet (Juni).

Die österreichischen Künstler Alois Schild und Gebhard Schatz nahmen am „Nine Dragon Heads Foundation“ – Symposium „Beautiful Garbage“ am Daecheong Lake und an einer Ausstellung in Cheongju teil. Das Straßenbewegungstheather „vis plastica“ gastierte im Rahmen der Gwangju-Biennale bzw. des Gwacheon-Theaterfestivals sowie die Tiroler Musikgruppe „Comin’ and Goin“ beim World Culture Open – Festival 2004 in Seoul. Ferner fanden Konzerte von den Wiener Philharmonikern, der Violistin Lidia Baich, des Strauss Festival Orchestra Vienna, der Joseph Haydn-Gesellschaft Korea unter Dirigent Bernd Gradwohl sowie das Frühjahrs- und Herbstkonzert der Schubert-Gesellschaft statt. Die „Publikumsbeschimpfung“ von Peter Handke und die „Rozznjogd“ von Peter Turrini wurden aufgeführt. Das österreichische Ensemble „Sound-INN-Brass-Austria“ nahm am Brass-Festival in Jeju, Constanze Ruhm und Muntean/Rosenblum nahmen an der Busan Biennale 2004 teil. Zum vierten Mal fand der Wien-Ball im Paradise Hotel in Busan statt (27. November).

Die Außenhandelsstelle nahm mit einem Informationsstand an der internationalen Ausstellung „Trade Services Show“ teil (Februar). Der jährliche Tourismusworkshop in Kooperation mit der Österreich-Werbung sowie unter Teilnahme von zehn österreichischen Reiseveranstaltern und mehr als 100 koreanischen Teilnehmern fand in Seoul statt (März). Ein österreichisches Wein-Symposium wurde gemeinsam mit der österreichischen Weinmarketing GmbH durchgeführt. In Kooperation mit der Austrian Automotive Association fand eine Präsentation der österreichischen Automobilzulieferindustrie beim koreanischen Autohersteller KIA sowie bei KAMA (Korean Automobile Manufacturers Association) und Hyundai Mobis statt.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Korea entwickelten sich dynamisch. Die österreichischen Exporte betrugen 387,65 Millionen Euro (+15%), die Importe 689,54 Millionen Euro (+34,7%).

Länderinformationen

Kroatien
(Republik Kroatien), Agram

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Stjepan Mesić	Ivo Sanader	Miomir Žužul

Agram – **ÖB, KF, AHSt, AUA;** Rijeka – **HK;** Split – **HK;** Dubrovnik – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Arbeitsbesuch bei Präsident Stjepan Mesić, Gespräche mit Ministerpräsident Ivo Sanader und Parlamentspräsident Vladimir Šeks (27. Oktober); Vizekanzler Hubert Gorbach, Arbeitsbesuch bei Vize-Ministerpräsident Andrija Hebrang und Minister für Seewesen, Tourismus, Verkehr und Entwicklung Božidar Kalmeta, Höflichkeitsbesuche bei Ministerpräsident Ivo Sanader und Parlamentspräsident Vladimir Šeks, Teilnahme am „Österreichischen Wirtschaftstisch" gemeinsam mit dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum Branko Vukelić (14.–15. Juli); Bundesministerin Karin Miklautsch bei Justizministerin Vesna Škare-Ožbolt, Arbeitsbesuch, Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding über die bilaterale Zusammenarbeit im Justizbereich (28.–29. Oktober); Arbeitsbesuch von Staatssekretär Franz Morak bei Kulturminister Božo Biškupić in Split und auf Brač (13.–15. Mai); Staatssekretär Alfred Finz zur Statuspräsentation des unter österreichischer Leitung stehenden Twinning-Projekts „Integrated Border Management – Enhancing Interagency Cooperation" gemeinsam mit dem Staatssekretär im kroatischen Innenministerium Ivica Buconjić, Gespräch mit Finanzminister Ivan Šuker (15. Dezember); Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Arbeitsbesuch bei der Ministerin für Europäische Integration Kolinda Grabar Kitarović, Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Ivo Sanader (1. Juni); Nationalratsabgeordnete Elisabeth Scheucher und Landesrat Georg Wurmitzer, Gespräche mit Präsident Stjepan Mesić und Ministerpräsident Ivo Sanader (11. Februar); Landesrat Univ.-Prof. Gerald Schöpfer, Eröffnung des von der Steiermärkischen Landesregierung ko-finanzierten International Business Center Zagreb (12. November); Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz zur 50. Jahresfeier der Österreichischen Außenhandelsstelle Zagreb (1. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle zu bilateralen Konsultationen mit dem Staatssekretär im Außenministerium Hidajet Biščević (17. September); Außenminister und Vizekanzler a.D. Alois Mock, Besuch in Dubrovnik, Osijek und Koprivnica (27. August–4. September); Vizekanzler a.D. Josef Riegler zum IX. Kroatischen Forum (21.–22. Oktober).

Besuche in Österreich: Präsident Stjepan Mesić, Teilnahme am Staatsbegräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Parlamentspräsident Vladimir Šeks, offizieller Besuch bei Nationalratspräsident Andreas Khol, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Besuch des Burgenländischen Landtags sowie Begegnung mit Vertretern der kroatischen Minderheit in Eisenstadt (8.–10. März); Parlamentspräsident Vladimir Šeks und Delegation, Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten auf dem Bleiburger Feld (16. Mai); Ministerpräsident Ivo Sanader in Begleitung von Kulturminister Božo Biškupić, Teilnahme am Wiener Opernball auf Einladung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Besuch der kroatischen Minderheit in Oslip sowie der Gedenkstätte auf dem Bleiburger Feld (19.–20. Februar), Teilnahme an den Studientagen der EVP-ED-Fraktion auf Einladung des Mitglieds des Europäischen Parlaments Othmar Karas (23.–24. März); Ministerpräsident Ivo Sanader und Kulturminister Božo Biškupić, Teilnahme an der „Wallfahrt der Völker" (Mariazell, 23. Mai); Ministerpräsident Ivo Sanader zur Feier anlässlich des 70. Geburtstags von Außenminister und Vizekanzler a.D. Alois Mock (8. Juni); Ministerpräsident Ivo Sanader, Ministerin für europäische Integration Kolinda Grabar Kitarović, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum Vladimir Vranković sowie Staatssekretär im Ministerium für Seewesen, Tourismus, Verkehr und Entwicklung Dražen Breglec, Teilnahme an der vom Europäischen Forum Alpbach und der WKÖ organisierten Veranstaltung zum Thema „Kroatien – Österreich – Europa" (5.–7. Dezember); Außenminister Miomir Žužul, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (16. Februar) sowie als deren Gast auf dem Wiener Opernball (19. Februar), Teilnahme an der

Anhang

vom Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) und dem Renner-Institut organisierten Veranstaltung zum Thema „Die neuen Erweiterungskandidaten: Rumänien, Bulgarien, Kroatien?“ (7. Mai), Gastredner auf dem 10. Europaforum Wachau in Göttweig (4.–6. Juni), Arbeitsgespräch und Besuch der Salzburger Festspiele auf Einladung von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (23.–24. Juli), Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik (8. November); Gegenbesuch von Verteidigungsminister Berislav Rončević bei Bundesminister Günther Platter (21.–22. April); Justizministerin Vesna Škare-Ožbolt, Teilnahme an der 13. Tagung der Konvention der Vereinten Nationen über Verbrechensbekämpfung und Strafjustiz (12. Mai), Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Karin Miklautsch (29. Juni); Innenminister Drago Mlinarić, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Ernst Strasser (17. September); Minister für Wissenschaft, Bildung und Sport Dragan Primorac, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Elisabeth Gehrer (29. September), Teilnahme am Kroatientag im Rahmen der Grazer Herbstmesse gemeinsam mit der Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum Tajana Kesić-Šapić und dem Beigeordneten Minister im Ministerium für europäische Integration Davor Čilić (5. Oktober); Kulturminister Božo Biškupić, Eröffnung der Edo Murtić Ausstellung (5. Oktober); Minister für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum Branko Vukelić und Staatssekretärin für europäische Integration Marija Pejičinović Burić, Teilnahme am 7. Wirtschaftstag Kroatien, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein (18.–19. Oktober); Staatssekretärin im Ministerium für Europäische Integration Marija Pejčinović Burić, Konsultationen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (3. Juni); Staatssekretär im Außenministerium Hidajet Biščević, bilaterale Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22. Juni); Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmertum Vladimir Vranković, Teilnahme an der Investment Compact Konferenz auf Einladung von Bundesminister Martin Bartenstein (8.–9. Juli); Staatssekretär im Außenministerium Gordan Bakota, bilaterale Konsultationen im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (30. September); Teilnahme des Staatssekretärs für Kultur Jadran Antolović am 16. Europäischen Film- und Fernsehforum (25.–27. November); Delegation unter der Leitung der Beigeordneten Ministerin im Kulturministerium Goranka Horijan zu bilateralen Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Kulturabkommens (28.–29. September); Besuch einer Delegation der kroatischen Zollverwaltung unter der Leitung des Zollgeneraldirektors Mladen Barišić (13.–14. Mai); kroatische Delegation der Gespanschaft Brodsko-Posavska unter der Leitung von Župan Mato Dorić, Besuch der Wirtschaftskammer Kärnten in Klagenfurt (24. Februar); Teilnahme des Župans von Küstenland-Gorski Kotar Zlatko Komadina und des Präsidenten des Gespanschaftsparlaments Marinko Dumanić an der Generalversammlung des Parlaments europäischer Regionen (25. November); Stellvertretender Gouverneur der Kroatischen Nationalbank Boris Vujčić zur Teilnahme an der 9. Euromoney Konferenz (13. Jänner); Kardinal Božanić, Teilnahme am Begräbnis von Kardinal Franz König (27. März).

Aufgrund des Erkenntnisses des kroatischen Verfassungsgerichtshofs, dass Ausländer bei der Entschädigung für Enteignungen nicht diskriminiert werden dürfen, wurde das „Entschädigungsgesetz“ vom 11. Oktober 1996 am 5. Juli 2002 novelliert. Ausländer sind nunmehr grundsätzlich anspruchsberechtigt; die Antragsfrist betrug sechs Monate und lief am 4. Jänner 2003 aus. Aus kroatischer Sicht ist jedoch der Abschluss eines bilateralen Vertrages zwischen Österreich und Kroatien Voraussetzung dafür, dass Österreicher in den Genuss der in der Novelle vorgesehenen Rechte kommen können. Die Fortsetzung der im Jahr 2003 begonnenen bilateralen Expertengespräche, welche zur Klärung der offenen Fragen führen sollen, wurde trotz intensiver österreichischer Bemühungen noch nicht erreicht.

Das bilaterale Kulturabkommen wurde durch Staatssekretär Franz Morak und dem kroatischen Kulturminister Božo Biškupić in Wien unterzeichnet (5. Oktober). Das bilaterale Katastrophenschutzabkommen wurde durch Bundesminister Ernst Strasser und dem kroatischen Innenminister Drago Mlinarić in Wien unterzeichnet (17. September).

Bilaterale Konsularkonsultationen wurden in Wien abgehalten (30. September). Der Titular des HK Rijeka wurde zum HGK ernannt; die Vorbereitungen für die Errichtung eines HK in Pula sind im Laufen.

Länderinformationen

Mit zwölf Kroatisch-Österreichischen Gesellschaften in Kroatien und der Gemeinschaft der Österreicher in Kroatien wurde die bestehende intensive Zusammenarbeit fortgesetzt.

Im Rahmen der österreichischen OZA lag der Schwerpunkt auf der Entwicklung eines integrierten Tourismusförderungsprojekts in der Region Ostslawonien (Gesamtvolumen 600.000 Euro). Ein Flüchtlingsrückkehrprojekt in Vukovar/Ostslawonien (500.000 Euro) wurde durch das Hilfswerk Austria abgeschlossen, ein Projekt zur Menschenrechtsausbildung an kroatischen Universitäten fortgesetzt (145.000 Euro). Die wirtschaftspolitische Beratung des kroatischen Präsidenten Stjepan Mesić und seines Kabinetts durch das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) wurde um ein weiteres Jahr verlängert. Kroatien profitiert auch von einer Reihe regionaler Projekte im Bildungsbereich, z.B. „Eco-Net“ zum Aufbau eines südosteuropaweiten Netzwerks von so genannten „Übungsfirmen“ an Wirtschaftsschulen und dem Projekt „Tour-Net“ zur Förderung der Ausbildung im Tourismusbereich. Aus dem österreichischen Minenaktionsprogramm wird ein Entminungsprojekt im Raum Karlovac mit 329.072 Euro unterstützt, das durch Beiträge des Rotary Club Wien-Nord, des International Trust Fund for Demining und der Republik Kroatien ein Gesamtvolumen von rund 1,2 Millionen Euro aufweist. Für ein weiteres Entminungsprojekt in der Gespanschaft Vukovar-Srijem wurde von österreichischer Seite ein Betrag von 350.000 Euro zur Verfügung gestellt, welcher vom International Trust Fund for Demining und Croation Mine Action Center (CROMAC) jeweils verdoppelt wurde und nunmehr ebenfalls 1,2 Millionen Euro beträgt. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten unterstütze drei vom OSZE Feldbüro in Korenica vorgeschlagene Projekte im Bereich der kleingewerblichen Entwicklung in der Region Lika-Plitvitzer Seen mit insgesamt 12.000 Euro sowie den Verein der Österreicher in Kroatien mit einer Spende von 2.460 Euro für die Renovierung der Vereinsräumlichkeiten in Zagreb.

Im Rahmen der traditionellen Zusammenarbeit Österreichs mit Kroatien führte das KF Zagreb insgesamt 222 Veranstaltungen mit 138 Partnern in 41 Orten Kroatiens durch, wobei 21 der Sprache und Kultur der Burgenlandkroaten gewidmet waren. Besondere mediale Aufmerksamkeit erfuhren die Ausstellung „ZERO – Die europäische Vision von 1958 bis heute: Sammlung Lenz Schönberg“ in der Galerie des Klović-Palais in Zagreb, das Neujahrskonzert mit dem Ambassade Orchester Wien in Varaždin, das Kammermusikfestival „Julian Rachlin & Friends“ in Dubrovnik, die „Schönberg-Tage“ in Zagreb, die anlässlich der Nobelpreisverleihung an Elfriede Jelinek in den Räumlichkeiten des KF stattgefundene Buchpräsentation „Lust“ in burgenländisch-kroatischer Sprache sowie die „Österreich-Kulturtage“ in Rijeka.

In Kroatien sind vier österreichische LektorInnen und eine österreichische Bildungsbeauftragte tätig.

Die 7. Tagung der Österreichisch-Kroatischen Gemischten Kommission fand in Innsbruck statt (1.–3. Juni).

Die WKÖ eröffnete in Split ein Marketingbüro (6. Oktober). Von 1993 bis Mitte 2004 wurden von ausländischen Unternehmen rund 10 Milliarden US-Dollar in Kroatien investiert. Österreich ist mit einem Investitionsvolumen von 2,5 Milliarden US-Dollar (28,97%) vor Deutschland und den USA größter Auslandsdirektinvestor.

Die positive Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen wurde mit Zuwächsen in beide Richtungen fortgesetzt. Die österreichischen Exporte betrugen 1,21 Milliarden Euro (+18,1%), die Importe 583,79 Millionen Euro (+45,1%).

Kuba
(Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fidel Castro Ruz	Fidel Castro Ruz	Felipe Pérez Roque

Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Anhang

Besuche aus Österreich: Delegation der österreichischen Richtervereinigung (24.–31. Oktober).

Besuche in Österreich: Stadthistoriker von Havanna, Eusebio Leal, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit der Welterbe-Städte Wien und Havanna (28.–31. Jänner); Justizminister Roberto Diaz Sotolongo, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Dieter Böhmdorfer (18.–20. März).

Im Kulturbereich nahm das Gastspiel des österreichischen Ensembles „Pierrot Lunaire“ beim Internationalen Festival für Zeitgenössische Musik in Havanna einen erfolgreichen Verlauf (September). Im Gran Teatro von Havanna wurde die Opernaufführung „Cosi fan tutte“ präsentiert. Bei einem Hauskonzert mit dem kubanischen Pianisten Jorge Luis Prats in der Residenz kamen Werke österreichischer Komponisten zur Aufführung. Weiters veranstaltete die Botschaft eine Filmvorführung über die Spanische Hofreitschule. Beim 26. Internationalen Filmfestival in Havanna wurde der Film „Die fetten Jahre sind vorbei“ von Hans Weingartner gezeigt.

Eine österreichische Austauschlehrerin unterrichtete am Germanistikinstitut an der Universität Havanna. Im Wissenschaftsbereich initiierte die Universität Linz die Zusammenarbeit mit der Universität Camagüey.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,23 Millionen Euro (+18,5%), die Importe 1,83 Millionen Euro (–33,1%).

Kuwait
(Staat Kuwait), Kuwait

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Jaber Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Jaber Al-Sabah	Sheikh Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Saudi-Arabien

Besuche aus Österreich: Nationalratspräsident Andreas Khol (26.–28. November), Treffen mit Emir Sheikh Jaber Al-Ahmed Al-Sabah, Arbeitsgespräche mit Parlamentspräsident Jassem Al-Khorafi, Ministerpräsident Sheikh Sabah Al-Ahmed Al-Sabah, Außenminister Sheikh Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah und dem Präsidenten der Kammer für Handel und Industrie Ali Mohammed Thunayan Al-Ghanim.

An der in Kuwait veranstalteten Messe „Rebuild Iraq 2004“ beteiligte sich Österreich mit einer von der WKÖ koordinierten Gruppenausstellung, an der VertreterInnen von 25 österreichischen Firmen teilnahmen (19.–23. Jänner).

Die österreichischen Exporte betrugen 57,09 Millionen Euro (–14%), die Importe 164.000 Euro (–36,3%).

Laos
(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Khamtay Siphandone	Bounnhang Vorachith	Somsavat Lengsavad

ÖB, AHSt: siehe Thailand

Die österreichischen Exporte betrugen 573.000 Euro, die Importe 2,61 Millionen Euro (–11,7%).

Länderinformationen

Lesotho
(Königreich Lesotho), Maseru

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Pakaditha B. Mosisili	Monyane Moleleki

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Lettland
(Republik Lettland), Riga

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vaira Vike-Freiberga	Aigars Kalvitis	Artis Pabriks

Riga – **ÖB, HK, Büro der AHSt** Helsinki, **AUA, AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (20. Jänner); Besuch einer Delegation des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu Gesprächen mit Mitgliedern des Parlaments (Saeima, 15. Juli).

Besuche in Österreich: Außenministerin Sandra Kalniente (19. Jänner); Minister für Inneres Eriks Jekabsons (15. September).

Im Rahmen des internationalen Festivals Klangwald II trat die Gruppe „Radian“ auf. Ferner gaben österreichische MusikerInnen, wie Beni Schmid, Konzerte. Folgende Workshops und Seminare fanden unter anderem statt: zur interkulturellen Kommunikation (Prof. Gerhard Gensch, Christiane Hartnack, Donauuniversität Krems, Prof. Andre Gingrich Eva-Maria Knoll, Universität Wien), Österreich Tage für DeutschlehrerInnen in Zusammenarbeit mit dem lettischen und österreichischen Bildungsministerium (Seminarteam: Trude Höllerbauer vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wolfgang Malik vom Zentrum für Österreichstudien Skövde, Wolfgang Sperer, Universität in Linz, Kulturprogramm vom Schauspieler Clemens Aufderklamm). In Zusammenarbeit mit dem Ludwig Bolzmann Institut für Kriegsfolgenforschung und dem Okkupationsmuseum Lettland wurde die Ausstellung „Österreicher in der Sowjetunion 1945–1956“ sowie eine wissenschaftliche Konferenz (Univ.-Prof. Stefan Karner, Harald Knoll, Peter Ruggenthaler, Univ.-Prof. Herbert Killian) organisiert. Mit der Österreich-Bibliothek in Riga wurde laufend zusammengearbeitet (Präsentation der Übersetzungen österreichischer Literatur, Treffen mit den StipendiatInnen von Kulturkontakt).

Die österreichischen Exporte betrugen 88,33 Millionen Euro (+14,8%), die Importe 21,86 Millionen Euro (+15%).

Libanon
(Libanesische Republik), Beirut

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emile Lahoud	Omar Karame	Mahmoud Hammoud

Beirut – **ÖB; AHSt:** siehe Syrien; Saida – **HK**

Der Komponist und Musiker Marwan Abado gab ein Konzert in Beirut und Tripoli (Jänner). Albert Sassmann veranstaltete ein Klavierkonzert in Beirut und Balamand (Februar) und das Duo Nota Bene aus Salzburg gastierte in Beirut und in Jounieh (Mai).

Anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags wurde im UNESCO Palace in Beirut die Wanderausstellung „Wiener Architektur um 1900“ eröffnet. Im Anschluss an den Nationalfeiertags-

empfang gab das Streichquartett Barbara Helfgott & Rondo Vienna ein klassisches Kammerkonzert.

Im Rahmen des alljährlichen Europäischen Filmfestivals in Beirut wurde der in kanadisch-österreichischer Kooperation produzierte Film „Sommer mit den Burggespenstern" von Bernd Neuburger gezeigt (Ende November bis Anfang Dezember).

Bei einem Seminar des Raoul Wallenberg Instituts für Menschenrechte und „The Foundation for Human and Humanitarian Rights" hielt Univ.-Prof. Manfred Nowak Vorträge über Menschrechte und Justiz im Mittleren Osten (März).

Die österreichischen Exporte betrugen 26,16 Millionen Euro (–2,3%), die Importe 836.000 Euro (–13,9%).

Liberia
(Republik Liberia), Monrovia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
C. Gyude Bryant	Thomas Yaya Nimely

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; **AHSt:** siehe Nigeria

Ein weltweiter Medikamentenhersteller mit Firmensitz in Wien hat Liberia eine Sachspende von 500.000 Euro überlassen.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,64 Millionen Euro (+367,2%), die Importe 60.000 Euro (–17,6%).

Libyen
(Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Oberst Muammar Al Gaddafi	Shukri Ghanem	Abderrahman Mohamed Chalgham

Tripolis **– ÖB, AHSt, AUA**

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Hubert Gorbach begleitet von Landeshauptmann Jörg Haider und einer hochrangigen Politikerdelegation sowie von über 80 WirtschaftsvertreterInnen und JournalistInnen, Empfang bei Oberst Al Gaddafi, Gespräche mit dem Regierungschef Shukri Ghanem, dem stellvertretenden Regierungschef Al Baghdadi Ali Al Mahmudi und weiteren Regierungsmitgliedern (16.–18. April).

Besuche in Österreich: Vorsitzende der Gaddafi-Stiftung und Sohn von Oberst Muammar Al Gaddafi, Saif Al Islam, Eröffnung einer Ausstellung eigener und anderer libyscher Gemälde in Wien. (6. Oktober).

Österreich war auf der Internationalen Messe in Tripolis (2.–12. April) mit einem Pavillon vertreten. Österreichische Unternehmen beteiligten sich an der ersten internationalen Baumesse in Tripolis (3.–7. Mai) und an der Libya Energy Week (14.–17. September). Eine Wirtschaftsdelegation der WKÖ und VertreterInnen von 19 Firmen besuchten Tripolis (10.–13. September).

Die österreichischen Exporte betrugen 66,56 Millionen Euro (+57,1%), die Importe 228,90 Millionen Euro (+33,9%).

Länderinformationen

Liechtenstein
(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fürst Hans-Adam II.	Otmar Hasler	Ernst Walch

Wien – **ÖB, AHSt:** siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Fürst Hans-Adam II. und Erbprinz Alois (30. August); Vizekanzler Hubert Gorbach, Treffen mit Erbprinz Alois und Regierungschef Otmar Hasler (28. Mai); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, internationales Diskussionsforum über Steuerwettbewerb in Europa (22.–23. Oktober); Bundesministerin Elisabeth Gehrer; Treffen mit Erbprinz Alois und Regierungschef Stellvertreterin Rita Kieber-Beck (20. September); Staatssekretär Alfred Finz, Treffen mit Fürst Hans-Adam II. und Regierungschef Otmar Hasler; Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Besuch anlässlich des liechtensteinischen Nationalfeiertags.

Besuche in Österreich: Fürst Hans-Adam II., Regierungschef Otmar Hasler und Außenminister Ernst Walch, Treffen mit Bundespräsident Thomas Klestil, Vizekanzler Hubert Gorbach und Staatssekretär Alfred Finz (24. März); Landtagspräsident Klaus Wanger, Treffen mit Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesratspräsidentin Elisabeth Haselbach (2.–3. November); Leiter des Amtes für auswärtige Angelegenheiten Roland Marxer, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Johannes Kyrle (23. Jänner und 29. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 396,99 Millionen Euro (+32,4%), die Importe 115,18 Millionen Euro (+10,9%).

Litauen
(Republik Litauen), Wilna

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdas Adamkus	Algirdas Brazauskas	Antanas Valionis

Wilna – **ÖB; AHSt:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden; **AUA:** siehe Lettland

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser (20.–21. Jänner); Niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreterin Heidemaria Onodi (3.–5. März); Oberösterreichischer Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl (1.–5. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (3. Juli); Landtagspräsidentin Angela Orthner und Vizebürgermeister von Linz Erich Watzl, Gespräche über die Europäische Kulturhauptstädte 2009 Linz und Vilnius, (22.–24. Oktober).

Besuche in Österreich: Innenminister Virgilijus Bulovas, Gespräche mit Innenminister Strasser (21. Mai und 7. September).

Ein Monat der österreichischen Kultur umfasste ein Konzert des Christophorus Orchesters mit zeitgenössischen österreichischen Kompositionen von Gunter Waldek und Helmut Schmidinger, die Ausstellung „Serijos/Serien“ der Berufsvereinigung bildender Künstler Salzburg (Leo Gans, Peter Rieder, Renate Wegenkittl, Gretl Thuswaldner) in Wilna und Panevezys, einen Abend der österreichischen Literatur, ein Konzert der Werkskapelle Voestalpine Krems in der Österreich-Bibliothek und ein Konzert des Pianisten Klaus Leutgeb im großen Saal der litauischen Nationalphilharmonie Wilna (Oktober). Konzerte: Abend der österreichischen Musik mit den Solisten Gottlieb Wallisch (Klavier) und Wolfgang Sengstschmid (Geige) sowie mit dem Dirigenten Johannes Wildner und dem litauischen Staatlichen Symphonieorchester im Kongresspalast Wilna (23. April); Orgelkonzert Prof. Heribert Metzger beim Christophorus Festival in Wilna (18. Juli); Teilnahme des Trio Impossible am internationalen Pazaislis-Festival Kaunas (15. August); Konzertreihe „Von Mozart bis Schönberg“ im Rahmen des vom Musiktheater

Anhang

Klaipeda veranstalteten Festivals „Der musikalische August an der Küste“ (August); Konzert Julian Rachlin im großen Saal der litauischen Nationalphilharmonie (2. Oktober); Konzert zum Gedenken an den langjährigen Rektor der Hochschule Mozarteum Paul Schilhawsky in der litauischen Nationalphilharmonie Wilna (16. November).

Theater: Aufführung der Operette „Das Ännchen von Tharau“ des österreichischen Komponisten Heinrich Strecker im Musiktheater Klaipeda (Memel) mit dem österreichischen Regisseur Markus Kupferblum und dem österreichischen Bühnenbildner Frieder Klein; Auftritt des Theater Bahoo am internationalen Straßentheaterfestival „Theater without Boundaries“ in Wilna (11.–12. September), Produktion von Peter Turrinis „Rozznjogd“ im dramatischen Theater Kaunas, Regisseur Thomas Hinterberger (Premiere 19. November 2004); Festveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Österreich-Bibliothek Wilna (15. Oktober); 4. Baltischer Deutschlehrertag (21.–23. Oktober); Seminare: Prof. Friedrich V. Reiterer, Universität Salzburg, Seminar im Zentrum für Religionsstudien der Universität Wilna (23. Februar bis 5. März); Vortrag von Annemarie Türk (KulturKontakt) in einem Seminar über Fund Raising, veranstaltet mit dem UNESCO Lehrstuhl für Kulturmanagement und Kulturpolitik der litauischen Kunstakademie (12. März).

Literaturveranstaltungen/Lesungen: Teilnahme des Dichters Franzobel am „Poesiefrühling“ des litauischen Schriftstellerverbandes (26.- 31. Mai); Europäische Literaturtage in Siauliai mit den Autoren Barbara Frischmuth, Cornelius Hell und Alois Hotschnig (18.–22. November); Lesung von Alexander Peer aus dessen Erzählband „Ostseeatem“ (18. November);

Filmfestivals: Teilnahme des österreichischen Films „Sommer mit Burggespenstern“ (Regie Bernd Neuburger) am Kinderfilmfestival von Wilna (5.–9. April); Teilnahme des Spielfilms „Gelbe Kirschen“, Regisseur Leopold Lummerstorfer, am Europäischen Filmfestival im Rahmen der deutschsprachigen Kulturtage in Klaipeda (5. Mai).

Es fanden zwei österreichische Wirtschaftsmissionen nach Litauen statt (Februar/März und Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 106,99 Millionen Euro (–5,8%), die Importe 35,16 Millionen Euro (+10%).

Luxemburg
(Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Großherzog Henri	Jean-Claude Juncker	Jean Asselborn

Luxemburg **– ÖB; AUA, AHSt, ÖW:** siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Erik Buxbaum, offizieller Besuch (22.–23. Januar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Treffen der Generalsekretäre der EU-Mitgliedstaaten (2.–3. Juli); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, offizieller Besuch (23. September).

Besuche in Österreich: Justizminister Luc Frieden, offizieller Besuch bei Innenminister Strasser und Justizminister Böhmdorfer (19. April); Generalsekretär des Außenministeriums Georges Santer, Arbeitsbesuch beim Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (2. September).

Von der Botschaft wurden mehrere Konzerte sowie eine Theateraufführung und eine Filmpremiere veranstaltet bzw. unterstützt. Ferner wurden Vorträge namhafter österreichischer Wissenschafter (Philipp Harnoncourt und Anton Zeilinger) und ein internationales Symposium der Universität Luxemburg organisiert und unterstützt. Österreichische Jugend- und Kinderbuchverlage sowie österreichische Firmen, die Produkte für Kinder und Jugendliche herstellen, waren beim internationalen „Salon de l’Enfant“ präsent.

Länderinformationen

Die österreichischen Exporte betrugen 286,82 Millionen Euro (+125,5%), die Importe 221,39 Millionen Euro (+97,5%).

Madagaskar
(Republik Madagaskar), Atananarivo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Jaques Sylla	Marcel Ranjeva

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Atananarivo – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 397.000 Euro (–88,2%), die Importe 2,97 Millionen Euro (–2,9%).

Malawi
(Republik Malawi), Lilongwe

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Bingu wa Mutharika	George Chaponda

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurden zur Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen drei Stipendien für die Ausbildung am Institute of Tourism and Hotel Management in Klessheim, Salzburg vergeben.

Die österreichischen Exporte betrugen 661.000 Euro (+1,8%), die Importe 2,87 Millionen Euro (–58%).

Malaysia
(Malaysia), Kuala Lumpur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong Tuanku Syed Sirajuddin Ibni Almarhum Tuanku Syed Putra Jamalullail	Dato' Seri Abdullah bin Haji Ahmad Badawi	Datuk Seri Syed Hamid bin Syed Jaafar Albar

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt, AUA**

Besuch in Österreich: Arbeitsminister Datuk Wira Fong Chan Onn (3.–4. Juni).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die Wiener Sängerknaben gaben zwei Konzerte in Genting Highlands bei Kuala Lumpur, davon eines vor 5.000 ZuhörerInnen in der Halle „Arena of Stars". Die Botschaft beteiligte sich mit zwei Filmen am 5. EU-Filmfestival in Kuala Lumpur und in Penang, an einer Buchausstellung in Kuala Lumpur und spendete Buchpreise für den zweiten Deutsch-Redewettbewerb an einer malaysischen Universität. Erstmals wurde in Malaysia von einem lokalen Ensemble eine österreichische Operette aufgeführt: „Die lustige Witwe" von Franz Lehár in englischer Sprache.

Die österreichischen Exporte betrugen 167,35 Millionen Euro (+102,6%), die Importe 217,20 Millionen Euro (–7,5%).

Anhang

Malediven
(Republik Malediven), Malé

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Maumoon Abdul Gayoom	Fathulla Jameel

ÖB, AHSt: siehe Indien, Malé – **HK**

Österreich unterstützt die Malediven durch die Vergabe von Stipendien, insbesondere für den Lehrgang Hotel- und Tourismusmanagement im Schloss Klessheim. Eine Kandidatin erhielt ein solches Stipendium.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,24 Millionen Euro (–55%), die Importe 58.000 Euro (–78,6%).

Mali
(Republik Mali), Bamako

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Amadou Toumani Touré	Ousmane Issoufi Maïga	Moctar Ouane

ÖB: siehe Senegal, Bamako – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: hochrangige Delegation des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten an der Ministertagung zum Abschluss Malis Präsidentschaft im „Netzwerk Menschliche Sicherheit“ (Bamako, Mai). Mali hatte im Mai 2003 von Österreich den Vorsitz des „Netzwerkes Menschliche Sicherheit“ übernommen.

Die österreichischen Exporte betrugen 4,68 Millionen Euro (–23,1%), die Importe 73.000 Euro (–88,1%).

Malta
(Republik Malta), Valletta

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Edward Fenech Adami	Lawrence Gonzi	Michael Frendo

ÖB: siehe ÖB Rom; Valletta – **HGK** Amtsbereich KA Rom; **KF:** zuständig KF Rom; **AHSt:** siehe AHSt Mailand

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Arbeitsbesuch und Treffen mit seinem Amtskollegen Lawrence Gonzi sowie dem Staatspräsidenten Fenech Adami und Oppositionsführer Alfred Sant (7. Mai).

Am Rande des Besuchs von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel unterzeichneten der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und der Permanent Secretary im maltesischen Außenministerium Gaetan Naudi einen Rahmenvertrag über die Vertretung Maltas durch österreichische Konsularbehörden bei der Ausstellung von bestimmten Kategorien von Visa (7. Mai).

Im Rahmen des großen Kulturfestivals anlässlich des EU-Beitritts von Malta bot Österreich eine besondere Darbietung: Im Hof des Präsidentenpalastes in Valletta gab das „Wiener Klang En-

semble“ (Streichquartett und Pianoforte) unter Mitwirkung der maltesischen Sopranistin Lydia Caruana ein Konzert (6. Mai).

Die österreichischen Exporte betrugen 21,91 Millionen Euro (+9,3%), die Importe 11,21 Millionen Euro (+35,2%).

Marokko
(Königreich Marokko), Rabat

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI.	Driss Jettou	Mohamed Benaissa

Rabat – **ÖB;** Casablanca – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens (7. Juni). Wirtschaftsmission der WKÖ (6.–8. Dezember).

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Mohamed Cheikh Biadillah (19.–21. April); Ministerdelegierter für wirtschaftliche und allgemeine Angelegenheiten sowie Strukturanpassung der Wirtschaft Abderrazak El Mossadeq (12. Mai); Industrieminister Salahedinne Mezouar (10. November); Wirtschaftsberater des Königs, André Azoulay, Teilnahme am „Trilogue Salzburg 2004“ (5.–7. August).

Das EZA-Projekt für die Regionalentwicklung der Gemeinde von Beni Idder im westlichen Rif-Gebirge wurde fortgesetzt.

Die seit Anfang 2003 aufgrund der Entsendung eines Polizeiattachés an die ÖB Rabat verstärkte Zusammenarbeit der beiden Innenministerien wurde unter anderem durch den Austausch von Expertendelegationen fortgesetzt.

Österreichische Künstler traten bei folgenden Veranstaltungen auf: Wolfgang Seligo Jazzquartett, Konzert in Rabat (März); Ingrid Marsoner (Klavier) und Helmut Pascher (Viola), Teilnahme am Festival des Alizés in Essaouira (Mai); Joe Zawinul (Jazz/Klavier), World-Music-Festival von Essaouira (Juni); Robert Lehrbaumer (Klavier) als Juror beim Internationalen Klavierwettbewerb Lalla Meriem (Juni-Juli); Sigi Finkel & African Heart (Ethno-Jazz) im Rahmen des Rawafid-Festivals in Casablanca und in Rabat (Juli); Philipp Kronbichler (Klavier), Festival von Azilah (August); Fotoausstellung von Thomas Platzer in Casablanca (Dezember).

Auf dem Gebiet der Veterinärmedizin wurde die langjährige Kooperation zwischen den Universitäten Wien und Rabat durch Vorträge und Workshops eines österreichischen Professors fortgesetzt. Der österreichische Pädagoge und Übersetzer Hamid Lechhab nahm am Erich Fromm-Symposium in Rabat teil (Jänner).

Die österreichischen Exporte betrugen 46,63 Millionen Euro (+14,7%), die Importe 70,62 Millionen Euro (–0,1%).

Marshall Inseln
(Republik der Marshall Inseln), Majuro

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Kessai Note	Gerald M. Zackios

ÖB, AHSt: siehe Australien

Anhang

Mauretanien
(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya	Sghair Ould M'Barek	Mohamed Vall Ould Bellal

ÖB, AHS: siehe Marokko

Die österreichischen Exporte betrugen 1,76 Millionen Euro (–19,4%), die Importe 47.000 Euro (+182,4%).

Mauritius
(Republik Mauritius), Port Louis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sir Anerood Jugnauth	Paul Raymond Bérenger	Jaya Krishna Cuttaree

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Besuche in Österreich: Minister für Landwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Bodenressourcen Nandcoomar Bodha, Besuch bei Bundesminister Josef Pröll (7. Juli).

Aus Anlass der Aufnahme von Direktflügen der Lauda Air nach Port Louis organisierte das Honorarkonsulat zwei Konzerte des „Vienna Violin Quartett" (1. Juli).

Die österreichischen Exporte betrugen 3,07 Millionen Euro (–22,4%), die Importe 6,29 Millionen Euro (–16,6%).

Mazedonien
(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Branko Crvenkovski (seit 12. Mai)	Vlado Bučkovski (seit 17. Dezember)	Ilinka Mitreva

Skopje – **ÖB, HGK, ÖBTZ** (Leiter in Tirana), **AUA, Bildungsbeauftragte, AHSt:** siehe Serbien und Montenegro

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für den verunglückten Präsidenten Boris Trajkovski (5. März); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, offizieller Besuch, Gespräche mit Außenministerin Ilinka Mitreva, Premierminister Hari Kostov und Präsident Branko Crvenkovski (21. Juni); Bundesministerin Karin Miklautsch, Eröffnung des CARDS-Regionalprogramms für die Justizreform, Gespräche mit Justizminister Idjhet Mehmeti (6.–7. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenministerin Ilinka Mitreva, Gespräch mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel über den mazedonischen EU-Beitrittsantrag (9. Februar); Wirtschaftsminister Stevče Jakimovski, Teilnahme am Treffen der südosteuropäischen Wirtschaftsminister (8.–9. Juli); Premierminister Hari Kostov anlässlich des Treffens der südosteuropäischen Regierungschefs als Gast von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Salzburg, 27.–28. Juli); Premierminister Hari Kostov, offizieller Besuch, Gespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und dem Präsidenten des Nationalrates Andreas Khol (27. Oktober).

Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wurden Infrastrukturprojekte, vor allem Wasserleitungen und Kanäle, finanziert.

Länderinformationen

Der Pianist Albert Sassmann gab im Museum der Stadt Skopje ein Konzert (28. März). Die mazedonische Erstaufführung der Gottfried von Einem-Oper „Der Besuch der alten Dame“ fand in Skopje statt (30. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 58,50 Millionen Euro (+2,3%), die Importe 9,14 Millionen Euro (+3,5%).

Mexiko
(Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Vicente Fox Quesada	Luis Ernesto Derbez Bautista

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt;** Acapulco, Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme am 3. Gipfeltreffen zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik, bilaterale Arbeitsgespräche von Bundeskanzler Schüssel mit Staatspräsident Vicente Fox Quesada und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner mit Außenminister Luis Ernesto Derbez Bautista (27.–29. Mai).

Besuche in Österreich: Wirtschaftsminister Fernando Canales Clariond, offizieller Besuch, Arbeitsgespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (21.–22. Oktober); stellvertretende Außenministerin Lourdes Aranda Bezaury, Arbeitsgespräch mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (20. Juli).

Das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen wurde von Finanzminister Francisco Gil Díaz und Botschafter Rudolf Lennkh unterzeichnet (13. April).

In Mexiko-Stadt und in zwölf verschiedenen mexikanischen Bundesstaaten wurde eine große Anzahl kultureller Veranstaltungen mit Österreich-Bezug durchgeführt: Die Bilanz des KF weist 20 musikalische Auftritte, acht Ausstellungen, zwölf Vorträge, 15 literarische und dramaturgische Veranstaltungen sowie sieben Filmvorführungen auf. Hervorzuheben ist eine zweitägige Ehrung der österreichischen Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek im Palacio de Bellas Artes und in der Cineteca Nacional, bei der die Schriftstellerin eine Videobotschaft an das mexikanische Publikum richtete. Die österreichische und die israelische Botschaft veranstalteten eine gemeinsame Gedenkveranstaltung aus Anlass des 100. Todestages von Theodor Herzl. Große Erfolge verzeichneten das Aron-Quartett Wien bei einer Konzerttournee durch zahlreiche Städte mit einem Schwerpunkt auf zeitgenössischer österreichischer Musik sowie zahlreiche VertreterInnen der österreichischen elektronischen Musikszene (DJ Microthol, Christopher Just, DJ Elin, DJ Megablast). Performances österreichischer KünstlerInnen im Stadtzentrum, eine Cyberspace-Performance österreichischer InternetkünstlerInnen sowie die Teilnahme österreichischer RadiokünstlerInnen an der Radiobiennale in Mexiko-Stadt zeigten Entwicklungen im Bereich der Avantgarde und der Neuen Medien auf.

Einen Schwerpunkt setzte das KF mit Lesereihen und Ausstellungen zur österreichischen Literatur. Eine Ausstellung über Thomas Bernhard wurde an mehreren Orten gezeigt und mit zahlreichen Lesungen aus dem Werk Thomas Bernhards sowie durch filmische Portraits ergänzt. Die Schriftsteller Erich Hackl und Christoph Janacs hielten in Mexiko-Stadt mehrere zweisprachige Lesungen und nahmen an Internationalen Literaturfestivals in Mexiko teil. In einem Kaffeehaus in Mexiko-Stadt wurden monatliche zweisprachige Lesungen zeitgenössischer sowie klassischer österreichischer Literatur unter dem Titel „Österreich zwischen den Zeilen“ veranstaltet. Die Bibliothek des KF wurde mit zahlreichen Übersetzungen österreichischer Literatur aufgestockt. Österreichische LektorInnen lehren an Universitäten in Mexiko-Stadt und in Monterrey.

Anhang

Österreich nahm an den gemeinsamen Kulturprojekten der EU-Mitgliedstaaten in Mexiko teil: Die Jazzgruppe „Criss-Cross“ vertrat Österreich beim Festival Eurojazz in Mexiko-Stadt und gab weitere Konzerte in San Luis Potosí und Zacatecas. Beim Europäischen Filmfestival war Österreich mit dem Film „Donau“ von Goran Rebic vertreten. Bei der europäischen Bildungsmesse EduEuropa präsentierte die ÖB das österreichische Hochschulsystem. Eine auf dem Gelände der Botschaft eingerichtete Künstlerwohnung wird laufend von österreichischen KünstlerInnen benutzt.

Die österreichischen Exporte betrugen 205,16 Millionen Euro (+21%), die Importe 103,05 Millionen Euro (+/-0%).

Mikronesien
(Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Joseph Urusemal	Sebastian L. Anefal

ÖB, AHSt: siehe Australien

Moldau
(Republik Moldau), Chişinău

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Vladimir Voronin	Vasile Tarlev	Andrei Stratan

ÖB, AHSt: siehe Rumänien; Chişinău – **Österreich-Bibliothek, Bildungsbeauftragter, Tyrolean Airways**

Besuche in Österreich: Finanzminister Zinaida Grechanaya, Gespräch mit Staatssekretär Alfred Finz (30. April); Wirtschaftsminister Marian Lupu, Teilnahme am 3. Treffen der Wirtschaftsminister der Staaten Südosteuropas im Rahmen des Investment Compact des Stabilitätspakts (9. Juli); Reintegrationsminister Vasile Sova, Teilnahme am Treffen des Ständigen Rates der OSZE (22. Juli); Außenminister Andrei Stratan, Teilnahme am Treffen des Ständigen Rates der OSZE (30. November).

Bundesministerin Ursula Plassnik traf am Rande des OSZE-Außenministertreffens in Sofia Außenminister Andrei Stratan zu einem bilateralen Gespräch (6. Dezember).

Mit dem Aufbau Moldaus zum Schwerpunktland der OZA wurde begonnen. Als wichtigstes Projekt wurde das „Kinder- und Jugendschutzprogramm Moldau“ in der Höhe von 648.000 Euro lanciert, das in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk Austria in mehreren Städten in Moldau einschließlich des transnistrischen Teils umgesetzt wird.

Der Betrieb an der Österreich-Bibliothek Chişinău gestaltete sich sehr erfolgreich und steigerte die Leserzahl. Ein Jubiläumskonzert zum Geburtstag Wolfgang A. Mozarts fand in Chişinău statt, bei dem die österreichischen Musiker Albert Sassmann (Klavier) und Wolfgang Göllner (Dirigent) mitwirkten (Jänner). Weitere Konzerte wurden von Wolfgang Panhofer (Cello) und Margarete Babinsky (Klavier) in Chişinău gegeben (April).

Die österreichischen Exporte betrugen 19,36 Millionen Euro (+1%), die Importe 11,47 Millionen Euro (–9,3%).

Monaco
(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Fürst Rainier III. Grimaldi	Patrick Leclercq

Länderinformationen

Monte Carlo – **HGK**

Zwischen Österreich und dem Fürstentum Monaco, das am 5. Oktober auch dem Europarat beigetreten ist (siehe Kapitel B.III.1.), bestehen konsularische Beziehungen. Die in Aussicht genommene Aufnahme diplomatischer Beziehungen (ohne Botschafteraustausch) kann erst nach dem Inkrafttreten des neuen bilateralen Abkommens zwischen Monaco und Frankreich erfolgen.

Mongolei
(Mongolei), Ulan Bator

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Natsagiin Bagabandi	Tsakhia Elbegdorj	Tsend Munh-Orgil

Ulan Bator – **HK; ÖB, KF; AHSt:** siehe China

Das österreichische Honorarkonsulat in Ulan Bator wurde in Anwesenheit des diplomatischen und konsularischen Corps sowie von offiziellen Vertretern der Mongolei feierlich eröffnet (4. Mai).

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer (19.–23. Oktober).

Besuche in Österreich: Verteidigungsminister Badarch Erdenebat (14–21. November).

Im Rahmen des Besuchs von Bundesministerin Elisabeth Gehrer wurden „Österreichische Kultur- und Wissenschaftstage“ veranstaltet, deren Höhepunkt die Erstaufführung der Mozart-Oper „Don Giovanni“ in der Mongolei war. Weiters standen unter anderem die Übergabe von Buchspenden, eine Ausstellung der österreichischen Künstlerin Ona B. und eine Ausstellung über österreichische Architektur an der Technischen Universität Ulan Bator auf dem Programm. Es wurden vier weitere mongolische akademische Einrichtungen in das Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet eingebunden, in dessen Rahmen die wissenschaftliche und universitäre Kooperation intensiviert werden soll (Oktober).

Die 2. Tagung der durch das bilaterale Abkommen über Außenwirtschaftsbeziehungen vom 15. Dezember 1992 eingerichteten Gemischten Wirtschaftskommission fand in Österreich statt (16.–19. November).

Die österreichisch-mongolischen Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich positiv. Die österreichischen Exporte betrugen 5,20 Millionen Euro (+58,3%), die österreichischen Importe 494.000 Euro (+8,8%).

Mosambik
(Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Joaquim Alberto Chissano	Luisa Dias Diogo	Leonardo Santos Simão

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo **– HK, Liaisonsbüro der OEZA;** Beira **– Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Gesundheitsminister Fernando Songane auf Einladung des Hilfwerks Austria, Gespräche mit Sektionsleiter Georg Lennkh und ADA Geschäftsführer Michael Linhart (September).

Mosambik ist Schwerpunktland der OEZA. Das aktuelle Dreijahresprogramm 2002–2004 der OEZA wird seit Jahresanfang durch die ADA umgesetzt. Die durch öffentliche Mittel finanzierte bilaterale Projektarbeit wurde zudem durch österreichische Trägerorganisationen mit Eigenmit-

teln ergänzt. Das im Aufbau befindliche Personaleinsatzprogramm von Horizont 3000 umfasste gegen Jahresende zehn Personen.

Zwei KandidatInnen aus Mosambik erhielten Stipendien für die Studienlehrgänge am Institute of Tourism and Hotel Management in Klessheim.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,24 Millionen Euro (+272%), die Importe 15,15 Millionen Euro (+194%).

Myanmar
(Union Myanmar), Yangon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Senior General Than Shwe	Soe Win (seit 19. Oktober)	Nyan Win (seit 18. September)

ÖB, AHSt, AUA/LA: siehe Thailand

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betrugen 5,26 Millionen Euro (+7,8%), die Importe 10,70 Millionen Euro (+45,2%).

Namibia
(Republik Namibia), Windhoek

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Samuel Nujoma	Theo-Ben Gurirab	Marco Hausiku

ÖB, AHSt: siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Österreich hat die Teilnahme von Vertretern aus Namibia am internationalen Militärbeobachter- und 34. Stabsoffizierskurs der VN in Österreich unterstützt (19. April bis 7. Mai; 12.–23. Juli).

Namibia ist Kooperationsland der OEZA und Fokus-Staat im Rahmen des Konzepts „Afrika 2000“. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind ein neues Jugendstrafrecht sowie Rechtsreformen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, Ausbildung Jugendlicher sowie die Entwicklung eines ökologisch nachhaltigen Tourismus unter direkter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in der unterentwickelten Nord-West Region. Österreichische Projektträger sind das Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit, das Internationale Institut für Zusammenarbeit (IIZ) sowie HORIZONT 3000. Namibische Partner sind neben staatlichen Stellen (Justiz-, Tourismusministerium) das Legal Assistance Centre (LAC), die NGO „The Bridge“ sowie die Tourismus NGO Namibian Community Based Tourism Association (NACOBTA).

Der Pianist Albert Sassmann hat im National Theater in Windhoek und in Swakopmund zwei Konzerte gegeben (25.–26. Juni). Im „College of the Arts“ in Windhoek leitete er einen Workshop und hielt zwei Vorträge über ausgewählte Kapitel der österreichischen Musikgeschichte.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betrugen 520.000 Euro (–86,7%), die Importe 3,41 Millionen Euro (+72,9%).

Länderinformationen

Nauru
(Republik Nauru), Yaren District

Staatsoberhaupt, Regierungschef	Außenminister
Ludwig Scotty (seit 22. Juni)	David Adeang

ÖB, AHSt: siehe Australien

Nepal
(Königreich Nepal), Kathmandu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Gyanendra Bir Bikram Shah Dev	König Gyanendra Bir Bikram Shah Dev	Ramesh Nath Pandey

ÖB, AHSt: siehe Indien; Kathmandu – **HK**

Nepal ist Kooperationsland der OEZA. Im Mittelpunkt stehen dabei Projekte in den Bereichen ländliche und regionale Entwicklung (Schaffung zusätzlicher oder alternativer Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung in Ostnepal), Ökologie, Energie durch Wasserkraft, umweltfreundlicher und sozialverträglicher Tourismus (Aufbau, Infrastruktur, Aus- und Fortbildungskurse für Beschäftigte im Hotel- und Gastgewerbe, Bergführer, etc.) und Erhaltung des kulturellen Erbes.

Darüber hinaus führt die OEZA über die Nichtregierungsorganisation ÖKO-Himal zahlreiche Projekte zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Subsistenzbauern durch (Gesundheitsstation in Simigaon, Mobiles Gesundheitszentrum im Arun-Tal, Errichtung von Schulen, Stipendienprogramm für Schülerinnen, Muktinath Tibetan Traditional Medical Centre, Tourismusentwicklung und- ausbildung). Mit der Unterstützung von Radio Sagarmatha, dem ersten regierungsunabhängigen und nicht kommerziellen Radiosender, soll auch ein Beitrag zur Demokratisierung des Landes geleistet werden.

Auf regionaler Ebene arbeitet die OEZA mit dem in Kathmandu ansässigen International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD) zusammen (Bienenzucht, Rangeland Management) und unterstützt dieses auch finanziell.

Mehrere NGOs, kirchliche Organisationen und Privatpersonen führen Klein- und Mikroprojekte durch. Der Verein „Jugend Eine Welt-Don Bosco“ führt im Distrikt Morang/Sirsia ein Projekt für die Minderheit der Santal (Unberührbare) mit Schwerpunkt auf Schul- und Erwachsenenbildung durch. Der österreichische Alpenverein nimmt sich der alpintouristischen Aus- und Weiterbildung an.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Es wurden insgesamt sechs KandidatInnen Stipendien zur Aus- und Weiterbildung in Österreich vergeben, davon vier Nord-Süd-Stipendien.

Nach Abschluss des Projekts Patan-Museum bildet die Restaurierung der historischen Gartenanlage Keshar Mahal Garden of Dreams (Garden of the Six Seasons) in Kathmandu den derzeitigen Schwerpunkt der kulturellen Zusammenarbeit. Die Mid Term Review (MTR) wurde finalisiert. Durch ein multifunktionales Nutzungskonzept und entsprechende institutionelle Vorkehrungen soll sich der Gartenkomplex in Zukunft selbst erhalten können, die langfristige Nutzung sichergestellt und gleichzeitig in seiner Einheit bewahrt werden.

Das „Duo Medici“ (Flöte und Gitarre) gab auf Einladung einer lokalen NGO zwei Konzerte und veranstaltete einen Workshop in Kathmandu.

Anhang

In Kathmandu fand ein „Workshop on Remote Sensing in the Service of Sustainable Development in Mountain Areas“ statt, das vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten teilfinanziert wurde (15.–19. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,40 Millionen Euro (+24,3%), die Importe 1,98 Millionen Euro (+42,5%).

Neuseeland
(Neuseeland), Wellington

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Helen Clark	Phil Goff

vertreten durch:
Generalgouverneur
Dame Silvia Cartwright

ÖB, AHSt und **ÖW:** siehe Australien; Wellington – **HGK;** Auckland – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 82,44 Millionen Euro (+32,4%), die Importe 36,24 Millionen Euro (+18,2%).

Cook Inseln

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Niue

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

Nicaragua
(Republik Nicaragua), Managua

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Enrique Bolaños Geyer	Norman Caldera Cardenal

ÖB: siehe Guatemala; Managua – **Regionalbüro der OEZA; AHSt:** siehe Mexiko

Nicaragua ist Schwerpunktland der OEZA. Derzeit werden Projekte in den Bereichen Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung, Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe sowie dem sozialen Sektor finanziert. Ziel ist es, Maßnahmen zur Erhöhung des Einkommens und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, um die wirtschaftliche Integration und die nachhaltige Armutsbekämpfung voranzutreiben. Der Förderung von Frauen und ökologischen Projekten kommt große Bedeutung zu. Regional liegt der Schwerpunkt in den Gemeinden Rio San Juan und Rama.

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die akademische Ausbildung von nicaraguanischen Fachkräften in Österreich.

Die österreichischen Exporte betrugen 748.000 Euro (–88,8%), die Importe 3,36 Millionen Euro (+18,2%).

Länderinformationen

Niederlande
(Königreich der Niederlande), Amsterdam

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Beatrix	Jan Peter Balkenende	Bernard Bot

Den Haag – **ÖB, AHSt;** Amsterdam – **HGK, ÖW, AUA;** Rotterdam – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am World Energy Forum (23. Mai); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Treffen mit Finanzminister und Vizepremierminister Gerrit Zalm (Den Haag, 25.–27. Mai); Präsident des Nationalrats Andreas Khol und Präsidentin des Bundesrats Anna Haselbach, Treffen der EU-Parlamentspräsidenten (Den Haag, 1.–2. Juli); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen EU-Wettbewerbsrat (Maastricht, 1.–2. Juli); Staatssekretär Helmut Kukacka, Teilnahme am informellen EU-Verkehrsministerrat (8.–9. Juli); Bundesminister Herbert Haupt, Teilnahme am informellen EU-Sozialministerrat (Maastricht, 8.–10. Juli); Bundesministerin Elisabeth Gehrer und Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme am informellen EU-Ministerrat für Bildung und Kultur (Rotterdam, 12–13. Juli); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen EU-Umweltministerrat (Maastricht, 16.–18. Juli); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme am informellen EU-Außenministerrat (Gymnich) (Maastricht, 3.–4. September); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen EU-Landwirtschaftsministerrat (Noordwijk, 5.–7. September); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am informellen EU-Finanzministerrat (Den Haag, 10.–11. September); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen EU-Verteidigungsministerrat (Noordwijk, 16–17. September); Bundesministerin Karin Miklautsch, Teilnahme am informellen EU-Rat der Innen- und Justizminister und Besuch von Eurojust und ICTY (Den Haag, 29. September bis 1. Oktober); Staatssekretär Alfred Finz, Teilnahme an der informellen Ministertagung zur Raumplanung und städtischen Entwicklung (Rotterdam, 29.–30. November); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Euromed-Außenministertreffen (Den Haag, 29.–30. November); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme an der Konferenz „Europe, a beautiful idea?“ und Treffen mit Ministerpräsident Jan Peter Balkenende (Rotterdam, 4. Dezember); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Teilnahme an der Ministerkonferenz zur berufsbegleitenden Bildung (Maastricht, 13.–15. Dezember).

Besuche in Österreich: Justizminister Piet Donner, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser (25. Februar); Landwirtschaftsminister Cees Veerman, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll (6. Mai); Integrationsministerin Rita Verdonk, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser (12. Mai); Europaminister Atzo Nicolai, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Staatssekretär Alfred Finz (13. Mai); Außenminister Ben Bot, Treffen mit Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (14. Juli); Justizminister Piet Donner, Teilnahme am Ministertreffen für Schengen III (22. November); Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, Treffen mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (14. Dezember).

Große Ausstellungen zu Hundertwasser und „Klimt, Schiele, die Sammlung Wotruba“ waren in Den Haag und Rotterdam zu sehen und bei der Ausstellung „Den Haag Sculptuur“ war Österreich mit Bruno Gironcoli und Hannes Ludescher vertreten. Die Ausstellung „Discovering Europe“ wurde in der Centralen Bibliothek in Den Haag gezeigt, wo es während der Eröffnung auch eine Podiumsdiskussion mit EU-ParlamentariernInnen gab.

Eine erste Veranstaltung der „Kulturplattform Mitteleuropa“ der sechs Staaten der Regionalen Partnerschaft fand statt (Dezember). In einem Museum in Den Haag wurde eine mitteleuropäische Typographieausstellung eröffnet.

Beim Internationalen Filmfestival Rotterdam war Österreich mit elf Filmen vertreten. Der Übersetzungswettbewerb der Deutschen Schule Den Haag war Lilian Faschinger gewidmet. Ferner waren die österreichischen Autoren Jutta Treiber, Raoul Schrott, Robert Menasse, Walter Wippersberg und Evelyn Schlag zu Lesungen in den Niederlanden.

Anhang

Die diesjährige EURIADE in Limburg stand ganz im Zeichen Österreichs. Sie wurde vom österreichischen Botschafter eröffnet. Das literarische Symposium war Robert Menasse gewidmet. Karlheinz Böhm erhielt die diesjährige Martin Buber-Plakette, anlässlich derer Fritz Pleitgen und Andrea Jonasson die Reden hielten.

An der Universität Amsterdam fand eine Präsentation der Ergebnisse der Historikerkommission durch deren Präsidenten Clemens Jabloner und deren Generalsekretärin Eva Blimlinger statt.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,65 Milliarden Euro (+1,8%), die Importe 2,55 Milliarden Euro (+5,3%).

Niger
(Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Mamadou Tandja	Hama Amadou	Aichatou Mindaoudou

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Niamey – **HK, AHSt:** siehe Marrokko

Das österreichische Honorarkonsulat in Niamey wurde eröffnet (28. Oktober). Gleichzeitig wurde eine aus Mitteln „Afrika 2000" ex 2002 finanzierte Wasserpumpe in einem Vorort von Niamey übergeben. Rotary Österreich-Ost hat eine Getreidemühle finanziert.

Die österreichischen Exporte betrugen 495.000 Euro (+178,9%), die Importe 6.000 Euro (–97%).

Nigeria
(Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
General Olusegun Obasanjo	Oluyemi Adeniji

Lagos – **ÖB, AHSt**

Die österreichischen Exporte betrugen 97,37 Millionen Euro (+15,7%), die Importe 167,33 Millionen Euro (–33,5%).

Norwegen
(Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Harald V.	Kjell Magne Bondevik	Jan Petersen

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt;** Bergen, Stavanger, Ålesund, Kristiansand, Trondheim, Tromsø – **HK; ÖW:** siehe Kopenhagen

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Teilnahme an der 8. Konferenz der Europäischen Erziehungsminister (24.–25. Juni).

Besuche in Österreich: Chef des Verteidigungsstabs der norwegischen Streitkräfte General Sigurd Frisvold beim Chef des Generalstabs General Roland Ertl (16.–18. August).

Schwerpunkte der Kulturarbeit bildeten die Österreichtage in Kristiansand (April), Literarische Salons, die Thomas Bernhard (norwegische Uraufführung von „Der Theatermacher" und Thomas Bernhard – Ausstellung im Nationaltheater in Oslo), Vladimir Vertlib, Dimitré Dinev, Erich Fried, Theodor Herzl und den Auftritten der Ziertextphonfaktur Onophon (Rainer Deutner und Werner Nowacek, Literaturfestival in Lillehammer) gewidmet waren sowie Konzerte mit österreichischer Gegenwartsmusik von Elena Denisova, dem Hagen Quartett und Gastspielen der

Ton- und Videokünstler Franz Pomassl und Lia (Ulrike Schitter). Beim 3. EU-Dokumentarfilmfestival in Oslo war Österreich durch die Filme Maximillian Schells „Meine Schwester Maria“ und Paul Poets „Ausländer raus“ vertreten.

Die vorjährige Wiedereröffnung der Albertina setzte mit einer umfassenden Munch-Ausstellung einen Höhepunkt der Sichtbarkeit Norwegens im österreichischen Kulturleben.

Die österreichischen Exporte betrugen 302,99 Millionen Euro (+17,5%), die Importe 296,85 Millionen Euro (+20,7%).

Oman
(Sultanat Oman), Maskat

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
S.M. Sultan Qaboos bin Said Al Said	S.H. Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	S.E. Youssuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Erwin Pröll mit einer Wirtschaftsdelegation, darunter der Generaldirektor der Energie-Versorgung Niederösterreich (EVN), Rudolf Gruber, offizieller Besuch, Gespräche mit dem Handels- und Industrieminister, dem Präsidenten der Handelskammer und dem Arbeitsminister, Eröffnung von Landeshauptmann Erwin Pröll gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten eines österreichisch-omanischen Joint Ventures (Partner Gabriel Chemie Niederösterreich – OTE Oman) (19.–24. März); Staatssekretär Reinhart Waneck, offizieller Besuch bei Gesundheitsminister Ali bin Mohammad bin Moosa, Eröffnung eines Herzsymposiums, welches von Professoren des AKH geleitet wurde und an dem etwa 60 omanische Spezialisten teilnahmen (2.–10. April); Staatssekretär Alfred Finz, offizieller Besuch beim Minister für Nationale Wirtschaft Ahmed Macki (11.–13. Dezember).

Besuche in Österreich: Minister für Nationale Wirtschaft Ahmed Macki, offizielles Gespräch mit Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräch unter anderem mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie der OMV (5.–8. Mai); Generalstaatsanwalt Hussein bin Ali bin Zahir Al Hilali, offizieller Besuch bei Bundesmininisterin Karin Miklautsch, Studium des österreichischen Staatsanwaltssystems und deren Zusammenarbeit mit den Polizei- und Strafvollzugsbehörden, Österreich gilt inzwischen für den Oman als rechtliches Vorbild auf diesem Gebiet (22.–26. November); Zentralbankpräsident Hamood Sangoor Al Zadjali, offizieller Besuch beim Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Klaus Liebscher.

Österreich war mit dem Film „Am anderen Ende der Brücke“ am Maskat Filmfestival vertreten (Jänner). Die Stadtkapelle ELIN Weiz trat am Maskat Festival auf (20.–26. Februar). Am Projekt „Wasteland“ nahmen Hannah Stipl, Dagmar Höss und Sini Coreth teil. Das Projekt „Litoral“ von Univ.-Prof. Barbara Putz-Plecko von der Universität für Angewandte Kunst und Frau Sini Coreth, in Zusammenarbeit mit zwei omanischen Künstlern, thematisierte die künstlerische Erfassung des Zwischenlandes zwischen Meer und Festland und förderte einen weiterführenden Dialog zwischen den österreichischen und omanischen Künstlern. Die Maria Theresien Taler Ausstellung im Bait Al Zubair Museum wurde in Zusammenarbeit von der Münze Österreich und der Botschaft organisiert, die erfolgreichste Ausstellung im Sultanat überhaupt (30. März bis 31. Mai).

Ein Workshop über das österreichische Bildungs- und Ausbildungssystem fand im omanischen Unterrichtsministerium statt (Mai).

Als Weiterverfolgung des letztjährigen offiziellen Besuchs des Präsidenten der Stadt Maskat Abdullah bin Abbas bin Ahmed (Bürgermeister), veranstaltete die Stadt Wien ein Abfallentsorgungs- und Wasseraufbereitungsseminar, an dem rund 60 Omanis teilnahmen (28. April).

Anhang

Die österreichischen Exporte betrugen Euro 42,09 Millionen Euro (+63,5%), die Importe 513.000 Euro (–68,2%).

Pakistan
(Islamische Republik Pakistan), Islamabad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pervez Musharraf	Shaukat Aziz	Mian Kurshid Mehmud Kasuri

Islamabad – **ÖB;** Lahore, Karachi – **HK; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Josef Mayer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen der 3. Gemischten Wirtschaftkommission bei Staatssekretärin für Wirtschaft Hina Rabbani Khar, Bundesminister für Bildung Ashraf Qazi und Bundesminister für Industrie Jahangir Khan Tareen.

Besuche in Österreich: Eisenbahnminister Ghaus Bux Maher, Besuch bei Bundesminister Martin Bartenstein; Vorsitzende der Kommission für Universitätsstudien im Rang eines Ministers bei Bundesministerin Elisabeth Gehrer.

Unter dem Titel „Ph.D. Scholarships for Studies of Science and Technology and Engineering“ und aufgrund eines zwischen Bundesministerin Elisabeth Gehrer und dem pakistanischen Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Atta-ur-Rahman geschlossenen Memorandums of Understandings studierten 81 pakistanische post-graduate StudentInnen in Österreich.

Die österreichischen Exporte betrugen 55,81 Millionen Euro (+4,9%), die Importe 52,53 Millionen Euro (+6,3%).

Palästinensische Autonomiegebiete
(Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)

Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde	Premier Minister	Außenminister
Yassir Arafat (verst. 11. November)	Ahmed Qurei'a	Nabeel Sha ath

Ramallah – **Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Autonomiebehörde**

Die Rahmenbedingungen des bewaffneten Konflikts beeinträchtigen die Fortführung laufender und die Formulierung neuer Projekte. Die österreichische Zusammenarbeit fokussiert vor allem auf die Bereiche Soziales/Gesundheit, Wasser/Umwelt und humanitäre Hilfe.

In Zusammenarbeit mit dem Kulturforum in Tel Aviv wurde beim ersten europäischen Filmfestival in Ramallah der Film „011 Beograd“ von Michael Pfeifenberger vorgestellt. Das Duo Erich Oskar Hütter (Cello) und Armin Egger (Gitarre) sowie der Organist Konstantin Reymaier traten in Ramallah bzw. in Bethlehem auf. Am Jugendorchester-Projekt, das 1999 vom Edward Said National Conservatory gegründet und von Daniel Barenboim und dem inzwischen verstorbenen Edward Said 2003 wiederbelebt wurde, wirkt auch Erich Oskar Huetter aktiv mit. Adelheid Wünsche ist beim Konservatorium als Violinenlehrerin tätig.

An einer Anfrage von Ikonenkuenstler Anton Wollonek zur Gemeinschaftsausgabe einer Briefmarke ist das palästinensische Postministerium äußerst interessiert.

Im Rahmen des Nord-Süd-Stipendienprogramms wurden drei PhD-Stipendien vergeben.

Länderinformationen

Vor dem Hintergrund einer sich durch den bewaffneten Konflikt weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erreichten die österreichischen Exporte und Importe ähnlich wie im Vorjahr kaum signifikante Werte. Die österreichischen Exporte betrugen 1,43 Millionen Euro, die Importe 234.000 Euro (+109%).

Palau
(Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Tommy Remengesau, Jr.	Temmy L. Shmull

ÖB, AHSt: siehe Australien

Panama
(Republik Panama), Ciudad de Panamá

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Martín Torrijos Espino (seit 1. September)	Samuel Lewis Navarro (seit 1. September)

ÖB: siehe Kolumbien; Ciudad de Panamá – **HGK; AHSt:** siehe Mexiko

Im Zuge einer Wirtschaftsmission in Zentralamerika wurde Panama besucht (Ende November).

Die österreichischen Exporte betrugen 6,66 Millionen Euro (+16,2%), die Importe 10,49 Millionen Euro (–3,3%).

Papua-Neuguinea
(Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Sir Michael T. Somare	Sir Rabbie Namaliu
vertreten durch: Generalgouverneur Sir Paulius Matane (seit 29. Juni)		

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – **HK**

Die größte österreichische Entwicklungshilfeorganisation Horizont 3000 mit ihrer Koordinationsstelle in Mount Hagen hat über ein Dutzend EntwicklungshelferInnen im Einsatz. Schwerpunkte sind Handwerk und Kleingewerbe sowie soziale Dienste. Im Rahmen der EU wurde unter anderem Hilfe für den Wiederaufbau auf Bougainville geleistet. Auch dort sind zwei österreichische Experten im Einsatz.

Zahlreiche Priester und geistliche Schwestern des Päpstlichen Missionswerkes in Wien sind seelsorgerisch in Papua-Neuguinea tätig.

Die österreichischen Exporte betrugen 47.000 Euro (–80%), die Importe 1,10 Millionen Euro (+123,7%).

Anhang

Paraguay
(Republik Paraguay), Asunción

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Nicanor Duarte Frutos	Leila Rachid de Cowles

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Asunción – **HGK**

Der Handel zwischen Österreich und Paraguay wird stark von Einzelgeschäften beeinflusst. Der Außenhandel zwischen beiden Ländern hat im Vorjahr einen neuerlichen Rückgang verzeichnet. Die österreichischen Exporte betrugen 1,53 Millionen Euro (–33,2%), die Importe 307.000 Euro (–14%).

Peru
(Republik Peru), Lima

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alejandro Toledo	Carlos Ferrero	Manuel Rodriguez

Lima – **ÖB, AHSt:** siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos, Trujillo – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation aus Tirol unter der Leitung von Landeshauptmann a.D. Alois Partl in Pozuzo, feierliche Eröffnung eines Gesundheitszentrums in der Alttiroler Kolonie Pozuzo (14. Juli). Dieses Projekt einer österreichischen NGO wurde mit Mitteln der OEZA unterstützt.

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner traf am Rande des Gipfels der EU mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik in Guadelajara (Mexiko, 27.–29. Mai) mit dem Außenminister Perus Manuel Rodriguez Cuadros zu einem bilateralen Gespräch zusammen (28. Mai).

Als Würdigung der Arbeit im Kampf gegen den Drogenmissbrauch erhielt die peruanische NGO CEDRO (Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas) im Wiener Rathaus von Bürgermeister Michael Häupl und Bundesministerin Ursula Plassnik den gemeinsam von den Vereinten Nationen, der Stadt Wien und dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gestifteten „UN Vienna Civil Society Award“ (24. November) verliehen.

Im Rahmen des Europäischen Filmfestivals (25. Oktober bis 14. November) wurden die Streifen „Donau, Duna, Dunaj, Dunarea „ von Goran Rebic, „Hundstage“ von Ulrich Seidl und „Die Klavierspielerin“ von Michael Haneke in Lima vorgeführt. Eine Ausstellung moderner Architekturfotografien von Gerald Zugmann „Vier österreichische Architekten“ wurde mit Unterstützung der ÖB Lima vom Instituto Cultural Peruano-Norte Americano in Lima gezeigt (Mai). Österreich beteiligte sich erstmals mit der Installation Sonische Landschaften (Re-Punk Electronic Music!) von Christiane Erharter und Sonja Eismann am Internationalen Video-, Kunst- und Elektronikfestival. Die Botschaft unterstützte die Perfektionsklasse des früheren Oboisten des Mozarteum-Orchesters Salzburg, Wolfgang Schlachter, für StudentInnen des Nationalen Konservatoriums in Lima.

Die universitäre Zusammenarbeit zwischen peruanischen und österreichischen Universitäten wurde durch den gegenseitigen Austausch von StudentInnen und WissenschafterInnen fortgesetzt. Im Rahmen des Nord-Süd-Stipendienprogramms erhielt eine peruanische Studentin ein Stipendium. Weiters erhielten zwei Peruaner für das Herbstsemester 2004/2005 ein Teilstipendium für eine Ausbildung im Tourismus- und Fremdenverkehrsbereich.

Das Instituto de Ingenieros de Minas del Perú veranstaltete gemeinsam mit der Botschaft und der Außenhandelsstelle Santiago ein eintägiges Seminar über neue Technologien im Tunnelbau

und im Untertagbau mit VertreterInnen namhafter österreichischer Firmen und Unternehmen in Lima (12. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 17,76 Millionen Euro (–6,8%), die Importe 6,86 Millionen Euro (+2,9%).

Philippinen
(Republik der Philippinen), Manila

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Gloria Macapagal Arroyo	Gloria Macapagal Arroyo	Alberto G. Romolo

Manila **– ÖB, HGK, AHSt;** Cebu **– HGK**

Das 2000 unterzeichnete Zusatzabkommen zum Abkommen im Bereich der sozialen Sicherheit aus dem Jahre 1982 ist in Kraft getreten (1. Juli).

An österreichischen kulturellen Aktivitäten sind zu nennen: Vienna Opera Ball der Johann Strauss Society, Teilnahme des Films „Am anderen Ende der Brücke" von Hu Mei am 7. EU-Filmfestival in Manila, 4. EU-Filmfestival in Cebu und 1. EU-Filmfestival in Baguio sowie zwei Konzerte der Wiener Sängerknaben in Manila und Las Piñas.

Im Rahmen des ASEA-Uninet nahmen 20 StudentInnen österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck zum dritten Mal organisierten Asian Studies Program an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (Februar).

Die österreichischen Exporte betrugen 157,09 Millionen Euro (–1,9%), die Importe 151,58 Millionen Euro (–2,2%).

Polen
(Republik Polen), Warschau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aleksander Kwaśniewski	Marek Belka (seit 2. Mai)	Włodzimierz Cimoszewicz

Warschau **– ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI, AUA;** Krakau **– GK, KF, ÖI;** Breslau, Danzig, Lodz **– HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsbesuch bei Staatspräsident Aleksander Kwasniewski (10. Dezember); Nationalratspräsident Andreas Khol, Arbeitsbesuch, Treffen mit Premierminister Leszek Miller, Sejm-Marschall Marek Borowski, Senats-Marschall Longin Pastusiak und Kardinal Józef Glemp (1.–2. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am Treffen der Regierungschefs der Regionalen Partnerschaft (8. Dezember); Bundesministerin Elisabeth Gehrer, Central European Exchange Programme of University Studies (CEEPUS)-Ministerkonferenz (5.–6. März); Bundesminister Josef Pröll, Eröffnung einer Präsentation österreichischer Lebensmittel (16. Juni); Bundesminister Herbert Haupt, Treffen mit Sozialminister Krzysztof Pater, Teilnahme am „off ballet special" (25.–27. September); Bundesminister Ernst Strasser, Treffen mit Innenminister Ryszard Kalisz und Teilnahme am ODIHR-Implementation Meeting (12. Oktober); Bundesratsvizepräsident Harald Himmer, Treffen von Senatspräsidenten (Warschau, 25. Mai); Vorsitzender des Nationalratsausschusses für Inneres Rudolf Parnigoni (20.–22. Juni); Vizekanzler a.D. Erhard Busek, unter anderem Gespräche mit dem polnischen Ombudsmann für Menschenrechte Andrzej Zoll (Warschau, 7.–10. Oktober), Bundesminister a.D. Johannes Farnleitner, Teilnahme an einer Veranstaltung der Außenhandelsstelle Warschau anlässlich des polnischen EU-Beitritts (22. April); Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Josef Höchtl, Teilnahme an einer Expertenkonferenz des polnischen Kulturministe-

riums (12.–13. Juli); Steirischer Landesrat Herbert Paierl (Warschau, Katowice; 16.–17. Jänner); Generalstabschef des Bundesheers Roland Ertl (29.–30. September).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Ehrengast von Bundespräsident Thomas Klestil am Wiener Opernball (19.–20. Februar); Premierminister Marek Belka, Teilnahme am „Trilog Salzburg“ (Salzburg, 6. August); Innenminister Józef Oleksy, Teilnahme am Treffen der Innenminister der „Salzburg-Gruppe“ (Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) und der G-5 (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereinigtes Königreich) (16. April); Innenminister Ryszard Kalisz, Teilnahme am „Forum Salzburg“ der Innenminister von Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (Fuschl am See, 15.–16. Juli); Unterstaatssekretär im Außenministerium Jan Truszczynski, Teilnahme am Europa Forum Wachau (Stift Göttweig, 5.–6. Juni); Marschall von Opole Grzegorz Kubat und Vizemarschall von Opole Ryszard Galla, Gespräche mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Unterzeichnung des Kooperationsvertrags Steiermark – Opole (Graz, 1.–3. Juli); Marschall von Schlesien Michael Czarski, Gespräche mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic und dem steirischen Landesrat Univ.-Prof. Gerald Schöpfer (Graz, 16.–18. September).

Die Aktivitäten des KF Warschau konzentrierten sich in erster Linie auf die Erweiterung der EU. Mit dem Installationsprojekt der österreichischen Künstlerin Waltraud Cooper wurde das Warschauer Königsschloss in Amberrot beleuchtet und so ein Willkommenszeichen Österreichs an Polen als neuer Mitgliedsstaat in der EU gesetzt (1.–7. Mai). Gemeinsam mit dem Adam Mickiewicz-Institut und dem Institut Français organisierte das KF Warschau eine internationale Konferenz zum Thema „Gibt es eine europäische Geschichte?“, an der neben WissenschafterInnen aus ganz Europa auch Vortragende aus Indien, Israel, Tunesien und den USA teilnahmen. An den in Polen sehr aktuellen Diskurs schloss das Dialogsymposion „Feminismus zwischen Konservatismus und Liberalismus“ an, das gemeinsam mit dem Lehrgang für Gender Studies der Universität Warschau veranstaltet wurde und bei welchem ReferentInnen aus Österreich, Polen und Deutschland zu Wort kamen.

Das Symposion „Continental Breakfast“, zu welchem das Adam Mickiewicz-Institut und das KF Warschau KunstkuratorInnen aus ganz Europa einluden, bildete eine Diskussionsplattform über neue Strömungen der Kunst und deren gesellschaftspolitisches Engagement.

In der Österreichischen Galerie am KF Warschau wurden unter anderem die Ausstellungen „Tirol Transfer“, „City Views“ von Martin Krenn und „Linz Kreativ“ (eine Gemeinschaftsausstellung der Kunstuniversität Linz und der Warschauer Akademie der bildenden Künste) gezeigt. In Kooperation mit dem Land Salzburg und der Stadt Warschau wurden die beiden Künstler Harald Scherz und Erich Gruber zu einem Stipendienaufenthalt in den Kunstraum Warschau eingeladen. Ihre Ergebnisse wurden in der Österreichischen Galerie am KF Warschau präsentiert. Mit der ersten Max Weiler Ausstellung in Polen im Internationalen Kulturzentrum in Krakau wurde eindrucksvoll ein bedeutender österreichischer Maler des 20. Jahrhunderts in Südpolen präsentiert. In der Österreichischen Galerie am KF Krakau stellten folgende KünstlerInnen aus: Nikolaus Eberstaller, David Ölz, Pawel Bitko und Bernadette Stepien. Julian Taupe war mit Ausstellungen in Tarnow und Przemyszl, Drago Prelog in Rzeszow, Ulrich Gansert und Wieslaw Pastula in Breslau vertreten.

Einen Höhepunkt der österreichisch-polnischen Kooperation stellte die Ausstellung „Transalpinum“ dar, ein Gemeinschaftsprojekt der Nationalmuseen Warschau und Gdansk sowie des Kunsthistorischen Museums in Wien (Warschau, 17. September bis 10. Dezember; Gdansk ab 19. Dezember).

Unter dem Motto „Im Spiegel der Provokation“ fand in Warschau und Lodz eine österreichische Filmwoche statt, bei der Filme von Barbara Albert, Nina Kusturica, Michael Haneke, Sabine Derflinger, Goran Rebic und Ulrich Seidl vorgestellt wurden. Im Anschluss daran wurde diese Filmauswahl durch das KF Krakau in Krakau und Breslau präsentiert.

Mit Vladimir Vertlib wurde dem Publikum ein in Polen noch wenig bekannter Autor vorgestellt. Aus Anlass der Herausgabe der polnischen Übersetzung von „Beerholms Vorstellung“ wurde Daniel Kehlmann zu Lesungen eingeladen. Das Erscheinen der polnischen Übersetzung von

„Partygirl“ und „Verführungen“ eröffnete die Möglichkeit, Marlene Streeruwitz für Lesungen in Polen zu gewinnen. Aus Anlass der Verleihung des diesjährigen Literaturnobelpreises an Elfriede Jelinek wurde ein Symposion organisiert, an welchem junge polnische WissenschafterInnen teilnahmen und ÜbersetzerInnen von Werken Jelineks die Frage der Übersetzbarkeit Elfriede Jelineks erörterten.

In der als EU-Beitrittsveranstaltung konzipierten Literatur-Serie „Moja Europa“ („Mein Europa“) stellte die Diskussionsveranstaltung mit dem österreichischen Polonisten und Schriftsteller Martin Pollak, dem polnischen Schriftsteller Andrzej Stasiuk sowie dem jungen ukrainischen Schriftsteller Taras Prohasko einen Höhepunkt dar. Gerhard Jonke, Christoph Bauer und Josef Haslinger gaben Lesungen in Krakau und Breslau. Der 90. Todestag des in Krakau verstorbenen Georg Trakl wurde in einem Trakl-Abend mit Lesung, Film, Konzert und Ausstellung begangen und fand mit einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Lemberg/Ukraine seine Fortsetzung.

Der seit zwei Jahren mit der Theateragentur Agencja Adit und dem Teatr Studio laufende Zyklus szenischer Lesungen von ins Polnische übersetzten österreichischen Theaterstücken wurde mit großem Erfolg fortgesetzt. Vorgestellt wurden: „Grillparzer im Pornoladen“ von Peter Turrini; „Ein Jedermann“ von Felix Mitterer, „Antiklimax“ von Werner Schwab“ „Kafka“ von Franzobel und „Clara S.“ von Elfriede Jelinek. Im Teatr Wybrzeze in Gdansk fand die polnische Uraufführung des Stücks „Vor dem Ruhestand“ von Thomas Bernhard statt.

Die Zusammenarbeit des KF Krakau mit dem Krakauer Theater Ludowy wurde mit der deutschsprachigen Aufführung von „Antigone in New York“ sowie einer szenischen Lesung von Handkes „Ritt über den Bodensee“ fortgesetzt.

Das „Off Ballet Special“ unter Leitung von Renato Zanella, ein Projekt der Wiener Staatsoper und des österreichischen Vereins für Behindertenintegration „Ich bin Ok“, gastierte in der Warschauer Nationaloper (26. September). Organisiert wurde dieses Gastspiel vom KF Warschau, dem Sozialattaché des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz an der ÖB Warschau, der ÖW-Warschau und dem AUA-Büro Warschau sowie unter Mitwirkung zahlreicher Sponsoren.

Im Bereich der Musik lagen die Schwerpunkte auf elektronischer Musik. Am „Turning Sounds 2“ (internationale Konferenz, Workshops und Konzerte) waren Bernhard Lang, Patrick Pulsinger, Klaus Filip, dieb 13 (Dieter Kuvacic), Wolfgang Fuchs, Burkhard Stangl, Hannes Löschel, Christian Höller und Peter Rantasa vertreten. Am Festival improvisierter Musik „musica genera“ nahmen Franz Hautzinger, Sievert (Szczecin), Sofa Surfers und Vienna Scientists teil.

Das KF Krakau ermöglichte es zahlreichen jungen österreichischen MusikerInnen in Südpolen aufzutreten: Ernst Wally beim Orgelfestival in Zakopane, das aron-Quartett anlässlich des 13. Festivals der Wiener Musik in Jelenia Gora, das junge Duo Elisa Siber (Chello) und Alexandra Silocea (Klavier) in der Galerie des KF Krakau, Christina Grill (Klavier) und Wolfgang Mayer (Violoncello) bei Festivals in Tarnow und Przemysl. Das Strauss-Ensemble Wien gab ein Konzert anlässlich einer Gedenkveranstaltung für Rafael Scharf im Zentrum für Jüdische Kultur in Krakau. Im Bereich elektronische Musik gastierte Helmut Schäfer beim Festival „Unsound“ in Krakau. Die österreichische Gruppe „Nim Sofyan“ trat im Rahmen des „Tages der Offenen Tür“ der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz auf. Das Thomas Kaufmann Quartett nahm am Jazz-Sommerfestival in Krakau teil.

Im Rahmen des Zyklus „junges Musikforum“ wurden Werke folgender zeitgenössischer Komponisten aufgeführt: Hans Erich Apostel, Roland Batik, Thomas Christian David, Helmut Eder, Heinrich Gattermeyer, Armin Kaufmann, Paul Kont, Viktor Korda, Wolfgang Muthspiel, Werner Pirchner, Hannes Raffaseder, Karl Schiske, Helmut Schmidinger, Tristan Schulze, Kurt Schwertsik, Jenö Takacs, Alfred Uhl, Wolfram Wagner und Friedrich Wildgans.

Anlässlich des 30. Todetages von Egon Wellesz wurde auf den Komponisten mit einem Konzert (Liederabend mit Kamila Kulakowska (Sopran) in Sopot aufmerksam gemacht. Weiters wurden die Österreich-Tage in Radom, Lodz und Bydgoszcz mit kulturellen Beiträgen unterstützt.

Anhang

Zwei Konferenzen zum Thema „Ländliche Entwicklung und Agrotourismus“ wurden in potenziellen Agrotourismus-Regionen der Wojewodschaften Schlesien und Kleinpolen abgehalten. In Zusammenarbeit mit dem Central Mining Institute in Kattowitz wurde eine österreichisch-polnische Fachtagung zum Thema: „Kooperation der Regionen Oberösterreich – Oberschlesien: Herausforderungen bei der Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie“ veranstaltet, die auch österreichischen Interessensvertretungen wie Arbeiterkammer, ÖGB und NGOs im sozialen Bereich die Möglichkeit gab, Kontakte mit schlesischen Organisationen zu knüpfen (Oktober). Mit dem Thema „Central Europe after Enlargement of the European Union“ beschäftigte sich eine vom GK Krakau und dem Institut für Europastudien der Jagiellonen-Universität veranstaltete Konferenz in Krakau, die im Zeichen der Bemühungen um eine Verstärkung der Zusammenarbeit der Universität Wien und der Jagiellonen-Universität in Krakau stand (November). Gemeinsam mit der Abteilung Wirtschaft und europäische Angelegenheiten der steiermärkischen Landesregierung wurde eine Serie von INTERREG-Workshops ins Leben gerufen, in der steirische INTERREG-Projekte vorgestellt werden und Möglichkeiten der Beteiligung von polnischen Partnern an gemeinsamen Projekten gesucht werden.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,63 Milliarden Euro (+22,1%), die Importe 1,11 Milliarden Euro (+13,5%).

Portugal
(Portugiesische Republik), Lissabon

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jorge Fernando Branco de Sampaio	Pedro Miguel de Santana Lopes	António Victor Martins Monteiro

Lissabon – **ÖB, AHSt;** Porto, Albufeira, Funchal – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Martin Bartenstein und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, offizieller Staatsbesuch (Lissabon und Porto, 3.–5. November).

Besuche in Österreich: Verteidigungs- und stellvertretender Premierminister Paulo Portas (26.–28. August); Staatssekretär für Europafragen Mario David (3. Dezember).

Im Kulturprogramm der Botschaft wurde der Bogen im Musikbereich von Jazz (Tournee der Max Nagl Four, Tondela, Lissabon und Braga, 11.–13. März; Franz Hautzinger & Company in der Stiftung Gulbenkian in Lissabon, 7. August) über Klassik (vier Konzerte des elf-köpfigen Ensembles „Wiener Saloniker“ in Seixal, Cascais, Jeronimos-Kloster Lissabon und Hotel Alfa, zwischen 16. und 20. April) bis zu Weltmusik (Konzert von Timna Brauer und Elias Meiri mit dem palästinensischen Gast Marwan Abado in Lissabon, 11. November) gespannt.

Robert Menasse unternahm aus Anlass des für 2005 bevorstehenden Erscheinens seines Romans „Vertreibung aus der Hölle“ im portugiesischen Ulissea-Verlag eine Lesereise (Lissabon, Braga, Coimbra, Porto, 27. Oktober bis 5. November). Im Antigona-Verlag erschienen zwei Werke von Stefan Zweig („Der Kampf mit dem Teufel“, „Die Verwirrung der Gefühle“) auf Portugiesisch. Weiters war Österreich mit einem eigenen Stand bei der Sprachmesse EXPOLINGUA vertreten. Im Bereich zeitgenössischer Tanz trat die Gruppe Elio Gervasi beim XII. Almada Tanzfestival auf (23. Oktober). Im Museum Serralves in Porto wurden Werke des zeitgenössischen Malers Herbert Brandl (Jänner-April) ausgestellt. Werke von der Keramikerin Margit Denz-Strolz wurden in Lissabon und Porto gezeigt.

Die österreichischen Exporte betrugen 340,44 Millionen Euro (–4,8%), die Importe 461,42 Millionen Euro (+5,6%).

Länderinformationen

Ruanda
(Republik Ruanda), Kigali

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Kagame	Bernard Makusa	Charles Murigande

ÖB: siehe Kenia; Kigali – **HK** (seit Mai 2000 vorübergehend geschlossen); **AHSt:** siehe Südafrika

Ruanda ist Schwerpunktland der OEZA mit Fokus auf den Sekoren Wasser und Siedlungshygiene, Demokratie, Menschenrechte und Abrüstung. Ein Projekt zur ländlichen Wasserversorgung wurde in der Provinz Gikongoro begonnen. Ein Projekt zur Unterstützung der Genozidgerichtsbarkeit (traditionelle Gacaca-Gerichtshöfe) wurde fortgesetzt.

In einem neuen Programm mit dem International Law Institute – Uganda (ILI-Uganda) in französischer Sprache wurden 15 ruandische KursteilnehmerInnen unterstützt. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von fünf Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Ein „3sat“ Filmteam besuchte Ruanda und drehte für die Serie „Ferne Nachbarn“ (September).

Die österreichischen Exporte betrugen 150.000 Euro (+200,9%), die Importe 336.000 Euro (–17,1%).

Rumänien
(Rumänien), Bukarest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Traian Basescu	Calin Popescu Taricean	Mihai Razvan Ungureanu

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ, AUA;** Temeswar – **HK, AUA**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Dieter Böhmdorfer, Unterzeichnung einer bilateralen Absichtserklärung über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (3.–4. März); Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Besuch bei der altösterreichischen Volksgruppe im Banater Bergland (12.–13. März); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (28.–30. April); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in Begleitung von Bundesminister Martin Bartenstein und dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Gespräche mit Präsident Ion Iliescu, Ministerpräsident Adrian Nastase und Verkehrsminister Miron Mitrea (3. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Landwirtschaftsminister Ilie Sarbu in Bukarest und Teilnahme an der Landwirtschaftsmesse AGRARIA in Cluj/Klausenburg (4.–5. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Eröffnung der Wiener Wochen in Bukarest (12. Mai); Bundespräsident Thomas Klestil in Begleitung des designierten Bundespräsidenten Heinz Fischer, Teilnahme am Treffen der zentraleuropäischen Staatspräsidenten in Mamaia (27.–28. Mai); Bundesminister Ernst Strasser, Unterzeichung des bilateralen Abkommens über den Datenaustausch (24.–25. Juni); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme an der zweiten Außenministerkonferenz des Donaukooperationsprozesses (14. Juli); Vizekanzler und Bundesminister Hubert Gorbach, Gespräche mit Verkehrsminister Miron Mitrea und Staatsminister Ion Talpes (15.–16. Juli); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme an der Unterzeichnung des Übernahmevertrages OMV-Petrom (29. Juli).

Besuche in Österreich: Privatbesuch von Präsident Ion Iliescu in Begleitung von Außenminister Mircea Geoana und Justizministerin Rodica Stanoiu (17. Jänner); Justizminister Cristian Diaconescu, Gespräche mit Bundesministerin Karin Miklautsch (23.–24. Juni); Verteidigungsminister Ioan Mircea Pascu, Gespräche mit Bundesminister Günther Platter (13.–14. Juli); Innenminister Marian Saniuta, Gespräche mit Bundesminister Günther Platter, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zur österreichisch-rumänischen Zusammenarbeit (14. Dezember).

Anhang

Die Aktivitäten im Rahmen des Aktionsplans zur österreichisch-rumänischen Zusammenarbeit wurden fortgesetzt, hochrangige Evaluierungstreffen fanden in Oradea (29.–30. Jänner) und in Wien (23.–24. September) statt. Fünf Seminare im Rahmen der Ausbildung rumänischer Unteroffiziere der Grenzpolizei durch österreichische ExpertInnen in den Bereichen Dokumentenfälschung, KFZ-Verschiebung, Drogenhandel, Menschenhandel und iIlegale Migration wurden durchgeführt. Weiters erhielt Österreich den Zuschlag als Juniorpartner beim PHARE-Projekt „Aufbau der Nationalen Europolstelle", das mit einer Laufzeit von einem Jahr im September lanciert wurde.

Das Volumen der bilateralen Rumänien-Projekte im Rahmen der OZA des Außenministeriums betrug rund 800.000 Euro. Einer der OZA-Schwerpunkte war der Umweltbereich. Im Oktober 2003 wurde ein Trinkwasserprojekt in Campulung am Südrand der Karpaten begonnen. Ein österreichisch-rumänisches Ingenieur-Team hat die kommunale Wasseraufbereitung dieser Stadt modernisiert und ein ökonomisch attraktives Maßnahmenpaket umgesetzt, das auch für andere Städte Vorbildwirkung haben soll.

In Baia Borsa in der nordrumänischen Provinz Maramures wurde gemeinsam mit der lokalen Bergwerksgesellschaft ein großes Absetzbecken für Minenabwässer saniert. Das Projekt ist Teil eines von der Bergwerksgesellschaft gemeinsam mit der Umweltschutzorganisation Greenpeace erstellten Maßnahmenpakets und wird positive grenzüberschreitende Effekte für das Einzugsgebiet des Flusses Theiß haben.

Im Bildungsbereich wurde im Rahmen der rumänisch-österreichischen Kooperation das Projekt Econet ausgeweitet. In so genannten „Übungsfirmen" werden SchülerInnen an berufsbildenden Gymnasien auf das Wirtschaftsleben vorbereitet. Dieser praxisnahe neue Ausbildungsansatz setzt sich in Rumänien rasch durch, eine Übungsfirmenzentrale wurde in Temeswar gegründet. Das Projekt Econet wird durch KulturKontakt Austria implementiert. Die OZA fördert dieses Projekt im Rahmen ihres Regionalansatzes auch in anderen südosteuropäischen Ländern.

Das KF hat zahlreiche kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Höhepunkte waren das Konzert von Timna Brauer „Frieden für Jerusalem" (April) sowie die Wien-Woche in Bukarest (Mai). Weitere Konzerte wurden von Gabriel Guillen (Gitarre) (Juni) sowie Monika Stadler (Harfe) (September) in Bukarest gegeben. Im Nationalen Kunstmuseum Cotroceni wurde die Ausstellung „Good Morning Balkan" gezeigt (August). An den Österreich-Bibliotheken Temeswar, Klausenburg und Bukarest fanden Lesungen und Vorträge statt.

Über 3000 Firmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung sind in Rumänien registriert. Die österreichischen Direktinvestitionen (berechnet seit 1990) haben aufgrund der Übernahme der rumänischen Mineralölgesellschaft Petrom durch die OMV rund 3 Milliarden Euro erreicht, womit Österreich größter ausländischer Investor ist.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,23 Milliarden Euro (+21,1%), die Importe 722,27 Millionen Euro (+21,7%).

Russische Föderation (Russische Föderation), Moskau

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Wladimir Putin	Michail Fradkow	Sergej Lawrow

Moskau – **ÖB, AHSt, ÖW, AUA;** St. Petersburg – **HGK, AUA**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhart Waneck, Gespräche im Medizinischen Zentrum der Administration des Präsidenten der Russischen Föderation (15.–17. Jänner); Bundespräsident Thomas Klestil, Privatbesuch bei Präsident Wladimir Putin (14.–15. Februar); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Arbeitsbesuch bei Finanzminister Aleksej Kudrin und dem stellvertretenden Zentralbankvorsitzenden Andrej Koslow (8. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit der Gouverneurin von St. Petersburg Walentina Matwienko (15. Juni); Bürgermeister

Länderinformationen

Michael Häupl, Internationale Bürgermeisterkonferenz in Moskau auf Einladung von Bürgermeister Juri Luschkow (15.–16. September); Vizekanzler Hubert Gorbach, Arbeitsbesuch beim stellvertretenden Premierminister Aleksandr Schukow, Transportminister Jurij Lewitin, der Gouverneurin von St. Petersburg Walentina Matwienko, dem Präsidentenvertreter für den Nordwestlichen Föderalen Bezirk Russlands Ilja Klebanow, dem Präsidenten der Russischen Eisenbahnen Gennadij Fadejew sowie dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der russischen Verbundgesellschaft Leonid Dratschewskij (Moskau, St. Petersburg, 20.–23. Oktober); Herbert Haupt, Besuch in Beslan, Treffen mit dem Präsidenten Nordossetiens-Alaniens Alexander Dsasochow (13.–14. Dezember).

Besuche in Österreich: Präsident Wladimir Putin, Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Bundespräsident Thomas Klestil, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (10. Juli).

Die seit mehreren Jahren in Russland tätigen österreichischen NGOs setzten ihre Arbeit fort. Einige dieser Projekte werden durch das Bundesministerium für auswärtige Angeleinheiten im Wege der ADA kofinanziert, darunter Ausbildungsmaßnahmen zugunsten tschetschenischer Flüchtlinge in Inguschetien, Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen an einer Sonderschule für hörbehinderte Kinder in Jakutsk und die Förderung von Jugendkontakten in der GUS. Als Soforthilfe für die Opfer der Geiselnahme von Beslan wurden von Österreich umfangreiche Sachlieferungen zur Verfügung gestellt. Zur Bekämpfung der psychischen Langzeitfolgen wird vom Bundesministerium für auswärtige Angeleinheiten die Errichtung eines psychosozialen Zentrums für die Opfer des Geiseldramas finanziert. Bei einem Besuch in Beslan erneuerte Bundesminister Herbert Haupt die Einladung an 100 Kinder, in Kärnten Urlaub zu machen.

Ein Schwerpunkt der kulturellen Aktivitäten war das vom KF anlässlich der EU-Erweiterung organisierte Festival „Österreichischer Frühling“ mit rund 40 Veranstaltungen in Moskau, St. Petersburg, Nischnij Nowgorod, Jekaterinenburg und Orenburg. Zahlreiche weitere Veranstaltung fanden in den Bereichen Musik, bildende Kunst und Wissenschaft statt.

In mehreren Bereichen findet ein Transfer von österreichischem Know-How nach Russland statt: Kooperation der beiden Sozialministerien mit Schwerpunkt Rehabilitationszentren (TACIS-Projekt). Schaffung eines landesweiten Katasters/Grundbuchs in Russland mit Hilfe österreichischer Experten (TACIS-Projekt). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit veranstaltet gemeinsam mit dem österreichischen Wirtschaftsförderungsinstitut seit 1990 Fortbildungskurse für russische BeamtInnen und ManagerInnen.

Eine Zunahme der österreichischen Direktinvestitionen war festzustellen. Beispiele dafür sind der Bau einer Spanplatten- und Parkettfabrik durch Kronospan (Investitionssumme jeweils mehr als 100 Millionen Euro) sowie die für Frühjahr 2005 geplante Inbetriebnahme eines Spanplattenwerks der Firma Egger im Gebiet Iwanowo (Investitionssumme ebenfalls rund 100 Millionen Euro). Weiters nutzen die Österreichischen Bundesforste in einem Joint Venture mit den Finnischen Staatsforsten ein Waldgebiet in der Nähe von Kostroma. Die Firma Wienerberger errichtet im Gebiet Wladimir ein Ziegelwerk mit einem Investitionsvolumen von zunächst 30 Millionen Euro. Darüber hinaus gibt es noch weitere kleinere österreichische Investitionen. Insgesamt haben österreichische Unternehmen bis Anfang 2004 rund 1,1 Milliarden Euro in Russland investiert. Bei der Entwicklung des russischen Tourismus nach Österreich waren Zuwachsraten zu verzeichnen.

Der österreichisch-russische Handel entwickelte sich äußerst positiv. Erstmals war ein leichter Außenhandelsüberschuss zugunsten Österreichs zu verzeichnen. Die österreichischen Exporte betrugen 1,39 Milliarden Euro (+22,6%), die Importe 1,40 Milliarden Euro (+6,1%).

Salomonen
(Salomonen), Honiara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Sir Allan Kemakeza	Laurie Chan

Anhang

vertreten durch:
Generalgouverneur
H.E. Nathaniel Waena
(seit 7. Juli)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Sambia
(Republik Sambia), Lusaka

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Levi Mwanawasa	Kalombo Kwanzaa

ÖB: siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Von Horizont 3000 und Caritas wurde in Kofinanzierung mit der EU ein Projekt mit Jugendlichen im Bereich AIDS-Bekämpfung und Prävention finanziert. Im Rahmen der Nord-Süd Partnerschaft wurde ein Stipendium für die Ausbildung am Institute of Tourism and Hotel Management in Klessheim vergeben.

Die tschechisch-österreichische Gemeinschaftsausstellung über den Afrikaforscher Emil Holub (1847–1902) wurde im National Museum in Lusaka eröffnet (Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,02 Millionen Euro (–45,2%), die Importe 1,91 Millionen Euro (+118,7%).

Samoa
(Unabhängiger Staat Samoa), Apia

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Malietoa Tanumafili II.	Tuilaepa Sailele Malielegaoi

ÖB, AHSt: siehe Australien

Österreich ist an Entwicklungsprojekten der EU beteiligt, wobei Samoa durch ein Großprojekt in der Wasserversorgung faktisch zu einem Schwerpunktland im Südpazifik geworden ist.

Die österreichischen Exporte betrugen 2.000 Euro (–87,9%), die Importe 533.000 Euro.

San Marino
(Republik San Marino), San Marino

Staatsoberhaupt		Regierungschef und Außenminister
Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit (seit 1. Oktober)		
Giuseppe Arzilli	Roberto Raschi	Fabio Berardi

ÖB: siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua)

Besuche aus Österreich: Delegation von BeamtInnen des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, Aufnahme von Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen und ein Memorandum zur Intensivierung der Außenwirtschaftsbeziehungen (10.–11. März); Staatssekretär Alfred Finz in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation, politische Gespräche, Unterzeichnung des vorgenannten Memorandums (14.–15. Juli).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Außenminister Fabio Berardi, Finanzminister Pier Marino Mularoni und Industrieminister Claudio Felici, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Staatssekretär Alfred Finz und dem Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz (23. März); Außenminister Fabio Berardi, Finanzminister Pier Marino Mularoni und Industrieminister Claudio Felici, Gespräche mit Bundesminister Martin Bartenstein, Staatssekretär Alfred Finz (Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens), Vizepräsidenten der WKÖ Hans-Jörg Schelling und dem Bürgermeister der Stadt Baden August Breininger (24.–25.November).

Die österreichischen Exporte betrugen 4,03 Millionen Euro (–43,5%), die Importe 870.000 Euro (+16%).

São Tomé und Príncipe
(Demokratische Republik São Tomé und Príncipe), São Tomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fradique Melo Bandeira de Menezes	Damiao Vaz d'Almeida (seit 17. September)	Ovídio Manuel Barbosa Pequeno

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen 15.000 Euro (+21,8%), die Importe 21.000 Euro (–97,8%).

Saudi-Arabien
(Königreich Saudi-Arabien), Riyadh

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
König Fahd Bin Abdul Aziz Al Saud	Prinz Saud Al Faisal

Riyadh – **ÖB, AHSt;** Jeddah – **AHSt** (Konsularabteilung)

Besuche aus Österreich: Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Gert Polli (19.–21. Oktober).

Besuche in Österreich: Kronprinz Abdullah in Begleitung von Außenminister Prinz Saud Al Faisal, Öl-Minister Ali Bin Ibrahim Al Naimi, Finanzminister Ibrahim Abdulaziz Al Assaf sowie Wasserbau- und Elektrizitätsminister Ghazi Al Ghosaibi mit einer 250 Personen umfassenden Delegation, Staatsbesuch (31. März bis 2. April).

Ein Großauftrag der Firma HADEED mit einem Auftragsvolumen von 130 Millionen Euro wurde an die VAI betreffend den Bau eines Warmwalzwerkes für die Produktion von Flachstahl vergeben (Wien, 26. Juli). Zwischen HADEED und der VAI wurde ein Vertrag über den Bau einer neuen Direktreduktionsanlage und die Errichtung eines Jato-Stahlwerks unterzeichnet (Gesamtauftragsvolumen 350 Millionen Euro) (22. Dezember).

Eine aus Vertretern von zehn Firmen bestehende österreichische Wirtschaftsmission besuchte Jeddah und Riyadh (23.–29. April).

Die österreichischen Exporte betrugen 202,83 Millionen Euro (–8%), die Importe 307,27 Millionen Euro (+2,3%).

Schweden
(Königreich Schweden), Stockholm

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
König Carl XVI. Gustav	Göran Persson	Laila Freivalds

Anhang

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW, AUA**; Göteborg – **HGK;** Malmö – **HK;** Luleå – **HK**.

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter, offizieller Besuch bei Verteidigungsministerin Leni Björklund (18.–19. März); Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum und Verkehrssprecher und Abgeordneter zum Nationalrat Werner Miedl, Teilnahme an der vom Riksdag veranstalteten Parlamentskonferenz zur Sicherheit auf den Straßen (10.–11. Mai); Stadträtin für Umwelt von Wien Isabella Kossina mit VertreterInnen des Gemeindeausschusses der Stadt Wien für Umweltfragen, Treffen mit VertreterInnen von Stadt und Land Stockholm (8.–10. Mai); der internationale Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB), Karl Heinz Nachtnebel, Vertretung von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch beim Kongress des Dachverbands schwedischer Gewerkschaften (LO) (21.–22. Juni); Stadträtin für Gesundheit und Soziales von Wien Renate Brauner mit einer Delegation des Wiener Gemeinderats, Besuch bei der Stadt Stockholm (16.–17. September); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Teilnahme am Seminar „10 Jahre EU-Mitgliedschaft“ (8.–9. Dezember).

Besuche in Österreich: Sozialministerin Berit Andor, bilaterale Gespräche mit Sozialministerin Maria Rauch-Kallat (7. Juni); König Karl XVI. Gustav und Außenministerin Laila Freivalds, Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Generaldirektor im schwedischen Außenministerium für Europaangelegenheiten Magnus Robach, Gedankenaustausch mit Sektionsleiter Botschafter Martin Sajdik (10. November).

Kulturprojekte wurden in den Bereichen Musik, Foto, Film, Theater, Literatur und darstellende Kunst organisiert. Darüber hinaus wurden moderne, innovative und zeitgenössiche Kulturprojekte geographisch möglichst breit gestreut unterstützt. So fand beispielsweise eine Fotoausstellung mit Werken von Harry Weber in Sundsvall und eine Ausstellung zur Filmgeschichte des Filmklassikers „Der Dritte Mann“ mit einem begleitenden Vortrag der Kuratorin Birgitte Timmermann in Zusammenarbeit mit der Stadt Jönköping statt.

Einer der Höhepunkte im Kulturbereich waren die European Jazz Nights, die als eine gemeinsame Kooperation zwischen dem Jazzclub Fasching und elf Mitgliedstaaten der EU in den Tagen nach der EU-Erweiterung in Stockholm stattgefunden haben.

Österreich war auf der Internationalen Göteborger Buchmesse zum Thema Exilliteratur mit Vladimir Vertlib und Dimitré Dinev vertreten. Die zahlreichen Preisverleihungen an österreichische KünstlerInnen (Astrid Lindgrenpreis 2003 an Christine Nöstlinger, Stig Dagermann Preis 2004 an Elfriede Jelinek, Polarpreis 2004 an György Ligeti, Nobelpreis für Literatur 2004 an Elfriede Jelinek) erhöhten das Interesse an österreichischer Kunst und Kultur in Schweden.

Ein verstärktes Engagement im wissenschaftlichen Bereich kam beispielsweise durch die Teilnahme an der Internationalen Orgelakademie in Göteborg (Konzert und Seminar von Prof. Martin Haselböck) und durch die Mitorganisation eines Informationstages zum Thema „Studieren in Europa“ (in Kooperation mit weiteren Mitgliedstaaten der EU, der EU-Kommission und schwedischen Mitveranstaltern) zum Ausdruck.

Der Außenhandel zwischen Österreich und Schweden ist insgesamt steigend. Die österreichischen Exporte betrugen 933,45 Millionen Euro (+5,7%), die Importe 1,21 Milliarden Euro (+14,4%).

Schweiz
(Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan), vertreten durch seinen Vorsitzenden mit Titel „Bundespräsident“ 2004: Joseph Deiss (Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements)	Micheline Calmy-Rey

Länderinformationen

Bern – **ÖB, KF;** Zürich – **GK, AHSt, ÖW, AUA;** Basel, Genf – **HGK;** Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am trilateralen Treffen der Bundespräsidenten Österreichs, der Schweiz und Deutschlands (St. Gallen, 20. November); Nationalratspräsident Andreas Kohl, Gespräche mit dem stellvertretenden Bundespräsidenten, Bundesrat Samuel Schmid und Nationalratspräsident Max Binder (16.–17. September); Bundesratspräsident Jürgen Weiss und Bundesratsdelegation, Gespräche mit Bundespräsident Joseph Deiss und Ständeratspräsident Fritz Schiesser (Bern/Glarus 9.–11.Mai); Vizekanzler Hubert Gorbach, Treffen mit VertreterInnen der Wirtschaft beim „Auto-Salon" in Genf (10. März), Teilnahme an den 50-Jahrfeiern im Centre Européen de Recherche Nucléaire (CERN) (Genf, 19. Oktober); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme an der Eröffnung der 60. Menschenrechtskommission (Genf, 16. März); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am Swiss Economic Forum in Thun und Treffen mit Bundespräsident und Wirtschaftsminister Joseph Deiss (6. Mai); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Treffen mit Finanzminister Hans-Rudolf Merz (12. August); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am Treffen der Zentraleuropäischen Kooperation zur Friedenssicherung (CENCOOP) (Interlaken, 8. Oktober); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten (10. November), Staatssekretär Helmut Kukacka, Teilnahme am Treffen der Verkehrsminister der Alpenländer (Regensberg bei Zürich, 11. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Staatsekretär im Departement für auswärtige Angelegenheiten Franz von Däniken (10. November); Generalstabschef Roland Ertl, Teilnahme am Treffen der Chefs der Streitkräfte der CENCOOP-Teilnehmerstaaten (Interlaken, 8.–9. Juni), Treffen mit Generalstabschef Korpskommandant Christophe Keckeis (Thun, 22.–23. Juni); Stabilitätspaktkoordinator Erhard Busek, Gespräche im Schweizer Außenministerium und Parlament, Treffen mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (3. Mai), Rede beim Europa-Forum Luzern (18. Oktober); Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer (13. September).

Besuche in Österreich: Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (Innsbruck, 14.–16. Mai); Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher des Justiz-und Polizeidepartements, bei Bundesminister Ernst Strasser und Bundesminister Dieter Böhmdorfer (17. Mai); Bundespräsident Joseph Deiss, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Teilnahme am trilateralen Wirtschaftsministertreffen (Graz, 21.–22. Mai); Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser (10. September); Staatssekretär im Departement für auswärtige Angelegenheiten Franz von Däniken, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (1. Juli).

Die Rahmenvereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die militärische Ausbildungszusammenarbeit ihrer Streitkräfte wurde unterzeichnet (Innsbruck, 15. Mai). Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens hat das 4. bilaterale Nuklearexpertentreffen stattgefunden (Bern, 15. November).

Im Bereich Kunst und Kultur war eine steigende Zahl österreichischer KünstlerInnen und Kulturschaffender, auch in führender Position, festzustellen. Das Berner Stadttheater (Schauspiel) sowie das Theater in St. Gallen werden von Österreichern geleitet. Namhafte Ensembles (Wiener Philharmoniker, Klangforum Wien, Alban Berg Quartett), Dirigenten (Nikolaus Harnoncourt, Franz Welser-Möst) und Solisten (Jörg Demus, Thomas Zehetmair, Alfred Brendel) gastierten bei den Festivals in Luzern, Zürich und Gstaad. Große Beachtung fanden auch zeitgenössische Komponisten wie Sebastian Themessl und Wilfried Scharf sowie die Jazz-Ensembles „Vienna City Ramblers" und „Ensemble Mauve". Besonders auffallend waren die zahlreichen Aufführungen von Wiener Operetten, vielfach mit österreichischen Interpreten.

Die Wiener Zwillingsschwestern Christine und Irene Hohenbüchler gestalteten in der Kartause Ittigen eine Jahresausstellung „Wilde Gärten" und anlässlich des 125-jährigen Bestehens des

Anhang

Kunstmuseums in Bern eine „Geburtstagsinstallation“. Bemerkenswert waren die Ausstellungen „Christian Attersee“ in Appenzell, Valie Export in Genf und Günther Brus in Zug. Das Kunsthaus Basel-Land (österreichische Direktorin) präsentierte wiederholt österreichische Avantgarde-Künstler. Im Wege der Museumskooperation fand in Winterthur die Ausstellung „Das Auge und der Apparat“ (Albertina Wien) und in Lausanne die Ausstellung „Das weiße Gold Hallstatts“ (Naturhistorisches Museum Wien) statt. Erstmals erfolgten auch zwei Veranstaltungen bei den VN in Genf: die Ausstellung „Bosna Quilts“ (Wandteppiche bosnischer Flüchtlingsfrauen in Österreich) und ein Galakonzert des „Wiener Schubertbundes“ aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des CERN.

Das große Interesse an Literatur bezeugen zahlreiche Lesungen unter anderem von Sabine Gruber, Marlene Streeruwitz, Wolfgang Haas, Gert Jonke, Robert Menasse, Christoph Ransmayr sowie Robert Schindel bei Literaturfestivals, in Literaturhäusern und an Universitäten.

Die österreichischen Exporte betrugen 4,03 Milliarden Euro (–0,7%), die Importe 2,73 Milliarden Euro (–17,5%).

Senegal
(Republik Senegal), Dakar

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Macky Sall	Cheikh Tidiane Gadio

Dakar – **ÖB; AHSt:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Generaldirektor der Kunsthalle Wien Gerald Matt, Jurymitglied anlässlich der afrikanischen Kunstbiennale in Dakar (Juni); ADA-Geschäftsführer Botschafter Michael Linhart, dreitägige Dienstreise (September).

Besuche in Österreich: Industrieminister Landing Savane anlässlich der UNIDO-Generalkonferenz.

Senegal ist Kooperationsland der OEZA. Die Kooperation, welche ausschließlich über NGOs erfolgt, betrifft die Sektoren Ländliche Entwicklung (Ressourcenbewirtschaftung, Wasserversorgung), Handwerksausbildung und Gesundheit. Gegenwärtig wird ein neues Drei-Jahres-Sektorprogramm ausgearbeitet.

Im Rahmen des „OFF-Programmes“ der Biennale präsentierten Lisl Ponger, Edith Lettner, Ragnhild Roed und Heidi Breuer ihre Ausstellungen. Ebenfalls im Rahmen der Biennale hielt sich der österreichische Fotograf Tom Schneider in Dakar auf. Die Fotografin Anne Beck war zur Eröffnung ihrer Ausstellung in Dakar (April).

Anlässlich der Verleihung des Literatur Nobelpreises an Elfriede Jelinek organisierte die Botschaft gemeinsam mit dem Goethe-Institut eine Veranstaltung, bei der die Germanistin Ingrid Gell einen Vortrag hielt (Dezember). Prof. Ingrid Gell hielt sich als Austauschprofessorin in Dakar und St. Louis auf (November-Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 4,79 Millionen Euro (–31,9%), die Importe 296.000 Euro (–29,5%)

Serbien und Montenegro
(Serbien und Montenegro), Belgrad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Svetozar Marović	Svetozar Marović	Vuk Drašković

Länderinformationen

Belgrad **– ÖB, KF, AHSt, Koordinationsbüro der ADA, Beauftragte für Bildungskooperation, AUA;** Pristina **– Außenstelle der ÖB, der AHSt und des Koordinationsbüros;** Budva **– HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner anlässlich der Inauguration des serbischen Präsidenten Boris Tadić (11. Juli); Vizekanzler Hubert Gorbach in Begleitung von Landeshauptmann Jörg Haider (14. Juli), Vizekanzler Hubert Gorbach (6. September), Landeshauptmann Waltraud Klasnic (Belgrad und Novi Sad, 26.–28. Oktober); Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch in Suva Reka (19.–20. Juli); Landeshauptmann Michael Häupl und Landeshauptmann Hans Niessl, Truppenbesuch in Suva Reka (1. November); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesminister Günther Platter, Truppenbesuch in Suva Reka (21. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Vuk Drašković (16. Juni); serbischer Vizepremierminister Miroljub Labus und montenegrinische stellvertretende Ministerin für internationale Wirtschaftsbeziehungen Nada Mihajlović (7.–9. Juli); Präsident Svetozar Marović, Kosovo-Präsident Ibrahim Rugova sowie Kosovo-Premierminister Bajram Rexhepi anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Bundespräsident Klestil (10. Juli); serbische Ministerin für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft Ivana Dulić-Marković (25. Juli); montenegrinischer Premierminister Milo Đukanović (Salzburg, 27.–28. Juli); kosovarischer Minister für Bildung und Wissenschaft Rexhep Osmani (29. Spetember); serbischer Innenminister Dragan Jočić und montenegrinischer Innenminister Dragan Djurović (11. November); serbischer Minister für Großinvestitionen Velimir Ilić (15. November), Präsident Svetozar Marović (1. Dezember).

Das im Vorjahr unterzeichnete Rückübernahmeabkommen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro trat in Kraft (29. April). Das Polizeikooperationsabkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Serbien sowie das Polizeikooperationsabkommen zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Montenegro wurden in Wien unterzeichnet (11. November). Das Verwaltungsübereinkommen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich und dem Minister für Großinvestitionen der Republik Serbien wurde in Wien unterzeichnet (15. November). Es trat mit Unterzeichnung in Kraft.

Die österreichische Präsenz im Kosovo im militärischen, zivilen und humanitären Bereich wurde fortgesetzt. Österreich war Veranstaltungsort für hochrangige Treffen und Initiativen zum Thema Kosovo (Seminar für politische Berater über Dezentralisierungsmodelle, Dürnstein, 14.–16. Juli; Treffen der Arbeitsgruppe Dezentralisierung, Wien, 26–27. September; OSZE-Seminar zum Thema Verhandlungsstrategien, Wien, 13.–15. Dezember). Das gemeinsam von den Ländern der Regionalen Partnerschaft erarbeitete Kosovo-Papier war ein wichtiger Impuls für die EU-interne Diskussion über die künftige Kosovo-Politik der Union.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien und Montenegro waren durch eine Vielzahl an gemeinsamen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen gekennzeichnet. Als herausragende Beispiele für die Tätigkeit des KF in Belgrad können ein groß angelegtes humanitäres Operetten-Konzert mit SängerInnen aus Serbien und Montenegro und aus Österreich anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags sowie ein hochkarätiger Runder Tisch zum Thema „Die Rolle der Serben in Mitteleuropa“ mit Prof. Zoran Konstantinović, Prof. György Konrad und Botschafter Emil Brix genannt werden. Diverse Aktivitäten im Schulbereich zum Thema „Österreich und Serbien und Montenegro – Partner in Europa“ ergänzten das Programm des KF.

Die intensive bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen wurde weiter ausgebaut. Das Interesse österreichischer Firmen an einem wirtschaftlichen Engagement in Serbien und Montenegro ist nach wie vor groß. Österreichische Unternehmen zählen zu den größten ausländischen Direktinvestoren.

Die österreichischen Exporte betrugen 438,43 Millionen Euro (+14,5%), die Importe 112,07 Millionen Euro (+42%).

Anhang

Seychellen
(Republik Seychellen), Victoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
James Michel (seit 14. April)	Jérémie Bonnelame

ÖB: siehe Kenia; Victoria – **HK; AHSt:** siehe Südafrika

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von einer Fachkraft in Österreich gefördert.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,50 Millionen Euro (+83,7%), die Importe 942.000 Euro (–9,1%).

Sierra Leone
(Republik Sierra Leone), Freetown

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Alhaji Ahmed Tejan Kabbah	Momodu Koroma

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Freetown – **HK; AHSt:** siehe Nigeria

Aus den Mitteln „Kleine Botschaftsprojekte" wurde mit 2.330 Euro eine Dorfwasserleitung in einem Vorort von Freetown repariert bzw. erweitert. Ein weltweiter Medikamentenhersteller, der seinen Firmensitz in Wien hat, überließ eine Sachspende im Werte von 500.000 Euro.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,16 Millionen Euro (–80,4%), die Importe 86.000 Euro (–89,6%).

Simbabwe
(Republik Simbabwe), Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Robert Gabriel Mugabe	Stanislaus Mudenge

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Simbabwe ist Kooperationsland der OEZA. Schwerpunkte bilden die Stärkung der Basisorganisationen in der Administration und die Umsetzung ihrer Strategien in den Bereichen Behindertenbetreuung und Unfallrehabilitation, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, die Mitwirkung beim Aufbau einer Wasser- und Abwasserversorgung und der Aufbau eines Internetzentrums an drei Schulen in Binga. Zudem wurde die Unterstützung von Organisationen zur Gleichberechtigung von Frauen im Parlament und der Familie im Wege der Finanzierung lokaler Arbeitskräfte gefördert. Hauptträger ist Horizont 3000 mit acht ExpertInnen.

Im Rahmen der „Afrika 2000"-Projekte wurden die NGO „Mother of Peace in Mutoko" (AIDS-Waisen) durch einen Brotbackofen, das St. Giles Medical Rehabilitation Centre in Harare durch Übergabe von physio-therapeutischem Gerät sowie die Primary School in Zhombwe durch Finanzierung der Neudeckung des Dachs nach Zerstörung durch Sturm unterstützt. Weiters erhielten das SOS Kinderdorf Bindura eine Bücherspende für die neue Bibliothek, schwer behinderte Menschen des Tose Respite Care Homes in Harare Unterstützung für Physiotherapie sowie ein HIV/AIDS-Projekt des Chiedza Child Care Centres in Harare Materialspenden.

Länderinformationen

Anlässlich des diesjährigen „Harare International Festivals of the Arts“ (HIFA) gaben die Pianisten Eduard und Johannes Kutrowatz ein vierhändiges Klavierkonzert (27. April). Mit Unterstützung der Botschaft fand das Mulonga.net Festival in Siachilaba in Matabeleland statt (September).

Zur Ausbildung am Institute of Tourism and Hotel Management in Klessheim wurde ein Stipendium vergeben.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,07 Millionen Euro (–19,5%), die Importe 5,83 Millionen Euro (–59%).

Singapur
(Republik Singapur), Singapur

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sellapan Ramanathan Nathan	Lee Hsien Loong	George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrates; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

Die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre wurde im laufenden Jahr überwunden. Singapur bleibt für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen wegen seiner hervorragenden Infrastruktur, der Korruptionsfreiheit seiner Behörden und der guten Englischkenntnisse des lokalen Personals eine wichtige Drehscheibe im südostasiatischen Raum. Das 2003 in Kraft getretene bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen schafft für die österreichischen Unternehmen steuerliche Sicherheit und damit einen zusätzlichen Investitionsanreiz.

Die österreichischen Exporte betrugen 191,03 Millionen Euro (+24,3%), die Importe 143,51 Millionen Euro (–23,1%).

Slowakei
(Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ivan Gašparović	Mikulaš Dzurinda,	Eduard Kukan

Pressburg – **ÖB, AHSt, ÖW, ÖI, OSI, AUA**

Besuche aus Österreich: Bürgermeister Michael Häupl, Treffen mit Oberbürgermeister von Bratislava Andrej Ďurkovský (14. Februar); Niederösterreichischer Landesrat Wolfgang Sobotka, Treffen mit Landeshauptmann von Bratislava Lubo Roman und Oberbürgermeister von Bratislava Andrej Ďurkovský (11. März); Bundespräsident Thomas Klestil bei Staatspräsident Rudolf Schuster (16. März); Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Teilnahme am Investorenkongress (18. März); Niederösterreichische Landesrätin Johanna Mikl-Leitner bei Landeshauptmann von Nitra Milan Belica (13. April), Staatssekretär Helmut Kukacka bei Verkehrs-Staatssekretär Ján Kotuľa (18. April), Nationalratspräsident Andreas Khol, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Landeshauptmann Erwin Pröll, Teilnahme an den EU-Feiern in Pressburg (30. April); Landeshauptmann Erwin Pröll bei Ministerpräsident Mikulas Dzurinda (13. Mai); Vizekanzler Hubert Gorbach bei Verkehrsminister Prokopovic (17. Mai); Staatssekretär Franz Morak, Besuch bei Kulturminister Rudolf Chmel (4. Juni); Bürgermeister Michael Häupl, Arbeitsgespräche mit Oberbürgermeister von Bratislava Andrej Durkovsky und Verkehrsminister Pavol Prokopovic (17. Juni); Bundesminister Josef Pröll anlässlich einer österreichischen Lebensmittelpräsentation (24. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner bei Staatspräsident Ivan Gasparovic (16. Juli); Nationalratspräsident Andreas Khol bei Nationalratspräsident Pavol Hrusovsky (23. September); Niederösterreichische Landesrätin Johanna Mikl-Leitner (8. November); Bundesministerin Ursula Plassnik bei Außenminister Eduard Kukan, Premier Mikulas Dzurinda, Nationalratspräsident Pavol Hrusovsky und Staatspräsident Ivan Gasparovic (16. November).

Anhang

Besuche in Österreich: Innenminister Vladimir Palko, Unterzeichnung eines Abkommens über Polizeikooperation (13. Februar); Innenminister Vladimir Palko, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser (Hohenau und Dt. Jahrndorf, 1. Mai); Staatspräsident Rudolf Schuster und Parlamentspräsident Pavol Hrusovsky, Teilnahme Zentraleuropäischer Katholikentag – Mariazell (22. Mai); Innenminister Vladimir Palko bei Bundesminister Ernst Strasser, Treffen in Salzburg (16. Juli); Vizepremier Finanzminister Ivan Miklos in Alpbach (4. September); Sozialminister Ludovit Kanik in Wien (27. September); Verkehrsminister Pavol Prokopovic bei Vizekanzler Hubert Gorbach (18. Oktober); Außenminister Eduard Kukan, Erziehungsminister Martin Fronc und Finanzminister Ivan Miklos bei Präsentation der Slowakei in Wien (10.–11. November); Staatssekretär Ján Kotula, Teilnahme an der Spatenstichfeier für den Bau der Nordost Autobahn A6 (Spange A4 – Kittsee) in Kittsee (26. November).

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen im Zeichen der EU-Osterweiterung, was in zahlreichen Informationsreihen, Seminaren und Symposien zum Thema EU-Osterweiterung seinen Niederschlag fand. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum EU-Beitritt der Slowakei veranstaltete das KF einen Tag der Offenen Tür mit einem dichten Veranstaltungsprogramm (Ausstellungen, Konzerte, kulinarische Präsentationen).

Das KF organisierte rund 130 Projekte mit 180 Veranstaltungen, darunter eine Reihe ambitionierter, grenzüberschreitender Initiativen. In Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Wien, dem Jüdischen Museum Bratislava, dem Nationalmuseum Bratislava und der Kulturabteilung der Stadt Salzburg wurden zwei Ausstellungen (Kladovo – Eine Flucht nach Palästina, Stefan Zweig – Ein Österreicher aus Europa) mit filmischer („Donau-Exodus“ von Peter Forgacs) und musikalischer (Bratislavaer Kletzmerband) Umrahmung veranstaltet, das sogar Besucher aus Israel und Überlebende des Kladovotransportes zur Anreise nach Bratislava bewog.

Musikalische Höhepunkte bildeten Konzerte des Gustav Mahler Jugendorchesters, unter dem Dirigenten Claudio Abado, das mit der Philharmonie Bratislava realisiert wurde, des Fagottisten Milan Turkovic bei der Mozartwoche sowie des Bruckner Orchesters Linz im Rahmen der Bratislavaer Musikfestspiele. Die „Neue Oper Wien“ gastierte mit „Endlich Schluss“ in der Oper von Bratislava. Die Geigenvirtuosin Alexandra Soumm trat beim Bruno Walter Festival auf (September). Neben Erinnerungskonzerten in der Philharmonie Bartislava wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien die Ausstellung „Der Wiener Nachlass“ realisiert, die den Grundstein für die Bruno Walter Gedenkstätte in Bratislava legte.

Ferner fanden Lesungen mit Anna Mitgutsch, Thomas Glavinic, Manfred Chobot, Nikolaus Harnoncourt, Karl Markus Gauss, Paul Lendvai und Gerhard Bronner statt.

Die Ausstellung „Die Unbekannten Europäer“ des Fotografen Kurt Kaindl und des Schriftstellers Karl Markus Gauss wurde in der Galerie des KF gezeigt.

Die Abschlussveranstaltung des im Jahr 2003 mit dem Tanzquartier Wien eingeläuteten slowakisch-österreichischen Tanz- und Theaterprojekts „Borders“ fand statt (Oktober). Besonderes Augenmerk wurde den Österreich-Bibliotheken und der Zusammenarbeit mit dem Österreich Institut (ÖI) in Bratislava sowie dem Universtiätsbereich gewidmet.

Der Wachstumstrend in den Handelsbeziehungen mit Österreich setzte sich beschleunigt fort. Die österreichischen Exporte betrugen 1,37 Milliarden Euro (+16%), die Importe 1,81 Milliarden Euro (+27,6%).

Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Janez Drnovšek	Janez Janša (seit 3. Dezember)	Dimitrij Rupel (seit 3. Dezember)

Länderinformationen

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, OSI, AUA, ÖI;** Marburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil (Brdo pri Kranju, 16. April); Bundespräsident Heinz Fischer (Spielfeld/Šentilj, 21. Juni; Laibach, 15. September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (Kranjska Gora, 30. April; Portoroz 26. November); Bundesratspräsident Jürgen Weiss (Gornja Radgona, 30 April); Bundesminister Martin Bartenstein (Laibach und Marburg, 30. Jänner); Bundesminister Günther Platter (Marburg, 5. März; Laibach, 18.–19. September); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (Laibach, 17. März; Gornja Radgona, 30. April; Portorož, 8. Juni); Bundesminister Ernst Strasser (Brdo pri Kranju, 14.–16. September); Landeshauptmann Jörg Haider (Goriška Brda, 27. Juli); Landeshauptmann Waltraud Klasnic (Radlje, 1. Mai); Bürgermeister Harald Scheucher (Laibach, 30. April); Bischof Egon Kapellari (Radlje, 1. Mai; Laibach, 5. Dezember); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Portorož, 24.–25. Mai).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Anton Rop (Lech, 5.–7. März); Staatsratpräsident Janez Sušnik (Bad Radkersburg, 30. April); Verkehrsminister Jakob Presečnik (3. Februar); Landwirtschaftsminister Franc But (Wien, 9. Februar; Alpbach,19.–21. März); Bildungsminister Slavko Gaber (18.–19. Februar); Verteidigungsminister Anton Grizold (St. Anton, 3.–4. April); Innenminister Rado Bohinc (Wien, 16. April; Spielfeld, 1. Mai; Fuschl, 15.–17. Juli; Thörl-Maglern, 14. September); Arbeitsminister Vlado Dimovski (19. April); Umweltminister Janez Kopač (27. April); Kulturministerin Andreja Rihter (Leibnitz, 30. April); Außenminister Dimitrij Rupel, Europaforum Wachau (Wachau, 5.–6. Juni); Europaminister Milan M. Cvikl (Klagenfurt, 7. Juli); Landwirtschaftsminister Milan Pogačnik (Wien, 15. Juli; Feldbach, 25. August); Finanzminister Dušan Mramor (Salzburg, 28. August); Außenminister Ivo Vajgl (Wien, 8. September; OSZE-Konferenz Wien, 22. Oktober; ORF/WDR-Europa Forum, Wien, 18. November); Verkehrsminister Marko Pavliha und Staatssekretär Boris Zivec (Klagenfurt, 13. Juli); Staatssekretär im Außenministerium Andrej Logar, Treffen des Kontaktkomitees Slowenien-Kärnten (Klagenfurt, 11. Februar; Wien, 15. April); Staatssekretärin im slowenischen Wirtschaftsministerium Renata Vitez (26.–27. Februar); Staatssekretär im Verteidigungsministerium Milan Jazbec (27. Mai); Wirtschaftskammerpräsident Jožko Čuk (Salzburg, 27. August).

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der slowenischen Regierung zur Errichtung von gemeinsamen Grenzabfertigungsstellen wurde unterzeichnet (28. April), sodass das Abkommen mit 1. Mai rechtswirksam in Vollzug gesetzt und die sogenannte „One Stop Kontrolle“ auch faktisch durchgeführt werden konnte. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im (trilateralen) polizeilichen Zentrum Thörl-Maglern zwischen Österreich, Slowenien und Italien wurde von Bundesminister Ernst Strasser, dem slowenischen Innenminister Rado Bohinc sowie dem italienischen Staatssekretär Antonio D'Ali in Thörl-Maglern unterzeichnet (14. September).

Ein erstes Treffen zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und der entsprechenden Abteilung des slowenischen Innenministeriums, bei der künftigen Zusammenarbeit bei Staatsbesuchen im Mittelpunkt stand, fand in Laibach statt (7. Oktober).

Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen standen im Zeichen der „Plattform – Kultur Mitteleuropa“, des kulturpolitischen Teils der im Jahre 2001 ins Leben gerufenen Regionalen Partnerschaft. Das ÖI in Laibach, das für die aktive kulturelle Nachbarschaftspolitik einschließlich der Vermittlung der österreichischen Variante der deutschen Sprache von größter Bedeutung ist, wurde eröffnet (26. Februar). Anlässlich der „Österreich-Woche“ fanden unter anderem eine Lesung des Prešeren-Preisträgers Florjan Lipuš sowie ein Runder Tisch über „Mitteleuropa – Eine Chance in der erweiterten EU?“ statt.

Um den slowenischen EU-Beitritt entsprechend zu begehen, wurden in der letzten Aprilwoche öffentlichkeitswirksame kulturelle Projekte geboten. Die Ausstellung von Inge Morath „Donaubilder“ wurde im Laibacher Kultur- und Kongresszentrum Cankarjev Dom gezeigt, die im Zuge eines offiziellen Besuchs von Bundespräsident Heinz Fischer besucht wurde. Musikalischen Höhepunkt stellte das Carlos-Kleiber-Gedenkkonzert mit Riccardo Muti dar (4. November).

Anhang

Erwähnenswert ist schließlich die intensive Kooperation mit den Landesregierungen Kärntens und der Steiermark, den Kulturabteilungen der Städte Klagenfurt und Graz sowie die im Kulturabkommen vorgesehene Zusammenarbeit zu Gunsten der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien.

Österreichische Unternehmen gehören zu den größten ausländischen Direktinvestoren in Slowenien. Slowenien war 2004 erstmals einer der zehn wichtigsten österreichischen Exportmärkte. Beim Pro-Kopf-Export österreichischer Waren lag Slowenien als Abnehmer (774 Euro) mit großem Abstand vor der Schweiz und Deutschland.

Die österreichischen Exporte betrugen 1,98 Milliarden Euro (+28,3%), die Importe 1,15 Milliarden Euro (+32%).

Somalia
(Republik Somalia), Mogadischu

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Interim Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed	Interim Premier Minister Ali Muhamed Gedi	Interim Außenminister Abdullahi Shaykh Isma'il

ÖB: siehe Äthiopien; **AHSt:** siehe Ägypten; Mogadischu – **HK** (vorübergehend geschlossen)

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Die österreichischen Exporte betrugen 613.000 Euro (–30,1%), die Importe 21.000 Euro (–72,4%).

Spanien
(Königreich Spanien), Madrid

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez Zapatero (seit 17. April)	Miguel Ángel Moratinos (seit 18. April)

Madrid – **ÖB, AHSt, ÖW, AUA, ÖHI;** Barcelona – **HGK, AHSt** (zuständig auch für Andorra); Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca; Santa Cruz de Tenerife, Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Franz Morak, Teilnahme an der Gedenkmesse für die Opfer des Terroranschlags vom 11. März (24. März); Bundesminister Ernst Strasser, offizieller Besuch (2. Juli); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme am Euromed-Forum Formentor (Mallorca, 8.–9. Oktober); designierte EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, Vortrag (15. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretär für Entwicklungszusammenarbeit und Iberoamerika Miguel Angel Cortés, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (9. Jänner); Außenministerin Ana Palacio Vallelersundi, offizieller Besuch (19. Februar); Staatssekretär für Europaangelegenheiten Alberto Navarro, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (9. Juni); Ihre Königliche Hoheit Prinz von Asturien, Teilnahme am Staatsbegräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Außenminister Miguel Ángel Moratinos bei Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (2. September); Generalstabschef Felix Sanz Roldán, offizieller Besuch beim Chef des Generalstabs Roland Ertl (5.–7. Oktober).

Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Staatssekretär Miguel Angel Cortés unterzeichneten ein Memorandum of Understanding über Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit (Wien, 9. Jänner).

Eine Österreich-Woche mit Konzerten des Klaus Paier Trio und der Wiener Concert Schrammeln, Vorträgen über österreichische Medienkunst, Literatur, zeitgenössische Architektur und einem Filmprogramm fand in Valladolid statt (Februar). Das Hagen Quartett, das Alban Berg Quartett und das Wiener Mozarttrio traten in Madrid, Aranjuez und Barcelona auf. Die Mezzo-Sopranistin Angelika Kirchschlager gastierte in Madrid. Der Gitarrist Gabriel Guillén bestritt die spanische Uraufführung der Partita für Gitarre und Orchester Op. 55 des österreichischen Komponisten Jenö Takács. Weitere musikalische Auftritte erfolgten durch Christian Fennesz und Gabriele Proys bei den Klangfestivals „Zeppelin 2004" in Zaragoza und Barcelona sowie durch die Vorführung österreichischer Musikfilm- und Videoproduktionen im Rahmen von „See The Rhythm" in Barcelona. Das Klaus Paier Trio, das Trio Exklusiv, Wolfgang Muthspiel, das Peter Natterer Quartett und das Vienna Art Orchester traten im Rahmen des XXI. Jazzfestivals von Madrid auf.

Das Tanzensemble Dans.Kias unter der Leitung von Saskia Hölbling gastierte beim Tanzfestival B.A.D. in Bilbao. Fotoausstellungen von Erich Lessing wurden in Zamora, Almería und Salamanca gezeigt.

Die erste große Einzelausstellung von Valie Export in Spanien wurde im Centro de Arte Contemporáneo in Sevilla eröffnet (Jänner). Julian Taupe stellte in Barcelona kleinformatige Arbeiten zur Schau. Regina Webhofer, Michael Gröller und Bettina Mayer zeigten ihre Ausstellung „Cam Around The World". Erwin Wurm nahm mit seinem „Fat House" an der Biennale von Sevilla teil. Uli Marchsteiner und sein Team erzielten mit ihrer Ausstellung „Igual_mente_ diferentes" im Rahmen des Forums Barcelona große Erfolge.

Literarische Höhepunkte bildeten die Buchpräsentationen von Ilse Aichinger und Robert Menasse in Madrid, Barcelona und Valencia. Bei der Europäischen Kinder- und Jugendbuchwoche in Madrid wurde österreichische Kinderbuchliteratur präsentiert. Eine einwöchige Vortragsreihe über Peter Handke fand in San Sebastian statt.

Hubert Sauper, der im Dezember in Barcelona für seinen Film „Darwin's Nightmare" den Europäischen Filmpreis 2004 erhielt, und Karl Bretschneider mit seinem Film „Grauzone" nahmen an den Filmfestivals von San Sebastian sowie Valencia teil. Österreichische Experimental-, Dokumental- und Spielfilme unter anderem von Ulrich Seidl wurden im Dezember in Madrid vorgeführt. Hans Weingartners Film „The Edukators" wurde mit dem „Giraldillo de Plata" in Sevilla ausgezeichnet. Oliver Ressler präsentierte seine Videoinstallation „Alternative Economies, Alternative Societies" im Centro Cultural Conde Duque in Madrid.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,21 Milliarden Euro (+9,7%), die Importe 1,39 Milliarden Euro (–1,1%).

Sri Lanka
(Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Chandrika Bandaranaike	Mahinda Rajapakse	Lakshman Kadirgamar Kumaratunga

ÖB, AHSt: siehe Indien; Colombo – **HK**

Österreich unterstützt seit Jahren den Friedensprozess in Sri Lanka mit Aktivitäten im Bereich des Konfliktmanagements. Auf Initiative von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner hatte im Februar 2002 ein erstes „Seminar on Conflict Resolution for Sri Lankans" in Stadtschlaining stattgefunden. Es folgten ein weiteres Seminar im Februar 2003 in Stadtschlaining, zwei Workshops im August 2003 in Trincomalee (Nordosten von Sri Lanka) und Colombo. Aufgrund

des positiven Ergebnisses und des Interesses von Sri Lanka wurde ein weiteres vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) organisiertes und vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten finanziertes Konflikt-Management Seminar – und zum ersten Mal unter Einschluss der LTTE – in Stadtschlaining veranstaltet (9.–16. August). Eine LTTE-Delegation besuchte Österreich (11. Oktober). Inzwischen hat sich unter den Seminar-TeilnehmerInnen, die in ihrer persönlichen Eigenschaft teilnehmen, ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl herausgebildet („Schlaining-Gruppe“).

Österreich unterstützt im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Sri Lanka in Österreich wie auch an regionalen Ausbildungsstätten. Im Rahmen des Nord-Süd Programms erhielt ein Kandidat ein Stipendium.

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Österreichische Firmen implementieren zurzeit drei Soft Loan finanzierte Projekte im Infrastrukturbereich. Es besteht großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Österreich auf dem Energie-, Umwelt- und Tourismussektor sowie dem Abschluss eines bilateralen Kooperationsabkommens zur Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen. Der Friedensprozess und das liberale Außenhandelsregime Sri Lankas bieten gute Chancen für österreichische Unternehmen. In Sri Lanka sind rund 30 österreichische Firmen vertreten.

Die österreichischen Exporte betrugen 27,53 Millionen Euro (+94,9%), die Importe 19,72 Millionen Euro (+13%).

St. Kitts und Nevis
(St. Kitts und Nevis), Basseterre

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewllyn Douglas	Timothy Sylvester Harris

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Cuthbert Montraville Sebastian

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 49.000 Euro (+969,7%), die Importe 148.000 Euro (+181,3%).

St. Lucia
(St. Lucia), Castries

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Kenny D. Anthony	Petrus Compton

vertreten durch:
Generalgouverneurin
Calliopa Pearlette Louisy

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 168.000 Euro (+461%).

Länderinformationen

St. Vincent und die Grenadinen (St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph E. Gonsalves	Louis Hilton Straker

vertreten durch:
Generalgouverneur
Frederick Nathaniel Ballantyne

ÖB, AHSt: siehe Venezuela

Die österreichischen Exporte betrugen 163.000 Euro (+176%), die Importe 11.000 Euro (+283,9%).

Südafrika (Republik Südafrika), Pretoria

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Thabo Mbeki	Nkosazana Dlamini-Zuma

Pretoria – **ÖB;** Kapstadt – **GK;** Johannesburg – **HGK, AHSt;** Durban – **HK;** Port Elizabeth – **HK**

Das Honorarkonsulat in Port Elizabeth wurde im August eröffnet.

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Bundesrats Anna-Elisabeth Haselbach und der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Abgeordneter zum Nationalrat Peter Schieder, Teilnahme an der Internationalen parlamentarischen Konferenz über AIDS-Waisen (Kapstadt, September); Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Bundesrat Albrecht Konecny, Teilnahme an der Tagung des Rats der Sozialistischen Internationale (Johannesburg, November).

Das 2003 von Bundesminister Ernst Strasser und Sicherheitsminister Charles Nqakula unterzeichnete Polizeikooperationsabkommen trat in Kraft.

Die Republik Südafrika ist Kooperationsland der OEZA. Das österreichische Programm konzentriert sich auf die Bereiche Demokratisierung, Lokalverwaltung sowie dezentralisierte integrierte ländliche Entwicklung. Im Zentrum stehen dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft, der Zugang der schwarzen Bevölkerung (vor allem der Frauen) zum Recht sowie der Aufbau der Gemeindeverwaltungen. Die Kooperation wird über multilaterale Organisationen (UNDP und UNODC), staatliche Stellen (Commission on Gender Equality) und über südafrikanische NGOs abgewickelt. Auf österreichischer Seite fungieren vor allem „Horizont 3000“, das „Nord-Süd-Institut für Entwicklungszusammenarbeit“ und das „Institut für Internationale Zusammenarbeit“ als Projektträger.

Anlässlich der EU-Filmwochen, die unter dem Motto „Demokratie und Menschenrechte“ standen, wurde der Film des österreichischen Regisseurs Houchang Allahyari „Geboren in Absurdistan“ in Pretoria, Johannesburg, Kapstadt und Durban gezeigt.

Das International Classical Music Festival, im Rahmen dessen eine Reihe hervorragender Konzerte in Johannesburg und Kapstadt gegeben wurden, fand zum vierten Mal statt (November). Der Initiator und Leiter des Festivals, der österreichische Staatsbürger südafrikanischer Herkunft, Robert Brooks, selbst Bariton-Sänger, strebt im Rahmen dieses Festivals insbesondere die Zusammenarbeit von MusikerInnen aus verschiedenen Kulturkreisen sowie die Verschmelzung verschiedener Musikrichtungen an.

Anhang

Drei DeutschstudentInnen der Witwatersrand University in Johannesburg erhielten für den Gewinn eines Aufsatzwettbewerbs den aus Werken der neueren österreichischen Literatur bestehenden „Buchpreis der Österreichischen Botschaft“ überreicht (Mai).

Anläßlich der Zehn-Jahres-Feierlichkeiten des Neuen Südafrika ging das International Classical Music Festival auf eine Europa Tournee. In diesem Rahmen wurde im Mai im Musikverein in Wien sowie im Bruckner-Haus in Linz das Oratorium „Ushaka“ des Komponisten Mzilikazi Khumalo und des Dichters Themba Msimang mit dem Thema „Versöhnung“ unter dem Dirigenten Robert Maxym aufgeführt.

Der Singkreis Klagenfurt-Wörthersee gab ein Konzert in Durban (3. April) und Kapstadt (7. April). Das Ceska Blasmusikorchester nahm am Tygerberg Fanfare Festival teil (6.–8. August). An der Universtät Stellenbosch wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut for Justice & Reconciliation und der Provinzregierung des Western Cape das Symposium „Restitution and Reconciliation in Europe and South Africa: Past and Future“ gehalten (8.–10. September). Hierbei handelte es sich um ein Kooperationsprojekt anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum der Demokratie Südafrikas unter Teilnahme von Botschafter Hans Winkler und Charlotte Natmessnig von der Wirtschaftsuniversität Wien. In Zusammenarbeit mit dem Kapstädter Opernstudio fand ein Wiener Gala-Operettenabend statt (2. Oktober).

Der bilaterale Handelsaustausch hat neuerlich zugenommen. Die österreichischen Exporte betrugen 398,99 Millionen Euro (+18,9%), die Importe 307,92 Millionen Euro (+30,2%).

Sudan
(Republik Sudan), Khartoum

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Omar Hassan Ahmed el-Bashir	Omar Hassan Ahmed el-Bashir	Mustafa Osman Ismail

ÖB, AHSt: siehe Ägypten; Khartoum – **HK**

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft erhielten drei KanditatInnen ein Stipendium für die berufliche Fortbildung.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Öffnung des Landes wurden die traditionell guten Kontakte mit dem Sudan vor allem im wirtschaftlichen Bereich durch Förderung von Firmenkontakten – insbesondere in Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten – wieder aufgenommen und verstärkt. Eine Wirtschaftsmission österreichischer Firmen reiste nach Khartoum, um der verstärkten Nachfrage gerecht zu werden (Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 18,65 Millionen Euro (+21,4%), die Importe 464.000 Euro (+15,5%).

Suriname
(Republik Suriname), Paramaribo

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Vizepräsident	Außenministerin
Runaldo Roland Venetiaan	Jules Rattankoemar Ajodhia	Maria E. Levens

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Paramaribo – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 851.000 Euro (+69,6%), die Importe 249.000 Euro (–17,5%).

Länderinformationen

Swasiland
(Königreich Swasiland), Mbabane

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Mswati III.	Absalom Themba Dlamini	Mabili Dlamini

ÖB, AHSt: siehe Südafrika

Da der bilaterale Handel fast ausschließlich über Südafrika abgewickelt wird, ist keine verlässliche Statistik verfügbar. Die statistisch erfassten österreichischen Exporte betrugen 117.000 Euro (–68,9%), die Importe 21.000 Euro (–81,3%).

Syrien
(Syrisch Arabische Republik), Damaskus

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bashar Al Assad	Mohammad Naji Otri	Farouk Al Shara´a

Damaskus – **ÖB, AHSt, AUA;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Parlamentspräsident Andreas Khol, Gespräche mit Präsident Bashar Al Assad, Parlamentspräsident Mahmoud Al Abrash, Premierminister Mohammad Naji Otri, Außenminister Farouk Al Shara'a, Handelsminister Ghassan Al Rifa'i, Großmufti Ahmed Kaftaro, griechisch-orthodoxen Patriarchen Hazim Ignatius IV und Besuch des österreichischen VN-Bataillons am Golan (29. Dezember 2003 bis 5. Jänner); Abgeordneter zum Nationalrat Herbert Scheibner und Abgeordneter zum Nationalrat Klaus Wittauer, Gespräche mit Parlamentariern (2.–5. April); Präsident der WKÖ Christoph Leitl (9.–14. April); Bundesminister Günther Platter, Gespräche mit Verteidigungsminister General Hasan Torkmani, Besuch des österreichischen VN-Bataillons am Golan (Damaskus, 12.–13. Juli und 16.–19. Dezember); Bundesminister Herbert Haupt, Staatssekretär Eduard Mainoni, Landeshauptmann Jörg Haider (1.–4. Oktober), Gespräche mit Kulturminister Mahmoud al-Sayyed, Tourismusminister Sa'adallah Agha al-Kala'a, Wissenschaftsminister Hani Mourtada, Sozialminister Ghiyass Jara'atli und Verteidigungsminister Hasan Torkmani.

Besuche in Österreich: Vize-Außenminister Walid Moallem, Arbeitsbesuch beim Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (20.–21. Juni); Erdölminister Ibrahim Haddad, Besuch bei der OPEC (29. März bis 5. April).

Die Botschaft beteiligte sich am Festival des deutschsprachigen Films in Damaskus und an der Fotoausstellung des Fotoclubs Eggenburg in Aleppo. Österreichische KünstlerInnen nahmen am Internationalen Frauenkunstfestival und am Internationalen Fotofestival in Aleppo teil. Die Künstlerin Angelika Mathis hielt sich für das von ihr initiierten Projekts „365damaskuswien" in Syrien auf (Oktober). In diesem Rahmen wurde ein arabisch-deutsches Kalenderbuch mit Beiträgen österreichischer und syrischer KünstlerInnen entwickelt, das an Schulen in Syrien und Österreich verteilt wurde.

Wissenschaftliche Kontakte wurden durch zwei Besuche des Vorsitzenden der österreichischen Akkreditierungskommission für Privatuniversitäten, Univ.-Prof. Helmut Konrad, hergestellt und vertieft (März und Oktober). Univ.-Prof. Konrad hielt einen Workshop zum Thema „Privatuniversitäten" in Damaskus (2.–5. Oktober).

Österreich war mit einem Stand auf der Baumesse Buildex (Mai) sowie bei der Syria Medicare, der Messe für Medizintechnik und Gesundheit (Juni), vertreten. Eine Wirtschaftsmission (15 Firmen) besuchte Syrien (März).

Die österreichischen Exporte betrugen 30,80 Millionen Euro (–0,3%), die Importe 37,95 Millionen Euro (–68,3%).

Anhang

Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Jachje Asimow	Talbak Nasarow

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

An der UNDP-Vertretung und beim Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan (UNTOP) sind zwei Österreicher tätig. Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Österreich stellte den stellvertretenden Leiter der BOMCA-Vertretung in Bischkek.

Ein Abkommen zwischen der österreichischen und der tadschikischen Akademie der Wissenschaften wurde unterzeichnet (28. Oktober). Die erste Delegation der tadschikischen Akademie der Wissenschaften hielt sich in Österreich auf (29. November bis 3. Dezember).

Das Hilfswerk Österreich führt für ECHO ein Projekt zur Armutsbekämpfung durch. Aus Mitteln der Osthilfe hielten sich zwei Delegationen aus Sugd zum Studium der lokalen Selbstverwaltung in Österreich auf (April und August). Eine österreichische NGO- und Jugenddelegation besuchte Tadschikistan (16–20. Mai).

Im Rahmen des „First Dushanbe International Contemporary Music Festival" hielt der Musikologe Richard Steurer Vorträge über zeitgenössische österreichische Musik und der Violonist Konstantin Weitz gab ein Konzert.

In Wallsee fand die erste österreichisch-zentralasiatische Sommerakademie für Druckgrafik unter tadschikischer Beteiligung statt (Mai). Das zweite gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter tadschikischer Beteiligung fand in Wien statt (28. Juni bis 9. Juli). Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung in Reichenau ein Seminar „Facing the Terrorist Challenge – Central Asia's Role in Regional and International Cooperation" unter Berücksichtigung tadschikischer Aspekte durchgeführt (5.–8. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,36 Millionen Euro (+12,3%), die Importe 5,49 Millionen Euro (+363,6%).

Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Benjamin W. Mkapa	Frederick Sumaye	Jakaya M. Kikwete

ÖB: siehe Kenia; Dar es Salaam – **HGK; AHSt:** siehe Südafrika

Tansania ist Kooperationsland der OEZA. Schwerpunktsektoren bilden die Dezentralisierung und Distriktentwicklung sowie die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von vier Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die österreichischen Exporte betrugen 5,13 Millionen Euro (+71,3%), die Importe 1,07 Millionen Euro (+3,2%).

Länderinformationen

Thailand
(Königreich Thailand), Bangkok

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Thaksin Shinawatra	Surakiart Sathirathai

Bangkok – **ÖB, AHSt, AUA/LA;** Chiang Mai, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer anlässlich der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Universitätskooperation zwischen Österreich und Thailand (Juli); die zweite Präsidentin des Wiener Landtags Erika Stubenvoll anlässlich des Wiener Balls in Bangkok (Dezember).

Besuche in Österreich: Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn und Bildungsminister Adisai Bodharamik anlässlich der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Universitätskooperation zwischen Österreich und Thailand (März).

Zur **Seebebenkatastrophe** in Südostasien und Ostafrika siehe Kapitel D.

Von den kulturellen Veranstaltungen ist das von der Botschaft veranstaltete Konzert der Wiener Philharmoniker in Bangkok hervorzuheben – der erste Auftritt dieses Orchesters in Thailand überhaupt (5. März). Ein Konzert der Original Wiener Johann Strauss Kapelle (Dezember), der Wiener Ball im Hotel Oriental sowie die Teilnahme Österreichs am traditionellen EU-Filmfestival in Bangkok, Chiang Mai und Udonthani sind ebenso erwähnenswert.

In Österreich und in Thailand fanden im März und Juli die Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der bilateralen Universitätskooperation statt, in deren Rahmen auch eine Absichtserklärung zur Fortsetzung dieser akademischen Partnerschaft unterzeichnet wurde. Der Austausch von WissenschafterInnen und StipendiatInnen (vor allem Nord-Süd-Dialogstipendien und Technologiestipendien Südost-Asien im Rahmen des ASEA-Uninet Programms) wurde fortgesetzt. An der Bangkoker Chulalongkorn-Universität besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC). Das Asian Institute of Technology (AIT) wird seit 1990 von Österreich durch Finanzierung von Stipendien für Studierende vor allem aus Bhutan und Nepal unterstützt.

Die mit in Österreich gefertigten Zuggarnituren ausgestattete neue Bangkoker U-Bahn ging in Betrieb (August). Die österreichischen Exporte betrugen 132,61 Millionen Euro (–4,7%), die Importe 292,55 Millionen Euro (+42%).

Timor-Leste
(Democratic Republik Timor-Leste), Dili

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
José Alexandre (Xanana) Gusmão	Mari bin Amude Alkatiri	José Ramos-Horta

ÖB, AHSt: siehe Indonesien

Seit der Übergabe der politischen Verantwortung durch die Übergangsverwaltung der VN in Osttimor (UNTAET) an die demokratisch gewählte Regierung am 20. Mai 2002, mit der Timor-Leste formell die Unabhängigkeit erlangte, bemüht sich die UNMISET um Unterstützung und Stabilisierung der jungen demokratischen Institutionen. Das UNMISET-Mandat wurde im November vom Sicherheitsrat der VN um weitere sechs Monate verlängert und läuft am 20. Mai 2005 endgültig aus. Timor-Leste wird mittelbar über österreichische Beiträge zu den internationalen Finanzinstitutionen und durch Beiträge an die Europäische Kommission unterstützt.

Die österreichischen Exporte betrugen 182.000 Euro (+8,3%), die Importe 2.000 Euro (–14,4%).

Anhang

Togo
(Togolesische Republik), Lomé

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Gnassingbé Eyadéma	Koffi Sama	Kokou Tozoun

ÖB: siehe Côte d'Ivoire; Lomé – **HK, AHSt:** siehe Nigeria

Ein österreichisches Honorarkonsulat wurde in Lomé eröffnet (14. Dezember).

Aus den Mitteln „Kleine Botschaftsprojekte" wurde mit 1.829 Euro ein Kindergartenprojekt in Lomé sowie ein Waisenhaus im Norden von Togo mit 2.439 Euro unterstützt. Durch EZA Beiträge wurde ein Sozialzentrum für Frauen und Kinder im Norden von Togo und ein Universitätszentrum in Lomé ko-finanziert.

Unter der Leitung von Norbert Habelt vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur fanden didaktische Österreichtage mit Schwerpunkt österreichische Länderkunde für DeutschlehrerInnen und -professorInnen statt (Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 1,29 Millionen Euro (–34,5%), die Importe 766.000 Euro (–50,8%).

Tonga
(Königreich Tonga), Nuku'alofa

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Taufa'ahau Tupou IV.	Prinz'Ulukalala Lavaka Ata	Sonatane Tu'akinamolahi Taumoepeau Tupou

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betrugen 23.000 Euro (+100%), die Importe 11.000 Euro (–90,5%).

Trinidad und Tobago
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
George Maxwell Richards	Patrick Manning	Knowlson Gift

ÖB, AHSt: siehe Venezuela; Port of Spain – **HK**

Trinidad ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik.

Die österreichischen Exporte betrugen 4,82 Millionen Euro (–37,7%), die Importe 49.000 Euro (–14,8).

Tschad
(Republik Tschad), Ndjaména

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Idriss Déby	Moussa Faki	Mahamat Saleh Annadif

ÖB, AHSt: siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betrugen Euro 1,19 Millionen Euro (–51,6%), die Importe 119.000 Euro (–38%).

Länderinformationen

Tschechische Republik (Tschechische Republik), Prag

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Václav Klaus	Stanislav Gross	Cyril Svoboda

Prag – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, AUA;** Brünn – **HK, ÖI, ASO;** Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Arbeitsbesuch (25. August), Privatbesuch der Aufführung von „Das Werk" von Elfriede Jelinek im tschechischen Nationaltheater im Rahmen des Prager Theaterfestivals deutscher Sprache, Gespräche mit Präsident Klaus, Ministerpräsident Stanislav Gross und Außenminister Cyril Svoboda (31. Oktober bis 1. November); Nationalratspräsident Andreas Khol, Kamingespräch der Vereinigung der Österreicher in der Tschechischen Republik gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments Lubomír Zaorálek, Treffen mit Präsident Václav Klaus (12. Feber); Nationalratspräsident Andreas Khol und Vizepräsidentin des Bundesrats Anna Elisabeth Haselbach, Treffen der Parlamentspräsidenten der Regionalen Partnerschaft (24.–25. Juni); Zweiter Nationalratspräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Aufführung des Oratoriums „Song of Terezín" in der Staatsoper sowie Treffen mit dem Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments Lubomír Zaorálek (27. Jänner); Bundesratspräsidentin Anna Elisabeth Haselbach und Vizepräsident des Bundesrats Jürgen Weiss, Überreichung des Grossen Goldenen Ehrenzeichens am Bande an Senatspräsident Petr Pithart (18. November); Bundesministerin Ursula Plassnik, offizieller Antrittsbesuch (25. November); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Umweltminister Libor Ambrozek (Vranov/Mähren, 9. Jänner); Bundesminister Herbert Haupt, Privatbesuch, Gespräche mit Ministerpräsident Vladimír Špidla und Gesundheitsministerin Marie Součková (15. Jänner); Bundesminister Günther Platter, Gespräch mit Verteidigungsminister Miroslav Kostelka (Vranov/Mähren, 26. März); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Teilnahme an Gesundheitsministerkonferenz (1. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Gespräche mit Industrieminister Milan Urban und Minister für regionale Entwicklung und Tourismus Pavel Němec, Teilnahme am EU-Welcome Event der WKÖ (14. April); Bundesminister Ernst Strasser, Teilnahme am Treffen der „Salzburg Gruppe" der Regionalen Partnerschaft, Gespräch mit Innenminister František Bublan, Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens (12. November); Staatssekretär Helmut Kukacka, Gespräch mit Verkehrsvizeminister Vojtěch Kocourek (1. April); Landeshauptmann Erwin Pröll, Eröffnung des ECO-Plus-Büros (29.–30. Jänner) und Arbeitsbesuch, Gespräche mit Präsident Vaclav Klaus, Senatspräsident Petr Pithart und Ministerpräsident Vladimir Špidla (16. Februar); Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an der 5. Regionalkonferenz der Landes- bzw. Kreishauptleute (Budweis, 27. April); Landeshauptmann Erwin Pröll und Landeshauptmann Josef Pühringer, Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des EU-Beitritts der Tschechischen Republik (Budweis, 30. April); Landeshauptmann Erwin Pröll, Klub der Regionen, Gespräch mit Ministerpräsident Stanislav Gross (Prag und Brünn, 10.–11. Oktober), Landeshauptleutetreffen (Budweis, 12.–13. Oktober); Bürgermeister Michael Häupl, Besuch des Prag-Wien-Balls (11. Dezember); Mitglieder des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des oberösterreichischen Landtags, Gespräche mit Vizeaußenminister Petr Kolář, Vizeumweltminister Tomas Novotny, Vizeverkehrsminister Vojtěch Kocourek und Vizeminister für regionale Entwicklung und Tourismus Petr Forman sowie mit dem Ausschussvorsitzenden des Parlaments (Budweis, Prag, 10.–12. Mai); Generalsekretär des Österreichischen Versöhnungsfonds Richard Wotava, Abschlusspressekonferenz zur Zwangsarbeiterentschädigung, Gespräche mit Vertretern der tschechischen Partnerorganisation des Versöhnungsfonds (22. September).

Besuche in Österreich: Präsident Václav Klaus und Ministerpräsident Vladimír Špidla, Teilnahme am Begräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Senatspräsident Petr Pithart, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (Salzburg, 24. Juli), Teilnahme am Grenzlandtreffen, Gespräch mit Bundesratspräsident Jürgen Weiss (Schlägl/OÖ, 4. Juni); Vorsitzender der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments Lubomír Zaorálek, Gespräch mit Nationalratspräsident Andreas Khol (14. März); Ministerpräsident Stanislav Gross, Arbeitsbesuch

(24. September); Verkehrsminister Milan Šimonovský, Gespräch mit Vizekanzler Hubert Gorbach (13. April); Innenminister Stanislav Gross, Teilnahme am Treffen der „Salzburg Gruppe“ der Regionalen Partnerschaft mit den Innenministern der G-5 (16. April); Außenminister Cyril Svoboda, Arbeitsbesuch (1. Juli); Innenminister Stanislav Gross, Teilnahme am Treffen der „Salzburg Gruppe“ der Regionalen Partnerschaft (Salzburg,15.–17. Juli); Umweltminister Libor Ambrozek, Gespräch mit Bundesminister Josef Pröll und dem slowakischen Umweltminister Laszlo Miklós (St. Pölten, 6. September); Verkehrsminister Milan Šimonovský, Teilnahme am Treffen der Verkehrsminister Österreichs, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns (18. Oktober); Vizeaußenminister Jan Winkler, Gespräch mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (21. Juli); Generalstabschef Pavel Štefka, Gespräch mit Generalstabschef Roland Ertl (14.–15. Dezember); Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Gesundheit des Senats, Gespräch mit Vizekanzler Herbert Haupt und Bundesministerin Maria Rauch-Kallat (26.–28. April).

Ein Ressortübereinkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft wurde von Bundesminister Josef Pröll und Landwirtschaftsminister Jaroslav Palas in Berlin anlässlich der „Grünen Woche“ unterzeichnet (16. Jänner). Anlässlich des Innenministertreffens der „Salzburg Gruppe“ in Prag unterzeichneten Bundesminister Ernst Strasser und der tschechische Innenminister František Bublan ein Rückübernahmeabkommen (12. November). Die Verhandlungen zu einem Staatsvertrag über die Polizeikooperation, einem Abkommen über die Grenzübergänge und zu einem Abkommen über die touristischen Wanderwege wurden auf Expertenebene erfolgreich abgeschlossen.

Die Fragen der Vergangenheit wurden in den zahlreichen bilateralen Treffen auf politischer Ebene regelmäßig behandelt.

Anlässlich des EU-Beitritts der Tschechischen Republik fanden zahlreiche gemeinsame Feiern an der Grenze statt, unter anderem die Festveranstaltung auf Einladung von Kreishauptmann Jan Zahradník in Budweis, die Feiern in Guglwald/Oberösterreich in Anwesenheit von Bundesminister Ernst Strasser und Innenminister Stanislav Gross sowie „Das längste Frühstück zwischen Retz und Znaim“.

Die traditionell engen österreichisch-tschechischen Kulturbeziehungen entwickelten sich auf allen Ebenen positiv weiter. Bei der Wahrung und Würdigung des gemeinsamen Kulturerbes (unter anderem Josef Hoffmann, Adolf Loos, Wiener Werkstätte, Wiener Kreis, Helmer und Fellner, Alexander Zemlinsky) wurde die enge Kooperation fortgesetzt. Mit den Ausstellungen „Das Habsburgische Jahrhundert 1791–1914“ und „Prag-Wien“ ist auch eine neue, positive Wahrnehmung der gemeinsamen Geschichte zu erkennen. Höhepunkt der bilateralen Kulturbeziehungen war das Burgtheatergastspiel von Elfriede Jelinek „Das Werk“ im Prager Nationaltheater, bei dem es sich um die erstmalige Aufführung eines Stücks eines/r deutschsprachigen Autors/in in deutscher Sprache auf dieser Bühne handelte.

In der zeitgenössischen Kunst setzt das Österreichische KF Prag Schwerpunkte auf dem Gebiet der Architektur und dem Design. Im Musikbereich wurde die Zusammenarbeit der Musikhochschulen intensiviert. Österreichische Literatur wurde regelmäßig präsentiert. Auf dem Gebiet der Bildungs- und Wissenschaftskooperation wurde einer Verlängerung der „Aktion Österreich-Tschechien“ (Stipendien und wissenschaftlicher Austausch) und die Wiederaufnahme einer Tätigkeit des Austrian Science and Research Liaison Office-ASO (vormals Ost- und Südosteuropainstitut – OSI) erreicht.

Im Rahmen einer von der Außenhandelsstelle Prag organisierten Großveranstaltung, an der auch Bundesminister Martin Bartenstein teilnahm, begrüßte die österreichische Wirtschaft Tschechien als neues EU-Mitglied (20. April). Das Marketingbüro der Außenhandelsstelle Prag in Brünn wurde eröffnet (1. September).

Österreichische Unternehmen gehören zu den drittwichtigsten ausländischen Direktinvestoren. Das Interesse österreichischer Klein- und Mittelunternehmen (KMU) an der Schaffung eigener Vertriebs- bzw. Produktionsstätten in Tschechien ist seit dessen EU-Beitritt gestiegen. Die hohen Wachstumsraten im bilateralen Handel zwischen Österreich und Tschechien setzten sich

fort: Exportseitig bleibt Tschechien damit achtwichtigster, importseitig der fünftwichtigste Handelspartner.

Die österreichischen Exporte betrugen 2,75 Milliarden Euro (+14,1%), die Importe 2,88 Milliarden Euro (+9,7%).

Tunesien
(Tunesische Republik), Tunis

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelbaki Hermassi

Tunis – **ÖB**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Alfred Finz, inoffizieller Besuch im Rahmen einer Wirtschaftsmission (Mai).

Österreichische KünstlerInnen nahmen an Festivals für Jazz, klassische Orchestermusik und westliche Kammermusik in Tunis, Tabarka und El Jem teil. WissenschafterInnen hielten Vorträge an Hochschulen und Akademien in Tunis.

Die österreichischen Exporte betrugen 53,18 Millionen Euro (+25,6%), die Importe 50,86 Millionen Euro (–56,7%).

Türkei
(Republik Türkei), Ankara

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ahmet Necdet Sezer	Recep Tayyip Erdogan	Abdullah Gül

Ankara – **ÖB, AHSt, AUA;** Istanbul – **GK, KF, AHSt, AUA;** Adana, Antalya, Bursa, Bodrum, Izmir, Trabzon, Mersin – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter (6.–7. Mai); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner und Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am NATO/EAPC Gipfel (Istanbul, 28.–29. Juni).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Bülent Arinc (19.–22. Jänner); Bildungsminister Hüseyin Celik (7.–10. März).

Ein neues Doppelbesteuerungsabkommen im Rahmen der dritten Verhandlungsrunde (Wien, 1.–3. Juni) sowie ein Memorandum of Understanding zwischen den Generaldirektionen für kulturelle Angelegenheiten der Außenministerien wurden unterzeichnet (Ankara, 18. Juni).

Die erste Verhandlungsrunde zu einem Schiedsabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei über soziale Sicherheit fand in Wien (2. Dezember 1982; 16.–17. Juni), die zweite Verhandlungsrunde in Ankara statt (8.–9. Dezember).

Die 4. Tagung der Gemischten österreichisch-türkischen Energiekommission fand in Ankara statt (11.–12. Mai). Die 3. Tagung der Gemeinsamen österreichisch-türkischen Arbeitsgruppe für Infrastrukturelle Zusammenarbeit im Bereich Gesundheitseinrichtungen trat in Ankara zusammen (23. November).

Zahlreiche KünstlerInnen und WissenschafterInnen präsentierten ein breites Spektrum österreichischer Kultur- und Wissenschaftslandschaft. Vorträge wurden zu EU-Themen, Archäologie, Literatur- und Kulturgeschichte, Medizin und Sportwissenschaften gehalten. Eine Österreich-Woche zum Thema Literatur- und Kunstgeschichte fand in Kooperation mit der Universität Innsbruck an der Universität Bursa statt, an der inzwischen auch das österreichische Sprachdiplom erworben werden kann, eine weitere zu bildungspädagogischen Fragen an der Universität

Anhang

Mersin in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die österreichische Initiative „Plattform Kultur Mitteleuropa“ präsentierte heuer unter der Federführung der Republik Slowenien im Rahmen der internationalen Istanbuler Buchmesse ein umfangreiches Programm zeitgenössischer Literatur, an dem Österreich mit einigen AutorInnen, VerlegerInnen und HerausgeberInnen vertreten war. Die Diplomatische Akademie Wien organisierte in Ankara gemeinsam mit dem Österreichisch-Türkischen Wissenschaftsforum, der Türkischen Historischen Gesellschaft und der Middle East Technical University Ankara die Konferenz „Die Türkei in Europa. Geschichte, Kultur und Identität“.

Musikalische Höhepunkte waren Konzerte von den Wiener Sängerknaben anlässlich des Europatages, Roland Batik, vom Wiener Strauss-Ensemble, der Salzburger Hofmusik sowie des vom KF gegründeten Studentenchors „European Voices Istanbul“ gemeinsam mit Mitgliedern des Wiener Universitätschores. Ausstellungen wurden in Istanbul, Ankara und mehreren Städten Anatoliens (Van, Sanliurfa, Mersin, Izmir, Bursa) gezeigt. Eine Oskar Werner gewidmete Filmretrospektive erinnerte an den Tod des Künstlers vor zwanzig Jahren. Im Rahmen des Internationalen Filmfestivals wurde Klaus Maria Brandauer von der Türkischen Filmakademie mit dem Ehrenpreis bedacht.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ hielt sich in Ankara und Istanbul auf (11.–15. Oktober). Ein großes Gas-Kombikraftwerk mit bedeutendem österreichischem Lieferanteil wurde in der Nähe von Ankara eröffnet (Mai). Die VAI erhielt einen großen Auftrag von der staatlichen Stahlerzeugergruppe Erdemir in Iskenderun (Frühjahr).

Die österreichischen Exporte betrugen 791,12 Millionen Euro (+12,2%), die Importe 744,27 Millionen Euro (+6,3%).

Turkmenistan
(Turkmenistan), Aschgabat

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Saparmurat Nijasow	Raschid Meredow

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Die erste österreichisch-zentralasiatische Sommerakademie für Druckgrafik unter turkmenischer Beteiligung fand in Wallsee statt (Mai). Das zweite gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter turkmenischer Beteiligung fand in Wien statt (28. Juni bis 9. Juli). Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung in Reichenau ein Seminar „Facing the Terrorist Challenge – Central Asia’s Role in Regional and International Cooperation“ unter Berücksichtigung turkmenischer Aspekte durchgeführt (5.–8. November).

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ wurde unter Leitung der Außenhandelsstelle Moskau durchgeführt (6.–8. Dezember).

Die österreichischen Exporte betrugen 13,05 Millionen Euro (–49,7%), die Importe 10,90 Millionen Euro.

Tuvalu
(Tuvalu), Funafuti

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Maatia Toafa (seit 27. August)

vertreten durch:
Generalgouverneur
Faimalaga Luka

ÖB, AHSt: siehe Australien

Uganda
(Republik Uganda), Kampala

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Yoweri K. Museveni	James Wapakhabulo (verstorben am 27. März) interimistisch: Tom Butime

ÖB: siehe Kenia; Kampala – **HK; Regionalbüro der OEZA, AHSt:** siehe Südafrika

Uganda ist Schwerpunktland der OEZA. Im EZA-Regionalbüro in Kampala erfolgt die Projektkoordination für die Länder Uganda, Kenia, Tansania, Burundi und Ruanda. Schwerpunktsektoren der OEZA sind Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Dezentralisierung und Distriktentwicklung, gute Regierungsführung und Rechtswesen sowie Entwicklung des privaten Sektors. Das mit OEZA Mitteln (rund 1,5 Millionen Euro) finanzierte Ndere Theater wurde unter Teilnahme von Präsident Yoweri K. Museveni und Sektionsleiter Botschafter Rudolf Lennkh offiziell eröffnet (Februar). Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die berufliche Fortbildung von 46 Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich gefördert.

Die musikalische Kooperation von Mitgliedern der ugandischen Band „Big 5“ und den Grazer Alternativmusikern „Deishovida“ wurde mit einer Reihe von gemeinsamen Konzerten in Österreich fortgesetzt (Sommer). Auch die bekannte Volkstanz- und Theatergruppe Ndere Troup trat im Rahmen einer Kulturveranstaltung unter anderem in einem Veranstaltungsraum des Parlaments in Wien auf (Herbst).

Die österreichischen Exporte betrugen 936.000 Euro (+6,9%), die Importe 1,09 Millionen Euro (–23,3%).

Ukraine
(Ukraine), Kiew

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Leonid Kutschma	Viktor Janukowytsch	Kostjantyn Hryschtschenko

Kiew **– ÖB, KF, AHSt, AUA, ÖW;** Lemberg **– HK, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur;** Odessa, Dnipropetrowsk, Charkiw **– AUA**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Elisabeth Gehrer (Kiew und Odessa, 20.–24. Mai); Abgeordnete zum Europaparlament Ursula Stenzel zu einer Ermittlungsmission im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl in Kiew, Donezk und Lugansk (7.–9. und 16.–18. Dezember); Abgeordneter zum Nationalrat Kurt Gassner und Bundesrat Engelbert Weilharter als Wahlbeobachter (bei der ersten Runde der Präsidentenwahl am 31. Oktober, der Stichwahl am 21. November und der wiederholten Stichwahl am 26. Dezember).

Besuche in Österreich: Außenminister Kostjantyn Hryschtschenko anlässlich des Begräbnises von Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Präsidentschaftskandidat Viktor Juschtschenko zur medizinischen Behandlung im Rudolfinerhaus in Wien (Anfang September und Mitte Dezember).

Anhang

Eine neue Vereinbarung über die gegenseitige Zusammenarbeit zwischen dem Land Steiermark und der Lemberger Staatlichen Gebietsadministration, gültig für vier Jahre, wurde vom steirischen Landesrat für Wirtschaft und Europa Univ.-Prof. Gerald Schöpfer und vom Gouverneur des Gebietes Lemberg Oleksandr Sendeha in Lemberg unterzeichnet (7. Oktober).

Österreichische Kulturtage mit Konzerten, Meisterklassen, Lesungen, Buchpräsentationen und Ausstellungen wurden in Kiew und Lugansk (Ostukraine) durchgeführt (23. Februar bis 1. März). Die ÖB veranstaltete zusammen mit der Tschechischen Botschaft in der Kiewer Oper ein Festkonzert, bei dem Werke von Joseph und Michael Haydn sowie von Antonin Dvorak und Frantisek Brixi gespielt wurden (20. März). Ein österreichisch-ukrainisches Skifestival fand im Wintersportort Slawske in den ukrainischen Karpaten statt (6.–8. März).

Anlässlich des zweiten in der Ukraine abgehaltenen Europatages wurde am Kreschatyk-Boulevard in Kiew ein Österreich-Pavillon mit einem original Wiener Kaffeehaus aufgebaut. Dazu gab es Orchesterdarbietungen von Wolfgang A. Mozart und Johann Strauss sowie ein Walzertanzprogramm fürs Publikum (15. Mai). Der von der ÖB organisierte dritte Wiener Ball fand im Säulensaal des Kiewer Rathauses statt (22. Oktober). Das Programm enthielt unter anderem eine Polonaise- und Walzershow mit ukrainischen Gesellschaftstanzensembles sowie Volksmusik des „Alpentrios“ aus Oberösterreich.

Die Gemischte Kommission für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hielt ihre sechste Tagung in Salzburg ab (4.–5. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 367,34 Millionen Euro (+0,2%), die Importe 335,34 Millionen Euro (+23,4%).

Ungarn
(Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ferenc Mádl	Ferenc Gyurcsány (seit 4. Oktober)	Ferenc Somogyi (seit 2. November)

Budapest – **ÖB, KF, ÖI, AHSt, ÖW, AUA;** Fünfkirchen (Pécs), Raab (Györ), Steinamanger (Szombathely), Szeged, Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Nyiregyháza – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Thomas Klestil, Abschiedsbesuch (26. Februar); Bundespräsident Heinz Fischer, Staatsbesuch in Begleitung von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner (13. Juli); Nationalratspräsident Andreas Khol und Bundesratspräsidentin Anna-Elisabeth Haselbach, Teilnahme am Treffen der ParlamentspräsidentInnen der Regionalen Partnerschaft (30. November bis 1. Dezember); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Treffen mit Ministerpräsident Péter Medgyessy anlässlich der EU-Beitrittsfeierlichkeiten (Sopronpuszta, 1. Mai); Vizekanzler Hubert Gorbach, Teilnahme an der EU-Konferenz „Neue Möglichkeiten des Wachstums in einem erweiterten Europa“ und Arbeitsgespräche mit Wirtschafts- und Verkehrsminister István Csillag sowie Telekommunikationsminister Kálmán Kovács (25.–26. Februar); Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der 4. WHO-Ministerkonferenz (24. Juni); Bundesministerin Karin Miklautsch, Arbeitsgespräche mit Justizminister József Petrétei und Teilnahme an der feierlichen Ordensverleihung für Bundesminister a.D. Nikolaus Michalek im Beisein von Bundesminister a.D. Harald Ofner und Bundesminister a.D. Dieter Böhmdorfer (12. November); Landeshauptmann Erwin Pröll, Eröffnung eines Büros der niederösterreichischen Wirtschaftsagentur „ecoplus“ (14. Mai); Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl, Taufe des AUA-Flugzeuges „Budapest“ (14. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, offizieller Besuch im Komitat Heves und Gespräche mit Wirtschaftsminister István Csillag (Eger/Budapest, 27.–28. September); Präsident des Rechnungshofs Josef Moser, Teilnahme am XVIII. Kongress der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (11.–16. Oktober).

Länderinformationen

Besuche in Österreich: Staatspräsident Ferenc Mádl, Teilnahme am Staatsbegräbnis für Bundespräsident Thomas Klestil (10. Juli); Ministerpräsident Péter Medgyessy, Arbeitsgespräche mit Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Teilnahme am Festakt „30 Jahre Europäische Rundschau“ (20. Februar); Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (11. Oktober); Außenminister László Kovács, Teilnahme an Festveranstaltung im Schloss Esterházy anlässlich des EU-Beitritts Ungarns (Eisenstadt, 8. Mai); Außenminister Ferenc Somogyi, Arbeitbesuch bei Bundesministerin Ursula Plassnik (21. Dezember); Umweltminister Miklós Persány, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Josef Pröll (Dürnrohr, 12. Jänner); Landwirtschaftsminister Imre Németh, Teilnahme an der Veranstaltung des Ökosozialen Forums Österreich (9. Februar); Innenministerin Mónika Lamperth, Treffen mit Bundesminister Ernst Strasser anlässlich der EU-Beitrittsfeierlichkeiten (Grenzübergang Nickelsdorf, 1. Mai) sowie Eröffnung des Grenzübergangs Heiligenbrunn/Pinkamintszent und Unterzeichnung des bilateralen Abkommens über Polizeikooperation (Heiligenbrunn, 6. Juni); Justizminister Péter Bárándy, Teilnahme an der Eröffnung der Salzburger Festspiele (Salzburg, 6. August).

Eine Regierungsvereinbarung über die Errichtung von Grenzabfertigungsstellen und über die Zusammenarbeit bei der Kontrolle des Grenzverkehrs ist in Kraft getreten (1. Mai). Ein Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (Heiligenbrunn, 6. Juni) sowie ein Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen (ERPA) wurden unterzeichnet (Budapest, 27. Oktober). Ein Abkommen über Rechts- und Amtshilfe in Verwaltungssachen ist in Begutachtung.

Die traditionell gute Zusammenarbeit mit den ungarischen Partnern, Kunstinstitutionen und Ministerien wurde intensiv fortgesetzt. Einer der Höhepunkte im Kulturbereich war die in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Museum Wien und einer Reihe ungarischer Museen unter der Federführung des Historischen Museums Budapest durchgeführte Großausstellung „Zeit des Aufbruchs, Wien-Budapest zwischen Historismus und Avantgarde“ im Historischen Museum, der Nationalgalerie und der Széchényi Nationalbibliothek (März bis September). Eine Fortsetzung dieses gemeinsamen Ausstellungsprojekts ist für 2005/2006 geplant. Die Ausstellung soll in der Eremitage in St. Petersburg im Rahmen eines ungarischen Kulturschwerpunkts in Russland im Jahr 2005 gezeigt werden.

Die Rolle österreichischer Komponisten und Ensembles auf dem Gebiet der zeitgenössischen Musik wurde durch einen Programmschwerpunkt beim Budapester Herbstfestival unterstrichen. Das Klangforum Wien in Zusammenarbeit mit dem Institut de Recherche et Coordination Acoustique Musique (IRCAM) präsentierte die Sinfonie „Anima Mundi“ des Komponisten Brice Pauset zum ersten Mal nach der Welturaufführung. Ein neues Werk von Olga Neuwirth und Roberto Paci Dalo „Italia Anno Zero“ kam mit Unterstützung des KF im Rahmen des Herbstfestivals zur Welturaufführung. Das Vienna Art Orchestra trat ebenso auf.

Im Bereich zeitgenössischer Architektur wurde die Zusammenarbeit mit dem Architekturraum Burgenland verstärkt (Ausstellung „Positionen 004, Architekturlandschaft im Burgenland“ in Györ, Herausgabe des Architekturführers Burgenland und Westungarn im Frühjahr 2005). Im Rahmen der Design Woche wurde erstmals in Zusammenarbeit mit design austria eine Ausstellung über zeitgenössisches österreichisches Design in der Budapest Galéria und der Octogon Galéria in Budapest gezeigt (Oktober). Im Filmbereich fanden ein gemeinsames deutschsprachiges Dokumentarfilmfestival in Zusammenarbeit mit Deutschland und der Schweiz sowie ein Europäisches Filmfestival in Zusammenarbeit mit den EU-Ländern statt.

Das KF Budapest setzte die Zusammenarbeit mit der deutschsprachigen Gyula Andrássy Universität durch Mitwirkung bei deren Vortragsprogramm fort. Die Universität wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bis 2006 mit einem jährlichen Betrag von 250.000 Euro unterstützt.

Die Gemischte Kommission für das Wissenschaftlich-Technische Abkommen hinsichtlich der Planung von gemeinsamen österreichisch-ungarischen Forschungsprojekten trat in Wien zusammen (18.–19. November). Die 10. Tagung der Gemischten Kommission gemäß dem Abkom-

men über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft fand in Wien statt, wobei das Arbeitsprogramm für die Jahre 2005–2007 beschlossen wurde (1.–2. Dezember).

Österreich hat am ungarischen Markt einen Anteil von rund 7% und stellt damit Ungarns zweitgrößten Handelspartner hinter Deutschland dar. Mit einem Investitionsvolumen von drei Milliarden Euro beträgt der Anteil österreichischer Firmen an den ausländischen Direktinvestitionen etwa 12%. Besonders investitionsfreudig waren die Niederlassungen der Baustoffindustrie, der Baumärkte, des Einzelhandels sowie der Banken und Versicherungen. Eine große Anzahl von kleineren und mittleren österreichischen Unternehmen hat erstmals begonnen, den ungarischen Markt zu bearbeiten.

Die österreichischen Exporte betrugen 3,33 Milliarden Euro (+5,2%), die Importe 2,60 Milliarden Euro (–0,9%).

Uruguay
(Republik Uruguay), Montevideo

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Jorge Batlle	Didier Opertti

ÖB, AHSt: siehe Argentinien; Montevideo – **HGK**

Die österreichischen Exporte sind starken Schwankungen unterworfen, die auf gelegentliche größere Lieferungen im Rahmen von Projekten zurückzuführen sind. Die österreichischen Exporte betrugen 7,25 Millionen Euro (+132,2%), die Importe 1,52 Millionen Euro (+30,3%).

Usbekistan
(Republik Usbekistan), Taschkent

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Islam Karimov	Shavkat Mirziyaev	Sodiq Safaev

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK** Moskau zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: stellvertretender Generalprokurator Pulat Babadjanov (15.–20. März); Vizepremierministerin, Vorsitzende des Frauenkomitées Svetlana Inamova (27. November bis 2. Dezember).

Das unter Leitung des Bundesministeriums für Inneres durchgeführte BOMCA-Programm wurde fortgesetzt. Österreich stellte den stellvertretenden Leiter der BOMCA-Vertretung in Bischkek.

Aus Mitteln der OZA wurden folgende Projekte durchgeführt: Aufenthalt einer usbekischen Frauendelegation in Österreich, Aufenthalt von neun GermanistInnen aus Nukus, wo mit der Schule 6 eine verstärkte Deutschkooperation begonnen wird, Aufenthalt des Studiendirektors der Universität für Weltwirtschaft und Diplomatie an der Diplomatischen Akademie, Entsendung zweier KunsthistorikerInnen, Entsendung eines Vortragenden an die Verwaltungsakademie in Taschkent, Aufenthalt usbekischer Solarexperten sowie der Aufenthalt einer österreichischen NGO- und Jugenddelegation.

Im Kultur- und Wissenschaftsbereich wurde die schwerpunktmäßige Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor durch die Entsendung einer Deutschpraktikantin und Lesungen der Autorin Petra Nagenkögel fortgesetzt. Zum ersten Mal wurden auch Veranstaltungen in Fergana und Andischan durchgeführt. In Wallsee fand die erste österreichisch-zentralasiatische Sommerakademie für Druckgrafik unter usbekischer Beteiligung statt (Mai), die in Nukus fortgesetzt wurde (Dezember).

Länderinformationen

Das zweite gemeinsam mit den USA durchgeführte Seminar zu Fragen der lokalen Selbstverwaltung für zentralasiatische TeilnehmerInnen unter usbekischer Beteiligung fand in Wien statt (28. Juni bis 9. Juli). Im Rahmen des PfP-Konsortiums wurde unter österreichischer Leitung in Reichenau ein Seminar „Facing the Terrorist Challenge – Central Asia's Role in Regional and International Cooperation" unter Berücksichtigung usbekischer Aspekte durchgeführt (5.–8. November).

Die österreichischen Exporte betrugen 20,89 Millionen Euro (+45,3%), die Importe 49,64 Millionen Euro (+113,8%).

Vanuatu
(Republik Vanuatu), Port Vila

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Kalkot Matas Kelekele (seit 16. August)	Ham Lini (seit 11. Dezember)	Sato Kilman (seit 11. Dezember)

ÖB, AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Importe betrugen 12.000 Euro (+839,4%).

Venezuela
(Bolivarische Republik Venezuela), Caracas

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Alí Rodriguez Araque

Caracas **– ÖB, AHSt;** Porlamar **– HK**

Österreich nahm mit dem Film „Donau" am europäischen Filmfestival in Caracas teil (April). Die Tanzgruppe Dans Kias trat bei einem Festival für junge Choreographen auf (Juni). In Zusammenarbeit mit der Cinemateca Nacional wurde eine österreichische Filmwoche veranstaltet (August). Die Wanderausstellung „Wie weit ist Wien" wurde im Goetheinstitut von Caracas gezeigt (Oktober). Anlässlich des Nationalfeiertags sang ein Chor blinder Kinder in der Residenz. Zu Ehren des 25. Jahrestags der Präsenz von SOS Kinderdorf in Venezuela gab das Kinderorchester von Caracas ein Konzert im Teatro Teresa Carreño. Die Gruppe „Die Tanzgeiger" trat im Rahmen des Kammermusikfestivals in Colonia Tovar sowie im Kolonialmuseum „Quinta Anauco" auf (November). Der venezolanisch-österreichische Gitarrist Gabriel Guillén spielte ebenfalls beim Kammermusikfestival in Colonia Tovar. Der in Venezuela ansässige österreichische Cellist und Dirigent Florian Ebersberg dirigierte ein Konzert mit Werken österreichischer Meister in Mérida (November).

Die österreichischen Exporte betrugen 47,48 Millionen Euro (–0,8%), die Importe 1,66 Millionen Euro (–43,2%).

Vereinigte Arabische Emirate
(Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan (seit 3. November)	Sheikh Maktoum bin Rashid Al Maktoum	Rashid Abdullah Al Nuaimi

Anhang

Abu Dhabi – **ÖB, AHSt;** Dubai – **AUA**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Zusammenarbeit der OMV mit der International Petroleum Investment Company von Abu Dhabi (20.–22. März); Klubobmann Herbert Scheibner (31. Mai bis 2. Juni); Bundesminister Ernst Strasser (in Vertretung der Bundesregierung) anlässlich des Ablebens des Staatspräsidenten Sheikh Zayed bin Sultan Al Nahyan (5. November); Salzburger Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Landeshauptmann-Stellvertreter Othmar Raus (12.–18. November).

Besuche in Österreich: Sheikh Ahmed bin Saeed Al Maktoum vom Herrscherhaus Dubai anlässlich des Eröffnungsflugs von Emirates Airlines, Empfang bei Bundespräsident Thomas Klestil (12.–14. Mai).

Bei der im März in Abu Dhabi stattgefundenen ersten Verhandlungsrunde zur Neufassung des Luftverkehrsabkommens konnten gute Fortschritte erzielt werden. Das Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen ist in Kraft getreten (September), seine Bestimmungen finden ab 2005 Anwendung.

Im Rahmen der Präsentation der „Silberkammerausstellung“ wurden in Abu Dhabi Österreich-Wochen veranstaltet (Dezember).

Die Gemischte Wirtschaftskommission ist in Abu Dhabi zusammengetreten (11. Oktober). Die Wiener Börse wurde in Abu Dhabi und Dubai präsentiert (19.–21. Jänner). Eine Wirtschaftsmission hielt sich in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf (28. Februar bis 5. März). Österreichische Firmen beteiligten sich an neun Fachmessen.

Die österreichischen Exporte betrugen 213,08 Millionen Euro (+13,1%), die Importe 7,89 Millionen Euro (–9,5%).

Vereinigte Staaten von Amerika, (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington D.C

Staatsoberhaupt/Regierungschef	Außenminister
George Walker Bush	Colin L. Powell designierte Außenministerin: Condoleezza Rice

Washington – **ÖB, AUA;** Chicago – **GK, AHSt, AUA;** New York – **GK, KF, AHSt, ÖW, AUA, Nationalbank, Austrian Business Agency;** Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW;** Anchorage – **HK;** Atlanta – **HGK, AUA;** Boston – **HK;** Buffalo – **HK;** Charlotte – **HK;** Columbus – **HK;** Denver – **HGK;** Detroit – **HGK;** Honolulu – **HGK;** Houston – **HGK;** Kansas City – **HGK;** Miami – **HGK;** Milwaukee – **HK;** Nassau – **HK;** New Orleans – **HK;** Philadelphia – **HGK;** Pittsburgh – **HK;** Portland – **HK;** Richmond – **HK;** Saint Louis – **HK;** Salt Lake City – **HK;** San Francisco – **HGK;** San Juan – **HK;** Scottsdale – **HK;** Seattle (LaConnor) – **HK;** St. Paul – **HGK;** St. Thomas – **HK;** Warwick – **HGK**

Besuche aus Österreich: Abgeordneter zum Nationalrat Werner Miedl und Eduard Mainoni; Nationaler Drogenkoordinator Franz Pietsch (Washington 17.–21.Jänner; New York, 22.–23. Jänner); Oberrabiner Paul Chaim Eisenberg (New York, 5.–10. Februar); Steirischer Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl, Automobilzuliefermesse SAE in Detroit, Gespräche mit Gouverneurin und WirtschaftsvertreterInnen in Michigan, Treffen mit dem Bürgermeister von Chicago (Los Angeles, San Francisco, 16.–21. Februar, Detroit und Chicago, 8.–13. März); Direktor des Bundeskanzleramts Herwig Haidinger, Gespräche mit Federal Bureau of Investigation (FBI) und Department of Homeland Security (18.–25. April); Bundesminister Karl-Heinz Grasser, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Klaus Liebscher (Washington, 23.–24. April und 1.–2. Oktober, Frühjahrs- und Jahrestagung der Internationalen Finanzinstitutionen, New York 25.–26. April); Koordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa Erhard Busek, Gespräche im

State Department, Weltbank, Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten (USAID), Rede an der Georgetown University, (Los Angeles, Stanford, 23.–27. April; Washington, 27.–29. Oktober); Bundesminister Josef Pröll, Gespräche mit Landwirtschaftsministerin Ann Veneman, American Farm Bureau Federation, Greenpeace (30. April); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten für Präsident Ronald Reagan (10.–11. Juni); Bundesminister Ernst Strasser, Besichtigung der Notruf- und Katastropheneinsatzzentrale der Stadt Chicago und des amerikanisch-kanadischen Grenzübergangs Detroit/Windsor (Chicago, 29.–30. August), Gespräche mit CIA-Interimsdirektor John McLaughlin, Justizminister John Ashcroft, stellvertretender Außenminister Richard Armitage, Heimatschutzminister Tom Ridge (Washington, 31. August bis 1. September), Eröffnung der Mauthausen Ausstellung, Teilnahme am Nationalkonvent der Republikaner, Gespräche mit dem American Jewish Committee und der Anti-Defamation League (New York, 2.–3. September); Abgeordnete zum Nationalrat Ulrike Lunacek, Gespräche im Department of State, World Bank, Inter American Development Bank und Georgetown University (12.–16. September); Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds Hannah Lessing (Washington, 19.–22. September), Gespräche mit Stuart Eizenstat, Department of State, Holocaust Office (New York, 16.–20. November); Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner, VN-Generalversammlung, Gespräche mit jüdischen Organisationen (New York, 22.–24. September); Bürgermeister Michael Häupl, Treffen mit Vizepräsident der US Wirtschaftskammer, Gary Litman, Bürgermeister Anthony Williams, Wirtschaftspräsentation (New York, 26.–27. September; Washington, 28–29. September); Staatssekretär Franz Morak (Los Angeles, 28. September bis 2. Oktober); Vizekanzler Hubert Gorbach (Sacramento und Napa Valley, 4.–5. Oktober); Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn (Santa Barbara und Pasadena, 4.–7. Oktober); Präsident des ÖGB Fritz Verzetnitsch, Treffen mit Gewerkschaftsführern (Washington, 27. Oktober); Generalsekretär Reinhold Lopatka (Washington, 1. November); Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Wien Max Kothbauer (Washington 7.–11. November); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grossruck, Gespräche mit der Chicagoer Stadträtin für Planung und Entwicklung und mit dem stellvertretenden Baustadtrat und Besichtigung von sozialen und geförderten Bauprojekten der Stadt Chicago (Chicago, 1.–3. Dezember); Abgeordneter zum Nationalrat Walter Murauer, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der NATO (Washington, 5.–7. Dezember); Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Treffen mit dem Gouverneur von Maryland Robert Ehrlich, Gespräche im State Department und in der Weltbank (7.–8. Dezember), Treffen mit der stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen Louise Fréchette, Eröffnung der Ausstellung im KF New York (New York; 9.–11. Dezember).

Besuche in Österreich: Justizminister John Ashcroft (Jänner); Senator Richard Shelby (April); Kongressabgeordneter Tom Lantos, David Hobson, Dana Rorabacher (April); US Department of State (DoS): Under Secretary of State for Political Affairs Marc Grossman (Juni); Department of Homeland Security (DHS): Deputy Secretary Admiral James M. Loy (Juni); Gouverneur von Kalifornien Arnold Schwarzenegger als Delegationsleiter im Auftrag des US-Präsidenten zum Staatsbegräbnis von Bundespräsident Thomas Klestil (Juli).

Einen der Höhepunkte bildete der Besuch von Bundesministerin Benita Ferrero-Waldner anlässlich der Begräbnisfeierlichkeiten für Präsident Ronald Reagan. Das Zusammentreffen von Bundesminister Ernst Strasser mit Justizminister John Ashcroft und Heimatschutzminister Tom Ridge ist deutlicher Ausdruck für die hervorragende bilaterale Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Terrorismusbekämpfung.

Aufgrund der seit dem 11. September 2001 laufend verschärften US-Einreisebestimmungen wird ab Ende Oktober 2005 auch von Staatsangehörigen der so genannten Visa Waiver Staaten – somit auch von ÖsterreicherInnen – die Vorlage eines mit biometrischen Merkmalen ausgestatteten Reisedokuments (maschinenlesbare Reisepässe sind bereits seit Oktober 2004 eine wesentliche Einreisevoraussetzung bei der visafreien Einreise in die USA) verlangt werden.

Jüdische Organisationen/Gedenkdiener/Medienarbeit: Um auf die verlängerten Fristen zur Anmeldung von Restitutionsansprüchen bzw. auf die Verlängerung der Bearbeitung von Eingaben aufmerksam zu machen, werden auf der Website des Österreichischen Presse- und Informa-

tionsdiensts regelmäßig Ankündigungen geschalten und die jeweiligen links auf den neuesten Stand gebracht. Korrespondierende Aktivitäten wurden auch von den drei österreichischen Generalkonsulaten vorgenommen. Eine weitere Entschädigungszahlung von 1.000 Euro aus dem Nationalfonds für Mietobjekte und Hausrat an Opfer des Nationalsozialismus konnte ebenfalls im Herbst in Aussicht gestellt werden. Der Verteiler des vom Presse- und Informationsdienst initiierten englischsprachigen Newsletters „Jewish News from Austria“ wurde weiter ausgebaut, er umfasst derzeit rund 310 jüdische Organisationen in den USA, rund 130 jüdische Zeitungen und Zeitschriften sowie rund 100 individuelle EmpfängerInnen. Die Reaktionen auf den Newsletter waren positiv, und die Verbreitung von Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich sowie diesbezügliche Leistungen der österreichischen Regierung haben den Dialog mit den jüdischen Gemeinschaften im Ausland deutlich angeregt.

In Kalifornien wurde die Zusammenarbeit mit führenden Jüdischen Organisationen und Institutionen erfolgreich fortgesetzt. Im Besonderen wurde die bewährte Zusammenarbeit mit dem Simon Wiesenthal Center intensiviert. Ein Höhepunkt der Zusammenarbeit war die Buch- und Filmpräsentation „Unbroken Will“ mit dem österreichischen NS-Überlebenden Leopold Engleitner im Museum of Tolerance. Die Tradition österreichischer Gedenkdiener im Westen der USA wurde an der Survivors of the Shoah Visual Foundation in Los Angeles fortgesetzt. Ein weiterer österreichischer Gedenkdiener war im Holocaust Memorial Center in West Bloomfield, Michigan, im Einsatz.

Zur Erhöhung des Interesses an der EU widmet sich die zweimonatige Publikation der Botschaft „Austrian Information“ www.austria.org/austro_info.shtml verstärkt europäischen Inhalten.

Auch nach den kalifornischen Gouverneurswahlen wurden an der Botschaft zahlreiche mediale Anfragen registriert, die sich in der Folge auch in den lokalen Medien niedergeschlagen haben. Im Allgemeinen ist das Interesse an Österreich nicht nur seitens der Medien, sondern auch seitens der StudentInnen, SchülerInnen und der Lehrerschaft angestiegen, was anlässlich der regelmäßigen Informationsveranstaltungen über Österreich in und außerhalb der Botschaft genutzt werden kann.

Die Wahl Arnold Schwarzeneggers zum Gouverneur hat Kalifornien einen Motivationsschub gegeben. Das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit an Österreich hat sich seit seiner Wahl deutlich verstärkt.

Kultur: Das KF Washington betreute insgesamt 75 kulturelle Veranstaltungen im Raum Washington, davon 41 Eigenveranstaltungen im Atrium der Botschaft. Der Jahresschwerpunkt war der österreichischen Architektur gewidmet (Ausstellungen „Housing in Vienna“, „Vier österreichische Architekten“ von Gerald Zugmann, Panel-Diskussionen und Vorträge). Des Weiteren wurden Konzerte (klassisch, zeitgenössisch, Jazz), neue Filme, Autorenlesungen, Ausstellungen, szenische Darbietungen, Vorträge und Panel-Diskussionen zu aktuellen Themen (z.B. Vortragsreihe über „Politik und Religion“) präsentiert.

In Chicago führen die EU-Staaten seit einigen Jahren gemeinsam zwei große Kulturveranstaltungen durch: Beim 7. EU-Filmfestival wurden die österreichischen Filme „Blue Moon“ von Andrea Maria Dusl und „Böse Zellen“ von Barbara Albert gezeigt. Vladimir Vertlib vertrat Österreich beim 6. EU Literaturfestival, gemeinsam mit Autoren aus Deutschland, Italien, Litauen, Niederlande und Spanien.

Österreichs moderne Architektur wurde mit der Wanderausstellung von Gerald Zugmanns Photographien „Vier österreichische Architekten“ im Illinois Institute of Technology erfolgreich präsentiert.

Dem KF New York kommt mit mehr als 150 Veranstaltungen USA-weit eine Schlüsselstelle in den bilateralen kulturellen Beziehungen zu. Vier Ausstellungen präsentierten sich in der KF-Galerie „Parallel Actions: Conceptual Tendencies in Central European Art from 1965 to 1980“, „One in a Million: Economies of the Self in Everyday Urban Life“, „Austria West: New Alpine Architecture“, und „Architecture Laboratory Styria: Part I – Günther Domenig: Structures that Fit My Nature“. Zusätzlich wirkte das KF New York auch an zahlreichen Ausstellungen in

Länderinformationen

US-Museen und -Galerien mit (z.B. „Vienna: Jews and the City of Music, 1870–1938“ am Yeshiva University Museum, Heimo Lattner am Massachusetts Museum of Contemporary Art, „Schoenberg, Kandinsky, and the Blue Rider“ am Jewish Museum New York).

Bestimmt von der Devise „Mostly Modern“ präsentierte sich das Musikprogramm im Auditorium des KF New York: Klavierrezitale mit Josef Mayr, Eugenie Russo, Matthias Soucek, Anika Vavic; Liederabende mit Peter Edelmann, Paul Armin Edelmann und Markus Vorzellner, Helena Dearing, Teresa Leopold, Rudolf Leopold, Rupert Bergmann und Thomas Bagwell, Jane Marsh und Linda Hall, Constance Hauman und William Vendice; Liederzyklus Hugo Wolf; Duoabende Eva Steinschaden und Alexander Vavtar, Eugeniy Chevkenov und Maria Prinz, Albert Sassman und István Matuz; das Festival „Moving Patterns 2: New Electronic Music and Beyond"; Jazz (Karlheinz Miklin Trio); Kammermusik (Ensemble Wiener Collage, Studio Percussion Graz).

Autorenlesungen gab es von Josef Haslinger, Lilian Faschinger, Renate Welsh, Peter Rosei, Doron Rabinovici, Erich Wolfgang Skwara und Folke Tegetthoff. Dem österreichischen Filmschaffen widmeten sich eine Serie neuer österreichischer Spielfilme im KF-Auditorium und Programme im Lincoln Center (Peter Kubelka) und Anthology Film Archives (Martina Kudlacek) in New York.

Vom KF New York mitveranstaltete Symposien waren unter anderem den folgenden Themen gewidmet: „The Development of the US and European Economies in Comparative Perspective“ (University of California, Berkeley), „The Privatization of Urban Space: Gated Communities – A New Trend in Global Urban Development“ (Center Austria an der University of New Orleans), „Gender, History and Memory“ (Rice University), „Theodor Herzl“ (Center Austria der University of New Orleans und Tulane University), „Celebrating 25 Years of Ars Electronica: Positions and Perspectives“ (im KF New York) und „Great Galician Writers in Exile“ (Auburn University). Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der Modern Language Association, der German Studies Association, der Oral History Association, der American Association of Teachers of German und der College Art Association mit.

Die österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), das Schumpeter-Programm (Harvard University), die Joint-Study-Programs österreichischer und US-Universitäten, das Austrian Fulbright Program, die Stipendienaktionen des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der Kunstsektion des Bundeskanzleramts sowie die Modern Austrian Literature and Culture Association setzten ihre anerkannten Aktivitäten fort. Die langjährige Zusammenarbeit zwischen den Schulbehörden der Stadt New York und Österreichs in der Form der temporären Entsendung österreichischer Lehrer an New Yorker Schulen, sowie die Journalistik- und Medizin-Ausbildungsprogramme der American Austrian Foundation wurden ebenfalls erfolgreich weitergeführt.

In Kalifornien wurde Österreich seinem Ruf als Kulturnation auch in diesem Jahr durch eine wachsende Zahl von Veranstaltungen in den Bereichen bildende Kunst, Musik und Film gerecht. Kulturelle Höhepunkte in Kalifornien bildeten die Ausstellung neuer Werke Erwin Wurms „I love My Time, I Don’t Like my Time“ in San Francisco, das Theaterstück „Alma, Widow of the Four Arts“ am Los Angeles Theater unter der Regie von Paulus Manker, die Konzerttournee von Bernhard Gaal an der Westküste und das Konzert von Max Raabe und dem Palast Orchester zu Ehren des österreichischen Komponisten Walter Jurmann an der University of California in Los Angeles. Das in Los Angeles ansässige MAK-Center im historischen Schindler Haus begann ein Jahr der Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Jahrestags seiner Gründung mit einem Festakt in Anwesenheit von Staatssekretär Franz Morak (29. September). Der Erfolg österreichischer Filme setzte sich beispielsweise mit der Präsentation des Dokumentarfilms „Calling Hedy Lamarr“ von Georg Misch im Rahmen des Filmfestivals des American Film Institute fort.

Anhang

Wissenschaftsbereich: Das Office of Science and Technology (OST) an der ÖB Washington baute das Netzwerk der österreichischen WissenschafterInnen in den USA und Kanada weiter aus und informiert derzeit über 650 ForscherInnen mittels der online Publikation „bridges“ (http://bridges.ostina.org) über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, den USA und Kanada. Darüber hinaus organisierte das OST die Veranstaltung „Vienna: A Hub for Capacity Building in Medicine and Bioscience Reserach in Central & Eastern Europe, the Middle East and Africa“, wo sich auch die Vienna School of Clinical Research präsentierte. Das Center for Austrian Studies der University of Minnesota in Minneapolis-St. Paul organisierte ein umfassendes, interdisziplinäres Vortrags- und Lehrprogramm. Eine der bedeutensten Veranstaltungen war die Robert A. Kann Memorial Lecture, welche von Prof. Ernst Bruckmüler, Universität Wien, zum Thema „Late Nineteenth-Century Habsburg Society: Was there One?“ gehalten wurde. Die University of Chicago veranstaltete gemeinsam mit dem Demokratiezentrum der Stadt Wien, dem Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte und Gesellschaft und dem Österreichischen Filmarchiv ein zweitägiges Symposium zum Thema „Chicago-Vienna-Chicago: Urban Icons and the Transatlantic Relationship“. Dabei wurden die wechselseitigen Klischees und Vorurteile, vor allem im Medium Film, ebenso wie historische und aktuelle Verbindungen untersucht.

Wirtschaft (siehe auch Kapitel A.IV.7.) Die USA sind nach Deutschland und Italien weltweit der drittwichtigste Handelspartner Österreichs. In den USA bestehen etwa 380 Niederlassungen österreichischer Unternehmen. Demgegenüber haben sich etwa 400 US-Unternehmen in Österreich angesiedelt.

Der Mittlere Westen ist für Österreichs Außenwirtschaft von besonderer Bedeutung: knapp die Hälfte der US-Gesamtexporte nach Österreich stammen aus dieser Region, mit Abstand wichtigster Handelspartner ist Michigan (20%). Die Anzahl der österreichischen Firmenniederlassungen im Betreuungsbereich der Außenhandelsstelle Chicago hat sich auf 140 erhöht, die Tendenz ist weiter steigend.

Im Westen der USA wuchs die Wirtschaft wieder, allerdings ohne das Beschäftigungsniveau vor dem Platzen der dot.com-Blase (2000) zu erreichen. Kalifornien alleine bezog in den ersten neun Monaten rund ein Viertel der österreichischen Exporte in die USA, was einem Gegenwert von etwa 1,3 Milliarden Euro und einer Steigerung von mehr als 36% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die österreichischen Exporte betrugen 5,30 Milliarden Euro (+29,9%), die Importe 2,95 Milliarden Euro (–5,4%).

Vietnam
(Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Tran Duc Luong	Phan Van Khai	Nguyen Dy Nien

Hanoi – **ÖB, Büro des Handelsrates; AHSt:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Bildungsreise für Multiplikatoren unter der Leitung von Christa Esterhazy (Frühjahr); Delegation der Stadt Wien unter Leitung von Stadtbaudirektor Gerhard Weber (September); Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Teilnahme am ASEM Gipfel (7.–9. Oktober); Teilnahme von Botschafter a.D. Wolfgang Schallenberg als österreichischer Governor am 16. Treffen der „Board of Governors“ der Asien-Europa-Stifttung (ASEF) (24.–26. November); offizieller Besuch von ÖGB-Präsident Friedrich Verzetnitsch in Ho Chi Minh City (1.–3. Dezember).

Besuche in Österreich: Delegation der vietnamesischen Nationalversammlung unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für soziale Angelegenheiten Tran Thi Minh Chanh (3.–7. Mai); Delegation der vietnamesischen Nationalversammlung unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für legislative Angelegenheiten Dan Van Chien

(4.–8. Oktober); Delegation des „Office of the Government“ (OOG) (20.–22. Oktober); Delegation zur 6. ARGE Österreich-Vietnam unter der Leitung von Vizeminister NGuyen Bich Dat, Ministerium für Planung und Investition (22.–23. November).

Die EU hat am Rande des ASEM mit Vietnam ein bilaterales Abkommen über die Aufnahme von Vietnam in die Welthandelsorganisation (WTO) abgeschlossen (Oktober).

Im Bereich der EZA wurde ein im Mekongdelta umgesetztes Projekt zur Nachernteaufbereitung von Reis fortgeführt.

Im musikalischen Bereich wurde die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra fortgesetzt (Gastdirigate im März und September). Auf literarischem Sektor wurde im Rahmen der Österreich-Tage Julian Schutting zu Lesungen an der Fremdsprachenhochschule und der Nationalen Universität Hanoi eingeladen.

Die in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Museum Wien, dem Musée Royal in Brüssel und den vietnamesischen Museen verwirklichte umfassende Ausstellung über die Geschichte und Kultur Vietnams wurde in Österreich (Kunsthalle Leoben) gezeigt (April bis Oktober).

Anlässlich der „Österreich-Tage“ an der Hanoi University of Foreign Studies haben, mit der Unterstützung des Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, ReferentInnen aus Österreich Vorträge über österreichische Landeskunde, Literatur und österreichspezifischen Themen gehalten. Auf diese Weise konnte ein zeitgemäßes Bild von Österreich vermittelt und der Kontakt zwischen österreichischen und vietnamesischen GermanistInnen intensiviert werden.

Die Zusammenarbeit mit der University for Foreign Studies durch Nutzung des dort eingerichteten Österreichraums für Vorträge und Diskussionen wurde fortgesetzt. Im Rahmen des ASEA-Uninet fanden Studienreisen der Universität Innsbruck unter der Leitung von Univ.-Prof. Christian Traweger und der WU-Wien unter der Leitung von Univ.-Prof. Wolfgang Obenaus statt (September).

Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft unterstützt Österreich die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen aus Vietnam in Österreich wie auch die Weiterbildung an regionalen Ausbildungsstätten. In den Jahren 2003 und 2004 wurden insgesamt zwölf Stipendien im Rahmen des Programms „Nord-Süd-Dialog“ bzw. ASEA-Uninet, drei für die „Deutsch als Fremdsprache (DAF)-LehrerInnenfortbildung“, eines für Klessheim sowie zwei Stipendien dem Afro-Asiatischen Institut Wien (AAI) für eine GermanistInnenausbildung vergeben.

Die österreichischen Exporte betrugen 43,11 Millionen Euro (+24,1%), die Importe 120,17 Millionen Euro (+29,2%).

Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
General Francois Bozizé	Célestin Gaombale	Abdul Karim Meckassoua

ÖB, AHSt: siehe Nigeria; Bangui – **HK**

Die österreichischen Exporte betrugen 38.000 Euro (–54,4%), die Importe 73.000 Euro (–55,3%).

Zypern (Republik Zypern), Nikosia

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Tassos Papadopoulos	George Iacovou

Anhang

ÖB, AHSt: siehe Griechenland; Nikosia – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Ernst Strasser, bilateraler Besuch (7.–8. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle; EU-Generalsekretärentreffen (26.–28. November); General Roland Ertl mit einer Delegation des Bundesministerium für Landesverteidigung, Besuch bei UNFICYP (7.–9. September); Sektionsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer und Delegation zu bilateralen Wirtschaftsgesprächen (31. August bis 2. September).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Tassos Papadopoulos, Arbeitsbesuch (1.–3. Juli).

Zypern ist seit 1. Mai Vollmitglied der EU. Der EU Acquis wird vorläufig nur im griechisch-zyprischen Teil der geteilten Insel angewendet.

Die Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Nikosia ist im Frühjahr 2005 vorgesehen.

Beim Europäischen Tanzfestival gastierte das Tanztheater Homunculus (17. April bis 18. Mai). Ein Konzert der Universität für Musik und darstellende Kunst fand statt (11.–13. Oktober).

Die österreichischen Exporte betrugen 39,92 Millionen Euro (–17%), die Importe 9,63 Millionen Euro (100,1%).

II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: Jänner 2005

Österreich unterhält zu 187 Staaten diplomatische Beziehungen (D), mit 5 Staaten und der PLO unterhält Österreich keine diplomatischen oder konsularischen, aber sonstige Beziehungen (S).

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Afghanistan	19.11.1946	D		■	
Ägypten	24.10.1945	D	●	■	□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	
Algerien	08.10.1962	D	●	■	□
Andorra	28.07.1993	D			
Angola	01.12.1976	D		■	
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D			
Äquatorialguinea	12.11.1968	D			
Argentinien	24.10.1945	D	●	■	□
Armenien	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Aserbaidschan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Äthiopien	13.11.1945	D	●	■	
Australien	01.11.1945	D	●	■	□
Bahamas	18.09.1973	D			
Bahrain	21.09.1971	D			
Bangladesch	17.09.1974	D			
Barbados	09.12.1966	D			
Belarus	24.10.1945	D		■	
Belgien	27.12.1945	D	●	■	□
Belize	25.09.1981	D		■	
Benin	20.09.1960	D			
Bhutan	21.09.1971	D			
Bolivien	14.11.1945	D		■	
Bosnien-Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	□
Botsuana	17.10.1966	D			
Brasilien	24.10.1945	D	●	■	□
Brunei	21.09.1984	D			
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■	□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	
Burundi	18.09.1962	D			
Chile	24.10.1945	D	●	■	□
China	24.10.1945	D	●	■	□
Costa Rica	02.11.1945	D		■	
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D	●[2)]		
Dänemark	24.10.1945	D	●	■	□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■	□
Dominica	18.12.1978	D			

Anhang

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Dominikanische Republik	24.10.1945	D			
Dschibuti	20.09.1977	D			
Ecuador	21.12.1945	D		■	
El Salvador	24.10.1945	D			
Eritrea	28.05.1993	D			
Estland	17.09.1991	D	●	■	
Fidschi	13.10.1970	D			
Finnland	14.12.1955	D	●	■	□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■	□
Gabun	20.09.1960	D			
Gambia	21.09.1965	D			
Georgien	31.07.1992	D	●[1)]	■	
Ghana	08.03.1957	D			
Grenada	17.09.1974	D			
Griechenland	25.10.1945	D	●	■	□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■	□
Guatemala	21.11.1945	D	●	■	
Guinea	12.12.1958	D			
Guinea-Bissau	17.09.1974	D			
Guyana	20.09.1966	D			
Haiti	24.10.1945	D			
Heiliger Stuhl	–	D	●	■	
Honduras	17.12.1945	D			
Indien	30.10.1945	D	●	■	□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■	□
Irak	21.12.1945	D	●[3)]	■	□
Iran	24.10.1945	D	●	■	□
Irland	14.12.1955	D	●	■	□
Island	19.11.1946	D		■	
Israel	11.05.1949	D	●	■	□
Italien	14.12.1955	D	●	■	□
Jamaika	18.09.1962	D			
Japan	18.12.1956	D	●	■	□
Jemen	30.09.1947	D		■	
Jordanien	14.12.1955	D	●	■	
Kambodscha	14.12.1955	D			
Kamerun	20.09.1960	D			
Kanada	09.11.1945	D	●	■	□
Kap Verde	16.09.1975	D		■	
Kasachstan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Katar	21.09.1971	D			
Kenia	16.12.1963	D	●	■	
Kirgisistan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Kiribati	14.09.1999	D			
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■	
Komoren	12.11.1975	S			
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D			

Österreich und die Staatenwelt

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Kongo, Republik	20.09.1960	D			
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■	
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■	□
Kroatien	22.05.1992	D	●	■	□
Kuba	24.10.1945	D	●	■	
Kuwait	14.05.1963	D	●	■	
Laos	14.12.1955	D			
Lesotho	17.10.1966	D			
Lettland	17.09.1991	D	●	■	
Libanon	24.10.1945	D	●	■	
Liberia	02.11.1945	D			
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	●	■	□
Liechtenstein	18.09.1990	D	●[1)]	■	
Litauen	17.09.1991	D	●	■	
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■	
Madagaskar	20.09.1960	D			
Malawi	01.12.1964	D			
Malaysia	17.09.1957	D	●	■	□
Malediven	21.09.1965	D			
Mali	28.09.1960	D			
Malta	01.12.1964	D		■	
Malteser Ritterorden (Souveräner)	–	D	●	■	
Marokko	12.11.1956	D	●	■	□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D			
Mauretanien	27.10.1961	D			
Mauritius	24.04.1968	D			
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	●	■	
Mexiko	07.11.1945	D	●	■	□
Mikronesien	17.09.1991	D			
Moldau	02.03.1992	D		■	
Monaco	28.05.1993	D			
Mongolei	27.10.1961	D		■	
Mosambik	16.09.1975	D			
Myanmar	19.04.1948	D			
Namibia	23.04.1990	D		■	
Nauru	14.09.1999	S			
Nepal	14.12.1955	D			
Neuseeland	24.10.1945	D			
Nicaragua	24.10.1945	D		■	
Niederlande	10.12.1945	D	●	■	□
Niger	20.09.1960	D			
Nigeria	07.10.1960	D	●	■	□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■	□
Oman	07.10.1971	D	●	■	
Pakistan	30.09.1947	D	●	■	
Palau	15.12.1994	D			

Anhang

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Panama	13.11.1945	D		■	
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D			
Paraguay	24.10.1945	D		■	
Peru	31.10.1945	D	●	■	
Philippinen	24.10.1945	D	●	■	□
Polen	24.10.1945	D	●	■	□
Portugal	14.12.1955	D	●	■	□
Ruanda	18.09.1962	D			
Rumänien	14.12.1955	D	●	■	□
Russische Föderation	24.10.1945[4)]	D	●	■	□
Salomonen	19.09.1978	S			
Sambia	01.12.1964	D			
Samoa	15.12.1976	D			
San Marino	02.03.1992	D		■	
Serbien und Montenegro	01.11.2000	D	●	■	□
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D			
St. Lucia	18.09.1979	D			
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D			
Sao Tomé und Principe	16.09.1975	D			
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■	□
Schweden	19.11.1946	D	●	■	□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■	□
Senegal	28.09.1960	D	●		
Seychellen	21.09.1976	D			
Sierra Leone	27.09.1961	D			
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■	
Singapur	21.09.1965	D	●[5)]		□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■	□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■	□
Somalia	20.09.1960	S			
Spanien	14.12.1955	D	●	■	□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■	
Südafrika	07.11.1945	D	●	■	□
Sudan	12.11.1956	D		■	
Suriname	04.12.1975	D			
Swasiland	24.09.1968	D			
Syrien	24.10.1945	D	●	■	□
Tadschikistan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Tansania	14.12.1961	D			
Timor Leste	27.09.2002	D			
Thailand	16.12.1946	D	●	■	□
Togo	20.09.1960	D			
Tonga	14.09.1999	D			
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D			
Tschad	20.09.1960	D			
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■	□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■	
Türkei	24.10.1945	D	●	■	□

Österreich und die Staatenwelt

	UNO-Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botschaft	Botschaft in Wien	Außenhandelsstelle
Turkmenistan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Tuvalu	05.09.2000	S			
Uganda	25.10.1962	D			
Ukraine	24.10.1945	D	●	■	□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■	□
Uruguay	18.12.1945	D		■	
Usbekistan	02.03.1992	D	●[1)]	■	
Vanuatu	15.09.1981	D			
Venezuela	15.11.1945	D	●	■	□
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■	□
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■	□
Vietnam	20.09.1977	D	●	■	
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D			
Zypern	20.09.1960	D		■	
PLO	–	S			

[1]) mit Sitz in Wien
[2]) vorübergehend nach Accra (Ghana) verlegt
[3]) vorübergehend geschlossen
[4]) VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR
[5]) untersteht der Botschaft Jakarta

Anhang

III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

Anzahl ausländischer Missionen

	Diplomatische Missionen	Berufskonsularische Vertretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	**118**[1)]	**7**[2)]	**119**[3)]	**52**[3)]
Sitz im Ausland	**51**	**–**	**45**	**3**
Gesamt	**169**	**7**	**164**	**55**

[1]) einschließlich sonstiger Vertretungen
[2]) Berufskonsulate, daneben bestehen noch 215 Honorarämter
[3]) ohne die Ständige Vertretung Österreichs

Mit Stand Dezember 2004 waren in Österreich 163 Staaten vertreten. 111 hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, die übrigen in anderen Staaten.

In Wien befinden sich auch 119 Ständige Vertretungen sowie Beobachter- und Verbindungsbüros bei den Internationalen Organisationen, wovon die meist mit den Botschaften der betreffenden Staaten identisch sind.

2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	14
Niederösterreich	–	8
Oberösterreich	–	24
Salzburg	3	39
Steiermark	1	23
Tirol	1	30
Vorarlberg	1	15
Wien	–	59
Gesamt	**7**	**215**

IV. Wien als Sitz Internationaler Organisationen

1. Budget und Ausgaben der Internationalen Organisationen 2004

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Mio. Euro			
		insgesamt	darunter		
			Löhne und Gehälter	durchschnittl. Anteil der in Österreich getätigten Ausgaben vom Gesamtbezug der Beschäftigten in %	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	88,097	39,644	23,764	59,9	15,880
EPO	1.115,230	25,195	11,136	44,2	14,059
EUMC	7,900	7,900	3,316	42,0	4,584
IAEO	239,000	207,000	138,000	66,7	69,000
ICMPD	1,205	1,201	0,700	58,3	0,501
ICPDR	0,830	0,700	0,315	45,0	0,385
IIASA	8,900	8,360	6,230	74,5	2,130
IIP	0,300	0,250	0,160	64,0	0,090
IOM	448,296	3,242	1,300	40,1	1,942
IPI	0,700	0,613	0,410	66,9	0,203
JVI	3,731	3,731	1,645	44,1	2,086
OFID	23,862	19,385	14,781	76,2	4,604
OPEC	17,500	16,753	15,984	95,4	0,769
OSCE	180,833	29,950	17,820	59,5	12,130
UNIDO	156,571	69,028	41,069	59,5	27,959
UNOV/ UNODC	260,402	161,595	89,170	55,2	72,425
VIDC	2,093	1,884	0,530	28,1	1,354
WA	1,447	1,447	1,102	76,2	0,345
Zusammen	**2.556,897**	**597,877**	**367,431**	**61,5**	**230,445**

Anhang

2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2004

Organisation	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte		Sonstige	
	insgesamt	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen	AusländerInnen	InländerInnen
CTBTO	267	217	50	167	3	50	47	.	.
EPO	124	73	51	31	7	42	43	–	1
EUMC	30	23	7	23	7	–	–	–	–
IAEO	2.175	1.613	562	975	30	638	532	–	–
ICMPD	40	19	21	15	15	4	6	–	–
ICPDR	8	6	2	6	–	–	2	–	–
IIASA	187	119	68	98	33	21	35	–	–
IIP	5	1	4	–	1	1	3	–	–
IOM	27	14	13	12	13	2	–	–	–
IPI	11	8	3	7	2	1	1	–	–
JVI	17	16	1	9	–	7	1	–	–
OFID	140	82	58	63	10	19	48	–	–
OPEC	239	181	58	136	–	45	58	–	–
OSCE	291	228	63	95	10	108	53	25	–
UNIDO	646	458	188	244	8	206	180	8	–
UNOV / UNODC	721	618	103	264	6	295	96	59	1
VIDC	17	1	16	1	14	–	2	–	–
WA	13	9	4	7	–	2	4	–	–
Zusammen	**4.958**	**3.686**	**1.272**	**2.153**	**159**	**1.441**	**1.111**	**92**	**2**
Davon männlich	**2.712**	**2.215**	**497**	**1.580**	**104**	**566**	**393**	**69**	**–**
weiblich	**2.246**	**1.471**	**775**	**573**	**55**	**875**	**718**	**23**	**2**

3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2004

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		zusammen	darunter aus Österreich
CTBTO	109	2.673	2.165
EPO	–	–	–
EUMC	11	139	13
IAEO	2.870	11.305	106
ICMPD	14	292	123
ICPDR	4	130	25
IIASA	137	804	–
IIP	4	390	320
IOM	21	387	190
IPI	25	1.676	110
JVI	65	1.950	–
OFID	15	218	75
OPEC	32	989	–
OSCE	823	2.612	1.337
UNIDO	11	1.168	891
UNOV/UNODC	487	16.328	10.013
VIDC	20	800	–
WA	62	1.744	–
Zusammen	**4.710**	**43.605**	**15.368**

Anhang

V. Diplomatische Akademie (DA)

Die DA ist seit 1. Juli 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert und als Anstalt öffentlichen Rechts konstituiert.

Der **250. Jahrestag der Gründung der Orientalischen Akademie**, der Vorgängerinstitution der DA, und der **40. Jahrestag der Einrichtung der Diplomatischen Akademie Wien** wurden im Juni mit einer Festveranstaltung im Wiener Rathaus (Festredner waren Kommissar Günter Verheugen und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner) und einem zweitägigen Symposium zum Thema „A Changing Europe in a Changing World" (Ein sich veränderndes Europa in einer sich verändernden Welt) gefeiert. Das 32. Treffen des „International Forum on Diplomatic Training" (internationales Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) und das sechste internationale AbsolventInnentreffen der DA wurden in die Jubiläumsveranstaltungen eingebunden.

Anfang Oktober schlossen 27 TeilnehmerInnen, darunter 16 ÖsterreicherInnen, den **40. Diplomlehrgang** erfolgreich ab. Damit haben seit Einrichtung der DA 1964 insgesamt 844 AkademikerInnen (darunter 401 AusländerInnen aus 87 Staaten) das postgraduale Diplom der DA erworben. In den 41. Diplomlehrgang wurden 32 KandidatInnen aufgenommen, davon 16 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **7. Master of Advanced International Studies (M.A.I.S.) – Lehrgang** wurde von 27 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Die Graduierungsfeier fand Anfang Juli in der Universität Wien statt. Für den 8. M.A.I.S.-Lehrgang qualifizierten sich 33 KandidatInnen. Das **4. Special Programme in International Studies (SPIS),** das das erste Jahr des zweijährigen M.A.I.S.-Programms darstellt, wurde von 24 TeilnehmerInnen abgeschlossen. In das 5. SPIS wurden 43 KandidatInnen aufgenommen. Im Rahmen des Angebots zur **berufsbegleitenden Fortbildung** für in- und ausländische Institutionen wurden unter anderem mehrere Seminare für das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, ein international besuchtes EU-Verhandlungstechnikseminar und ein „Train the Trainers"-Seminar für TeilnehmerInnen aus Mitgliedstaaten der CEI durchgeführt. Zur **Aus- und Weiterbildung jüngerer DiplomatInnen und BeamtInnen aus Südosteuropa** fand ein weiterer Spezialkurs statt. In den Diplomaten-Spezialkursen der DA wurden bisher insgesamt 615 DiplomatInnen aus 32 Reformstaaten ausgebildet. Am **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** nahmen 48 TeilnehmerInnen aus 28 Staaten teil.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** der Akademie fanden mehr als 350 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen statt, die zum größten Teil öffentlich zugänglich waren. Unter anderem wurden das 34. Wiener Seminar der International Peace Academy zum Thema „Peace Operations in Africa" (Friedensmissionen in Afrika) und das vierte gemeinsam mit der Duke University und der American Austrian Foundation veranstaltete „Milton Wolf Seminar on Journalism and Diplomacy" (Milton Wolf Seminar über Journalismus und Diplomatie) durchgeführt. Aus Anlass des 250-Jahr-Jubiläums organisierte die DA in Wien und Ankara Konferenzen zur Frage des EU-Beitritts und der europäischen Identität der Türkei.

Zusätzlich zum **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien**, das eine vollständige Übersicht über den Studienbetrieb und alle anderen Aktivitäten der DA bietet, wurden in der **Publikationsreihe der Diplomatische Akademie („Favorita Papers")** Bände zu folgenden Themen publiziert: „Public Diplomacy" (1/2004), „Out of Vienna. International Organisations in Vienna" (2/2004), „Peace Operations in Africa. 34th IPA Vienna Seminar" (3/2004). Aus Anlass des Jubiläumsjahrs wurde die **Festschrift** „250 Jahre. Von der Orientalischen zur Diplomatischen Akademie in Wien" herausgegeben.

VI. Österreich in Internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen Internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-, europäischen und außereuropäischen Bereich einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: 22. März 2005

1. Mitgliedschaften

A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems: 38,067 Mio. Euro[1]

A.1. Vereinte Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
VN New York, Genf, Wien, Nairobi Kofi Annan (Ghana) seit Jänner 1997, Wiederwahl 2001 für 2002–2006	SR 1973/74 1991/92 ECOSOC 1963/65 1976/78 1982/84 1991/93 2000/02	0,859%	8,686
Gesamt			**8,686**

A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
OCHA Genf und New York; Jan Egeland (Norwegen) seit Juni 2003		freiw. Beitr.	0,041
UNCDF New York Exekutivsekretär Normand Lauzon (Kanada) seit 2000		freiw. Beitr.	0,174
UNCTAD Genf Rubens Ricupero (Brasilien) seit 1995		gemäß Anteil am VN-Gesamtbudget	

[1] In diesem Betrag sind Beiträge an Internationale Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Anhang VI.1.D) in der Höhe von 2,655 Mio. Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Anhang VI.2.A) in der Höhe von 28,857 Mio. Euro nicht enthalten.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
UNDP New York Marc Malloch Brown (GB) seit 1999	1968–70 1972–74 1997–99	freiw. Beitr.	5,567
UNEP Nairobi Klaus Töpfer (Deutschland) seit 1998	1973–74 1978–80 1984–86 1990–93 1997–99	freiw. Beitr.	0,404
Basler Übereinkommen		1,237%	0,031
Klimawandel		0,947%	0,115
Biologische Vielfalt		1,209%	0,078
Kampf gegen Wüstenbildung		0,924%	0,060
Montrealer Protokoll Trust Fund		1,083%	1,985
Wiener Übereinkommen + Montreal Protokoll		0,930%	0,024
Multilateraler Fonds CITES			0,037
UNFPA New York Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997–99	freiw. Beitr.	0,669
UN-Habitat Nairobi Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania) seit 2000	2000–2004	freiw. Beitr.	0,068
UNHCR Genf Ruud Lubbers (Niederlande) seit 2000	seit 1959	freiw. Beitr.	0,291
UNICEF New York Carol Bellamy (USA) 1995–2005	1981–84 1997–99	freiw. Beitr.	1,357
UNIDO Wien Carlos Alfredo Magariños (Argentinien) seit 1997, Wiederwahl 2001–2005	seit 1985	1,34625%	0,956
UNIFEM New York Exekutivdirektorin Noeleen Heyzer (Singapur) seit 1994		freiw. Beitr.	0,153

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt-budget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
UNODC Wien Antonio Maria Costa (Italien) 2001–2005			
UNDCP-Fonds		freiw. Beitr.	0,497
CPCJ-Fonds		freiw. Beitr.	0,071
UNRWA Gaza Peter Hansen (Dänemark) seit 1996		freiw. Beitr.	0,489
UN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer		freiw. Beitr.	0,140
UNV Bonn Ad de Raad (Niederlande) seit Nov. 2003		freiw. Beitr.	0,144
Gesamt			**13,351**

A.3 Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt-budget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
FAO Rom Jacques Diouf (Senegal) seit 1994, Wiederwahl 1999 für 2000–2005	1961–64 1983–86 1999–2001	0,952%	2,947
ICAO Montreal Taieb Chérif (Algerien) 2003–2006		0,75%	0,312
ILO Genf Juan Somavía (Chile) seit 1999	1975–78 1984–87 1996–99	0,932%	2,116
IMO London Efthimios Mitropoulos (Griechenland) seit Jänner 2004		0,1%	0,029
ITU Genf Yoshio Utsumi (Japan) 1999–2006	–	0,274%	0,202

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
OMT/WTO Madrid Francesco Frangialli (Frankreich) seit 1997, Wiederwahl 2001- 2005	1987–91	2,234%	0,230
UNESCO Paris Koichiro Matsuura (Japan) seit 1999	1972–76 1995–99	0,864%	2,167
Welterbefonds		Pflichtbeitrag	0,022
Fonds zur Entwicklung des Unterrichts		freiw. Beitr.	0,010
in Menschenrechtsfragen		freiw. Beitr.	0,072
IIEP, Paris		0,5% des UNESCO-Beitrags	0,006
ICOMOS Dokumentationszentrum			
UPU Bern Thomas E. Leavey (USA) bis Dezember 2004, Edouard Dayan (Frankreich) seit Jänner 2005	1964–74	0,54%	0,140
WHO Genf Jong Wook Lee (Korea) seit 2003	1970–72 1989–91	0,932%	2,976
WIPO Genf Kamil E. Idris (Sudan) seit 1997		ca. 0,20 %	0,224
WMO Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		–	0,378
Gesamt			**11,831**

A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
CTBTO-PrepCom Wien Wolfgang Hoffmann (Deutschland) 1997–2005		0,94891%	0,723

Österreich in Internationalen Organisationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt-budget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro
Freiwilliger Fonds der VN für Opfer von Folterungen; verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,033
IAEO Wien Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997	1977–79 1983–85 1990–92 1999–2001	0,901%	2,770
ISA Kingston Satya Nandan (Fidschi) seit 1996 (dritte Amtszeit)		1,03%	0,046[2])
OPCW Den Haag Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002		0,859%	0,597
VFTC; verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,039
Gesamt			**4,208**

B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 7,974 Mio. Euro

B.1. Intergouvernmentale Institutionen und Entitäten

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
Haager Konferenz für internationales Privatrecht Den Haag Hans van Loon (Niederlande) seit 1996		0,025	BMJ BMaA
IEA Paris Claude Mandil (Frankreich) 2003–2008	1,0%	0,181	BKA
IOM Genf	Verw.-budget	0,246	BMI
McKinley (USA) 1998–2008 (zweite Amtszeit)	freiw. Beitr.	0,232	BMI
ITSO (Regierungsorganisation zu INTELSAT Ltd.), Washington Ahmed Toumi (Marokko) 2001–2005	–	–	BMVIT

[2] Ressort: BMaA, BMWA.

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
NAM Vorsitz Südafrika seit 1998	Gaststatus (seit 1970)		
OECD Paris; Donald Johnston (Kanada) 2001–2006	1,0%	2,810	BKA
OPEC Wien; Purnomo Yusgiantoro (Indonesien) 2004	freiw. Beitrag	0,501	BMaA
UNIDROIT Rom; Berardino Libonati (Italien) seit 1995	1,32%	0,025	BMJ, BMaA
Wassenaar Arrangement Wien Sune Danielsson (Schweden) 2002–2006	0,97%	0,014	BMaA
WTO Genf Panitchpakdi Supachai (Thailand) 2002–2005	1,38%	1,407	BMWA
Gesamt		**5,441**	

B.2. Netzwerke, Internationale NGOs sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
ADEA	freiw. Beitr.	0,083	BMaA
IIASA Laxenburg Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	14,62% freiw. Beitr.	0,581 0,336	BMBWK, Akademie der Wissen-schaften
IKRK Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,456	BMaA
JPO	freiw. Beitr.	1,077	BMaA
Gesamt		**2,533**	

C. Europa

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
CERN Genf Robert Aymar (Frankreich) 2004–2008	2,16%	13,990	BMBWK
CLRTAP Genf	2,22%	0,038	BMLFUW
Donaukommission Budapest Danail Nedialkov (Bulgarien) 1999–2005	9,09%	0,122	BMaA
EAPC Brüssel Lord George Robertson (Großbritannien) seit 1999	Mitglied (1997)	keine Beiträge	BMaA
ER Strassburg Walter Schwimmer (Österreich) 1999–2004	1,94%	4,040	BMaA
ESA Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich) seit 2004	1,11%	32,730	BMVIT
EU Brüssel Präsidentschaft Irland (Jänner–Juni 2004) Niederlande (Juli–Dezember 2004) **EG** **EAG**	2,2%	2.090	BMF
EUMETSAT Darmstadt Tillmann Mohr (Deutschland) bis Juli 2004 Nachfolger: Lars Prahm (Dänemark)	2,25%	6,240	BMVIT, BMLV, BMBWK
EUREKA Brüssel	2,07%	0,023	BMaA, WKÖ
EUROPOL Den Haag Jürgen Storbeck seit Juli 1999	2,35 %	0,980	BMI

Anhang

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
EUTELSAT (Regierungsorganisation zu EUTELSAT S.A.), Paris Eva Brigitta Näslund (Schweden) 2001–2005	–	–	BMVIT
IKSD Wien Philip Weller (Großbritannien), 2003–2006	13,52%	0,112	BMLFUW
IKSR Koblenz Henk Sterk (Niederlande) 2003–2005 Beobachter seit Juli 2001	–	–	BMLFUW
NATO/PfP Brüssel Lord George Robertson (Großbritannien) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	keine Beiträge	BMaA, BMLV, BMI
OSZE Wien Vorsitz Bulgarien im Jahr 2004; Jan Kubis (Slowakei)	2,30% bzw. 2,36% bei großen Missionen und Projekten[3]	4,661[4]	BMaA
OSZE/ODIHR Warschau Christian Strohal (Österreich) seit 2003	2,30%	0,272	BMaA
WEU Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter		
ZKR Strassburg Jean-Marie Wöhrling (Frankreich) 1998–2005 Österreich Beobachter seit 2004	–	–	BMVIT
Gesamt		**2.153,208**	

[3] Von solchen spricht man, wenn die Kosten 6 Millionen Euro übersteigen. Sie müssen separat beschlossen werden.

[4] + Gehälter f. Österreicher bei OSZE-Missionen 0,378
+ freiwillige Projektfinanzierungen 0,376
+ Entsendungen von WahlbeobachterInnen 0,200

D. Internationale Gerichtshöfe und Ständiger Schiedshof

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2004 in Mio. Euro	Ressort
ICTR Arusha Erik Møse (Norwegen) seit 2003	0,859%	0,751	BMaA BMJ
ICTY Den Haag Theodor Meron (Vereinigte Staaten) seit 2003	0,859%	1,046	BMaA BMJ
IStGH Den Haag; Philippe Kirsch (Kanada) seit 2003	1,780%	0,807	BMaA BMJ
ITLOS Hamburg; L. Dolliver M. Nelson (Grenada) seit 2002	1,301%	0,051	BMaA BMWA
Ständiger Schiedshof Den Haag; Tjaco van den Hout (Niederlande) 2004–2009 (zweite Amtszeit)	0,645%	0,004	BMaA
Gesamt		**2,659**	

E. Internationale Finanzinstitutionen

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertreter in den Instituti-onen	Anteil am Gesamt-kapital der Institutionen	Kapital-anteil 2004 in Mio. Euro	Ressort
ADB Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001–2004 2008–2016	0,347%	141,662	BMF
AfDB Abidjan Omar Kabbaj (Marokko) seit 1996	2003–2005 2008–2011	0,445%	112,89	BMF
AfDF Abidjan Omar Kabbaj (Marokko) seit 1996	2003–2008	1,238%	182,03	BMF
CFC Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	2004–2005	1,088%	1,878	BMF

Anhang

Organisation Sitz Leiter	österr. Vertreter in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen	Kapitalanteil 2004 in Mio. Euro	Ressort
CGIAR** Washington D.C. Ian Johnson (Großbritannien) seit 2000		0,396%	18,45	BMF
EBRD London Jean Lemiere (Frankreich) seit 2000	ständig	2,280%	456,00	BMF
EDF Brüssel		2,647%	705,96	BMF
EIB Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,445%	3.666,97	BMF
GEF Washington D.C. Leonoard Good (Kanada) seit 2003	ständig	1,494%	89,12	BMF
IBRD* Washington D.C. James D. Wolfensohn (USA) seit 1995	ständig	0,703%	1.622,22	BMF
IDB Washington D.C. Enrique Iglesias (Uruguay) seit 1988	1996–1999 2003–2010	0,159%	127,15	BMF
IFAD* Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	1992–1996 1997–1999 2003–2005	1,023%	34,06	BMF
IFC* Washington D.C. James D. Wolfensohn (USA) seit 1995	ständig	0,836%	16,24	BMF
IIC Washington D.C. Enrique Iglesias (Uruguay) seit 1988	2004–2006	0,495%	2,732	BMF
IMF* Washington D.C. Rodrigo de Rato y Figaredo (Spanien) seit 2004	ständig	0,880%	1.698,49	OeNB
MIGA** Washington James D. Wolfensohn (USA) seit 1995		0,813%	12,16	BMF
Gesamt			**8.888,012**	

* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen
** Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

2. Friedenserhaltende Missionen

A. Finanzielle Beitragsleistungen

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2004 in Mio. Euro
MINURSO	0,859%	0,319
MINUSTAH	0,859%	2,687
MONUC	0,859%	5,004
ONUB	0,859%	2,226
UNDOF	0,859%	0,248
UNFICYP	0,859%	0,140
UNIFIL	0,859%	0,303
UNIKOM	0,859%	–
UNMEE	0,859%	0,783
UNMIBH + IPTF	0,859%	–
UNMIK	0,859%	2,759
UNMIL	0,859%	8,864
UNOMIG	0,859%	0,198
UNMISET	0,859%	1,059
UNOMSIL	0,859%	2,107
UNOCI	0,859%	2,160
OSZE – Minsker Gruppe (Berg-Karabach)	2,30%	0,051
OSZE-Kleinmissionen (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan, Tschetschenien, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan)	2,30%	0,460
OSZE-Großmissionen (Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Montenegro)	2,36%	2,99
Gesamt		**32,358**

Anhang

B. Entsendung von Personal

Seit 1960 war Österreich an über 50 Missionen der VN, OSZE und EU beteiligt. Die Rekrutierung von TeilnehmerInnen erfolgt durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (Truppenkontingente und Militärbeobachter), das Bundesministerium für Inneres (zivile Polizeibeobachter), das Bundesministerium für Finanzen (Sanktionenmonitore), das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen) sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2004 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchststärke
AFDRU (Österreichischer Einsatz zur Katastrophenhilfe nach Tsunami)	seit 2004	77 Personen zur Trinkwasseraufbereitung
Ausbildung irakischer Polizisten in Jordanien	seit 2003	4 Exekutivebeamte
ALTHEA		Infanterieeinheit mit 298 Personen
EUMM seit 1994	seit 1995	2 Monitore und Stabsmitglieder
EUPM	seit 2003	5 Exekutivbeamte
PROXIMA	seit 2003	3 Exekutivbeamte
ISAF Angehörige des Bundesheers	seit 2002	3 Stabsoffiziere
KFOR	seit 1999	Infanterieeinheit mit 528 Personen
OSZE	OSZE-Kleinmissionen und Feldaktivitäten	8 Experten
	OSZE-Großmissionen	34 Experten
	Wahlbeobachtungen (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kroatien, Russische Föderation, Serbien und Montenegro)	105 Kurzzeitbeobachter 2 Langzeitbeobachter
	seit 1999	1 Stabsoffizier
RACVIAC		
ICTY	seit 1998	1 Exekutivbeamter

Österreich in Internationalen Organisationen

Mission	Einsatz	Höchststärke
MINURSO	seit 1991	2 Militärbeobachter
UNAMA	seit 2004	2 Militärbeobachter
UNDOF (AUSBATT-Golanhöhen)	seit 1974	Infanterieeinheit mit 374 Personen
UNFICYP[5] seit 1964	seit 1972	3 Stabsangehörige
UNMIK Exekutivbeamte (des BMI) Justizwachbeamte (des BMJ)	seit Juni 1999	 24 Exekutivbeamte 5 Justizwachbeamte
UNOMIG seit 1993	seit 1994	2 Militärbeobachter
UNTSO seit 1948	seit 1967	4 Militärbeobachter
UNMEE seit 2000	seit 2000	3 Militärbeobachter[6]
Gesamt		**1.490 Personen**

[5] Österreichische Beteiligung erfolgte mit anderen Einheiten (Polizeibeobachter und Feldspital) schon seit 1964. Die Entsendung des österreichischen Truppenkontingentes (AUSCON; bis zu 240 Personen) wurde im Juni 2001 beendet.

[6] Die Entsendung von Stabsangehörigen wurde im November 2001 beendet.

Anhang

VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

1. Hauptausschuss des Nationalrates (32 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2004

Obmann:	Khol Andreas, Dr.
ObmannstellvertreterIn:	Prammer Barbara, Mag. Prinzhorn Thomas, Dipl.-Ing.
Schriftführer/in:	Spindelegger Michael, Dr. Hlavac Elisabeth, Dr. Partik-Pablé Helene, Dr.

Mitglieder

ÖVP (14):	Auer Klaus Hubert, Dipl.-Ing. Donabauer Karl Eßl Franz Fasslabend Werner, Dr. Fuhrmann Silvia Grillitsch Fritz Hakl Karin, Mag. Khol Andreas, Dr. Maier Ferdinand, Dr. Molterer Wilhelm, Mag. Spindelegger Michael, Dr. Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr. Tancsits Walter, Mag. Turkovic Ingrid
SPÖ (12):	Cap Josef, Dr. Darabos Norbert, Mag. Eder Kurt Einem Caspar, Dr. Faul Christian Gusenbauer Alfred, Dr. Hlavac Elisabeth, Dr. Muttonen Christine, Mag. Niederwieser Erwin, DDr. Prähauser Stefan Prammer Barbara, Mag. Schieder Peter

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

FPÖ (3):	Haupt Herbert, Mag. Partik-Pablé Helene, Dr. Prinzhorn Thomas, Dipl.-Ing.
GRÜNE (3):	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr. Pirklhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.

2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates (26 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2004

Obmann:	Schieder Peter
ObmannstellvertreterIn:	Spindelegger Michael, Dr. Lunacek Ulrike, Mag. Scheibner Herbert Cap Josef, Dr.
Schriftführer/in:	Donabauer Karl Pilz Peter, Dr. Bösch Reinhard Eugen, Dr.

	Mitglieder	**Ersatzmitglieder**
ÖVP (12):	Amon Werner, MBA	Brinek Gertrude, Dr.
	Böhm Franz Xaver	Ellmauer Matthias
	Brader Alfred, Mag. Dr.	Franz Anna
	Donabauer Karl	Glaser Franz
	Felzmann Carina	Grander Maria
	Großruck Wolfgang	Grillitsch Fritz
	Hakl Karin, Mag.	Khol Andreas, Dr.
	Ledolter Johann	Kößl Günter
	Missethon Hannes, Dipl.-Ing.	Langreiter Hans, Mag.
	Murauer Walter	Machne Helga
	Schultes Hermann, Ing.	Pack Jochen
	Spindelegger Michael, Dr.	Steindl Konrad
SPÖ (10):	Bauer Hannes, Dipl.-Kfm. Dr.	Bayr Petra
	Cap Josef, Dr.	Gaál Anton
	Einem Caspar, Dr.	Kummerer Werner, Dipl.-Ing.
	Gartlehner Kurt, Ing.	Matznetter Christoph, Dr.
	Gusenbauer Alfred, Dr.	Moser Johann, Mag.
	Hagenhofer Marianne	Niederwieser Erwin, DDr.

Anhang

	Heinzl Anton	Puswald Christian, Dr.
	Muttonen Christine, Mag.	Scharer Erika
	Posch Walter, Mag.	Stadlbauer Bettina
	Schieder Peter	Wurm Gisela, Mag.
FPÖ (2):	Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Scheuch Uwe, Dipl.-Ing.
	Scheibner Herbert	Wittauer Klaus
GRÜNE (2):	Lunacek Ulrike, Mag.	Rest-Hinterseer Heidemarie
	Pilz Peter, Dr.	Stoisits Terezija, Mag.

3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (13 Mitglieder)

Stand: 28. Jänner 2005

Obmann:	Fasslabend Werner, Dr.
Obmannstellvertreter/in:	Einem Caspar, Dr. Donabauer Karl Hagenhofer Marianne
Schriftführer/in:	Schieder Peter Kopf Karlheinz Hlavac Elisabeth, Dr.

	Mitglieder	**Ersatzmitglieder**
ÖVP (6):	Amon Werner, MBA	Langreiter Hans, Mag.
	Donabauer Karl	Glaser Franz
	Fasslabend Werner, Dr.	Spindelegger Michael, Dr.
	Grillitsch Fritz	Keuschnigg Georg
	Kopf Karlheinz	Böhm Franz Xaver
	Stummvoll Günter, Dipl.-Kfm. Dr.	Hakl Karin, Mag.
SPÖ (5):	Cap Josef, Dr.	Faul Christian
	Einem Caspar, Dr.	Kaipel Erwin, Ing.
	Hagenhofer Marianne	Muttonen Christine, Mag.
	Schieder Peter	Stadlbauer Bettina
	Hlavac Elisabeth, Dr.	Trunk Melitta, Mag.
FPÖ (1):	Bösch Reinhard Eugen, Dr.	Wittauer Klaus
GRÜNE (1):	Lunacek Ulrike, Mag.	Pirklhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr.

Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien

4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (15 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2004

Vorsitzender:	Ager Hans
Vorsitzender-Stellvertreter/in:	Konecny Albrecht Roth-Halvax Sissy
Schriftführer/in:	Todt Reinhard Bader Karl

	Mitglieder	**Ersatzmitglieder**
ÖVP (7):	Ager Hans	Dernoscheg Karl-Heinz, Dr.
	Bader Karl	Fraunschiel Andrea
	Himmer Harald, Mag.	Fröhlich Christine
	Hösele Herwig	Haller Hermann, Ing.
	Kneifel Gottfried	Kühnel Franz Eduard, Dr.
	Kritzinger Helmut	Mayer Edgar
	Roth-Halvax Sissy	Spiegelfeld-Schneeburg Georg, Dr.
SPÖ (6):	Boden Karl	Binna Theodor
	Haselbach Anna Elisabeth	Gruber Manfred
	Konecny Albrecht	Lueger Angela
	Lindinger Ewald	Reisenberger Harald
	Prutsch Günther	Schimböck Wolfgang
	Todt Reinhard	Wiesenegg Helmut
FPÖ (1):	Weilharter Engelbert	Gudenus John, Mag.
Grüne (1):	Schennach Stefan	Konrad Eva

5. EU-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (15 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2004

Vorsitzender:	Kneifel Gottfried (O)
Vorsitzender-Stellvertreter/in:	Konecny Albrecht (W) Weiss Jürgen (Vbg)
Schriftführer/in:	Lindinger Ewald (O) Kampl Siegfried, Ing. (K)

Anhang

	Mitglieder	**Ersatzmitglieder**
ÖVP (7):	Ager Hans (T)	Bogensperger Heribert, Dipl.-Ing. (St)
	Höfinger Johann (N)	Dernoscheg Karl-Heinz, Dr. (St)
	Hösele Herwig (St)	Gansterer Michaela (N)
	Kneifel Gottfried (O)	Roth-Halvax Sissy (N)
	Kühnel Franz Eduard, Dr. (W)	Schnider Andreas, Dr. (St)
	Weiss Jürgen (Vbg)	Spiegelfeld-Schneeburg Georg, Dr. (O)
	Zwazl Sonja (N)	Tiefnig Ferdinand (O)
SPÖ (6):	Gruber Manfred (Sbg)	Blatnik Ana (K)
	Gumplmaier Erich, Dr. (O)	Ebner Adelheid (N)
	Kaltenbacher Günther (St)	Neuwirth Susanne, Mag. (Sbg)
	Konecny Albrecht (W)	Prutsch Günther (St)
	Lindinger Ewald (O)	Reisenberger Harald (W)
	Todt Reinhard (W)	Stadler Werner (O)
FPÖ (1):	Kampl Siegfried, Ing. (K)	Böhm Peter, Dr. (W)
Grüne (1):	Konrad Eva (T)	Schennach Stefan (W)

6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (6 Mitglieder)

Stand: 28. Jänner 2005

Ordentliche Mitglieder

Spindelegger Michael, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP), Delegationsleiter
Donabauer Karl, Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Himmer Harald, Mag., Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Wurm Gisela, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), stv. Delegationsleiterin
Schieder Peter, Abgeordneter zum Nationalrat, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des ER (SPÖ)
Gusenbauer Alfred, Dr., Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Ersatzmitglieder

Hakl Karin, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Ager Hans, Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Lindinger Ewald, Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Muttonen Christine, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Wittauer Klaus, Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Stoisits Terezija, Mag., Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

7. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments (18 Mitglieder)

Stand: 31. Dezember 2004

Stenzel Ursula, Dr.	Europäische Volkspartei; Vorstandsmitglied; nationale Delegationsleiterin
Karas Othmar, Mag.	Europäische Volkspartei; Schatzmeister
Seeber Richard, Dr.	Europäische Volkspartei
Rack Reinhard, Univ.Prof. Dr.	Europäische Volkspartei
Rübig Paul, Dr.	Europäische Volkspartei
Schierhuber Agnes	Europäische Volkspartei
Swoboda Hannes, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion, Stv Vorsitzender
Berger Maria, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion; nationale Delegationsleiterin
Bösch Herbert, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Ettl Harald, Ing.	Sozialdemokratische Fraktion
Leichtfried Jörg, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Prets Christa	Sozialdemokratische Fraktion
Scheele Karin, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen
Voggenhuber Johannes	Fraktion der Grünen; Stv. Vorsitzender des Konstitutionellen Ausschusses
Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Resetarits Karin	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos

Anhang

8. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik

Stand: 10. Jänner 2005

Der Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik wurde mit Bundesgesetz vom 21. November 2001 (BGBl 125/2001) eingerichtet. Der Rat dient der Beratung der Bundesregierung in Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik und tritt unter dem Vorsitz des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Im Jahr 2004 fanden Sitzungen am 12. Februar und am 19. Mai statt. Zuletzt gehörten dem Rat folgende Personen an:

Mitglieder

Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzende
Manz Hans-Peter, Dr.	Vertreter des Bundeskanzlers
Steiner Barbara Mag.	Vertreterin des Vizekanzlers
Wosolsobe Wolfgang, Bgdr.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung
Fasslabend Werner, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spindelegger Michael, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Stummvoll Günter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Schultes Hermann, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Cap Josef, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Schieder Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Van Staa Herwig, DDr.	Landeshauptmann von Tirol
Rieder Sepp, Dr.	Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien
Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtags
Orthner Angela	Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Schwarzböck Rudolf, ÖkR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
Verzetnitsch Fritz	Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Koits Peter, Dr.	Bürgermeister von Wels, Vertreter des Österreichischen Städtebundes
Zimper Walter, Prof.	Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes

Ersatzmitglieder

Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Amon Werner, MBA	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kopf Karlheinz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Himmer Harald, Mag.	Mitglied des Bundesrates(ÖVP)
Praßl Michael	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Haselbach Anna Elisabeth	Mitglied des Bundesrates(SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Bösch Reinhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Lichtenberger Evelin, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

Beobachter

Lutterotti Markus, Botschafter Dr.	Vertreter der Präsidentschaftskanzlei

9. Nationaler Sicherheitsrat

Stand: 31. März 2005

Stimmberechtigte Mitglieder

Schüssel Wolfgang, Dr.	Bundeskanzler
Gorbach Hubert	Vizekanzler
Plassnik Ursula, Dr.	Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Platter Günther	Bundesminister für Landesverteidigung
Prokop Liese	Bundesministerin für Inneres
Miklautsch Karin, Mag.	Bundesministerin für Justiz
Khol Andreas, Dr.	Nationalratspräsident (ÖVP)
Spindelegger Michael, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Stummvoll Günter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Murauer Walter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Bieringer Ludwig	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Gusenbauer Alfred, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Schieder Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)

Anhang

Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Bösch Reinhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Mitglieder mit beratender Stimme

Niessl Hans	Landeshauptmann von Burgenland, Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidentschaftskanzlei
Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Ertl Roland, General	Generalstabschef
Buxbaum Erik, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Heiss Hubert, Botschafter Dr.	Sektionschef, Bundeskanzleramt
Günther Helmut, Dr.	Sektionschef, Büro des Vizekanzlers
Mayr-Harting Thomas, Botschafter Dr.	Politischer Direktor, Bundesministerium für auswärtige Angelgenheiten
Reiter Erich, DDr.	Sektionschef, Bundesministerium für Landesverteidigung

Ersatzmitglieder

Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kopf Karlheinz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neugebauer Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Weiss Jürgen	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Gáal Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Einem Caspar, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)

Österreich in Zahlen 1950 bis 2004

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2003	2004
Bevölkerungsstand, in 1.000, Ø	6.935	7.467	7.729	8.110	8.102	8.140 [9]
darunter Ausländer, in 1.000	323 [2]	183	456	758	755	765 [9]
Lebenserwartung, in Jahren, männlich	*61,9*	*66,5*	*72,3*	*75,4*	*75,9*	.
weiblich	*67,0*	*73,4*	*78,9*	*81,2*	*81,6*	.
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	1.941	2.387	2.929	3.133	3.184	3.199
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige [10] [11]	.	*40,8*	*36,7*	*35,5*	*35,0*	*34,2*
Arbeitslosenquote [3]	*6,0*	*2,4*	*5,4*	*5,8*	*7,0*	*7,1*
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise, in Mrd.S [4] [8]	51,9	375,9	1.813,5	207,0	226,1	235,1
Wirtschaftswachstum, in %	*12,4*	*7,1*	*4,6*	*3,5*	*0,8*	*2,0*
Offizielle Währungsreserven, in Mrd.S [5] [8]	.	*47*	*138*	*18,9*	*10,0*	.
Verbraucherpreisindex, Ø 1966 = 100	47,9	115,0	298,6	375,4	397,7	405,9
Tariflohnindex, Ø 1966 = 100	32,4	131,1	507,6	716,9	770,5	786,4
Index der Industrieproduktion, Ø 1981 = 100 [6]	*19,2*	*68,3*	*133,4*	.	.	.
Produktion je Beschäftigten, Ø 1981 = 100 [6]	*25,7*	*66,4*	*153,3*	.	.	.
Produktionsindex, Ø 1995 = 100;2000=100	.	.	.	132,6	107,0	113,2 *)
Beschäftigtenindex, Ø 1995 = 100, 2000=100	.	.	.	96,8	*98,0*	97,7 *)
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	*617*	*833*	*949,7*	*1.104*	.
Brotgetreide, durchschnittlicher Ertrag pro ha, 100 kg	*16,5*	*28,5*	*48,4*	*43,2*	*42,4*	*57,5*
PKW- und Kombi-Bestand, in 1.000	48	1.197	2.991	4.097	4.054	4.109
Wohnfläche pro Einwohner, in m^2	.	*21,4* [7]	*32,1* [7]	*37,5*	*38,3*	.
Leistungsbilanzsaldo, in Mrd.S [8]	.	*-1,7*	*13,6*	*-5,4*	*-2,1*	*-0,3* *)

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

. = Keine Daten vorhanden. – [1]) Prognose bzw. Schätzung. – [2]) Volkszählung 1951. – [3]) Vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose). – [4]) Ab 1990 entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG, 2. Auflage); davor SNA 1968; ab 1995 gemäß ESVG 95. – [5]) Seit 1997 neues Konzept gemäß IWF. – [6]) Bruch in der Zeitreihe,seit 1995 neue Indizes im Sachgüterbereich. – [7]) Häuser- und Wohnungszählung 1971, 1981 bzw. 1991, Mikrozensus. – [8]) ab 2000 in Mrd. Euro. – [9]) Stand 1.1.2004. – [10]) 2003: Jahresdurchschnitt. – [11]) 2004: Durchschnitt 2. Quartal. – *) vorläufig.

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Länder	Brutto-inlands-produkt (BIP) je Einwohner 2003 in EUR[1]	Wirtschafts-Wachstum[2]		Anteil des Leistungsbilanz-saldos am BIP[3]		Einfuhr[4]		Ausfuhr[4]		Exportanteile[5] am BIP	
		2003	2004	2003	2004[6]	2002	2003	2002	2003	2002	2003
		in %				in Mrd. US-$				in %	
Belgien	*24.800*	*1,3*	*2,5*	*4,2*	*3,7*	198,0	234,8	215,8	255,1	*83,7*	*81,5*
Dänemark	*26.300*	*0,4*	*2,0*	*2,7*	*3,1*	49,3	56,4	56,2	65,7	*44,6*	*42,6*
Deutschland	*23.000*	*-0,1*	*1,6*	*2,3*	*3,3*	491,9	601,7	612,6	751,4	*36,1*	*36,1*
Estland	*9.900*	*5,1*	*6,2*	.	.	4,8	6,5	3,4	4,5	*74,1*	*75,0*
Finnland	*23.500*	*2,4*	*3,7*	*4,1*	*4,9*	33,6	41,6	44,7	52,5	*38,6*	*37,1*
Frankreich	*24.200*	*0,5*	*2,4*	*0,4*	*0,2*	311,1	369,7	312,0	366,1	*27,0*	*25,8*
Griechenland	*17.000*	*4,7*	*4,2*	*-6,5*	*-6,0*	31,2	44,4	10,3	13,2	*20,8*	*19,8*
Irland	*27.800*	*3,7*	*5,2*	*-1,4*	*-0,6*	51,5	53,2	87,4	92,4	*93,5*	*83,7*
Italien	*22.800*	*0,3*	*1,2*	*-1,4*	*-0,5*	246,5	292,3	254,1	293,6	*27,0*	*25,8*
Lettland	*9.000*	*7,5*	*8,5*	.	.	4,1	5,2	2,3	2,9	*41,1*	*42,3*
Litauen	*9.800*	*9,7*	*6,7*	.	.	7,5	9,7	5,2	7,0	*53,1*	*51,8*
Luxemburg	*44.400*	*2,9*	*4,0*	.	.	11,5	13,6	8,6	10,2	*143,6*	*137,4*
Malta	*15.700*	*-1,8*	*1,5*	.	.	2,8	.	2,2	.	*85,7*	*79,0*
Niederlande	*25.600*	*-0,9*	*1,4*	*2,9*	*4,2*	193,7	232,5	222,3	258,7	*62,8*	*61,5*
Norwegen	.	*0,4*	*3,2*	*12,9*	*14,2*	34,9	40,2	59,7	67,5	*41,1*	*41,3*
Österreich	***25.800***	***0,8***	***2,0***	***-0,5***	***-0,5***	**72,8**	**88,3**	**70,9**	**87,6**	***48,6***	***48,2***
Polen	*9.800*	*3,8*	*5,3*	.	.	55,1	68,0	41,0	53,5	*29,6*	*34,4*
Portugal	*15.900*	*-1,1*	*1,0*	*-5,1*	*-6,3*	38,3	40,8	25,5	30,6	*29,9*	*30,1*
Schweden	*24.600*	*1,5*	*3,5*	*6,4*	*7,4*	66,7	82,7	81,3	101,2	*44,1*	*43,8*
Schweiz	.	*-0,4*	*1,9*	*13,2*	*12,8*	79,1	92,0	83,9	97,1	*44,1*	*44,1*
Slowakei	*10.900*	*4,5*	*5,5*	.	.	16,6	22,6	14,5	22,0	*71,7*	*77,7*
Slowenien	*16.500*	*2,5*	*4,6*	.	.	10,9	13,9	10,4	12,8	*57,6*	*56,5*
Spanien	*20.400*	*2,5*	*2,6*	*-2,8*	*-4,2*	163,5	208,5	123,5	156,0	*28,7*	*27,8*
Tschech. Rep.	*14.600*	*3,7*	*4,0*	.	.	40,7	51,2	38,5	48,7	*61,5*	*62,4*
Ungarn	*13.000*	*3,0*	*4,0*	.	.	37,8	47,6	34,5	42,5	*64,0*	*62,0*
Vereinigtes Königreich	*25.400*	*2,2*	*3,1*	*-1,9*	*-2,2*	335,4	380,7	276,3	304,2	*26,2*	*25,4*
Zypern	*17.800*	*1,9*	*3,7*	.	.	4,1	4,5	0,8	0,9	*50,9*	*47,2*

Länder	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2003 in EUR[1]	Wirtschaftswachstum[2]		Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP[3]		Einfuhr[4]		Ausfuhr[4]		Exportanteile[5] am BIP	
		2003	2004	2003	2004[6]	2002	2003	2002	2003	2002	2003
		in %				in Mrd. US-$				in %	
EU 15	*23.300*	*0,8*	*2,2*	*0,2*	*0,4*	2306,6	2757,3	2401,4	2838,4	*35,1*	*34,2*
EU 25	*21.200*	*0,9*	*2,3*	.	.	.	.	.	.	*35,7*	*34.9*
Japan	.	*2,5*	*4,0*	*3,1*	*3,5*	337,2	382,9	416,7	471,8	*11,2*	*11,8*
Vereinigte Staaten	.	*3,0*	*4,4*	*-4,8*	*-5,7*	1202,0	1305,0	694,0	724,0	*9,6*	*9,5*
OECD insgesamt	.	.	.	*-1,2*	*-1,3*	.	.	.	.	.	.

[1]) Zu laufenden Preisen und KKP.Q: Eurostat – [2]) Veränderung des realen BIP zum Vorjahr.Q: OECD Economic Outlook, Eurostat – [3]) Q: OECD, OeNb, WIFO. – [4]) Generalhandel (Waren- inkl. Lagerverkehr) für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden, Vereinigtes Königreich, Japan und USA; sonst Spezialhandel (Waren- exkl. Lagerverkehr). Hochrechnung aus Monatsdurchschnittswerten lt.OECD. – [5]) Waren und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995. Q: Eurostat, New Chronos; Schweiz und OECD gesamt, Q: Main Economic Indicators. – [6]) Prognose. – *) Vorläufig

Anhang

Länder	Arbeitslosenquote[8]			Jugend-arbeits-losen quote[9]	Langzeit-arbeits-losen quote[10]	Steigerung des Verbraucherpreises[11] gegenüber Vorjahr				Anteil der Umweltschutz-ausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor[21]	
	1995	2003	2004	2003	2003	1995	2003	2004	HVPI 2004	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
	in %										
Belgien	*9,7*	*7,9*	*7,8*	*21,5*	*45,3*	*1,4*	*1,5*	*2,1*	*1,9*	*1,5*	*0,7*
Dänemark	*6,7*	*5,6*	*5,4*	*10,3*	*20,3*	*2,0*	*2,1*	*1,2*	*0,9*	.	*1,4*
Deutschland	*8,0*	*9,1*	*9,5*	*10,1*	*49,6*	*1,7*	*1,1*	*1,6*	*1,8*	*1,6*	*1,3*
Estland	.	*10,2*	*9,2*	*22,9*	*45,9*	.	*1,3*	*3,0*	*3,0*	.	.
Finnland	*15,4*	*9,0*	*8,9*	*21,8*	*25,0*	*0,8*	*0,9*	*0,2*	*0,1*	*0,8*	*0,5*
Frankreich	*11,3*	*9,5*	*9,6*	*20,2*	*37,3*	*1,7*	*2,1*	*2,1*	*2,3*	*1,7*	*1,0*
Griechenland	*9,2*	*9,7*	.	*26,3*	*55,0*	*8,9*	*3,5*	*2,9*	*3,0*	.	*0,5*
Irland	*12,3*	*4,6*	*4,5*	*8,3*	*31,8*	*2,6*	*3,6*	*2,1*	*2,3*	*0,6*	*0,4*
Italien	*11,5*	*8,5*	.	*27,0*	*57,5*	*5,3*	*2,7*	*2,2*	*2,3*	*0,8*	*0,7*
Lettland	.	*10,4*	*9,8*	*17,6*	*41,4*	.	*2,9*	*6,2*	*6,2*	.	.
Litauen	.	*12,7*	*10,8*	*27,2*	*48,0*	.	.	*1,3*	*1,1*	.	.
Luxemburg	*2,9*	*3,7*	*4,2*	*10,4*	*24,7*	*1,9*	*2,0*	*2,2*	*3,2*	.	*0,6*
Malta	.	*8,0*	*7,4*	*19,8*	*42,5*	.	.	*2,2*	*2,7*	.	.
Niederlande	*6,6*	*3,8*	*4,7*	*6,8*	*27,3*	*1,9*	*2,1*	*1,2*	*1,4*	*2,0*	*1,1*
Norwegen	*5,4*	*4,5*	.	*11,6*	*12,6*[24]	*2,5*	*2,5*	*0,5*	*0,6*	*1,2*	*0,4*
Österreich	***3,9***	***4,3***	***4,5***	***7,2***	***25,0***	***2,2***	***1,3***	***2,1***	***2,0***	***2,4***	***1,3***
Polen	.	*19,2*	*18,8*	*41,1*	*55,9*	.	*0,7*	*3,3*	*3,6*	.	.
Portugal	*7,3*	*6,2*	*6,7*	*7,3*	*34,6*	*4,2*	*3,2*	*2,3*	*2,5*	*0,8*	*0,5*
Schweden	*8,8*	*5,6*	*6,3*	*5,2*	*17,7*	*2,9*	*2,1*	*0,5*	*1,0*	*1,1*	*0,7*
Schweiz	*3,3*	*4,2*	*4,4*	*5,7*[24]	*21,6*[24]	*1,8*	*0,7*	*0,8*	.	.	*0,8*
Slowakei	.	*17,5*	*18,0*	*32,9*	*65,2*	.	*8,6*	*7,5*	*7,4*	.	.
Slowenien	.	*6,5*	*6,0*	*15,9*	*52,8*	.	*5,6*	*3,6*	*3,6*	.	.
Spanien	*18,8*	*11,3*	*10,8*	*22,7*	*34,9*	*4,7*	*3,0*	*3,1*	*3,1*	*0,8*	*0,6*
Tschech. Rep.	.	*7,8*	*8,3*	*18,6*	*48,7*	.	*0,2*	*2,8*	*2,6*	.	.
Ungarn	.	*5,8*	*5,9*	*13,1*	*41,1*	.	*4,6*	*6,8*	*6,8*	.	.
Vereinigtes Königreich	*8,5*	*5,0*	.	*12,3*	*21,5*	*3,4*	*2,9*	*3,0*	*1,3*	*0,7*	*0,4*
Zypern	.	*4,5*	*5,0*	*10,6*	*24,3*	.	*4,1*	*2,3*	*1,9*	.	.

Länder	Arbeitslosenquote[8]			Jugend-arbeits-losen quote[9]	Langzeit-arbeits-losen quote[10]	Steigerung des Verbraucherpreises[11] gegenüber Vorjahr				Anteil der Umweltschutz-ausgaben am BIP, frühe 2000er Jahre, öffentlicher und privater Sektor[21]	
	1995	2003	2004	2003	2003	1995	2003	2004	HVPI 2004	insgesamt	dar. öffentl. Sektor
	in %										
EU 15	*10,1*	*7,9*	*8,0*	*15,6*	*41,0*	*3,1*	*2,2*	*2,2*	.	.	.
EU 25		*9,1*	*9,0*	*18,2*	*44,4*	.	.	.	*2.0*	.	.
Japan	*3,1*	*5,3*	*4,7*	*9,9*	.	*-0,1*	*-0,3*	*0,0*	.	*1,4*	*0,6*
Vereinigte Staaten	*5,6*	*6,0*	*5,5*	*12,0*		*2,8*	*2,2*	*2,7*	.	.	.
OECD insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

[8]) In Prozent der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in Prozent aller Erwerbspersonen. Q: Eurostat, OECD, Main Economic Indicators, Japan u. USA: nach generellen Grundsätzen der ILO – Konzepte durch OECD für NICHT-EU-LÄNDER adaptiert. – [9]) 15-24jährige. – [10]) 12 Monate und länger. – [11]) Q: OECD; Nationale Indizes 1995-2004 Q: Stat.Ämter, Statistik Österreich, vorläufige Werte; HVPI 2004 Q: Eurostat, Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [21]) Q: OECD Environmental Indicators 2005 (draft). – [24]) 2002. – *vorläufig.

Länder	Effektive Arbeitszeit [22]	Erwerbstätigenquote [23]								Säuglingssterblichkeit [25]		Lebendgeborene		Sterbefälle	
												auf 1.000 Einwohner			
	2003	1995		2003				2003							
	Std./ Woche	m.	w.	m.			w.	m.	w.	1995	2003	1995	2003	1995	2003
Belgien	*37,8*	*66,9*	*45,0*	*67,3*	*51,8*	*73,4*	*80,2*	*75,1*[24]	*81,1*[24]	*6,1*	*4,3*	*11,4*	*10,8*	*10,5*	*10,3*
Dänemark	*37,8*	*79,9*	*66,7*	*79,6*	*70,5*	*72,7*	*77,8*	*74,9*	*79,5*	*5,1*	*4,4*	*13,3*	*12,0*	*12,1*	*10,7*
Deutschland	*40,9*	*73,7*	*55,3*	*70,9*	*59,0*	*73,3*	*79,7*	*75,5*	*81,3*	*5,3*	*4,2*	*9,4*	*8,7*	*10,8*	*10,4*
Estland	*40,5*	.	.	*67,2*	*59,0*	*61,7*	*74,3*	*65,3*[24]	*77,1*[24]	*14,8*	*6,8*	*9,1*	*9,8*	*14,1*	*13,5*
Finnland	*38,0*	*64,2*	*59,0*	*69,7*	*65,7*	*72,8*	*80,2*	*75,1*	*81,3*	*3,9*	*3,1*	*12,3*	*10,9*	*9,6*	*9,4*
Frankreich	*37,6*	*67,2*	*52,1*	*69,4*	*57,2*	*73,9*	*81,9*	*75,8*	*82,9*	*4,9*	*3,9*	*12,6*	*12,7*	*9,2*	*9,2*
Griechenland	*39,8*	*72,5*	*38,1*	*72,4*	*43,8*	*75,0*	*80,3*	*75,4*	*80,7*	*8,1*	*4,8*	*9,7*	*9,4*	*9,6*	*9,5*
Irland	*38,4*	*67,1*	*41,6*	*65,0*	*55,8*	*72,9*	*78,4*	*75,2*[24]	*80,3*[24]	*6,3*	*5,1*	*13,5*	*15,4*	*9,0*	*7,2*
Italien	*34,7*	*66,9*	*35,4*	*69,6*	*42,7*	*74,9*	*81,3*	*76,9*	*82,9*	*6,2*	*4,3*	*9,2*	*9,5*	*9,7*	*10,0*
Lettland	*43,1*	.	.	*66,1*	*57,9*	*60,8*	*73,1*	*65,5*	*76,8*	*18,5*	*9,4*	*8,6*	*9,0*	*15,5*	*13,9*
Litauen	*39,1*	.	.	*64,0*	*58,4*	*63,5*	*75,2*	*66,3*	*77,7*	*12,5*	*6,7*	*11,1*	*8,9*	*12,2*	*11,9*
Luxemburg	*39,1*	*74,4*	*42,6*	*73,3*	*52,0*	*73,0*	*80,2*	*74,9*[24]	*81,5*[24]	*5,5*	*4,9*	*13,2*	*11,8*	*9,3*	*9,0*
Malta	*35,2*	.	.	*74,5*	*33,6*	*74,9*	*79,5*	*75,9*[24]	*81.0*[24]	*8,7*	*5,9*	*12,5*	*10,1*	*7,3*	*7,9*
Niederlande	*38,6*	*75,3*	*53.8*	*80,9*	*65,8*	*74,6*	*80,4*	*76,1*	*80,8*	*5,5*	*4,8*	*12,3*	*12,4*	*8,8*	*8,7*
Norwegen	*38,8*	.	.	*77,3*[24]	*73,8*[24]	*74,8*	*80,8*	*77,0*	*81,9*	*4,0*	*3,4*	*13,8*	*12,4*	*10,4*	*9,3*
Österreich	***40,8***	***78,5***	***59,0***	***75,8***	***62,8***	***73,6***	***80,1***	***75,9***	***81,6***	***5,4***	***4,5***	***11,0***	***9,5***	***10,1***	***9,5***
Polen	*41,3*	.	.	*56,5*	*46,0*	*67,6*	*76,4*	*70,5*	*78,9*	*13,6*	*7,0*	*11,2*	*9,2*	*10,0*	*9,6*
Portugal	*39,5*	*73,5*	*54,4*	*74,1*	*60,6*	*71,2*	*78,6*	*74,0*	*80,5*	*7,5*	*4,0*	*10,8*	*10,8*	*10,5*	*10,4*
Schweden	*38,3*	*73,1*	*68,8*	*74,2*	*71,5*	*76,2*	*81,4*	*77,9*	*82,4*	*4,1*	*2,8*	*11,7*	*11,1*	*10,6*	*10,4*
Schweiz	*42,4*[24]	.	.	*78,9*[24]	*70,6*[24]	*75,3*	*81,7*	*77,8*[24]	*83,0*[24]	*5,0*	*4,3*	*11,7*	*9,8*	*9,0*	*8,6*
Slowakei	*40,5*	.	.	*63,3*	*52,2*	*68,4*	*76,4*	*69,9*[24]	*77,8*[24]	*10,9*	*7,9*	*11,5*	*9,6*	*9,8*	*9,7*
Slowenien	*41,3*	.	.	*67,4*	*57,6*	*70,8*	*78,3*	*72,7*[24]	*80,5*[24]	*5,5*	*4,0*	*9,5*	*8,7*	*9,5*	*9,7*
Spanien	*38,8*	*62,5*	*31,7*	*73,2*	*46,0*	*74,3*	*81,5*	*77,2*	*83,7*	*5,5*	*3,2*	*9,3*	*10,4*	*8,8*	*9,2*
Tschech. Rep.	*41,4*	.	.	*73,1*	*56,3*	*69,7*	*76,7*	*72,0*	*78,5*	*7,7*	*3,9*	*9,3*	*9,2*	*11,4*	*10,9*
Ungarn	*40,9*	.	.	*63,5*	*50,9*	*65,3*	*74,5*	*68,4*[24]	*76,7*[24]	*10,6*	*7,3*	*11,0*	*9,3*	*14,2*	*13,4*
Vereinigtes Königreich	*40,1*	*75,1*	*61,7*	*78,1*	*65,3*	*74,0*	*79,2*	*76,2*	*80,7*	*6,2*	*5,3*	*12,5*	*11,7*	*11,0*	*10,3*
Zypern	.	.	.	*78,8*	*60,4*	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Länder	Effektive Arbeitszeit [22]	Erwerbstätigenquote [23]								Säuglingssterblichkeit [25]		Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner		Sterbefälle auf 1.000 Einwohner	
	2003	1995		2003				2003		1995	2003	1995	2003	1995	2003
	Std./Woche	m.	w.	m.			w.	m.	w.						
EU 15	*39,1*[24]	*70,5*	*49,7*	*72,6*	*56,0*	*73,9*	*80,4*	*75,8*[24]	*81,6*[24]	*5,6*	*4,6*[16]	*10,8*	*10,6*[16]	*10,0*	*9,5*[16]
EU 25	.	.	.	*70,8*	*55,1*	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Japan	.	.	.	.	.	*75,9*[13]	*81,9*[13]	*77,6*	*84,3*	*4,6*[13]	*3,3*	*10,0*[13]	*9,6*	*6,7*[13]	*8,6*
Vereinigte Staaten	.	.	.	.	.	*71,8*[13]	*78,8*[13]	*74,4*	*80,0*	*9,2*[13]	*6,8*	*16,7*[13]	*14,1*	*8,6*[13]	*8,4*
OECD insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

[22]) Q: Eurostat, New Cronos, 2003, Arbeitnehmer, Stunden auf Vollzeitbasis. – [23]) Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15–64 Jahren, Q: Eurostat, New Cronos, Labour-Force-Survey. – [24]) 2002. – [25]) Im 1. Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene. – [13]) 1990. – [16]) 2001 *) vorläufig

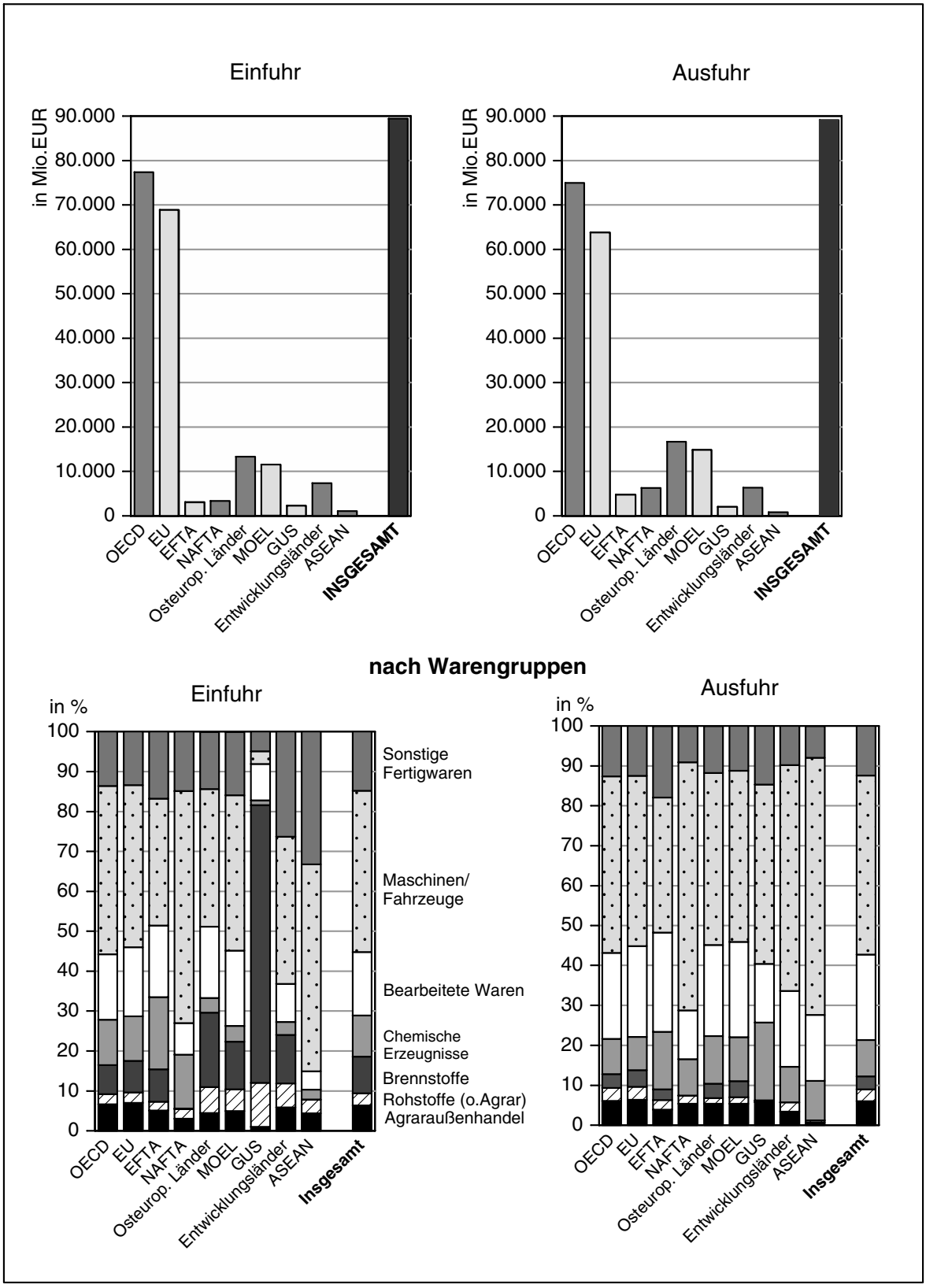
Länder	Studenten im Tertiärbereich[27]		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP[32]		Anteil der Gesundheits-ausgaben am BIP[27]		Anteil der Bruttoinlandsaus-gaben für F & E am BIP[28]		Anteil der Verteidigungs-ausgaben am BIP[29]		Anteil der Budgets der Außenministe-rien am Gesamt-budget 2004[30]	
	1995	2002	1995	2002	1995	2002	1995	2002	1995	2002	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.		in %									
Belgien	*3.481*	*3.560*	*5,0*	*6,3*	*8,7*	*9,1*	*1,72*	*2,24*	*1,6*	*1,3*	*2,00*	*0,38*
Dänemark	*3.255*	*3.637*	*7,7*	*8,5*	*8,2*	*8,8*	*1,84*	*2,52*	*1,7*	*1,6*	*3,00*	*0,40*
Deutschland	*2.644*	*2.620*	*4,7*	*4,8*	*10,6*	*10,9*	*2,26*	*2,53*	*1,7*	*1,5*	*0,84*	*0,33*
Estland	.	*4.455*	*5,8*	*5,7*	.	.	.	.	*1,0*	*1,9*	*0,94*	*0,77*
Finnland	*4.021*	*5.463*	*6,9*	*6,4*	*7,5*	*7,3*	*2,29*	*3,46*	*1,5*	*1,2*	*2,00*	*0,47*
Frankreich	*3.589*	*3.419*	*6,0*	*5,8*	*9,6*	*9,7*	*2,31*	*2,26*	*3,1*	*2,5*	*1,25*	*0,44*
Griechenland	*2.838*	*4.825*	*2,9*	*3,4*	*8,9*	*9,5*	*0,49*	*0,65*[16]	*4,3*	*4,3*	*0,93*	*0,45*
Irland	*3.374*	*4.521*	*5,5*	*5,5*	*7,2*	*7,3*	*1,34*	*1,13*[16]	*1,0*	*0,7*	*1,64*	*0,42*
Italien	*3.129*	*3.253*	*4,9*	*4,8*	*7,4*	*8,5*	*1,00*	*1,17*[16]	*1,8*	*2,1*	*0,34*	*0,24*
Lettland	.	*4.711*	*6,3*	*5,8*	.	.	.	.	*1,0*	*1,8*	*0,81*	*0,70*
Litauen	.	*4.281*	*5,1*	*5,9*	.	.	.	.	*0,5*	*1,8*	*1,20*	.
Luxemburg	.	*668*	*4,3*	*4,0*	*6,4*	*6,2*	.	*1,71*[12]	*0,8*	*0,9*	*3,94*	*0,83*
Malta	.	*1.839*	.	*4,5*	.	.	.	.	*1,0*	*0,9*	*1,23*	.
Niederlande	*3.261*	*3.172*	*5,0*	*5,1*	*8,4*	*9,1*	*1,99*	*1,88*[16]	*1,9*	*1,6*	*7,00*	*0,49*
Norwegen	*3.978*	*4.356*	*7,5*	*7,6*	*8,0*	*8,7*	*1,71*	*1,67*	*2,4*	*2,1*	*2,30*	*0,27*
Österreich	***2.910***	***2.774***	***6,2***	***5,7***	***8,2***	***7,5***	***1,56***	***2,19***	***0,9***	***0,8***	***0,54***	***0,31***
Polen	.	*4.985*	*5,1*	*5,6*	*5,6*	*6,1*	*0,65*	*0,59*[16]	*2,1*	*1,9*	*0,28*	.
Portugal	*3.002*	*3.812*	*5,4*	*5,8*	*8,3*	*9,3*	*0,57*	*0,94*	*2,6*	*2,1*	*0,70*	*0,63*
Schweden	*2.789*	*4.297*	*7,5*	*7,7*	*8,1*	*9,2*	*3,46*	*4,27*[16]	*1,9*	*1,8*	*3,30*	*0,38*
Schweiz	*2.111*	*2.344*	*5,7*	*5,8*	*10,0*	*11,2*	*2,66*[15]	*2,57*[12]	*1,4*	*1,1*	*3,70*	*0,80*
Slowakei	.	*2.829*	*5,0*	*4,4*	.	*5,7*	*0,93*	*0,58*	*3,3*	*1,9*	*0,96*	*0,70*
Slowenien	.	*4.976*	.	*6,0*	.	.	*1,59*	*1,53*	*1,8*	*1,5*	*0,91*	*0,54*
Spanien	*3.896*	*4.487*	*4,7*	*4,4*	*7,7*	*7,6*	*0,81*	*1,03*	*1,5*	*1,2*	*0,67*	.
Tschech. Rep.	.	*2.787*	*4,6*	*4,4*	*7,3*	*7,4*	*1,01*	*1,30*	*1,8*	*2,1*	*0,55*	*0,28*
Ungarn	.	*3.483*	*5,4*	*5,5*	*7,5*	*7,8*	*0,73*	*1,02*	*1,6*	*1,8*	*0,90*	*0,56*
Vereinigtes Königreich	*3.100*	*3.778*	*5,0*	*5,3*	*7,0*	*7,7*	*1,98*	*1,87*	*3,0*	*2,4*	*0,35*	*0,23*
Zypern	.	*1.974*	*4,8*	*6,8*	.	.	.	.	*2,3*	*1,6*	*1,13*	*0,99*

Länder	Studenten im Tertiärbereich[27]		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP[32]		Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP[27]		Anteil der Bruttoinlandsausgaben für F & E am BIP[28]		Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP[29]		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2004[30]	
	1995	2002	1995	2002	1995	2002	1995	2002	1995	2002	insges.	operativ
	auf 100.000 Einw.		in %									
EU 15	*3.174*	*3.483*	*5,2*	*5,2*	*8,1*	*8,3*[16]	*1,81*	*1,95*	.	.	.	.
EU 25	.	.	.	.	.	.	*1,72*	*1,86**	.	.	.	.
Japan	*3.120*	*3.116*	*3,5*	*3,6*	*7,0*	*7,8*[16]	*2,69*	*3,12*	*0,9*	*1,0*	*0,93*	*0,68*
Vereinigte Staaten	*5.456*	*5.532*	*4,9*	*5,4*	*13,3*	*14,6*	*2,51*	*2,66*[*]	*3,8*	*3,4*	*1,02*	*0,22*
OECD insgesamt	.	.	.	*4,8*[16]	*7,9*	*8,2*[16]	*2,11*	*2,26*[*]	.	.	.	.

[12] 2000. – [14] incl. internat. Organisationen. – [15] 1992. – [16] 2001 – [27] Q: OECD., Eurostat – [28] Q: OECD, MSTI 2003, USA ohne Investitionsausgaben, z.T. OECD bzw. nationale Schätzungen; – [29] Q: SIPRI 2004. – [30] Q: BmaA. – [32] Q: Eurostat. – [33] incl. Ausgabenbereich Asyl und Migration. – *) vorläufig.

Anhang

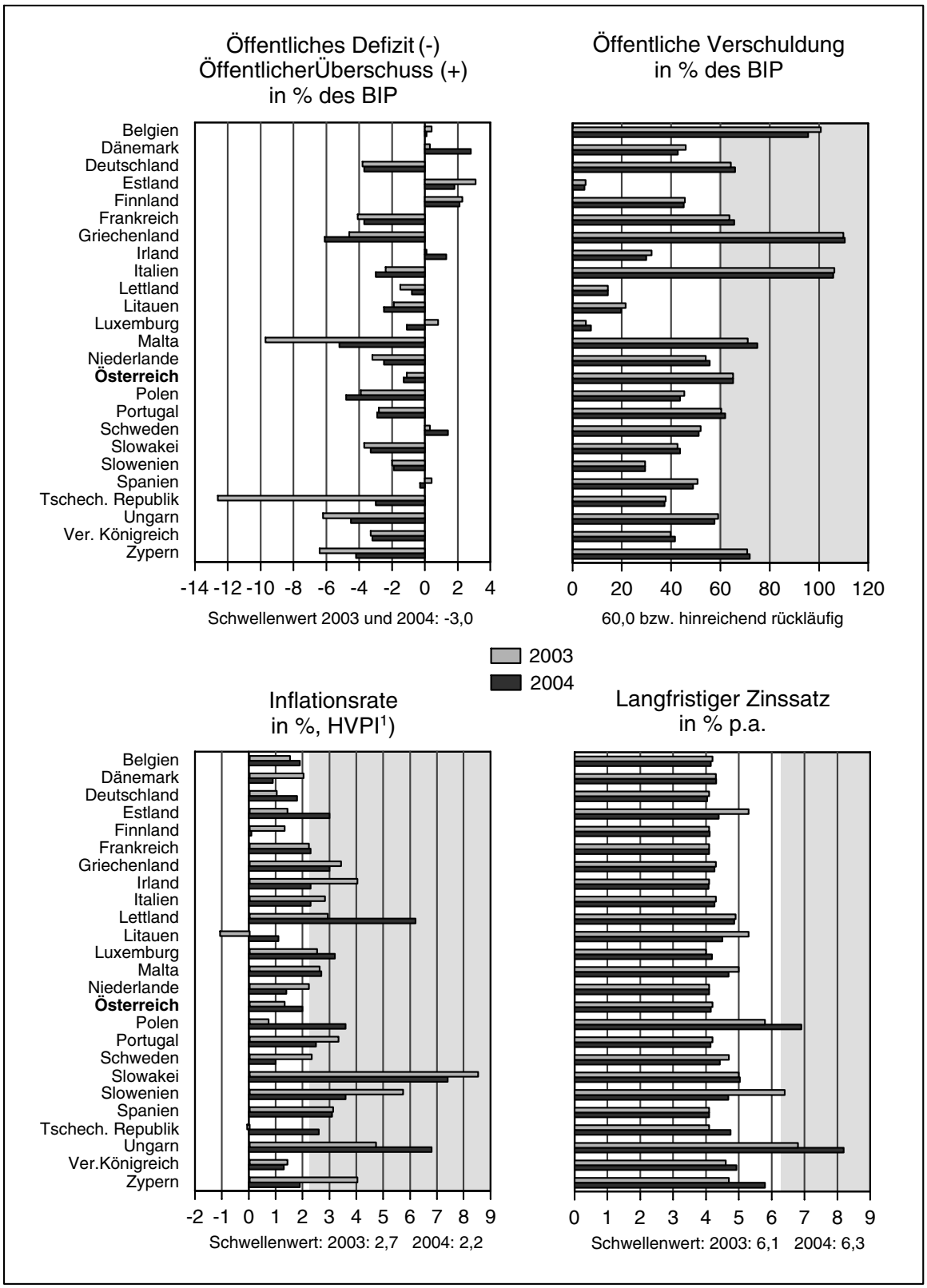
Außenhandel 2004 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



Quelle sowie Grafik: STATISTIK AUSTRIA; vorläufige Werte

Wirtschafts- und Sozialstatistik – internationaler Vergleich

Konvergenzkriterien gemäß "Maastrichter Vertrag" 2003 und 2004



Q: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung - Mitteilungen der EU-Länder an die Kommission vor dem 1.3.2005; Inflationsrate - EUROSTAT; langfristiger Zinssatz - OeNB. - [1]) Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II.

Sachindex

Abchasien 85
Abrüstung 22, 23, 137, 138, 144, 164, 315
– Antipersonenminen 53, 82, 88, 167, 168, 180
– Ausfuhrkontrolle 168
– Außenhandelsgesetz 168
– Ballistische Raketen 167
– Besonders verletzende Waffen 168
– BTWK 166, 167
– CCWC 168
– CTBT 45, 138, 165
– CWK 45, 166
– Entminung 22, 76, 123, 237
– Exportkontrollregime 169
– Genfer Abrüstungskonferenz 165
– Haager Verhaltenskodex 138, 167
– KLW 83, 88, 139, 168
– Kriegsmaterialgesetz 168
– MANPADS 88, 138, 157
– Massenvernichtungswaffen 23, 45, 51, 55, 62, 144, 164
– MTCR 169
– NPT 45, 137, 160, 161, 164
– NSG 169
– OPCW 166, 236, 367
– Ottawa-Konvention 53, 88, 167
– Wassenaar Arrangement 169, 368
– Zangger-Komitee 169
Aceh 77
AEMM 79
Afghanistan 23, 73, 75, 81, 83, 123, 127, 128, 130, 134, 142, 146, 151, 172, 178, 182, 185–188, 194, 234, 237, 353
Afrikanische Union 64, 65
AFTA 78
Agadir-Prozess 49
Ägypten 28, 46, 48, 49, 137, 138, 166, 191, 237, 238, 243, 259, 260, 328, 332, 353, 367
AKP 68, 80, 130, 131, 250
Albanien 33, 35, 36, 121, 125, 126, 135, 166, 168, 189, 219, 238, 239, 353, 373, 374
Algerien 28, 44, 48, 144, 239, 353, 365
Alpenkonvention 101
Andengemeinschaft 61–63
Andorra 240, 328, 353
Angola 65, 144, 234, 240, 353
Antigua und Barbuda 235, 240, 353
Antiterror-Koalition 73
AÖWB 109
Äquatorialguinea 234, 240, 353
Arabische Liga 48, 50
Argentinien 58, 61, 109, 144, 176, 241, 310, 344, 353, 364, 367
Armenien 28, 39, 40, 90, 92, 93, 95, 214, 235, 241, 242, 353, 373, 374
Armutsbekämpfung 59, 62, 78, 115, 118, 121, 124, 125, 136, 139, 151, 162, 197, 200, 303, 304, 334
Arusha 69, 119, 371
ASEAN 76, 78, 79, 271
ASEF 350
ASEM 78, 350, 351
Aserbaidschan 28, 39, 40, 90, 92, 93, 95, 235, 242, 353, 373, 374
Asyl- und Einwanderungspolitik 19
Äthiopien 65, 67, 118, 125, 128, 135, 150, 210, 243, 259, 260, 328, 353
Aufnahme in den auswärtigen Dienst 224
Ausfuhrkontrolle 168
Auslandskulturpolitik 203, 204, 207, 213, 217
AuslandsösterreicherInnen 104, 109, 110, 212
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates 379
Außenpolitische Bibliothek 228
Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates 377
Australien 79, 109, 193, 243, 244, 261, 284, 297, 300, 303, 304, 309, 318, 336, 341, 345, 353
Autonomieentwicklung 99

Bahamas 187, 235, 244, 353
Bahrain 43, 50, 244, 353
Balkan 3, 22, 24, 35, 53, 82, 91, 93, 97, 121, 130, 182, 316
Bangladesch 178, 233, 244, 245, 353
Barbados 55, 235, 245, 353
Basler Abkommen 201
Belarus 23, 28, 37–39, 42, 83, 84, 88, 90, 93, 176, 177, 234, 245, 353, 373
Belgien 142, 214, 246, 258, 294, 353, 372
Belize 234, 247, 353

Sachindex

Benin 71, 144, 234, 247, 353
Berg-Karabach 83, 373
Beschäftigung 10, 13, 14, 121, 122, 139, 182, 213, 251
Beslan 41, 132, 317
Bhutan 120, 125, 126, 194, 233, 247, 248, 335, 353
Bildende Kunst 208
Bildung 18, 29, 36, 42, 62, 117, 118, 121, 122, 125, 126, 145, 152, 159, 164, 177, 179, 182, 184, 196, 218, 238, 243, 250, 251, 265, 267, 281, 288, 291, 305, 308, 323, 336, 340, 341, 343, 349, 351
Binnenvertriebene 134, 177, 183
Biotechnologie 154, 197
Bohunice 2
Bolivien 62, 188, 234, 249, 353
BOMCA 73, 75, 282, 283, 334, 344
Bosnien und Herzegowina 23, 24, 27, 33–35, 82, 84, 95, 121, 147, 151, 168, 249, 373
Botsuana 66, 68, 235, 250, 353
Brasilien 58, 61, 109, 129, 138, 144, 169, 187, 193, 197, 250, 353, 363
Brunei 78, 107, 233, 251, 353
Bulgarien 1, 2, 4, 17, 81, 122, 218, 251, 288, 353, 369, 370
Burgenländische Gemeinschaft 110
Burkina Faso 71, 117, 124, 234, 251, 252, 353
Burundi 65, 69, 118, 119, 128, 149, 150, 152, 233, 252, 341, 353

Cancún 57, 193, 194, 299
CARICOM 61, 62
CBD 200
CEEPUS 311
CERN 215, 321, 322, 369
Chile 62–64, 138, 141, 144, 180, 208, 232, 249, 252, 253, 260, 310, 353, 365
China 19, 23, 55, 62, 65, 66, 72, 76, 78, 144, 158, 159, 169, 173, 174, 176, 186, 253, 254, 285, 301, 353
CICP 191
CITES 201, 364
CND 187, 188, 190
Communicating Europe 221
Cook Inseln 304
Costa Rica 62, 142, 232, 255, 353
Côte d'Ivoire 65, 66, 70, 105, 117, 149, 150, 247, 251, 252, 255, 265, 292, 306, 324, 336
Cotonou 65, 69, 71, 80, 131, 173, 247

DAC 117, 124, 196, 197
Dänemark 1, 144, 151, 179, 197, 255, 256, 273, 353, 365, 369
Danube Declaration 103
Darfur 65–67, 132, 134–136, 148, 176, 184
Deutsch als Fremdsprache 214, 278, 351
Deutschland 6, 26, 44, 87, 101, 105, 108–110, 144, 146, 147, 213, 256, 258, 289, 312, 328, 343, 344, 348, 350, 353, 364, 366, 369
DienststellenleiterInnen 232
Diplomatische Akademie 225, 340, 362
Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich 358
Doha-Runde 64, 139, 193, 194
Dominica 235, 259, 353
Dominikanische Republik 235, 259, 354
Donaukommission 102, 236, 369
Donauraumkooperation 102
Donauschifffahrt 102
Donauschutzübereinkommen 103
Dschibuti 232, 259, 354

EAC 66
EACA 79
EAPC 40, 73, 81–83, 339, 369
Ecuador 61, 62, 259, 354
El Salvador 116, 117, 232, 260, 354
ELAK 228
Enduring Freedom 75
Eritrea 67, 150, 232, 260, 354
ESA 215, 216, 369
Estland 1, 81, 187, 260, 261, 354
EU-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates 379
Europäische Union 1, 130
– Acquis 45, 352
– Aktionsplan gegen den Terrorismus 21
– Allgemeiner Korrekturmechanismus 13
– Antiterrorismus-Koordinator 21
– Assoziationsabkommen 45, 49, 63, 64
– Asyl- und Migrationspolitik 20
– Ausschuss der Regionen 11

Sachindex

– Außengrenzschutzagentur 20
– Barcelona-Prozess 45, 48, 49
– Beitragskonferenz 26, 27
– Beitrittsakte 2
– Beitrittsvertrag 2
– Beschäftigungswachstum 12
– Binnenmarkt 12, 14
– CARDS 35, 218, 298
– CEATS 16
– Charta der Grundrechte 7
– Dienstleistungsrichtlinie 14
– ECAP 26
– ECHO 133, 334
– ECSEE 17, 36
– EEF 80
– EIB 49, 63, 80, 372
– Einheitlicher Europäischer Luftraum 16
– Einreisesperren 23
– Emissionshandelsrichtlinie 16
– Energie 17, 29, 36, 40, 74, 80
– Energiefazilität 130
– Erkundungsmission 25
– Erweiterung 1, 7, 9, 10, 15, 42, 57, 96, 152, 203, 205, 208, 212, 217, 220, 257, 267, 277, 312, 317, 320, 326
– EUFOR-ALTHEA 23, 24, 27, 28, 33, 53, 81, 98, 147, 151, 249
– EuGH 7, 8, 9, 11, 15, 56
– EuGI 9, 11
– EUJUST THEMIS 23–25, 40
– EU-LAC 58, 60, 63, 197
– EUMETSAT 216, 369
– EU-Perspektive 35
– EUPM 24, 28, 147, 249, 374
– EUPOL 23, 24, 28, 37
– EURATOM-Vertrag 6
– EUREKA 19, 369
– Europäische Energiecharta 17
– Europäische Nachbarschaftspolitik 9, 28
– Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik 23
– Europäische Verteidigungsagentur 26
– Europäisches Parlament 9
– EUROPOL 21, 369
– Finanzielle Vorausschau 13
– Flüchtlingsfragen 186
– Forschung 18, 19, 26, 29, 96, 129
– Gemeinsame Aktion 23
– Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik 22
– Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 8
– Haager Programm 19, 22, 107
– ITER 19
– JREC 17
– Justiz und Inneres 2, 3, 19, 20, 22, 29, 37, 74, 107
– Konvent 6, 267
– Konvergenzkriterien 1
– Lissabon-Strategie 13, 14, 18, 19
– MEDA 4, 29, 49, 218
– Menschenrechte 3, 27, 37, 42, 48, 49, 53, 60, 66, 74, 75, 77, 79, 91, 93, 170–174, 179
– NAPincl 14
– Planungsziel 2010 25
– Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 29
– Regierungskonferenz 4, 5, 7, 8, 267
– SAA 35, 238
– Salzburg Gruppe 20, 258, 263, 312, 337, 338
– SAP 35, 36, 84
– Schengen 1, 20, 98, 228, 246, 305
– Sperre von Konten 23
– TACIS 29, 41, 218, 241, 317
– TEN 15
– Transit 11, 17
– Twinning 4, 36, 287
– Umweltpolitik 16
– Verfassungsvertrag 6–9, 26, 221, 267, 275
– Vertragsverletzungsverfahren 9
– Vorabentscheidungsverfahren 9
– Waffenembargo 23
– Wasserfazilität 130
– Wegekostenrichtlinie 15
– Weißbuchprozess 18
– Wirtschafts- und Sozialausschuss 11
– Wirtschafts- und Währungsunion 12
– Wochenend- und Nachtfahrverbot 15

Europarat 90, 95, 179, 236, 301

Fidschi 80, 232, 261, 354, 367
Finnland 8, 151, 183, 260, 261, 291, 293, 354
Flüchtlings- und Migrationspolitik 186
Flutkatastrophe 77, 184
Frankophonie 71

Sachindex

Frankreich 44, 45, 54, 105, 109, 144, 151, 162, 207, 247, 262–264, 301, 312, 354, 366, 367, 369, 370, 372
Frauenanteil 226
Frauenförderung 123
Frauenfragen 140, 154, 178, 272
Frauenrechte 75, 176, 181, 237
Freihandelsabkommen 44, 50, 57, 61
Freihandelszone 48, 49, 57, 64
Friedensabkommen von Algier 67

Gabun 136, 234, 264, 354
Gacaca 69, 315
Gambia 234, 264, 354
Gazastreifen 47, 146, 308
GCC 43, 50
Geldwäsche 198, 237
Genfer Flüchtlingskonvention 134, 187
Genozid 69
Georgien 23–25, 28, 39, 41, 74, 83, 85, 88, 90–93, 235, 264, 354, 373, 374
Ghana 71, 234, 255, 265, 354, 357, 363
Globalisierung 127, 139, 152, 155, 189, 204
Golan 47, 333
Grenada 62, 235, 265, 354, 371
Grenzübergänge 107, 108, 338
Grenzverkehr 107, 108
Grenzverträge 108
Griechenland 8, 110, 144, 180, 265, 352, 354, 365
Großbritannien 1, 44, 45, 54, 87, 109, 144, 146, 147, 151, 178, 197, 210, 214, 266, 267, 354, 369, 370, 372
Guatemala 60, 116, 117, 232, 255, 260, 267–269, 304, 354
Guinea 66, 70, 71, 117, 152, 234, 240, 268, 354
Guinea-Bissau 66, 70, 117, 152, 234, 268, 354
GUS 42, 84, 85, 218, 317
Gute Regierungsführung 119
Guyana 62, 235, 268, 354

Haager Gipfel 42
Haiti 61, 62, 150, 152, 235, 269, 354
Hauptausschuss des Nationalrates 5, 12, 376
Heiliger Stuhl 233, 269, 318, 354
Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen 105
HIPC 117, 118, 119
HIV/AIDS 55, 93, 117, 119, 122, 127, 128, 130, 159, 160, 178, 187, 189, 190, 324
Honduras 232, 269, 354
Hongkong 107, 211, 232, 253, 254
Honorarkonsulate 223, 247, 261, 301, 331
Humanitäre Hilfe 132, 133

IAEO 72, 160, 161, 164, 236, 271, 367
ICAO 157, 280, 365
ICRW 201
ICTY 3, 23, 30–33, 35, 147, 192, 227, 305, 371, 374
IEA 198, 367
IFAD 157, 372
IGAD 65, 67, 148
IKRK 132, 134, 368
ILO 131, 152, 155, 365
Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten 223
Indien 62, 66, 76, 112, 164, 166, 186, 193, 205, 244, 247, 248, 270, 296, 303, 312, 329, 354
Indonesien 77, 78, 112, 172, 270, 271, 335, 354, 368
IOM 187, 359–361, 367
IPNP 221
Irak 22, 25, 42, 44–47, 50, 52, 53, 55, 73, 81, 123, 124, 127, 130, 135, 136, 142, 144, 146, 159, 161, 177, 182, 185, 186, 194, 271, 354
Iran 22, 43, 44, 52, 161, 174, 178, 237, 271, 272, 354
Irland 6, 8, 55, 87, 138, 151, 157, 180, 273, 354, 369
ISAF 75, 81, 82, 146, 151, 237, 374
Island 218, 232, 273, 354
Israel 28, 29, 42, 46, 47, 48, 137, 146, 164, 166, 169, 204, 212, 214, 250, 274, 275, 312, 326, 354
IStGH 53, 69, 144, 172, 191, 192, 371
Italien 106, 109, 110, 143, 151, 201, 213, 218, 275–277, 312, 318, 327, 348, 350, 354, 365, 368
IWC 201
IWF 57, 59, 63

Jamaika 235, 277, 354
Japan 19, 55, 66, 72, 73, 76, 78, 107, 139, 144, 207, 277, 278, 354, 365, 366, 371

Sachindex

Jemen 43, 234, 278, 354
Jordanien 4, 28, 29, 46, 48, 49, 137, 179, 180, 271, 279, 354, 374
Jugendzusammenarbeit 211

Kambodscha 78, 176, 194, 235, 279, 354
Kamerun 234, 280, 354
Kanada 53, 54, 57, 66, 67, 82, 107, 134, 137, 151, 177, 180, 197, 214, 277, 280, 281, 350, 354, 363, 368, 371, 372
Kap Verde 117, 118, 126, 128, 132, 139, 234, 281, 354
Kasachstan 42, 73–75, 88, 235, 281, 282, 354, 373
Katar 43, 233, 282, 354
Katastrophenhilfe 132, 245, 374
Kenia 67, 70, 118, 119, 128, 252, 282, 283, 285, 315, 324, 334, 341, 354
Kernenergie 17, 138, 160
KFOR 81, 82, 151, 374
KGRE 95
Kirgisistan 73, 74, 86, 235, 283, 284, 354
Kiribati 80, 232, 284, 354
KKW 100, 101
Kolumbien 59, 62, 176, 188, 189, 260, 284, 309, 354
Konfliktprävention 122–124, 178, 257
Konsularfragen 104
Konsularische Zusammenarbeit 106
Korruptionsbekämpfung 2, 25, 61, 89
Kosloduj 2
Kosovo 30–32, 34, 81, 84, 90, 94, 96, 97, 122, 136, 147, 151, 323, 373
Kroatien 1, 3, 30, 35, 36, 88, 121, 168, 209, 212, 218, 287–289, 355, 373, 374
Kuba 60, 176, 177, 289, 355
Kulturabkommen 218, 288, 328
Kulturelle Förderungen 211
Kuwait 43, 50, 233, 244, 282, 290, 355
Kyoto-Protokoll 16, 42, 139, 199, 201, 253

Ländliche Entwicklung 124, 252, 260, 268, 304, 314, 322
Laos 78, 188, 235, 290, 355
Lehrstühle 213, 214
LektorInnen 215, 239, 251, 289, 299
Lesotho 235, 291, 355
Lettland 1, 81, 105, 291, 293, 355
Libanon 4, 28, 46, 48, 166, 291, 355
Liberia 66, 70, 71, 117, 128, 150, 176, 292, 355
Libyen 23, 28, 45, 48, 166, 187, 292
Liechtenstein 97, 98, 218, 293, 355
Litauen 1, 2, 81, 151, 293, 294, 348, 355
Luxemburg 179, 217, 233, 258, 294, 355

Macao 107, 253, 254
Madagaskar 235, 295, 355
Malawi 172, 234, 295, 355
Malaysia 78, 128, 251, 295, 355
Malediven 139, 233, 296, 355
Mali 180, 184, 234, 252, 296, 355
Malta 1, 107, 137, 195, 296, 355
Marokko 16, 28, 29, 44, 48, 49, 133, 205, 214, 251, 255, 264, 268, 281, 296, 297, 298, 322, 355, 367, 371
Marshall Inseln 297
Mauretanien 233, 298, 355
Mauritius 66, 139, 235, 298, 355
Mazedonien 23, 24, 34, 35, 37, 83, 84, 121, 125, 205, 298, 355, 373
MCDU 133
Medien 41, 74, 87, 90, 93, 112, 134, 156, 184, 209, 210, 213, 220, 299, 348
Melker Prozess 100
Menschenrechte 3, 27, 37, 42, 48, 49, 53, 60, 66, 75, 77, 79, 83, 85, 86, 91–94, 119, 124, 128, 136, 140, 156, 159, 170, 171, 173, 175–177, 179–181, 184, 185, 243, 252, 268, 292, 311, 315, 331
– Binnenvertriebene 68, 134, 170, 177, 183, 184, 186
– Charta der Grundrechte 7
– COHOM 170, 173
– CPT 172
– EGMR 179
– EIDHR 171, 172
– EMRK 91, 94, 171, 179
– EU-Jahresbericht 172
– EU-Menschenrechtsforum 171
– Europäische Menschenrechtsagentur 172
– EU-Wahlbeobachtungsmissionen 172
– Flüchtlingsfragen 141, 186
– Folter 171, 172, 185
– Frauenrechte 75, 176, 181, 237
– FSK 178

Sachindex

– Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel 180
– Humanitäres Völkerrecht 185
– Jugendgerichtsbarkeit 177
– Kampf gegen Rassismus 182
– Kinder in bewaffneten Konflikten 180, 181
– Kinderrechte 176, 177, 180, 181
– Menschenhandel 36, 82, 85–87, 91, 92, 170, 191, 316
– Menschenrechtsbildung 170, 175, 177, 178, 180, 181, 184
– Menschenrechtsdialog 173, 174, 175
– Menschenrechtskommission 171, 175, 321
– Menschenrechtsländerblätter 172
– Minderheitenschutz 183
– MRK 170, 171, 175, 177, 178, 181, 183
– Netzwerk Menschliche Sicherheit 180, 296
– Todesstrafe 74, 170–172, 174, 176, 177
– Verbot des menschlichen Klonens 142
– Völkermord 148, 176
MERCOSUR 58, 61–64
Mexiko 57, 58, 60, 62, 63, 138, 191, 193, 209, 210, 234, 247, 255, 260, 267, 269, 289, 299, 300, 304, 309, 310, 355
Mikronesien 80, 232, 300, 355
Minderheiten 3, 32, 34, 87, 93, 124, 170, 177, 183, 267
Ministerkomitee 90, 92–94, 95, 179, 183, 211
Mobilitätsprogramme 215
Moldau 23, 28, 29, 37, 38, 83, 84, 88, 90, 91, 122, 234, 300, 355, 373
Monaco 90, 211, 232, 300, 301, 355
Mongolei 203, 232, 301, 355
MOP-1 200
Mosambik 66, 68, 119, 126, 168, 172, 197, 234, 301, 302, 355
Musikprojekte 204, 205
Myanmar 77, 78, 176, 178, 188, 235, 302, 355

Nachbar in Not 114, 132
Nachhaltige Entwicklung 125, 197
Nachhaltigkeitspolitik 199
NAFTA 57
Naher Osten 137, 146
Namibia 66, 68, 119, 120, 235, 302, 355
Nationaler Sicherheitsrat 383
NATO 24, 26, 27, 30, 33, 34, 53, 81–83, 89, 147, 236, 339, 347, 370
Nauru 80, 232, 303, 355
NEPAD 65
Nepal 76, 120, 128, 194, 233, 303, 335, 355
Neuseeland 79, 107, 138, 232, 304, 355
NGOs 57, 69, 78, 85, 93, 118, 126, 130, 132, 133, 140, 141, 154, 159, 167, 170, 171, 172, 174, 177, 189, 245, 260, 270, 272, 284, 303, 314, 317, 322, 331, 368
Nicaragua 61, 116, 117, 126, 232, 304, 355
Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen 22, 164
Niederlande 19, 151, 214, 258, 305, 348, 355, 364, 365, 367, 368, 369, 370, 371
Niger 71, 187, 234, 252, 306, 355
Nigeria 186, 240, 247, 264, 265, 280, 285, 292, 306, 319, 324, 336, 351, 355
Niue 304
Nordafrika 42
Norduganda 118, 124, 132, 135, 182
Norwegen 94, 151, 180, 218, 273, 306, 355, 363, 371
Nukleare Sicherheit 100
Nuklearkrise 72
Nuklearprogramm 44, 161

OAS 60, 61
OECD 65, 79, 116, 117, 131, 195, 196, 197, 198, 236, 262, 368
OEZA 114–126, 132, 133, 155, 182, 243, 245, 247, 248, 251, 252, 255, 260, 268, 270, 281, 283, 301–304, 310, 315, 322, 324, 331, 334, 341
– ADA 116, 132, 135, 197, 227, 238, 279, 281, 301, 317, 322, 323
– Kooperationsländer 132, 245, 252, 255, 260, 268, 270, 281, 283, 302, 303, 322, 324, 331, 334
– Nachhaltigkeitspolitik 199
– Schlüsselregion Ostafrika 118
– Schlüsselregion Südliches Afrika 119
– Schlüsselregion Südosteuropa 120
– Schlüsselregion Westafrika 117
– Schlüsselregion Zentralamerika 116
– Schwerpunktländer 21

Sachindex

– Sonderprogramme 123
Öffentlichkeitsarbeit 220, 221
Ohrid-Rahmenabkommen 34
OIC 50
Oman 43, 50, 278, 279, 307, 355
Operatives Budget 227
Ostafrika 70, 76, 105, 106, 112, 114, 124, 133, 150, 199, 245, 270, 271, 283, 295, 296, 302, 324, 328, 330, 335
Ostafrikanische Gemeinschaft 66, 118
Österreich-Bibliotheken 204, 213, 214, 250, 251, 316, 326
Österreich-Institut 214
Österreichische Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates 380
Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments 381
Osteuropa 122, 126, 189
Osttimor 148, 335
OSZE 33, 37–39, 66, 74, 75, 83–92, 153, 170, 179, 182, 183, 236, 241, 242, 264, 281, 283, 289, 300, 323, 327, 358, 370, 373, 374
– ODIHR 37, 39, 41, 74, 75, 85, 86, 91, 311, 370
– OSZE-Reform 89

Pakistan 76, 120, 144, 164, 237, 308, 355
Palästinensische Autonomiebehörde 28, 29, 48, 137, 308
Palau 80, 309, 355
PaN 242
Panama 309, 356
Papua-Neuguinea 80, 232, 309, 356
Paraguay 61, 232, 310, 356
Pariser Klub 43
Parlamentarische Versammlung 87, 90, 91, 94
Pensionsantrittsalter 226
Peru 59, 62, 188, 189, 249, 310, 356
PfP 30, 33, 81, 82, 281, 283, 334, 340, 345, 370
Philippinen 78, 108, 144, 311, 356
PISA 196
Polen 1, 8, 96, 151, 203, 208, 274, 276, 311, 312, 356
POPs 129, 201
Portugal 8, 140, 207, 214, 314, 356
Pressefreiheit 84

RACVIAC 36, 88, 374
Rassismus 86, 87, 92, 170, 172, 176, 177, 182
Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik 5, 382
Regionale Partnerschaft 20, 96, 97
Reiseinformationen 104
Restitution 332, 347
Rio-Gruppe 61, 63
Road Map 42, 48
Roma-Sinti-Kontaktstelle 86
Rotterdamer Abkommen 201
Ruanda 69, 70, 118, 119, 126, 149, 175, 233, 315, 341, 356
Rumänien 1, 2–4, 9, 17, 38, 81, 122, 144, 146, 151, 197, 207, 218, 288, 300, 315, 316, 356

SADC 65, 66, 119
Salomonen 232, 317, 356
Sambia 234, 318, 356
Samoa 80, 232, 318, 356
San Marino 233, 318, 356
Sanktionen 45, 71, 78, 119, 148, 150
São Tomé und Príncipe 234, 319
SAP 224, 228
Saudi-Arabien 43, 50, 244, 278, 290, 319, 356
Schweden 6, 8, 87, 138, 143, 151, 179, 293, 319, 320, 356, 368, 370, 372
Schweiz 97, 98, 101, 109, 157, 180, 181, 184, 238, 258, 293, 320, 321, 328, 343, 356, 368, 386–388, 390, 392
Sechs-Parteien-Gespräche 72
Seebebenkatastrophe 76, 77, 105, 106, 112–114, 133, 245, 270, 271, 283, 295, 296, 302, 324, 328, 330, 335
Senegal 117, 118, 124, 132, 264, 268, 281, 296, 322, 356, 365
Serbien und Montenegro 30, 31, 35, 53, 82, 83, 95, 105–107, 122, 147, 168, 184, 186, 209, 298, 322, 323, 356, 373
Seychellen 233, 324, 356
SFOR 24, 27, 33, 81, 82, 147, 249
SHIRBRIG 151, 256, 280
Sichtvermerksangelegenheiten 107
Sierra Leone 66, 70, 71, 117, 150, 176, 234, 284, 324, 356
Simbabwe 68, 119, 128, 176, 178, 240, 295, 301, 318, 324, 356

Singapur 78, 194, 233, 234, 325, 356, 364
Slowakei 1, 2, 20, 81, 95, 96, 154, 203, 209, 218, 219, 239, 274, 276, 312, 325, 326, 338, 356, 370
Slowenien 1, 20, 24, 30, 36, 81, 95, 96, 108, 123, 151, 169, 180, 195, 203, 209, 212, 274, 276, 312, 326–328, 340, 356
Somalia 67, 131, 232, 328, 356
Sozialpolitik 13, 14, 140
Spanien 44, 49, 110, 144, 151, 209, 240, 312, 328, 329, 348, 356, 370, 372
Srebrenica-Kommission 33
Sri Lanka 77, 112, 124, 172, 233, 329, 330, 356
St. Kitts und Nevis 330, 356
St. Lucia 330, 356
St. Vincent und die Grenadinen 235, 331
Stabilitätspakt für Südosteuropa 17, 36, 87, 88, 95, 102, 121, 257, 280, 300, 321, 346
Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union 378
Stellenplan 225
Strategische Partnerschaft 117
Streitbeilegung 194
Südafrika 66, 68, 106, 110, 119, 120, 124, 128, 138, 169, 180, 240, 250, 252, 282, 291, 295, 298, 301, 302, 315, 318, 324, 331–334, 341, 356, 368
Sudan 55, 65, 67, 70, 98, 131, 134, 136, 142, 148–151, 176–178, 232, 332, 356, 366
Südossetien 83, 85
Südosteuropa 17, 30, 36, 82, 84, 85, 87, 88, 91, 95, 97, 120, 122, 124–127, 133, 168, 200, 203, 204, 213, 238, 257, 266, 300, 346, 362
Südtirol 98, 99, 100, 275, 276
Suriname 62, 235, 332, 356
Swasiland 235, 333, 356
Syrien 28, 47–49, 166, 291, 333, 356

TABD 56
TACD 56
Tadschikistan 73, 74, 88, 167, 235, 334, 356, 373
Taiwan 72, 159, 254, 255
Taliban 75
Tansania 66, 70, 118, 119, 124, 144, 233, 334, 341, 356, 364, 371
Telefonie über das Datennetz 229
Temelin 100
TEMPUS 41
Terroranschläge 41–43, 45, 46, 75, 104
Terrorismusbekämpfung 19, 21–23, 28, 56, 83, 84, 90, 147, 190, 319, 327, 347
Thailand 78, 110, 112, 113, 180, 279, 290, 302, 335, 350, 356, 368
Timor-Leste 335
Tipps für Auslandsreisende 221
Togo 71, 234, 247, 336, 356
Tonga 80, 206, 232, 336, 356
Transnistrien 23, 38, 83, 84
Trennwall 47
Trinidad und Tobago 62, 235, 336, 356
TRIPs 194
Tschad 67, 134, 148, 176, 234, 336, 356
Tschechische Republik 100, 203, 209, 337, 356
Tschetschenien 41, 42, 90, 176, 179, 373
Tsunami 96, 112–114, 374
Tunesien 28, 29, 48, 49, 50, 137, 156, 312, 339, 356
Türkei 1, 3, 4, 9, 17, 40, 48, 87, 110, 186, 187, 198, 214, 218, 257, 262, 339, 340, 356, 362
Turkmenistan 73, 74, 176, 178, 235, 340, 357, 373
Tuvalu 80, 232, 340, 357

Uganda 66, 69, 118, 125, 192, 233, 252, 315, 341, 357
Ukraine 28, 29, 37, 38, 42, 74, 83, 85, 88, 90, 94, 96, 137, 235, 313, 341, 342, 357, 373
Umweltschutz 79, 114, 115, 118, 121, 122, 126, 127
Ungarn 1, 6, 17, 20, 87, 96, 101, 106, 108, 151, 203, 205, 210, 218, 239, 274, 276, 312, 338, 342–344, 357
Uruguay 61, 232, 344, 357, 372
USA 19–21, 38, 40, 43–48, 51–57, 66, 72, 73, 75, 83, 87, 105, 107, 109, 138, 142, 144, 146, 147, 159, 161, 165, 167, 177, 185, 187, 193, 195, 197, 201, 214, 216, 238, 254, 267, 282, 283, 289, 312, 334, 340, 345, 347, 348, 350, 364, 366, 367, 372
Usbekistan 73–75, 235, 344, 357, 373

Sachindex

Vanuatu 80, 232, 345, 357
Venezuela 60, 62, 207, 240, 245, 259, 265, 269, 277, 284, 330–332, 336, 345, 357
Verbrechensverhütung 140, 189–191
Vereinigte Arabische Emirate 50, 282, 307, 308, 345, 357
Vereinte Nationen 363
– Annan-Plan 146
– ECLAC 63
– ECOSOC 68, 141, 151, 363
– FAO 131, 132, 153–155, 236, 365
– GFATM 160
– Grazer Weltraumsymposium 141
– IAEO 72, 160, 161, 164, 236, 271, 367
– ICAO 157, 280, 365
– ICTY 3, 23, 30–33, 35, 147, 192, 227, 305, 371, 374
– IFAD 157, 372
– ILO 131, 152, 155, 365
– Internationale Drogenkontrolle 187, 191
– Internationale Verbrechensverhütung 189
– ITU 156, 365
– JPO 128, 368
– Konferenz der Großen-Seen-Region 149
– MINUCI 149, 150
– MINUGUA 60
– MINURSO 150, 373, 375
– MINUSTAH 150, 373
– MONUC 69, 149, 150, 373
– MRK 170, 171, 175–178, 181, 183
– OCHA 133, 134, 183, 363
– OMT/WTO 161, 162, 366
– ONUB 149, 150, 373
– Reform der Organisation 136
– Schutz und Sicherheit 141, 142
– Seibersdorf 160, 165
– Sicherheitsrat 47, 66, 143, 144, 335
– ST-EP 162
– TOURCOM 162
– UN Vienna Civil Society Award 189, 284, 310
– UNAIDS 189
– UNAMA 146, 237, 375
– UNAMI 145
– UNAMSIL 150
– UNCITRAL 142
– UNCTAD 129, 131, 158, 162, 363
– UNDCP 191, 365
– UNDP 63, 127, 129, 131, 252, 331, 334, 364
– UNECE 89, 152, 153
– UNEP 140, 200, 236, 286, 364
– UNESCO 32, 158, 218, 236, 291, 294, 366
– UNFCCC 201
– UNFICYP 147, 352, 373, 375
– UNFPA 128, 140, 364
– UN-Habitat 129, 140, 364
– UNHCR 131, 132, 134, 141, 186, 190, 241, 364
– UNICEF 128, 131, 134, 364
– UNIDO 128, 129, 131, 236, 322, 359–361, 364
– UNISPACE 141
– UNMEE 67, 150, 243, 373, 375
– UNMIK 147, 373, 375
– UNMIL 150, 373
– UNMISET 148, 335, 373
– UNMISUD 149
– UNMOVIC 138
– UNOCI 149, 150, 373
– UNRWA 131, 365
– UNU 163
– UPU 162, 366
– Völkerrechtskommission 142–144
– Völkerrechtswoche 142, 143
– Welternährungsgipfel 154
– WFP 131, 132, 134, 155
– WHO 131, 153, 159, 160, 256, 342, 366
– WSIS 156, 158
– WSSD 130, 199
– WTO 42, 45, 56, 57, 64, 68, 80, 131, 139, 158, 162, 193–195, 198, 236, 244, 351, 368
Vertretungsbehörden 104, 105, 107, 112–114, 187, 220–223, 225, 228, 229, 358
Vietnam 78, 350, 351, 357
Völkerrecht 48, 146, 177, 180, 212

Waffenembargo 23, 148, 150
Wahlbeobachtungsmission 37, 39–41, 86, 172, 270
Wahlrecht 10, 110
Weisenrat 83
Welterbe 290
Weltraum 141
Westafrika 70, 117, 149, 196

Sachindex

Westbank 46–48, 172
Westlicher Balkan 3, 22, 23, 30, 35, 121
Westsahara 44, 150
WEU 83, 236, 370
WIPO 158, 366
Zentralafrikanische Republik 234, 351, 357
Zentralamerika 63, 309
Zentralasien 73, 74, 82, 86, 122, 126, 235, 282
Zentraleuropäische Initiative 95, 183
Zivilgesellschaft 39, 48, 85, 86, 118, 119, 156, 158, 171, 172, 175, 180, 184, 238, 331
Zwei-Staaten-Lösung 48
Zypern 1, 137, 146, 147, 195, 235, 237, 351, 352, 357

Österreich in der Welt

- Europäische Union: Erweiterung - Europäische Verfassung - Politiken der EU - Außenbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft, Zusammenarbeit im Donauraum, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Sudan, Afghanistan
- Die Seebebenkatastrophe in Südostasien und Ostafrika
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Die humanitäre Dimension in internationalen Beziehungen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik, Österreich in internationalen Organisationen
- Internationale Abrüstung
- Weltwirtschaftspolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Auslandskulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Graphiken

2004

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik